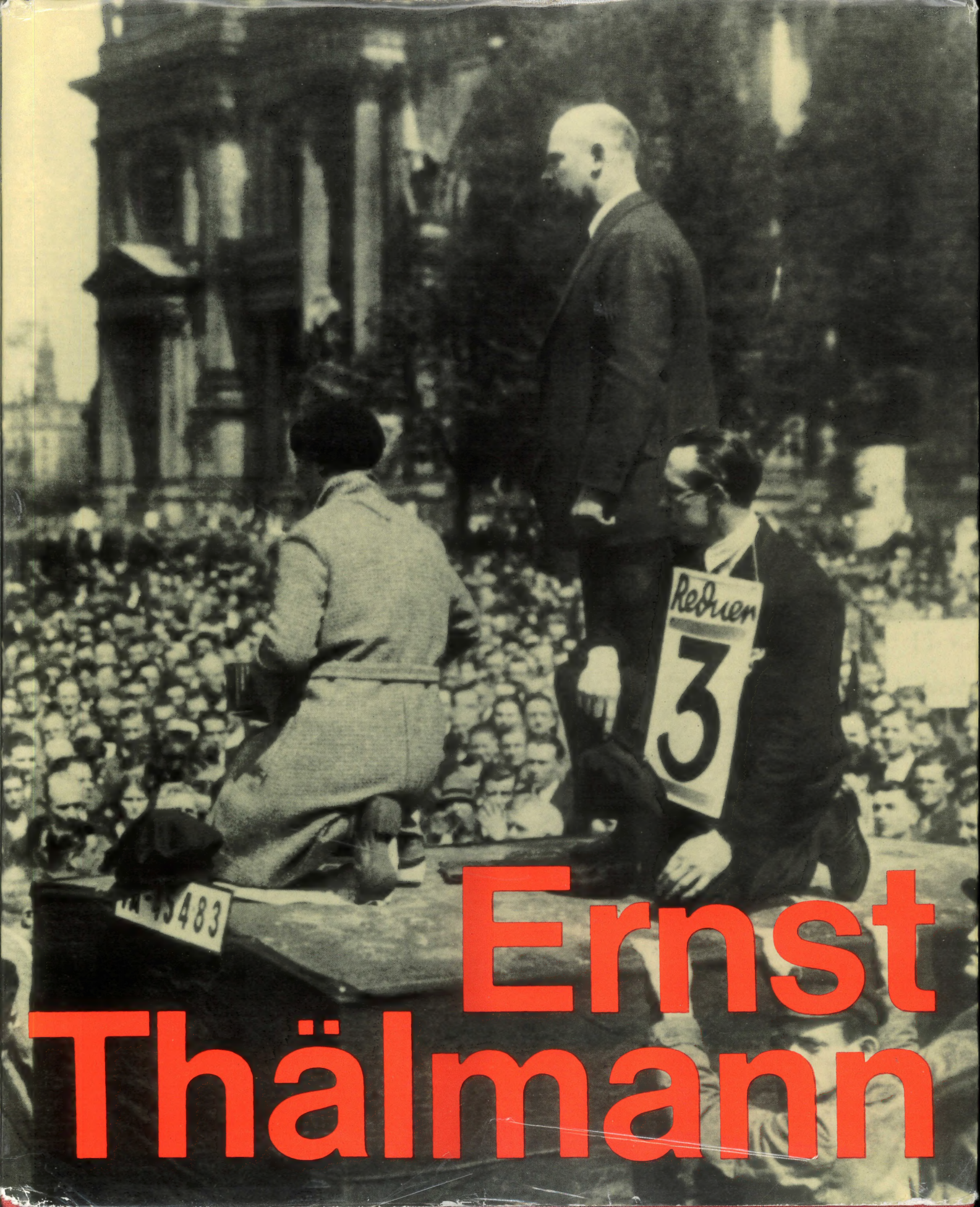


Ernst Thälmann

ANTIFASCHISTISCHE
AKTION

Ernst Thälmann
Bilder, Dokumente, Texte

Ernst Thälmann

Bilder
Dokumente
Texte

Dietz Verlag Berlin 1986

Herausgeber:
Institut für Marxismus-Leninismus
beim ZK der SED

Leitung und Gesamtredaktion:
Günter Hortzschansky, Katja Haferkorn

Autoren:
Katja Haferkorn, Rainer Holze, Günter Hortzschansky,
Bärbel Schindler, Siglinde Thom, Stefan Weber

Wissenschaftlich-technische Mitarbeit:
Ruth Hortzschansky, Hannelore Neumann, Ursula Rämisch

© Dietz Verlag Berlin 1986
Lizenznummer 1
LSV 0289
Lektor: Renate Weber
Gesamtgestaltung: Hans-Joachim Schauß
Printed in the German Democratic Republic
Gesamtherstellung: Druckerei Fortschritt Erfurt
Best.-Nr.: 7381058
04500

Ernst Thälmann: Bilder, Dokumente, Texte / [Inst. für Marxismus-Leninismus beim ZK d. SED]. – Berlin: Dietz Verl., 1986. – 408 S.: zahlr. Ill. (z. T. farb.)

Inhaltsverzeichnis

Ernst Thälmann
Biographische Skizze 7

Ein Arbeiter wird Kommunist
1896–1920 19
Das ganze Leben für die Idee des Sozialismus einsetzen . . . 19
Ich habe diese Kriegspolitik scharf bekämpft 36
Eine neue Epoche in der Geschichte der Klassenkämpfe hat begonnen 44
Der internationalen reaktionären Front der Bourgeoisie die geeinte internationale revolutionäre Front entgegenstellen 53

In den Reihen der Kommunistischen Partei Deutschlands
1920–1925 65
Wir müssen das Sprachrohr aller Nöte und der Vorkämpfer in allen Tagesforderungen der Massen sein 65
Meine erste Reise in die Sowjetunion – das gewaltigste Erlebnis für mich 72
Wir kämpfen für die Befreiung der Menschheit aus den Fesseln der kapitalistischen Lohnarbeit 78
Die Aufstände des Proletariats sind Etappen auf dem Siegeszug der Revolution 86
Die Partei muß in allen Situationen ihr klares Gesicht zeigen . . 96
Dem Klassenfeind auch im Parlament die Stirn bieten 102
Kandidat für alle Werktätigen Deutschlands 108
Der Rote Frontkämpferbund ist eine revolutionäre Organisation des Klassenkampfes 112
Wir brauchen eine eiserne, völlig geschlossene, unbedingt disziplinierte Partei 118

Für eine starke marxistisch-leninistische Massenpartei
1925–1929 129
Um jeden einzelnen Proletarier ringen 129
Die Millionenwerte der Dynastien den werktätigen Massen . 136
Die entscheidende Frage für die internationale Arbeiterbewegung ist die Stellung zur Sowjetunion 144
Ein ernster Waffengang zwischen Arbeitermassen und Bourgeoisie 148
Dem Kampf um die proletarische Jugend die größte Aufmerksamkeit 154
Wir sind die einzige organisierende Massenkraft gegen den Imperialismus 160
Schützt das Arbeiter-und-Bauern-Rußland und die chinesische Revolution 172
Die Kommunistische Internationale ist die einzige wirkliche Internationale 180
Den proletarischen Klassenkampf kann man nicht verbieten . 188
Eine Ehe, in der die Frau Kampfgefährtin des Mannes ist . . 198

Im Kampf gegen die faschistische Gefahr
1929–1933 203
Um jede Handbreit des Bodens, den der Faschismus erobern will, kämpfen 203
Die arbeitende Jugend zu gewinnen ist eine der wichtigsten Aufgaben 208
Jeder einzelne Kommunist trägt die Verantwortung für die ganze Partei 216
Wir sind die einzige antikapitalistische und antifaschistische Partei 226
Die wirtschaftlichen und politischen Rechte der Arbeiterklasse verteidigen 242
Dem Polizeiterror und dem Mordterror der faschistischen Banden entgegentreten 252
Wir sind die Partei des Friedens 256
Volksaktion für Arbeit, Brot, Boden und Freiheit 262
Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler!
Wer Hitler wählt, wählt den Krieg! 274
Antifaschistische Aktion gegen Faschismus, Hunger und Krieg 282
Tragt die Antifaschistische Aktion in die Betriebe 296
Nur gemeinsam können wir erfolgreich gegen die Vorbereitung eines imperialistischen Krieges kämpfen 304
Wir läuten die Sturmglocken zum Kampf für die Lebensforderungen der Millionen Notleidenden 308

Im faschistischen Kerker ungebrochen
1933–1944 319
Der Kampf, der vor uns liegt, ist der schwerste, den die Partei je zu bestehen hatte 319
Eine neue große Schule des Lebens für mich 330
Rettet Ernst Thälmann 340
Verteidigung mit Offensive verbinden 346
Der Sieg ist uns gewiß, so groß auch die Schwierigkeiten und Leiden des Weges sein mögen 364

Sein Vermächtnis lebt in der Deutschen Demokratischen Republik 382

Biographische Chronik 396

Anhang 405
Redaktionelle Bemerkungen 405
Quellenverzeichnis der Texte 405
Verzeichnis der Abkürzungen 407
Nachweis der Abbildungen 408

Ernst Thälmann

«Kommunismus ist die Lehre von der Befreiung der Arbeiterklasse. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist aber die Befreiung des ganzen Volkes! Dafür mein ganzes Leben gekämpft zu haben, darauf bin ich stolz.» /1/

Biographische Skizze

100 Jahre sind seit der Geburt Ernst Thälmanns vergangen. In dieser Zeit hat sich das Antlitz der Erde grundlegend verändert. Damals waren es Zehntausende, die in den kapitalistischen Ländern für die Befreiung der Arbeiterklasse kämpften. Heute übt diese Klasse bereits in zahlreichen Staaten die Macht aus, besteht ein starkes sozialistisches Weltsystem. Auch auf deutschem Boden hat der Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik eine feste Heimstätte gefunden. Hunderte Millionen kämpfen auf allen Kontinenten für eine Welt des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus. Diese Errungenschaften sind das Ergebnis des heldenhaften und opferreichen Kampfes der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, sie sind undenkbar ohne die Führung dieses Kampfes durch die revolutionäre Partei des Proletariats, die, geleitet von ihrer wissenschaftlichen Weltanschauung, die Arbeiterklasse trotz Niederlagen und Rückschläge voranführte und in der Gegenwart im Ringen um die Sicherung des Friedens und um den sozialen Fortschritt in der ersten Reihe steht.

Zu jenen, die maßgeblich dazu beigetragen haben, eine solche revolutionäre Avantgarde zu prägen, gehört Ernst Thälmann. Sein Leben und Werk sind unvergessen. Das vorliegende Buch will an Hand von Selbstzeugnissen Ernst Thälmanns, Erinnerungen von Kampfgefährten, Fotos und anderem illustrativem Material Leben und Wirken dieses bedeutenden Sohnes unseres Volkes nachzeichnen und dazu beitragen, den reichen Erfahrungsschatz seines Kämpferlebens für die Gegenwart fruchtbar zu machen.

Am 16. April 1886 wurde Ernst Thälmann in Hamburg geboren, der zweitgrößten Stadt des damaligen deutschen Kaiserreichs, einem Zentrum der Industrie und des Handels. Die Hansestadt war eine Hochburg der deutschen Sozialdemokratie. Thälmanns Kinder- und Jugendjahre fielen in die Zeit, in der sich in Deutschland der Imperialismus endgültig durchsetzte. Preußen-Deutschland nahm einen raschen industriellen Aufschwung und rüstete verstärkt auf mit dem Ziel, die Welt gewaltsam zugunsten des deutschen Imperialismus neu aufzuteilen.

Früh bemerkte Ernst Thälmann die scharfen sozialen Gegensätze in seiner Heimatstadt, aufmerksam verfolgte er das politische Geschehen in der Welt. Stark bewegten ihn Bücher und Theateraufführungen, vor allem die Dramen Schillers. Jedoch konnten die Eltern dem Jungen keine Antwort auf die ihn bewegenden Fragen geben, und sie ermöglichten dem begabten Schüler auch nicht, einen Beruf zu erlernen. Die Eltern, die zunächst eine kleine Gastwirtschaft, dann eine Gemüsehandlung mit Kohleverkauf betrieben und später dazu noch Lohnfuhren unternahmen, verlangten, daß Sohn und Tochter schon als Kinder im Geschäft halfen. Als er aus der Schule entlassen war, mußte Ernst bei seinen Eltern für ein Taschengeld arbeiten. Aber das kleinbürgerliche Streben nach einer selbständigen Existenz reizte ihn nicht. Einen wichtigen Anstoß für sein weiteres Leben erhielt er durch die Teilnahme an einer von der Sozialdemokratischen Partei organisierten Schulentlassungsfeier. Erstmals erfuhr er hier vom organisierten Kampf der Arbeiterklasse für den Sozialismus.

Als Sechzehnjähriger verließ er das Elternhaus, suchte nach einer Beschäftigung, hungerte sich durch. Er fand Gelegenheitsarbeit im Hafen und in Betrieben, die wegen Arbeiterschinderei berüchtigt waren. Aus eigenem Antrieb wurde Ernst Thälmann Arbeiter, erfuhr selbst die kapitalistische Ausbeutung und kam mit organisierten Proletariern zusammen.

Im Mai 1903, mit 17 Jahren, wurde er Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Damals waren unter den fast 16500 Mitgliedern der Partei in Hamburg nur etwa 300 Jugendliche unter 26 Jahren. Ein Jungarbeiter, der nicht aus einem sozialdemokratischen Elternhaus stammte, war eine Ausnahme in der Partei. Im Februar 1904 trat Thälmann auch der Gewerkschaft bei. In seinem Bemühen, jugendliche Hafenarbeiter für die Gewerkschaft zu gewinnen, wurden schon für Ernst Thälmann typische Wesenszüge sichtbar: sein rastloser Einsatz für seine Klassengenossen, seine Beharrlichkeit, der Wille und die Fähigkeit, Schwierigkeiten zu überwinden.

Ernst Thälmann fuhr ein Vierteljahr zur See, arbeitete unter anderem als Schauermann, beim Möbeltransport und längere Zeit – zumeist als Kutscher – in Wäschereibetrieben. Neben der Berufsarbeit leistete er unermüdlich Kleinarbeit in Partei und Gewerkschaft, vertrat er energisch die Interessen seiner Kollegen. Bereits im September 1906 wurde die Hamburger Politische Polizei auf den jungen Arbeiterfunktionär aufmerksam und legte eine Akte über ihn an. In Reden und Anträgen auf Gewerkschaftsveranstaltungen setzte er sich für die Stärkung der Kampfkraft dieser Massenorganisation des Proletariats ein, für die Erhaltung und Erweiterung der innergewerkschaftlichen Demokratie und wandte sich gegen den sich ausbreitenden Opportunismus.

1 Ernst Thälmann: Gefängnisaufzeichnungen. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv (IML, ZPA), NL 3/9.

Auch in der Sozialdemokratie trat er zunehmend hervor. In der Auseinandersetzung mit den Opportunisten stand er in entscheidenden Fragen auf den Positionen der deutschen Linken. Ernst Thälmann wandte sich gegen den Versuch, dem 1. Mai seinen Kampfcharakter zu nehmen; er kritisierte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, weil sie 1913 der Deckungsvorlage für die Kosten zur Vergrößerung des Heeres zugestimmt hatte. Nachdrücklich verfocht er den politischen Massenstreik als ein entscheidendes Kampfmittel der Arbeiterklasse.

Am Vorabend des ersten imperialistischen Weltkrieges hatte sich Ernst Thälmann, jetzt 28 Jahre alt, zu einem in Hamburg bekannten und von den Arbeitern geachteten Funktionär entwickelt. Kennzeichnend für ihn war die enge Verbundenheit zu seiner Klasse. Sein ausgeprägter proletarischer Klassenstandpunkt hatte ihn zu einem entschiedenen Gegner der opportunistischen Politik der rechten Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften werden lassen, die jetzt in Hamburg wie im ganzen Deutschen Reich maßgeblich den Kurs der Partei bestimmten und jene Prinzipien, die das Handeln Ernst Thälmanns und Zehntausender revolutionärer Sozialdemokraten leiteten, preisgegeben hatten.

Als im August 1914 der deutsche Imperialismus den ersten Weltkrieg entfesselte und die rechten Führer der deutschen Sozialdemokratie wie die der meisten sozialdemokratischen Parteien offen auf die Seite «ihrer» Bourgeoisie übergingen und deren Kriegskurs unterstützten, wandte sich Ernst Thälmann gegen das imperialistische Völkermorden und die Aufgabe der Prinzipien des revolutionären Klassenkampfes und des proletarischen Internationalismus durch den Parteivorstand. In Funktionärversammlungen trat er gegen die Burgfriedenspolitik der rechten Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften auf. Thälmann mußte erkennen, daß in diesen Debatten nichts herauskam; daraus zog er den Schluß, in die unteren Parteieinheiten und in die Betriebe zu gehen, um dort die Arbeiter für den Kampf gegen den Krieg zu gewinnen. Das aber wurde durch die Einberufung der meisten klassenbewußten Funktionäre zur Armee mehr und mehr erschwert.

Anfang Januar 1915 erhielt Ernst Thälmann den Gestellungsbefehl. Wenige Stunden vor der Abreise zu seinem Truppenteil schloß er die Ehe mit der Arbeiterin Rosa Koch. Rosa war ihrem Mann nicht nur Lebens-, sondern auch Kampfgefährtin. Es wurde eine Ehe, die sich unter härtesten Belastungen bewährte, denn beide verband Liebe und Vertrauen, gegenseitige Ergänzung und Rücksichtnahme sowie feste Treue.

Auch in der kaiserlichen Armee agitierte Ernst Thälmann gegen den imperialistischen Krieg, den schikanösen Drill und den Kadavergehorsam. Das unmittelbare Erleben des Völkergemetzels wirkte tief auf den Hamburger Arbeiterfunktionär, bestimmte maßgeblich sein weiteres Wirken. Noch unversöhnlicher wurde sein Haß gegen Imperialismus und Militarismus, noch entschiedener seine Überzeugung, mit aller Kraft den Krieg und dessen Wurzeln zu bekämpfen. Oppositionelle Literatur, die er von seinen politischen Freunden erhielt, darunter Flugschriften der Spartakusgruppe, der konsequentesten Antikriegskraft der deutschen Arbeiterklasse, bestärkte ihn in seiner Haltung. Seine Urlaube nutzte er, um mit Gleichgesinnten ins Gespräch zu kommen. Als im April 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands gegründet wurde, betrachtete sich Ernst Thälmann als deren Mitglied, obgleich er als Soldat formell keiner Partei angehören durfte. In der USPD war die Mehrheit seiner politischen Freunde organisiert. Aber neben revolutionären Arbeitern gehörten auch Träger reformistischer und pazifistischer Auffassungen dieser Partei an. In der Führung besaßen rechte Kräfte den ausschlaggebenden Einfluß, die ihre opportunistische Politik und ihre schwankende Haltung hinter revolutionären Phrasen verbargen.

Im Herbst 1917 lag Ernst Thälmann schwer erkrankt im Lazarett. Hier erreichte ihn die Nachricht von der siegreichen proletarischen Revolution in Rußland. Je mehr er von ihr erfuhr, desto klarer erkannte er, daß sich mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution die größte Wende in der Geschichte der Menschheit vollzogen hatte, daß sie eine neue welthistorische Epoche einleitete, die Epoche des Übergangs der Menschheit zum Sozialismus. Vom Beispiel der revolutionären Arbeiter und Soldaten Rußlands beflügelt, verstärkten die revolutionären Arbeiter der ganzen Welt ihren Kampf gegen Imperialismus und Krieg. Auch in Deutschland verschärften sich die Klassenauseinandersetzungen. Ein Jahr nach dem Roten Oktober stürzten die revolutionären deutschen Arbeiter und Soldaten die Monarchie und erzwangen die Beendigung des Krieges.

Auf eigene Faust verließ Ernst Thälmann am 9. November 1918 die Truppe. Es war derselbe Tag, an dem Karl Liebknecht vom Berliner Schloß aus die sozialistische Republik proklamierte. Es war aber auch der Tag, an dem sich rechte Führer der SPD und der USPD über die Bildung des Rates der Volksbeauftragten verständigten. Diese sogenannte Revolutionsregierung sah ihr oberstes Ziel im Abwürgen der Revolution, im Kampf gegen die revolutionären Arbeiter und Soldaten und besonders gegen deren führende Kraft, den Spartakusbund und die anderen linken Gruppen, die, entsprechend der historisch herangereiften Situation, die Revolution zu einer sozialistischen weiterzutreiben suchten.

Am 11. November 1918 war Ernst Thälmann wieder in Hamburg. Aber nur selten traf man ihn in seiner Wohnung an. Er nahm an Versammlungen und Vertrauensmännersitzungen der USPD teil, der er jetzt auch offiziell beigetreten war, beteiligte sich an Demonstrationen gegen die Konterrevolution, verteilte Flugblätter. Energisch setzte sich Thälmann für die Weiterführung der Revolution, für die Solidarität mit Sowjetrußland ein, trat er der konterrevolutionären Politik der rechtssozialdemokratischen Führer entgegen und kritisierte die widerspruchsvolle Haltung der Führung der USPD.

Im Feuer der Novemberrevolution, um die Jahreswende 1918/1919, gründeten die konsequentesten revolutionären Kräfte des deutschen Proletariats unter der Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die Kommunistische Partei Deutschlands. Damit besaß die deutsche Arbeiterklasse eine Partei, die sich vorbehaltlos zur Diktatur des Proletariats bekannte, entschieden für die sozialen und demokratischen Belange der Volksmassen eintrat, unbeirrbar gegen Imperialismus und Krieg, für Frieden, Demokratie und Sozialismus kämpfte. Die KPD ließ sich von der wissenschaftlichen Weltanschauung des Proletariats leiten, stand fest auf dem Boden des proletarischen Internationalismus und stellte sich vorbehaltlos an die Seite der Sowjetmacht in Rußland, des ersten sozialistischen Staates der Welt.

Ernst Thälmann sah in der KPD eine Bruderpartei, setzte sich für gemeinsame Aktionen mit ihr ein, erfaßte aber noch nicht sofort, daß sich hier ein neuer Typ der Partei herausbildete, wie er allein den Erfordernissen des Kampfes für den Sturz der Herrschaft des Imperia-

lismus und Militarismus entsprach, eine Partei, wie sie zuerst unter Lenins Führung 1903 mit der Partei der Bolschewiki entstanden war. In der Hamburger Organisation der USPD trat Thälmann als konsequentester Vertreter des linken, revolutionären Flügels hervor. In der Gewerkschaft verlangte er, mit der von den rechten Führern praktizierten Politik der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern Schluß zu machen und energisch die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Auf dem Parteitag der USPD in Berlin im März 1919 befürwortete er die Resolution linker Kräfte, die sich für die Rätemacht aussprach. Ernst Thälmann wurde in wenigen Monaten zum geachtetsten Funktionär der USPD in Hamburg. Im März 1919 wählten ihn die Arbeiter in das Parlament seiner Heimatstadt, die Bürgerschaft. Zwei Monate später wurde er Vorsitzender der Ortsgruppe Hamburg der USPD.

Als Ernst Thälmann diese Funktion übernahm, hatte die Novemberrevolution mit der blutigen Niederwerfung der Bayrischen Räterepublik ihr Ende gefunden. Die revolutionären Volksmassen hatten die Dynastien gestürzt, demokratische Freiheiten und soziale Rechte erkämpft, einen besseren Kampfboden errungen. Aber dem deutschen Monopolkapital war es gelungen, mit Hilfe der rechten Führer der SPD, der USPD und der Gewerkschaften seine Macht zu behaupten, die es jetzt in Form der bürgerlich-parlamentarischen Weimarer Republik ausübte. Im Juni 1919 wurde der Versailler Vertrag unterzeichnet. Mit diesem imperialistischen Friedensdiktat suchten die imperialistischen Siegermächte den deutschen Konkurrenten zu schwächen und durch Reparationen das deutsche Volk auszuplündern. Die Machtgrundlage des deutschen Imperialismus aber blieb erhalten. Er sollte stark genug bleiben, um die revolutionären Kräfte in Deutschland niederzuhalten und als Bollwerk gegen Sowjetrußland dienen zu können. Das waren Faktoren, die wesentlich die Kampfbedingungen in Deutschland bestimmten.

Seit dem Frühjahr 1919 traten die Linken in der USPD immer entschiedener gegen die opportunistische Politik der rechten Führer auf. Ernst Däumig, Wilhelm Florin, Hermann Remmele, Walter Stoecker, Ernst Thälmann und andere verlangten nachdrücklich den Anschluß an die Kommunistische Internationale.

Die Komintern hatte sich im März 1919 unter Wladimir Iljitsch Lenins Führung konstituiert. Sie vermittelte dem Weltproletariat die Erfahrungen des internationalen Klassenkampfes, insbesondere die allgemeingültigen Lehren des Kampfes der Partei Lenins; sie half den kommunistischen Parteien, sich politisch, ideologisch und organisatorisch zu festigen und eine wirksame Strategie und Taktik des Klassenkampfes zu entwickeln. Bereits im Oktober 1919 sprach sich eine Mitgliederversammlung der USPD in Hamburg unter Ernst Thälmanns Leitung mit großer Mehrheit für den Anschluß an die Komintern aus.

Im Jahre 1919 arbeitete Ernst Thälmann zunächst einige Zeit im elterlichen Geschäft, war dann mit Notstandsarbeiten beschäftigt und wurde schließlich im Arbeitsamt angestellt. Auch in seiner Familie herrschte wie in den Familien fast aller deutschen Proletarier bittere Not. Nahrungsmittel und Kleidung waren knapp, Heizmaterial fehlte fast ganz. Unter diesen Bedingungen kam am 6. November 1919 die Tochter Irma zur Welt.

Wenige Tage später nahm Ernst Thälmann am Leipziger Parteitag der USPD teil. Der linke Flügel der Partei besaß zu dieser Zeit schon starken Einfluß. Zwar fand der Antrag linker Delegierter, sofort den Anschluß an die Komintern zu vollziehen, noch keine Mehrheit, doch wurde eine Kompromißresolution angenommen, die sich dafür aussprach, Verbindungen zur Komintern aufzunehmen. Nach diesem Parteitag verstärkten die Linken in der USPD ihr Ringen um den Anschluß an die Kommunistische Internationale und die KPD.

Im gemeinsamen Kampf festigte sich die Kampfgemeinschaft der KPD und des linken Flügels der USPD. Sie bewährte sich bei der Niederwerfung des Kapp-Putsches im März 1920. In Hamburg leitete Ernst Thälmann den Aktionsausschuß der USPD gegen die Putschisten. Als im Frühjahr 1920 die polnischen Gutsbesitzer und Kapitalisten mit Unterstützung des britischen und des französischen Imperialismus einen neuen Interventionsfeldzug gegen Sowjetrußland unternahmen, stellte sich die linke USPD an der Seite der KPD an die Spitze der Bewegung «Hände weg von Sowjetrußland!». Ernst Thälmann organisierte in Hamburg die Arbeiterkontrolle, die den Transport von Waffen an die polnischen Interventen unterband.

Wesentliche Hilfe erhielt das Ringen um die Einheit des revolutionären deutschen Proletariats durch Lenin und die Komintern. Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, auf dem auch eine Delegation der USPD anwesend war, stimmte den von Lenin entworfenen 21 Bedingungen für die Aufnahme in die KI zu. Die Diskussion um die Aufnahmebedingungen brachte den Klärungsprozeß in der USPD entscheidend voran. Mit allem Nachdruck setzte sich Thälmann für die Annahme der Bedingungen ein. Er gehörte zu der Mehrheit der Delegierten des außerordentlichen Parteitags der USPD im Oktober 1920 in Halle, die für den Anschluß an die Komintern und die Vereinigung mit der KPD stimmte. Die Hamburger Organisation der USPD sprach sich, vor allem dank dem rastlosen Einsatz Thälmanns, mit überwältigender Mehrheit für die Vereinigung aus.

Auf dem gemeinsamen Parteitag der KPD und der USPD (Linke) im Dezember 1920 in Berlin fand der Vereinigungsprozeß seinen Abschluß. Ernst Thälmann wurde zum Mitglied des Zentralausschusses der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands gewählt. Folgerichtig hatte Ernst Thälmanns Weg in die Reihen der revolutionären Vorhut des deutschen Proletariats geführt. In unermüdlicher Kleinarbeit in Partei und Gewerkschaft, in harten Klassenschlachten gegen den deutschen Imperialismus, in grundsätzlichen Auseinandersetzungen mit den rechten Führern der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften und dann der USPD war er zu einem erfahrenen, eng mit der Arbeiterklasse verbundenen Parteifunktionär herangereift.

Das Hauptwirkungsfeld Ernst Thälmanns blieb zunächst Hamburg. Äußerst umfangreich und vielfältig waren die Aufgaben, die er zu bewältigen hatte. Thälmann war nicht nur Mitglied des Zentralausschusses der VKPD, sondern auch Vorsitzender der etwa 13 000 Mitglieder zählenden Ortsgruppe Hamburg der Partei, Vorsitzender der kommunistischen Bürgerschaftsfraktion und Mitglied der Bezirksleitung Wasserkante der VKPD. Dazu kam seine gewerkschaftliche Tätigkeit. Alles das leistete Ernst Thälmann neben seiner schweren körperlichen Arbeit als Gelegenheitsarbeiter in verschiedenen Hamburger Betrieben. Oft arbeitete er bis spät in die Nacht hinein, bereitete sich auf seine Reden und seine Leitungstätigkeit vor. Gründlich las er die Zeitungen und Zeitschriften der Partei sowie Materialien der Komintern und studierte Werke von Karl Marx und Friedrich Engels, drang tiefer in den Marxismus ein. Die Wochenenden waren zumeist der Parteiarbeit vorbehalten.

Entsprechend der Orientierung der Führung der VKPD rangen auch die Hamburger Kommunisten um die Einheitsfront der Arbeiterklasse gegen die Offensive der Unternehmer, mit der die Monopolherren die Lasten des verlorenen Krieges auf die Volksmassen abzuwälzen und die demokratischen und sozialen Rechte der Werktätigen abzubauen suchten. Mit Streiks, Protestkundgebungen, Demonstrationen und Versammlungen kämpften die Kommunisten an der Spitze der klassenbewußten Arbeiter für Lohnerhöhung, höhere Unterstützung der Erwerbslosen und für deren Einreihung in den Produktionsprozeß, für die Verbesserung der Lage der Rentner und der Opfer des imperialistischen Krieges, gegen Mietwucher und Wohnungsnot. Beispielhaft verband Ernst Thälmann diese Aktionen mit der Tätigkeit im Parlament.

Die Massen zum Kampf zu mobilisieren und beharrlich für deren soziale und demokratische Belange einzutreten, darin sah Ernst Thälmann den Sinn seiner Tätigkeit in der Hamburger Bürgerschaft. Er wußte, daß mit den Mitteln des bürgerlichen Parlamentarismus keine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse möglich war. Aber er war bemüht, alle Möglichkeiten des Parlaments zu nutzen, um die Not der Werktätigen zu lindern und die Angriffe der Reaktion zurückzuschlagen.

Mehr und mehr wuchs Ernst Thälmann auch in die Führungstätigkeit der Partei hinein, beteiligte sich an dem Ringen um eine der gegebenen Lage entsprechende Politik der Partei. Bei den Versuchen, eine breite Einheitsfront der Arbeiter herzustellen, wurden auch rechtsopportunistische Auffassungen in der VKPD belebt. Mehr aber traten in dieser Zeit Tendenzen revolutionärer Ungeduld hervor. Die berechtigte Empörung über die Politik rechter Führer der SPD und der Gewerkschaften, die, wie die Ereignisse im März 1921 in Mitteldeutschland zeigten, selbst vor blutigen Provokationen nicht zurückschreckten, um die revolutionären Arbeiter niederzuschlagen, aber auch die Überschätzung der eigenen Stärke und der Drang, die verhaßten gesellschaftlichen Zustände schnell zu beseitigen, führten zu linkssektiererischen Fehlern in den Reihen der Partei. Ernst Thälmann, der von Anfang an rechtsopportunistischen Tendenzen entgegengetreten war, war nicht frei von solchen «linken» Auffassungen. Seine feste Verankerung in der Arbeiterklasse aber ließ ihn nie die systematische Arbeit unter den Arbeitermassen aufgeben und die abenteuerlichen Wege der Wortführer des Linksradikalismus mitgehen. Wladimir Iljitsch Lenin setzte sich entschieden mit dem Linksradikalismus auseinander, der damals auch in anderen kommunistischen Parteien auftrat. Dabei differenzierte er stets sorgfältig zwischen den revolutionären Arbeitern, die zeitweilig «linken» Stimmungen unterlagen, und den kleinbürgerlichen Wortführern des Linksradikalismus, deren Konzeption nichts mit dem Streben und den Zielen der revolutionären Arbeiter gemein hatte.

Bleibende Eindrücke hinterließ in Ernst Thälmann die erste Reise nach Sowjetrußland, in das Land, in dem die Zukunft, für die er lebte und kämpfte, Wirklichkeit zu werden begann. Er war Delegierter des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale, der im Juni/Juli 1921 in Moskau stattfand. Durch eigene Anschauung konnte er sich mit den Erfolgen der Kommunistischen Partei Rußlands, der Avantgarde der kommunistischen Weltbewegung, bekanntmachen. Er lernte Wladimir Iljitsch Lenin kennen, erfuhr aus den Berichten der Delegierten unmittelbar von dem Klassenkampf in aller Welt, drang gründlicher in die vielfältigen Probleme der internationalen Arbeiterbewegung ein. Am nachhaltigsten beeindruckten Thälmann die Ausführungen Lenins, der als die entscheidende Aufgabe der kommunistischen Parteien nannte, beharrlich und systematisch um die Mehrheit der Arbeiterklasse zu ringen. Lenin betonte, daß es, um zu siegen und die Macht zu behaupten, notwendig sei, nicht nur die Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen, sondern auch die Mehrheit der ausgebeuteten und werktätigen Landbevölkerung. Am 2. Juli 1921 trat Thälmann erstmals auf einem Kongreß der Komintern, diesem Forum des internationalen revolutionären Proletariats, auf.

Nach seiner Rückkehr wandte sich die Hamburger Parteiorganisation im Sinne der Beschlüsse des Kongresses an die anderen Arbeiterparteien und -organisationen in Hamburg mit Vorschlägen zu gemeinsamen Aktionen für höhere Löhne und Gehälter, bessere Unterstützung der Erwerbslosen und gegen den konterrevolutionären Terror. Aber erst anläßlich der Ermordung des Reichsaußenministers Walther Rathenau durch Angehörige einer militanten nationalistischen Organisation erklärten sich SPD und ADGB in Hamburg bereit, gemeinsam mit den Kommunisten gegen die Konterrevolution zu demonstrieren. Einer der Redner auf der Massenkundgebung auf der Moorweide am 4. Juli 1922 war Ernst Thälmann. In der Hamburger Bürgerschaft bekundete er die Bereitschaft der Kommunisten, die bürgerlich-parlamentarische Republik gegen reaktionäre Umsturzpläne zu schützen und damit der Arbeiterklasse die relativ günstigen Bedingungen für den Kampf um die Lebensinteressen der Volksmassen zu erhalten, die eine reaktionäre Diktatur beseitigt hätte.

Im Jahre 1923 spitzten sich die Klassenauseinandersetzungen in Deutschland zu. Am 11. Januar 1923 marschierten französische und belgische Truppen, vom deutschen Monopolkapital durch die Nichterfüllung von Reparationsverpflichtungen provoziert, in das Ruhrgebiet ein. Die Ruhrbesetzung, dieser auf dem Rücken des deutschen Volkes ausgetragene imperialistische Machtkampf, gefährdete ernsthaft den Frieden in Europa und führte zu einer radikalen Verschlechterung der Lage der Werktätigen. Auf ihrem 8. Parteitag in Leipzig entwickelte die KPD ihre Politik des entschiedenen Kampfes gegen den deutschen und den französischen Imperialismus, für eine Arbeiterregierung in Deutschland; sie erwies sich erneut als einzige Repräsentantin der Interessen der Arbeiter und der anderen Werktätigen und zugleich als der einzige wahre Sachwalter der nationalen Interessen des deutschen Volkes. Eine der klarsten Stellungnahmen zur Strategie und Taktik der KPD auf dem Parteitag war die Ernst Thälmanns. Er warnte vor opportunistischen Illusionen und betonte, daß eine Arbeiterregierung sich auf die kämpfenden Massen stützen müsse. Im Unterschied zu ultralinken Auffassungen bejahte er die Arbeiterregierung als ein mögliches Etappenziel auf dem Weg zur Eroberung der Macht der Arbeiterklasse und trat für die Einheitsfront der Arbeiterklasse ein.

In diesem Sinne wirkte Ernst Thälmann als Mitglied des Zentralausschusses und als Vorsitzender der Hamburger Parteiorganisation für eine breite antiimperialistische Kampffront. Auch auf seiner Arbeitsstelle, der Abwrackwerft Kubatz, trat er der nationalistischen Hetze und der von der Führung der SPD propagierten Burgfriedenspolitik entgegen. In einem drei Monate währenden Streik kämpfte die Belegschaft gegen die Maßregelung von Arbeitern durch die Direktion. Thälmann gehörte der Streikleitung an.

Auf der Sitzung des Zentralausschusses der KPD im Mai 1923

wurde Ernst Thälmann in die Zentrale der KPD gewählt. Von nun an gehörte er dem obersten Führungsorgan der Partei an, wirkte unmittelbar an den Entscheidungen über deren Gesamtpolitik mit. In dieser Zeit gab er auch seine Arbeit im Betrieb auf, um seine Kraft ganz in den Dienst der Partei stellen zu können.

Seit Anfang August 1923 verschärften sich die Klassenauseinandersetzungen weiter. Ein gewaltiger von der KPD organisierter Streik stürzte die Regierung Cuno. Aber wiederum kamen die rechten Führer der deutschen Sozialdemokratie dem Monopolkapital zu Hilfe. Vier ihrer Repräsentanten traten in eine Regierung gemeinsam mit Vertretern bürgerlicher Parteien ein und halfen, den revolutionären Ansturm zunächst abzufangen. Jedoch Not und Elend der Volksmassen wuchsen weiter an, ebenso ihre Empörung und ihr Wille, die bestehenden Verhältnisse zu verändern. In der SPD erstarkte die Opposition gegen die Politik der Klassenzusammenarbeit rechter Führer. Innerhalb der herrschenden Klasse kam es zu heftigen Auseinandersetzungen über den einzuschlagenden Kurs. Es entwickelte sich eine revolutionäre Krise.

In Übereinstimmung mit der Kommunistischen Internationale – an der betreffenden Beratung nahm auch Ernst Thälmann teil – orientierte die KPD auf entscheidende Klassenauseinandersetzungen. Der Aufstandsplan sah vor, am 21. Oktober den Generalstreik auszurufen, aus dem bewaffnete Kämpfe hervorgehen sollten, die in Sachsen, Halle-Merseburg und zur Entlastung zugleich in den Bezirken Wasserkante und Mecklenburg ausgelöst werden sollten.

Entsprechend dieser Weisung bereitete die KPD in Hamburg unter der politischen Leitung Ernst Thälmanns den Aufstand vor. Am Morgen des 23. Oktober schlugen die Kampftrupps los, besetzten 17 Polizeiwachen und eroberten etwa 170 Gewehre. In vielen Teilen Hamburgs demonstrierten Arbeiter. In nördlichen und östlichen Vororten der Stadt errichteten die Aufständischen Barrikaden. Zentrum der Kämpfe war Barmbeck.

Viele Arbeiter waren bereit, am Kampf teilzunehmen, aber es fehlte an Waffen. So standen etwa 300 bewaffnete Aufständische einer zwanzigfachen militärischen Übermacht gegenüber. Trotzdem hielten sie stand, unterstützt von der Bevölkerung. Aber die Hamburger Kämpfer blieben isoliert. Der Parteivorsitzende Heinrich Brandler hatte angesichts der schwankenden Haltung linker sozialdemokratischer Führer nicht, wie geplant, das Signal zum Kampf gegeben. Als Thälmann und die anderen Hamburger Funktionäre erkennen mußten, daß die Hamburger Aufständischen auf einsamem Posten standen, beschlossen sie am Abend des 24. Oktober, den Kampf einzustellen. Widerstrebend, aber geordnet, lösten sich die Kämpfer vom Gegner.

Die Klassenauseinandersetzungen des Jahres 1923 endeten mit einer Niederlage der deutschen Arbeiterklasse. Der deutsche Imperialismus konnte seine Macht behaupten und festigen. Es hatte sich gezeigt, daß die junge KPD noch nicht die Reife besaß, um jene breite Kampffront, die notwendig ist, um die Macht der Monopole zu brechen, auch gegen den Widerstand der rechten Führer der Sozialdemokratie zu schaffen. Vor allem fehlte ihr eine stabile, marxistisch-leninistische Führung. Aber die KPD hatte wichtige Erfahrungen gesammelt. In dem Ringen um die richtigen Lehren aus den Klassenauseinandersetzungen stand Ernst Thälmann in der vordersten Reihe.

Seit Anfang November 1923 gehörte Thälmann der aus sechs Mitgliedern bestehenden engeren Leitung der Partei an, die angesichts des zeitweiligen Parteiverbots und der Verfolgung vieler Kommunisten gebildet worden war. Die schweren Kampfbedingungen komplizierten es außerordentlich, eine der neuen Lage entsprechende Politik der Partei auszuarbeiten. Dazu kam, daß die Veränderung des Kräfteverhältnisses der Klassen noch nicht deutlich zu erkennen war. Zwar war im Oktober der Versuch des revolutionären deutschen Proletariats, die imperialistische Herrschaft zu beseitigen, gescheitert und hatte das deutsche Monopolkapital Maßnahmen zur Stabilisierung seiner Macht eingeleitet, aber noch immer lagen viele Fabriken still. Bis weit in das Jahr 1924 hinein fanden Massenstreiks statt. Zahlreiche Arbeiter verließen, empört über die Politik ihrer rechten Führer, die Gewerkschaften. Aus dem gleichen Grund ging zunächst der Einfluß der SPD zurück. In der KPD kam es zu teilweise harten Auseinandersetzungen. Zunächst gelang es mit Hilfe der Komintern, die Verfechter rechtsopportunistischer Auffassungen aus der Parteiführung zu entfernen. Auf dem 9. Parteitag in Offenbach und Frankfurt am Main im April 1924 war es Ernst Thälmann, der am weitblikkendsten auf die nächsten Aufgaben orientierte. Erneut wurde er in die Zentrale sowie in deren Politisches Büro gewählt. Vorerst erlangten aber noch ultralinke Elemente bestimmenden Einfluß in der Parteiführung.

Bald wurde deutlich, daß der Kurs der Ultralinken die Verbindung der Partei zu den Massen lockerte, die KPD in ein nationalistisches, gegen die Komintern gerichtetes Fahrwasser zu bringen drohte und die Kampfkraft der Partei untergrub. Um Ernst Thälmann scharten sich jene Kräfte, die wie er als wichtigste Aufgabe die Schaffung einer festen, disziplinierten Partei und die Aneignung der Erfahrungen der Partei der Bolschewiki ansahen. Auf dem V. Kongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau im Sommer 1924 wurde Ernst Thälmann in das Exekutivkomitee der Komintern gewählt. Er war zu einem der führenden Repräsentanten der KPD herangereift und besaß großes Ansehen in der internationalen kommunistischen Bewegung.

Seit Mai 1924 war Thälmann auch Abgeordneter des Reichstags, in dem er konsequent die Interessen der Werktätigen verfocht, die Politik der herrschenden Klasse anprangerte und die Parlamentstribüne nutzte, um die Ziele der KPD und ihren Standpunkt zu Grundfragen der Zeit darzulegen. Anfang Februar 1925 wurde er zum Vorsitzenden des Roten Frontkämpferbundes gewählt. Den Kampf gegen den wiedererstarkenden deutschen Imperialismus und Militarismus, Erziehung zum proletarischen Internationalismus, insbesondere zur Verbundenheit mit der Sowjetunion, stellte er in den Mittelpunkt der Tätigkeit des RFB, der sich zu einer schlagkräftigen proletarischen Massenorganisation entwickelte.

Im Frühjahr 1925 kandidierte Ernst Thälmann bei den Reichspräsidentenwahlen. In etwa 25 Städten stellte er sich als Kandidat vor und erläuterte die Politik der Partei. Innerhalb weniger Wochen lernten so Hunderttausende Thälmann kennen. Sie spürten, daß hier jemand zu ihnen sprach, der ihre Probleme kannte und sich rückhaltlos für ihre Belange einsetzte. In diesen Wochen wurde Ernst Thälmann zur populärsten und geachtetsten Persönlichkeit der kommunistischen Bewegung in Deutschland.

Auf dem 10. Parteitag der KPD in Berlin im Juli 1925 bezeichnete Ernst Thälmann die Gewerkschaftsarbeit als die wichtigste politische Aufgabe der Partei. Die Kommunisten müßten sich als gute Gewerk-

schafter bewähren, am konsequentesten die Interessen der Arbeiter vertreten und so unter ihnen das Verständnis für die Politik der KPD wecken. Seine Ausführungen zeugten von seinen reichen Erfahrungen und von seinem tiefen Eindringen in den Marxismus-Leninismus. Sie waren zugleich bedeutungsvoll für das Zurückdrängen des Einflusses der Ultralinken. Thälmann leistete auch hierbei den Hauptanteil. Wesentliche Hilfe erhielt er vom Exekutivkomitee der Komintern. Die Hauptergebnisse einer der Beratungen mit einer EKKI-Kommission wurden auf seinen Vorschlag in einem Offenen Brief an die KPD niedergelegt.

Der Offene Brief verurteilte die sektiererische Politik der Ultralinken, orientierte auf eine beweglichere Einheitsfrontpolitik, eine verstärkte Arbeit in den Gewerkschaften, die konsequente Anwendung der Leninschen Normen des Parteilebens und darauf, die Betriebszellen zur Grundlage des Parteiaufbaus zu machen. In den Diskussionen über dieses Dokument wurden die Ultralinken entscheidend geschlagen. Erneut bestätigte sich, welche große Bedeutung die Existenz der Komintern für die Festigung der kommunistischen Parteien und für die Durchsetzung des Marxismus-Leninismus besaß. Sie half der KPD, eine Politik zu erarbeiten, die den gegebenen Bedingungen entsprach und sie in die Lage versetzte, den Kampf gegen den Imperialismus weitaus wirksamer zu führen.

Am 1. September 1925 wurde eine neue Führung der KPD gewählt, an deren Spitze Ernst Thälmann stand. An seiner Seite hatte er solche der Sache der Arbeiterklasse treu ergebenen Kampfgefährten wie Conrad Blenkle, Philipp Dengel, Hugo Eberlein, Arthur Ewert, Wilhelm Florin, Ottomar Geschke, Fritz Heckert, Wilhelm Pieck und Ernst Schneller. Die Übernahme der Parteiführung durch Ernst Thälmann und seine Mitstreiter war das wichtigste Ereignis in der KPD seit ihrer Gründung.

Ernst Thälmann war 39 Jahre alt, als er an die Spitze der Partei trat. In wenigen Jahren war er zum Führer der KPD herangereift. Am klarsten hatte er erkannt, daß die Arbeiterklasse nur dann ihre historische Mission verwirklichen kann, wenn an ihrer Spitze eine kampfgestählte, in sich geschlossene, disziplinierte, marxistisch-leninistische Massenpartei nach dem Vorbild der Partei der Bolschewiki steht. Durch seine enge Verbundenheit mit der Arbeiterklasse, seinen festen Klassenstandpunkt und seine unbeirrbare internationalistische Haltung wie durch seine Aufrichtigkeit, Geradlinigkeit, Einsatzbereitschaft und Selbstlosigkeit hatte er das Vertrauen und die Achtung seiner Genossen gewonnen.

Die KPD entwickelte sich unter der Führung des Thälmannschen Zentralkomitees zu einer der stärksten und erfahrensten Sektionen der Komintern. Motor dieser Entwicklung war Ernst Thälmann. In den Jahren bis 1933 war jede Aktion der Partei unmittelbar mit seiner Tätigkeit verbunden, gab es kaum ein wichtiges politisches Ereignis in Deutschland und außerhalb seiner Grenzen, zu dem er nicht Stellung nahm.

Ernst Thälmanns bedeutendste Leistung war die Entwicklung der KPD zu einer einheitlichen und schlagkräftigen Kampfpartei. Beharrlich setzte er sich für die allseitige und systematische Aneignung des Marxismus-Leninismus durch die Partei ein. Seine richtungweisenden Reden, Diskussionsbeiträge und Artikel zeigten beispielhaft, wie man die Theorie auf die konkreten Kampfbedingungen anwendet und sie schöpferisch weiterentwickelt. Oberstes Ziel seines Wirkens war das Wohl der arbeitenden Menschen. Ständig war er bemüht, jene Mittel und Methoden zu finden, eine solche Politik zu entwikkeln, die es ermöglichte, deren Gegenwarts- und Zukunftsinteressen am wirksamsten zu vertreten. Vor allem strebte er danach, enge Verbindungen zu den werktätigen Massen herzustellen und zu vertiefen. Darum orientierte er darauf, die Partei fest in den Betrieben zu verankern, die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften und in den anderen Massenorganisationen zu verbessern, die Frauen und Jugendlichen in den Kampf einzubeziehen. Untrennbar damit verbunden war Thälmanns Eintreten für die Geschlossenheit der Partei. Geduldig rang er darum, Irrende zu überzeugen. Prinzipienfest setzte er sich mit jenen auseinander, deren Auffassungen und Handlungen die Kampfkraft der Partei gefährdeten.

Bereits auf der 1. Parteikonferenz der KPD in Berlin am 31. Oktober und 1. November 1925 konnte Thälmann feststellen, daß der Einfluß der Partei in den Massen wieder zunahm. Als wichtigste Aufgabe bezeichnete er es, die Einheitsfront der Arbeiterklasse gegen den Imperialismus herzustellen. Damit die KPD ihrer Verantwortung gerecht werden könne, sei es notwendig, das theoretische Niveau zu heben, da es ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis gäbe. Die Konferenz orientierte darauf, verstärkt für die unmittelbaren Lebensinteressen der arbeitenden Massen zu kämpfen und so die revolutionäre Bewegung voranzutreiben.

In seiner Reichstagsrede Ende November 1925 entwickelte der Parteivorsitzende die außenpolitische Alternative der Kommunisten zum imperialistischen Kurs der deutschen Regierung. Diese hatte im Oktober in Verhandlungen mit den Regierungen Großbritanniens und Frankreichs in Locarno Verträge vereinbart, die die Unverletzlichkeit der Grenzen zwischen Deutschland und seinen westlichen Nachbarn garantierten, zugleich aber die Frage der deutschen Ostgrenzen offenließen und so den Expansionsdrang des deutschen Imperialismus nach Osten lenkten. Thälmann enthüllte die Friedensbeteuerungen des deutschen Außenministers und der anderen Befürworter dieser Pläne als pure Heuchelei, als Versuch, die expansiven Ziele des deutschen Imperialismus zu verschleiern. Er wies nach, daß allein die KPD eine Außenpolitik erstrebte, die der Sicherung des Friedens und den wahren Interessen der deutschen Nation diente.

Als die in der Novemberrevolution gestürzten Könige und Fürsten für beschlagnahmte Ländereien und andere Besitztümer höhere Entschädigungen verlangten, schlug Ernst Thälmann vor, das in der Weimarer Verfassung verankerte Recht der Wähler, über Grundfragen der Politik unmittelbar zu entscheiden, auszunutzen. Die KPD leitete ein Volksbegehren für einen Volksentscheid über die entschädigungslose Enteignung der Fürsten ein.

Unter der Losung «Keinen Pfennig den Fürsten! Brot und Arbeit dem werktätigen Volke!» organisierte die KPD zahlreiche Versammlungen und Kundgebungen. Die Bewegung erfaßte die Masse der Werktätigen, auch die Mehrheit der in der SPD organisierten Arbeiter. Dadurch und durch intensive persönliche Bemühungen Thälmanns gelang es schließlich, den Gesetzentwurf gemeinsam mit der SPD einzubringen. 12,5 Millionen Wahlberechtigte trugen sich in die Listen für einen Volksentscheid ein, dreimal soviel, als zu dessen Einleitung notwendig waren.

Die KPD verstärkte ihre Anstrengungen, die Massen für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten zu mobilisieren. Ein Höhepunkt dabei war das 2. Reichstreffen des RFB in Berlin Pfingsten 1926. Der von Thälmann angeführte Aufmarsch der Roten Front-

kämpfer wurde von 500 000 Berliner Arbeitern begleitet. Das war die größte Demonstration in der Hauptstadt seit 1922.

Fast 14,5 Millionen Wähler stimmten trotz des unerhörten Drucks der Reaktion für die Enteignung der Fürsten. Das waren etwa vier Millionen Wähler mehr, als bei den letzten Reichstagswahlen für KPD und SPD zusammen gestimmt hatten. Wenn auch die für die Annahme des Gesetzes erforderliche Stimmenzahl nicht erreicht wurde, so waren doch Millionen Werktätige zum bewußten Handeln gegen die Reaktion geführt worden, war deutlich geworden, wie das einheitliche Handeln die Kraft des Proletariats stärkt und auch seine Anziehungskraft auf nichtproletarische Schichten erhöht.

Von der Vielfalt der Aufgaben und dem großen Einsatz des Parteivorsitzenden zeugte auch sein Wirken während des Streiks der Hamburger Hafenarbeiter Anfang Oktober 1926. Thälmann eilte sofort nach Hamburg, beriet sich mit der Bezirksleitung, besuchte die Streikenden, demonstrierte mit ihnen gemeinsam, schrieb einen Artikel für die «Hamburger Volkszeitung» und rief in einer großen öffentlichen Versammlung zur Solidarität mit den Streikenden auf.

Auch in der Kommunistischen Internationale trat Thälmann immer stärker hervor. Seine Stimme besaß Gewicht in den Beratungen der Leitungsgremien der Komintern und auf deren Kongressen. Er lernte aus den Kämpfen der internationalen kommunistischen Bewegung, brachte die Erfahrungen der deutschen Kommunisten ein und trat unbeirrbar für die Festigung und Stärkung der kommunistischen Weltorganisation ein.

In der internationalen kommunistischen Bewegung und auch in der KPdSU(B) war es im Zusammenhang mit der Veränderung der Lage – dem Eintreten in die Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus einerseits und dem Abschluß der Periode der Wiederherstellung der Volkswirtschaft in der Sowjetunion andererseits – zu Auseinandersetzungen über die Perspektiven des Kampfes gekommen. Das Zentralkomitee der KPdSU(B) verfocht, gestützt auf die überwältigende Mehrheit der Parteiorganisationen und Mitglieder, die Leninsche These von der Möglichkeit, auch unter den Bedingungen der kapitalistischen Umkreisung den Sozialismus in einem Lande aufzubauen. Dem stellte sich eine opportunistische Fraktion entgegen.

Ernst Thälmann wies gemeinsam mit anderen führenden Repräsentanten der Komintern diese Vorstöße zurück. Auf der Tagung des EKKI in Moskau im November/Dezember 1926 verteidigte er prinzipiell die leninistische Generallinie der KPdSU(B). Er ging davon aus, daß die Sowjetunion, die Hauptkraft der sozialistischen Weltrevolution, die stärkste Bastion der internationalen revolutionären Bewegung ist. Jeder Erfolg der sowjetischen Werktätigen beim sozialistischen Aufbau verändere das Kräfteverhältnis in der Welt zugunsten der Arbeiterklasse. Es sei darum die Pflicht einer jeden kommunistischen Partei, den friedlichen Aufbau in der Sowjetunion zu unterstützen und ihn gegen den internationalen Imperialismus zu verteidigen. Die Stellung zur Sowjetmacht betrachtete er als Kriterium für die Haltung im Klassenkampf.

Die klare Erkenntnis der welthistorischen Rolle des ersten sozialistischen Staates und der Allgemeingültigkeit der grundlegenden Erfahrungen der KPdSU(B) waren für Thälmann charakteristisch. Immer wieder wies er darauf hin, von der Vorhut des Weltproletariats zu lernen. Er war fest davon überzeugt, daß Frieden, Demokratie und sozialer Fortschritt, daß der Aufbau des Sozialismus in Deutschland nur im Bunde mit der Sowjetunion möglich ist. Daß diese Erkenntnis im revolutionären deutschen Proletariat tiefe Wurzeln schlug, ist eines der unvergänglichen Verdienste Ernst Thälmanns.

Von der Verbundenheit mit dem Lande Lenins sprechen auch die engen Beziehungen des Vorsitzenden der KPD zu den Werktätigen des Sowjetlandes. Fast jeden Aufenthalt nutzte er, um in Fabriken, Schulen, Kolchosen, militärischen Einheiten mit Sowjetmenschen Kontakt aufzunehmen. Die Verehrung, die ungezählte Bürger des Sowjetlandes Thälmann entgegenbrachten, fand in zahlreichen Ehrungen, herzlichen Begegnungen und begeisternden Kundgebungen sichtbaren Ausdruck.

Anfang März 1927 tagte in Essen der 11. Parteitag der KPD, der erste, seitdem Ernst Thälmann und seine Kampfgefährten den bestimmenden Einfluß in der Parteiführung besaßen. Durch die innere Festigung der Partei, ihren klaren politischen Kurs, die bessere Beherrschung des Marxismus-Leninismus begann ihr Masseneinfluß zu wachsen. Ihre Mitgliederzahl hatte sich gegenüber dem Jahr 1925 um 10 000 erhöht, in den freien Gewerkschaften erlangte die KPD größeren Einfluß, bei Landtags- und Kommunalwahlen stieg ihr Stimmenanteil.

Im Hauptreferat des Parteitages analysierte der Parteivorsitzende gründlich den wiedererstarkten deutschen Imperialismus, wies er nach, daß die staatsmonopolistische Entwicklung in Deutschland weiter voranschritt und daß sich mit der gewachsenen Macht der deutschen Monopolbourgeoisie eine Wende zur politischen Reaktion vollzog. Als entscheidende Aufgabe der KPD bezeichnete es Thälmann, alle Kraft auf den Kampf gegen das Monopolkapital und dessen Regierung zu konzentrieren. Dabei gelte es, die Arbeiter zu gemeinsamer Aktion zusammenzuschließen und alle anderen werktätigen Schichten um sie zu scharen. Besondere Bedeutung käme dem Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr, vor allem gegen einen drohenden Überfall auf die Sowjetunion, und der Verteidigung der antiimperialistischen Revolution in China zu.

Im Zeichen der Solidarität mit der chinesischen Revolution stand auch der 2. Reichsjugendtag des KJVD in Hamburg Ostern 1927, auf dem Thälmann zu den 40 000 Versammelten sprach. Im Mai desselben Jahres nahm der Parteivorsitzende an einem Treffen an der deutsch-tschechoslowakischen Grenze teil, wo sich Teilnehmer aus beiden Ländern unter den Losungen «Hände weg von Sowjetrußland!» und «Gegen Kriegsgefahr und Faschismus!» zusammengefunden hatten. Pfingsten 1927 erklärte Ernst Thälmann auf dem 3. Reichstreffen des RFB in Berlin, daß die KPD alle Kräfte einsetzen werde, um die Sowjetunion, das Vaterland der Werktätigen der ganzen Welt, zu verteidigen, und daß sie alles tun werde, um den Kriegstreibern in Deutschland das Handwerk zu legen.

Entsprechend der Orientierung des Parteitages, daß im Mittelpunkt der Parteiarbeit die Tageskämpfe der deutschen Arbeiter stehen, wirkte Ernst Thälmann nachdrücklich darauf hin, die Arbeiter zu mobilisieren und in Streikkämpfen zusammenzufassen. Während des Ausstands im mitteldeutschen Industrierevier im Oktober 1927 weilte er unter den Streikenden. Ständig hielt er auch Kontakt zu den Arbeitern seiner Heimatstadt, unterstützte die Parteiarbeit in Hamburg und im Bezirk Wasserkante. Seine enge Verbundenheit mit den Hamburger Arbeitern war der wichtigste Grund dafür, daß Thälmann seinen ständigen Wohnsitz in dieser Stadt behielt. Während seines Aufenthaltes in Berlin wohnte er in Charlottenburg.

Im Sommer 1928 nahm der Vorsitzende der KPD am VI. Kongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau teil. Er teilte die den Kongreß prägende und durch die weitere gesellschaftliche Entwicklung bestätigte Auffassung, daß die kapitalistische Stabilisierung zu Ende gehe, daß sich die imperialistischen Widersprüche verschärften. Entschieden wandte er sich gegen die gefährliche Auffassung, daß der Kapitalismus erst im Ergebnis eines Krieges zusammenbrechen werde. Durch den Massenkampf gegen den Imperialismus und dessen schließlichen Sturz gelte es, der Entfesselung eines imperialistischen Krieges zuvorzukommen. Um immer mehr Werktätige in den Kampf einzubeziehen, sei ein entschiedenes Eintreten für höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, für die Verteidigung und den Ausbau der sozialen Rechte notwendig. Der Kongreß lenkte das Augenmerk der kommunistischen Parteien darauf, den Kampf gegen die größten der Menschheit drohenden Gefahren, gegen imperialistischen Krieg und Faschismus, zu führen.

In den folgenden Monaten zeichnete sich das Ende der relativen Stabilisierung des Kapitalismus noch deutlicher ab. In Deutschland drängten starke Gruppierungen des Monopolkapitals auf eine reaktionäre Veränderung der Herrschaftsmethoden. Frühzeitig wies Thälmann darauf hin, daß maßgebende Kreise der ökonomisch außerordentlich erstarkten imperialistischen Bourgeoisie die parlamentarische Herrschaftsform für unzureichend zur Sicherung ihrer Macht, zur verstärkten Ausplünderung der Volksmassen und für die Vorbereitung eines neuen Welteroberungsversuches hielten und daß ihre reaktionärsten Kräfte auf eine Faschisierung zusteuerten. Darum werde es immer dringender, breite Massen in den antiimperialistischen Kampf einzubeziehen und das Ringen um die Aktionseinheit vor allem mit den sozialdemokratischen Arbeitern zu intensivieren.

Gerade das aber fürchtete die herrschende Klasse. Darum drängte sie auf Gewaltmaßnahmen, möglichst unter Verantwortung rechter Sozialdemokraten. Der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin unternahm mit Zustimmung der sozialdemokratischen Innenminister des Reichs und Preußens eine Provokation. Er verlängerte ein seit Dezember 1928 bestehendes Demonstrationsverbot bis zum 1. Mai 1929. Einen solchen Angriff auf ein elementares Recht der Arbeiter konnte die KPD nicht hinnehmen. Am Kampftag der Werktätigen folgten 200000 Berliner ihrem Aufruf zu einer friedlichen Demonstration. Tausende Polizisten überfielen die Demonstranten, prügelten auf sie ein, schossen in die Menge. 33 Tote und Hunderte Verletzte waren die Folge des Polizeiterrors. Diese Blutopfer vertieften den Graben zwischen der Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei.

Bald nach diesen Ereignissen trat in Berlin-Wedding der 12. Parteitag der KPD zusammen. Ernst Thälmann nannte als die entscheidenden Aufgaben der Partei, die Offensive des Monopolkapitals abzuwehren, die zunehmenden faschistischen Vorstöße zurückzuschlagen und die imperialistische Kriegsvorbereitung zu bekämpfen. Um dafür die Mehrheit der Arbeiter zu gewinnen, müsse die Partei gestärkt, ihre Verbindung zu den Massen vertieft werden.

Ende des Jahres 1929 begann die Stagnation der kapitalistischen Wirtschaft in eine Wirtschaftskrise umzuschlagen, die sich als die bis dahin tiefste und längste des Kapitalismus erweisen sollte. Sprunghaft stieg die Arbeitslosigkeit. Bereits im Januar 1930 gab es in Deutschland 3,2 Millionen Erwerbslose. Unvorstellbares Elend brachte die Weltwirtschaftskrise den Werktätigen. Ausschlaggebende Kräfte des Finanzkapitals verschärften ihren Faschisierungskurs.

Die folgenden Jahre waren durch den unermüdlichen Kampf der KPD gegen die wachsende faschistische Gefahr gekennzeichnet. Stets waren Ernst Thälmann und seine Kampfgenossen bemüht, die wirksamsten Formen und Methoden zu finden, um die Massen für die Verteidigung der den Werktätigen noch verbliebenen demokratischen und sozialen Rechte zu gewinnen. Die Reaktion steigerte ihren Druck auf die revolutionäre Arbeiterbewegung, der Mordterror der faschistischen Banden wütete, der Staatsapparat verfolgte verstärkt Kommunisten und andere mutige Gegner des Imperialismus und Militarismus. Die antikommunistische Hetze wuchs, die Hitlerfaschisten, von den reaktionärsten Kräften des Finanzkapitals immer mehr unterstützt, verbreiteten ungehindert ihre schamlosen Lügen, ihre nationalistische und soziale Demagogie. Der verschärfte antikommunistische Kurs rechter Führer der SPD und der Gewerkschaften, die jegliches gemeinsames Vorgehen mit den Kommunisten ablehnten, stellte die KPD vor komplizierte Aufgaben in ihrem Kampf um die Einigung der Arbeiter gegen Imperialismus, Faschismus und Kriegsgefahr.

In dem Ringen um die schöpferische Anwendung des Marxismus-Leninismus auf die konkreten Kampfbedingungen in Deutschland erwies sich Ernst Thälmann als der theoretisch reifste und politisch weitblickendste Kopf in der Parteiführung. Von ihm gingen die entscheidenden Impulse für die Arbeit der Partei aus. Die Ende März 1930 gebildete Regierung Brüning, die faktisch das Parlament ausschaltete und mit Notverordnungen regierte, charakterisierte er als eine Bürgerblockregierung mit faschistischem Kurs. Im Unterschied zu den Auffassungen sozialdemokratischer und bürgerlich-demokratischer Politiker, die als Träger des Faschismus nur die faschistischen Massenorganisationen sahen und ihn als eine Bewegung radikalisierter Kleinbürger einschätzten, wies Thälmann nach, daß der Faschismus seine Wurzeln im Monopolkapital hat. Die Faschisierung zeige sich nicht nur im Terror der Hitlerbanden, sondern ebenso im Programm der Industriellen, in der Politik des Staates, im Abbau der Demokratie. Die Hitlerpartei kennzeichnete er als das gefährlichste und schmutzigste Werkzeug des deutschen Finanzkapitals. Unter maßgeblicher Mitarbeit von Vertretern des EKKI wurde auf Thälmanns Anregung eine Erklärung erarbeitet, die sich in populärer Form mit der Demagogie der Nazis auseinandersetzte und die Stellung der KPD zur Lösung der sozialen und nationalen Probleme darlegte. In zahlreichen Versammlungen erläuterte der Parteivorsitzende die «Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes», die am 24. August 1930 in der «Roten Fahne» publiziert worden war.

Die Reichstagswahlen im September 1930 bestätigten, wie berechtigt die KPD vor der faschistischen Gefahr gewarnt hatte. Die Nazipartei erhielt 6,4 Millionen Stimmen gegenüber 800000 im Jahre 1928. Thälmann wandte sich gegen jede Unterschätzung der faschistischen Gefahr, trat aber auch gegen pessimistische Stimmungen in der Partei auf. Durch den gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen könne und müsse der Faschismus geschlagen werden. Der Gewinn von 1,33 Millionen Stimmen gegenüber den vorangegangenen Wahlen zeigte, daß die Anziehungskraft der KPD in der Arbeiterklasse zugenommen hatte.

Auf der Tagung des Zentralkomitees der KPD im Januar 1931 begründete Thälmann die Notwendigkeit, die Arbeiter und alle anderen

Ausgebeuteten und Unterdrückten im Ringen um die Tagesinteressen schrittweise an den Kampf um die Macht der Arbeiterklasse heranzuführen. Er betonte die Notwendigkeit, die Klein- und Mittelbauern, die städtischen Mittelschichten und die Beamten in den Kampf gegen Imperialismus und Faschismus einzubeziehen, jeden Handbreit Boden zu verteidigen, den der Faschismus erobern wolle, um die wirtschaftlichen und politischen Rechte der Werktätigen, um jedes noch verbliebene demokratische Recht zu kämpfen. Stets hob Ernst Thälmann hervor, daß die Festigung der KPD, die Erhöhung ihrer Kampfkraft, der beispielhafte Einsatz eines jeden Mitglieds der Partei Voraussetzung dafür sind, daß die Arbeiterklasse ihrer historischen Verantwortung gerecht werden kann. Zu seinen engsten Kampfgefährten in dieser Zeit gehörten Franz Dahlem, Wilhelm Florin, Fritz Heckert, Wilhelm Pieck, John Schehr und Walter Ulbricht.

Eine breite Kampffront zu schaffen war schwer. Rechte Führer der Sozialdemokratie halfen im Reichstag Mißtrauensanträge der KPD gegen das Brüning-Kabinett und Anträge auf Außerkraftsetzung von Notverordnungen niederzustimmen. Revolutionäre Arbeiter wurden aus den Gewerkschaften ausgeschlossen, im April 1931 auch Ernst Thälmann. Auf dem Parteitag der SPD im Mai 1931 forderte deren Vorsitzender Otto Wels, einen entschiedenen Kampf gegen die KPD zu führen. Der Gewerkschaftsführer Fritz Tarnow verlangte, die Arbeiterbewegung habe als Arzt am Krankenlager des Kapitalismus zu stehen. Energisch wandte sich Ernst Thälmann gegen diesen verhängnisvollen Kurs. Als selbstverständlich bezeichnete er es, zwischen den rechten Führern der SPD einerseits und den unteren Funktionären und den sozialdemokratischen Arbeitern andererseits zu unterscheiden. Er betonte, daß der Hauptfeind des Proletariats der Faschismus sei.

Eine umfassende Front gegen den Faschismus herzustellen diente auch das vom Parteivorsitzenden im Mai 1931 auf einer Bauernkundgebung in Oldenburg verkündete Bauernhilfsprogramm, das konkrete Forderungen zur Unterstützung der Klein- und Mittelbauern enthielt. Ebenfalls im Mai erschien das von Thälmann angeregte Arbeitsbeschaffungsprogramm der KPD. Im Juli bildete sich auf Initiative der KPD eine Kampfgemeinschaft der Kleingewerbetreibenden und freien Berufe; im September wurde ein Selbsthilfeprogramm der Beamten und Angestellten und im Oktober ein Schutzprogramm für die arbeitende Frau herausgegeben. In einem Appell des Zentralkomitees und in einem Artikel Thälmanns in der «Roten Fahne» vom 29. November 1931 wurden alle Arbeiter der SPD, des Reichsbanners und der Gewerkschaften zum gemeinsamen Handeln mit der KPD aufgerufen. Ausdrücklich betonte der Parteivorsitzende – und korrigierte damit Einengungen der Einheitsfrontpolitik –, daß von den Sozialdemokraten nicht die Anerkennung der Ziele der KPD erwartet werde, sondern die Bereitschaft zum gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Klassenfeind.

Im März und April 1932 fanden der erste und zweite Wahlgang zu den Reichspräsidentenwahlen statt. Die SPD forderte auf, für den bisherigen Präsidenten, den ehemaligen kaiserlichen Feldmarschall Paul von Hindenburg, zu stimmen, der als das «kleinere Übel» gegenüber Hitler bezeichnet wurde. Diese Entscheidung machte es der KPD unmöglich, einen überparteilichen Linkskandidaten aufzustellen. Sie nominierte als ihren Kandidaten Ernst Thälmann, der wiederum wochenlang unterwegs war, oft bis an die Grenze seiner physischen Kraft, um die Massen für den Kampf gegen Imperialismus, Militarismus und Faschismus zu gewinnen. Vorausschauend warnte die KPD: «Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler!» und «Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!» Fünf Millionen votierten im ersten Wahlgang für Ernst Thälmann. Mit knapp 19,4 Millionen Stimmen wurde Hindenburg im zweiten Wahlgang zum Reichspräsidenten gewählt. 13,4 Millionen Wähler hatten für Hitler gestimmt. Auch Landtagswahlen brachten den Nazis Stimmengewinne.

Ernst Thälmann wertete diese Wahlergebnisse als beträchtlichen Tempoverlust der revolutionären Kräfte gegenüber dem schnellen Vormarsch der Faschisten. Auf einer Tagung des EKKI-Präsidiums im Mai 1932 regte er an, neue Wege für die Herstellung der Einheitsfront zu finden, denn nur in der Kampfgemeinschaft mit allen, auch den anders gesinnten Arbeitern könne der Kampf gegen Imperialismus und Faschismus erfolgreich geführt werden. Ende Mai wurde auf seine Initiative die Antifaschistische Aktion eingeleitet. Thälmann betonte, daß diese Aktion zu einer Bewegung von Millionen gemacht werden müsse. Bereits im Juni zeigten sich Erfolge in der von der KPD eingeleiteten neuen Etappe des antifaschistischen Kampfes. Zahlreiche Einheitsfrontausschüsse entstanden, der antifaschistische Massenselbstschutz erstarkte. In verschiedenen Gebieten kam es zu gemeinsamen Aktionen von Kommunisten und Sozialdemokraten. Mit Kundgebungen und Demonstrationen traten kommunistische, sozialdemokratische, christliche und parteilose Arbeiter den Faschisten entgegen. Auch in den Parlamenten zahlreicher Länder und in vielen Kommunen wirkte die KPD im Sinne der Antifaschistischen Aktion.

Am 8. Juli hatte Ernst Thälmann im Beisein Wilhelm Piecks und John Schehrs eine Unterredung mit 20 Sozialdemokraten. Wilhelm Pieck und John Schehr gehörten zu den Mitgliedern der Parteiführung, die am entschiedensten den Kurs auf die Gewinnung breitester Massen für den antifaschistischen Kampf unterstützten. In der Aussprache hob Ernst Thälmann eindringlich hervor, das brennendste Problem sei, die Aufrichtung der faschistischen Diktatur zu verhindern. Auf dem Reichseinheitskongreß der Antifaschistischen Aktion am 10. Juli 1932 betonte Thälmann vor den 1465 Delegierten, unter ihnen 192 Sozialdemokraten und 954 Parteilose, erneut die Notwendigkeit, daß alle Arbeiter ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit gegen den Faschismus kämpfen.

Am 20. Juli wurde die preußische Regierung unter dem Sozialdemokraten Otto Braun vom Reichspräsidenten abgesetzt und Franz von Papen zum Reichskommissar in Preußen ernannt. Auf Thälmanns Vorschlag forderte die KPD die SPD und die Gewerkschaften auf, gemeinsam mit der KPD zu einem Generalstreik gegen diesen Staatsstreich aufzurufen. Aber die Führung der SPD lehnte ab, vertröstete auf die bevorstehenden Reichstagswahlen und den Staatsgerichtshof, obwohl viele Sozialdemokraten zum Widerstand gegen diesen gefährlichen Vorstoß der Reaktion bereit waren. So wurde eine große Chance, Papen zu schlagen und den Faschismus zurückzudrängen, ungenutzt gelassen.

Die Reichstagswahlen vom Juli 1932 zeigten, daß sich im Kräfteverhältnis ein Umschwung zu entwickeln begann. Zwar konnte die Nazipartei gegenüber 1930 ihre Stimmenzahl fast verdoppeln, aber gegenüber den Landtagswahlen vom April keine Stimmen dazugewinnen. Die KPD erhielt rund 700 000 Stimmen mehr als bei der letzten Reichstagswahl. Die kapitulantenhafte Haltung der Parteiführung brachte der SPD einen Verlust von über 660 000 Wählern.

Die Lage in Deutschland spitzte sich im Sommer und Herbst 1932 weiter zu. Über sieben Millionen Menschen waren ohne Arbeit; Arbeitslosenunterstützung, Löhne, Gehälter, Renten wurden weiter gesenkt. Auf dem Höhepunkt der Krise wehrten sich die Arbeiter in einer rasch anwachsenden Welle von Streiks gegen diese Anschläge. Das zeugte vom Erfolg der Bemühungen Ernst Thälmanns, die Kraft der Partei auf die Arbeit in den Betrieben und in den Gewerkschaften zu konzentrieren. Aber es war für die Kommunisten schwer, in den Betrieben zu arbeiten, wurden doch vor allem in den Großbetrieben aktive Kommunisten zuerst entlassen.

Um der nationalistischen und chauvinistischen Propagandaflut entgegenzuwirken und die Ideen des proletarischen Internationalismus nachdrücklicher zu propagieren, schlug Ernst Thälmann vor, gemeinsame Aktionen mit den Arbeitern Frankreichs, Polens und anderer Länder durchzuführen. Im Oktober 1932 reiste er illegal nach Paris und sprach auf einer von der Französischen Kommunistischen Partei veranstalteten Kundgebung; er verurteilte die Revanchehetze des deutschen Imperialismus und rief zum gemeinsamen Kampf gegen die Imperialisten Deutschlands und Frankreichs auf.

Die Reichstagswahlen vom November 1932 kündeten davon, daß der konsequente antifaschistische Kampf der Kommunisten Erfolg hatte. Die Nazis verloren zwei Millionen Wähler. Die KPD konnte über 600 000 Stimmen hinzugewinnen. Die Regierung Papen mußte zurücktreten. Eine Regierung unter dem General Kurt von Schleicher, von Thälmann als Platzhalterkabinett für eine Hitlerregierung gekennzeichnet, wurde gebildet. Die KPD setzte ihre Kampagne gegen Kriegsgefahr und Chauvinismus fort, verstärkte die Aktionen der Erwerbslosen, suchte die Streikbewegung weiterzuführen und bereitete sich auf den Kampf unter illegalen Bedingungen vor.

Anfang 1933 bemühten sich die reaktionärsten und aggressivsten Kräfte des deutschen Finanzkapitals, die voller Besorgnis den Rückgang des Einflusses der Hitlerfaschisten registrieren mußten, schnell die offene Diktatur zu errichten. Führende Monopolisten verständigten sich mit Adolf Hitler über die Bildung einer Regierung unter Einbeziehung der Nazis.

Am 22. Januar organisierten die Nazis vor dem Karl-Liebknecht-Haus in Berlin, dem Sitz des Zentralkomitees der KPD, einen Aufmarsch ihrer faschistischen Banden. Erneut appellierte Thälmann an die Kommunisten, in den Betrieben und auf den Stempelstellen, in den Gewerkschaften und allen anderen Massenorganisationen, vor allem unter der Jugend, das Kampfbündnis aller Arbeitenden zu schließen. 130 000 Berliner zogen am 25. Januar vor dem Karl-Liebknecht-Haus an Ernst Thälmann und anderen führenden Vertretern der KPD vorbei, bekundeten ihre Kampfbereitschaft.

Als am 28. Januar die Regierung Schleicher zurücktrat, rief ein Extrablatt der «Roten Fahne» auf, nicht zuzulassen, daß eine noch reaktionärere Regierung gebildet werde. Am 29. appellierte «Die Rote Fahne», die Einheitsfront der Tat gegen den faschistischen Generalangriff herzustellen.

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler vom Reichspräsidenten Paul von Hindenburg zum Reichskanzler berufen. Noch am selben Tage überreichte Walter Ulbricht im Namen Ernst Thälmanns dem Vorstand der SPD den Vorschlag, gemeinsam zum Generalstreik für den Sturz der Hitlerregierung aufzurufen. Der auch als Flugblatt veröffentlichte Vorschlag kennzeichnete die Hitlerregierung als die offene faschistische Diktatur, als die brutalste und unverhüllteste Kriegserklärung an die Werktätigen. Aber selbst in dieser Situation wies die Führung der SPD den Vorschlag der KPD zurück. So konnte die Gelegenheit, die Hitlerregierung vor der Festigung ihres Herrschaftssystems, vor dem Verbot der Arbeiterparteien und -organisationen zu stürzen, nicht genutzt werden.

Auf einer illegalen Tagung des Zentralkomitees am 7. Februar 1933 im Lokal Sporthaus Ziegenhals, südöstlich Berlins, an der auch andere leitende Funktionäre der KPD teilnahmen, sprach Ernst Thälmann das letzte Mal vor diesem Gremium der Partei. Er warnte vor legalistischen Illusionen und erklärte, daß die Partei jetzt vor ihrem schwersten Kampfabschnitt stehe. Mit großem Nachdruck forderte er, alles zu tun, um die Einheitsfront gegen die faschistische Diktatur herzustellen. Im Sinne dieser Beratung wirkte die KPD. Die von Thälmann geschmiedete Partei erwies sich trotz brutaler Verfolgung und ungeachtet schwerer Verluste als die konsequenteste und stärkste antifaschistische Kraft.

Am 27. Februar gaben die Faschisten mit dem Reichstagsbrand das Signal für eine große Verhaftungs- und Terrorwelle. Am 3. März 1933 fiel auch der Vorsitzende der KPD in die Hände der Faschisten, zwei Tage bevor er auf Beschluß der Parteiführung das Land verlassen sollte, um von außen her den antifaschistischen Kampf zu leiten.

Durch ständige Einzelhaft, zunächst im Berliner Polizeipräsidium, dann im Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit, zermürbende Verhöre, durch Folterungen im Gestapo-Hauptquartier wurde versucht, Thälmann zu ihn und die Partei belastenden Aussagen zu zwingen. Aber all diese Versuche waren vergeblich. Ernst Thälmann blieb der Sache, der er sein ganzes bisheriges bewußtes Leben geweiht hatte, treu. Nie verlor er den Glauben an den schließlichen Sieg der deutschen Arbeiterklasse.

Auch während seiner Haft, sowohl in Berlin als auch später in Hannover und Bautzen, bestand eine feste Verbindung zwischen Ernst Thälmann und seiner Partei. Sie ging vor allem über seine Frau Rosa und später zunehmend auch über seine Tochter Irma sowie über seine Rechtsanwälte. Kuriere hielten die Verbindung zur Parteiführung. Die Mitteilungen wurden geschickt in die Unterhaltungen während der wenigen Besuchsstunden eingeflochten oder in Kassibern übermittelt. So erhielt er auch von der Parteiführung Ratschläge für seine Verteidigung. In Aufzeichnungen Thälmanns aus der Haftzeit sind Hinweise zu finden, wie Thälmann sich vor Gericht verhalten wollte. Er beabsichtigte, sich offen zur Politik der KPD zu bekennen, das Wesen des Faschismus und die Konsequenzen von dessen Politik zu enthüllen sowie dessen Verbrechen anzuprangern. Schließlich wollte er sein Auftreten vor Gericht nutzen, um allen Antifaschisten Orientierungen für den Kampf gegen den Faschismus zu geben. Wenn es die Faschisten nach der Niederlage im Reichstagsbrandprozeß gegen Georgi Dimitroff auch nicht wagten, den Prozeß gegen Thälmann zu führen, so erreichten doch die wichtigsten Überlegungen Thälmanns die Partei. Der eingekerkerte Parteivorsitzende erfuhr von der Vorbereitung des VII. Kongresses der Kommunistischen Internationale und konnte seine Vorschläge für diese Beratung übermitteln, die im Sommer 1935 stattfand. Die Beschlüsse dieses Kongresses, die auf eine konsequente Einheits- und Volksfrontpolitik im Kampf gegen Faschismus, Imperialismus und imperialistischen Krieg orientierten, stimmten mit seinen Überlegungen überein und fanden seine volle Zustimmung ebenso wie die der Brüsseler Konferenz der KPD vom Oktober 1935.

Die Verhaftung Ernst Thälmanns rief in der Arbeiterbewegung der ganzen Welt einen Proteststurm hervor. Zahlreiche bürgerliche Demokraten, bedeutende Vertreter des geistigen und kulturellen Lebens schlossen sich diesen Protesten an. In der Sowjetunion erreichte die Solidarität mit Ernst Thälmann die größte Breite. Im ganzen Lande wurden Verpflichtungen abgegeben, in denen sowjetische Arbeiter und Kolchosbauern als Antwort auf die faschistischen Gewalttaten bekundeten, die Produktionspläne vorfristig zu erfüllen. Das diente der Stärkung des ersten sozialistischen Staates, der mächtigsten Bastion des Antifaschismus. Die Bewegung für die Befreiung Ernst Thälmanns erfaßte den ganzen Erdball. Der Vorsitzende der KPD war zu einem Symbol aller Menschen geworden, die für Frieden, Demokratie und Fortschritt stritten. Der Kampf um seine Freilassung half überall in der kapitalistischen Welt, Sozialdemokraten und Kommunisten, Gewerkschafter und bürgerliche Demokraten, Angehörige der verschiedenen Klassen und Schichten für das gemeinsame Ringen gegen den Faschismus zusammenzuschließen.

Die lange Haft, die strenge Isolierung waren für Thälmann, dessen Leben stets angespannte politische Arbeit gewesen war, nicht leicht zu ertragen. Seine Gesundheit wurde angegriffen, seine Frau erkrankte schwer, der Prozeß, den er so sehr herbeigesehnt hatte, fand nicht statt. Befreiungsversuche der KPD waren fehlgeschlagen. Das führte auch bei ihm zu Momenten der Niedergeschlagenheit. Nie aber verlor er seinen Mut, und er fand seinerseits die Kraft, in Briefen Frau und Tochter zu ermuntern. Deren Besuche und Briefe, die Kontakte zur Partei, die ihm insgeheim übermittelten Informationen über die Solidaritätsaktionen halfen ihm, die schweren Jahre durchzustehen. Vor allem erwuchs ihm Halt aus seiner Weltanschauung, aus seinem Wissen um die unabwendbare Niederlage des Faschismus und den Sieg des Sozialismus.

In seinen Aufzeichnungen und Mitteilungen kam er immer wieder auf die Gefahren zurück, die vom aggressiven deutschen Imperialismus für den Frieden ausgingen, enthüllte er dessen menschenfeindliches Wesen, dessen Antisowjetismus und Weltherrschaftspläne. Als 1938 die Repräsentanten Großbritanniens und Frankreichs ihre Bündnisverpflichtungen verrieten und der Annexion des Sudetenlandes durch das faschistische Deutschland zustimmten, charakterisierte er in einem Schreiben an die Parteiführung Wesen und Ziele des Münchener Abkommens und entwickelte als wichtigste Schlußfolgerung, verstärkt den Kampf um die Sicherung des Friedens zu führen. Den zwischen Deutschland und der Sowjetunion im Jahre 1939 abgeschlossenen Nichtangriffsvertrag wertete er als ein bedeutendes Ereignis zum Nutzen des Sowjetvolkes und der gesamten internationalen revolutionären Bewegung, weil dadurch der Versuch, eine imperialistische Einheitsfront gegen die Sowjetunion zu bilden, durchkreuzt worden war.

Ernst Thälmann erfuhr von der Entfesselung des zweiten Weltkrieges durch den faschistischen deutschen Imperialismus, von dem furchtbaren Blutvergießen, von den anfänglichen Erfolgen der faschistischen Armeen. Die schlimmste Nachricht war für ihn die vom Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion. Ernst Thälmann aber war und blieb davon überzeugt, daß an der Kraft des ersten sozialistischen Staates der deutsche Faschismus zerbrechen würde.

Als der deutsche Faschismus unter den Schlägen vor allem der Sowjetarmee zusammenbrach, suchte die herrschende Naziclique als getreuer Sachwalter des Monopolkapitals mit der ganzen Wucht ihres Macht- und Terrorapparats besonders die KPD zu vernichten, den entschiedensten Gegner des Faschismus im Innern des Landes. Noch brutaler verfolgte sie, ihren Untergang vor Augen, Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter. Auch Ernst Thälmann wurde ihr Opfer. In der Nacht zum 18. August 1944 wurde er im Konzentrationslager Buchenwald, wohin man ihn aus Bautzen transportiert hatte, auf ausdrücklichen Befehl Hitlers heimtückisch ermordet.

Ernst Thälmann, der große Sohn des deutschen Volkes, der Schmied und Führer der KPD, war nicht mehr. Aber die Sache, für die er zeitlebens gestritten hatte, siegte. Wie er vorausgesagt hatte, zerschlug die Sowjetunion den faschistischen deutschen Imperialismus. Das öffnete auch dem deutschen Volk den Weg zu grundlegenden revolutionären Umgestaltungen. Auch auf deutschem Boden wurde Wirklichkeit, wofür er und seine Partei gekämpft hatten. Unter der Führung der geeinten Partei der deutschen Arbeiterklasse entstand und erstarkte, unterstützt von der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten, die Deutsche Demokratische Republik, die heute erfolgreich die entwickelte sozialistische Gesellschaft gestaltet. Hier sind das Wohl des Volkes und der Frieden oberstes Staatsprinzip. In der ersten Reihe bei der revolutionären Umgestaltung im deutschen Staat der Arbeiter und Bauern standen und stehen die Mitkämpfer Ernst Thälmanns, die von ihm gestählten und in seinem Geist erzogenen Kader. Ernst Thälmann lebt in den Taten der Werktätigen der DDR zur allseitigen Festigung ihres Staates, in dem Wirken zur Sicherung des Friedens. Mit vollem Recht konnte Erich Honecker feststellen: «Ernst Thälmann ist jetzt unter uns, weil wir uns geschworen haben, in seinem Sinne unsere Republik zu festigen und zu stärken und das Banner der sozialistischen Revolution immer weiter vorwärts zu tragen.» /2/

Günter Hortzschansky

2 Erich Honecker: Stets so wie Ernst Thälmann leben, lernen und kämpfen. Rede auf der Kundgebung zur Verleihung der Ernst-Thälmann-Ehrenbanner, 23. Juli 1973. In: Reden und Aufsätze, Bd. 2, Berlin 1983, S. 324.

Ein Arbeiter wird Kommunist

1896–1920

Das ganze Leben für die Idee des Sozialismus einsetzen

Aus dem Lebenslauf von 1935

Habe in Hamburg die Volksschule besucht und bin aus der Selekta entlassen. Meine Kinderzeit war außerordentlich reich an wechselseitigen Erlebnissen und Erfahrungen. Während meiner Schuljahre mußte ich ununterbrochen mit im Geschäft meiner Eltern (ein kleines Gemüse-, Steinkohlen- und Fuhrwerksgeschäft in Eilbeck) tätig sein. Ich war ein äußerst fleißiger Schüler in der Schule, wurde aber durch starke Inanspruchnahme durch meine Eltern in ihrem Geschäft in der Fortbildung stark behindert und beeinträchtigt. Obwohl ich meine Schularbeiten in den meisten Fällen morgens vor der Schulzeit nur machen konnte, war ich als tüchtiger Schüler bekannt und bei den Lehrern geachtet. In der Schule selbst interessierten mich Geschichte, Naturgeschichte, Volkskunde, Rechnen, Turnen und Sport am meisten; am wenigsten oder fast gar nicht war ich begeistert von der Religion.

In den letzten drei Schuljahren war es mir schon möglich, die verschiedenen Unterschiede in den Lehrmethoden der einzelnen Lehrer festzustellen, wobei die freigeistige Erziehung einzelner unserer Lehrer auf mich den größten Einfluß ausübte. Die Tätigkeit im Geschäft meines Vaters brachte es mit sich, daß ich schon früh (vielleicht viel zu früh) Menschen verschiedenen Schlages kennenlernte und, ohne es bewußt zu wollen, schon Menschenstudien betrieb. Ich fuhr mit zum Hopfenmarkt, zu den Güterbahnhöfen, zum Hafen und den Kais, zum Kohlenlager usw., half mit beim Möbeltransport, begleitete den Vater beim Einkauf von Kartoffeln und Winterfrüchten bei den Bauern in Hamburgs Umgebung und ging mit ihm schon als Schuljunge in die Wirtschaften, wo ich aufmerksam und wißbegierig alle dortigen Gespräche verfolgte. Beim Einkaufen der Kunden im Geschäft bemerkte ich schon die sozialen Unterschiede im Volksleben. Bei den Arbeiterfrauen Elend, Not und teilweise Hunger bei ihren Kindern und geringe Einkäufe, bei den bemittelten Kunden größere Einkäufe usw. In der Schule ähnliche Tatsachen, meine gut und reichlich belegten Brotschnitten und genügend zum Sattwerden und bei einzelnen Arbeiterkindern der stille Hunger. (Ich habe stets denen Brotschnitten abgegeben, die keine hatten oder hungrig waren.)

Diesen Jammer, insbesondere bei den Einkäufen der armen Leute im Geschäft, habe ich als Junge tief empfunden und darüber mit meinen Eltern und meiner Schwester häufiger gesprochen, ohne des Rätsels Lösung schon zu fassen. Meine Mutter war streng religiös und betete (mein Vater das Gegenteil, ohne Freidenker zu sein), und ich habe sie des öfteren ernsthaft gefragt, warum Gott der Allmächtige diesen armen Menschen denn nicht hilft. Diese auch für die Mutter peinliche Frage konnte mit der Antwort der Notwendigkeit, daß diese Menschen Opfer zu bringen haben, auf die Dauer bei mir nicht standhalten, weil es immer wieder dieselbe war. Die viel gepriesene Gerechtigkeit und Liebe des Allmächtigen zu den Menschen, die Vertröstung auf das «Jenseits», dieses Unfaßbare für mich, mußte in meiner Vorstellung Zweifel erwecken, weil ich täglich die Unterschiede zwischen Reichen und Armen, Bemittelten und Unbemittelten, Geldleuten und Arbeitern in der Praxis erlebte. Der Hinweis meiner Mutter, die armen Menschen müßten zu Gott dem Allmächtigen beten, sie würden dann Hilfe von ihm bekommen, überzeugte mich deshalb nicht, weil ich wußte, daß das im Ernst einzelne Arbeiterfamilien getan hatten, ohne daß bei ihnen eine Linderung der Not eintrat. Hier begann ich schon als Kind ernsthaft zu zweifeln an der Gerechtigkeit des Allmächtigen wie auch am Glauben [an die] Unsterblichkeit im «Jenseits», aber blieb nicht dabei stehen, sondern grübelte über diese Frage weiter nach und fragte mich, warum denn überhaupt diese im Leben der Menschheit vorhandene Ungerechtigkeit, die Vertröstung auf das «Jenseits» sein müsse? Es entstand bei mir einmal der bewußte Zweifel an etwas Übernatürlichem und Übersinnlichem, zum anderen verstärkte sich bei mir der Zweifel am Gerechtigkeitssinn überhaupt innerhalb der Gesellschaft . . .

Ich war 10 Jahre alt, da brach der Hafenarbeiterstreik in Hamburg im Jahre 1896 aus, ein Jahr später fand der Dreyfus-Prozeß in Frankreich statt, in die Jahre 1899–1902 fiel der Burenkrieg. Ein ungeheures, fast leidenschaftliches Interesse erweckten diese großen Tatsachen in mir. Hier empfand ich die Ungerechtigkeit in der Welt an großen anschaulichen Beispielen, wie ich es im täglichen Kindesleben nur im Kleinen erlebt hatte. Zu diesem allen kamen neue Erlebnisse in meinen letzten Schuljahren, in den Jahren, wo meine Zweifel sich verstärkten, ob es innerhalb der Menschheit eine Gerechtigkeit überhaupt noch gibt, die eine geistige Befruchtung meiner Vorstellung, ein explosives Aufleuchten und Aufflammen in meine schwelenden Gedanken brachten. Sie befreiten mich von der Ungewißheit in dieser Frage, und stärker als sonst veranschaulichten sie es, daß etwas faul im Staate Dänemark sein müsse.

Dazu kamen die Schülerveranstaltungen in den Hamburger Theatern. Ich sah die Stücke hintereinander «Prinz von Homburg», «Maria Stuart», «Wallensteins Lager», «Piccolomini», «Wallensteins Tod»,

«Don Carlos», «Die Räuber», «Götz von Berlichingen», und am gewaltigsten und leidenschaftlichsten fesselte mich das Schauspiel «Wilhelm Tell». Dieses Schillersche Freiheitsstück zerriß alle meine vorhandenen Zweifel mit einem Schlage, und viel freier und selbstbewußter entwickelten sich jetzt meine Gedanken zum «Sozialismus», ohne ernsthaft schon zu wissen, was eigentlich Sozialismus bedeutet und sein kann; das war der Abschluß der erfahrungsreichen und harten Schule meiner Kinderzeit; das erste Semester meiner Lebensbahn, in dem ich diese Studien [machte], die meine Gedanken und Anschauungen beeinflußten und die dann später sehr schnell zur sozialistischen Einstellung führten, war beendet . . .

Dieses bei mir langsam wachsende Selbstbewußtsein und die Selbsttätigkeit zu meiner geistigen Selbsterziehung und Fortbildung, der Drang, immer wieder neue Bücher zu lesen, hat mir manche Tracht Prügel von meinem strengen Vater eingebracht. Aber dann las ich an versteckten Stellen, um nicht beim Lesen der Bücher erwischt zu werden. Aber was ich las, waren nicht Marx und Engels oder sozialistische Literatur, sondern Schiller, Kleist, Herder, Goethe und besonders die Geschichte der Germanen und ihrer Kämpfe, wie auch die Geschichte der karolingischen, sächsischen, fränkischen und hohenstaufischen Kaiser. Das größte Interesse erweckten bei mir die Wikinger- und Hanseatenzeit und Störtebekers «See- und Räuberleben», Erzählungen wie «Nibelungensage», «Andreas Hofer», «Archibald Douglas», «Hermannschlacht» fesselten mich ganz besonders . . .

Mein mehrfach geäußerter Wunsch, nach der Schulentlassung unbedingt etwas lernen zu wollen, entweder ein Handwerk oder Lehrer usw., wurde mir von meinen Eltern leider nicht erfüllt. Die Geldmittel waren bei meinen Eltern bestimmt dazu vorhanden, aber der Vater war der festen Meinung, daß ein Verbleiben in seinem damals gutgehenden Geschäft für mich ebenso nützlich sein würde wie Lehrjahre zum Erlernen eines Handwerks oder [ein] Studium. Selbst der Anreiz, später das sehr gut florierende Geschäft übernehmen zu können, also selbständig und unabhängig zu werden, spornte mich deshalb nicht an, weil ich keine materiellen Interessen empfand noch von egoistischen Trieben irgendwie beeinflußt war. Der Kummer bei mir, nichts gelernt zu haben oder lernen zu sollen, blieb auf lange Zeit schmerzvoll bestehen. Nur der Wunsch, die Gewerbeschule besuchen zu können, wurde mir nach langer Bitte endlich gewährt, ohne daß das praktisch von Nutzen und von Bedeutung war für meine ungelernte Berufsarbeit im Geschäft meiner Eltern. Aber damit war ich vorerst zufriedengestellt.

Kurz nach meiner Schulentlassung übte ein selbstgesuchtes Erlebnis einen ungeheuren Einfluß auf meine Gedanken und meine geistige Vorstellung aus. Große rote Plakate forderten in ganz Hamburg die schulentlassene Jugend auf, zu einer Schulentlassungsfeier im großen Saale des Gewerkschaftshauses /1/ zu erscheinen. Es war an einem Sonntagnachmittag. Ich ging allein hin. Es war 2 Uhr nachmittags. Der große Saal war brechend voll. Ich staunte, und ich war begeistert. Alles nur Jugendliche von meinem Alter. Was für eine Masse, welches Feuer, welches Temperament, welche Begeisterung in dieser Jungmannschaft! Der Gesang der Tausende, welch eine Wirkung, welch eine Freude, welch einen Rhythmus übte das auf mich aus! Was war die Konfirmation in der Ruckteschell-Kirche in Eilbeck /2/ doch ein kleines Erlebnis dagegen! Dann kam für mich das große Erlebnis. Der Redner des Tages erscheint. Donnerartiges Getöse und rauschender Beifall der ganzen Jungmannschaft. Er beginnt, er schildert den Kapitalismus, das schwere Los der Arbeiterkinder und Arbeitereltern, spricht von der Bedeutung der vor uns liegenden Jugendjahre und gibt einen kurzen Umriß über die politische Situation und die Aufgaben der Arbeiterjugend. Euer Leben beginnt ernster zu werden, einzeln seid ihr nichts, geschlossen und vereint seid ihr alles! Folgt den roten Fahnen der Freiheit, folgt dem leuchtenden Banner des Sozialismus! Schließt euch diesen Freiheitsfahnen an, werdet Mitstreiter und Mitkämpfer für Wahrheit und Recht, für die heilige Sache des Sozialismus! . . .

Die Versammlung ist beendet. Alles strömt dem Ausgang zu. Ich gehe zum Büchertisch. Eine Broschüre fällt sofort ins Auge: «Wie werde ich Mitstreiter am Sozialismus?» Ich kaufe sofort die Broschüre für 20 Pfennige. Ich denke wieder nach, die Worte des Redners kommen wieder in Erinnerung: «Auf euren Schultern liegt die Zukunft der Menschheit!» Ich gehe allein auf die Straße. Phantasien entwickeln sich in meinem Geiste: Wo sind die Wege? Wie kann ich helfen? Was muß ich tun? Welche Schritte sind einzuschlagen? Ich schlendere ruhigen Schritts zum Hafen herunter. Ich setze mich hin auf eine Bank. Ich denke zurück an meine Arbeit im Elternhaus. Soll ich dort verkümmern, die Welt der Menschen niemals von einer anderen Seite aus kennenlernen, die Tiefe der Menschenseele dauernd nur einseitig erblicken? . . .

Irgendwo muß der Drang meines Wissens doch Platz und Raum finden. Das Elternhaus ist mir zu eng und kampflos, aber was soll ich tun, um das zu ändern, wo ist ein Ausweg aus dieser Lage? So sitze ich dort am Hafen und grübele über mein weiteres Schicksal, über meine Zukunft nach. Ich lese wißbegierig die Broschüre bis zu Ende durch, meine Gedanken konzentrieren sich auf die Idee des Sozialismus. Aber ein festes Ziel, einen Plan für den Ausweg aus dieser Lage finde ich nicht, und [es] ist mir zu schwer, [ihn] schon finden zu können. Ratlos und ohne festen Willen stehe ich auf von der Bank, es ist schon fast dunkel geworden, und ich trete, den Kopf voll von Gedanken und Phantasien, den Heimweg zu meinen Eltern an und setze am nächsten Morgen meine altgewohnte Arbeit im Elternhaus fort . . .

Eines Tages, als der Vater unterwegs war – wenn ich nicht irre, hatte ich tags vordem eine gehörige Tracht Prügel von meinem Vater bekommen, weil mir das Pferd mit Wagen, ohne meine eigene Schuld, auf der Straße durchgebrannt war und Schaden angerichtet hatte –, verließ ich mein Elternhaus, ohne irgendein Ziel, wohin zu gehen, gehabt zu haben. Ich nahm meinen Abschied von der Mutter, den festen Willen ausdrückend, auch in der größten Not nicht wieder zurückzukehren, aber niemals die Liebe zu Vater und Mutter aufzugeben und ihnen [niemals] Kummer um ihren einzigen Sohn bereiten zu wollen. Mit einfacher Arbeitskleidung, ohne jedes Gepäck, 3 Mark Taschengeld von der Mutter bekommend, war Ernst schon wenige Minuten nach seinem Entschluß aus dem Blickfeld seiner überraschten Mutter aus dem Elternhaus verschwunden . . .

Ohne alle Mittel und irgendwelche Hilfe, allein auf mich angewiesen, irrte ich so umher, um Arbeit zu suchen. Jetzt lernte ich die bittere Notwendigkeit kennen, selbst mein Brot zu verdienen, ohne dabei meinen Eltern und anderen Leuten zur Last zu fallen. Auch im Kampfe

1 Hier liegt ein Irrtum vor, da das Gewerkschaftshaus erst Ende 1906 fertiggestellt wurde.
2 Friedenskirche zu Eilbeck, an der Nikolai von Ruckteschell erster Pastor war.

mit der bitteren Macht, dem Hunger, habe ich mehrfach gerungen und mich durchgesetzt, bin nie auf Abwege gekommen und habe mich ehrlich durch die Welt geschlagen.

So lernte ich durch Zufall einen Menschen kennen, der als Theaterregisseur am plattdeutschen Ernst-Drucker-Theater in St. Pauli angestellt war. Er hatte Mitleid mit mir, als ich so verhungert umherstreifte, und fragte seine schon 78 Jahre alte Mutter, ob ich dort mit schlafen könnte. Es war eine Kellerwohnung in der Kleinen Wasserstraße in Altona mit nur zwei Zimmern und der Küche. Die 78jährige Mutter gab mir Quartier, ohne selbst eine Schlafstelle für mich zu haben. Sie wußte, daß ich keinen Pfennig Geld bei mir hatte und auch sonst nichts, aber meine Schilderung meines Daseins und die ausgesprochene Abscheu vor dem Schlafen im Obdachlosenasyl ließen sie erweichen. Zwei Mark oder 2,50 Mark sollte ich für die Woche dort bezahlen. Aber die ersten Wochen bekam ich keine Arbeit, konnte also nichts bezahlen. Es war eine herzensgute Mutter mit viel Gefühl und Menschenliebe. Sie selbst war arm wie eine Maus, und doch hat sie mich wohnen lassen und des Morgens Kaffee mit Frühstück verabreicht . . .

Meine ersten Hafenbetriebe, wo ich Arbeit bekam, waren eigentümlicherweise (ohne das damals von dieser Seite aus gesehen zu haben) jüdisch-kapitalistische Hafenbetriebe . . . Hier bekam ich den ersten gründlichen Anschauungsunterricht vom kapitalistischen Ausbeutungssystem und seinen Methoden, ohne schon Marx und Engels gelesen zu haben. Die jugendlichen Arbeiter bekamen einen geringen Tageslohn in diesem und noch einzelnen anderen Hafenbetrieben, wie z. B. in der Reismühle auf Kuhwärder und der Hamburg-Amerika-Linie, Werkstätten usw. So wurde ich langsam mit den allgemeinen Arbeitsverhältnissen im Hamburger Hafen bekannt . . .

In den unter den Tarifabmachungen stehenden Hafenbetrieben wurden meistenteils organisierte Arbeiter, also den Gewerkschaften angehörende Arbeiter, beschäftigt. In den Betrieben, wo ich zuerst arbeitete, das heißt Arbeit fand, wurden alle, insbesondere «wilde» oder «blaue» Arbeiter (Bezeichnung für unorganisierte Arbeiter in Hamburg) beschäftigt und eingestellt. Die Arbeiter, die in diesen Betrieben arbeiteten – obwohl auch organisierte darunter waren –, wurden im allgemeinen von der Hafenarbeiterschaft verspottet und mit scheelen Augen angesehen. Wer nicht gewerkschaftlich organisiert war, wurde als «Wilder», als «Blauer» betrachtet und war in den Hafenarbeiterkreisen nicht geachtet. Es war so selbstverständlich, wie $2 \times 2 = 4$ ist, daß mich diese Stimmung nicht unberührt ließ.

Am 15. Mai 1903 wurde ich Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Hamburgs und am 1. Februar 1904 Mitglied des deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Ortsgruppe Hamburg. Vordem hatte ich aber bereits schon Gruppen- und Abteilungsversammlungen der Arbeiterjugend mehrfach besucht, ohne aber schon den Entschluß sofort gefaßt zu haben, Mitglied dieser Organisationen zu werden. Nach einer gewissen Prüfung und inneren Selbstüberzeugung bin ich erst der Partei und dann der Gewerkschaft beigetreten. Die Tatsache, daß ich zuerst Mitglied der Sozialdemokratischen Partei wurde und erst Monate später Mitglied der freien Gewerkschaft, obwohl – materialistisch gesehen – das letztere viel näher lag, ist ein Beweis dafür, daß die ideelle Seite schon damals einen starken, den stärksten Einfluß auf mich ausübte. Jetzt beginnt das eigentliche politische Leben in der Arena meines Lebenskampfes.

Mit 17 Jahren bin ich politisch und freigewerkschaftlich organisiert und bin es trotz des Ausschlusses nach 27jähriger Mitgliedschaft aus dem Verbande bis zu meiner Verhaftung geblieben. Der erste Streik, den ich mitmachte, war der Brauerei-Arbeiter-Streik im Jahre 1904 im Sommer, wo ich als Beifahrer auf dem Flaschenbierwagen der Janssenbrauerei in der Rosenstraße in Hamburg beschäftigt war. Meine Mitgliedschaft zur Organisation betrachtete ich nicht als Muß-Mitgliedschaft, sondern sie war eine überzeugte, die mir auch Pflichten auferlegte und die ich sofort bereit war, entsprechend meinen geistigen Fähigkeiten zu erfüllen.

Bei dem großen politischen Gedanken, wie kann ich mithelfen, die Verhältnisse zu ändern, habe ich sofort an die arbeitende Jugend gedacht, die mir nahestand und deren Lebensbedingungen und Berufsverhältnisse ich kennengelernt hatte. Die arbeitende Jugend war nur sehr schwach organisiert, ganz besonders schwach im Hamburger Hafengebiet. Die Fragen, was kann man machen für die arbeitende Jugend, wie kann sie am zweckmäßigsten ihre Rechte verteidigen und verbessern, wie kann sie ein mitbestimmender Faktor werden im Leben der arbeitenden Menschheit, tauchten vor mir auf. Mit dem Mittel des Streiks zu beginnen und ihn vorzubereiten in den einzelnen Betrieben und Berufen war deshalb nicht möglich, weil die Zugehörigkeit der Jugendlichen zur Gewerkschaftsorganisation nur sehr schwach war, die Alten auch nicht mehr mitmachten und die Gewerkschaftsführung froh war, wenn sie von dem Jugendfeuer und -eifer nicht beunruhigt wurde. Also mußte man von vorn anfangen und versuchen, die Verbandsleitung davon zu überzeugen, daß diese Arbeit notwendig ist und von ihr unterstützt werden muß . . .

Ich wurde vorstellig im Büro des Verbandes und habe dort meinen Standpunkt in dieser Frage vorgetragen. Sie versprachen zu helfen, wir müßten aber erst die Frage vorbesprechen; ich hatte die Empfindung, nicht genügend Anklang und Unterstützung gefunden zu haben . . .

Inzwischen hatte ich zwei andere fleißige und willige Jugendgenossen gefunden und meine Pläne unterbreitet. Wir selbst waren noch zu schwach, es fehlte uns an Erfahrungen, um der Jugend schon mit unseren Methoden zu helfen und sie anzuspornen. Wir wandten uns an ältere Verbandskollegen, an erfahrene Mitglieder der Generalversammlung des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes; aber auch sie besprachen unseren Standpunkt dort so zurückhaltend und ohne Begeisterung, daß wir gezwungen wurden, zur Selbsthilfe und Selbsttätigkeit zu greifen . . .

Es waren damals in der Sektion Hafenarbeiter ungefähr 300 jugendliche Arbeiter organisiert, verteilt auf viele Einzelbetriebe, was als eine Schande für die im Hafenbetriebe beschäftigten aufgeweckten Jungarbeiter angesehen wurde. Wir stellten den Antrag beim Vorstand, eine öffentliche Versammlung der arbeitenden Jugend des Hamburger Hafens sofort einzuberufen und unter Berücksichtigung unserer Hilfe mit allen nur erdenklichen propagandistischen Vorbereitungen. Die Bonzen lehnten den Antrag als verfrüht und zu voreilig gestellt mit Bedauern ab und vertrösteten uns auf Abhaltung in 2 bis 3 Monaten.

Wir rüsteten weiter und begannen, unsere Pläne in die Wirklichkeit, in die Tat umzusetzen. Zuerst wurde ein Hilfsfonds geschaffen, zu dem wir einen Teil unseres Wochengeldes ständig beisteuerten. Bald fanden wir Unterstützung bei Jugendfreunden und Arbeitsgenossen, und zugleich wurde der Kreis unserer aktiven Jugendlichen

und Arbeiter immer größer. In kurzer Zeit hatten wir 200 Mark zusammen, und nun konnte unser erster und schwierigster Plan, ohne irgendwelche Hilfe der Bonzen, aber immer im Sinne der Gewerkschaftsarbeit, im größeren Stil gewahrt und verwirklicht werden . . .

Wir legten eine öffentliche Versammlung im Gewerkschaftshause fest und wandten uns mit einer zugkräftigen Aufforderung an die gesamte Jungarbeiterschaft des Hamburger Hafens durch Flugblätter und große Plakate . . .

Die Versammlung war ein ungeheuer überraschender Erfolg. 650 bis 700 Jugendliche erschienen in der Wandelhalle des Gewerkschaftshauses. Unsere Arbeit hatte Früchte getragen. 200 Mann wurden in die gewerkschaftliche Organisation aufgenommen, außerdem auch Aufnahmen in die Jugendorganisation der Partei [gemacht]. Alle [neuen Mitglieder] hatten wir jetzt namentlich in den Listen, und alle wurden zu Hause aufgesucht und bezirksweise zusammengefaßt und größtenteils zu aktiven Kämpfern erzogen. In 6 Monaten stieg die Zahl der organisierten Jugendlichen im Verband von 300 auf annähernd 1600 bis 1800 Jugendliche. Die nächste Generalversammlung war in der Mehrzahl von Jugendlichen besetzt. Die Alten waren erstaunt und teilweise erfreut über diese Überraschung. Die Bonzen witterten eine Gefahr. Der Antrag, eine Jugendsektion des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes zu gründen, wurde mit großer Mehrheit angenommen und der Ortsverwaltung zur sofortigen Durchführung überwiesen.

Ich hatte immer noch nicht Marx und Engels gelesen und war Feuer und Flamme angesichts dieses ersten großen und entscheidenden Erfolges. Einzelheiten in dieser weiteren Entwicklung unterlasse ich, hier anzuführen. Ich will nur noch betonen, daß durch eine allmähliche Entwicklung im politisch-gesellschaftlichen Leben, verbunden mit ganz verschiedenartigen gesellschaftlichen Einflüssen und Umständen, meine politische Vorstellung beeinflußt und gefördert wurde und ausreichend zur festen Auffassung der Weltanschauung des Sozialismus [führte], die in meiner weiteren Entwicklung des Lebenskampfes in Begeisterung und innerer Leidenschaft ausklang und mich anspornte, das ganze Leben und Wirken meiner Persönlichkeit für die Idee des siegbringenden Sozialismus einzusetzen . . .

Mit 20 Jahren wurde ich zum Militär eingezogen . . .

Kurze Zeit nach meiner Entlassung vom Militär habe ich [während] drei Reisen auf dem Schiff «Amerika» als Trimmer gearbeitet. Das Seemannsleben war mir zu roh und wild, um es weiter fortzusetzen. Die Tage in Amerika waren für mich eine große Überraschung, eine neue Welt mit fortgeschrittener Technik. Ein anderes Gesellschaftsleben als in Deutschland. Fast unnatürlich waren mir die dortigen Vorrechte der Frauen gegenüber den Männern, die sofort ins Gesicht fielen. Ganz andere Lebensverhältnisse, weitaus besser als in Deutschland. (Damals waren noch gewaltige Unterschiede vorhanden.) Ich habe dann meine Gelegenheitsarbeiten im Hamburger Hafen als Speicherarbeiter, Schauermann bei der Kohlenbunkerei und auch in Möbeltransportbetrieben und im Baugewerbe fortgesetzt, fand dann eine Stellung als Kutscher in einem größeren Wäschereibetrieb von Gustav Welscher, in dem ich zuletzt als Expedient tätig war und das Angebot bekam, bei ihm als Geschäftsführer angestellt zu werden, aber nur mit der Bedingung, wenn ich meine bisherige gewerkschaftliche und politische Tätigkeit in seinem Betrieb aufgebe. Hier wurde mir eine Lebensstellung von höchster Art angeboten, aber . . . wegen eines führenden Postens meine politische und gewerkschaftliche Arbeit aufzugeben, war nicht mein Fall, und ich mußte so oder so entweder das Angebot annehmen oder einen auch mit meiner Hilfe groß gewordenen Betrieb der Umstände wegen verlassen.

Dieser Betrieb wurde durch meine unermüdliche Tätigkeit bis zu 100 Prozent aller im Betrieb beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen und Kutscher gewerkschaftlich organisiert. Er wurde zu einem Musterbetrieb in Hamburgs Mauern und als Vorbild überall bekannt. Alle Arbeiter, Arbeiterinnen und Kutscher und Mitfahrer bekamen Urlaub. Der Betrieb zahlte den weitaus höchsten Lohn in Hamburg und hatte eine tariflich festgelegte Urlaubszeit für alle Beschäftigten. Da ich Obmann im Arbeiterausschuß (Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen, Maschinisten, Kutscher und Stalleute) des Gesamtbetriebes war, sowohl als Kutscher wie später als Expedient, waren bestimmte Differenzen zwischen dem Inhaber des Geschäftes und mir nicht zu vermeiden, insbesondere bei den verschiedenartigen Verhandlungen in bezug auf Innehaltung und Verbesserung der Tarifpositionen und bei neuen Tarifabmachungen . . . Bei der Fragestellung, Geschäftsführer bei ihm zu werden, aber sofort meine Vertrauensposition in der Belegschaft aufzugeben, kam der Unternehmerstandpunkt klar zum Ausdruck, und trotz gütlicher und erfrischender Aussprache fand keine Einigung statt . . .

Ich verzichtete auf sein Angebot, mein Glaube war mir heiliger und mehr wert als eine gut bezahlte, ja die höchste Position in seinem Fabrik- und Geschäftsbetrieb. Und habe ihm vorgeschlagen, in 2 Monaten freiwillig und auf meinen eigenen Vorschlag hin seinen Betrieb zu verlassen. Ich habe dann sofort als Kutscher in einem anderen Wäschereibetrieb wieder angefangen («Frauenlob»-Wäscherei). Und habe dort meine spätere Ehefrau, meine liebe Rosa, also «ein neuer Sturm, ein neues Glück», kennengelernt, was wohl sonst nicht der Fall gewesen wäre. Als einer der Mitinhaber der Wäscherei «Frauenlob» eine neue Wäscherei «Trumpf» anfing, ging ich als Kutscher mit. Meine spätere Ehefrau übernahm dort den Posten als Direktrice. Kurz nach Ausbruch des Krieges wurde das Geschäft geschlossen . . . In der kurzen Zeit vom 16. Lebensjahr bis zum Eintritt als Frontsoldat bin ich mehrfach erwerbslos und ohne Arbeit gewesen. Ich habe neben meiner Gelegenheitsarbeit auch aushilfsweise als Speditionskutscher und einen Sommer aushilfsweise bei Trinkhallen-Jürgens gefahren. Interessant ist noch, als ich ungefähr ein Jahr von meinen Eltern fort war, inzwischen hatte ich sie mehrfach besucht, wurde mir bei ihnen ein Zimmer zum Wohnen angeboten, das ich, wie überall, mit einem wöchentlichen Beitrag bezahlt habe. Dadurch habe ich auch zeitweilig als Gelegenheitsarbeiter bei meinem Vater gearbeitet, wofür ich täglich, wie alle anderen, bezahlt wurde. Das Verhältnis war dann so, wie es nicht besser sein konnte, und ich habe es niemals bedauert, so gehandelt zu haben.

In der Zeit vom 16. Lebensjahr bis zum Ausbruch des Krieges war ich gewerkschaftlich und politisch sehr aktiv und wurde allmählich eine bekannte Persönlichkeit. Ich schildere nur stichwortartig diese Entwicklung. Im gewerkschaftlichen Leben bekleidete ich folgende unbesoldete Funktionen: Jugendsektion, Schriftführer der Branche Kutscher aller Branchen, Kartell-Delegierter des Hamburger Gewerkschaftskartells, stellvertretender Branchenleiter der Schauerleute, Branchenleiter der Geschäftskutscher Hamburgs und zuletzt Sektionsleiter der Kutscher aller Branchen. Mit 25 Jahren /3/ wurde

3 In der Quelle irrtümlich: Mit 22 Jahren.

ich von der Delegiertenvollversammlung des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes Hamburg (von ungefähr 2000 Delegierten wurden jährlich 17 Mann in die Ortsverwaltung, die jeden Monat tagte, gewählt, darunter 8 unbesoldete Mitglieder) in die Ortsverwaltung gewählt, deren Mitglied ich jahrelang gewesen bin.

In der Sozialdemokratischen Partei war ich Bezirksführer, kurze Zeit Kassierer, Landesorganisationsdelegierter und Schriftführer im Distrikt. Später wurde ich zugelassen in die Referentenkommission von Hamburg-Altona und Wandsbek. Alle diese Posten, die ich bekleidete, waren unbesoldeter Art, und sie haben fast meine ganze freie Zeit in Anspruch genommen, so daß ich mit geringen Ausnahmen jeden Abend unterwegs oder politisch beschäftigt war.

Rudolf Lindau
Erinnerung

Bald darauf, im Jahre 1908, sah ich ihn in einer Versammlung des Transportarbeiter-Verbandes, in dem ich organisiert war. Das Delegiertensystem war noch nicht durchgesetzt worden. Die Angelegenheiten der örtlichen Gesamtorganisation wurden noch in allgemeinen Mitgliederversammlungen erledigt.

In der Versammlung ging es um die Rechte der Mitglieder der Jugendsektion des Transportarbeiter-Verbandes, deren Gründung und schnelle Entwicklung in Hamburg das Verdienst Ernst Thälmanns war. Er hatte eine starke Gruppe aktiver junger Transportarbeiter um sich gesammelt . . .

Als Vorsitzender der Hamburger Ortsgruppe dieses Verbandes war ich am Verlauf der Versammlung des Transportarbeiter-Verbandes besonders interessiert. Die meisten Einzelheiten aus dieser Versammlung hat die Erinnerung nicht aufbewahrt. Aber unverlierbar blieb im Gedächtnis der damals 21 Jahre alte Ernst Thälmann – die etwa mittelgroße, breitschultrige Gestalt eines jungen Schwerarbeiters in dem in Hamburg von vielen Arbeitern getragenen derben blauen Arbeitsanzug. Das offene Hemd ließ einen sehnigen Hals sehen. Die blaue Schiffermütze lag neben ihm auf dem Rednerpult. Über das Pult etwas nach vorn gebeugt, schmetterte Ernst Thälmann seine Sätze in den großen Saal des Gewerkschaftshauses.

Ernst Thälmann war kein zungengewandter, auf rednerische Effekte bedachter Redner. Er sprach nicht «wie gedruckt», und wenn ein Satz zu lang geriet, hatte er nicht immer einen grammatisch einwandfreien Schluß. Ernst Thälmann redete in Tatsachen, aus denen er Schlüsse zog, die von jedem Arbeiter verstanden wurden. Seine Vergleiche und Werturteile waren immer treffend, oft derb, rücksichtslos und nicht immer salonfähig, besonders dann, wenn er in die plattdeutsche Mundart verfiel. Um so besser wurde er von den Arbeitern verstanden, er redete in ihrer Sprache. Da Ernst Thälmann über das schwere Leben und den Kampf der Arbeiter aus vollem Herzen sprach, geriet er schnell in Hitze, verstärkte unwillkürlich seine kräftige Stimme und begleitete seine Argumente oft mit Faustschlägen auf das Rednerpult.

Ernst Thälmann sprach von der Lage der jungen Transportarbeiter, die ausgebeutet wurden wie die älteren Arbeiter, aber viel weniger Lohn bekamen und mit den älteren Kollegen den gleichen Kampf gegen die Ausbeutung führten. Sie müßten, so forderte Ernst Thälmann, als Gewerkschaftsmitglieder auch die gleichen Rechte haben. Die Redezeit war abgelaufen. Der erste Bevollmächtigte der Ortsverwaltung Hamburg, Wilhelm Gaack, ließ die Glocke anklingen: «Kollege Thälmann, die Redezeit ist überschritten!» Ohne seine Rede zu unterbrechen, machte Ernst Thälmann mit der linken Hand eine abwehrende Bewegung zum Vorsitzenden, und aus der Versammlung kamen kräftige Rufe: «Weiterreden!»

Nach ein paar Minuten stand Gaack auf, schob seinen Bauch über die Tischkante und schwang die Glocke: «Kollege Thälmann, du mußt zum Schluß kommen!» Die Antwort waren vielstimmige heftige Protestrufe: «Weiterreden!» Als er sich wieder verständlich machen konnte, fuhr Ernst Thälmann, dem Vorsitzenden halb zugewandt, fort: «Ich komme zum Schluß!» und sprach noch einige Minuten temperamentvoll und ungestört weiter, um dann unter donnerndem Beifall zu schließen.

Bericht über eine Diskussionsrede in der Versammlung des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes in Hamburg am 26. Februar 1913

Thälmann bezeichnet den Aufschwung als Erfolg. Es müsse aber auch dafür gesorgt werden, daß im Innern der Organisation Verbesserungen eingeführt würden . . . Die Rechte der Mitglieder müssen erweitert werden, dazu gehöre mehr, als daß man der erweiterten Ortsverwaltung und den Vertrauensleuten größere Mitbestimmungsrechte einräume. Jene Körperschaften haben wohl ein Mitbestimmungsrecht, dürfen aber durchaus kein Beschlußrecht bekommen. Die an der Spitze der Verwaltung stehenden Personen haben ihre Pflicht nicht in vollem Umfang erfüllt, so zum Beispiel bei der Lohnbewegung der Wäschereikutscher.

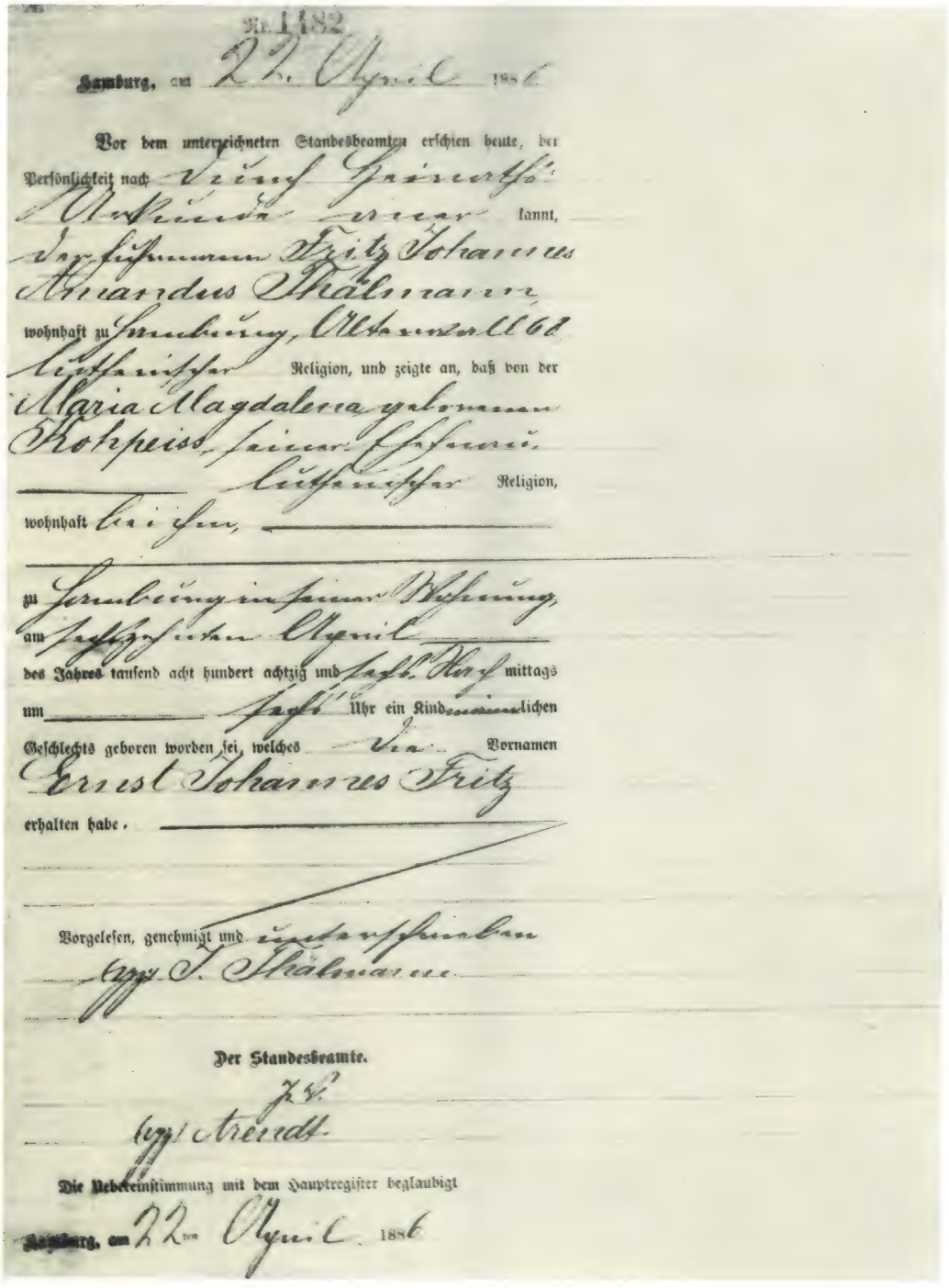
Bericht über eine Diskussionsrede in einer sozialdemokratischen Versammlung in Hamburg am 25. September 1913

Thälmann verteidigt in längeren Ausführungen den Standpunkt von Rosa Luxemburg bezüglich des Massenstreiks sowie den Standpunkt der Minderheit der Reichstagsfraktion, wie er auf dem Parteitag zum Ausdruck gebracht wurde.

Diskussionsrede in einer sozialdemokratischen Versammlung in Hamburg am 13. Juli 1914

Nach den Worten Stubbes muß man annehmen, daß mit der Maifeier Schluß gemacht werden soll. Auf der anderen Seite weist er auf die dem Koalitionsrecht und dem Reichstagswahlrecht drohenden Gefahren hin. Gerade deswegen wollen wir an der Maifeier festhalten, die Gelegenheit bietet, die Massen auf diese Dinge hinzuweisen. Wenn wir hier in der Hochburg einen solchen Beschluß fassen, dann stellt sich die Arbeiterschaft ein Armutszeugnis aus. Wenn wir in der Großstadt nicht mehr die Maifeier in der alten Form begehen können, dann wird auch nicht mehr der alte Eifer bei anderen Gelegenheiten vorhanden sein. Wenn das Interesse an den Parteiaufgaben nicht mehr groß ist, so haben die leitenden Genossen auch viel Schuld daran.

Hamburg Hamburg, 1908 Geburtsurkunde Ernst Thälmanns



No. 1182.

Hamburg, am 22. April 1886

Vor dem unterzeichneten Standesbeamten erschien heute, der Persönlichkeit nach Heinrich [illegible] bekannt, der [illegible] Fritz Johannes Ernandus Thälmann, wohnhaft zu Hamburg, Uhlenhorst 168, Lutheraner Religion, und zeigte an, daß von der Maria Magdalena [illegible] Kohpeiss, seiner [illegible], Lutheranerin Religion, wohnhaft bei ihm, zu Hamburg in seiner Wohnung, am [illegible] April des Jahres tausend acht hundert achtzig und [illegible] mittags um [illegible] Uhr ein Kind [illegible]lichen Geschlechts geboren worden sei, welches [illegible] Vornamen Ernst Johannes Fritz erhalten habe.

Vorgelesen, genehmigt und [illegible]
gez. J. Thälmann

Der Standesbeamte.
[illegible]
gez. Arendt

Die Uebereinstimmung mit dem Hauptregister beglaubigt
Hamburg, am 22ten April 1886

Kontraste

An der Binnenalster in Hamburg

Hinterhof in Hamburg

Schulzeit

Der Hopfenmarkt in Hamburg

Die Volksschule an der Ecke Kant- und Schellingstraße in Hamburg-Eilbeck, die Ernst Thälmann besuchte

Ernst Thälmann (2. Reihe von oben, 1. von rechts) als Schüler, um 1900

Lehrjahre

Verladearbeiten im Hamburger Hafen, 1907

Nr. 1716

Deutsches Reich

Seefahrtsbuch

für

Schumann

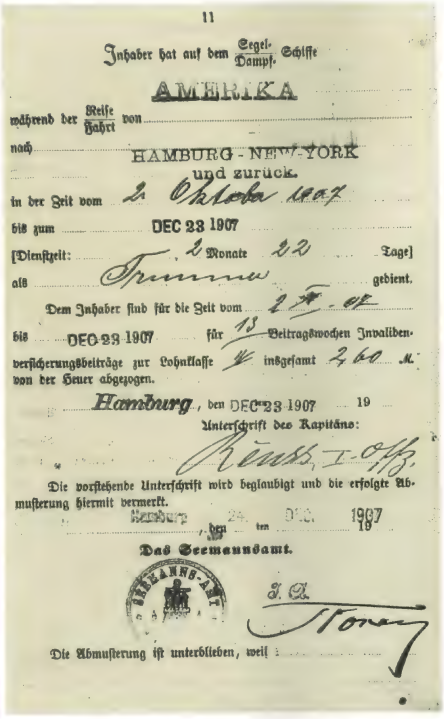
Ausgefertigt

Cuxhaven, den 2. ten OCT. 1907

Das Seemannsamt.

Der Preis dieses Buches beträgt 85 Pfennig.

№ 10.



11

Inhaber hat auf dem Segel-/Dampf-Schiffe

AMERIKA

während der Reise/Fahrt von

nach HAMBURG - NEW-YORK und zurück.

in der Zeit vom 2. Oktober 1907

bis zum DEC 23 1907

[Dienstzeit: 2 Monate 22 Tage]

als Trimmer gedient.

Dem Inhaber sind für die Zeit vom 2/X. 07

bis DEC 23 1907 für 13 Beitragswochen Invaliden-

versicherungsbeiträge zur Lohnklasse IV insgesamt 2,60 M.

von der Heuer abgezogen.

Hamburg, den DEC 23 1907 19

Unterschrift des Kapitäns:

Reuß, I. Offz.

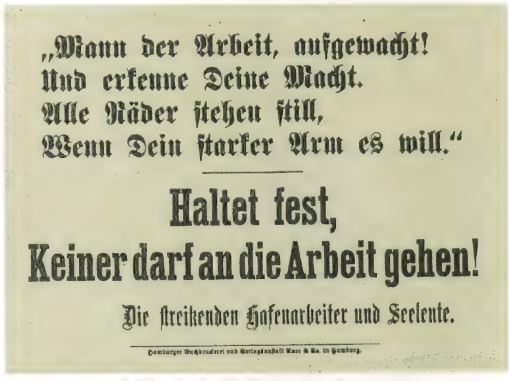
Die vorstehende Unterschrift wird beglaubigt und die erfolgte Abmusterung hiermit vermerkt.

Hamburg, den 24. DEC. 1907

Das Seemannsamt.

J. A.

Die Abmusterung ist unterblieben, weil



„Mann der Arbeit, aufgewacht!
Und erkenne Deine Macht.
Alle Räder stehen still,
Wenn Dein starker Arm es will."

Haltet fest,
Keiner darf an die Arbeit gehen!

Die streikenden Hafenarbeiter und Seeleute.

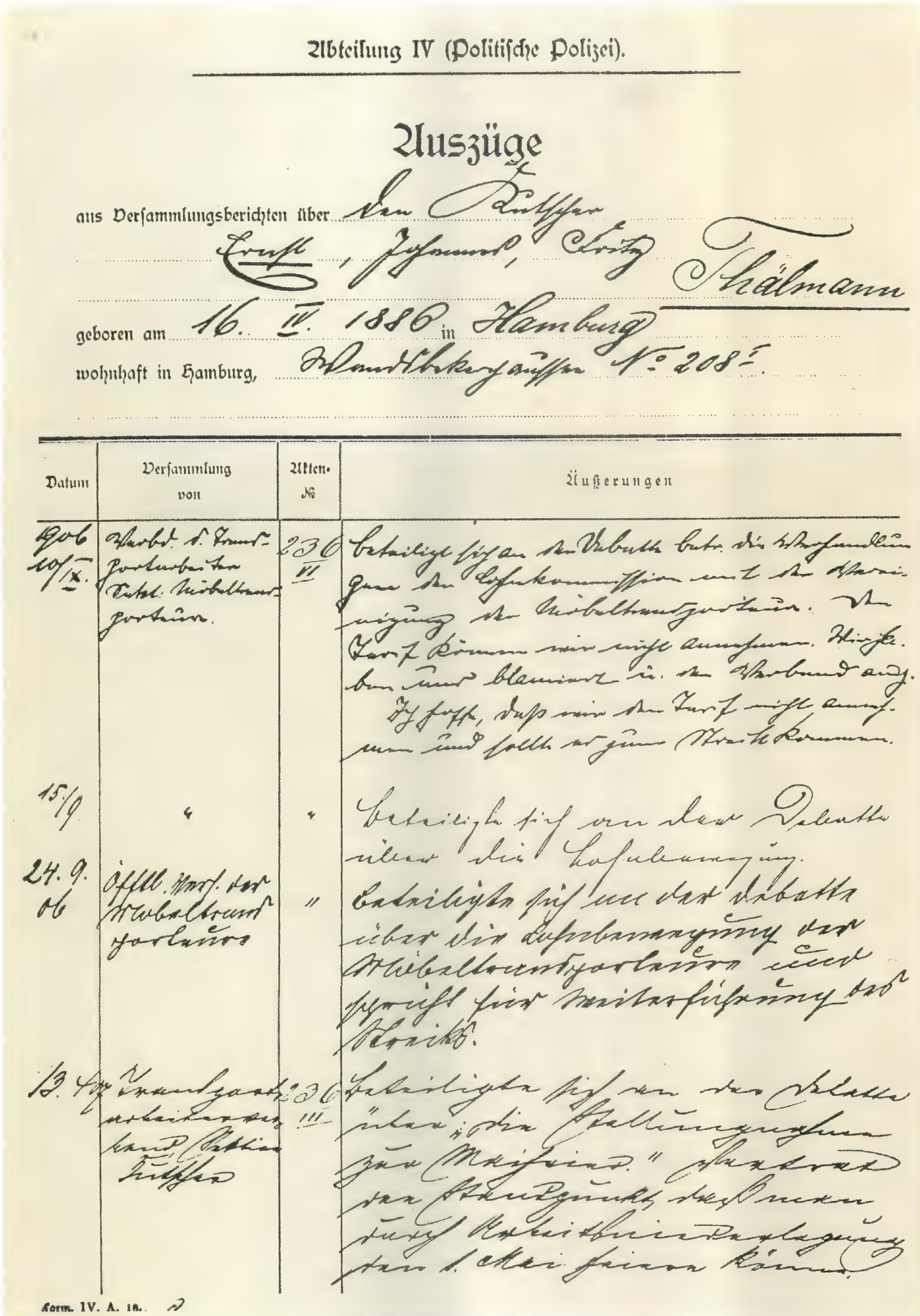
Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

Flugblatt zum Hafenarbeiterstreik in Hamburg, Ende 1896/Anfang 1897

Arbeitsvermittlungsstelle am Baumwall im Hamburger Hafen, um 1905

Arbeiterfunktionär

Seite aus der im September 1906 von der Hamburger Politischen Polizei angelegten Akte über Ernst Thälmann



Abteilung IV (Politische Polizei).

Auszüge

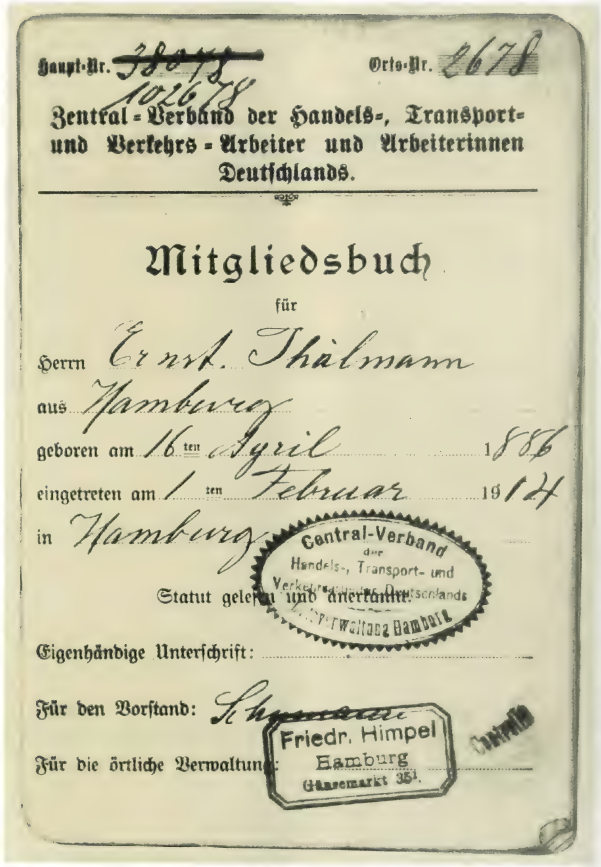
aus Versammlungsberichten über den Kutscher Ernst, Johannes, Fritz Thälmann

geboren am 16. IV. 1886 in Hamburg

wohnhaft in Hamburg, Wandsbeker Chaussee No 208

Datum	Versammlung von	Akten-№	Äußerungen
1906 10/IX.	Verb. d. Transportarbeiter Sekt. Möbeltransporteure.	236 VI	beteiligt sich an der Debatte betr. die Verhandlungen der Lohnkommission mit der Vereinigung der Möbeltransporteure. Den Tarif können wir nicht annehmen. Wir haben uns blamiert u. den Verband auch. Ich hoffe, daß wir den Tarif nicht annehmen und sollte es zum Streik kommen.
15/9.	"	"	beteiligte sich an der Debatte über die Lohnbewegung.
24. 9. 06	Öffentl. Vers. der Möbeltransporteure	"	beteiligte sich an der Debatte über die Lohnbewegung der Möbeltransporteure und sprach für Weiterführung des Streiks.
13. 4. 07	Transportarbeiterverband Sektion Kutscher	236 III	beteiligte sich an der Debatte über „die Stellungnahme zur Maifeier." Vertrat den Standpunkt, daß man durch Arbeitsniederlegung den 1. Mai feiern könne.

Form. IV. A. 18.



Haupt-Nr. ~~38075~~ 102678 Orts-Nr. 2678

Zentral-Verband der Handels-, Transport- und Verkehrs-Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Mitgliedsbuch

für

Herrn Ernst Thälmann

aus Hamburg

geboren am 16ten April 1886

eingetreten am 1ten Februar 1914

in Hamburg

Central-Verband der Handels-, Transport- und Verkehrs-Arbeiter Deutschlands Verwaltung Hamburg

Statut gelesen und anerkannt.

Eigenhändige Unterschrift:

Für den Vorstand:

Für die örtliche Verwaltung:

Friedr. Himpel Hamburg Glasemarkt 35.

Hamburger Rollkutscher

Ernst Thälmann (1. Reihe von oben, 1. von links) nach dem 9. Verbandstag des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes in Köln, Juni 1914

1. Mai

Titelblatt einer sozialdemokratischen Maifestzeitung, 1914

Demonstration in Hamburg am 1. Mai 1903

Ich habe diese Kriegspolitik scharf bekämpft

Aus der Diskussionsrede auf dem 11. Verbandstag des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes in Berlin am 8. September 1922

Ich habe damals schon erklärt, daß die Partei mit der Bewilligung der Kriegskredite die Beschlüsse der internationalen Kongresse aufgegeben hat. Ich habe während des Krieges immer diese Kriegspolitik scharf bekämpft.

Aus dem Bericht über die Rede in Hamburg am 4. August 1924

Er erinnert daran, wie in demselben Saal, in welchem er vor der Hamburger Arbeiterschaft spreche /4/, im August und September 1914 Funktionärversammlungen der Hamburger SPD stattgefunden haben, in denen zur Kriegspolitik der Parteileitung und zur Schreibweise des kriegsbegeisterten «Hamburger Echos» Stellung genommen wurde . . . In jenen Augusttagen fiel die letzte Hülle der SPD. Der klassenbewußten Arbeiterschaft wurde der arbeiterfeindliche Charakter dieser Partei klar. Die sozialdemokratischen Führer standen nicht auf dem Boden der Revolution, sondern im Lager der Bourgeoisie . . .

Nur die russische und [die] serbische Sozialdemokratie haben sich gegen die Kriegsbewilligung, das mindeste, was eine sozialdemokratische Organisation gegen den imperialistischen Krieg tun mußte, ausgesprochen. Und nur die Bolschewisten sind es gewesen, die von Anfang an eine klare Stellung zum imperialistischen Krieg und dessen Bekämpfung eingenommen haben: Aus dem imperialistischen Völkermorden muß herausgeleitet werden der proletarische Befreiungskampf; die Waffen der imperialistischen Staaten in der Hand des mobilisierten Proletariats schaffen die günstigste Vorbedingung für die revolutionäre Erhebung. In Deutschland hat eine kleine, mutige Schar unter Führung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht die Fahne der Revolution hochgehalten. Am 1. Mai 1916 ließ Karl Liebknecht auf dem Potsdamer Platz den Ruf erschallen: «Nieder mit dem Krieg, nieder mit der Regierung!» Aber Millionen von Arbeitern in der Heimat und an der Front verstanden damals den Ruf noch nicht. Er zündete nur bei einigen revolutionären Matrosen und Soldaten, die eine zähe Unterminierungsarbeit im imperialistischen Heer vollbrachten.

Rudolf Lindau
Erinnerung

Als zu Beginn des ersten Weltkrieges die rechten Führer der Sozialdemokraten die internationalen Beschlüsse über die Pflicht der Sozialisten im Krieg schmählich brachen, in das Lager der Imperialisten überliefen und eine ungeheure Verwirrung in der Arbeiterklasse anrichteten, platzten auch in Hamburg die lange unter der Oberfläche der formalen Einheit schwelenden Gegensätze scharf aufeinander. So auch in der Kreisdelegiertenversammlung der SPD des großen III. Hamburger Wahlkreises, die an einem Sonntagmorgen im Winter 1914/15 im Musiksaal des Hamburger Gewerkschaftshauses tagte . . .

Als ich während der Delegiertenversammlung Ernst Thälmann an einen Pfeiler des Saales gelehnt stehen sah, wie er mit finsterem Gesicht die Versammlung und ihren Verlauf kritisch beobachtete, nahm ich mir vor, nach der Versammlung mit ihm über die Lage in seinem Stadtteil zu sprechen.

Nach Beendigung der Versammlung standen wir dann mit ein paar Mann eine kleine Stunde an einer Haltestelle vieler Straßenbahnen und konnten nicht auseinander finden, weil immer neue Fragen auftauchten. Ernst Thälmann war nie redselig und an diesem Tage besonders einsilbig. Bei den Debatten mit den Parteibürokraten komme nicht viel heraus, meinte er und setzte fort: «Ji möt no ünnen gohn!» Jeder sah ein, daß dies die richtige Losung für unser ferneres Handeln war, obwohl wir noch nicht wußten, wie wir mit unseren schwachen Kräften das verwirklichen sollten. Zunächst fragte einer zurück: «Warum segst du ji? Und du?» Ernst Thälmann wendete kaum den Kopf und antwortete verbissen: «Ick hew min roden Schien schon in de Tasch!» Der rote Schein mit dem Einberufungsbefehl hatte auch ihn erreicht.

Am 14. Januar 1915 mußte er als Reservist zur Feldartillerie einrücken. Sein Rat, nach unten zu gehen, wurde nicht vergessen. Davon konnte er sich im Sommer 1917, als er in Hamburg auf Urlaub war, selbst überzeugen.

Während des Krieges 1914–1918 riß die Verbindung mit dem Kanonier Thälmann nicht ab, wenn sie auch vorübergehend gestört war . . .

Daß unser Feldpostverkehr mit Ernst Thälmann weiterging, davon zeugte eine Feldpostkarte, die ich über einige meiner Deckadressen erhielt. Leider ist die Karte in der Zeit der Hitlerherrschaft verlorengegangen. Ernst Thälmann dankte für den Empfang eines Feldpostpäckchens mit selbstgebackenem «Kuchen». Er hätte ihm geschmeckt, und die Kameraden hätten auch davon abbekommen. «Wenn wieder gebacken wird, vergeßt mich nicht.» Es handelte sich um einen damals überall käuflichen kleinen Karton, der speziell für den Versand von Kuchen hergestellt war. Er enthielt unter anderem Spartakusflugblätter. Die Kartons wurden, teils unter Benutzung von Deckadressen, an verschiedene Freunde an der Front verschickt.

Rosa Thälmann
Erinnerung

Zwei Stunden nach unserer Eheschließung mußte Ernst Soldat werden . . ., und ich blieb allein. Zwei Jahre erhielt mein Mann keinen Urlaub wie die anderen, und er durfte nicht nach Hause fahren, selbst für kurze Zeit nicht . . . Wie ich den Krieg haßte!

Aus dem Lebenslauf von 1935

Kurz vordem, als ich Anfang 1915 eingezogen wurde, habe ich mich verheiratet mit meiner lieben Rosa, die ich bereits 5 bis 6 Jahre vorher kennengelernt hatte.

Dann die Kriegszeit . . . Ich kam zuerst in die Garnison Neu-Brei-

4 Im Gewerkschaftshaus.

sach im Elsaß, Ersatz-Bataillon des Fußartillerie-Regiments 20, und schon kurze Zeit nachdem an die Westfront. Bis zum Schluß des Krieges war ich dauernd nur an der Westfront, inzwischen zweimal in Deutschland im Lazarett in Köln/Rhein und in Bayreuth und war immer nur kurze Zeit in der Garnison, weil ich kein Drückeberger, Angsthase und Feigling gewesen bin und als Etappenhengst keine Ruhe und Befriedigung fand. Ich habe teilgenommen an folgenden Schlachten und Gefechten an der Westfront: an der Somme-Schlacht (1916), Schlacht in der Champagne (1915–1916), Schlacht an der Aisne und bei Soissons, dem Vormarsch Cambrai (1917), Schlacht bei Arras, und habe weiter an der Front gelegen im Argonnerwald, Chemin-des-Dames (Winterberg), Reims, St. Quentin, Hartmannsweilerkopf, Rückzug bei La Fère (Hindenburg-Linien, Siegfriedstellung), Rückzug zwischen Verdun und Metz (1918) und noch einzelne andere Stellungen an der Front. Ich war dreimal verwundet (eigentlich viermal), darunter einmal schwer (verschüttet am Geschütz an der Somme). Als einfacher Kanonier eingezogen und als einfacher Kanonier wieder entlassen. Das eiserne Kreuz, das Hanseaten-Kreuz und das Verwundetenabzeichen bekommen.

Aus den Gefängnisaufzeichnungen

Wir, die diesen Krieg mitgemacht, wir haben den Schrecken erlebt, wir haben das Grauen und Morden kennengelernt und haben damit eine gewisse Verantwortung, nicht leichtsinnig auch nur einen Tropfen Blut zu opfern. Der Krieg wird aus dem Gedächtnis desjenigen nicht so leicht wieder verschwinden, der ihn ernsthaft mitgemacht hat.

Aus den Kalendernotizen von 1916

Mai

Donnerstag, 18.

Abends 7 Uhr Einteilung in Somme-Puy, dann I. Reservegraben bei Maria-Puy. Ausgraben von Minierrahmen und Geschirr, vergraben durch einen Volltreffer. Beinahe hätte die letzte Stunde geschlagen. 3 Meter von mir ein Volltreffer, nichts abgekriegt.

Freitag, 19.

Um 1 Uhr nachts zu Hause. Nach Somme-Puy um $5^1/_2$ Uhr, [auf der] Helenenhöh gearbeitet bis 12 Uhr. Um 11 Uhr Gasangriff der Deutschen, mörderisches Artilleriefeuer.

Sonnabend, 20.

Abends $5^1/_2$ Uhr nach Somme-Puy, von dort 2 Hölzer nach Maria-Puy vorne im Graben getragen. Schluß um 12 Uhr.

Sonntag, 21.

Löhnungsappell um 12 Uhr mittags. $5^1/_2$ Uhr nach Somme-Puy, von dort nach St. Souplet. Ausgraben einer Sappe. Französischer Angriff, ein Verwundeter von uns. Ungeheure Verwirrung vorn bei uns.

November

Freitag, 24.

Morgens um 9 Uhr zum Kriegsgericht, angeklagt wegen Beleidigung, Gehorsamsverweigerung, Achtungsverletzung in 2 Fällen, zu 14 Tagen strengem Arrest verurteilt wegen Beharrens im Ungehorsam. Nachmittags von 2 Uhr 30 Minuten–4 Uhr Ausmarsch, 5 Uhr massiert.

Sonnabend, 25.

Morgens von 7 Uhr 30 Minuten–8 Uhr 15 Minuten Unterricht, von 8 Uhr 30 Minuten–11 Uhr Ausmarsch in die Dörfer. Nachmittags Kasernenreinigen von $2^1/_2$–5 Uhr.

Sonntag, 26.

Stubendienst, 8 Uhr 15 Minuten Kirchgang, 10 [Uhr] Stubenrevision, mittags 1 Uhr Wallwache bis zum andern

Montag, 27.

Mittag 1 Uhr. Nachmittags frei, abends zum Massieren.

Dezember

Montag, 4.

Morgens um 7 Uhr 20 Minuten Einteilung, dann Dienst von $7^1/_2$–10 Uhr, eingeteilt auf Rheinwache von mittags 12 Uhr 40 Minuten bis

Dienstag, 5.

andern Mittag 1 Uhr. Mitteilung des Telegramms von Rosa, abends Vernehmung bei der Gerichtsabteilung um $5^1/_2$ Uhr, 7 Uhr Einteilung.

Mittwoch, 6.

Morgens von 7 Uhr an Kartoffeln geschält, dann untersucht vom Arzt, als arrestfähig befunden und mittags 1 Uhr hingeführt, Arrestlokal war voll und nichts geworden.

Donnerstag, 7.

Morgens Kartoffeln geschält und nachmittags zur Bataillonskammer.

Freitag, 8.

Morgens 2 Wagen Kohlen gefahren zur Kaserne, mittags 1 Uhr abgeführt ins Arrestlokal zur Verbüßung von 14 Tagen strengen Arrest.

Friedrich Dettmann
Erinnerung

Im Jahre 1917 lernte ich Ernst Thälmann persönlich kennen. Wir waren beide Soldaten und befanden uns in Urlaub. Mit Hammerbrooker Genossen besuchte ich eine von den Linken der SPD einberufene illegale Versammlung im Lokal «Holsteinischer Hof». Besprochen wurde die Sammlung von Unterschriften für die Forderung nach Frieden. Ernst Thälmann schlug dort außerdem vor, Aktionen in den Werften und Rüstungsbetrieben gegen das Überstundenwesen und die unzureichende Versorgung mit Lebensmitteln zu organisieren. Nach der Versammlung suchten wir ein Arbeiterverkehrslokal auf, wo Ernst Thälmann die Notwendigkeit aktiver Handlungen der Arbeiter und Soldaten gegen den Krieg erläuterte. Er kannte das Manifest der Zimmerwalder Konferenz gegen den imperialistischen Krieg und trat für eine zweite internationale sozialistische Konferenz der Organisationen und Gruppen der II. Internationale ein, die die Zimmerwalder Beschlüsse anerkannten.

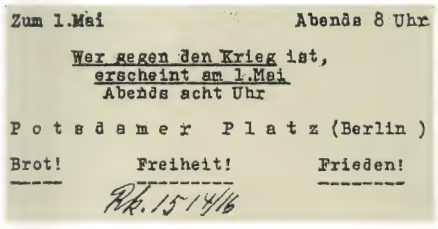
Rosa und Ernst

Militärdienst

Rosa Thälmann (3. Reihe, 1. von links) auf ihrer Arbeitsstelle, einem Holzplatz, 1915

Ernst Thälmann (1. Reihe, 1. von links) an der Westfront

Handzettel der Spartakusgruppe, 1916


Zum 1.Mai Abends 8 Uhr

Wer gegen den Krieg ist,
erscheint am 1.Mai
Abends acht Uhr

P o t s d a m e r P l a t z (Berlin)

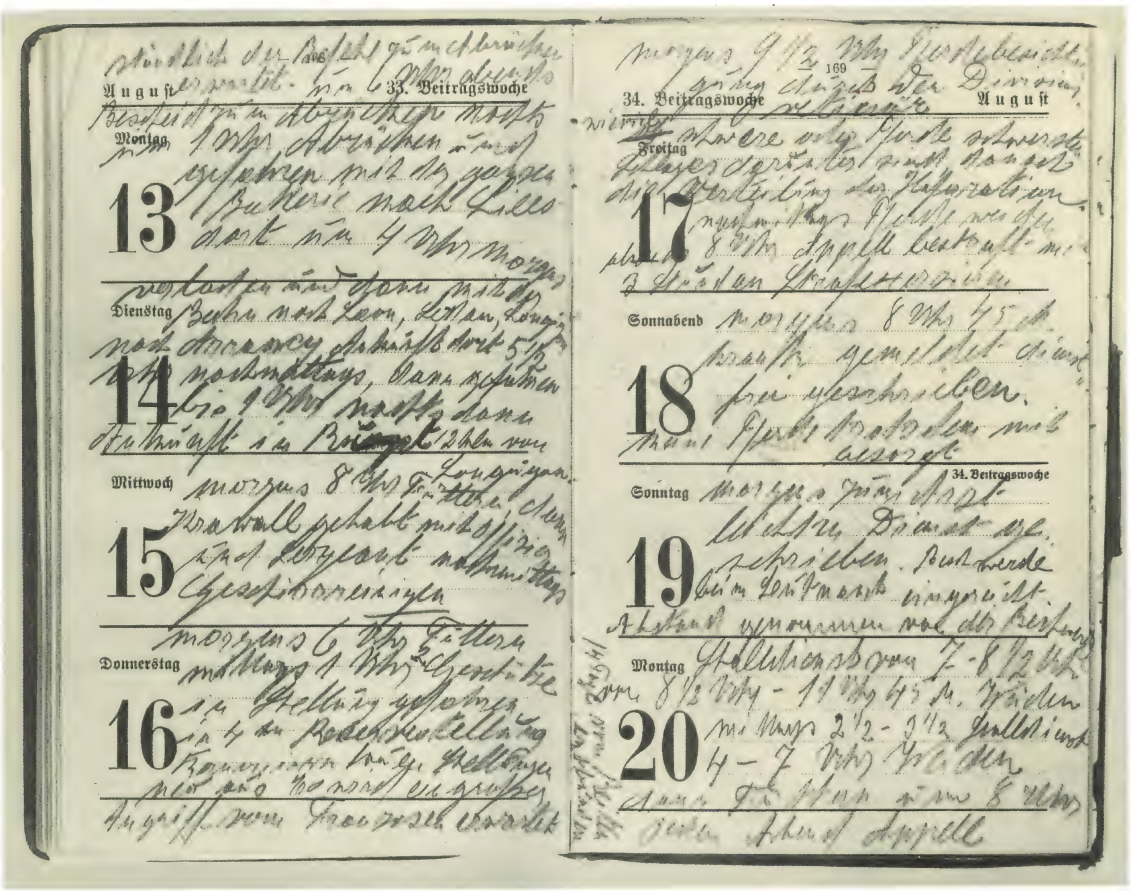
Brot! Freiheit! Frieden!

Rk. 15/4/16

Der Potsdamer Platz in Berlin, um 1916. Hier fand am 1. Mai 1916 die Antikriegskundgebung mit Karl Liebknecht statt

Gegen den Krieg

Seiten aus dem Taschenkalender Ernst Thälmanns von 1917



Eine neue Epoche in der Geschichte der Klassenkämpfe hat begonnen

Aus dem Artikel vom 7. November 1925:
Der 7. November – eine neue Epoche der Weltgeschichte

Der 7. November 1917 ist der Beginn des größten Umschwungs in der Geschichte der Menschheit. Der entscheidende Sieg der russischen Arbeiter, Bauern und Soldaten über die verbündeten Gutsbesitzer und Kapitalisten hat das Gesicht der Erde verändert. Heute gibt es keine bedeutsame politische Erscheinung in der Welt, die nicht durch die Existenz der Sowjetunion beeinflußt wird.

Eine neue Epoche in der Geschichte der Klassenkämpfe hat begonnen . . .

Vor allem aber beginnt mit dem 7. November 1917 eine neue Epoche für den Klassenkampf des Proletariats in den fortgeschrittensten Industrieländern. Die internationale Arbeiterklasse beginnt immer mehr zu begreifen, daß in dieser Epoche nicht mehr Teilreformen, nicht mehr geringfügige Veränderungen innerhalb des Kapitalismus das Ziel des Klassenkampfes sind, sondern die Eroberung der politischen Macht, die Errichtung der Sowjetrepublik. Die Ziele des proletarischen Klassenkampfes, sein Charakter, seine Methoden und seine Aussichten sind seit dem 7. November 1917 aufs tiefste verändert. Das ist die größte Bedeutung des russischen Oktoberumsturzes . . .

Zum ersten Male hat das Proletariat am 7. November 1917 nicht nur eine weltgeschichtliche Sekunde lang, sondern für die Dauer die Macht ergriffen. Zum ersten Male hat das Proletariat nicht nur eine Schlacht, sondern einen ganzen Krieg, den schwersten, grausamsten, opferreichsten Krieg gegen die Ausbeuter der ganzen Welt gewonnen.

Diese Lehre muß unauslöschlich vor den Augen jedes Kommunisten stehen. Diese Lehre müssen wir unaufhörlich der ganzen Arbeiterklasse einprägen. Diese Lehre ziehen, angstvoll und wuterfüllt, alle Ausbeuter. Wodurch erklärt sich der wütende Haß aller Kapitalisten gegen die Sowjetunion? Er erklärt sich daraus, daß die Arbeiterklasse, die man verachtete, deren Klassenkampf man verspottete, deren Sieg man für unmöglich hielt, zum ersten Male die Macht in die Hände nahm und rücksichtslos gegen ihre Feinde anwandte.

Das russische Proletariat hat gesiegt, weil es sich in jahrzehntelangen Kämpfen den unerschütterlichen Willen zur Macht erworben hat . . .

Nur die Bolschewiki waren imstande, in den acht Monaten vom Februar bis zum Oktober Schritt für Schritt die Massen gegen die kapitalistische Kerenski-Demokratie zu mobilisieren, strategische Manöver der Arbeiterklasse gegen die Konterrevolution zu leiten, alle Kräfte der Revolution zusammenzufassen, auf das eine Ziel der proletarischen Machtergreifung zu konzentrieren und in den entscheidenden Stunden des Oktobers den Aufstand zu organisieren. Ohne die Partei der Bolschewiki hätten die Menschewisten die Oberhand in den Sowjets behalten. Die russische Bourgeoisie hätte sich mit den deutschen Generälen, die bereits in Riga standen, vereinigt; der Aufstand und die elementaren Erhebungen der Bauernschaft wären in einem Meer von Blut erstickt worden.

Der 7. November 1917 ist die gewaltigste Verkörperung der Leninschen Lehre von der führenden Rolle der bolschewistischen Partei in der proletarischen Revolution.

Aus den Kalendernotizen von 1918

November

Sonnabend, 9.
. . . mittags 2 Uhr abgehauen von der Front mit 4 Kameraden, Abfahrt um $7^1/_2$ Uhr Battilly nach Ammenweiler.

Sonntag, 10.
Von dort mit Güterzug nach Metz, Ankunft 1 Uhr nachts, morgens 4 Uhr Abfahrt [von] Metz über Diedenhofen nach Trier mit Personenzug, Ankunft Trier 9 Uhr, Abfahrt mit Schnellzug 1 Uhr 9 Minuten über Gerolstein nach Köln, Ankunft 6 Uhr abends.

Montag, 11.
Abfahrt Köln $12^1/_2$ Uhr morgens über Münster, Osnabrück nach Hamburg, 10 Uhr Ankunft, dann sofort nach Hause gefahren und Besuch gehabt, Schwiegervater war da, abends im Kino gewesen.

Dienstag, 12.
Morgens zur Stadt, nachmittags zur Trauerfeier, dann zu Eltern, abends 8 Uhr Versammlung der Unabhängigen bei Sagebiel.

Mittwoch, 13.
Morgens von 9–$12^1/_2$ Uhr Vater mitgeholfen, mittags zu Hause, $3^1/_2$ Uhr zur Beerdigung in Ohlsdorf, abends zu Hause.

Donnerstag, 14.
Morgens zur Kommandantur mit Zastrow, von dort nach Bezirkskommando und dann nach Palmaille /5/, von dort zum Ersatzbataillon, zurück 6 Uhr, abends Frauenversammlung.

Freitag, 15.
Morgens 8 Uhr gemeldet im Ersatzbataillon, dann eingekleidet und mittags 2 Uhr zurück, nachmittags zu Hause.

Sonnabend, 16.
Morgens zum Ersatzbataillon, Urlaubsschein abgeholt, dann nach Mühlenstr., Fehlandstr., Gewerkschaftshaus, Hein Gröll, Eilbeck, Barmbeck, zurück 5 Uhr, abends gelesen.

Sonntag, 17.
Morgens $9^1/_2$ Uhr [zur] Versammlung Vertreter aller Branchen nach Eilbeck, dann zu Hause und zur öffentlichen Jugendversammlung $2^1/_2$ [Uhr] im Gewerkschaftshaus, von dort nach Eilbeck und Wandsbek, zurück 12 Uhr.

Montag, 18.
Morgens nach Hamburg zwecks Erledigung von Anmeldungen, abends Verhandlungskommission der Kutscher Hamburgs, von 6–9 Uhr dann zur Versammlung der Unabhängigen.

5 Straße in Altona.

Dienstag, 19.
Morgens nach Eilbeck und Schakendorf Lebensmittelkarten geholt, zurück 4 Uhr, abends zu Hause gewesen, gelesen.

Mittwoch, 20.
Morgens zur Demonstration, dann zurück und nachmittags nach Eilbeck zu Eltern, dort Karten gespielt und zurück abends 12 Uhr.

Donnerstag, 21.
Morgens nach Barmbeck wegen der Kohlen, nachmittags mit Frau zum Arzt, dann im Lessing-Theater, zurück 11 Uhr.

Freitag, 22.
Morgens nach Gewerkschaftshaus, Eilbeck, Kriegsversorgung und Dammtorwall, zurück 12 Uhr, dann nach Langenhorn, Kartoffeln geholt, zurück 7 Uhr und dann Versammlung bei Mauck, Ritterstr.: Wäschekutscher.

Sonnabend, 23.
Morgens 11 Uhr nach Hummelsbüttel wegen Tannenbäumen und zu Schwiegervater nach Bergfeld, zurück 7 Uhr abends, dann gelesen bis 11 Uhr.

Sonntag, 24.
Morgens zur Versammlung nach Altona, Kaiserhof. Unabhängige Partei und zugleich zur Demonstration auf dem Heiligengeistfelde, zurück 4 Uhr, dann abends Karten gespielt, zurück 12 Uhr.

Aus dem Lebenslauf von 1935

Für mich war. . . der mörderische Krieg zu Ende. Meine Frau hatte bereits eine 2-Zimmer-Wohnung in Eppendorf besorgt, und Ernst hielt als entlassener Krieger seinen Einzug in die neue Wohnung. Sofort nach meiner Rückkehr trat ich von der SPD zur USPD über. . . Ich betätigte mich sofort in der USPD in Hamburg und wurde im März 1919 als Mitglied dieser Partei in das Hamburger Stadtparlament (Bürgerschaft) und im Mai 1919 zum Vorsitzenden der Hamburger Ortsgruppe der USPD ehrenamtlich gewählt.

Meine berufliche Tätigkeit begann wieder als Gelegenheitsarbeiter verschiedenster Art (auch bei meinem Vater verschiedentlich gearbeitet).

Rudolf Lindau
Erinnerung

Paul Dittmann trat Anfang 1919 in einer vor allem von Anhängern der USPD besuchten Versammlung als Referent auf, sprach über die politische Lage und sagte wie die Bourgeoisie und die Rechtssozialisten voraus, Sowjetrußland werde nicht mehr lange leben. Auf Sowjetrußland könnten die deutschen Arbeiter keine Hoffnungen setzen.

Auf diese gegenrevolutionären Prophezeihungen antwortete Ernst Thälmann in der Diskussion mit einer leidenschaftlichen Rede, in der er auseinandersetzte, daß und warum die Zukunft der deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Volkes unlöslich mit dem Schicksal Sowjetrußlands verbunden sei. «Wer nicht an den Sieg des Sozialismus in Sowjetrußland glaubt, der glaubt auch nicht an die revolutionären Kräfte der deutschen Arbeiterklasse und ist ein Feind der deutschen Arbeiter.» – Bald darauf wählten die Arbeiter der USPD Ernst Thälmann zum 1. Vorsitzenden ihrer Hamburger Parteiorganisation.

Aus dem Artikel vom 9. November 1928:
9. November 1918 – die Geburtsstunde der deutschen Revolution

In Kiel begann es. Der Matrosenaufstand in den ersten Novembertagen war der Auftakt. Noch ganz unklar, verworren, ohne bewußte Zielsetzung nahmen die Matrosen die Macht in ihre Hände, hißten die rote Fahne. Hamburg und München folgten. Zumal in Hamburg trug die Bewegung vom ersten Tage an offen proletarischen Charakter. Es waren die Massen der Werftarbeiter, die sich mit den Soldaten und Matrosen verbrüderten und den revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat Hamburgs, das Organ zur Führung des proletarischen Aufstandes, schufen, das freilich nur wenige Tage bestand.

Berlin selbst folgte am 9. November. Heute vor zehn Jahren marschierten unter der Führung des Spartakusbundes, unter der Führung Karl Liebknechts die Arbeiter zu den Kasernen, entwaffneten das Militär, verbrüderten sich. Rote Fahnen wehten über dem Schloß, über dem Reichstag, über Berlin. . .

Wie war die Situation? Die objektive Lage erfüllte alle Bedingungen für den Sieg der proletarischen Revolution, wie sie der Führer des Weltproletariats, Lenin, als Voraussetzungen zur Errichtung der proletarischen Herrschaft gekennzeichnet hat. Die herrschende Klasse und ihr Staatsapparat waren durch die militärischen Niederlagen des Weltkrieges zermürbt, ihre Machtinstrumente waren unbrauchbar geworden, das Militär und die Polizei konnten der Revolution keinen Widerstand mehr leisten . . .

Auf der anderen Seite hatte die furchtbare Krise des viereinhalbjährigen Krieges jene Zersetzung im Lager der herrschenden Klasse und vor allem der Mittelschichten bewirkt, die eine weitere Vorbedingung für den Sieg der proletarischen Revolution bildete. Die kleinbürgerlichen Massen, das Landvolk, Handwerker und Kleingewerbetreibende, bildeten nicht mehr treue Bundesgenossen des bürgerlich-kapitalistischen Staates, geschweige der Junker oder der Monarchie. Sie hatten es satt. Sie waren bereit, dem Kampf der Arbeiter keinen aktiven Widerstand zu leisten, eher noch, ihn zu unterstützen. Und die Arbeiterklasse selbst? Nun, die Proleten im Waffenrock, die Proleten und Arbeiterfrauen an den Drehbänken der Munitionsfabriken und in den Gifthöllen der chemischen Kriegsbetriebe drängten in überwältigender Mehrheit ins Lager der proletarischen Revolution. Nicht nur Beendigung dieses einmaligen Krieges, nein Beseitigung des ganzen kapitalistischen Systems, Errichtung des Sozialismus auf den Trümmern der bankrotten bürgerlichen Gesellschaft – das war das Ziel, das den breitesten Massen vor Augen schwebte, wenn auch Verworrenheit, Unsicherheit, Unklarheit über den Weg zu diesem Ziel die Mehrheit der deutschen Arbeiter noch beherrschte.

So war, gemessen nach der objektiven Klassensituation, den objektiven Kräfteverhältnissen, die Lage reif zum Siege der deutschen Revolution. Und als am 9. November die Arbeiter sich der Panzerautomobile des Militarismus bemächtigten, trugen sie in sich das stolze Gefühl, den Sieg dieser Revolution mit ihrer Tat, mit ihrem revolutio-

nären Kampfwillen, mit ihrer revolutionären Kühnheit unverbrüchlich zu besiegeln. . .

Wie war es möglich, daß trotz aller Voraussetzungen des proletarischen Sieges in den objektiven Kräfteverhältnissen der Revolution noch einmal die Bourgeoisie ihre morsch gewordene, brüchige Klassenherrschaft erneuern, festigen und das Proletariat niederwerfen konnte?. . .

An der Jahreswende 1918/1919 waren die Massen bereit zum Kampf, aber es fehlte die zielklare Führerin, die diesen Kampf hätte organisieren, den Bluthund Noske und seine Komplizen Ebert und Scheidemann samt ihren Generalen und weißen Garden hätte durch die planvolle Organisierung und Durchführung des bewaffneten Aufstandes zerschmettern und ausrotten können.

Nicht der revolutionäre Instinkt, nicht das unvergleichliche Heldentum der einzelnen Führer des Spartakusbundes, der hingemordeten Gründer unserer Partei, konnte den Bestand einer eisernen, im Feuer der revolutionären Erfahrungen zu Stahl gehärteten Avantgarde ersetzen. Karl und Rosa wurden gerade deshalb zu Opfern der barbarischen sozialdemokratischen Konterrevolution, zu Opfern der Noske, Ebert und Scheidemann und ihrer gekauften Meuchelmörder, weil sie noch nicht dem deutschen Proletariat die Waffe hatten schmieden können, die das russische Proletariat zum Siege befähigte: die bolschewistische Partei!

Trotz alledem! Diese Worte waren das revolutionäre Bekenntnis, mit dem Karl Liebknecht am Tage des blutigen Sieges der Konterrevolution – einen Tag vor seinem Tode – seinen letzten Kampfruf im Zentralorgan der eben gegründeten KPD, in der «Roten Fahne», beendete.

Trotz alledem! Das war die Losung, unter der die revolutionäre Vorhut des deutschen Proletariats das Erbe Karl Liebknechts erhielt und fortentwickelte: das Erbe aller sozialistischen Vorkämpfer der deutschen Arbeiterbewegung der Vergangenheit, das Erbe des engsten Bündnisses mit dem Staate der siegreichen proletarischen Revolution, mit Sowjetrußland, das Erbe des unermüdlichen, nie erlahmenden, aus Schlägen und Niederlagen immer wieder sich erhebenden Kampfes für die deutsche Revolution, für Sowjetrußland!. . .

Am Zehnjahrestag des 9. November 1918 geloben wir deutschen Kommunisten, das Werk vom 9. November 1918 zu Ende zu führen, auf den Trümmern des bürgerlich-kapitalistischen Deutschlands die proletarische Diktatur, die deutsche Sowjetrepublik, zu errichten!

Aus dem Artikel vom November 1928:
10 Jahre KPD

Die Rolle der Partei als der einzigen Führerin der proletarischen Massen in der Organisierung der Revolution – das war es, was die besten und revolutionärsten Elemente der deutschen Arbeiterklasse aus der Niederlage zu lernen begannen.

Aus dem Artikel vom 7. November 1925:
Der 7. November – eine neue Epoche der Weltgeschichte

Die Komintern, deren erste Anfänge von Lenin mitten im imperialistischen Weltkrieg geschaffen wurden, ist das revolutionäre Kind des Sieges vom 7. November 1917. Sie vereinigt die Lehren des revolutionären Marxismus mit den Erfahrungen des russischen Bolschewismus, die Lehren des Sieges der Sowjetrevolution mit den Ergebnissen des Kampfes der internationalen Arbeiterklasse. Sie ist unser größter Führer.

Bericht über die Rede in der Versammlung der revolutionären Obleute Hamburgs am 5. April 1919

Thälmann ging von der Novemberrevolution aus und zeigte an Beispielen, wie weit wir es heute in der sogenannten Republik Deutschland schon gebracht haben. Von Sozialismus sei nichts zu spüren. Im Gegenteil, die Militärkaste ist wieder am Ruder. Unter großem Beifall der Versammlung wies er, auf die Verhältnisse in Ungarn eingehend, darauf hin, daß, wenn es in Ungarn möglich gewesen ist, die Räterepublik auszurufen, dieses nur der Einheit der revolutionären Arbeiter zu danken sei. Zuerst ist man dort dazu übergegangen, alle Führer beiseite zu schaffen, die sich hemmend in den Weg stellten. Man baute keine «Hensebaracken», sondern brachte die obdachlosen Menschen in Villen unter. Die Badezimmer in den Herrschaftshäusern wurden zur allgemeinen Benutzung freigegeben. Erfreulich sei, daß bereits das Proletariat in den Ententeländern sich ebenfalls erhebt. Wir müssen dahin streben, daß auch die Hamburger Arbeiterschaft auf dem Posten ist; es kann nicht mehr angehen, daß einzelne Führer sich hier hemmend in den Weg stellen wollen. Das Hamburger Proletariat darf sich die Schreibweise des «[Hamburger] Echos» nicht mehr gefallen lassen. Die einstige Hochburg, jetzt Sumpfburg der Sozialdemokratie wollen wir zurückerobern.

Große Sozialistische Oktoberrevolution

Novemberrevolution

Karl Liebknecht spricht im Berliner Tiergarten, Dezember 1918

Protestkundgebung auf dem Rathausmarkt in Hamburg am 18. Januar 1919 gegen die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Gründung der KPD

Plakat der KPD, 1919

Gründung der KI

Gründungskongreß der KI in Moskau, 2.–6. März 1919. Im Präsidium (von links nach rechts) Gustav Klinger, Hugo Eberlein, Wladimir Iljitsch Lenin und Fritz Platten

Der internationalen reaktionären Front der Bourgeoisie die geeinte internationale revolutionäre Front entgegenstellen

Aus der Diskussionsrede in einer Gewerkschaftsversammlung in Hamburg am 25. Oktober 1919

Wer will es dem Arbeiter verdenken, wenn er auf Grund der bestehenden Lebensmittelpreise, unterstützt durch den Schleichhandel, zur Streikwaffe greift. Man muß sich mit Ländern verbinden, die im Sozialismus schon etwas geleistet haben, wie Rußland. Bolschewismus ist verschärfter Sozialismus. In Deutschland ist zur Sozialisierung fast nichts unternommen worden.

Albert Friedrichs Erinnerung

Es war im Spätsommer oder Herbstanfang des Jahres 1919. Die Gruppe Eppendorf der Freien proletarischen Jugend Hamburg hatte Gruppenabend im Lokal Brandt, Ecke Tarpenbek- und Niendorferstraße. . .

Diesmal sollte ein Vertreter der Partei, der USPD, vor unserer Gruppe sprechen. Wer zu uns kommen würde, war nicht bekannt. Da wir fast alle aus der Arbeiterjugend hervorgegangen waren, wo Rauchen und Trinken, alkoholische Getränke verpönt waren, bestellten wir uns alkoholfreie Getränke. Der Wirt wußte es.

Während wir uns unterhielten, kam jemand ins Klublokal, den wir nicht kannten. Groß, glatzköpfig, mit einem Schnauzbart. «Noomt Jungs», sagte er. Einer sagte: «Thälmann». Unser Vorsitzender sprang auf und begrüßte ihn strahlend. Jetzt waren alle aufgeregt. Der Vorsitzende der USPD und Abgeordnete der Hamburger Bürgerschaft kam zu uns auf den Gruppenabend. Das war ein Ereignis. Sein Name war uns allen natürlich bekannt von großen Versammlungen und aus der «Hamburger Volks-Zeitung», aber gesehen, so ganz dicht, hatten die meisten ihn noch nicht. Auch mir war er persönlich noch unbekannt. . .

Bei manchem fiel es schwer, du zu sagen. Dieses Gefühl hatten wir bei Thälmann keinen Augenblick. Das Du war selbstverständlich.

Er hielt an diesem Abend auch keinen eigentlichen Vortrag, sondern beantwortete Fragen, gab Erläuterungen zu politischen Problemen. Einer stellte die Frage, wieso er als Vorsitzender der USPD gerade zu unserer kleinen Gruppe gekommen sei. Die darauffolgende Antwort war für mich der Beginn der engeren Bekanntschaft mit der Familie Thälmann.

Thälmann meinte, das sei eine gute und berechtigte Frage, und er gab eine einfache Erklärung: «Ik wohn hier doch ganz dicht bi, in de Siemssenstroot. Ik mutt doch mol de Jungs und Deerns kennenleern, de sik för Politik interesseer'n.» So einfach war das.

«Wenn mool wat is, womit ji nich klor kummt, und ik heff Tied, kummt man lang.» Er sprach, wo es nur irgend möglich war, gerne plattdeutsch. Das erzeugte eine familiäre Atmosphäre.

Wilhelm Koenen Erinnerung

In Hamburg hatten Ernst Thälmann und ich [1919] eine gründliche Aussprache. Wir stellten schon damals eine weitgehende Übereinstimmung unserer Ansichten über die Notwendigkeit der Gewerkschaftsarbeit, den revolutionären Parlamentarismus und den Kampf gegen die rechte USPD-Führung fest. Auch über den Anschluß an die III. Internationale, der auf dem Parteitag in Leipzig erstmalig zur Entscheidung stehen sollte, waren wir uns einig, alle Anstrengungen zu machen, um die Mitgliedschaft für den Anschluß zu gewinnen.

Aufruf des Aktionsausschusses der USPD Hamburg vom 19. März 1920

Arbeiter Hamburgs! Die Arbeiterschaft soll entwaffnet werden. Das ist eine Provokation des Proletariats. Das Gewehr in der Hand der Arbeiter ist die Grundlage der Freiheit.

Tretet ein in den Generalstreik! Heraus aus den Betrieben!

USP

Aus der Rede in der Hamburger Bürgerschaft am 9. April 1920

Meine Damen und Herren! Als am 13. März – durch den reaktionären Putsch – die Arbeiterschaft aufgefordert wurde, in den Generalstreik einzutreten, wurde ihr versprochen, daß sie die Streiktage bezahlt bekommen würde. Senat und Bürgerschaft haben darauf hingewiesen, daß die Arbeiterschaft den Kampf gegen die Reaktion aufnehmen müßte und daß sie gemäß der Aufforderung der Regierung in jeder Beziehung unterstützt werden würde. Der Staat hat dann seinen in den Behörden und Betrieben beschäftigten Angestellten und Arbeitern die Streiktage bezahlt; die Arbeitgeber sahen sich nicht gemüßigt, in Hamburg ein Entgegenkommen in irgendeiner Form zu zeigen. Die Aufnahme der Arbeit ist auch in den Betriebsräteversammlungen davon abhängig gemacht worden, daß den Arbeitern die Streiktage bezahlt würden . . .

In unserem Antrage ist festgelegt, daß der Staat gemeinsam mit den Unternehmern sich verständigen soll, damit den geschädigten Arbeitern eine Unterstützung zuteil wird. Wir möchten Sie bitten, eine Kommission einzusetzen, die die nötigen Vorarbeiten dafür zu erledigen hat, und im Interesse aller durch den Generalstreik benachteiligten Arbeiter und Angestellten für unseren Antrag zu stimmen.

Aus der Diskussionsrede in einer Versammlung der USPD in Hamburg am 2. Mai 1920

Wir müssen den Wahlkampf diesmal anders führen als in anderen Jahren. Wir sind uns in unseren eigenen Reihen noch nicht klar über die Stellungnahme unserer Partei in diesem Wahlkampf. . . Wenn die Zentrale einen Weg einschlägt, den die Masse nicht will, muß die Zentrale ihre Stellung ändern. Wir benutzen das Parlament nur, um von der Tribüne zu den Massen zu sprechen. Mitarbeit in den Kommissionen ist notwendig. Wer im Parlament gearbeitet hat, wird bestätigen, daß man als Revolutionär an der Parlamentsarbeit verzweifeln kann. Wir gehen ins Parlament aus demselben Grunde wie in die Gewerkschaften. Wir wollen die Massen revolutionieren. Das Parla-

ment wollen wir durch den Rätekongreß beseitigen. Vor der Nationalversammlungswahl haben die Massen geglaubt, die Nationalversammlung werde ihnen Frieden, Freiheit und Brot bringen. Sie sind enttäuscht worden. Wir müssen den Massen sagen, die Mitarbeit unserer revolutionären Kämpfer im Reichstag kann nur Erfolg haben, wenn sie in Verbindung mit der Aktion der Straße steht.

Bericht über die Rede in einer Versammlung der USPD in Hohenfelde am 31. Mai 1920

Genosse Thälmann kennzeichnete die politische Situation, in der wir uns heute befinden, wies auf die einzelnen Vorpostengefechte der proletarischen Revolution hin, die sich immer mehr zum Endkampf zwischen Kapital und Arbeit auswachsen. Es wäre Verrat, heute dem Proletariat irgendwelche Versprechungen zu machen, die dieser neue Reichstag erfüllen könnte. All die Schwierigkeiten und die ganze wirtschaftliche Krise werden nicht überwunden durch einen Burgfrieden mit dem Kapital, sondern nur durch ein scharfes Herausarbeiten der Klassengegensätze zwischen der ausbeutenden Minorität und der ausgebeuteten Majorität.

Das siegreiche Vordringen unserer russischen Genossen muß das Zeichen sein, unter dem wir die heutigen Kämpfe führen.

Friedrich Dettmann
Erinnerung

Eisenbahner und Hafenarbeiter meldeten im August 1920 während der militärischen Intervention gegen Sowjetrußland Waffen- und Munitionstransporte per Eisenbahn und Schiff nach den unter Kontrolle der Imperialisten stehenden baltischen Ländern. Diese Transporte waren in den Frachtbriefen und Schiffspapieren als harmlose Waren deklariert. Ernst Thälmann organisierte die Arbeiterkontrolle. Von Dampfer zu Dampfer fahrend, die Güterschuppen aufsuchend, sprach er zu den Matrosen, Hafenarbeitern und Eisenbahnern und erreichte, daß sie proletarische Solidarität mit den kämpfenden russischen Brüdern übten.

Anträge der Mitgliederversammlung der USPD in Hamburg am 31. Oktober 1919 an den außerordentlichen Parteitag der USPD in Leipzig

Der Parteitag möge eine Aussprache herbeiführen über den eventuellen Zusammenschluß der USP mit der Richtung der Zentrale der KPD.

Die Hamburger Parteigenossen erklären, daß die Zweite Internationale sich zu keiner Zeit als eine Organisation der revolutionären Arbeiterklasse erwiesen hat und als Instrument des Weltklassenkampfes des internationalen Proletariats nicht betrachtet werden kann. Die Hamburger Parteigenossenschaft lehnt den Beitritt zur Zweiten Internationale ab und erklärt sich für den Anschluß an die Dritte Internationale als der einzigen bestehenden internationalen Organisation, die den Klassenkampf gegen die Internationale des Kapitals konsequent aufgenommen hat und durchführt. Sie sieht in der Proklamierung der Zugehörigkeit der USP zur Dritten Internationale eine Notwendigkeit, um dem Gefühl der Solidarität mit Sowjetrußland, das sich in der höchsten Gefahr befindet, Ausdruck zu geben und um zu zeigen, daß die revolutionäre deutsche Arbeiterschaft bereit ist, im gegebenen Augenblick aus der Defensive zum Angriff überzugehen.

Gertrud Meyer
Erinnerung

In diese Zeit fiel eine Besuchsreise nach Hamburg zu unseren Angehörigen . . .

In Hamburg gingen wir zu Thälmanns in die Wohnung, trafen ihn aber nicht an, hinterließen bei Frau Thälmann unsere Adresse. Am nächsten Vormittag kam er. Es war das erste Mal, daß wir ihm begegneten. Er trat in die Küche, wo meine Mutter für den Gast eine Tasse Kaffee kochen wollte, warf seine blaue Schirmmütze auf den Tisch, zog sich einen Küchenstuhl herbei, begrüßte unsere Mutter mit «liebes Muttchen», und alles war so, als hätten wir uns längst gekannt, es gab sofort eine vertraute Atmosphäre.

Er hörte sich die Schilderung unserer Kölner Situation an, warf manchmal eine sachlich orientierende Frage dazwischen . . .

Ich will versuchen, das Gespräch wiederzugeben, nicht wörtlich, dazu dauerte es zu lange, und es sind zuviele Jahre vergangen. Aber die Situation und die Gedanken Ernst Thälmanns prägten sich mir für immer ein und haben zu meiner weiteren Entwicklung nicht wenig beigetragen.

«Ihr sollt nichts übers Knie brechen, dafür aber alles tun, damit die Stimmung unter euren Mitgliedern sich zu einer Massenbewegung der Kölner Arbeiterschaft entwickelt. Es ist nichts damit getan, wenn ihr jetzt eine kommunistische Partei gründet /6/ und wenn ihr den Revisionisten das Feld überlaßt. Ihr müßt um die Massen kämpfen! Gewiß, ich glaube euch, daß ihr für eine kommunistische Partei schon eine beachtliche Mitgliederzahl zusammenbekommen würdet, aber sie würde doch nur ein Verein guter Genossen sein. Hier geht es um mehr! Es geht um die Entwicklung einer Massenbewegung! Die Kommunistische Partei, wie Lenin sie sich vorstellt, kann nicht nur die Partei der guten Genossen sein, sondern muß eine Partei der Massen sein. Darum dürft ihr nicht vorzeitig losschlagen, ihr dürft nicht den klassenbewußten Teil von den Massen isolieren, sondern ihr sollt sie gewinnen, erziehen. Ihr sollt klug sein und die Stimmung für die Schaffung einer kommunistischen Partei der Massen vorbereiten. Was habt ihr für Betriebe? Die Deutzer Motorenwerke, Humboldt-Köln-Kalk, die Sürther Maschinenfabrik. Ihr habt dort feine Kerle, ich habe von eurem Wilhelm Florin gehört. Dann erzählte mir der Sürther Genosse von eurem Genossen Winterich aus den Motorenwerken, dann die Delegation selber und ihr? Seht mal, mit Hilfe der Genossen in diesen Betrieben müßt ihr es schaffen, müßt die Voraussetzung zum Zusammenschluß systematisch entwickeln. Habt ihr Arbeiter dieser Betriebe hinter euch – und es ist bewiesen durch die Wahlen zum Metallarbeiter-Verbandstag –, dann braucht euch um die andern nicht bange zu sein. Noch einmal – ein guter Geist in euren Reihen, der Geist der Oktoberrevolution, der den Geist Lenins begreift, das ist noch nicht alles. Um zu ihm zu gehören und um hier die Entwicklung weiterzutreiben zur proletarischen Revolution, dazu braucht man eine Massenorganisation. Darum laßt euch nicht von den Bonzen zum frühzeitigen Losschlagen provozie-

6 Gemeint ist der Zusammenschluß mit der örtlichen KPD-Organisation.

ren. Beißt lieber mal die Zähne zusammen, arbeitet um so intensiver dort, wo es darauf ankommt. . . Kein Zurückweichen, aber auch nicht auf Provokationen reagieren. Massenarbeit! Zäh und geduldig auf das Ziel hinarbeiten – die Partei!

Wenn ihr in Köln arbeitet wie wir in Hamburg, wie die Kumpels im Ruhrgebiet, die Arbeiter in Berlin, Leipzig, Chemnitz, dann werden wir es schaffen. Und noch in diesem Jahre wird die Kommunistische Partei Wirklichkeit sein!»

Vom Vorstand der Hamburger USPD eingebrachte Resolution der Mitgliederversammlung der USPD Hamburg am 9. September 1920

Die historische Epoche, in der wir leben, ist die Epoche des revolutionären Kampfes um den Sozialismus. Die Bourgeoisie aller Länder, die «Feinde» von gestern, schließen sich unter der Parole «Kampf gegen den Sozialismus» zu einer internationalen heiligen Allianz täglich fester zusammen. Befreiungskämpfe innerhalb einer Nation werden rückwirken auf die internationale Lage, der Sturz der Bourgeoisie eines Landes wird stets die gesamte Bourgeoisie auf den Plan rufen. Der geschlossenen internationalen reaktionären Front der Bourgeoisie muß das Proletariat die geeinte internationale revolutionäre Front entgegenstellen. Hie goldene – hie rote Internationale. Wenn die Erste Internationale die künftige Entwicklung vorausgesehen und ihre Wege vorgezeichnet, wenn die Zweite Internationale Millionen Proletarier gesammelt und organisiert hat, so soll die Dritte Internationale die Internationale der offenen Massenaktion, der revolutionären Verwirklichung, die Internationale der Tat sein. Aus diesen Erwägungen heraus erkennt die Mitgliedschaft der USP, Ortsverein Hamburg, vollauf die Notwendigkeit der Umstellung sowohl der Parteiorganisation als auch der Internationale im Sinne der von dem 2. Kongreß der Dritten Internationale gefaßten Richtlinien und Beschlüsse [an]. Die Aufnahmebedingungen und die Statuten sind die Vorbedingungen der praktischen Durchführung der theoretischen Leitsätze und bilden kein Hindernis für den sofortigen Anschluß an die Dritte Internationale. Die in der USP, Ortsverein Hamburg, organisierten Mitglieder fordern hiermit sämtliche Proletarier Deutschlands auf, die internationale Solidarität mit Sowjetrußland durch Taten zu beweisen, den Anschluß an die Dritte Internationale zu vollziehen.

Aus der Diskussionsrede auf dem außerordentlichen Parteitag der USPD in Halle am 12. Oktober 1920

Genossen und Genossinnen! Bevor ich auf den Geschäftsbericht eingehe, will ich dem Parteitag folgenden Antrag der Hamburger Kollegen unterbreiten: Der Parteitag der USPD fordert die Zentralleitung und die Reichstagsfraktion auf, sofort Schritte einzuleiten, die notwendig sind, um die brutale Ausweisung der russischen Gewerkschaftsdelegierten rückgängig zu machen. Der Parteitag der USPD sieht in dem Verhalten der Regierung eine freche Provokation des deutschen Proletariats. Es erübrigt sich wohl, des längeren darüber zu diskutieren. . .

Und wenn wir heute die Resultate zu verzeichnen haben, daß bei der Urwahl im Bezirk Wasserkante 14573 Stimmen für die Bedingungen /7/ abgegeben sind und nur 478 Stimmen dagegen, so ist das selbstverständlich der Mitgliedschaft und denjenigen Personen der USPD zu verdanken, die bereits damals Maßnahmen ergriffen haben gegen Genossen in der Partei, die heute auf das allerschärfste gegen die Befürworter der Bedingungen vorgehen. Ich stelle ausdrücklich fest, daß wir im Laufe der Zeit, nach dem Kapp-Putsch, in allen Instanzen vollständige Klarheit und Reinheit geschaffen haben. . .

Die wankelmütige Politik, die in der letzten Zeit innerhalb der USPD eingeschlagen worden ist und geradezu in demagogischer Weise von einzelnen Führern, in der Presse und in den sonstigen Auseinandersetzungen zum Austrag gebracht wurde, mußte dazu führen, daß das Proletariat Deutschlands auf Grund dieser Auseinandersetzungen mit einem gewissen Mißtrauen auf eine solche Partei sehen mußte. Wenn in einer revolutionären Partei, die die Revolution will, die die Aktion der Massen vorzubereiten hat, nicht vollständige Klarheit herrscht in den einzelnen Instanzen, dann ist sie vorweg schon in ihrer Aktivität lahmgelegt. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß die in Frage kommenden Instanzen zum mindesten in grundsätzlicher Auffassung einig sein müssen. Wenn Genosse Ludwig darauf hinwies, daß das Fundament unserer Partei vermodert, verrottet und vermorscht ist, und er glaubt, damit einen Beweis dafür erbringen zu können, weil 206000 Mark erst jetzt an die Zentrale abgeführt worden sind, so stimmt das nicht. Ich frage verschiedene Bezirke, ob sie nicht auf Grund des Wahlkampfes ihre ganzen zur Verfügung stehenden Gelder haben opfern müssen, und wenn die Genossen in der letzten Zeit genau wie in Hamburg, wo wir 31000 Mark aufgebracht haben, diesen Opfermut bewiesen haben, so haben wir es getan, weil wir es bezahlen müssen im Interesse der großen Sache, wir haben es nicht getan, um die Zentrale in ihrer heutigen Zusammensetzung finanziell zu unterstützen, sondern weil uns dieser Parteitag vor eine eminent wichtige Entscheidung stellt. Und da war es wichtig, daß wir unsere Vertreter entsenden /8/ im Interesse des revolutionären Proletariats, im Interesse der USPD, [um] das durchzusetzen, was im Interesse des deutschen revolutionären Proletariats und im Interesse des gesamten internationalen revolutionären Proletariats notwendig ist, um zu unserem Ziel zu kommen.

Erklärung auf dem außerordentlichen Parteitag der USPD in Halle am 16. Oktober 1920

Im Namen der Delegation Wasserkante habe ich folgende Erklärung zu Protokoll abzugeben: Der Parteitag hat beschlossen, außer den 18 Delegierten des Bezirks Wasserkante, die rechtmäßig von der Mitgliedschaft durch Urwahl gewählt worden sind und die sämtlich auf dem Boden der 21 Bedingungen stehen, noch 3 Delegierte des rechten Flügels anzuerkennen. Wir erklären, daß der rechte Flügel in Hamburg etwa 5 Prozent der Mitgliedschaft hinter sich hat und dementsprechend bei der Urwahl für eine Liste von 6342 abgegebenen Stimmen nur 287 Stimmen erhalten [hat], in völlig ungerechtfertigter Weise Anspruch auf Zulassung von Delegierten erhebt. – Als Vertreter von 42000 Mitgliedern des Bezirks Wasserkante protestieren wir gegen die Zulassung dieser Delegierten einer kleinen Gruppe, die sich bereits von der Partei abgespalten hat.

7 Gemeint sind die 21 Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale.

8 In der Quelle: mitsenden.

Elend

Demonstration vor dem Rathaus in Hamburg gegen Schieberunwesen und Lebensmittelverfälschungen, Juni 1919

Arbeitslose

Ernst Thälmann (1. von links) als Notstandsarbeiter, Anfang 1919

Arbeitsnachweis
Zweigstelle hier

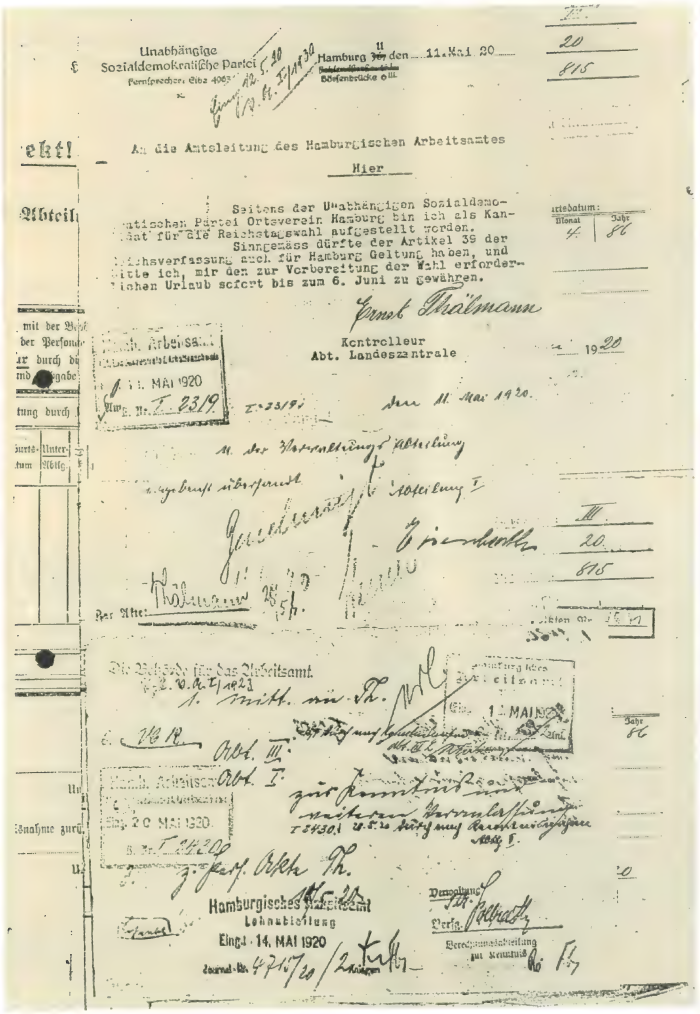
Kampf gegen die Reaktion

Erste Sitzung der am 16. März gewählten Hamburger Bürgerschaft, 24. März 1919. Unter den Abgeordneten Ernst Thälmann

Antrag Ernst Thälmanns an das Hamburgische Arbeitsamt vom 11. Mai 1920

Aufruf an die Hafenarbeiter und Matrosen zur Solidarität mit Sowjetrußland, August 1920

Aufruf der USPD Groß-Hamburg zu Aktionen gegen den Kapp-Putsch, März 1920



Unabhängige Sozialdemokratische Partei
Fernsprecher Gilbz 4063
Hamburg 11, den 11. Mai 20

An die Amtsleitung des Hamburgischen Arbeitsamtes
Hier

Seitens der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Ortsverein Hamburg bin ich als Kandidat für die Reichstagswahl aufgestellt worden. Sinngemäss dürfte der Artikel 39 der Reichsverfassung auch für Hamburg Geltung haben, und bitte ich, mir den zur Vorbereitung der Wahl erforderlichen Urlaub sofort bis zum 6. Juni zu gewähren.

Ernst Thälmann

Kontrolleur
Abt. Landeszentrale

den 11. Mai 1920.

Hamburgisches Arbeitsamt
Lehrabteilung
Eingg. 14. MAI 1920

1. MAI

Genossen! Hafenarbeiter! Matrosen!

Der neue Krieg, der größere, der grausamere, der mörderischere Krieg des Kapitals gegen die Arbeit ist im vollen Gange. Sie, die gegen den „Militarismus" kämpften, die schicken Soldaten, die schicken Munition, die schicken Waffen gegen die Arbeiter

Kanonen und der Hunger sollen die proletarische Revolution zerschmettern.

Rußland, Sowjet-Rußland, die Arbeiterrepublik, wollen sie, müssen sie jetzt bekriegen.

Arbeiter! Matrosen!

Ihr sollt bei diesem Mord an Euren Klassengenossen in Rußland mitwirken.

Jedes Schiff, das Ihr für die Gegenrevolution laden helft, jedes Schiff, auf dem Ihr für die Weißgardisten Dienst tut, bringt Tod Euren Klassengenossen.

Arbeiter! Matrosen!

Tut keine gegenrevolutionäre Arbeit, ladet keine Schiffe, die nach dem Baltikum bestimmt sind; sie sollen Arbeiter morden, Arbeiter, die seit Jahren ringen, seit Jahren kämpfen, für Euch kämpfen, für die Revolution leiden. Folgt dem Beispiel Eurer norwegischen, Eurer dänischen Kameraden Tut keine gegenrevolutionäre Arbeit.

In diesen Tagen, schon am 8. August, sollen Schiffe vollgepackt mit Waffen, mit Kanonen, mit Handgranaten, mit Munition nach dem Baltikum abgehen.

Dieser Transport muß verhindert werden!

Diese Schiffe werdet Ihr nicht laden! Auf diesen Schiffen werdet Ihr nicht Dienst tun!

Nieder mit der Gegenrevolution! Nieder mit der weißen Garde!

Nr. 164. Hamburger 2. Jahrgang.

Volks-Zeitung

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Schriftleitung: Friedenstraße 9. Telephon: Nordsee 2804. Expedition: Friedenstraße 4, Telephon: Alster 3513, N. 2. Stadt-Expedition: Feldstraße 46, Telephon: Hansa 1256. Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Ehrenfried Wagner; für den übrigen Teil: Kurt Gerbis; für Anzeigen: Joh. Müller. Verlag: Paul Dittmann, sämtlich in Hamburg.

Die „Hamburger Volks-Zeitung" erscheint täglich außer Sonntags. Bezugspreis: durch die Austräger monatl. Mk. 8, wöchentl. 2 Mk., durch die Postanstalten Mk. 2.25.

Freitag, den 18. Juli 1919.

Anzeigen die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 1.20 Mk., Arbeitsmarkt, Vermietungs-u. Immobilienanzeigen 80 Pfg. Schluß der Anzeigenannahme 10 Uhr.

An das revolutionäre Proletariat Hamburgs!

Am Montag den 21. Juli wird das Proletariat aller Länder in Proteststreiks, Demonstrationen und großen Kundgebungen sich zusammenfinden, um den gemeinsamen Kampf des gesamten Proletariats zur Eroberung der politischen Macht, für die internationale Solidarität, für den Gedanken der Weltrevolution und der sozialistischen Völkerbefreiung aufzunehmen! Die revolutionäre Arbeiterschaft Hamburgs ist beseelt von dem Bewußtsein, daß auch der Versailler Machtfrieden kein Frieden von Dauer sein wird, indem auch er, genau wie der Gewaltfrieden von Brest-Litowsk an dem Willen des internationalen Proletariats scheitern wird. Schon sind Zeichen vorhanden, daß in den Ententeländern das Proletariat sich rüstet für den gewaltigen Kampf um die Solidarität aller Völker und für die Internationale auf dem Boden des revolutionären Sozialismus. Nicht der Völkerbund der Imperialisten und des Kapitals kann den Sozialismus herbeiführen, sondern die Vereinigung der sozialistischen Proletarier aller Länder, getragen von der Solidarität, befreit von Haß und Neid, erfüllt von dem Sehnen der arbeitenden Klassen nach Glück und Wohlstand. Friede, Freiheit und Glück im eigenen Lande und der ganzen Welt, Beseitigung jeder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, Errichtung einer Gemeinschaft der Gleichheit und Solidarität, das ist das Ziel des Sozialismus. Das Banner der U. S. P. D. steht rein und unbefleckt da in der Internationale. Nicht zu Mitgliederversammlungen, sondern zu öffentlichen Versammlungen ruft die U. S. P. D. Hamburgs Männer und Frauen auf, am Montag den 21. Juli in Massen zu erscheinen.

Der Vorstand der U. S. P. D. Hamburg.
J. A.: E. Thälmann.

An das Proletariat Groß-Hamburgs!

Die Reaktion hat die Regierung an sich gerissen!

Jetzt heißt es für die Arbeiter, beweisen, daß sie nicht gewillt sind, sich dieser Clique von Offizieren und Junkern zu fügen.

Heraus aus den Betrieben und Kontoren! Alle Arbeit muß ruhen! Die Losung muß sein:

Nieder mit der Reaktion und der reaktionären Regierung!

Für die sozialistische Republik!

U. S. P. Groß-Hamburg.

Unser Kampf geht für die sozialistische Republik.

Hamburger Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co., Hamburg.

Funktionär der USPD

Versammlungsankündigungen, veröffentlicht in der «Hamburger Volks-Zeitung», 1919/1920

U | Büro: Fehlandstraße 46, I. | S | Telephon: Elbe 4967. | P

Hamm-Horn-Borgfelde:

Grosse öffentliche Versammlung

am Freitag, dem 17. Oktober, abends 7 Uhr, in Ritters Ballhaus,
Borgfelderstrasse 64.

Tagesordnung: 1. „Die Reaktion und die Arbeiterschaft". Referent: Genosse Thälmann. 2. Diskussion.

Oeffentl. Versammlung

am Freitag, dem 17. Oktober, vormittags 10 Uhr, bei Jarr, „Holsteinisches Haus", Kohlhöfen 16, aller im Gastwirtsgewerbe beschäftigten Personen, die auf dem Boden der U. S. P. stehen.

Tagesordnung: 1. „Unsere wirtschaftliche Lage und wie verbessern wir dieselbe". Referent: Reich. 2. Diskussion.

In nachfolgenden Distrikten finden

Mitgliederversammlungen

statt. Um zahlreichen Besuch dieser Versammlungen wird ersucht.

Der Verbandskalender ist erschienen und zu einem Preise von Mk. 1.— pro Stück im Verbandsbüro zu erhalten.

Der Vereinsvorstand.

U | Büro: Fehlandstraße 46, I. | S | Telephon: Elbe 4967. | P

Wandsbek:

Frauenabend

Montag, den 20. Oktober, abends 7½ Uhr, bei Rasmussen, Hamburgerstraße 10.
Vortrag der Genossin Kuhn.

In nachfolgenden Distrikten finden

Mitgliederversammlungen

statt. Um zahlreichen Besuch dieser Versammlungen wird ersucht.

Eilbeck:

Montag, den 20. Oktober, abends 7 Uhr, bei Meyer (früher Mauch), Ritterstraße 14.
Tagesordnung: „Zweite oder Dritte Internationale." Referent: Genosse Lothar Popp. 2. Diskussion.
Wir laden unsere Wandsbeker Genossen zu dieser Versammlung besonders ein.

Hammerbrook:

Dienstag, den 21. Oktober, abends 7 Uhr, bei Weise, Ecke Grünerdeich und Heidenkampsweg.
Tagesordnung: 1. „Die Aufgaben des nächsten Parteitags". Referent: Genosse Thälmann. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Die Distriktsleitungen.

Zusammenkunft

Sitzung der Betriebsräte, Vertrauensleute und Obmänner aller Branchen

am Dienstag, den 18. Mai, abends 7 Uhr, in Baus' Gesellschaftshaus, Besenbinderhof 10.

Tagesordnung: Der Streik der Binnenschiffer.

Mitgliedsbuch und Obmannskarte legitimieren.

Die Sektionsleitung.

Streikende u. Ausgesperrte, Arbeiter u. Angestellte!

Am Dienstag, dem 18. Mai,
vormittags 10 Uhr,
findet auf dem **Heiligengeistfeld** eine

Wählerversammlung

statt.

Tagesordnung:

Vom Lohnkampf zum Klassenkampf

Referenten:

Reichstagskandidaten **Reich, Thälmann, Popp, Brandt** (Postdirektor).

Achtung! Achtung!

Morgen, Dienstag, den 18. Mai, nachmittags 4 Uhr:

Zusammenkunft

der Betriebsräte der Werften bei Pretorius, früher Niebuhr.

Der Zentralrat der Werften.

Reiherstieg Schiffswerfte.

Delegierte des außerordentlichen Parteitages der USPD in Halle, 12.–17. Oktober 1920

Ernst Thälmann (Mitte, stehend) mit Mitgliedern der Organisation Hamburg-Eppendorf der USPD, um 1919

Vereinigung mit der KPD

Nummer 184 / Beilage Die Rote Fahne Donnerstag, den 16. September 1920

Die Aufnahmebedingungen der Kommunistischen Internationale

Der erste Kongreß der Kommunistischen Internationale hat keine genauen Bedingungen für die Aufnahme in die 3. Internationale aufgestellt. Bis zum Augenblick der Einberufung des 2. Kongresses existierten in den meisten Ländern bloß kommunistische Richtungen und Gruppen.

Unter anderen Verhältnissen tritt der 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale zusammen. Zur Zeit gibt es in den meisten Ländern nicht nur kommunistische Strömungen und Richtungen, sondern kommunistische Parteien und Organisationen.

An die Kommunistische Internationale wenden sich nun oft Parteien und Gruppen, die noch vor kurzem zur 2. Internationale gehörten, die jetzt in die 3. Internationale eintreten wollen, die aber nicht in der Tat kommunistisch geworden sind. Die 2. Internationale ist endgültig zerschlagen. Die Zwischenparteien und die Gruppen des „Zentrums", die die völlige Aussichtslosigkeit der 2. Internationale einsehen, versuchen sich an die immer kräftiger werdende Kommunistische Internationale anzulehnen. Sie hoffen jedoch dabei eine solche „Autonomie" zu bewahren, die ihnen die Möglichkeit gewährt, ihre frühere opportunistische oder „Zentrumspolitik" durchzuführen. Die Kommunistische Internationale wird gewissermaßen Mode.

Das Verlangen einiger führender Gruppen des „Zentrums", in die 3. Internationale einzutreten, ist eine indirekte Bestätigung dessen, daß die Kommunistische Internationale die Sympathien der überwiegenden Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt erobert hat und daß sie eine mit jedem Tage immer mehr wachsende Macht wird.

Der Kommunistischen Internationale droht die Gefahr, durch wankelmütige und durch Halbheit sich auszeichnende Elemente verwässert zu werden, welche die Ideologie der 2. Internationale noch nicht endgültig abgestreift haben.

Außerdem verbleibt in einigen großen Parteien (Italien, Schweden, Norwegen, Jugoslawien u. a.), deren Mehrheit auf dem Standpunkt des Kommunismus steht, bis zum heutigen Tage ein bedeutender reformistischer und sozial-pazifistischer Flügel, der nur auf den Augenblick wartet, wieder das Haupt zu erheben, mit der aktiven Sabotage der proletarischen Revolution zu beginnen und dadurch der Bourgeoisie und der 2. Internationale zu helfen.

Kein einziger Kommunist darf die Lehren der ungarischen Räterepublik vergessen. Die Verschmelzung der ungarischen Kommunisten mit den sogenannten „linken" Sozialdemokraten ist dem ungarischen Proletariat teuer zu stehen gekommen.

Infolgedessen erachtet es der 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale für notwendig, die Bedingungen der Aufnahme von neuen Parteien ganz genau festzulegen und diejenigen Parteien, die in die Kommunistische Internationale aufgenommen sind, auf die auf ihnen liegenden Pflichten hinzuweisen.

Der 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale beschließt: Bedingungen der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Internationale sind:

1. Die gesamte Propaganda und Agitation muß einen wirklich kommunistischen Charakter tragen und dem Programm und dem Beschluß der 3. Internationale entsprechen. Alle Preßorgane der Partei müssen von zuverlässigen Kommunisten geleitet werden, die ihre Hingebung für die Sache des Proletariats bewiesen haben. Von der Diktatur des Proletariats muß nicht einfach wie von einer landläufigen eingepaukten Formel gesprochen werden, sondern sie muß so propagiert werden, daß ihre Notwendigkeit jedem einfachen Arbeiter, Arbeiterin, Soldaten und Bauern verständlich wird aus den Tatsachen des täglichen Lebens, die von unserer Presse systematisch beobachtet und Tag für Tag ausgenutzt werden müssen.

Die periodische und unperiodische Presse und alle Parteierlasse müssen völlig dem Parteivorstand unterstellt werden, ohne Rücksicht darauf, ob die Partei in ihrer Gesamtheit in dem betreffenden Augenblick legal oder illegal ist. Es ist unzulässig, daß die Verlage ihre Autonomie mißbrauchen und eine Politik führen, die der Politik der Partei nicht ganz entspricht.

In den Spalten der Presse, in Volksversammlungen, in den Gewerkschaften, in Konsumvereinen — überall, wohin sich die Anhänger der 3. Internationale Eingang verschaffen, ist es notwendig, nicht nur die Bourgeoisie, sondern auch ihre Helfershelfer, die Reformisten aller Schattierungen systematisch und unbarmherzig zu brandmarken.

2. Jede Organisation, die sich der Kommunistischen Internationale anschließen will, muß regelrecht und planmäßig aus allen mehr oder weniger verantwortlichen Posten der Arbeiterbewegung (Parteiorganisationen, Redaktionen, Gewerkschaften, Parlamentsfraktionen, Genossenschaften, Kommunalverwaltungen) die reformistischen und Zentrumsleute entfernen und sie durch bewährte Kommunisten ersetzen, ohne sich daran zu stoßen, daß besonders am Anfang an die Stelle von „erfahrenen" Opportunisten einfache Arbeiter aus der Masse gelangen.

3. Fast in allen Ländern Europas und Amerikas tritt der Klassenkampf in die Phase des Bürgerkrieges ein. Unter derartigen Verhältnissen können die Kommunisten kein Vertrauen zu der bürgerlichen Legalität haben. Sie sind verpflichtet, überall einen parallelen illegalen Organisationsapparat zu schaffen, der im entscheidenden Moment der Partei behilflich sein wird, ihre Pflicht gegenüber der Revolution zu erfüllen. In all den Ländern, wo die Kommunisten infolge des Belagerungszustandes und von Ausnahmegesetzen nicht die Möglichkeit haben, ihre gesamte Arbeit legal zu führen, ist die Kombinierung der legalen mit der illegalen Tätigkeit unbedingt notwendig.

4. Die Pflicht zur Verbreitung der kommunistischen Ideen schließt die besondere Verpflichtung zu einer nachdrücklichen systematischen Propaganda im Heere in sich. Wo diese Agitation durch Ausnahmegesetze unterbunden wird, ist sie illegal auszuführen. Der Verzicht auf eine solche Arbeit würde einen Verrat an der revolutionären Pflicht gleichen und mit der Zugehörigkeit zur 3. Internationale unvereinbar sein.

5. Es ist eine systematische und planmäßige Agitation auf dem flachen Lande notwendig. Die Arbeiterklasse vermag nicht zu siegen, wenn sie nicht die Landproletarier und wenigstens einen Teil der ärmsten Bauern hinter sich und die Neutralität eines Teiles der übrigen Dorfbevölkerung durch ihre Politik gesichert hat. Die kommunistische Arbeit auf dem flachen Lande gewinnt gegenwärtig hervorragende Bedeutung. Sie muß vornehmlich mit Hilfe der revolutionären, kommunistischen Arbeiter der Stadt und des Landes geführt werden, die mit dem flachen Lande Verbindung haben. Der Verzicht auf diese Arbeit oder deren Uebergabe in unzuverlässige, halbreformistische Hände gleicht einem Verzicht auf die proletarische Revolution.

6. Jede Partei, die der 3. Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, nicht nur den offenen Sozialpatriotismus, sondern auch die Unaufrichtigkeit und Heuchelei des Sozialpazifismus zu entlarven: den Arbeitern systematisch vor Augen zu führen, daß ohne revolutionären Sturz des Kapitalismus keinerlei internationale Schiedsgerichte, keinerlei Abkommen über Einschränkung der Kriegsrüstungen, keinerlei „demokratische" Erneuerung des Völkerbundes imstande sein werden, neue imperialistische Kriege zu verhüten.

7. Die Parteien, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünschen, sind verpflichtet, den vollen Bruch mit dem Reformismus und mit der Politik des „Zentrum" anzuerkennen, und diesen Bruch in den weitesten Kreisen der Parteimitgliedschaft zu propagieren. Ohne das ist eine konsequente kommunistische Politik nicht möglich.

Die Kommunistische Internationale fordert unbedingt und ultimativ die Durchführung dieses Bruches in kürzester Frist. Die Kommunistische Internationale vermag sich nicht damit abzufinden, daß notorische Opportunisten, wie sie jetzt durch Turati, Kautsky, Hilferding, Hillquit, Longuet, Macdonald, Modigliani u. a. repräsentiert werden, das Recht haben sollen, als Angehörige der 3. Internationale zu gelten. Das könnte nur dazu führen, daß die 3. Internationale in hohem Maße der unglückseligen 2. Internationale ähnlich sein würde.

8. In der Frage der Kolonien und der unterdrückten Nationen ist eine besonders ausgeprägte und klare Stellung der Parteien in denjenigen Ländern notwendig, deren Bourgeoisie im Besitze von Kolonien ist und andere Nationen unterdrückt. Jede Partei, die der 3. Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, die Kniffe ihrer Imperialisten in den Kolonien zu entlarven, jede Freiheitsbewegung in den Kolonien nicht nur in Worten, sondern durch Taten zu unterstützen, die Verjagung ihrer einheimischen Imperialisten aus diesen Kolonien zu fordern, in den Herzen der Arbeiter ihres Landes ein wirklich brüderliches Verhältnis zu der arbeitenden Bevölkerung der Kolonien und zu den unterdrückten Nationen zu erziehen und in den Truppen ihres Landes eine systematische Agitation gegen jegliche Unterdrückung der kolonialen Völker zu führen.

9. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünscht, muß systematisch und beharrlich eine kommunistische Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften, der Arbeiter- und Betriebsräte, der Konsumgenossenschaften und anderer Massenorganisationen der Arbeiter entfalten. Innerhalb dieser Organisationen ist es notwendig, kommunistische Zellen zu organisieren, die durch andauernde und beharrliche Arbeit die Gewerkschaften usw. für die Sache des Kommunismus gewinnen sollen. Die Zellen sind verpflichtet in ihrer täglichen Arbeit überall den Verrat der Sozialpatrioten und die Wankelmütigkeit des „Zentrums" zu entlarven. Die kommunistischen Zellen müssen der Gesamtpartei vollständig untergeordnet sein.

10. Jede der Kommunistischen Internationale angehörende Partei ist verpflichtet, einen hartnäckigen Kampf gegen die Amsterdamer „Internationale", der gelben Gewerkschaftsverbände zu führen. Sie müssen unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern die Notwendigkeit des Bruches mit der gelben Amsterdamer Internationale nachdrücklichst propagieren. Mit allen Mitteln hat sie die entstehende internationale Vereinigung der roten Gewerkschaften, die sich der Kommunistischen Internationale anschließen, zu unterstützen.

11. Parteien, die der 3. Internationale angehören wollen, sind verpflichtet, den periodischen Bestand der Parlamentsfraktionen einer Revision zu unterwerfen, alle unzuverlässigen Elemente aus ihnen zu beseitigen, diese Fraktionen nicht nur in Worten, sondern in der Tat den Parteivorständen unterzuordnen, indem von jedem einzelnen kommunistischen Parlamentsmitglied gefordert wird, er möge seine gesamte Tätigkeit den Interessen einer wirklich revolutionären Propaganda und Agitation unterwerfen.

12. Die der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien müssen auf der Grundlage des Prinzips des demokratischen Zentralismus aufgebaut werden. In der gegenwärtigen Epoche des verschärften Bürgerkrieges wird die kommunistische Partei nur dann imstande sein, ihrer Pflicht zu genügen, wenn sie auf möglichst zentralistische Weise organisiert ist, wenn eiserne Disziplin in ihr herrscht, und wenn ihr Parteizentrum, getragen von dem Vertrauen der Parteimitgliedschaft mit der Fülle der Macht; Autorität und den weitgehendsten Befugnissen ausgestattet wird.

13. Die Kommunistischen Parteien derjenigen Länder, in denen die Kommunisten ihre Arbeit legal führen, müssen von Zeit zu Zeit Säuberungen (neue Registrierungen) des Bestandes ihrer Parteiorganisation vornehmen, um die Partei von den sich in sie einschleichenden kleinbürgerlichen Elementen systematisch zu säubern.

14. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, einer jeden Sowjetrepublik in ihrem Kampfe gegen die konterrevolutionären Kräfte rückhaltlosen Beistand zu leisten. Die kommunistischen Parteien müssen eine unzweideutige Propaganda führen zur Verhinderung des Transports von Kriegsmunition an Feinde der Sowjetrepublik; ferner müßte sie unter den zur Erdrosselung von Arbeiterrepubliken entsandten Truppen mit allen Mitteln legal oder illegal Propaganda treiben usw.

15. Parteien, die bisher noch ihre alten sozialdemokratischen Programme beibehalten haben, sind nun verpflichtet, in möglichst kurzer Zeit diese Programme zu ändern und entsprechend den besonderen Verhältnissen ihres Landes ein neues kommunistisches Programm im Sinne der Beschlüsse der Kommunistischen Internationale auszuarbeiten. In der Regel muß das Programm jeder zur Kommunistischen Internationale gehörenden Partei von dem ordentlichen Kongreß der Kommunistischen Internationale oder Exekutivkomitee bestätigt werden. Im Fall der Nichtbestätigung des Programms der einen oder der anderen Partei durch das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, hat die betreffende Partei das Berufungsrecht an den Kongreß der Kommunistischen Internationale.

16. Alle Beschlüsse der Kongresse der Kommunistischen Internationale, wie auch die Beschlüsse ihres Exekutivkomitees sind für alle der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien bindend. Die in Verhältnissen des schärfsten Bürgerkrieges tätige Kommunistische Internationale muß bei weitem zentralisierter aufgebaut werden, als das in der 2. Internationale der Fall war. Dabei müssen, selbstverständlich die Kommunistische Internationale und ihr Exekutivkomitee in ihrer

Bericht

über die Verhandlungen des

Vereinigungsparteitages

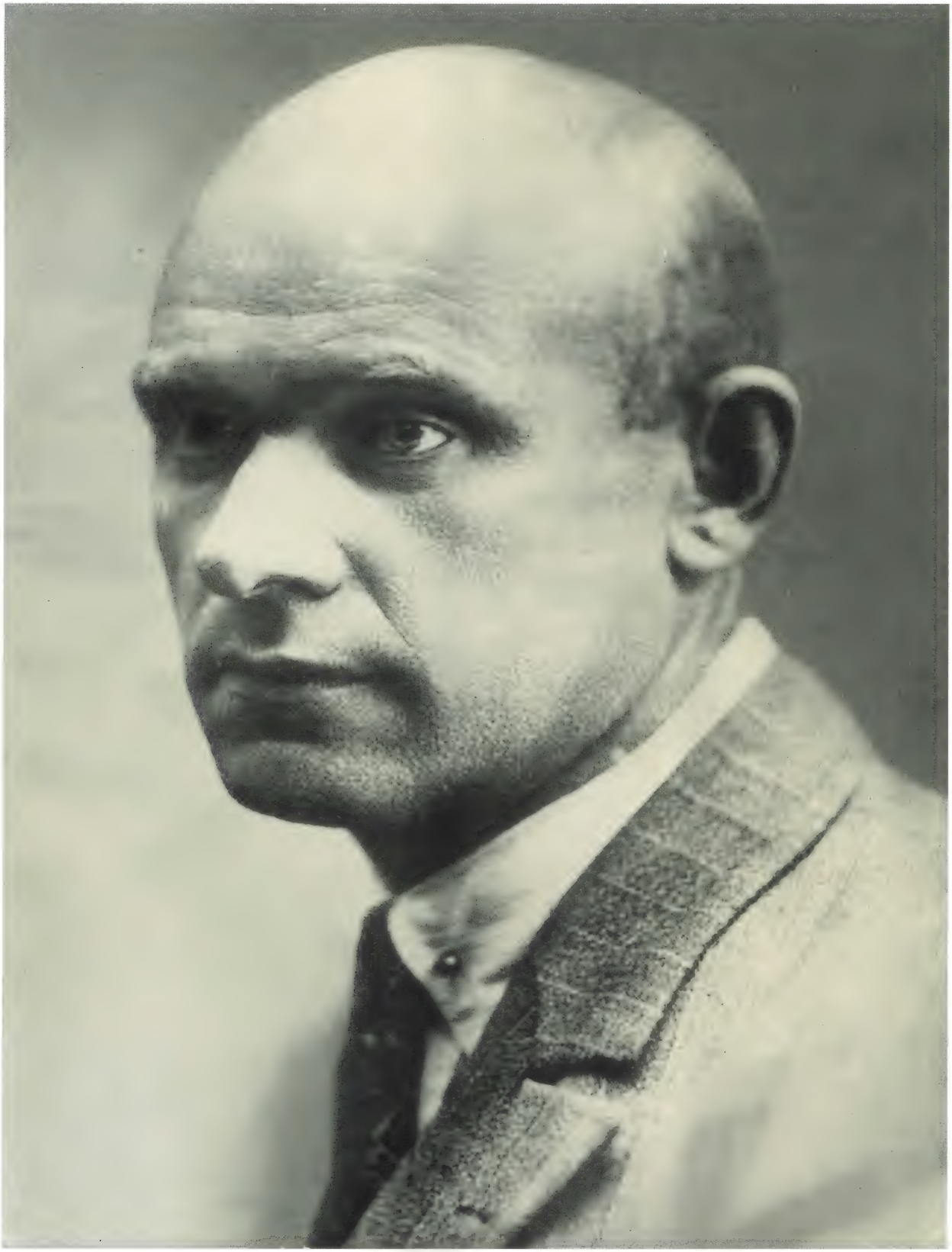
der U.S.P.D. (Linke) und der
K.P.D. (Spartakusbund)

Abgehalten in Berlin
vom 4. bis 7. Dezember 1920

Anhang:
Bericht über die 1. Frauen-Reichskonferenz
am 8. Dezember 1920 in Berlin

Herausgegeben von der
Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei
Deutschlands

Berlin 1921
Frankes Verlag, G. m. b. H., Leipzig-Berlin.



In den Reihen der Kommunistischen Partei Deutschlands

1920–1925

Wir müssen das Sprachrohr aller Nöte und der Vorkämpfer in allen Tagesforderungen der Massen sein

Von Ernst Thälmann begründeter Antrag der KPD-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft am 12. Januar 1921

Wir beantragen, die Bürgerschaft wolle beschließen: den Senat zu ersuchen, die Reichsregierung zu veranlassen, zur augenblicklichen Linderung der größten Not der Erwerbslosen folgende Maßnahmen sofort durchzuführen:

1. Es kommt eine Beihilfe von Mark 300 für ledige und von Mark 500 für verheiratete Erwerbslose und für jedes Kind eine besondere Zulage von Mark 100 zur Auszahlung;
2. die Erwerbslosenunterstützungssätze werden um 100 Prozent erhöht;
3. die Renten werden auf die Erwerbslosenunterstützung nicht angerechnet;
4. die volle Erwerbslosenunterstützung wird an alle Erwerbslosen gezahlt für die Dauer ihrer Erwerbslosigkeit;
5. die Mittel für die Erwerbslosen sind sofort aus Reichsmitteln zu zahlen. Die Kosten sind von den Unternehmern auf dem Wege des Umlageverfahrens auf der Grundlage des Bruttogewinnes der Betriebe und des Kapitaleinkommens der Unternehmer einzuziehen.

Rede in der Hamburger Bürgerschaft am 26. Oktober 1921

Meine Damen und Herren! Da wir des öfteren schon in der Bürgerschaft das Erwerbslosenproblem grundsätzlich behandelt haben, will ich dies heute unterlassen. Es handelt sich bei den bescheidenen Forderungen, die wir gestellt haben, darum, daß wir für die Ärmsten der Armen verlangen, daß während der Wintermonate, vom 1. Oktober bis 1. April, jedem Erwerbslosen, der länger als sechs Wochen erwerbslos ist, für ihn und für jedes weitere von ihm unterhaltene Familienmitglied je drei Zentner Kartoffeln zum Preise von 15 Mark für den Zentner zur Verfügung gestellt werden; jedem Erwerbslosen, der länger als zehn Wochen erwerbslos ist, mit eigenem Haushalt vier Zentner Kohlen oder Briketts, ohne eigenen Haushalt zwei Zentner Kohlen oder Briketts unentgeltlich angewiesen werden. Die Notlage der Angestellten, Beamten und Arbeiter wird selbst in den bürgerlichen Zeitungen in der Form geschildert, daß geradezu die wirtschaftlichen Verhältnisse das gesamte Proletariat zwingen, weil es mit seinen heutigen Löhnen nicht auskommt, immer wieder neue Forderungen zu stellen. Die Sätze der Erwerbslosenunterstützung, die in der letzten Zeit gar nicht gestiegen sind, gar nicht in Einklang zu bringen sind mit den heutigen Teuerungsverhältnissen, mit der ungeheuren Preissteigerung aller Lebensmittel und Gebrauchsartikel und mit der Markentwertung, sie müssen erhöht werden. Diese Markentwertung spornt zugleich die Ausländer an, in den Geschäften in Hamburg Schuhe und alle sonstigen Gebrauchsartikel aufzukaufen. Der Spekulationswahnsinn, der sich jetzt bemerkbar macht, wirkt natürlich noch viel mehr auf die grenzenlose Not der Erwerbslosen selbst. Wir bringen zum Ausdruck, daß, weil die Werte von 100 Prozent auf 300 Prozent gestiegen sind und alles teurer geworden [ist], für die Erwerbslosen in den Wintermonaten unbedingt etwas getan werden muß.

Wir verlangen ferner unter Punkt drei, daß alle vom Wohlfahrtsamt unterstützten Personen dieselben Vergünstigungen erhalten sollen. Unter den vom Wohlfahrtsamt unterstützten Personen sind Alters- und Invalidenrentner, ferner Leute, die nicht direkt als Kriegsbeschädigte zu betrachten sind, die aber krank sind. Auch diesen Personen geht es bei den augenblicklichen Verhältnissen außerordentlich schlecht, und wir bitten, daß auch diesen Personen die von uns beantragte Vergünstigung zuteil wird.

Ich will auf die große Notlage der Erwerbslosen im einzelnen nicht eingehen. Ich hoffe und wünsche, daß die Bürgerschaft unseren bescheidenen Forderungen zustimmen wird.

Aus der Rede in der Hamburger Bürgerschaft am 16. Februar 1921

Meine Damen und Herren! In Anbetracht der verschiedenen Punkte, die wir heute noch zu erledigen haben, will ich mich kurz fassen. Die Wohnungsnot selbst – das geht aus dem Berichte der Bürgerschaftskommission hervor – ist geradezu katastrophal, und wir haben ja in der letzten Zeit aus verschiedenen Feststellungen von Ärzten ersehen, daß, wenn der Staat als solcher nicht eingreift, das Siechtum der Bevölkerung, die Tuberkulose, überhaupt die Ausbreitung von ansteckenden Krankheiten wie Grippe und so weiter zunehmen werden. Wir sind staatlicherseits verpflichtet, dem sozialen Elend zu steuern, und dürfen nicht verkennen, daß bis jetzt meines Erachtens die ergriffenen Maßnahmen nicht rücksichtslos angewendet werden. Wir weisen darauf hin, daß zweifelsohne die Aufnahme

der Bautätigkeit durch den Staat erfolgen muß und daß außerdem eine Rationierung und eine Beschlagnahme von überflüssigen Wohnräumen notwendig ist. Wir wünschen ferner, daß Mittel durch Anleihen beschafft werden, weiter auch in der Form, daß man dazu übergeht, die besitzenden Kreise mehr heranzuziehen durch steuerliches Umlageverfahren oder durch die von mir angeregte Wohnungsluxussteuer. Ich glaube, die rechtssozialistische Fraktion hat schon beantragt, daß in Hamburg eine Wohnungsluxussteuer eingeführt werden soll. Kürzlich ist in Berlin eine ähnliche Steuer eingeführt worden, wo alle überflüssigen Räume versteuert werden müssen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß heute diese Zwangseinquartierung und die Möglichkeit des Loskaufens von dieser Zwangseinquartierung eine große Ungerechtigkeit ist. Jeder verfügbare Raum, der heute noch in den Villen und sonstigen Palästen vorhanden ist, muß seitens des Staates beschlagnahmt werden. Außerdem gibt es hier in Hamburg auch noch Räume, deren Inhaber das Recht haben, sich von der Zwangseinquartierung loszukaufen. Es ist überflüssig, daß in Harvestehude und Rotherbaum die gnädige Frau ein Extrazimmer braucht, daß das gnädige Fräulein neben dem Wohnzimmer noch ein Empfangszimmer zur Verfügung hat und daß der gnädige Herr neben seinem Zimmer noch über einen Rauchsalon verfügt. Alles das scheidet jetzt aus, genau wie im Kriege, wo man Villen und Wohnungen Lazaretten zur Verfügung gestellt hat. Man sollte seitens der besitzenden Klassen infolge der sozialen Not und des sozialen Elends dazu übergehen, denjenigen, die heute obdachlos sind und zusammengepfercht leben müssen, Räume zur Verfügung zu stellen. Man könnte beispielsweise noch anregen, daß die Kasernen und die militärischen Räume, die uns zur Verfügung stehen, dazu benutzt werden, um diese grenzenlose Wohnungsnot abzubauen /1/.

Im Senatsantrag steht, daß der Staat allein nicht in der Lage sei, momentan eine Behebung der Wohnungsnot herbeizuführen, und daß unter allen Umständen die private Bautätigkeit gefördert werden müsse. Es ist dann fernerhin in dem Antrage des Senats zum Ausdruck gebracht, daß nur die private Bautätigkeit einsetzen wird, wenn man den Bauunternehmern heute Geld zur Verfügung stellt, um Häuser zu bauen, wenn sie befreit sind von der Zwangseinquartierung und wenn sie freie Hand haben bei der Bemessung der Mieten bei diesen neu erbauten Häusern. Das heißt also, daß diejenigen Personen, die heute keine Wohnung haben und vom Bezirkswohnungskommissar auch keine erhalten können, gezwungen sind, wenn sie ihre Kinder nicht in ethischer und sittlicher Beziehung zugrunde gehen lassen wollen, zumal wenn diese Grundeigentümer auch noch das Recht haben, von Zwangseinquartierung befreit zu sein, die hohen Mieten zu zahlen . . . Wir bitten Sie, unserem Antrage Ihre Zustimmung zu geben, daß 50 Millionen für die Bauten des Staates bewilligt werden und 43 Millionen für die gemeinnützigen Bauvereine und im übrigen die ganze Angelegenheit nach unserer Anregung dem Ausschuß überwiesen wird.

V. Oeverdick

Erinnerung

Die erste Wohnung, die Ernst und Rosa nach dem Kriege hatten, lag in der Siemssenstraße. Sie wohnten parterre, wir ein Stockwerk höher. Ernst war in der Arbeitsvermittlung für Werft- und Metallarbeiter auf dem Heiligengeistfeld angestellt. An der Stelle, wo die Baracke lag, war früher eine Eisbahn gewesen, deswegen wurde die Vermittlungsstelle noch «Eisbahn» genannt. Später hat Ernst im Hafen auf der Abwrackwerft gearbeitet. Manchmal, wenn ich am frühen Morgen von irgendeinem Fest nach Hause kam, sah ich bei Ernst immer noch Licht. Er saß in der Küche und studierte. Auf meine Frage: «Wann slöppst du denn eigentlich?» antwortete er: «Ja, wat soll ich moken?» «Dann droffst du eben nicht mehr arbeit'n.» Er wehrte sich dagegen, Parteiangestellter zu werden. «Wenn ich arbeit, hew ich den besten Kontakt, sonst denken se, ich bin Bonze!» meinte er. Das hat er so lange getrieben, bis es wirklich nicht mehr ging.

Aus der Rede in der Hamburger Bürgerschaft am 30. März 1921

Der diesjährige Staatshaushaltsplan gibt ganz deutlich zu erkennen, in welch finanziell trostloser Lage sich der heutige Staat befindet. Im Jahre 1914 hatten wir 911 Millionen Mark Schulden, im Jahre 1918 waren es 1824 Millionen Mark Schulden, und jetzt, 1921, bei der jetzigen Abrechnung, haben wir 2 Milliarden 884 Millionen Mark Schulden. Daß natürlich diese Staatsschuld Hamburgs – hinzu kommt noch die Reichsschuld von ungefähr 350 Milliarden – nicht durch neue Steuern gedeckt werden kann, wird jeder verständige Politiker verstehen können. Wir haben schon verschiedentlich in der Bürgerschaft zum Ausdruck gebracht, daß die jetzige Reichssteuergesetzgebung, die von den Kommunen befolgt wird, weiter nichts bedeutet als eine fortgesetzte Belastung derjenigen Kreise der Bevölkerung, die die Mehrheit ausmachen. Wir haben bei den Auseinandersetzungen über Steuern gesehen, daß die Kommunen verpflichtet sind, mehr und mehr indirekte Steuern zu erheben. Gewerbesteuer, Lustbarkeitsteuer, Umsatzsteuer, Mietsteuer, Grundsteuer, alle diese Steuern bedeuten weiter nichts als eine endlose Versklavung des Proletariats.

Und bei dieser endlosen Versklavung des Proletariats, in der nur eine Partei es wagt, diesen bankrotten Staat so zu kennzeichnen, wie er wirklich vorhanden ist, in diesem Stadium ist es unsere Pflicht, das Proletariat aufzurufen, damit es nicht ganz und gar verelendet.

Die Steuergesetzgebung des heutigen kapitalistischen Staates und ihre Fortsetzung in der hamburgischen Kommune wird nichts weiter bedeuten, als daß die unbemittelte Bevölkerung und ein Teil des Kleingewerbetums rebellieren und erklären werden: Wir machen es nicht mehr mit, wir können es nicht ertragen, daß diese ungeheuren Schulden des Staates, die vom Krieg übernommen sind, vom Proletariat getragen werden. Herr Stolten hat gesagt, es hätte den Eindruck gemacht, als ob die Besitzenden sich gedrückt hätten. Ich habe nicht nur die Auffassung, daß dieser Eindruck vorhanden ist, sondern ich bin fest überzeugt, daß die besitzenden Klassen es außerordentlich gut verstehen, sich von der Steuer zu drücken. Ihre eigenen Genossen haben es bestätigt, daß die Besitzenden von A bis Z es verstanden haben, die Steuerdrückebergerei an den Tag zu legen. Als wir zu Beginn der Revolution mit Ihnen zusammen verlangten, daß die besitzenden Klassen die Gewinne, die sie während des Krieges aufgehäuft hatten, an den Staat abzuführen hätten, waren Sie derselben Auffassung. Seitdem aber Ihre Männer an der Re-

1 In der Quelle: abzusteuern.

Fahne der Organisation Hamburg-Hamborn der VKPD, 1921 (Avers)

gierung sind, haben Sie weiter nichts getan als Steuern auszuknobeln, die die besitzlosen Klassen zu tragen haben. Das Gesetz, betreffend den zehnprozentigen Lohnsteuerabzug, ist sofort in Kraft getreten, und wenn Sie sagen, daß auch ein Herr Senator diese Steuer zu bezahlen hat, so ist es doch ein großer Unterschied, ob ein Arbeiter, der in der Woche 200 Mark verdient, oder ein Senator, der ein jährliches Einkommen von 72000 Mark hat, diese Steuer bezahlen muß. Ihre Auffassung, Herr Bürgermeister, wird in weiten Kreisen nicht begriffen werden. . .

Wir sehen, daß nicht die Demokratie herrscht, sondern die nackte Gewalt! Hier herrscht nicht die Demokratie, sondern die Diktatur des Kapitalismus! Und wenn Sie nach außen [den Eindruck zu erwekken] versuchen und wollen den Massen vortäuschen, daß in Deutschland nicht die kapitalistische Diktatur, sondern die Demokratie herrscht, so behaupte ich, daß von einer formalen Demokratie noch nicht einmal die Rede sein kann. Herr Stolten ging sogar so weit, zu sagen, daß der Ausgleich der Interessen im Staate herbeigeführt werden solle. Das heißt also, daß nach seiner Auffassung Klassenunterschiede im heutigen Staat nicht mehr so scharf vorhanden sind. Das Gegenteil behaupte ich: Der Kampf der Klassen kann nicht brutaler zum Ausdruck kommen als in der jetzigen Periode, wo zum Beispiel bei den Lohnbewegungen, die in den verschiedenen Betrieben stattfinden, die Proletarier gezwungen sind, den Kampf gegen das Kapital aufzunehmen. . .

Der heutige Staat, wie ich vorhin schon gesagt habe, ist vollständig bankrott. In dieser Situation, genau wie wir dieses bereits vor einem Jahre zum Ausdruck gebracht haben, unsere Bewilligung oder unser Zugeständnis zum Staatshaushalt geben, das würde heißen, daß wir die heutige Staatsmacht unterstützen. Diesen Staat zu unterstützen und der Regierung in dieser Form unser Vertrauen zu geben, daß wir das Budget annehmen, das bedeutet, das Proletariat verraten und Verrat an unserem Programm. Diesen Staat bekämpfen wir so lange, bis er nicht mehr als Staat da ist. Wir machen daraus absolut kein Hehl. Wir haben keine Veranlassung, in dieser oder jener Beziehung gegen diese oder jene Person schonend vorzugehen, sondern wir sprechen es mit aller Deutlichkeit aus, daß der heutige Staat die Verbrechen auf sich geladen hat, unter denen das deutsche Volk eigentlich leidet. (Zuruf: «Der mit Gewalt gestürzt werden soll!») Selbstverständlich, weil auch Sie die brutalste Gewalt anwenden gegen das Proletariat.

Die ganzen Freisprechungen, zum Beispiel im Kessel-Prozeß, die Freisprechung der Mechterstädter Studenten, der Marloh-Prozeß und das Frei-Herumlaufen der Kapp-Verbrecher, sind ja der deutlichste Beweis dafür, daß wir nicht in einem Staat leben, wo die Demokratie herrscht, sondern in einem Staate, wo die Leute, die Kapitalisten sind, eine besondere Bevorzugung genießen, [wo die Kapp-Verbrecher] heute noch frei auf der Straße herumlaufen. Sie wagen es, gegen uns vorzugehen, aber Sie wagen es nicht, gegen diese Elemente vorzugehen, die schon seit Anfang der Revolution des Jahres 1918 den Kampf gegen uns gefordert haben.

Und wir werden in dieser Situation auch zum Ausdruck bringen, daß wir kämpfen werden als Kommunisten so lange, bis der heutige kapitalistische Staat am Boden liegt, bis der Sturz der Bourgeoisie vor sich geht. Wir werden kämpfen für die Befreiung der Menschheit aus den Fesseln der kapitalistischen Lohnarbeit, für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaftsordnung.

Kommunistischer Abgeordneter

Plakat der Organisation Hamburg der VKPD, 1921

Plakat der VKPD zur Wahl der Hamburger Bürgerschaft am 20. Februar 1921

Anträge der KPD in der Hamburger Bürgerschaft, 20. September 1922

37. Sitzung der Bürgerschaft.

Mittwoch, den 20. September 1922, abends 6 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Roß, zeitweilig Erster Vizepräsident Dr. Mantels.

Nr. 15:

Antrag von Thälmann und Genossen, betreffend den Bezug von Lebensmitteln für die unbemittelte Bevölkerung.

Der von Thälmann, Rühl, R. Hommes, Lindau, Urbahns, v. Borstel, Franke, Edith Hommes, Köppen, Levy, Setter, Ziegler gestellte Antrag lautet:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, für die unbemittelte Bevölkerung den Bezug von Lebensmitteln, Kartoffeln, Mehl, Kohlen, Milch, Zucker, Fleisch und Bekleidung planmäßig sicherzustellen.

Nr. 16:

Antrag von Thälmann und Genossen, betreffend Einrichtung öffentlicher Speise- und Wärmehallen.

Der von Thälmann, v. Borstel, Edith Hommes, R. Hommes, Urbahns, Lindau, Ziegler, Köppen, Franke, Setter, Levy, Rühl gestellte Antrag lautet:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, vom Oktober ab für das gesamte hamburgische Staatsgebiet öffentliche Speise- und Wärmehallen einzurichten.

Nr. 17:

Antrag von Thälmann und Genossen, betreffend Wiederaufnahme der Schulspeisungen und Abgabe von Kinderkleidungsstücken.

Der von Thälmann, R. Hommes, Rühl, Urbahns, v. Borstel, Levy, Köppen, Lindau, Edith Hommes, Franke, Setter gestellte Antrag lautet:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, für die sofortige Wiederaufnahme der Schulspeisungen und für die Beschaffung von warmen Kinderkleidungsstücken zur unentgeltlichen resp. verbilligten Abgabe an Minderbemittelte Sorge zu tragen.

Nr. 18:

Antrag von Thälmann und Genossen, betreffend Schließung sämtlicher Luxus- und Schlemmerlokale.

Der von Thälmann, Lindau, Edith Hommes, Levy, Ziegler, v. Borstel, Urbahns, Franke, Setter, Rühl gestellte Antrag lautet:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, sämtliche Luxus- und Schlemmerlokale sofort zu schließen.

(Am Senatstische die Herren Senator Hense, Senator Dr. Stubmann, Staatsrat Dr. Heidecker und Amtsgerichtspräsident Dr. Blunk.)

Wir treten in die Beratung der Punkte 14—18 ein. Das Wort hat Frau Rabel.

Paßbild aus dem Ausweis Ernst Thälmanns als Abgeordneter der Hamburger Bürgerschaft

Aus einer Flugschrift der VKPD zur Wahl der Hamburger Bürgerschaft am 20. Februar 1921

Wer ein Bekenntnis ablegen will:

Für die Einheitsfront des Proletariats
Für den Kampf gegen die Verelendung der arbeitenden Massen
Für die Forderungen des Offenen Briefes der VKPD.

der trete in die Reihen der Kämpfenden ein, der bezeuge das auch dadurch, daß er am Wahltage stimmt

für die Vertreter der Kommunisten in der Bürgerschaft

für die Liste Thälmann

Märzkämpfe

Reichswehr und Schutzpolizei bei der bewaffneten Provokation gegen die Arbeiter der Krughütte bei Eisleben, März 1921

IV. Jahrg. / Nr. 139 / Preis für Groß-Berlin 30 Pfg. Morgen-Ausgabe Donnerstag, den 24. März 1921

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion: Stadtschreiberstr. 34/35 / Sprechz.: 5–6 Uhr. Telefon: Amt Moritzplatz 13579

Erscheint zweimal täglich, Sonntags und Montags einmal.

Expedition und Inseratenannahme: Berlin SW 68, Stadtschreiberstraße 34/35 (Telefon: Moritzplatz 13579)

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Der weiße Schrecken ist da!

24 Tote, 31 Verletzte — Belagerungszustand über Hamburg — Das Leunawerk stillgelegt

Straßenkämpfe in Eisleben

Ernst Thälmann und Wilhelm Koenen (rechts neben Thälmann) an den Gräbern von Arbeitern, die in den Märzkämpfen 1921 gefallen waren

Meine erste Reise in die Sowjetunion – das gewaltigste Erlebnis für mich

Aus den Gefängnisaufzeichnungen

. . . und dann meine erste Reise als Hamburger Erwerbsloser 1921 in die Sowjetunion . . . Das gewaltigste Erlebnis für mich. Damals grenzenlose Hungersnot und trotzdem unbedingtes, felsenfestes Vertrauen zu ihrer Macht, der Sowjetmacht. Dann von 1921 bis 1932, wo ich häufiger dort war, diese ungeheure, gewaltige, mit Worten nicht zu beschreibende Umwälzung im Lande zugunsten der Arbeiter und Bauern.

Aus der Diskussionsrede auf dem III. Kongreß der KI am 2. Juli 1921

Es heißt, die Märzaktion /2/ ist ein Schritt vorwärts, ein aufgezwungener Kampf. Das heißt, daß die Kommunistische Partei, als ihr der Kampf aufgezwungen wurde, vor die Frage gestellt wurde, entweder mit Protesten demonstrativer Natur vorzugehen oder die in Mitteldeutschland kämpfenden Brüder zu unterstützen. Die Masse in Deutschland hätte es nicht verstanden, wenn man ihre mitteldeutschen Brüder hätte verbluten lassen. Auch am 17. März war es das Verlangen nicht nur der Zentrale, [sondern auch] die Einstellung einzelner Bezirke, daß die Partei endlich aus ihrer Demonstrationspolitik herauskomme.

Es war die revolutionäre Ungeduld der Massen, die ein Symptom des Zerfalls der Gesellschaft ist und die zeigt, daß die Masse kämpfen will. Man kann die deutschen Verhältnisse nicht so beurteilen, wie das Trotzki beim ersten Tagesordnungspunkt getan hat. Ich bin überzeugt, daß eine allgemeine Prosperität in Deutschland einen anderen Charakter annehmen würde. Wir werden hier nicht eine erhöhte Produktion haben, sondern nach den Verpflichtungen gegenüber der Entente werden wir eine Verminderung der Produktion, erhöhte Erwerbslosigkeit und Gärung in der Arbeiterschaft haben. Die deutsche Partei steht dann vor der schwierigen Aufgabe [einzuschätzen], ob die Sympathien der Mehrheit des Proletariats hinter ihr stehen. Wir haben uns in den Gewerkschaften und in allen sonstigen Institutionen darauf eingestellt, daß der Generalstreik den bewaffneten Aufstand bedeutet. Denn wenn die Partei zum Generalstreik auffordert, wird die Bourgeoisie alle Kräfte gegen das Proletariat ausspielen.

Wenn die Kommunistische Partei in der Märzaktion die Elite des kämpfenden revolutionären Proletariats im Stiche gelassen hätte, so hätte es bedeutet, daß man den revolutionären Flügel von der Kommunistischen Partei getrennt hätte. Das ist das Wichtigste, und das haben wir in der Situation erkannt . . .

Wir haben bereits auch in Hamburg in Mitgliederversammlungen über die großen Fehler, die organisatorischen Mängel, über die falsche theoretische Einstellung gesprochen, sie scharf kritisiert und zum Ausdruck gebracht, was wir für die Zukunft aus diesem Kampf gelernt haben. Deswegen ist dieser Kampf nicht eine Niederlage für die Partei gewesen, wohl eine für das Proletariat, aber für die Partei war es ein Sieg nach der Richtung hin, daß sie von den Massen gestärkt aus diesem Kampf hervorgegangen ist. Das Proletariat hatte selbst im März und Februar gesagt, daß wir immer zu Demonstrationen und dergleichen übergingen und dem Kampf auswichen, wenn es sich um große Lohnbewegungen, um Kämpfe handle. Wir stehen in Deutschland auf dem Standpunkt, daß die Partei sich bei den inneren Kämpfen und bei der Zuspitzung der auswärtigen Lage auf der Linie der Beschlüsse des II. Internationalen Kongresses entwickeln muß. Die Märzaktion hat uns in dieser Beziehung recht gegeben . . .

Ich bin so diszipliniert, so zentralistisch; dazu habe ich mich durchgerungen. Ich bin so zentralistisch, daß ich die Beschlüsse befolge.

Gustav Gundelach
Erinnerung

Groß war das Vertrauen, das Ernst Thälmann zum Aufbau des Sozialismus in Sowjetrußland hatte. Durch seine Delegierung zum III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale im Juni/Juli 1921 konnte er das erste Mal dieses große Land besuchen, in dem die Arbeiter und Bauern die Macht erobert hatten. Nach seiner Rückkehr sprach Ernst Thälmann auf einer imposanten Großkundgebung in Sagebiels Sälen in Hamburg über die politische Lage. Ungefähr 5000 Personen waren anwesend. Er beschrieb unter anderem die ungeheuren Schwierigkeiten, die nach jahrelangem Krieg und Bürgerkrieg beim wirtschaftlichen Aufbau in Sowjetrußland zu überwinden waren. In seiner Rede führte er viele Beispiele an, wie die russischen Klassenbrüder unter primitivsten Bedingungen die zerstörte Wirtschaft wieder in Gang bringen mußten. Und dennoch, so sagte Ernst Thälmann, werden die russischen Arbeiter und Bauern alle diese Schwierigkeiten bewältigen und den Sozialismus errichten. Diese Zuversicht in die Kraft der ersten Arbeiter-und-Bauern-Macht brachte Thälmann in einer Zeit zum Ausdruck, als die antibolschewistische Propaganda wahre Orgien feierte und die Gegner der jungen Sowjetrepublik täglich ihren Zusammenbruch prophezeiten.

Aus der Diskussionsrede auf dem 7. Parteitag der KPD in Jena am 23. August 1921

Dieser Parteitag der deutschen Kommunistischen Partei ist der erste Parteitag, der vor der ganzen Welt Stellung nimmt zu den Beschlüssen des Dritten Weltkongresses. Es ist deswegen notwendig, daß wir innerhalb der verschiedenen Strömungen, die hier zum Ausdruck gekommen sind, eine einheitliche klare Linie zum Ausdruck bringen durch eine Resolution, wie die deutsche Kommunistische Partei die Beschlüsse des Dritten Weltkongresses aufnimmt . . .

Ich habe schon in Moskau zum Ausdruck gebracht, daß man als revolutionärer Kämpfer verpflichtet ist, selbst dann, wenn theoretische Fehler in der Einstellung gemacht worden sind, wenn die Organisation in ihrem ganzen Apparat nicht so war, wie sie sein sollte, wenn es zum Kampfe kommt . . ., mitzukämpfen und sich der Parteidisziplin unterzuordnen. Und diejenigen Genossen, die heute kommen und

2 Gemeint sind bewaffnete Auseinandersetzungen im März 1921, die von der Reaktion durch die polizeiliche Besetzung des mitteldeutschen Industriereviers provoziert worden waren. Die Provokation wurde dadurch erleichtert, daß sich in der Führung der KPD Kräfte durchsetzten, die nicht nur zur Verteidigung der mitteldeutschen Arbeiter aufriefen, sondern auf unmittelbare Offensivkämpfe der revolutionären Vorhut orientierten, ohne das reale Kräfteverhältnis zu berücksichtigen.

sagen: Wegen der falschen Einstellung, wegen der Fehler konnten wir nicht mitmachen –, die haben sich der Disziplin einer kommunistischen Partei im Kampfe nicht unterworfen. Wir hatten die erste Feuerprobe zu bestehen, wobei sich erwies, daß die Partei innere Schwächen hatte. Sie hatte Schwächen in organisatorischer Hinsicht, und daß Personen in der Kommunistischen Partei waren, die in den Kampfsituationen sich nicht als revolutionäre Kämpfer zeigten, ferner, daß sehr viele Bezirksleitungen nicht so eingestellt waren, um die Parole der Kommunistischen Partei: «Generalstreik» zu unterstützen. Wenn man schon alle Fehler der Märzaktion kritisiert, dann heißt es auch, als Kommunist deutlich zum Ausdruck zu bringen, daß wir aus den Erfahrungen der Kämpfe der Märzaktion so viele Lehren gezogen haben, daß sie für uns große Erfolge sind. Wenn es eine Niederlage des Proletariats gewesen ist, so sage ich, es ist insofern ein Sieg für die deutsche Kommunistische Partei, daß wir innerhalb der Partei gesehen haben, welche ungeheuren, unbedingt zu beseitigenden Schwächen wir haben . . .

Unsere Aufgabe ist es, jetzt die Lehren aus den Beschlüssen des Dritten Kongresses zu ziehen, daß wir nicht soviel theoretisieren, sondern daß es heißt, daß wir Fühlung mit allen mit uns sympathisierenden und auch mit rechts von uns stehenden Massen bekommen müssen. Wir werden die Fühlung mit den Massen bekommen nicht nur in der Einstellung der Propaganda und Agitation, sondern wenn wir bei all diesen wirtschaftlichen Kämpfen als deutsche Kommunistische Partei zeigen, daß wir als Vorhut des Proletariats voranmarschieren, die jeden Kampf unterstützt und die, wenn in verschiedenen Wirtschaftsgebieten sich irgendwelche wirtschaftlichen Kämpfe zuspitzen sollten, auch gewillt ist, diese Kämpfe zu steigern, wenn es möglich ist bis zum endgültigen Kampf um die politische Macht.

Aus dem Referat auf der 1. Parteikonferenz der KPD in Berlin am 31. Oktober 1925

Genossen, was war der III. Weltkongreß für die Entwicklung der Komintern und für die Revolutionierung des Weltproletariats im allgemeinen? Der I. Weltkongreß legte das Fundament, der II. Weltkongreß schuf die 21 Bedingungen – eine Abgrenzung gegenüber dem reformistischen Teil, um zugleich den revolutionären Teil des Weltproletariats in die sich entwickelnde Kommunistische Internationale hineinzubringen. Der III. Weltkongreß, auf dem Genosse Lenin ein Meisterwerk theoretischer und praktischer Natur vollbrachte, war der Kongreß, der die taktischen Methoden für die Zukunft festlegte. Nach den stürmischen Perioden jener Entwicklung – der siegreichen Oktoberrevolution des Jahres 1917 in Rußland, dem Soldatenaufstand in Deutschland im Jahre 1918, den Kämpfen, die in Österreich und anderen Teilen der Welt gewesen sind – sehen wir, daß auf dem III. Weltkongreß einflußreiche Gruppen sowohl der deutschen wie der italienischen und der ungarischen Partei noch nicht verstanden, daß der Kurs der schnellen revolutionären Entwicklung abgelöst wird durch ein verlangsamtes Tempo der revolutionären Entwicklung im allgemeinen. Lenin war es, der richtig die gesamte Entwicklung analysierte. Er war zugleich derjenige, der zugab: «Auf diesem Kongreß stand ich auf dem äußersten rechten Flügel» – aber nicht, weil er Opportunist war; Genosse Lenin gab faktisch die Grundlage für die Arbeit, die Entwicklung der Parteien in den nächsten Jahren. Und jene Losung, die der III. Kongreß ausgab: Heran an die Massen!, war die Losung, die den Maßstab, die Grundlage bildete für die Einheitsfronttaktik, die auf der nächsten Erweiterten Exekutive akzeptiert worden ist.

Eine weitere Aufgabe löste Lenin auf dem III. Weltkongreß: Er setzte die Erkenntnis durch, daß, wenn wir die Revolution in den kapitalistischen Staaten siegreich durchführen wollen, wir die Partei konzentrieren müssen auf die Verankerung in den Arbeitermassen, nicht nur politisch, sondern auch organisatorisch.

Zur Überwindung der sozialdemokratischen Tradition [in der Organisationsfrage], die in verschiedenen Sektionen der Komintern noch vorhanden war, forderte Lenin, daß die Organisationsbasis der Parteien im Betriebe liegen müsse, forderte er die Umstellung der Partei[organisation] auf Betriebszellen.

Diese beiden Beschlüsse waren die wichtigsten der Komintern. Der IV. und V. Weltkongreß brachten nur noch eine nähere Konkretisierung dieser Beschlüsse.

Genossen! Diejenigen Genossen, die es wagen, diese Beschlüsse anzutasten, sie irgendwie nach dieser oder jener Richtung hin anders auszulegen, als sie in Wirklichkeit gefaßt worden sind, begehen einen großen Fehler, der für die Entwicklung der deutschen Partei, theoretisch, politisch und praktisch betrachtet, eine ernste Gefahr bilden kann.

Aus dem Referat auf der Konferenz der Bezirkssekretäre und Redakteure der KPD in Berlin am 16. April 1926

Lenin war es, der im Jahre 1921 die Perspektive der relativen Stabilisierung [des Kapitalismus] aufstellte und heftigen Widerspruch bei Genossen erweckte, die aus dem unmittelbaren Feuer des revolutionären Kampfes kamen und die Elemente der weiteren Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft nicht klar erkannten . . . Aber Genossen! Gerade wir, die damals in Opposition standen, müssen heute feststellen: Wenn Lenin das Steuer nicht herumgerissen hätte, wenn die Kommunistische Internationale nicht gehandelt hätte nach einer wirklich revolutionären marxistischen Analyse der Lage, wäre die Kommunistische Internationale von den Massen im weitesten Maße getrennt worden. Die Losung: Heran an die Massen!, die Einheitsfronttaktik war der konkrete Ausdruck der veränderten Lage, der Tatsache, daß die Kommunistische Internationale zwischen zwei Wellen der Revolution ihre Aufgabe der Organisierung der Revolution zu erfüllen hat.

Nach Moskau

Erste Seite und Foto aus dem ersten Auslandspaß Ernst Thälmanns, 1921

Thälmann
Ernst Johann
Fritz
geboren am 16/4 1886
in Hamburg

Paßregister
der Abteilung I der Polizeibehörde Hamburg.

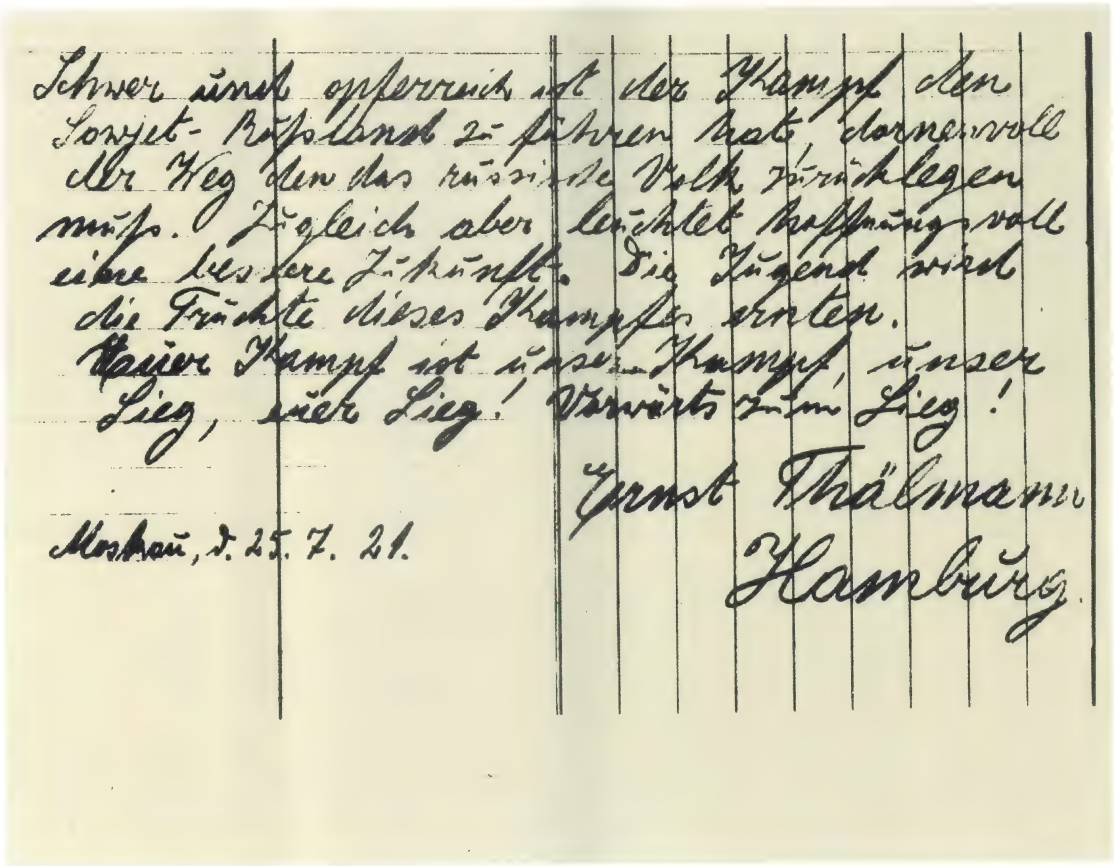
Jahrg.	Nr.	Jahrg.	Nr.
1921	11525		
1921	14936		
[illegible]			
1924	12425		

Vordr. 888 / I. F. 33.

11/6 21. A 33244.

Anhalte zu P. Nr. 1058/24 II Z 52.3.
u. 838/24 II Z 52.3.

Eintragung Ernst Thälmanns in das
Gästebuch des Wohnheims der KI



Schwer und opferreich ist der Kampf den Sowjet-Russland zu führen hat, dornenvoll der Weg den das russische Volk zurücklegen muß. Zugleich aber leuchtet hoffnungsvoll eine bessere Zukunft. Die Jugend wird die Früchte dieses Kampfes ernten.
Unser Kampf ist unser Kampf, unser Sieg, euer Sieg! Vorwärts zum Sieg!

Ernst Thälmann
Hamburg.

Moskau, d. 25. 7. 21.

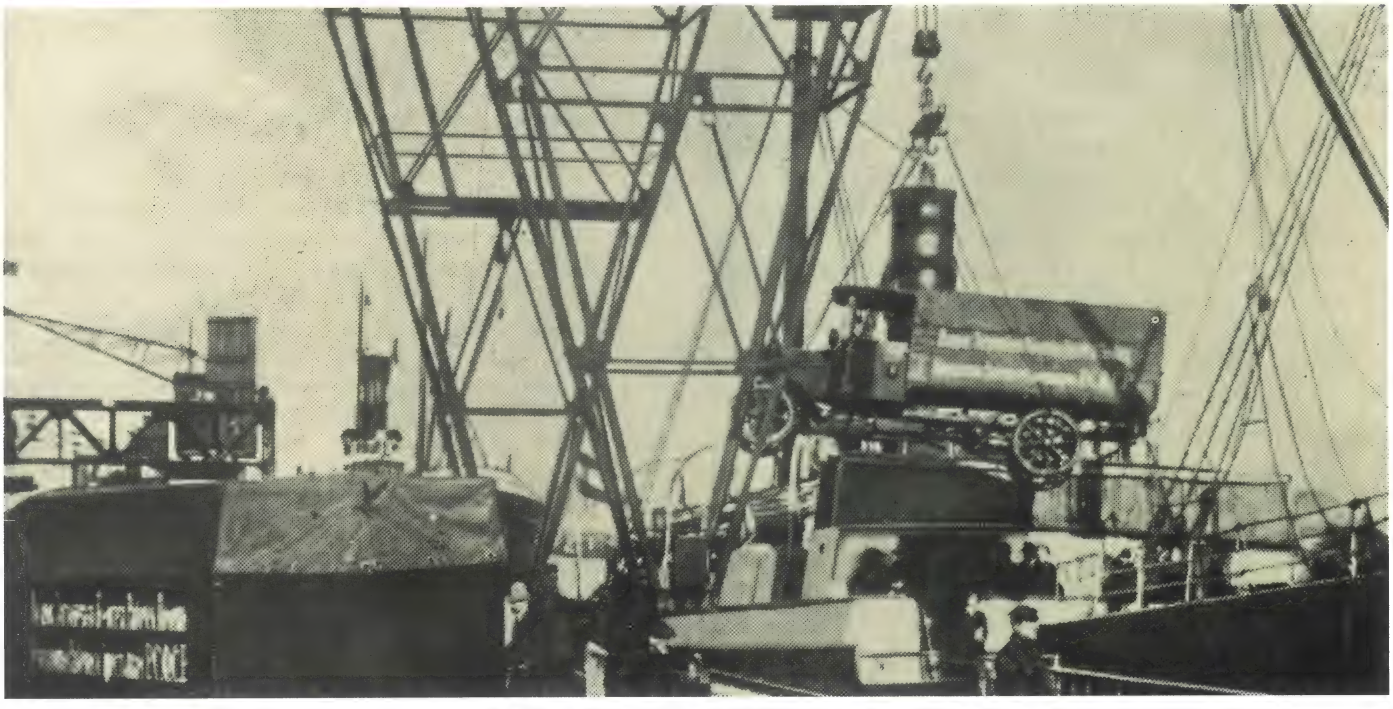
III. Kongreß der KI

Ernst Thälmann (links) unter den Delegierten des III. Kongresses der KI in Moskau, Juni/Juli 1921

Wladimir Iljitsch Lenin während des III. Kongresses der KI

Wladimir Iljitsch Lenin spricht auf dem III. Kongreß der KI. Am rechten Tisch (3. von vorn) Ernst Thälmann

Umschlagseite des theoretischen Organs der KI, 1921



Spenden westeuropäischer Arbeiter für Sowjetrußland werden in Stettin verladen, 1922

Wir kämpfen für die Befreiung der Menschheit aus den Fesseln der kapitalistischen Lohnarbeit

Einheitsfrontinitiativen der von Ernst Thälmann geleiteten Hamburger Ortsgruppe der KPD 1921/1922

19. Jan. 1921: *Die Ortsgruppe unterbreitet dem Ortsausschuß des ADGB das Angebot, die Forderungen der freien Gewerkschaften zur Verbesserung der Lage der Arbeiter zu unterstützen.*

21./22. Febr. 1921: *Die Ortsgruppe erklärt sich bereit, einen Senat aus Vertretern der SPD und der USPD zu unterstützen, wenn dieser demokratische Mindestforderungen erfüllt.*

Mitte Aug. 1921: *Die Bürgerschaftsfraktion der KPD unterbreitet den Fraktionen der SPD und USPD den Vorschlag, mit Vertretern der freien Gewerkschaften ein gemeinsames Hilfskomitee zur Organisierung der Solidarität mit den von Hungersnot betroffenen sowjetischen Arbeitern und Bauern zu bilden.*

18. Aug. 1921: *Die Ortsgruppe schlägt den Hamburger Leitungen der anderen Arbeiterparteien und -organisationen vor, über gemeinsame Kampfaktionen gegen Wucher und Teuerung und für Erhöhung der Löhne zu beraten.*

27./28. Aug. 1921: *Die Ortsgruppe wendet sich an den Vorstand der Hamburger SPD mit dem Vorschlag, anläßlich der Ermordung des Zentrumspolitikers Matthias Erzberger eine gemeinsame Demonstration gegen die Reaktion durchzuführen.*

2. Juni 1922: *Der Ortsvorstand der KPD beschließt ein Schreiben an die Leitungen der SPD, der USPD und des ADGB, in dem er sich bereit erklärt, mit jeder Organisation zusammen zu kämpfen, die gewillt ist, dem Treiben der Reaktion entgegenzutreten.*

12. Juni 1922: *Der Ortsvorstand der KPD tritt in einem Schreiben an die Ortsleitung des ADGB für die Bildung einer geschlossenen Kampffront zur Abwehr der Offensive der Reaktion ein.*

25./26. Juni 1922: *Anläßlich der Ermordung Walther Rathenaus schlägt die Ortsgruppe der KPD der SPD, USPD und dem ADGB gemeinsame Demonstrationen gegen die Konterrevolution vor.*

Die KPD beteiligt sich am 26. Juni an einer Protestdemonstration der SPD, USPD und der freien Gewerkschaften auf dem Heiligengeistfeld.

Anf. Juli 1922: *Nachdem alle vorhergehenden Vorschläge der Ortsgruppe der KPD zu gemeinsamen Aktionen abgelehnt worden sind, kommt es nun auch in Hamburg zu einer Vereinbarung zwischen den Arbeiterparteien und den freien Gewerkschaften über gemeinsame Kundgebungen zum Schutz der Republik am 4. Juli 1922.*

Aus der Rede in der Hamburger Bürgerschaft am 7. Juli 1922

Meine Damen und Herren! Meine Fraktion ist überzeugt, daß die Verordnung des Reichspräsidenten [zum Schutz der Republik] im Ernst nicht so durchgeführt wird, wie die gesamte Arbeiterschaft es verlangt. Wir sehen bereits, daß Bayern durch seine separatistische Einstellung dagegen Protest eingelegt hat, unter starker Mitwirkung der bayerischen Militärpartei und der Bayerischen Volkspartei, so daß man bereits einen scharfen Kontrast sieht von dem monarchistischen Bayern als Bundesstaat zum Reich selbst. Und dabei werfe ich die Frage auf: Wie es möglich sein kann, daß Vertreter des hamburgischen Staats, die in dem Reichsrat als Vertreter sind, bei verschiedenen Fragen mit den Bayern zusammen, als ein Schutzwall gegen die Republik, gestimmt haben? Ob es Herr Strandes oder Herr Dr. Diestel oder gar Herr Stolten gewesen ist, kann ich in diesem Augenblick nicht untersuchen. Jedenfalls steht es fest, das zweimal die Vertreter des hamburgischen Staats mit Bayern gegen Gesetzesbestimmungen, die zum Schutze der Republik zur Beratung standen, gestimmt haben.

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß uns die Maßnahmen, die die Regierung jetzt ergreift, nicht genügen, und wir glauben, daß die Forderungen, die von der gesamten deutschen Arbeiterschaft, auch der Hamburger Arbeiterschaft, aufgestellt sind, in der Tat nicht so durchgeführt werden, wie es in den Worten der einzelnen Volksvertreter der politischen Arbeiterparteien, ganz besonders aber der SPD, zum Ausdruck gebracht [worden] ist. Aber die Parteien der Rechten können sich dieses Mal beruhigen darüber, daß die Arbeiterschaft etwas mehr drängt mit der Durchführung ihrer Forderungen, als das in den Erzberger-Tagen der Fall gewesen ist. Ich bin der Überzeugung, daß die letzten Demonstrationen in ganz Deutschland, die Hunderttausende von Arbeitern auf die Straße gebracht haben, noch nicht vergessen sind; das im Steigen sich zeigende aktive Verhalten der deutschen Arbeiterschaft wird es möglich machen, daß Sie (zur Rechten) eines guten Tages, wenn Sie Ihre Pläne nicht aufgeben, sondern fortsetzen, mit aller Energie niedergekämpft werden durch die geschlossene Front der Arbeiterschaft, die dann über die bisher getroffenen gelinden Maßnahmen hinausgehen wird . . .

Heute, in den wenigen Tagen nach Rathenaus Tode, sieht die Arbeiterschaft noch nicht den Erfolg oder die Maßnahmen, die man seitens der Regierung unbedingt durchführen müßte, wie sie die gesamte Arbeiterschaft wünscht. Und wenn zum Beispiel die Deutschnationalen im Reichstag in einer ganz frechen Form durch ihre Redner versucht haben, sich brüsk hinzustellen als die Unschuldigen, und von der Tribüne des Reichsparlaments herab zum Ausdruck bringen, daß sie in keiner Beziehung in Verbindung stehen mit den Mordtaten, trotzdem überall durch amtliche Stellen die Beweise erbracht sind, so sage ich, ist endlich die Zeit und die Stunde gekommen, wo die Arbeiterschaft sich aufraffen muß, gegen sie vorzugehen, wie es notwendig ist. Es kann nicht angehen, daß das Ziel der Mordtaten weiter verfolgt, daß die Kette der Mordtaten fortgesetzt wird. Das, was sich im Jahre 1919 gezeigt hat nach den verschiedenen Kämpfen, ferner in den Kapp-Tagen 1920 und auch nach der Märzaktion, alles das, was sich gezeigt hat von den Rechtsorganisationen, die – wie auch die Attentate – in Verbindung mit der wirtschaftlichen und politischen Offensive von ihrer Seite aus inszeniert und von ihren Geldgebern – ganz besonders von den Großindustriellen, wie jetzt festgestellt wurde – unterstützt werden, muß dazu führen, daß eines guten Tages die Stunde kommt – und die ist heute gekommen –, wo man mit dieser Mordgesellschaft endlich aufräumt.

Die Arbeiterschaft wird sich das nicht mehr bieten lassen, und wenn Sie glauben, durch irgendwelche provokatorischen Maßnahmen, die sich zeigen, den Verwirrungsprozeß in der Arbeiterschaft beschleunigen zu können, so werden Sie sich darin irren. Man sieht bereits, daß sich in der Arbeiterschaft eine sich formierende Einheitsfront zeigt, und selbst wenn uns auch die heutige demokratische

Staatsform nicht genügt, weil wir unter einer demokratischen Staatsform vom Standpunkte der Arbeiterschaft etwas ganz anderes verstehen, als es heute der Fall ist, so sind wir doch verpflichtet und gezwungen, wenn die Reaktion im Kampfe gegen die Arbeiterschaft diese uns nicht genügende Staatsform beseitigen will, mit der gesamten Arbeiterschaft den Kampf gegen die Reaktion aufzunehmen.

Wir glauben bestimmt, daß, wenn jetzt endlich einmal Ernst gemacht wird mit den Maßnahmen gegen die Reaktion und gegen diejenigen Personen, die mit den Mordbanditen in Verbindung stehen, wir über den Rahmen dieser demokratischen Staatsform hinaus Erfolge in wirtschaftlicher und politischer Beziehung erzielen werden. Und ich sage zum Schluß: Wenn die Arbeiterschaft den Parolen jetzt Folge leistet, endlich mit den Mordbanditen, endlich mit den Personen, die an den Morden beteiligt sind, endlich mit den Personen von der Deutschnationalen Partei, die die Mordbanditen stützen, aufzuräumen, dann wird das für die Arbeiterschaft die gewünschten Erfolge zeitigen. Wenn Sie den Kampf, den die Arbeiterschaft wirtschaftlich und politisch zu führen hat, inhibieren wollen, wenn Sie durch Ihren Geldbeutel und durch Ihre Verbindungen die Arbeiterschaft daran hindern werden, ihr Ziel zu erreichen, dann wird für die Folge, ich darf das von dieser Tribüne wohl sagen, der Kampf nicht mehr mit Worten geführt werden, sondern die Arbeiterschaft wird zur Tat schreiten müssen, und wenn sie Widerstand findet, dann wird der Druck der Massen so stark sein, daß er den Widerstand bricht und über diesen Widerstand hinaus sich das Recht erkämpfen wird.

Aus der Diskussionsrede auf dem 11. Verbandstag des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes in Berlin am 5. September 1922

An verschiedenen Beispielen will ich zeigen, daß der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft zuerst ausging vom Unternehmertum, das nach der Revolution die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit überbrückt sehen wollte. Es war die Fortsetzung der Burgfriedenspolitik des Krieges. Der Achtstundentag ist nicht auf das Konto der Arbeitsgemeinschaften zu setzen. Die Erkämpfung des Achtstundentages hat sich vollzogen in jenen Revolutionstagen, als die Arbeiterschaft ihre Vertreter dazu zwang, die Forderung des Achtstundentages praktisch durchzusetzen. Die Arbeitsgemeinschaft hat gegen die Teuerung nicht das getan und geleistet, was notwendig wäre . . . Wir müssen das psychologische Moment im Proletariat berücksichtigen, und das wendet sich gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik. Darauf sollte man mehr Rücksicht nehmen als auf die psychologische Einstellung der Kapitalisten. Die Vertreter der Kapitalisten in den Arbeitsgemeinschaften werden natürlich versuchen, ihre Klasse so scharf wie möglich zu vertreten. Selbst die schärfsten Vertreter der Großindustrie haben sich energisch für die Arbeitsgemeinschaften eingesetzt. Ich erinnere an Stinnes, an Dr. Vögler, Dr. Sorge usw. Alle diese Leute haben ausgesprochen, daß diese Vernunftehe zwischen Kapitalismus und Arbeit für das Unternehmertum sehr günstig sei. Aus diesen Gründen dürfte sich der Verbandstag nicht auf den Boden stellen, den Kollege Schumann eingenommen hat. Der Gewerkschaftskongreß hat in seiner Mehrheit, soweit die Delegierten in Betracht kamen, die Arbeitsgemeinschaftspolitik grundsätzlich abgelehnt. Und der ADGB muß doch auch für uns ausschlaggebend sein. Bei der Zusammensetzung dieses Verbandstages ist es vielleicht begreiflich, wenn Schumann eine Brücke suchen will, die auch die prinzipiellen Gegner der Arbeitsgemeinschaft betreten sollen. Es ist doch ein Unding, daß man als grundsätzlicher Gegner diese Politik aus Zweckmäßigkeitsgründen unterstützen kann. Ich bitte um Annahme unserer Resolution:

Seit Ausbruch der Revolution versucht die kapitalistische Gesellschaft durch straffen Zusammenschluß ihrer Kräfte und deren rücksichtslose Einsetzung im wirtschaftlichen und politischen Kampf die Arbeiterschaft zu willenlosen Ausbeutungsobjekten herabzudrükken. Die Klassengegensätze und Klassenkämpfe durch Arbeitsgemeinschaften zwischen Kapital und Arbeit zu überbrücken ist ein Versuch, der in der Praxis nur Verwirrung in die Reihen der Arbeiterschaft trägt und den erforderlichen Klassenkampf unterbinden muß. Das Zusammenwirken zwischen Arbeitervertretern und Kapitalisten auf dem Boden der rein äußerlich vorhandenen Parität und der nur scheinbaren Gleichberechtigung in den Arbeitsgemeinschaften liegt besonders in der jetzigen Periode, wo durch jede Reparationskrise die Klassengegensätze sich aufs schärfste zuspitzen, nicht im Interesse unserer Organisation und somit der gesamten Transportarbeiterschaft. Deswegen lehnt der 11. Verbandstag des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes jede Beteiligung an den Arbeitsgemeinschaften grundsätzlich ab.

Thälmann, Erdmann, Wolf, Unrein, Walter, Mahron usw.

Aus der Rede in der Hamburger Bürgerschaft am 20. Dezember 1922

Wir wissen, daß der Kampf um die politische Macht nicht ein Kampf ist, der sich vielleicht von heute auf morgen abspielt, sondern daß der Kampf sich aller Voraussicht nach etappenweise steigern wird. Die kommunistische Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß in allen Fragen dieses Kampfes und bei sonstigen Dingen, wo es sich um die Interessenvertretung des Proletariats handelt, wir auch kleine Erfolge zu erringen versuchen müssen, weil wir sehen, daß große Erfolge, wie die Eroberung der Macht, nicht auf einen Hieb durchzuführen sind. In diesem Zusammenhange ist es notwendig, daß eine Instanz da ist, die durchführt, was die Arbeiterschaft fordert und verlangt, und nur eine sich auf die Massen stützende und im Kampfe des Proletariats sich bildende Arbeiterregierung ist dazu in der Lage. Diese Arbeiterregierung, die in ständiger Verbindung mit den Massen des Proletariats ist, wird durchsetzen können, was im Interesse des Proletariats liegt. Sie ist ein Kampfinstrument und wird die Forderungen durchsetzen, die zur Besserung der Lebenshaltung und der politischen Stellung des Proletariats beitragen.

Aus der Rede in Hamburg am 16. Januar 1923

Die Situation ist ähnlich der um 1914 herum. Wieder sind es die Kapitalistengruppen, die sich um die Beute schlagen. Schlag auf Schlag versetzen sie dem Proletariat. Die ganze Last der Reparationen und Sanktionen soll die Arbeiterklasse tragen. Auch die französische Arbeiterklasse verfällt der erhöhten Ausbeutung. Sieger wurden die französischen Unternehmer, die jetzt mit den Ausbeutern der ganzen Welt um den weiteren Bestand ihrer Produktionszweige ringen.

Die Arbeiter aber hungern, frieren, bezahlen, oder sie lassen sich

aufs Pflaster werfen zu Ehren Stinnes und Lubersacs. Die sozialdemokratischen Führer wollen nicht, daß die Arbeiter um ihr Recht auf Leben gegen die Unternehmerklasse kämpfen. Nein, sie wollen, daß die Arbeiter mit den Unternehmern «Deutschland, Deutschland über alles» singen, daß die Arbeiter sich weiter als geduldige Ausbeutungsobjekte für die kapitalistische Profitgier gebrauchen lassen.

Was ist demgegenüber zu tun? – Die deutsche Arbeiterschaft muß sich die Regierung erkämpfen, die die Spitze gegen die Unternehmer richtet, und das ist die Arbeiterregierung. Die Losung der deutschen Arbeiterklasse, die ebenso heldenmütig wie die französische in den Kampf gegen den Versailler Schandvertrag eintreten muß, kann nur sein: Fort mit der Cuno-Regierung und her mit der Arbeiterregierung!

Wenn dies aber erreicht werden soll, dann muß gegenüber der nationalistischen die proletarische Einheitsfront im Kampfe errichtet werden. Die sozialdemokratischen Führer sagen dem deutschen Arbeiter in dieser Zeit, daß er nichts tun soll. Das verpflichtet aber die Arbeiterschaft zu verdoppelter Wachsamkeit und Regsamkeit. Die Kräfte müssen in dieser Zeit verdoppelt und verdreifacht werden, um den Widerstand gegen die erhöhte Ausbeutung durch die deutschen und französischen Unternehmer zu steigern.

Fester denn je müssen sich die Arbeiter um die Betriebsräte, um die Kontrollausschüsse scharen und deren Maßnahmen unterstützen. Die Arbeiterforderungen sind: Nieder mit dem imperialistischen Raubgesindel! Nieder mit der deutschen Cuno-Regierung! Für die Erweiterung der Arbeiterrechte! Für die deutsche Arbeiterregierung!

Aus der Diskussionsrede auf dem 8. Parteitag der KPD in Leipzig am 30. Januar 1923

Auf dem Wege der proletarischen Einheitsfront kann die Arbeiterregierung ein Mittel zur Macht werden, sie kann ein Etappenziel sein, aber der Arbeiterschaft muß klargemacht werden, welche Vorbedingungen notwendig sind, um in die Arbeiterregierung einzutreten. Der Eintritt in die Arbeiterregierung bedeutet für mich, daß zum mindesten ein Ansatz vorhanden sein muß, von dem aus die Macht der Bourgeoisie zertrümmert werden kann, daß in der Arbeiterregierung eine Vorstufe der proletarischen Diktatur vorhanden sein muß, daß Teile des Proletariats in der Lage sein müssen, diese Arbeiterregierung zu schützen und zu stützen. Wer sich einbildet, daß eine Arbeiterregierung vielleicht auf legalem Wege geschützt wird, wenn das Proletariat nicht kämpft, der wird erleben, daß bei der ersten besten Gelegenheit die Bourgeoisie diese auf den Ministersesseln sitzenden Arbeiter zum Teufel jagen wird. Eine Arbeiterregierung besitzt nur dann Lebensfähigkeit, wenn innerhalb des betreffenden Staates die Arbeiterschaft schon so stark ist, daß sie der Diktatur der Bourgeoisie ihre eigene Diktatur gegenüberstellen kann.

Ich will zur sächsischen Frage ganz positiv zum Ausdruck bringen, daß die KPD in der jetzigen Situation natürlich nicht Gewehr bei Fuß zu stehen hat, sondern wir müssen der Arbeiterschaft zeigen, was die KPD und das Proletariat zu tun haben. In den von uns an die SPD zu stellenden Bedingungen müssen wir in erster Linie von der SPD verlangen, daß sie die freigewerkschaftlichen Arbeiter bewaffnet als Schutztruppe für die Regierung und gegen die Bourgeoisie. Wenn die Arbeiterschaft einen solchen Stützpunkt nicht hat, was werden dann, wenn die KPD innerhalb kurzer Zeit gezwungen ist, wieder aus dieser Regierung auszutreten, die Arbeiter über die KPD denken? Wird dann nicht ein großer Rückschlag, auch gegen uns, eintreten?

Genosse Brandler hat hier eine Resolution vorgelesen, die im Jahre 1905 von der russischen Sozialdemokratie angenommen worden ist. Die Verhältnisse von 1905 und die Verhältnisse von heute sind ganz verschieden, und vor allen Dingen weiß Genosse Brandler, daß im Jahre 1917, als die Kerenski-Regierung bestand, die Bolschewiki in der Übergangsperiode im Kampfe um die proletarische Diktatur [nicht] dazu übergingen, die Parole auszugeben, in die Regierung einzutreten, weil die damalige Regierung nur eine Scheinmacht war, die wirkliche Macht in den Händen der Sowjets lag. Das ist die Tatsache, die wir niemals verkennen dürfen. Wir haben alle Veranlassung, wenn wir über die Parole der Arbeiterregierung sprechen, zum Ausdruck zu bringen, daß in erster Linie die Vorbedingungen dafür geschaffen werden müssen, und wenn wir keine Vorbedingungen für die Arbeiterregierung schaffen, sollten wir den Weg nicht marschieren.

Diskussionsrede in der Betriebsrätevollversammlung in Hamburg am 9. März 1923

Die Forderungen des Fünfzehner-Ausschusses der Betriebsräte liegen in der Linie des proletarischen Abwehrkampfes und haben unsere vollste Unterstützung. Wir befinden uns in einer äußerst gespannten Situation. Jetzt heißt es, alle Kräfte anzuspannen, wenn wir den vor uns stehenden Aufgaben gewachsen sein wollen. Das Elend nimmt täglich zu. In Altona hat ein Sipomann einen Mann verhaftet, welcher auf der Straße Ascheimer durchsuchte. In seiner Wohnung wurde festgestellt, daß die Kinder Kartoffelschalen aßen, um ihren Hunger zu stillen.

Die Kommunistische Partei Frankreichs hat offen den Kampf gegen den Militarismus aufgenommen. Dafür greift Poincaré zu den schärfsten Unterdrückungsmaßnahmen. Die Führer unserer [Bruder-]Partei in Frankreich sitzen hinter Kerkermauern. Trotzdem führt die Partei den Kampf weiter. Die deutsche revolutionäre Arbeiterschaft ist vorläufig noch legal. Deshalb haben wir die Pflicht zur doppelten Aktivität in unserem Kampfe gegen den Räuber Poincaré und das deutsche Kapital. Der Versuch Poincarés, eine rheinisch-westfälische Republik aufzurichten, wird an dem Willen der deutschen Arbeiterschaft scheitern.

In Bayern und um das Ruhrgebiet rüsten die Faschisten zum Kleinkrieg. Sie wollen der Bevölkerung einreden, ihr Rüsten richte sich gegen Poincarés Militarismus. Hieran denkt jedoch keiner, denn sie sind nichts gegen die waffenstarrende Besatzungsarmee. Diese Rüstungen sind gegen das Proletariat gerichtet. Darum muß sich die Arbeiterschaft endlich gegen die drohenden Gefahren zum Abwehrkampf formieren.

Trotz ihrer Kongresse (Den Haag), wo die Amsterdamer Gewerkschaftsführer hoch und heilig den Generalstreik gegen einen neuen Krieg beschlossen haben, ist von ihnen nichts Ernstliches im Ruhrkrieg unternommen. Während des Kohlenstreiks in Frankreich haben sie die Arbeiter allein gelassen. Es zeigt sich von neuem, daß die Beschlüsse dieser Internationale auf dem Papier bleiben. Der Kölner Kongreß /3/, welcher ein Kongreß der Arbeiter ist, muß den Massen

3 Gemeint ist die Internationale Arbeiterkonferenz in Frankfurt am Main vom 17. bis 20. März 1923, die ursprünglich in Köln stattfinden sollte.

positiv klare Parolen für die kommenden Kämpfe geben. Er soll den Grundstein legen zur wirklichen Lösung der Weltkrise. Die Demonstration am 18. dieses Monats in Hamburg muß zu einer machtvollen Kundgebung der Hamburger Arbeiterschaft werden.

Kein Zusammengehen mit dem Bürgertum, sondern einheitlicher Wille zum proletarischen Kampf ist die Parole.

Aus der Rede im Reichstag am 28. August 1924

Die Kommunistische Partei Deutschlands hat stets ihre größte Aufmerksamkeit den Leiden der Ruhrbevölkerung zugewendet. Sie hat ernst gekämpft im Jahre 1923 gegen den französischen Imperialismus und die deutsche Bourgeoisie, die verschiedentlich versucht hat, sich mit der französischen Schwerindustrie zu verbünden.

Als im Januar das Ruhrgebiet besetzt wurde, fand in Essen eine von der Kommunistischen Internationale einberufene Konferenz statt, auf der wir mit französischen, englischen, tschechoslowakischen und anderen Vertretern der kommunistischen Parteien darauf hinwiesen, daß die Besetzung des Ruhrgebiets den internationalen Kampf des Proletariats gegen den Vorstoß Poincarés erfordere. Wir haben zur damaligen Zeit im Ruhrgebiet die Arbeiterschaft aufgerufen, in den Abwehrkampf und Generalstreik einzutreten. Es war die Gewerkschaftsbürokratie, die sozialdemokratische, die zusammen mit der Bourgeoisie uns große Hindernisse in den Weg legte. Die Ruhrbevölkerung, die besonders in der Zeit des passiven Widerstandes ungeheuer viel gelitten hat, hat gesehen, daß der wichtigste Faktor des Kampfes für die Befreiung des Ruhrgebiets die Kommunistische Partei gewesen ist.

Ein Vierteljahr lang haben wir im gesamten besetzten Gebiet über zehn Millionen Brote gratis an die minderbemittelte Bevölkerung verteilt; Rußland [trat] als wirklicher Helfer in dieser großen Not [auf], weil die deutsche Regierung verweigerte, die Gelder zu stellen, um das Elend des Ruhrproletariats und der werktätigen Massen an der Ruhr irgendwie zu mildern. Als die Kommunistische Partei die Verteilung der Kohlen auf den Halden durch die Gemeindeverwaltungen forderte, damit sie nicht von den französischen Kapitalisten in Anspruch genommen werden konnten, da verweigerten die Zechenbesitzer die Abgabe der Kohlen, weil die Franzosen die Verrechnung der Kohlen in Aussicht gestellt hatten. Viele unserer Genossen, die während der Besetzung Flugblätter gegen die Besetzung verbreitet haben, sind von den Franzosen zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden. Der [stellvertretende] Regierungspräsident Lutterbeck in Duisburg berief sich in einem Schreiben an den französischen General Degoutte darauf, daß Bismarck bereits 1871 mit dem preußischen Heer die Pariser Kommune niedergeschlagen habe, und forderte, daß auch die Franzosen dazu übergehen müßten, die um ihre Lebensrechte kämpfenden streikenden deutschen Arbeiter niederzuschlagen. Ich erinnere an jenen ernsten Kampf, den die Kommunisten in Essen geführt haben. Als die Franzosen dazu übergingen, bei Krupp Autos zu beschlagnahmen, und als der kommunistische Betriebsrat der Firma Krupp in Essen erklärte, die Arbeiterschaft würde unter keinen Umständen unter französischer Bewachung arbeiten, versuchte die Belegschaft in den Betrieben, die Franzosen zu vertreiben; dabei wurden elf Arbeiter, darunter einer unserer besten Genossen, erschossen. Als wir damals den Generalstreik forderten, lehnte dies wiederum die Sozialdemokratische Partei mit der Begründung ab, daß die Situation durch den Generalstreik nur verschärft werden könnte.

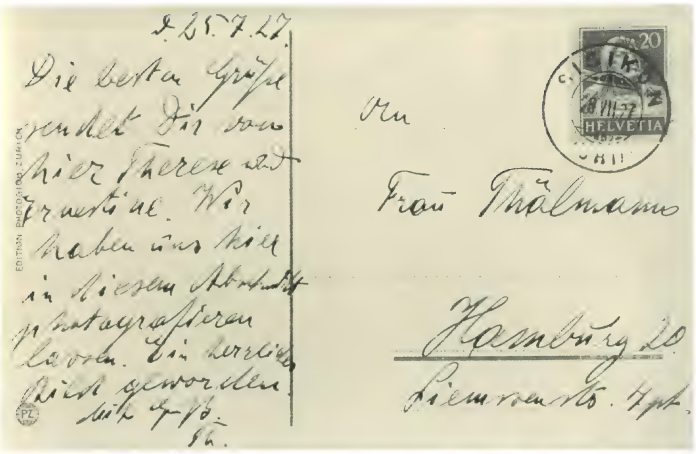
Wir haben ferner in starker antimilitaristischer Propaganda den Zersetzungsprozeß in das französische Heer hineinzubringen versucht. An verschiedenen Stellen im Ruhrgebiet haben sich auch positive Resultate gezeigt. In Rotthausen hat eine gesamte Kompanie gemeutert und mußte abgeführt werden. In Steele /4/ bei Essen gingen zwei Kompanien dazu über, mit den Arbeitern zu sympathisieren, so daß sie ebenfalls abgeführt werden mußten. Als die Kommunistische Partei den Roten Tag veranstaltete und im Ruhrgebiet große Demonstrationen stattfanden, waren es die französischen Soldaten, die die rote Fahne als Symbol der Verbrüderung küßten und mit den Arbeitern zusammen die «Internationale» sangen.

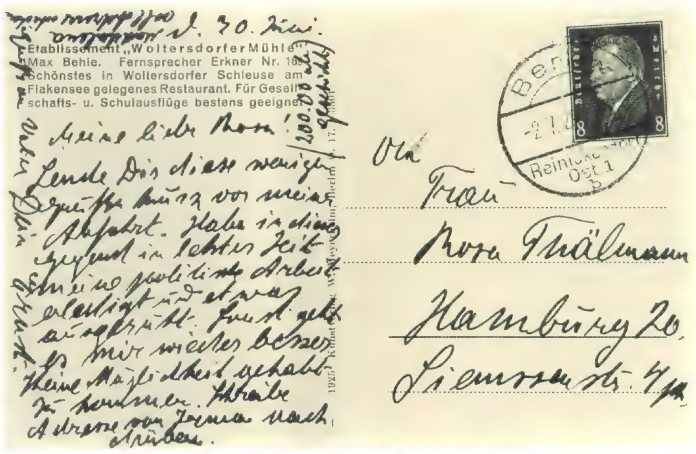
Man kann also sagen, daß die Kommunistische Partei als solche auf allen Gebieten versucht hat, mit dem französischen Proletariat und der französischen Kommunistischen Partei dasjenige zu tun, was in jener Situation unbedingt notwendig gewesen ist.

4 In der Quelle: Strehlen.

Hamburg-Eppendorf

Karten Ernst Thälmanns an seine Frau





Irma Thälmann (äußerer Kreis, 3. von links) vor der Schule in Hamburg-Eppendorf, um 1926

Bericht der «Hamburger Volkszeitung» vom 19. Juni 1922

Schon wieder ein Attentat.

Handgranatenanschlag auf Genossen Thälmann. — Die Schwarzweißroten feiern den „Sieg" mit dem Deutschlandlied.

Die gegnerische Presse hat die Attentate der Reaktionäre als „Dummejungenstreiche" hingestellt und der Sozialdemokrat Schadlich hat als Sprecher der bürgerschaftlichen Mitglieder der Polizeibehörde in der Bürgerschaft sich dieser Auffassung angeschlossen. Die reaktionären Verbrecher bemühen sich, den Nachweis zu führen, wie sie eingeschätzt werden wollen. **Dem Attentat im Gebäude der „Hamburger Volkszeitung" ist in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ein weiterer Anschlag auf den Genossen Thälmann gefolgt.**

Am Sonnabend, nachts 11.15 Uhr, wurden die Bewohner der Siemsenstraße und der benachbarten Straßen durch eine laute Detonation aufgeschreckt, die eine größere Menschenmasse vor der Wohnung unseres Genossen Thälmann zusammenströmen ließ. Die Feststellungen ergaben, daß es sich um eine Handgranatenexplosion handelt. Eine mit Zeitzünder versehene Handgranate ist explodiert, während eine zweite Handgranate, wie uns mitgeteilt wird, versagte. Die Handgranaten waren von draußen am Fenster angebracht. Der untere Teil des Fensterrahmens wurde durchschlagen. Das Fenster ist zertrümmert. Die auf der Fensterbank stehenden Blumentöpfe wurden ins Zimmer geschleudert, wo auch die Gaslampe zerstört wurde. Die stärkere Wirkung scheint die Handgranate nach dem Vorgarten gehabt zu haben. Dort wurden Mülleimer von den Granatsplittern durchlöchert und die Bäume des Vorgartens wurden beschädigt.

Die Polizei untersucht. Der Vertreter der Polizeibehörde sprach von „Dummejungenstreichen". Soll man an dieser Auffassung die Energie messen, mit der nach den reaktionären Verbrechern gesucht wird, dann können die schwarzweißroten Strolche ihre Untaten in aller Gemütsruhe fortsetzen. Wie frech die reaktionäre Sippe ist, geht nicht nur aus den fast täglich einlaufenden Drohbriefen hervor, sondern auch daraus, daß eine Rotte von Schwarzweißroten in der Nacht zum Montag vor der Wohnung des Genossen Thalmann erschien und drei Strophen „Deutschland, Deutschland über alles" heruntergebrüllt. Wo sich inzwischen die rührige Polizei aufhielt, die Mitglieder der Jugendorganisationen sofort beim Wickel hat, wenn sie harmlos singend ihres Weges ziehen, das wird vielleicht der rührige Vertreter der rührigen Polizeibehörde feststellen. Vielleicht auch nicht! Vielleicht wird er sich abermals ebenso drücken, wie er sich um die Beantwortung der Frage gedrückt hat, was mit dem Wachtmeister Westphal von der Sipo geschehen ist, der bedauert hat, daß das Gebäude der „Hamburger Volkszeitung" nicht ganz niedergebrannt ist.

Die Polizeibehörde ist nicht untätig. Sie hat zwar noch keinen der Halunken entdeckt, die auf das Eigentum der Hamburger Arbeiter und auf bekannte Genossen seit vielen Tagen ein Attentat nach dem anderen verüben. Aber sie ist am Montagmorgen dabei, durch Beauftragte die Plakate säuberlich herunterkratzen zu lassen, die die Hamburger Arbeiterschaft zu den heute Abend stattfindenden sechs Massenversammlungen einladen. Daß zum Beispiel mit den Propagandazetteln der Antisemiten ebenso verfahren wurde, hat man bisher nicht bemerken können.

•

Wie lange noch soll der Vormarsch der Reaktion ungehindert vor sich gehen? Wie lange noch sollen sich die Verbrechen der Reaktionäre aneinanderreihen? Das sind Fragen, die beantwortet werden müssen von den Arbeitern in den Betrieben, welcher Partei sie sich auch zuzählen. Da die Behörden der demokratischen Republik versagen, wenn es gegen die Reaktion zu handeln gilt, so ist das Gebot der Stunde, daß die Arbeiterschaft sich ihre Selbstschutzorgane schafft. Die wichtigste Voraussetzung ist, daß sich die klassenbewußten Arbeiter zum geschlossenen Handeln finden, daß sie die künstlichen Schranken niederbrechen, die immer wieder zwischen den verschiedenen Teilen der Arbeiterschaft aufgerichtet werden. Auch in Italien hat die Entwicklung dazu geführt, daß die Arbeiterschaft sich in verschiedenen Parteien befindet. Aber das hat die italienische Arbeiterschaft nicht gehindert, gegen die Reaktion zusammenzustehen und sie einig und geschlossen zu bekämpfen, wo sie gegen die Arbeiterschaft vorzugehen wagte. Jeder Arbeiter sieht die Vorbereitungen der Reaktion zu „größeren" Taten. Jeder Arbeiter kennt die Ziele der Reaktion. Jeder Arbeiter weiß, daß sich die Angriffe der reaktionären Verbrecher nicht nur gegen die Kommunisten richten. Werden sich die Arbeiter auch der anderen Parteien rechtzeitig auffinden und werden sie schnell den Weg zum geschlossenen Handeln gegen die vordringende Reaktion finden?

Die Siemssenstraße in Hamburg-Eppendorf. Im Erdgeschoß des zweiten Hauses rechts wohnte die Familie Thälmann bis 1929

Gegen Cuno und Poincaré

Tagung des Zentralausschusses der KPD im Festsaal des Preußischen Abgeordnetenhauses in Berlin, 13./14. Dezember 1922

Flugblatt der KPD, das Ernst Thälmann am 1. Mai 1923 in Moskau verteilte (Vorder- und Rückseite)

6. Jahrg. / Nr. 18 / Preis für Groß-Berlin 50 Mk. Dienstag, den 23. Januar 1923

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion: Berlin SW 48, Friedrichstr. 225, vorn 3 Tr. (Sprechzeit: 5—6 Uhr) Tel.: Lützow 1956/57 u. Nollendf. 2883. — Nach 9 Uhr abds. nur Lützow 1956/57.

Erscheint einmal täglich außer Montags.

Expedition u. Inseratenannahme: Berlin SW 48, Friedrichstr. 225, vorn 3 Tr. Telephon: Lützow 1956/57 und Nollendorf 2883

Bezugspreis: Groß-Berlin 250 M. pro Woche frei ins Haus; Streifband für Inland 1700 M., für Ausland 2800 M.; Postbestellungen nehmen an: Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, Schweiz, Luxemburg, Niederlande, Dänemark, Schweden, Norwegen, Rußland sowie alle deutschen Postanstalten.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum M. 400.—. Kleine Anzeigen: Jedes einzelne Wort M. 90.—, fettgedruckt das Doppelte. Reklamezeile M. 1500.—. Alle Preise netto einschl. Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif.

Schlagt Poincaré und Cuno an der Ruhr und an der Spree!

An die Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Der Kampf an der Ruhr wächst sich aus zu einem entscheidenden Kampfe zwischen der deutschen und französischen Bourgeoisie, und er wird sich zu einem Kampfe zwischen der deutschen Bourgeoisie und dem deutschen Proletariat gestalten.

Die deutsche Bourgeoisie hat sich entschlossen, dem französischen Imperialismus einen organisierten Widerstand entgegenzusetzen. Die französische und deutsche Bourgeoisie sind einverstanden, **einen gemeinsamen Trust zu bilden**, der die Ruhrkohle mit den französischen Erzen verbindet. Aber die französischen Kapitalisten wollen die Oberhand haben. Sie verlangen für sich **60 Prozent** des Anteils, während sie den **Stinnes, Krupp und Thyssen nur 40 Prozent** bewilligen.

Um die 10 Prozent geht der Kampf.

Er geht weiter darum, ob die deutsche Bourgeoisie endlich selber einen Teil der Reparationslasten auf sich nimmt. Sie hat sie bisher gezahlt aus dem Schweiße der deutschen Arbeiter, denen sie in immer mehr entwertetem Gelde den Lohn zahlte, um auf diese Weise billig die Waren im Auslande zu verschleudern. Gelingt es den Siegern zu diktieren, Niemand weiß, ob die Weißen Organisationen nicht

einen Freischärler-Krieg provozieren,

um der Regierung das Verhandeln unmöglich zu machen. Aber endet dieser Kampf auch ohne Krieg mit einer Niederlage der deutschen Bourgeoisie, dann wird Frankreichs Kapital den ausschlaggebenden Einfluß auf die deutsche Industrie gewinnen, sie wird **Herrn Stinnes schadlos halten**, indem sie durch französische Bajonette ihm die Möglichkeit verschafft, **die Reparationsmilliarden aus der deutschen Arbeiterklasse herauszuschinden**. Siegt die deutsche Bourgeoisie, gestützt auf die nationalistisch umnebelten Volksmassen, dann ist sie Herr der Lage, dann wird sie ihren Druck und ihre Ausbeutung **verdoppelt sein**.

Arbeiter und Arbeiterinnen! In dieser Situation muß das Proletariat wissen, daß es

nach zwei Seiten zu kämpfen

hat. Das deutsche Proletariat kann sich natürlich dem fremden Stinnes und Thyssen, mit der Regierung Cuno aufmarschiert.

In den Kampf gegen den räuberischen Kapitalismus Frankreichs! In den Kampf gegen die Raubpläne Poincarés!

In den Kampf gegen Stinnes, Thyssen und Krupp, gegen ihre Handlanger aus der Cuno-Regierung!

Es lebe die Solidarität des deutschen und des französischen Proletariats gegen die französische und deutsche Bourgeoisie!

Berlin, den 22. Januar 1923.

Die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschland. (Sektion der Kommunistischen Internationale.)

Nationalistische Provokateure an der Arbeit.

(Eigener Drahtbericht der „Roten Fahne".)

Die Nationalisten entfalten eine fieberhafte Tätigkeit, [illegible] anzuwerben, [illegible] im

Товарищи!

Рабочие и Крестьяне Советской России!

В день мирового праздника Труда, когда международный сознательный пролетариат через все границы соединяется, чтобы устроить смотр боевых сил революции, мы коммунисты Германии, шлем привет русским братьям, передовому отряду мировой армии революции.

Воздухоплавание сблизило между собой то, что казалось так отдаленным: достаточно немногих часов, чтобы из центра Германии попасть в Москву. Так солидарность и совместная борьба должны сблизить пролетариев всех стран, соединить их силы для полной победы над международным капиталом.

Рабочие России завоевали себе власть; они среди неимоверных трудностей отстаивают свою диктатуру и идут с твердой решимостью к социализму. Пролетарии Германии отстали от Вас. Но сотни тысяч рабочих Германии, собравшихся сегодня под знаменами коммунистического Интернационала, то залог победы германской революции.

Да здравствует русский пролетариат!
Да здравствует Советская Россия!
Да здравствует Германская революция!

1-го мая 1923 года.

Ц. К. Ком. Партии Германии.

Genossen!

Arbeiter und Bauern Sowjetrußlands!

Am Weltfeiertage der Arbeit, an dem das klassenbewußte Proletariat sich über alle Grenzen hinweg vereinigt, um über die Kampfkräfte der Revolution Heerschau zu halten, senden wir Kommunisten Deutschlands den russischen Brüdern, der Vorhut der Weltrevolution, unseren Gruß.

Der Luftverkehr hat genähert, was uns fern schien: in wenigen Stunden ist es möglich, aus dem Zentrum Deutschlands nach Moskau zu gelangen. So muß die Solidarität, der gemeinsame Kampf die Proletarier aller Länder nähern, ihre Kraft zum vollen Siege über das internationale Kapital zu vereinigen.

Ihr, Arbeiter Rußlands, habt die Macht für Euch erobert! Ihr haltet Eure Diktatur unter ungeheuren Schwierigkeiten aufrecht und schreitet mit fester Entschlossenheit vorwärts zum Sozialismus. Die Proletarier Deutschlands sind hinter Euch zurückgeblieben, aber Hunderttausende von Arbeitern, die sich in Deutschland unter dem Banner der Kommunistischen Internationale versammeln, sind das Unterpfand für den Sieg der deutschen Revolution.

Es lebe das russische Proletariat!
Es lebe Sowjetrußland!
Es lebe die deutsche Revolution!

1. Mai 1923.

Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Die Aufstände des Proletariats sind Etappen auf dem Siegeszug der Revolution

Aus dem Bericht über die Rede auf einem Meeting in Moskau am 18. September 1923

Teure Brüder, Arbeiter und Bauern! Genosse Thälmann übermittelt euch die brüderlichen Grüße des ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands sowie aller deutschen Arbeiter und Bauern...

Genosse Thälmann, der Rußland vor zwei Jahren schon einmal besucht hat, ist erstaunt über den beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung, den er in Rußland sieht. Rußland schreitet auf wirtschaftlichem Gebiet voran, aber ihr habt eure Klassenfeinde nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet, sondern in allen Lebensbereichen eures Landes vernichtend geschlagen. Wir blicken auf euch nicht nur auf Grund des Wiederaufbaus eurer Wirtschaft, sondern ihr seid uns auch ein leuchtendes Vorbild für den Kampf...

Genosse Thälmann macht darauf aufmerksam, daß wir uns momentan auf jener Ausstellung befinden, die dem Bündnis zwischen dem russischen Proletariat und der Bauernschaft dienen soll. Und er weist darauf hin, daß auf Einladung des Ausstellungskomitees in den nächsten Tagen Vertreter der Bauernschaft westlicher Länder hierher nach Moskau zur Ausstellung kommen werden. Damit im Zusammenhang drückt er die Hoffnung aus, daß eure große schöpferische Arbeit, die ihren Ausdruck in dieser Ausstellung findet, zum Bündnis nicht nur der russischen Arbeiter und Bauern, sondern des internationalen Proletariats und der internationalen Bauernschaft beitragen wird.

Genosse Thälmann macht des weiteren auf die Ereignisse im Ruhrgebiet aufmerksam. Er sagt, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, da die deutsche Bourgeoisie offen mit der französischen Bourgeoisie paktiert. Die deutsche Bourgeoisie kapituliert jetzt vor der französischen auf Kosten der deutschen Arbeiter und Bauern. Aber wir haben vor, den vereinten Kräften der deutschen und französischen Bourgeoisie erstmals die vereinten Kräfte des deutschen und französischen Proletariats entgegenzustellen...

Genosse Thälmann erinnert euch daran, daß die deutschen Arbeiter den Transport von Munition und weißgardistischen Truppen durch deutsches Territorium behinderten, als der russischen Revolution der Arbeiter und Bauern von seiten der Weißgardisten Gefahr drohte. Aber wir wissen, daß jetzt eine Zeit kommt, wo wir eure brüderliche Hilfe brauchen werden... Genosse Thälmann führt aus: Wir in Deutschland verfolgen nicht nur eure Siege, wir verfolgen auch alle eure unglaublichen Leiden und Entbehrungen, und wir bedauern zutiefst, daß es euch bisher noch nicht vergönnt war, euch gemeinsam mit dem internationalen Proletariat alle Vorteile der Revolution der Arbeiter und Bauern zunutze zu machen.

Aus dem Artikel vom 3. Oktober 1923: Am Vorabend der deutschen Revolution

Im August kam es in Deutschland zu Massenstreiks, deren Erfahrungen für die revolutionäre Strategie des Proletariats in den bevorstehenden Kämpfen nützlich sein können. Der zuerst auf Beschluß der Betriebsrätevollversammlung in Berlin ausgerufene Generalstreik dehnte sich rasch auch auf die übrigen Gebiete Deutschlands aus.

Die Forderungen der Arbeiter waren nicht nur wirtschaftlicher Art, sondern überall trug der Streik auch politischen Charakter. Die Regierung ergriff gemeinsam mit der Gewerkschaftsbürokratie alle Maßnahmen, um den Generalstreik abzuwürgen.

Allerorts kam es in Deutschland zu blutigen Zusammenstößen mit der Militärmacht des Staates, wobei daran erinnert sei, daß die Truppen in Hamburg, Lübeck usw. den Befehlen, gegen die Arbeiter vorzugehen, demonstrativ keine Folge leisteten. Trotz der Sabotage seitens der Menschewiki und der Gewerkschaftsbürokratie wurde der Streik überall von der Kommunistischen Partei geleitet.

Die verräterische Gewerkschaftsspitze und die Sozialdemokratie haben noch nie so viel an Vertrauen eingebüßt wie in jenen Tagen des Kampfes.

Das Vertrauen der Arbeiter zu uns war ein überaus großer Erfolg. Tausende unserer besten Kämpfer wurden in den Betrieben entlassen; dafür aber ließ der Streik erstens in den Arbeitern das Bewußtsein ihrer Macht erstarken, und zweitens führte er zum Sturz der Cuno-Regierung. Die daraufhin gebildete Regierung Stresemann-Hilferding war für die sozialdemokratischen Massen zunächst ein neuer Hoffnungsstrahl. Aber bereits einige Tage später zeigte auch diese Regierung ihre völlige Ohnmacht. Die Wirtschaftskrise verschärft sich; der Dollar ist im Laufe eines Monates von 5 Millionen Mark auf 200 Millionen Mark gestiegen; die Unternehmer haben begonnen, die Steuergesetze zu hintertreiben, was zu einer großen Arbeitslosigkeit führte, und der finanzielle Zerfall des Staates weitete sich zur Katastrophe aus. Das Proletariat, die Mittelschichten der Bevölkerung und die arme Bauernschaft sind auch weiterhin zu einem Leben in Not und Elend verurteilt. Es wurden neue Entlassungen von Angestellten vorgenommen. Die Vorbereitungen auf die Kapitulation gegenüber Frankreich und der passive Widerstand im Ruhrgebiet und im Rheinland verschärften die innere Lage.

Die Bourgeoisie erblickte ihre Rettung in der Verfolgung der Arbeiterklasse. Der Kampf gegen die Betriebsräte, die Verhaftungen von Sekretären und Funktionären unserer Partei, das Verbot der kommunistischen Presse und der proletarischen Hundertschaften (in Betrieben geschaffene Kampfgruppen) sowie der danach über ganz Deutschland verhängte Ausnahmezustand – all das bildet die innenpolitische Taktik der Regierung, der die rechten Sozialdemokraten angehören...

Die Tätigkeit der Partei hinsichtlich der Fortsetzung des Kampfes für die Wahrung der Einheit Deutschlands gegen Frankreich, die Haltung der Partei in der nationalen Frage beschleunigten den Zersetzungsprozeß der Faschisten. Das Vertrauen zu uns wächst nicht nur in den Arbeitermassen, sondern auch unter den Beamten, Angestellten und dem Mittelstand. Die sich ungewöhnlich ausbreitende Betriebsrätebewegung schuf der Partei eine feste Basis in den Betrieben.

Zu diesen Organisationen kommen noch die Kontrollausschüsse, deren Ziel der Kampf gegen Teuerung und Spekulantentum ist, sowie die zwar langsam, aber sicher entstehenden Bauernräte.

Die Lage in Deutschland ist außerordentlich ernst. Der passive Widerstand an der Ruhr wird abgebrochen, die Regierung bereitet planmäßig die Kapitulation gegenüber Frankreich vor.

Ein Teil der Faschisten unter Führung Ludendorffs und Hitlers droht mit Aktionen, ein anderer Teil unter Führung von Kahr unterstützt die Reichsregierung.

Im Kampf gegen die Kommunisten werden die verschiedenen faschistischen Strömungen geschlossen vorgehen. Der Ausnahmezustand ist über ganz Deutschland verhängt. . .

Die Konterrevolution trifft weiterhin ihre Vorbereitungen, sie errichtet ihre Bastionen in historischen Minuten, während die Regierung die endgültige Kapitulation gegenüber Poincaré vorbereitet. Die Arbeiterklasse ist in höchstem Maße erregt, sie schmiedet ihre Waffen. Der politische und sehr wohl mögliche militärische Feldzug gegen das rote Sachsen ist in Vorbereitung, die Widersprüche zwischen Sachsen und dem übrigen Deutschland spitzen sich zu. Wenn die faschistischen Kreise den offenen Kampf, den Kampf um die faschistische Diktatur, wagen, dann werden die Kommunistische Partei und das revolutionäre Proletariat Deutschlands diese Herausforderung annehmen und ihre Kampfkräfte für die Zerschlagung der Konterrevolution einsetzen.

Selbst wenn diese Kreise einem offenen Kampf gegenwärtig aus dem Wege gehen wollten, wird die deutsche Arbeiterklasse durch die deutsche Bourgeoisie und den ihr hörigen Staatsapparat gezwungen sein, den Kampf um die politische Macht, für den Schutz ihrer proletarischen Interessen aufzunehmen. Das, was Genosse Lenin 1906 nach der ersten russischen Revolution über «Die Lehren des Moskauer Aufstands» schrieb, kennzeichnet die Entwicklungsetappen der künftigen deutschen Revolution. Er schrieb: «. . . der revolutionäre Fortschritt bricht sich Bahn in der Erzeugung einer geschlossenen und mächtigen Konterrevolution, d.h. indem er den Gegner zwingt, sich zu seiner Verteidigung immer extremerer Mittel zu bedienen, und so immer machtvollere Mittel des Angriffs entwikkelt.» /5/ Der Bürgerkrieg in Deutschland ist unvermeidlich.

Wenn das deutsche Proletariat gemeinsam mit der Bauernschaft in der proletarischen Revolution gegen die deutsche Bourgeoisie, gegen die verräterischen Führer der Arbeiterklasse, gegen den Staatsapparat mit dessen Militärbündnissen kämpft, werden auch das ausländische Kapital und seine Regierungen allesamt ihre Kräfte gegen Deutschland richten und versuchen, die Arbeiterklasse zu zerschlagen, um danach Deutschland in einzelne Kolonien zu zerstückeln.

Die deutsche Revolution wird jedoch zugleich auch andere Kräfte wecken und mobilisieren. Die deutschen Arbeiter haben schon oft von den russischen Arbeitern und Bauern aktive und finanzielle Hilfe erhalten. Erinnert sei an die Entsendung von Brotgetreide für die Ruhr-Bevölkerung, an die Hilfe für die vom letzten Generalstreik Betroffenen. Ebenso wie die englische Arbeiterklasse vor einigen Monaten die englische Regierung zwang, auf eine Intervention in Sowjetrußland zu verzichten, wird auch das russische, polnische, tschechoslowakische und englische Proletariat, überhaupt das internationale Proletariat, seine aktiven und revolutionären Kräfte nicht ruhen lassen, wenn die europäische Reaktion versucht, die deutsche Revolution zu zerschlagen. Die Frage der deutschen Revolution ist keine deutsche Frage, sie ist eine internationale Frage. Das Schicksal der deutschen Revolution ist untrennbar mit dem Schicksal der russischen Revolution verbunden.

Die internationale Bourgeoisie zittert vor dem Gespenst der deutschen Revolution. Davon zeugt der weiße, faschistische Terror in Ungarn; sodann entwickeln sich in Italien, Bulgarien und schließlich Spanien Formen des Faschismus. Überall läßt sich das imperialistische Bestreben der faschistischen Regierungen feststellen, ihre Macht über die eigenen Grenzen hinaus auszudehnen.

Eine Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung würde jedoch bedeuten, daß die revolutionäre Arbeiterbewegung Europas auf Jahrzehnte zurückgeworfen wird.

Aus einem Bericht der «Hamburger Volkszeitung» über die Oktobertage 1923

In Hamburg begann der Aufstand aus bestimmten Erwägungen mit der Überrumpelung der Polizeiwachen am Dienstag, dem 23. Oktober, zwischen 5 und 6 Uhr morgens. Die Arbeiterschaft war völlig unzulänglich bewaffnet, und sie drängte selbst danach, sich die fehlenden Waffen zu holen, wo sie zu finden waren. So brachte der Sturm auf die Wachen auch beträchtliche Mengen von Munition in die Hände der Arbeiter, die sofort verteilt wurden, wodurch neue bewaffnete Gruppen entstanden.

Die Überrumpelung der Wachen war wie ein elektrischer Schlag für die Hamburger Bourgeoisie. Die von auswärts kommenden Arbeiter erfuhren auf ihrem Wege zum Betrieb die Ereignisse. Die Arbeiter, die in den Vierteln der Wachen wohnten, gingen gar nicht erst zur Arbeit. Die Revolution ist da! – Das war der freudige oder erschreckte Ausruf des proletarischen und bürgerlichen Hamburgs in den Morgenstunden. . .

Teilweise belagerte die Arbeiterschaft die Sipo in ihren Wachen und hielt sie durch Scharfschützen in Schach. Das war der Fall in dem Arbeitervorort Barmbeck. Am ersten Kampftag war dort die Sipo bis in die späten Nachmittagsstunden von den schwach bewaffneten Arbeitern eingekettet.

Barmbeck mit seinem heldenhaften Proletariat wurde so der Hauptkampfplatz, hier hatten sich die Arbeiter verschanzt. Unzählige Barrikaden entstanden wie aus der Erde gestampft. Alles half mit am Bau der proletarischen Verteidigungsstellungen. Straßen waren quer aufgerissen, dicke Bäume auf beiden Seiten gefällt und mit Stacheldraht umwickelt, Asphaltplatten losgemeißelt und als Brustwehren in den Schützengräben verwandt. Lebensmittel und Zigaretten wurden von sympathisierenden Kleinbürgern verteilt, proletarische Frauen kochten im Verlaufe der Kämpfe dicke Suppe und Kaffee, Kuriere kamen und brachten Munition. Unvergeßlich sind jedem diese Bilder proletarischer Solidarität und proletarischen Heldenmutes. Trotzdem jeder in Barmbeck wußte, daß der Gegner eine weit überlegene Waffengewalt hatte, so war doch in keinem Stadium des Kampfes Kleinmut aufgekommen. Wenn proletarischer Zorn und proletarische Begeisterung sich paaren, dann ist es von vornherein eine Waffe, gegen die die Söldlinge des Kapitals keine gleiche haben.

Trotzdem eigentlich die Sipo nach dem Sturm auf die Wachen der Angreifer war, befand sie sich vom ersten Augenblick an in der Verteidigung gegen diejenigen, die sie angreifen sollte und die nur wenig Munition besaßen. Was war die Ursache? Die Überlegenheit der Arbeiter im Straßenkampf! Es waren ja nicht nur die Barrikaden, hinter denen die Arbeiter lagen, jedes Haus, jeder tiefe Durchgang nach den Hinterhäusern der proletarischen Wohnhöllen war das Versteck bewaffneter Arbeiter. Sie wechselten bei ihrer Kenntnis der Häuser-

5 W. I. Lenin: Werke, Bd. 11, S. 158.

blocks unsichtbar ihre Stellungen und waren für die Sipo nirgends und doch überall . . .

Erst als am zweiten Tag die Aussicht eines erfolgreichen Kampfes endgültig schwand, da entschloß man sich zur Räumung der Stellungen. Die in der Nacht folgende Loslösung vom Feinde war ein musterhaftes Manöver, das bei allen Militärfachleuten der Bourgeoisie Bewunderung hervorrief. Die Loslösung vom Feind begann spät in der Nacht nach einem genauen Plan in der Richtung nach Schiffbek. . . Die in der Richtung nach Schiffbek aufgenommene Verfolgung der Aufständischen brachte nicht das gewünschte Ergebnis. Die tapferen Barrikadenkämpfer entzogen sich geschickt der Verfolgung. Nur wenige von ihnen wurden verhaftet.

Louise Dünninghaus
Erinnerung

Unsere Wohnung in Hamburg lag in einem Schulgebäude. Sie war für illegale Sitzungen sehr geeignet. Mehrere Male nahm Ernst Thälmann an ihnen teil. Infolge dieser Umstände fühlte ich mich im Jahre 1923 den Ereignissen ganz nahe. Mein Vater sprach zwar nie mit mir über seinen Anteil an der illegalen Arbeit. Aber es konnte mir nicht verborgen bleiben, daß er schon vor den Oktobertagen unter den Kohlen im Keller Gegenstände verbarg, die von unbekannten Genossen in der Dunkelheit gebracht und später wieder abgeholt wurden. . .

Werden wir es endlich schaffen? Diese Frage erfüllte in den Kampftagen des Oktober ganz und gar meine Gedanken. Ernst Thälmann war Tag und Nacht in den Kampfgebieten. Die Barrikadenkämpfer in Barmbeck und Schiffbek waren eingeschlossen. Als nach dreitägigem Kampf die ungeheure Übermacht der Polizei und der Reichswehr, gut organisiert und schwerbewaffnet, über die Revolutionäre herfiel, galt Ernst Thälmanns ganze Sorge den kämpfenden Arbeitern, um zu verhindern, daß auch nur eine Kampfgruppe in die Hände der Feinde falle. Es gelang auch, den Rückzug durchzuführen, ohne daß dabei ein Mitkämpfer in die Hände der Feinde geriet.

Enttäuscht und traurig kam ich nach Hause, da nach den Zeitungsmeldungen und den Gerüchten in der Stadt der Kampf beendet war. Als ich das tiefernste Gesicht des Vaters sah, liefen die Tränen: «Nun war alles umsonst! Was wird jetzt mit unseren Genossen?» Vater, der immer freundlich, aber höchst selten zärtlich zu mir war, hatte mich umgefaßt und tröstete mich. Da erschien Ernst Thälmann in der Tür. Er wechselte einen Blick mit Vater, legte mir seine kräftige Hand auf die Schulter und sagte: «Nicht weinen, mein Mädel. Es geht weiter! So leicht siegt sich das nicht! Kümmert euch um die Frauen und Kinder.»

Mit einer Kopfbewegung rief Ernst Thälmann meinen Vater ins Nebenzimmer. Ich war nicht mehr so verzagt. Wir sammelten für unsere verfolgten und verhafteten Genossen und ihre Familien, damit sie keine Not litten.

Louise Zenk
Erinnerung

Nach der Niederschlagung der bewaffneten Kämpfe der heldenhaften Hamburger Arbeiter im Oktober 1923 war die KPD verboten, unser Parteihaus von Polizei besetzt, und unsere «Hamburger Volkszeitung» durfte nicht erscheinen. Tausend revolutionäre Arbeiter saßen im Gefängnis, und die Arbeiterklasse Hamburgs hatte zahlreiche Tote zu beklagen. Viele KPD-Genossen und Jungkommunisten mußten illegal leben und sich verborgen halten. Die bürgerliche Presse und auch das sozialdemokratische «Hamburger Echo» forderten Todesurteile für unsere tapferen Barrikadenkämpfer und verhöhnten die Arbeiterklasse noch damit, indem sie verbreiteten, daß angeblich Ernst Thälmann seine Genossen im Stich gelassen und sich nach Moskau in Sicherheit gebracht hätte.

Trotz Verbots sind wir damals in unserer Parteigruppe des Distrikts Eppendorf-Hoheluft, als Mieterverein getarnt, weiter zusammengekommen. So erfuhr ich, daß wir uns in Ohlsdorf treffen. In kleineren Gruppen kamen wir auf dem Friedhof an, wo ringsumher starke Polizeieinheiten standen; sie suchten nach flüchtigen Parteifunktionären und Barrikadenkämpfern. Es hatte sich bereits eine große Menschenmenge vor dem Denkmal der Hamburger Revolutionsopfer von 1918 angefunden, und wir standen eng beieinander, in der Erwartung, wer die Gedenkansprache halten würde. Da horchte ich plötzlich auf, das war doch die mir bekannte, klare Stimme unseres verehrten Genossen Thälmann. Alles drängte weiter nach vorn, näher zum Denkmal, um den Redner zu sehen. Ja, dort stand Ernst Thälmann. Ich hörte nur einige Sätze seiner aufmunternden Rede wie: «Die KPD ist nicht zu verbieten! Wir sind da und bleiben da! Unser Kampf geht weiter bis zum Sieg!» Nach Beendigung der kurzen Ansprache sah ich Genossen Thälmann in einer dichten Gruppe von Arbeitern untertauchen, und dann war er verschwunden. Geschützt von den Arbeitern, entkam er der Polizei, die ihn sofort fieberhaft innerhalb und außerhalb des Friedhofes suchte. Dies mutige Auftreten Ernst Thälmanns, trotz drohender Verfolgung öffentlich in Hamburg zu sprechen, gab unserem Kampf neuen Aufschwung.

Aus dem Artikel vom 23. Oktober 1925:
Die Lehren des Hamburger Aufstandes

Heute vor zwei Jahren, am 23. Oktober 1923, stieg Hamburg auf die Barrikaden. Getrieben vom Elend der Inflationszeit, gedrängt von der unerhörten Not der werktätigen Massen, getragen vom Geiste des Bolschewismus, griff der beste, revolutionärste Teil der Hamburger Arbeiterschaft zum Gewehr und nahm den Kampf gegen die kapitalistischen Unterdrücker auf.

Zwei Jahre sind seit dem 23. Oktober 1923 vergangen. Vieles hat sich inzwischen in Deutschland und in der ganzen Welt geändert. Wir, die Kommunisten, sind zwar geschlagen worden und mit uns die ganze deutsche Arbeiterklasse. Die Stabilisierung des bürgerlichen Deutschlands ist in gewissem, begrenztem Umfang gelungen. Die Bourgeoisie schöpft neue Hoffnung. Das Proletariat durchlebte ein Jahr der Entmutigung und des Rückzuges. Wenn wir heute der zweijährigen Wiederkehr des Hamburger Straßenkampfes gedenken, so geschieht das nicht aus dem bloßen Anlaß, daß der Kalendertag des 23. Oktober wiederkehrt. Jubiläen sind für die Kommunisten und den klassenbewußten Teil des Proletariats nicht leere Gedenktage, sondern Richtlinien für den Klassenkampf, Leitfäden für die Aktion. Gerade die politische Situation, in der wir heute stehen, fordert mit gebieterischem Zwang von uns, daß wir die geschichtliche Bedeutung und die Lehren des Hamburger Aufstandes vollkommen klar erkennen. . .

Die Aufstände des Proletariats sind Etappen auf dem Siegeszuge der Revolution nicht nur durch ihre unmittelbaren positiven Resultate, sondern vor allem infolge der großen Lehren, die sie der ganzen Arbeiterklasse einhämmern.

Was sind die wichtigsten Lehren des Hamburger Aufstandes?

1. Eine zahlenmäßig geringe Schar von Proletariern, die mit größtem Heldenmut unter dem Banner der Diktatur [des Proletariats] gekämpft haben, konnte sich mit Erfolg gegen die zwanzigfache Übermacht der glänzend organisierten und bewaffneten Truppen der Bourgeoisie militärisch halten.

2. Der unvergängliche Ruhm der Hamburger Oktoberkämpfer besteht darin, daß sie in einer revolutionären Situation zu den Waffen griffen, obwohl sie den Sieg nicht zu 99 Prozent in der Tasche hatten. Der Leninismus lehrt, daß man den Kampf aufnehmen muß, wenn ernste Chancen für den Sieg vorliegen. Eine Garantie für den Sieg gibt es niemals im voraus. Die Niederlage in einem solchen Kampf ist tausendmal fruchtbarer und wertvoller für die Zukunft des Klassenkampfes als ein Rückzug ohne Schwertstreich.

3. Der Aufstand führte zur Niederlage, weil er isoliert blieb, weil er nicht in Sachsen und im ganzen Reiche sofort unterstützt wurde. Mögen die Arbeiter in einem einzelnen Ort mit dem größten Heldenmut, getragen von der stärksten Massenbewegung, den Kampf aufnehmen: Sie werden geschlagen, wenn nicht das Proletariat im ganzen Lande mit ihnen geht. Gerade darin, in der Organisierung und Zusammenfassung der gesamten Arbeiterklasse in allen Industriezentren und Großstädten im ganzen Lande, besteht die Rolle der Kommunistischen Partei als Vortrupp des Proletariats. Gerade darum brauchen wir eine eiserne, völlig geschlossene, restlos verschmolzene, unbedingt disziplinierte Partei.

4. Es ist nicht wahr, daß der Hamburger Aufstand ein Putsch war, sondern er wurde von der Sympathie der breitesten Massen getragen. Sogar der Polizeisenator Hense mußte wütend zugeben, daß die sozialdemokratischen Arbeiter in Hamburg, dieser rechtesten Organisation der SPD, und mit ihnen «die weitesten Kreise der Bevölkerung zu den Kommunisten hielten». Unsere Schwäche bestand nur darin, daß wir nicht verstanden, diese Massen fest um uns zu scharen, sie rechtzeitig in allen Teilkämpfen zu uns herüberzuziehen, mit ihnen die Einheitsfront gegen die sozialdemokratischen Führer zu schließen.

5. Um bei der unvermeidlich kommenden Wiederkehr des Hamburger Kampfes in viel größerem Maßstabe siegen zu können, müssen wir wie ein Keil in die Massen eindringen, sie durch tausend Klammern mit uns vereinigen, eine wirkliche proletarische Einheitsfront mit Millionen Arbeitern bilden. In den Gewerkschaften, in allen parteilosen Organisationen der Arbeiterklasse muß ein großer revolutionärer Flügel heranwachsen, der gemeinsam mit den Kommunisten zum Träger der kommenden Kämpfe wird.

6. Als besonderer Mangel wurde in den Hamburger Oktobertagen das Fehlen einer starken Rätebewegung empfunden. Diese Tatsache ist noch nicht genügend in der Partei verstanden worden. Die Räte sind die Organe, die in einer revolutionären Situation die Millionenmassen des Proletariats zusammenfassen, die das Rückgrat des Kampfes bilden. Diese Lehre dürfen wir auch in der jetzigen Periode zwischen zwei Revolutionen nicht vergessen.

7. Die Machtergreifung des Proletariats ist kein einmaliger Akt. Sie besteht nicht nur in dem militärischen Kampf gegen die Truppen der Bourgeoisie, sondern sie muß durch jahrelange, ausdauernde Arbeit der Kommunistischen Partei und des ganzen Proletariats vorbereitet werden. Die kommenden Sieger über die Bourgeoisie müssen durch unzählige Teilkämpfe erzogen, vorbereitet, organisiert werden. Dies ist unsere Hauptaufgabe in der jetzigen Periode.

8. Es ist falsch, daß durch die Oktoberniederlage von 1923 eine einzigartige revolutionäre Situation ein für allemal «verpaßt» wurde. Die Niederlage von 1923 war keine dauernde, ebensowenig wie die Niederlage des Spartakusbundes in den Noske-Tagen von 1919 eine dauernde war. Die Stabilisierung des bürgerlichen Deutschlands hat keinen langen Atem . . . Das große Resultat des Hamburger Aufstandes ist, daß die Arbeiter den scheinbar unbesieglichen Klassenfeind dreimal vierundzwanzig Stunden lang in seiner ganzen Schwäche gesehen haben. In den Hamburger Tagen haben die Arbeiter die Bourgeoisie am Rande des Abgrundes gesehen. Und sie werden diesen Augenblick niemals vergessen! Wir gehen nicht einer Versumpfung, sondern neuen Kämpfen, wir gehen mit eherner Notwendigkeit in Deutschland der zweiten Revolution entgegen. Darum gehört der Hamburger Aufstand nicht «der Geschichte» an, sondern er ist eine Probe für die Zukunft.

9. Der Aufstand war ein Musterbeispiel für die glänzende, reibungslos arbeitende Organisation des revolutionären Kampfes. Aber er offenbarte zugleich den größten organisatorischen Fehler unserer Partei. Die Hamburger Kämpfer besaßen die volle Sympathie der Arbeiter in den Betrieben, aber sie hatten organisatorisch keine Verbindung mit ihnen. Es zeigte sich die ganze Unbrauchbarkeit, die verhängnisvolle Rückständigkeit unserer alten sozialdemokratischen Wohnorganisation. Die Wahlmaschine taugt nicht für die Barrikaden! Die schwerste Lücke in der Hamburger Kampffront war das Fehlen kommunistischer Betriebszellen. Eine Kämpferschar wie die Hamburger, die sich auf fest verwurzelte Zellen in allen Betrieben und auf die Vereinigung der breitesten Arbeitermassen stützt, wird künftig in einer ähnlichen Situation unbesiegbar sein.

10. Die größte, wertvollste Lehre des Hamburger Aufstandes ist die großartige Erfüllung der Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution. Die Kommunisten waren nicht in Worten, sondern in der Tat der Vortrupp, die Führung, der Wegweiser der Arbeiterklasse. Sie gaben der Bewegung ein klar umrissenes Ziel, ein genau formuliertes Programm: die Diktatur des Proletariats. In dieser Beziehung steht der Hamburger Kampf auf einer weit höheren Stufe als alle früheren Bewegungen. Die Märzaktion von 1921 z. B. hält keinen Vergleich mit dem Hamburger Aufstand aus. Nur weil die Partei die Führung des Kampfes fest in den Händen hatte, wurde von den Hamburger Revolutionären zum ersten Male in Westeuropa die Marx-Engelssche Lehre begriffen und verwirklicht, daß «der Aufstand eine Kunst und daß die Hauptregel dieser Kunst die mit verwegener Kühnheit und größter Entschlossenheit geführte *Offensive* ist»/6/.

Das sind die wichtigsten Lehren des Hamburger Aufstandes. Das grausame Lehrgeld, das wir für sie zahlten, waren der Tod und die Einkerkerung unserer Besten. Und dennoch: Diese Opfer werden sich hundertfach lohnen. Sie wurden nicht nur für den Aufbau einer Partei von Bolschewisten in Deutschland, sondern für die Zukunft der ganzen Arbeiterklasse gebracht.

6 W. I. Lenin: Die Lehren des Moskauer Aufstands. In: Werke, Bd. 11, S. 162.

Für eine Arbeiterregierung

Plakat, Juli 1923

Demonstration am Antifaschistentag in Dresden, 29. Juli 1923

Aufruf des Aktionsausschusses Groß-Hamburgs zum Generalstreik, Oktober 1923

An das werktätige Volk!

Wofür kämpfen wir Arbeiter?

Wir kämpfen für Friedenslöhne, für die Erhaltung des Achtstundentages, für proletarisierte Produktionskontrolle, für die Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß, für die Sachwert- und wirkliche Devisen-Erfassung durch die

Regierung der Arbeiter und Kleinbauern.

Das Ermächtigungsgesetz, das der Reichstag beschlossen hat, benutzt die Reichsregierung, um das Gegenteil unserer Forderungen zu erpressen. Die Militärdiktatur ist das blutige Mittel dafür. Deswegen werden die Arbeiter, Beamten und Angestellten eher keinen Frieden haben,

bis die kapitalistische Diktatur beseitigt ist. Wir haben uns aufgerafft zum Kampf gegen den Belagerungszustand, gegen die Militärdiktatur, gegen die Große Koalition, gegen die Reichsexekutive in Sachsen!

Die Arbeiterregierung ist unser Ziel!

Alle Macht der Arbeiterklasse zur Ausrottung der Konterrevolution und der Spekulationswirtschaft!

Nur die Arbeiterregierung bringt Brot, Frieden und Arbeit!

Der Kampf ist schwer. Das weiß jeder Arbeiter. Und sie werden geschlossen durchhalten bis zum Siege. In Sachsen steht das Proletariat in heldenmütigem Kampf gegen die Reaktion. Wir werden nicht eher die Waffen niederlegen, bis auch das letzte Faschistennest und die letzte Blutsauger-Hochburg ausgerottet ist. Im Osten stehen die russischen Brüder bereit, uns zu unterstützen. Laßt Euch jetzt nicht irreführen und gegeneinander hetzen! Bleibt geschlossen!

Alle Betriebe legen die Arbeit nieder!

Keine Strassenbahn, keine Eisenbahn darf fahren! Kein Reichswehr- und Faschistentransport darf abgefertigt werden!

Entwaffnet die Gegenrevolution! Bewaffnet Euch!

Proletarische Hundertschaften in die Front! Kein Betrieb ohne Abwehrformation! Aktionsausschüsse auf den Posten!

Reichsbetriebsrätekongress gegen den Reichstag!

Durch Kampf zum Sieg!

Generalstreik auf der ganzen Linie!

Der Aktionsausschuß Groß-Hamburgs.

Meldung der «Hamburger Volkszeitung» vom 31. August 1923

Letzte Nachrichten.

Die „Hamburger Volkszeitung" unter Vorzensur.

Kurz vor Redaktionsschluß erhalten wir folgende Zuschrift:

Die Polizeibehörde Hamburg.
J.-Nr. 6681/23 II 3. St. 2.

Die Verbreitung der „Hamburger Volkszeitung" ist bis auf weiteres täglich solange polizeilich zu verhindern, bis ein Abzug von jeder Auflage im Stadthause zur Durchsicht vorgelegen hat.

Hamburg, den 31. August 1923.
Der Regierungskommissar.
gez. K. Hense.

Abschriftlich
an die Redaktion der „Hamburger Volkszeitung"
hier

ergebenst.

Hamburg, den 31. August 1923.
Der Polizeipräsident.
Campe.

*

Wie lange wollen die Arbeiter in den Betrieben die unwürdige Behandlung einer Arbeiterzeitung und die Unterdrückung der Pressefreiheit noch dulden?

Druck: Hamburger Volkszeitung e. G. m. b. H., Hamburg.
Verantw. für den politischen Teil: E. Thälmann, Hamburg,
für Anzeigen: Joh. Möller, Hamburg.

Bittere Not

Arbeiterwohnung in Hamburg

Arbeiterfrauen stehen vor der Freibank
nach minderwertigem Fleisch an

Hamburger Aufstand

Umschlagseite einer Broschüre der KPD über den Hamburger Aufstand, 1925

Abschrift.

Landgericht in Hamburg.

Ao. G. 797 / 23.

An

das Präsidium des Deutschen Reichstags,

Berlin.

Gegen Ernst Johann Fritz Thälmann, geboren am 16. April 1886 zu Hamburg, Mitglied der Bürgerschaft Hamburg, jetzt auch Mitglied des Reichstags, führe ich Voruntersuchung wegen Hochverrats, der durch Vorbereitung und Teilnahme an den kommunistischen Oktoberunruhen 1923 in Hamburg begangen sein soll.

Die Hamburger Bürgerschaft hat seinerzeit die Immunität ihres Abgeordneten Thälmann zusammen mit der der übrigen Mitglieder der kommunistischen Fraktion aufgehoben. Daraufhin ist gegen Thälmann Haftbefehl erlassen worden. Die Voruntersuchung gegen ihn war zunächst vor dem Staatsgerichtshof eröffnet. Auf Grund der Februar - Verordnung ist die Sache dann vor dem Hamburger Landgericht anhängig geworden. Der Haftbefehl gegen Thälmann konnte bislang nicht vollstreckt werden, da er sich seit den Unruhen verborgen hielt. Das einzige, was ermittelt werden konnte, war, dass er eine Zeitlang in Russland gewesen sein soll, offenbar um dort Verbindung aufzunehmen. Erst nach seiner Wahl in den Reichstag ist der Angeschuldigte wieder aufgetaucht.

Ich bitte nunmehr ergebenst, die Genehmigung des Reichstags zur Vollstreckung des Haftbefehls her-

Erste Seite eines Schreibens des Hamburger Landgerichtes vom 30. Mai 1924, in dem die Aufhebung der Immunität Ernst Thälmanns gefordert wird

Freiberg in Sachsen von der Reichswehr besetzt, Oktober 1923

Ernst Thälmann spricht auf dem Ohlsdorfer Friedhof in Hamburg zu Ehren der gefallenen revolutionären Kämpfer, 1925

Die Partei muß in allen Situationen ihr klares Gesicht zeigen

Brief an die Arbeiter und Bauern von Kotelnitsch

Teure Genossen!

Bei der MOPR (in Moskau) teilte man mir mit, daß Ihr, Arbeiter und Bauern von Kotelnitsch, aus der Presse erfahren habt, ich sei verhaftet (was indessen nicht den Tatsachen entspricht), und daß Ihr ein Paar Filzstiefel für mich übergeben habt, um mir Euer Mitgefühl zu zeigen. Trotz der grausamen Verfolgungen, denen die Hamburger Arbeiter ausgesetzt sind, ist es mir immerhin geglückt, bis jetzt dem Zugriff der Polizei zu entgehen. Es ist wahr: Hunderte tapfere Kämpfer wurden in Hamburg vor das Standgericht gestellt, einige sind sogar schon verurteilt worden. Aber die meisten Funktionäre arbeiten weiterhin in Hamburg für die Interessen der proletarischen Revolution. Kürzlich wurde einer von ihnen verhaftet, als er zum Jahrestag der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts auftrat.

Weil mich das ZK der KPD beauftragte, an der Beratung über die Lage in Deutschland im Oktober teilzunehmen, die vom EKKI einberufen worden war, ergab es sich, daß ich mich am Tage des Todes unseres großen Führers Lenin in Moskau aufhielt. Lenin ist tot, aber sein revolutionärer Geist lebt weiter in uns allen.

In ein paar Tagen werde ich nach Hamburg zurückkehren und den Genossen ausrichten, wie aufmerksam Ihr, die Arbeiter und Bauern von Kotelnitsch, den revolutionären Kampf in Deutschland verfolgt und wie unzerreißbar die Bande der Revolution zwischen uns geknüpft sind. Der Barrikadenkampf in Hamburg war ein Lichtblick in der Oktoberniederlage, und wir fühlen, wie innig wir mit den Arbeitern und Bauern Sowjetrußlands und mit der ganzen Internationale verbunden sind.

Die Filzstiefel, die mir die MOPR übergab, habe ich einem aus Hamburg geflüchteten Genossen überlassen, der sich jetzt in Moskau aufhält. Das hat ihn sehr gefreut. Ich versichere Euch seiner aufrichtigen Dankbarkeit. Bei der Rückkehr nach Hamburg werde ich Euern Gruß den revolutionären Arbeiterfrauen, von denen viele ihren Mann und Ernährer verloren haben, übermitteln. Wenn auch der Kampf in unserer Stadt niedergeschlagen wurde und nicht den Rahmen eines Vorhutgefechts überschritt, so ist er doch noch nicht beendet. Wir bereiten uns auf neue Schlachten vor, immer bereit zum Kampf.

Es lebe das revolutionäre Bündnis der Arbeiter und Bauern von Kotelnitsch mit den revolutionären Arbeitern Hamburgs und der ganzen Welt! Es lebe Sowjetrußland und die Diktatur des Proletariats! Es lebe das revolutionäre Deutschland! Es lebe die Weltrevolution!

Mit brüderlichem kommunistischem Gruß

Ernst Thälmann

Moskau, den 27. Januar 1924

Alexander Abusch
Erinnerung

Ich begegnete Ernst Thälmann zum ersten Mal in der Illegalität einer Berliner Arbeiterwohnung. Vertreter der Linken aus allen oder fast allen Bezirken der Partei waren zusammengekommen: eine Vorberatung und Bestandsaufnahme der innerparteilichen Kräfte in der Diskussion zu dem Parteitag, der – je nach der Lage legal oder illegal stattfindend – die Lehren aus der Oktoberniederlage ziehen und die Parteiführung entsprechend verändern mußte. Insofern war es kein Zufall, daß ich Thälmann traf, denn die Zusammenkunft entsprach dem historischen Entwicklungsprozeß in jener Phase des Reifens einer marxistisch-leninistischen Partei.

Ich saß in dem Zimmer eines verwohnten, grauen Berliner Hinterhauses – fünfundvierzig Jahre später erzählte mir der alte Berliner Genosse Tute (Artur) Lehmann, daß es seine Wohnung gewesen war – in unserer Sitzung längere Zeit neben Genossen Thälmann, ohne es zu wissen. Gerade ihn kennenzulernen, war ich begierig, nach all dem, was ich aus Hamburg und über ihn gehört hatte. Als ich einen der Genossen fragte: «Ist denn der Genosse Thälmann nicht da?», sagte er zu mir: «Er sitzt doch neben dir!»

Mein Nebenmann war mir während der Sitzung dadurch aufgefallen, daß er wiederholt in einer nüchternen und treffenden Weise in die Debatte eingriff, gute Vorschläge machte. Jetzt sah ich ihn mir genauer an: ein Mann von kräftiger Gestalt, im energischen Gesicht eines Arbeiters helle Augen, wie man sie oft bei Menschen von der Waterkant findet, nur noch wenig Haar auf dem Kopf. Er wirkte bescheiden und zurückhaltend, unauffällig, eigentlich ein wenig anders, als sich in mir die Vorstellung von diesem flammenden Revolutionär gebildet hatte.

Die Sitzung wurde dramatisch unterbrochen. Die zur Sicherung postierten Genossen gaben Alarm: «Kriminalpolizei in der Nähe!» Die Teilnehmer wurden einzeln und auf komplizierten Wegen zu einem neuen Sitzungsort geleitet. Dort traf ich Genossen Thälmann wieder und hatte mein erstes kurzes Gespräch mit ihm. Ich interessierte ihn, weil ich aus dem «rechten» Thüringen kam, vielleicht auch, weil ich der Jüngste unter den Anwesenden war. Durch seine Fragen, ob wir auch die Mehrheit der Genossen in den Betrieben von Zeiss und Schott in Jena gegen die Brandler-Politik gewonnen hätten, zeigte er sogleich, daß er die Probleme der Herausbildung der Partei neuen Typs sehr wohl auch für Thüringen kannte, wo Hans Tittel und seine Gruppe in der Bezirksleitung mit Brandler durch dick und dünn gegangen waren.

Aus dem Referat auf dem 9. Parteitag der KPD in Offenbach und Frankfurt am Main am 9. April 1924

Der Sieg der deutschen Arbeiterklasse war im Oktober [1923] so nahe und, objektiv gesehen, niemals so leicht möglich wie gerade damals. Und wir müssen ganz klar und eindeutig auf diesem Parteitag zum Ausdruck bringen, daß die deutsche Bourgeoisie nach der Niederlage des deutschen Proletariats es fertiggebracht hat, das Proletariat zurückzuwerfen, ihm eine Reihe wichtiger Positionen zu entreißen, einer akuten Wirtschaftskrise die Spitze zu nehmen, so daß vorübergehend eine Beruhigung eingesetzt hat. Wenn auf dem internationalen Gebiet eine Unsicherheit vorhanden ist, so darf man wohl sagen, daß in Deutschland noch eine größere Unsicherheit und Unbestimmtheit vorhanden ist, daß man heute auf diesem Parteitag noch nicht absehen kann, ob wir in kurzer Zeit vor revolutionären großen und entscheidenden Kämpfen stehen oder ob die Entwicklung eine längere sein wird . . .

Die KPD als die Vorhut des Proletariats muß sich in allen Kämpfen

an seine Spitze stellen, Kämpfe auslösen, erweitern, vertiefen und organisieren. Wir müssen die Illusionen zerstören, daß im Rahmen des Kapitalismus oder mit parlamentarischen Mitteln die Lebenslage des Proletariats entscheidend zu bessern ist . . .

Auch in unserer Partei gibt es Strömungen gegen die Betriebszellenarbeit, Reste sozialdemokratischer Tendenzen. Die Partei muß mit aller Energie praktisch an den Aufbau der Betriebszellenarbeit herangehen und von dem Gerede der Betriebszellenarbeit endlich zur praktischen Arbeit des Aufbaues drängen. Ohne ausgebaute Betriebszellen kein festes Organisationsfundament der Partei in den Betrieben in Zeiten der Illegalität, ohne Betriebszellen eine ungeheure Erschwerung aller politischen und organisatorischen Aufgaben, die die Partei zu erfüllen hat. Also mit Überzeugung und Tatkraft heran auch an diese äußerst wichtige Arbeit, die die Arbeit der gesamten Partei werden muß im Interesse der Organisierung der Revolution. Der Parteitag, die Partei muß erkennen, daß ohne Betriebszellen der Prozeß der Organisierung und des Sieges der proletarischen Revolution ungeheuer erschwert wird.

Wir müssen eine verstärkte Arbeit in den Gewerkschaften und unter den Unorganisierten führen. Ich kann in meinem Referat über die Aufgaben der Partei nicht besonders auf die Gewerkschaftsfrage eingehen, aber ich will kurz andeuten, daß das Verhältnis der Unorganisierten zu den Organisierten sich seit dem Oktober wesentlich verändert hat, daß zum Beispiel die Gewerkschaftsbürokratie als solche jetzt sich offen auf den Standpunkt stellt, selbst nicht mehr für die Rettung der Positionen der Arbeiter zu kämpfen, sondern sich einstellt auf eine solide Staatspolitik. Die Gewerkschaftsfrage ist eine der wichtigsten und schwierigsten Fragen, vor der die KPD steht, eine Frage, an der die KPD eine Krise erleben oder sogar gespalten werden kann. Man muß sehr deutlich sagen, daß es wichtig ist, nach wie vor die kommunistische Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften fortzusetzen, und [man] selbstverständlich nicht aus den Gewerkschaften herausgehen darf, daß man aber auch durch Betriebsräte und so weiter die Unorganisierten in den Betrieben auffangen muß. Wenn zum Beispiel der Chemnitzer Metallarbeiterverband von 38000 auf 14000 zurückgegangen ist und heute nur noch 5000 bis 6000 [Beiträge] bezahlen, wenn der Textilarbeiterverband in Chemnitz von 35000 auf 12000, wenn in Hamburg der Fabrikarbeiterverband von 22000 auf 10000 und der Metallarbeiterverband in Hamburg von 38000 auf 18000 zurückging, so sind das zweifellos Zeichen dafür, daß die KPD ihre größte Aufmerksamkeit der Gewerkschaftsfrage schenken muß . . .

Den Kampf um die proletarische Diktatur vorbereiten ist die erste und vornehmste Aufgabe der KPD. Die Partei muß in allen Situationen ihr klares Gesicht, ihr festes Programm den Massen zeigen. Trotzdem muß die Taktik der Partei elastisch und beweglich sein. Die Partei wird in dieser oder jener Situation unter Festlegung ihrer Losungen in jeder gegebenen verschärften revolutionären Epoche dasjenige tun, was sie leider 1923 versäumt hat.

Genossen, was die Aufgaben der KPD anbetrifft, will ich hiermit schließen und übergehen zum dritten Teil meines Referats, zur Lage in der Partei.

Seit vier Monaten hat die deutsche Partei diskutiert über die Taktik der Vergangenheit und den Oktoberrückzug. In diesem Zusammenhang muß man heute auf dem Parteitag schon folgendes verlangen. Wenn der Parteitag beendet ist, wenn die taktische Linie festgelegt ist und wenn der Parteitag der Partei das Aktionsprogramm gegeben hat, dann ist es vorbei mit der Diskussion über die taktischen Fragen und dann heißt es: Heran an die Arbeit! Das muß die erste Aufgabe der Delegierten in ihren Bezirken, wenn sie zurückkehren, sein, und das ist die Aufgabe aller Parteigenossen . . .

Und wenn in diesem Zusammenhang mit den Aufgaben in der Linie der Organisierung der Revolution unsere Partei es versteht, es jedem Kommunisten einzuhämmern, was Plechanow im Jahre 1903 einmal sagte, als er noch kein Menschewist war: Für einen Kommunisten ist das höchste Gesetz die proletarische Revolution, dann bin ich felsenfest davon überzeugt, daß die deutsche Partei neben der russischen Partei eine wirkliche kommunistische Massenpartei wird, die in der historischen Stunde ihre revolutionäre Mission erfüllt. Ich bin der Überzeugung, daß der Parteitag einheitlich heute zum Ausdruck bringen muß: Rückwärts nimmer, vorwärts immer! Auch die Delegierten müssen von diesem Parteitag mit dem Bewußtsein zurückkehren, daß sie in die Tat das durchzusetzen haben, was die Partei im Oktober 1923 nicht gewagt hat durchzuführen. Wir haben dazu überzugehen, die Kraft und den Willen in der Partei zu stärken, wir haben über den Rahmen der Partei [hinaus] den Glauben des Proletariats zu wecken an den Sieg der proletarischen Revolution. Besonders in der heutigen Situation, wo nur die deutsche Kommunistische Partei die Partei, die einzige Partei des Proletariats ist, die diese Aufgabe erfüllt. Wir werden in die Partei zurückkehren und müssen mit Lust und Liebe an die Parteiarbeit gehen mit der Organisierung der Revolution, mit dem Ausbau der Machtinstrumente, mit der politisch-organisatorischen Umstellung der Partei. Ich bin fest überzeugt, wenn der gute Wille der Delegierten vorhanden ist, in den Bezirken das durchzuführen, was notwendig ist, dann wird die deutsche Kommunistische Partei keinen solchen Golgathaweg nochmals marschieren wie in dem letzten Jahre, sondern siegesbewußt, erfüllt und durchtränkt von Pflicht und Kraftbewußtsein, jene große Aufgabe durchsetzen, die das russische Proletariat uns gezeigt hat: den Sieg der proletarischen Revolution. Der Sieg der deutschen Revolution bedeutet eine Förderung der Weltrevolution. Ein deutsches revolutionäres Proletariat, eine deutsche Räterepublik, verbunden mit der russischen Sowjetrepublik, ist eine solche gewaltige Kraft gegen die internationale Bourgeoisie, daß über den Rahmen dieser beiden Länder hinaus in dieser Epoche das verwirklicht wird, was die Kommunistische Internationale sich als Grundsatz gelegt hat: die Weltrevolution zum Siege zu führen . . .

Und mein Wunsch zum Schlusse ist, daß die Diskussion anknüpft an all das, was ich im Referat behandelt, und ergänzt, was ich vielleicht vergessen habe, und beiträgt zur politischen Klärung der gesamten Parteiarbeit. Wird der Kampfruf des Parteitages sein: Heran an die praktische Arbeit!, wird die Mitgliedschaft zu gleicher Zeit beginnen, in der Tat die praktischen Arbeiten des Parteitages zu fördern und zu vollenden, dann wird die deutsche Kommunistische Partei schneller das Ziel erreichen, das wir uns gesetzt haben: den Sieg der deutschen Revolution, die Errichtung der proletarischen Diktatur!

Alma Soltau
Erinnerung

Im Jahre 1924 wurde ich Frauenleiterin für den Bezirk Wasserkante, ebenfalls wurde ich in die Hamburger Bürgerschaft gewählt. Da-

durch ergab sich bei den Sitzungen der Bezirksleitung und der Bürgerschaftsfraktion ein etwas näherer Kontakt mit dem Genossen Thälmann . . . Ich wußte, daß der Genosse Ernst von sich und von seinen Mitarbeitern ein hohes Maß an Arbeit forderte. Überschwang lag ihm nicht, er war bis zur Härte realistisch. Viele Sitzungen der Bezirksleitung zogen sich bis zum Morgen hin, bis in kleinste Einzelheiten legte er uns die notwendigen Arbeiten und Aufgaben dar. Immer wollte er wissen, wie die wirkliche Stimmung in den Betrieben, in den Stempelstellen und bei den Hausfrauen war. Er duldete keine Schönfärberei, keine Berichte über Scheinerfolge.

Rede auf dem V. Kongreß der KI am 28. Juni 1924

Im Namen der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands bringe ich der Delegation aus den Betrieben Leningrads die herzlichsten kommunistischen Grüße dar. Die Arbeiter Leningrads haben den revolutionären Kampf in Deutschland aufmerksam verfolgt und wissen, daß das deutsche revolutionäre Proletariat mit dem Proletariat und den Bauern Rußlands verbunden ist. Wenn sie in allen Situationen, besonders in der Oktobersituation, darauf gebrannt haben, die deutschen Arbeiter bei Ausbruch der proletarischen Revolution nicht nur durch Sympathie und Solidarität, sondern durch aktiven Kampf zu unterstützen, so zeigt sich heute auf diesem Weltkongreß durch die Übergabe von drei Fahnen, welch inniges, festes, brüderliches, kommunistisches Solidaritätsgefühl bei den russischen Arbeitern besteht. Die Delegierten des Kongresses verstehen, wie die deutschen Arbeiter und Bauern heute gegen die deutsche Bourgeoisie zu kämpfen haben. Die russischen Arbeiter und Bauern, besonders die Leningrader Arbeiter, verstehen den schweren Kampf, den wir gegen den weißen Terror in Deutschland auszufechten haben. Sie sind diejenigen, die uns den Weg zur Freiheit zeigen. In diesem Sinne übernehme ich im Namen der Mitgliedschaft der Kommunistischen Partei Deutschlands die Fahne. Ich hoffe, daß wir sie in den Kampf tragen werden, der uns zu jenem Siege führt, den im Jahre 1917 die erste proletarische Revolution erfochten hat. Wenn wir diese Fahne so vorantragen, wenn wir auf diesem Kongreß das Versprechen ablegen, daß wir die Linie der russischen Partei, die bolschewistische Taktik einhalten, dann, glaube ich, können wir den Leningrader Arbeitern, die uns diese Fahne übergeben haben, sagen, wir haben es verstanden zu kämpfen und werden auch siegen.

Aus der Begrüßungsansprache auf dem III. Kongreß der RGI in Moskau am 8. Juli 1924

Genossen und Genossinnen! Im Namen des V. Weltkongresses der Komintern überbringe ich dem III. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale die brüderlichsten Grüße. Die Behandlung einiger wichtiger Fragen auf dem V. Weltkongreß, die auch auf eurem Kongreß auf der Tagesordnung stehen, beweisen, daß die Kommunistische Internationale mit der RGI eng verbunden ist. Die Beschlüsse des V. Weltkongresses sind das Ergebnis einer eingehenden Analyse, die zeigt, daß mit der Durchführung der siegreichen russischen Revolution der Kapitalismus sich in einer unaufhörlichen Krise befindet, die in den Sieg der Weltrevolution münden muß. Diese Erkenntnis wird auch die Basis der Beschlüsse eures Kongresses bilden . . .

In der gegenwärtig verschärften Situation in allen kapitalistischen Ländern, wie sie besonders in Deutschland durch das Sachverständigengutachten /7/ geschaffen worden ist, hat der Kongreß der RGI Entscheidungen von lebenswichtiger Bedeutung für die revolutionäre Arbeiterschaft zu treffen. Wir müssen der revolutionären Gewerkschaftsbewegung eine klare und eindeutige Linie geben, so wie sie aus den Beschlüssen des V. Weltkongresses spricht . . .

Unsere Aufgabe ist es, die Gewerkschaftsbewegung in den Dienst des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse zu stellen. Im Kampf um die Tagesforderungen der Arbeiterklasse müssen wir die Gewerkschaften zu solchen Organisationen verwandeln, die fähig und imstande sind, im unausweichlichen Bürgerkrieg, im bewaffneten Aufstand des Proletariats eine verläßliche und scharfe Waffe gegen die Bourgeoisie zu sein . . .

Ich wünsche euch im Namen des Kongresses, daß euer Kongreß gedeihliche revolutionäre Arbeit für das Weltproletariat schaffe. Der Solidarität und wärmsten Unterstützung der Kommunistischen Internationale könnt ihr gewiß sein.

Vorwärts immer, rückwärts nimmer, möge die Kampfeslosung eurer Beratungen sein.

Es lebe die Rote Gewerkschaftsinternationale, es lebe die Weltrevolution!

7 Gemeint ist der Dawes-Plan, der von der Londoner Reparationskonferenz (16. Juli – 16. August 1924) angenommen wurde. Er regelte die Zahlungen Deutschlands an die imperialistischen Siegermächte des ersten Weltkrieges.

Sowjetische Werktätige
an der Bahre Wladimir Iljitsch Lenins

Führender kommunistischer Funktionär

Erste Seite eines von Ernst Thälmann ausgefüllten Fragebogens

Der Sitz der Bezirksleitung Wasserkante der KPD seit Frühjahr 1923, Hamburg, Valentinskamp 40–42

Mit Tintenstift ausfüllen!

Kommunistische Partei Deutschlands
(Sektion der Kommun. Internationale)

Bezirksstempel:

34. *

Fragebogen

zur Registrierung der leitenden Parteifunktionäre.

Der Parteitag in Leipzig beauftragte die Zentrale mit der Registrierung der leitenden Parteifunktionäre. Die Registrierung soll eine genaue Uebersicht ermöglichen über die vorhandenen politischen und organisatorischen Kräfte der Partei. Die Zentrale und die Bezirksleitungen erhalten dadurch auch Unterlagen zur Beurteilung der Genossen, die als Teilnehmer für die Parteischule, als Sekretariats- oder Redaktionsvolontäre oder als Angestellte in einer Arbeiterorganisation vorgeschlagen werden. Die Registrierung erstreckt sich somit auf alle Genossen, die als politische Angestellte in der Partei oder als Angestellte in anderen Arbeiterorganisationen (Gewerkschaften, Genossenschaften, Kommunen usw.) tätig sind, sowie auf jene Genossen, die evtl. später für solche leitende Funktionen in Betracht kommen. (Redakteur, Sekretär, Gewerkschaftsangestellter, Genossenschaftsangestellter, Kommunalbeamter usw.)

Die Fragebogen sind ordnungsgemäß in je zwei Exemplaren ausgefüllt und mit Anmerkungen der Ortsleitung versehen bis spätestens 31. Mai an die Bezirksleitung einzusenden.

Zentrale der K. P. D.

Name und Vorname: Ernst Thälmann

Geburtsort: Hamburg Geburtsjahr: 1886 16.4.

Beruf (Angabe des bürgerlichen Berufes und bis wann ausgeübt. Wenn Parteiangestellter, genaue Angaben über gegenwärtige Tätigkeit): bis 1923 im Betrieb [illegible]

Wohnort: Hamburg Straße und Hausnummer: [illegible]

Schulbildung: Volksschule Verheiratet: ja Kinder: 1

Besuch von Parteikursen: 1906 – 1908 Lenin-Schule

Sprachenkenntnis:

Stenographie: Schreibmaschine:

Militärische Ausbildung: aktiv gedient

Politische Strafen: diverse

Politisch organisiert seit: 1903

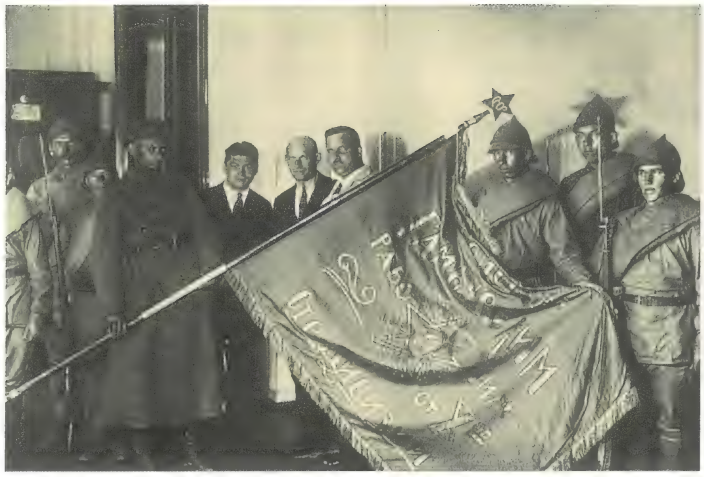
Mitglied der S. P. D. von 1903 bis 1914

Genaue Angaben der Parteifunktionen während dieser Zeit: Distriktsführer [illegible]

Mitglied der U. S. P. von [illegible] bis zur Vereinigungspartei

Genaue Angaben der Parteifunktionen während dieser Zeit: 1. Vorsitzender von Hamburg

Angehörige der X. Schützendivision der Roten Armee übergeben während des V. Kongresses der KI an Ernst Thälmann eine Fahne für die Hamburger Arbeiter, 1924



Ernst Thälmann im Haus der Bauern in Smolensk am 11. August 1925

Ernst Thälmann im Präsidium des V. Kongresses der KI in Moskau, Juni/Juli 1924

Dem Klassenfeind auch im Parlament die Stirn bieten

Aus der Rede im Reichstag am 4. Juni 1924

Es ist interessant und zugleich kein Zufall, daß in dem Augenblick, wo man sich im Deutschen Reichstag mit der Aufhebung der Immunität unserer Abgeordneten beschäftigt, 80 unserer Genossen vor dem französischen Militärgericht in Mainz stehen wegen antimilitaristischer Propaganda. Das ist der beste Beweis dafür, daß wir dort wie auch hier das Programm der Kommunistischen Partei verteidigen, daß wir nicht nur die innere Bourgeoisie, sondern auch die internationale Bourgeoisie überall bekämpfen . . .

Ich will auf das Anklagematerial, welches in 20 oder 30 Punkten von Löbe vorgetragen wurde, im einzelnen nicht eingehen, weil es mindestens fünf Stunden dauern würde, um die einzelnen Punkte des vorliegenden Materials zu behandeln.

Wenn man erstens über die proletarischen Hundertschaften und die Stellung der KPD [zu ihnen] spricht, zweitens über die Stellung der Partei zum bürgerlich-kapitalistischen Staat so viel Anklagematerial gefunden hat, wenn man drittens über die praktischen und politischen Aufgaben, die die Partei sich gestellt hat in der Organisierung der Revolution, alles mögliche herangeholt hat, so wird es schon notwendig sein, von der Tribüne des Parlaments zu erklären, daß wir zu unserem Programm stehen und daß wir den deutschen Arbeitern zurufen: Wir gehen von unserem Programm nicht zurück trotz der brutalen Maßnahmen der reaktionären Justiz, der Stellung der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie gegen uns. Wir werden kämpfen gegen alle Feinde, vorwärts marschieren und niemals rückwärts. Wir werden die Arbeiter nicht in der Illusion bestärken, wie es die Sozialdemokraten und die Bürgerlichen tun, daß man mit dem Stimmzettel die politische Macht erobern kann.

Man wird mit den Stimmzetteln die politische Macht schon deswegen nicht erobern können, weil die finanziellen Verhältnisse im bürgerlich-kapitalistischen Staate so stehen und der großangelegte Schwindel bei den Wahlen durch das Gift der Propaganda und mit dem Gelde der bürgerlichen Parteien eine solche Wirkung ausübt, daß es nicht möglich ist, trotz des Grundsatzes des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts bei den Wahlen eine solche Abstimmung im Resultat zu bekommen, die der Objektivität, die der Stimmung der Massen des werktätigen Volkes in Deutschland entspricht.

Wir erklären von der Tribüne des Parlaments: Wir werden unser Ziel nie verleugnen. Vor uns steht als Ziel die Eroberung der politischen Macht, und in dem Zusammenhang stellen wir konkret die Aufgabe der Organisierung der Revolution. Wir machen kein Hehl daraus, daß wir bei jedem gegebenen Anlaß, in jeder Kampfsituation, auch im bürgerlichen Parlament bei der Erörterung von politischen Fragen, ganz besonders bei Erörterung unserer Anträge auf [Ablehnung einer] Aufhebung der Immunität irgendwelcher Genossen unserer Fraktion, wo es sich darum handelt, daß man uns Soldaten der Revolution rauben will, in erhöhtem Maße erklären, daß wir versuchen werden, die breiten Massen der Bauern, der Arbeiter und des Mittelstandes für die Sache der Revolution zu gewinnen. Eine Partei, die auf dem Boden des Klassenkampfes steht, darf ihr Ziel und ihre Taktik zum Ziel niemals verleugnen. Der bürgerlich-kapitalistische Staat als Instrument der Bourgeoisie ist weiter nichts und hat sich im allgemeinen stets so gezeigt als die Unterdrückungsmaschine gegen die Mehrheit der Bevölkerung, gegen das Proletariat, und wer der Meinung ist, daß im bürgerlich-kapitalistischen Staat der Klassenkampf sich vermeiden läßt, der hat sich geirrt . . .

Und wenn die Faschisten in der Form nationalistischer Verbände und sonstiger militärischer Organisationen aufmarschieren können, sich ohne irgendein Verbot organisieren und militärisch ausbilden können, in Bayern und anderen Gegenden Deutschlands öffentlich auf die Straße marschieren können, so rufen wir den Arbeitern zu: Seid auf der Hut; das, was die können, müßt ihr auch machen!

Das ist die Aufgabe, die von der Tribüne des Parlaments durch die Kommunistische Partei in Zusammenhang mit dem Anklagematerial gegen uns zum Ausdruck zu bringen ist. Wir erklären, daß es in bestimmten Perioden scharfer wirtschaftlicher und politischer Krisen unvermeidlich ist, daß der Klassenkampf sich steigert zum offenen Bürgerkrieg, das heißt zum bewaffneten Aufstand zweier Volksteile, genau wie nach dem viereinvierteljährigen Kriege, als damals nicht nur die Kreise des Proletariats, sondern auch Kreise des Mittelstandes, Kreise der Bauern und andere Kreise einsahen, daß der Krieg ein Verbrechen an der Menschheit war, daß er Not und Elend gezüchtet hat, daß er die Jugend verdorben hat. Die jetzige Krise ist eine Teilkrise der europäischen Krise, die aus dem Weltkrieg sich entwickeln mußte, die heute ihre ungeheure Nachwirkung, besonders durch die Reparationsfrage verschärft, zeigen wird . . .

Wir haben ferner die Aufgabe, festzustellen, daß die Frage des bewaffneten Aufstandes, die Frage der Eroberung der politischen Macht und die Frage der Diktatur des Proletariats eng miteinander verquickt sind. Wir erklären, daß das Verhältnis einer Arbeiterpartei zum bewaffneten Aufstande der Prüfstein für ihren revolutionären Charakter ist. Der völkische Abgeordnete Henning hat gesagt, wir seien zu feige, um unser Programm zu vertreten. Das ist nicht richtig, denn wir sagen mit aller Offenheit, ohne jede Verschleierung, daß der Staat, der in sich in Fäulnis übergeht, im krankhaften und krisenhaften Stadium von dem Proletariat unter Führung der KPD zertrümmert und zerstört werden muß. Wir kämpfen nicht nur für die Rechte unserer Abgeordneten, die Sie eingesperrt haben und nicht freilassen wollen, sondern wir kämpfen für alle politischen Gefangenen, die für Ideale eingetreten sind. Das Proletariat darf, wenn es sich wirtschaftliche und politische Rechte erkämpfen will, nicht in der Verteidigungsstellung verharren, sondern muß unter der Führung der KPD in die Angriffsstellung übergehen. Nur in dieser Richtung liegt der Sieg. Darum müssen wir im Zusammenhang mit der hier zu erörternden Frage auch vor dem Parlament, vor den Massen sagen, wie unser Programm aussieht.

Es liegt ebenfalls Anklagematerial gegen die Partei und ihre Führer in bezug auf die Bewaffnung des Proletariats vor.

Dazu erklären wir, daß wir nicht stillhalten und zusehen werden, wie Sie sich bewaffnen, um das Proletariat niederzuschlagen, sondern daß wir das Proletariat auffordern, die Waffen in die Hand zu nehmen, weil das Gewehr in der Hand des Arbeiters seine Freiheit bedeutet. (Zuruf rechts: «Nie wieder Krieg!») Nie wieder Krieg? Sehen wir so pazifistisch aus? Wir glauben nicht, daß in dem gegenwärtigen Stadium der Entwicklung Klassenkämpfe durch friedliche De-

monstrationen zu ersetzen sind. Nein, wo Gegensätze vorhanden sind und sich verschärfen, müssen sie in einem erhöhten Kampfstadium, in einem revolutionären Kriege ausgefochten werden, in dem die Bourgeoisie niederzuschlagen ist . . .

Bei dem Kampfe im Parlament um die Rechte unserer Genossen wehren wir uns auch gegen die falschen, verleumderischen Anschuldigungen gegen unsere Partei. Die Erörterung der heutigen Fälle steht im engsten Zusammenhang mit dem Vorstoß der ganzen Reaktion in Deutschland. Auch der gestrige Ausschluß des Abgeordneten Remmele für zwanzig Sitzungen, dieses schrittweise Vorgehen gegen die kommunistische Fraktion, ist der Anfang der Kette von Maßnahmen gegen uns. Wir sehen getrost solchen Maßnahmen entgegen, weil wir wissen, daß die Entwicklung für uns spricht und wir dadurch zwar personell geschwächt, aber politisch – in der Masse – stärker werden. Bei den Reichstagswahlen hat sich gezeigt, daß die Kommunistische Partei mit wenig Geld und geringen agitatorischen Mitteln nach außen hin große Erfolge errungen hat. Sie hat den Wählermassen erklärt: Wenn ihr Kommunisten wählt, dann wählt ihr diejenigen, die das bürgerliche Parlament nicht nur sprengen, sondern an die Stelle des bürgerlichen Parlaments das Räteparlament setzen wollen; wenn ihr Kommunisten wählt, gebt ihr eure Stimme nicht denjenigen, die für den kapitalistischen Staat eintreten, sondern denjenigen, die den proletarischen Staat wollen.

Wir haben den Wählern gesagt: Wir machen euch keine Versprechungen, weil im bürgerlichen Parlament für den Emanzipationskampf des Proletariats nichts oder nur wenig geschehen kann. Wenn es mit diesem grundsätzlich klaren und konsequenten Programm möglich war, 3700000 Wähler auf unsere Seite zu bringen, so können wir Ihnen sagen: Selbst wenn Sie es fertigbringen, den besten Kern der Führung unserer Partei einzusperren, selbst wenn Sie es fertigbringen, einen Teil unserer Abgeordneten ins Gefängnis zu bringen, selbst wenn Sie es fertigbringen, die kleinen Funktionäre dorthin zu bringen, wohin Sie sie haben wollen, selbst wenn Sie schließlich Maßnahmen ergreifen, um Konzentrationslager in Deutschland für die Kommunisten zu schaffen, so werden Sie damit nichts erreichen. Selbst wenn es sogar so weit kommen sollte, daß man den Reichstag als Konzentrationslager zur Unterbringung der Kommunisten benutzt, werden Sie die Idee, den Kommunismus, nicht töten können, werden Sie nicht in der Lage sein, die kommunistische Idee aufzuhalten.

Aus der Rede im Reichstag am 28. August 1924

Während im Reichstag, dem bürgerlich-kapitalistischen Parlament, die sogenannten Volksvertreter unter sich kuhhandeln, um in der Abstimmung heute oder morgen den Raubvertrag von London abzuschließen, bilden vor dem Reichstagsgebäude die Massen Spalier, um das Leichenbegängnis der deutschen Republik in Empfang zu nehmen. Noch niemals ist eine deutsche Regierung in eine solche Unsicherheit versetzt gewesen, wie es gerade heute noch der Fall zu sein scheint, selbst nicht zur Zeit des Rathenau-Mordes und des Erzberger-Mordes. Wir erheben von dieser Stelle aus die heftigste Anklage gegen die Stresemann-Regierung und ihre Helfershelfer, die dem deutschen Volke einen solchen Sklavenpakt aufoktroyieren wollen. Die Zustimmung zu einem solchen kapitalistischen Gutachten, das selbst von der Vertreterin der Sozialdemokratie, der Frau Toni Sender, so gekennzeichnet wurde, sei es, daß es nach Räuberart mit dem Messer in der Hand erzwungen, sei es, daß mit Hinterlist die Unterschrift eines durch Benebelung erst von Sinnen gebrachten Menschen ergattert wurde, ist das größte Verbrechen, das jemals in der Geschichte an einem Volk begangen worden ist.

Stresemann und Marx haben in London als Vertreter des bürgerlichen Deutschlands nicht nur den ursprünglichen Sachverständigenplan, der schon an sich ein regelrechter Kolonisierungsplan war, angenommen, sondern sie haben auch den sogenannten Londoner Kompromissen zugestimmt, die Punkt für Punkt eine ungeheure Verschärfung dieser Pläne zuungunsten Deutschlands bedeuten . . .

Die Kommunistische Partei und ihre Reichstagsfraktion gibt in Anbetracht dieses ungeheuren Verbrechens, welches in dieser Stunde am deutschen Volke und an den werktätigen Massen begangen wird, in dieser Angelegenheit folgende Erklärung ab:

Die kommunistische Reichstagsfraktion erklärt im Namen der 3700000 Arbeiter, Angestellten, Beamten und Kleinbauern, die hinter ihr stehen, daß sie sämtliche auf dem Sachverständigengutachten beruhenden Gesetzentwürfe ablehnt. Die Kommunistische Partei macht das In- und Ausland darauf aufmerksam, daß die Abstimmung dieses Reichstags die Kommunistische Partei Deutschlands nicht bindet. Keine Regierung und kein Reichstag ist berechtigt, die werktätigen Massen Deutschlands an das internationale Finanzkapital zu verkaufen. Die Kommunistische Partei macht das In- und Ausland darauf aufmerksam, daß die Kommunistische Partei Deutschlands, falls sie irgendwie die Verantwortung für die Geschicke Deutschlands übernehmen sollte, die Dawes-Gesetze als null und nichtig ansehen wird, keinerlei sich daraus ergebende Verpflichtungen anerkennen und keinen Pfennig auf Grund dieser Gesetze bezahlen wird. Das Sachverständigengutachten ist ein Manöver des internationalen Kapitals, um die inneren Gegensätze zwischen den einzelnen nationalen Kapitalistengruppen auf Kosten der werktätigen Masse Deutschlands zu überbrücken . . .

Wir erklären, daß wir mit aller Initiative, mit aller uns zur Verfügung stehenden Kraft, mit Hilfe der Massen, die hinter uns stehen, darauf hinwirken werden, daß das Sachverständigengutachten in seiner ungeheuren Auswirkung nicht durchgeführt werden kann.

Wilhelm Koenen
Erinnerung

Ernst Thälmann trat nicht oft im Reichstag auf. Seine wenigen Reden waren stets prinzipieller Natur. Er benutzte die Tribüne des Reichstages im wahrsten Sinne des Wortes, um zu Millionen Werktätigen zu sprechen. Schon durch seine Statur wirkte er sehr massiv und war in der Tat durch nichts zu erschüttern, schon gar nicht durch hämische Zwischenrufe des Klassenfeindes, auf die er entweder sachlich einging oder die Partei des Rufers durch treffende Tatsachen ins rechte Licht rückte. Mir ist vor allem sein grundsätzliches Auftreten in bedeutsamen nationalen Fragen deutlich in Erinnerung, als er zum schändlichen Londoner Abkommen (Dawes-Plan), zum Abschluß des Locarno-Vertrages, der antisowjetischen Wende der deutschen Außenpolitik, und zum Young-Plan, den er als zweites Versailles bezeichnete, sprach.

Unbarmherzig entlarvte Ernst Thälmann mit Zahlen und vielen Beweisen die imperialistischen Machenschaften gegen die Werktätigen

Deutschlands. Stolz bekannte er sich zur Freundschaft mit der Sowjetunion und geißelte die wahren Pläne der imperialistischen Kräfte der USA und Englands, die deutschen Imperialisten als Stoßtrupp gegen die Sowjetunion reif zu machen. Es war am 28. August 1924, als er seine große Rede gegen den Dawes-Plan hielt und die deutsche Bourgeoisie des nationalen Verrats anklagte . . .

Das Auftreten Ernst Thälmanns im Deutschen Reichstag ist ein Musterbeispiel dafür, wie man dem Klassenfeind in dessen eigenem Hause entgegentreten muß. Stets war Ernst Thälmann gründlich vorbereitet und beherrschte das Material für seine Reden. Er war kein Redner, der anderen zu Munde sprach. Einfach, ehrlich und konsequent legte er seine Gedankengänge dar. Er war einer der populärsten Redner, und ich weiß aus eigener Erfahrung, wie ihn die Arbeiter liebten, weil sie ihn verstanden. Denn er sprach ohne Floskeln und gedrechselte Redensarten, etwa um gebildet zu erscheinen. Die Werktätigen zu überzeugen, dem galt sein Hauptbemühen. Die Feinde zurückzuweisen und zu schlagen, war er stets bereit. Er strahlte Kraft und Zuversicht aus, aber aus persönlichen Unterhaltungen weiß ich, daß er niemals Illusionen über die Schwere und Kompliziertheit des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse hatte.

Aus der Rede im Reichstag am 7. Januar 1925

Genau das, was wir bei der Erörterung der Dawes-Gesetze gesagt haben, ist eingetreten, nämlich, daß sich diese Gesetze so auswirken würden, daß nicht nur der Achtstundentag geraubt und der Neunstundentag, der Zehn- und Elfstundentag eingeführt wurde, sondern daß darüber hinaus auch die Invaliden- und Altersrentner, Kriegsbeschädigten, Erwerbslosen und so weiter unter dem Drucke des Entente-Imperialismus zu leiden haben, daß die Lasten von den werktätigen Massen getragen werden müssen. In einer solchen Situation ist es geradezu als ein Skandal zu bezeichnen, daß die Regierung nicht vor den Reichstag tritt, um darzulegen, wie sie sich die Situation im Innern und nach außen in Zukunft vorstellt. Die kommunistische Fraktion bringt zum Ausdruck, daß sie in einer solch schwierigen Situation, nachdem wochenlang nicht nur von den Parteien, sondern von den verschiedenen Kapitalistengruppen der Kuhhandel über die Verteilung der Ministersessel geführt worden ist, dem deutschen Proletariat eine Erklärung schuldig ist. Sie gibt deshalb zur Tagesordnung der nächsten Sitzung folgende Erklärung ab:

Die Kommunistische Partei – und mit ihr die kommunistische Reichstagsfraktion – stellt fest, daß jede bürgerliche Regierung eine mehr oder weniger verhüllte kapitalistische Diktatur zur Ausbeutung der werktätigen Massen darstellt.

Bei aller Gegensätzlichkeit der kapitalistischen Interessengruppen und trotz ihres komödienhaften Regierungsschachers ist sich die gesamte bürgerliche Klasse einig, die aus dem Reparationsabkommen mit der Entente, besonders aus dem Londoner Abkommen sich ergebenden Lasten restlos auf die werktätigen Massen abzuwälzen.

Die seit dem 7. Dezember vorigen Jahres andauernde Regierungskrise ist der Ausdruck der Ohnmacht und Abhängigkeit der deutschen Bourgeoisie vom Ententekapital. Die von uns Kommunisten vorausgesagten Auswirkungen des Dawes-Gutachtens sind voll und ganz eingetroffen. Die werktätige Bevölkerung des besetzten Rhein- und Ruhrgebiets bleibt durch den Verrat und die Feigheit der deutschen Bourgeoisie in den Klauen des Entente-Imperialismus, der seinen Beauftragten in Deutschland knapp ein Vierteljahr nach London einen Fußtritt nach dem anderen versetzt.

Die deutsche Arbeiterklasse muß dies Spiel der internationalen Bourgeoisie durchschauen und in proletarischer Solidarität in allen bevorstehenden Kämpfen die Unterdrückungs- und Ausbeutungspläne des internationalen Kapitals und seiner Helfershelfer zunichte machen, indem sie ihre revolutionären Kräfte sammelt, der kapitalistischen Diktatur die proletarische Diktatur gegenüberstellt, die Bourgeoisie entwaffnet und statt dessen die Bewaffnung des Proletariats durchführt.

Die Sammlung für diese Ziele kann nur geschehen, indem sich alle Ausgebeuteten hinter die Forderungen des von der klassenbewußten Arbeiterschaft ganz Deutschlands angenommenen Gothaer Programms /8/ stellen. Dies Programm verlangt: Statt Lohnabbau 40prozentige Lohn- und Gehaltserhöhung /9/, Verweigerung der Mehrarbeit, Kampf um den Achtstundentag, statt Entlassungen und Arbeitslosigkeit Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß, fort mit der Steuerausbeutung der proletarischen Bevölkerung in Stadt und Land, Konfiskation der großkapitalistischen Vermögen, Schutz- und Trutzbündnis mit Sowjetrußland, sofortige Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen.

Wir verlangen, daß der Reichstag sich nicht wieder wegen der sogenannten Regierungsfrage vertagt, um den Kuhhandel der Fraktionen um die Ministersessel zu erleichtern, sondern vor allem anderen zu diesen Forderungen des deutschen Proletariats sofort Stellung nimmt.

Wir beantragen daher, daß der Reichstag am Donnerstag dieser Woche wieder zusammentritt und die im Sinne des Gothaer Programms aufgestellten Forderungen der kommunistischen Reichstagsfraktion sofort behandelt.

8 Soziale und demokratische Forderungen des Ortsausschusses des ADGB und der Betriebsräte Gothas vom 1. Oktober 1924.
9 In der Quelle: Gehaltszahlung.

Wahl in den Reichstag

Kommunistischer Agitationseinsatz in Berlin zur Reichstagswahl am 7. Dezember 1924

Seite aus «Kürschners Deutscher Reichstag 1928»

Wahlkreis 34. Hamburg. 457

***Ernst Thälmann**
(Kommunistische Partei).

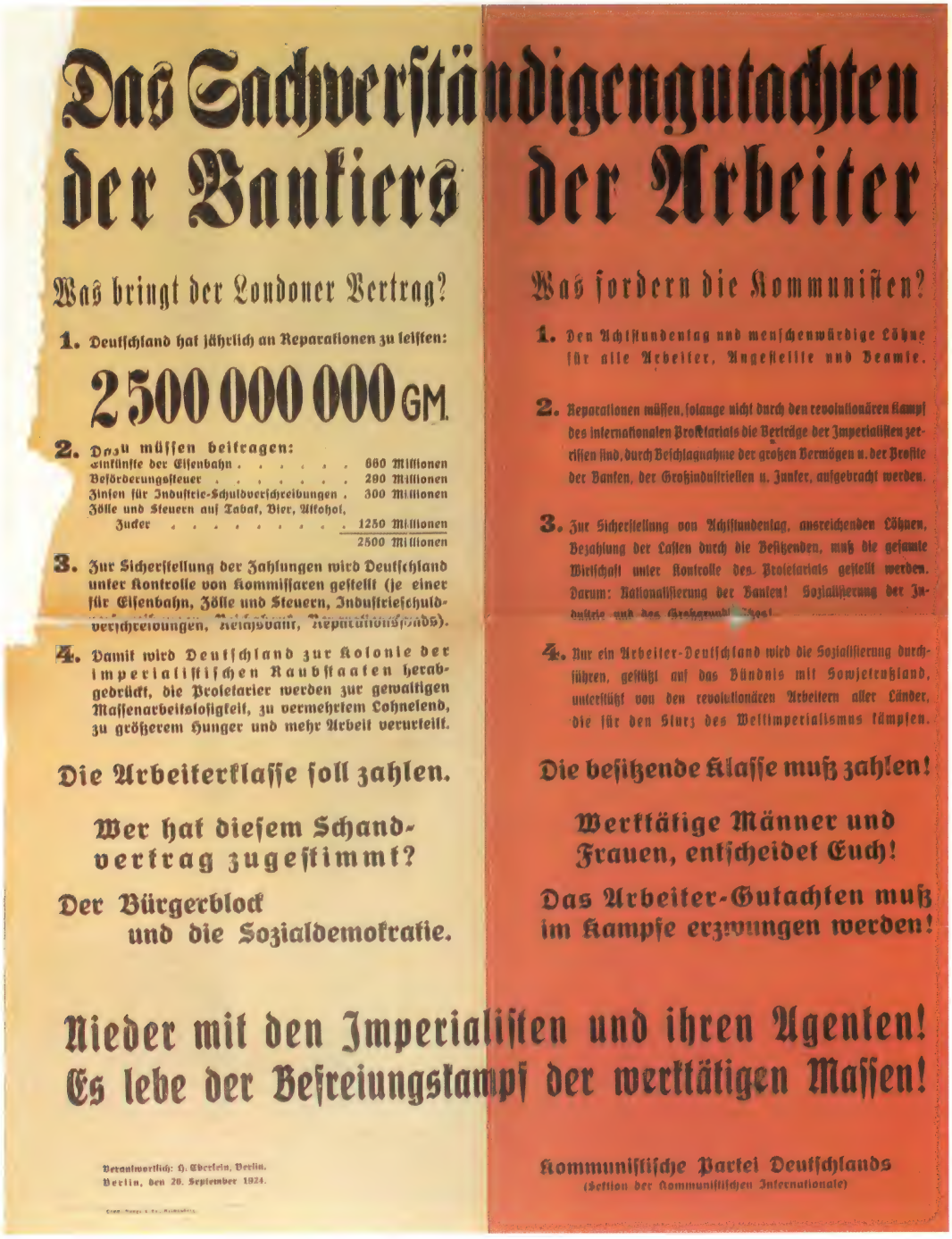
Transportarbeiter in Hamburg. Geb. 16. 4. 1886 in Hamburg (religionslos). Volksschule. Transportarb., Werftarb., Seemann, längere Zeit Expedient und Angestellt.r im Arbeitsamt. Seit 1903 M. d. Sozialdemokr.; währ. d. Krieg. zur U. S. P. übergetr. und s. d. Vereinig. des Spartakusb. u. ein. Teiles d. U. S. P. M. d. Kommunist. P. Erst. Vors. d. Kommunist. Part. in Hamburg. — Seit 1919 M. d. Hamburg. Bürgersch., Vors. d. kommun. Frakt. u. M. d. Finanzdeput. Hamburg. M. d. R. seit 1924.

Das Reichstagsgebäude in Berlin

Forderungen der KPD

Plakat der KPD zur Reichstagswahl am 7. Dezember 1924.
Boris Angeluscheff (Bruno Fuk), 1924

Plakat der KPD gegen den Dawes-Plan, 1924



Das Sachverständigengutachten der Bankiers

Was bringt der Londoner Vertrag?

1. Deutschland hat jährlich an Reparationen zu leisten:

2 500 000 000 GM.

2. Dazu müssen beitragen:

Einkünfte der Eisenbahn	660 Millionen
Beförderungssteuer	290 Millionen
Zinsen für Industrie-Schuldverschreibungen	300 Millionen
Zölle und Steuern auf Tabak, Bier, Alkohol, Zucker	1250 Millionen
	2500 Millionen

3. Zur Sicherstellung der Zahlungen wird Deutschland unter Kontrolle von Kommissaren gestellt (je einer für Eisenbahn, Zölle und Steuern, Industrieschuldverschreibungen, Reichsbank, Reparationsfonds).

4. Damit wird Deutschland zur Kolonie der imperialistischen Raubstaaten herabgedrückt, die Proletarier werden zur gewaltigen Massenarbeitslosigkeit, zu vermehrtem Lohnelend, zu größerem Hunger und mehr Arbeit verurteilt.

Die Arbeiterklasse soll zahlen.

Wer hat diesem Schandvertrag zugestimmt?

Der Bürgerblock und die Sozialdemokratie.

der Arbeiter

Was fordern die Kommunisten?

1. Den Achtstundentag und menschenwürdige Löhne für alle Arbeiter, Angestellte und Beamte.

2. Reparationen müssen, solange nicht durch den revolutionären Kampf des internationalen Proletariats die Verträge der Imperialisten zerrissen sind, durch Beschlagnahme der großen Vermögen u. der Profite der Banken, der Großindustriellen u. Junker, aufgebracht werden.

3. Zur Sicherstellung von Achtstundentag, ausreichenden Löhnen, Bezahlung der Lasten durch die Besitzenden, muß die gesamte Wirtschaft unter Kontrolle des Proletariats gestellt werden. Darum: Nationalisierung der Banken! Sozialisierung der Industrie und des Großgrundbesitzes!

4. Nur ein Arbeiter-Deutschland wird die Sozialisierung durchführen, gestützt auf das Bündnis mit Sowjetrußland, unterstützt von den revolutionären Arbeitern aller Länder, die für den Sturz des Weltimperialismus kämpfen.

Die besitzende Klasse muß zahlen!

Werktätige Männer und Frauen, entscheidet Euch!

Das Arbeiter-Gutachten muß im Kampfe erzwungen werden!

Nieder mit den Imperialisten und ihren Agenten!
Es lebe der Befreiungskampf der werktätigen Massen!

Verantwortlich: H. Eberlein, Berlin.
Berlin, den 20. September 1924.

Kommunistische Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Kandidat für alle Werktätigen Deutschlands

Das Polbüro der Zentrale der KPD teilt mit:

Die Zentrale der KPD hat in einer Sitzung am Dienstag zur Frage der Präsidentschaftskandidatur Stellung genommen und einmütig beschlossen, den schwarzweißroten Thronprätendenten sowie den schwarzrotgoldenen Steigbügelhaltern der kapitalistischen Reaktion in dem Genossen Ernst Thälmann einen Kandidaten aller klassenbewußten Arbeiter entgegenzustellen.

Genosse Thälmann ist Hamburger Transportarbeiter, steht jahrzehntelang in der Arbeiterbewegung, gehörte schon vor dem Kriege in Hamburg der sozialdemokratischen Opposition an und hat in und nach dem Kriege in jeder Situation bewiesen, daß er die Verkörperung des revolutionären Willens der deutschen Arbeiterschaft darstellt.

Berlin, 3. März 1925

Appell an die werktätigen Bauern vom 18. März 1925

Die Kommunistische Partei, die mich zum Präsidentschaftskandidaten für die Arbeiterschaft bestimmte, hat dadurch zugleich eine Kandidatur für alle Werktätigen Deutschlands, also auch für die schaffenden Bauern, aufgestellt. Alle, die von der Arbeit ihrer Hände und ihres Hirns leben und nicht von der Ausbeutung fremder Arbeitskraft, haben die gleichen Interessen. Wenn die Arbeiterschaft sich selbst vom Druck des Kapitals befreien will, dann muß sie auch die arbeitende Bevölkerung auf dem Lande von dem Druck des Kapitals befreien. Diesen Druck spürt der Kleinbauer, Siedler und Pächter heute durch die unerhört hohen Steuern, durch die immer höher steigende Teuerung.

Die Bauern wissen heute schon, daß nicht die Kommunisten, nicht die Bolschewisten, ihnen die letzte Kuh aus dem Stalle holen, sondern die Vertreter des Kapitals, der kapitalistischen Regierung, die die Bauern zuerst durch die Inflation, dann durch die Steuern ausgeplündert haben. Für die Großgrundbesitzer gibt es kleine Steuern und große Kredite, für den Kleinbauern große Steuern und kleine Kredite. Der Großgrundbesitzer und der Junker bekommen billige Kredite, der Kleinbauer muß Wucherzinsen zahlen. Die großen Herren vom Landbund sehen es mit Freuden, wenn die Kleinbauern unter der Schuldenlast zusammenbrechen. Sie freuen sich auf den Tag, wo der Bauer von dem Boden, den Väter und Urväter mit ihrem Schweiße gedüngt haben, vertrieben wird und der Grundherr zu dem alten Raub einen neuen Raub erhält. Die Bauern erkennen immer besser, daß sie nur der Weg aus dem Elend führen kann, den ihre russischen Brüder gegangen sind: Mit den Arbeitern zusammen gegen die Gutsbesitzer und Kapitalisten mit der Losung: «Grund und Boden denen, die ihn bebauen! Gruben und Fabriken denen, die in ihnen arbeiten! Wer nicht arbeitet, hat nicht zu essen und nicht mitzuentscheiden!»

Ernst Thälmann
Reichspräsidentschaftskandidat
der Kommunistischen Partei

Artikel vom 29. März 1925:
Arbeitendes Volk,
wähle dich selbst! Ein letztes Wort vor der Wahl

Vor jedem Arbeiter, vor jeder Arbeiterfrau, vor jedem Beamten, vor jedem Angestellten, vor jedem Landwirt, vor jedem Ackerknecht, vor jeder Köchin, vor jedem Künstler, vor jedem, der durch die Arbeit seiner Hände oder seines Geistes sein Brot verdienen muß, steht an diesem Tage der Wahl die einfache Frage: Willst du für dich selbst, für dein Recht, für deine Freiheit, für deine Zukunft als arbeitender Mensch stimmen oder für deine Klassenfeinde, die Anhänger der bürgerlichen, der kapitalistischen Gesellschaft, die Verteidiger deiner Knechtung durch das internationale Kapital, die dich in den vier grauenhaften Jahren des Völkermordes aller Menschenrechte beraubt, die dich hernach um alle Früchte der Novemberrevolution geprellt haben und dich jetzt in Elend, Not, Abhängigkeit und Knechtschaft halten.

Laßt euch von dem Geschrei der bürgerlichen Parteien nicht verwirren. Jetzt halten sie gewaltige Reden gegeneinander, um ihren Konkurrenzkampf um das höchste Amt in diesem Staate durchzufechten. Aber in Wahrheit sind sie untereinander alle völlig einer Meinung, daß das bisherige System der Ausbeutung, der Entrechtung der großen Masse des arbeitenden Volkes zugunsten einer kleinen Clique von Bank- und Industriemagnaten und Großagrariern fortbestehen muß. Sie alle verfechten die gleiche Politik, die ihnen vorgeschrieben wurde von dem Agenten des Bankhauses Morgan und Co., dem General Dawes. Das ist die Politik der rücksichtslosen Fortsetzung der erbarmungslosen Ausraubung der arbeitenden Massen zugunsten des internationalen Kapitals, der Auslieferung der deutschen Nation als Arbeitsvieh und Kanonenfutter für die Räuber von Versailles.

Von Jarres bis Braun steht eine Front für den Versailler Knechtschaftsvertrag, für den räuberischen Dawes-Plan, für den Beitritt Deutschlands zum Kriegsbund gegen den Arbeiter-und-Bauern-Staat Sowjetrußland, für den Fortbestand und die Verschärfung des kapitalistischen Ausbeutungssystems in Deutschland unter der Obhut der internationalen Hochfinanz. Sie wollen das Werk des Unheils vollenden, das die Kriegshetzer, die Niederlagenstrategen, die Durchhalteprediger von Ludendorff bis Ebert mit so grausigem Erfolg begonnen haben. Die einen nennen sich national, die anderen sozial, die einen christlich, die anderen demokratisch, die einen völkisch, die anderen gutbayerisch, aber sie alle sind Kandidaten der Vergangenheit, des Rückschritts, des Volksbetrugs, der Ausbeutung. Sie wetteifern in schönen Phrasen und großen Versprechungen, sie werden euch, den Arbeitenden, wie bisher nichts geben und alles nehmen, den Ausbeutern alles geben und nichts nehmen.

Die Kommunisten sagen euch offen: Es genügt nicht, mit dem Stimmzettel gegen den monarchistischen Reaktionär Jarres zu demonstrieren; denn hinter ihm steht die ganze Macht dieser sogenannten Republik. Die Ebert-Partei hat die Macht der Monarchisten, die das revolutionäre Proletariat im November zerbrach, wieder aufrichten helfen. Ihr könnt an dieser reaktionären Republik nichts zum Besseren wenden, wenn ihr Braun als einen zweiten Ebert an die Spitze stellen wolltet.

Ihr müßt für den einzigen Arbeiterkandidaten stimmen, um so eure Bereitschaft zu bekunden, zu kämpfen für eine Arbeiterrepublik, in der ihr selbst zu entscheiden habt, in der euer Wille bestimmt, in der

eure Arbeit der arbeitenden Gemeinschaft gilt und nicht dem Profit der Volksausbeuter.

Die «Republikaner», die euch mit großen Worten füttern, haben noch nicht einen Schritt getan, um eure Feinde, die monarchistischen Reaktionäre, die kapitalistischen Ausbeuter zu schlagen. Sie alle sind eben noch in der Regierung zusammengesessen, die Jarres, Marx und Braun, sie werden bald wieder in einer Regierung sitzen. Erwartet von ihnen keinen Kampf gegen eure Feinde.

Ihr selbst müßt kämpfen zusammen mit den Kommunisten! Die heutige Demonstration durch die Wahlen ist nur ein kleiner Anfang. Aber Millionen Stimmen für den Kommunismus sind ein mächtig drohendes Wort an eure Peiniger und Unterdrücker. Sagt erst das Wort und laßt bald die Tat folgen!

Fritz Selbmann
Erinnerung

Im Frühjahr 1925, in der Kampagne zur Reichspräsidentenwahl, zu der Ernst Thälmann von der Partei als der Kandidat der revolutionären Arbeiterschaft nominiert worden war, wurde ich zu seinem Begleiter auf seiner Versammlungstournee durch das Ruhrgebiet bestimmt. Thälmann hatte schon fünf Wochen lang in unzähligen Kundgebungen gesprochen. In Halle, am Beginn seiner großen Wahlreise, hatte am 13. März die Polizei eine der großen Wahlkundgebungen überfallen, zehn Arbeiter erschossen und mehr als hundert verletzt. Es war nicht leicht, der Reisebegleiter eines solchen Wahlredners zu sein. Er sprach täglich in mehreren Versammlungen, in Gasthaussälen, in Bergarbeiterkolonien, in der Dortmunder Westfalenhalle und auf dem Burgplatz in Essen. Und spät abends saßen wir dann in einem der kleinen Arbeiterlokale. Während er noch immer arbeitete, Nachrichten für die Presse, Aufrufe und Artikel redigierte, saß ich unglücklich daneben, besorgte heiße Zitrone und war in Sorge um seine Gesundheit. Denn er war krank, hatte Fieber, war erschöpft und heiser. Aber wenn ich versuchte, ihn zu überreden, doch eine Versammlung einmal auszulassen, schimpfte er mich im herrlichsten Hamburger Platt aus. Dann kam doch, am 19. April, nach fünf großen Kundgebungen, der Zusammenbruch, der ihn zwang, zwei Tage auszusetzen. Als ich aber bei der Verabschiedung schuldbewußt vor ihm stand, tröstete er mich mit stockheiserer Stimme und stieß mir zuletzt so kraftvoll die Faust in die Rippen, daß ich mit einem Schlage überzeugt war und mir um diesen «kranken» Präsidentschaftskandidaten keine Sorge mehr machte. Am dritten Tage stand er denn auch wieder auf einer Kundgebungstribüne.

Brief an die Thüringer Genossen und die Besucher der Thälmann-Kundgebungen vom 24. April 1925

Genossen!

Seit fünf Wochen bin ich dauernd für Kundgebungen unterwegs. Infolge einer Erkältung, die mir schon lange in den Knochen steckte, wurde ich am Sonntag, dem 19. April, nach Abschluß von fünf großen Kundgebungen im Ruhrgebiet gezwungen, meine Tournee zu unterbrechen. So konnte ich schon am Montag nicht in drei großen Kundgebungen in Nürnberg und Umgebung sprechen; so war es mir leider auch nicht möglich, zu Euch zu kommen, da ich erst nach zweitägiger Ruhepause zur Fortführung meiner Tournee imstande war.

Der englische Genosse und sein Begleiter haben über Eure großen, glänzend besuchten Kundgebungen berichtet. Ihr habt mit diesen Versammlungen wie durch die in den Orten, wo keine Versammlungen stattfanden, aufgestellten Abteilungen des Roten Frontkämpferbundes und des Roten Jungsturms der Bourgeoisie und ihren sozialdemokratischen Agenten gezeigt, daß Ihr gegen das schwarzweißrotgoldene Programm zu kämpfen gewillt seid, gegen Hindenburg und die offenen Monarchisten, gegen Marx und die verkappten Monarchisten, gegen Generals- und gegen Pfaffenmonarchismus!

Von Thüringen aus kam im Oktober 1924 der Ruf zur Bildung der roten Klassenfront (Gothaer Forderungen). Von Thüringen aus wurde die Bewegung für die Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit gefördert. Ihr werdet auch in Zukunft auf dem Posten sein!

Am 26. April und am 1. Mai gilt es, die Massen zu sammeln für die rote Klassenfront, alle Ausgebeuteten für den Kampf gegen die Marx-Hindenburg-Reaktion!

Ernst Thälmann

Aus dem Artikel vom 25. April 1925:
Tiefer hinein in die Massen!

Die Lehren aus dem zu Ende gehenden Wahlkampfe müssen schon jetzt gezogen und noch für die letzte Wahlarbeit und darüber hinaus für die gesamte Parteiarbeit ausgenutzt werden. Ich fasse sie in die alte Mahnung Lenins zusammen: Tiefer hinein in die Massen!

Wir müssen tiefer in die Massen hineingehen, wir müssen uns tiefer in die Massen einwurzeln! Täuschen wir uns nicht darüber, daß die Verwirrungsmanöver unserer Feinde noch immer große Erfolge haben . . .

Wir haben unsere Politik der schärfsten Kampfansage gegen die Bourgeoisie und ihre Lakaien verfochten. Wir werden sie energischer, klarer, einfacher verfechten müssen! Es genügt nicht, daß wir wissen: Es gibt keinen anderen Ausweg als den Kampf. Wir müssen es den Massen begreiflich machen, wir müssen sie für den Kampf gegen vermehrte Ausbeutung und monarchistische Gefahr mobilisieren . . .

Tiefer zu den Massen! Das muß heißen: Wir müssen sie mit Geduld und Zähigkeit aufklären, wir müssen Sprachrohr aller Nöte und Vorkämpfer in allen Tagesforderungen der Massen sein, wir müssen ihnen den Tagesausweg und in Verbindung damit den Endausweg zeigen, wir müssen verstehen, aus ihren Tagesnöten ihnen die großen Zusammenhänge zu zeigen, den «kleinen» Tageskampf in seiner Verflechtung mit dem großen nationalen und internationalen Machtkampf zu führen. Dazu gehört, daß wir in Betrieb und Gewerkschaft die unermüdlichsten, opferfreudigsten, energischsten Kollegen sind und daß wir von den Betriebszellen und Gewerkschaftsfraktionen aus unsere Arbeit einheitlich zu organisieren verstehen.

Präsidentschaftskandidat

Weder Monarchie, noch Stinnes-Republik!

Schafft den Arbeiterstaat!

Wählt Thälmann

den Kandidaten der Kommunistischen Partei

1	**Wer ist Hindenburg?** Der Massenschlächter, der Oberste der Etappenhelden, der Kriegsverlierer, **der Lakai des Ausreißers von Amerongen,** heute Diener des internationalen Kapitals und Schrittmacher der Monarchie!	◯
2	**Wer ist Marx?** Der Dawes-Kanzler, der Mann der Liebesgaben an die Ruhrindustrie, Vater des Ermächtigungsgesetzes, Vertreter des Beamtenabbaues und der Entrechtung der kleinen Sparer, **der Vertreter schwärzester pfäffischer Reaktion,** seine Partei sitzt in der schwarz-weiß-roten monarchistischen Luther-Regierung!	◯
3	**Wir wählen Thälmann!** **den roten Klassenkämpfer, Räte-Republikaner und revolutionären Freidenker, den Hamburger Transportarbeiter und Vertreter der einzigen Arbeiterpartei, der KPD.**	⊕

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Ausgebeutete in Stadt und Land!

Nicht Pfaff, nicht General
Nur Thälmann Eure Wahl!

Wählt Thälmann!

MÄRZ
1925
BERLIN

Arbeiter-

Preis
pro Nummer
20 Pfennig

Illustrierte Zeitung

Wer soll der neue Reichspräsident sein?

Ernst Thälmann, Transportarbeiter, Hamburg

Das arbeitende Deutschland wählt den Arbeiter Thälmann

Der Rote Frontkämpferbund ist eine revolutionäre Organisation des Klassenkampfes

Aus dem Artikel vom 12. Juli 1925:
Partei und Rote Frontkämpferbewegung

Der RFB ist seiner Zusammensetzung und Führung nach eine rein proletarische und seinen Zielen und Bestrebungen nach eine revolutionäre Organisation des Klassenkampfes. Er ist keine kommunistische Organisation. Er vereinigt neben kommunistischen Arbeitern einen verhältnismäßig großen Prozentsatz parteiloser und politisch anders organisierter Arbeiter. Aber der RFB ist seinen Bestrebungen nach ein Teil der kommunistischen Gesamtbewegung. Er hat Aufgaben zu erfüllen, die die Partei als solche nicht erfüllen kann, zu deren Durchführung die Partei ihn aber in jeder Weise fördern muß. . .

Selbstverständlich darf beim RFB nicht das Hauptgewicht auf gut disziplinierte Aufmärsche gelegt werden. Wer den Wert des RFB nach seinen rein äußerlichen Erscheinungsformen beurteilt, verkennt den politischen Wert desselben. Wenn sich der RFB nur mit Paraden und Aufmärschen beschäftigen würde, müßte er innerlich sehr bald zusammenbrechen. Der RFB ist eine lebensfähige Organisation nur dann, wenn er im engsten Kontakt mit der revolutionären Partei arbeitet und politische Aufgaben erfüllt, für die er infolge seines Organisationscharakters besonders geeignet ist.

Wir wollen uns mit einer Reihe solcher Aufgaben kurz beschäftigen. Angesichts der drohenden Kriegsgefahr ist der RFB die berufene Organisation, die den revolutionären Kampf gegen Krieg und Kriegsgefahr führen und organisieren kann. Durch eine intensive Beschäftigung innerhalb des RFB mit den Problemen des revolutionären Kampfes gegen den Krieg werden in den Angehörigen des RFB die geeigneten Elemente herangeschult, die als erste berufen sind, in anderen proletarischen Organisationen (Gewerkschaften, Sportorganisationen usw.) für den Kampf gegen den Krieg zu wirken. Damit hängen eng zusammen die Aufgaben des RFB gegen die nationalistischen Verbände und gegen das Reichsbanner.

Der RFB hat die Aufgabe, den zahlreichen proletarischen Anhängern der Rechtsverbände ihre Rolle als Schlachtvieh der Bourgeoisie in neuen Kriegen, gegen den äußeren oder inneren Feind, klarzumachen und zu versuchen, sie für die proletarische Klassenfront zurückzugewinnen. Den Proletariern im Reichsbanner muß der RFB im Zusammenhang mit der Kriegsgefahr die Verlogenheit und Heuchelei der pazifistischen Idee beweisen und sie von der Notwendigkeit des revolutionären Klassenkampfes der roten Proletarierfront gegen die Bourgeoisie überzeugen.

Da für einen wirkungsvollen, ernsten Kampf gegen den Krieg die nationale und internationale Gewerkschaftseinheit die elementarste Voraussetzung ist, muß der RFB auch für diesen Zweck in verstärktem Maße herangezogen werden. Einmal dadurch, daß man innerhalb des RFB jeden einzelnen Kameraden von der Notwendigkeit der Gewerkschaften überzeugt und sie als Mitglieder für dieselben gewinnt und daß überdies die Roten Frontkämpfer in den Betrieben die eifrigsten Werber für die Gewerkschaftseinheit und für eine revolutionäre Führung der Gewerkschaften werden. Außerdem müssen sie in den Betrieben mit der revolutionären Arbeiterschaft gemeinsam die Interessen des gesamten Proletariats gegen den Kapitalismus verteidigen und darüber hinaus sich immer und immer wieder einsetzen für die Erkämpfung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Ähnliche Aufgaben haben die Roten Frontkämpfer in den Sportorganisationen zu lösen, da sie neben den Kriegsopfer- und Kriegsbeschädigten-Organisationen die geeignetsten sind, um mit ihnen in ein Kartellverhältnis einzutreten.

Ein besonderes Kapitel ist das der Jugend. Zur Erfassung der Jugend ist innerhalb des RFB mit dem Roten Jungsturm eine besondere Abteilung geschaffen worden. Auf die Jugend wirken naturgemäß das äußere Gepränge und die straff disziplinierten Aufmärsche besonders anziehend. Die Jugend im RFB ist zum größten Teil noch zu wenig herangezogen zur politischen Arbeit und entscheidet sich oft rein gefühlsmäßig. Der Rote Jungsturm hat im Verhältnis zur Kommunistischen Jugend einen äußerst starken Zulauf zu verzeichnen. Die Kommunistische Jugend hat dadurch Gelegenheit und die Aufgabe zu erfüllen, zu einer Massenorganisation zu werden, wenn sie versteht, im Roten Jungsturm gute Arbeit zu leisten.

Ganz Hervorragendes kann der RFB zusammen mit der Partei auf dem Gebiete der Landagitation leisten. In einzelnen Gegenden haben die Roten Frontkämpfer unter der kleinbäuerlichen und Landarbeiterbevölkerung schon gute Arbeit auf dem Gebiete der revolutionären Propaganda geleistet. Diese Art Landagitation ist um so notwendiger, weil sowohl die Rechtsverbände wie auch das Reichsbanner ihren stärksten organisatorischen Rückhalt in den Kleinstädten und auf dem flachen Lande haben. Die proletarischen und halbproletarischen Elemente kann man an diesen Orten dem ideologischen und organisatorischen Einfluß der Rechtsverbände und des Reichsbanners nur entreißen durch ein wirkungsvolles Auftreten der revolutionären Arbeiter und durch eine gute politische Arbeit.

Damit ist natürlich der Aufgabenkreis des RFB nur in seinen wesentlichsten Punkten umschrieben. Der RFB ist in kurzer Zeit zu einer Massenorganisation geworden . . .

Aufgabe der Partei ist es, zentral und örtlich die Entwicklung der RF-Bewegung mit allen Mitteln zu fördern. Zur politischen Belebung des RFB durch die Partei kommen in Frage: gemeinsames Auftreten bei allen Veranstaltungen und Demonstrationen der Partei und des RFB, Heranziehung des RFB für Arbeiten, die im Interesse der revolutionären Bewegung liegen (Land- und Presseagitation, Unterschriftensammlung für Rote Hilfe, Antikriegswoche, Arbeitersportveranstaltungen u. ä. m.). Dabei muß immer wieder betont werden, daß die organisatorische Selbständigkeit des RFB gewährleistet sein muß . . .

Je näher die Gefahr eines neuen Krieges rückt, je frecher die monarchistische Reaktion ihr Haupt erhebt, je mehr die Reichsbanner-Führerschaft vor diesen Gefahren feige den Schwanz einzieht, um so mehr werden alle ehrlichen, klassenbewußten Proletarier neben der KPD im RFB die einzige und die geeignetste Organisation zur Bekämpfung der Reaktion und der Kriegsgefahr erblicken. Besonders in der heutigen Situation, wo durch den Garantiepakt, der Deutschlands Eintritt in den Völkerbund verlangt, die Kriegsgefahr verschärft wird und Deutschland das Aufmarschgebiet gegen Sowjetrußland werden kann, ist es die Aufgabe der KPD, gemeinsam mit dem RFB dieser Hindenburg-Front, die die Pläne der imperialistischen Räuber verwirklichen will, die rote lebendige Klassenfront entgegenzustellen.

Das ideologische und organisatorische Kapital, das die Partei in die RF-Bewegung hineinsteckt, erhält sie mit Zins und Zinseszins zurück durch das Anwachsen der revolutionären Bewegung, durch das siegreiche Vordringen der Roten Front.

Aus dem Brief an Genossen Bohla in Frankfurt am Main vom Frühjahr 1925

Werter Genosse!

Deine Beschwerde über das Verhalten unseres Beauftragten, das gleichzeitig an die Z[entrale] gegangen ist, haben wir erhalten und möchten dazu folgendes bemerken.

1. Wir teilen durchaus Deinen unter Punkt 1 angeführten Standpunkt über den Zweck des RFB. Die Aufgabe der Leitungen des RFB besteht vor allen Dingen in der Eroberung und Gewinnung der unorganisierten, mit uns sympathisierenden Arbeiter. Das aber hat gleichzeitig zur Voraussetzung, daß die Propaganda sowie die gesamte Tätigkeit der Leitungen immer von dem Gesichtspunkt aus betrieben wird, daß der RFB kein Ableger der Partei, sondern das Sammelbecken aller auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Arbeiter ist und wir auch deshalb an ihre oft kleinbürgerliche Ideologie anknüpfen müssen, um ihr Klassenbewußtsein in der von uns erstrebten Richtung gut zu entwickeln. Aber alle Kommunisten noch einmal im RFB zu organisieren, widerspricht dem Zweck des Bundes.

Jedoch müssen für den Aufbau unbedingt zuverlässige Mitglieder mit den nötigen Erfahrungen und politischem Weitblick abkommandiert werden. Diese durchaus klare Einstellung, die auch Du unter Punkt 1 vertrittst, kann deshalb die von Dir unter Punkt 2 angeführte Auffassung in keiner Weise rechtfertigen.

Gerade darum, weil die Zusammensetzung des RFB z. Z. leider noch zum größten Teil aus Kommunisten im Bezirk besteht, ist die Abhaltung von Unterbezirks- und Bezirkskonferenzen nötig, um dort über den Stand der Bewegung und die verstärkte Arbeit unter den Unorganisierten Beschlüsse zu fassen. Die praktische Anwendung dieser Beschlüsse muß dann dem RFB eine breitere Basis unter der Bevölkerung schaffen – und nicht umgekehrt erst eine breitere Basis und dann Konferenzen, aber so hast Du es auch sicherlich nicht gemeint . . .

Mit Rot Front!

Bundesleitung

Thälmann – Leow

Hans Jendretzky
Erinnerung

Als verantwortlicher Leiter des RFB Berlin-Brandenburg und Mitglied der Bundesleitung des RFB hatte ich einen engen persönlichen Kontakt zu Ernst Thälmann. Mit großer Energie und Umsicht förderte er die Entwicklung dieser erst vereinzelt und spontan in einzelnen Bezirken Deutschlands gegründeten Roten Frontkämpfervereinigungen, die, wie Ernst Thälmann damals schrieb, längere Zeit isoliert voneinander, von der Partei wenig oder gar nicht beachtet, ein kümmerliches Dasein führten.

Die Notwendigkeit, die gesamte Bewegung einer zentralen Führung zu unterstellen, führte im August 1924 zur Bildung einer provisorischen Bundesleitung. Am 1. Februar /10/ 1925 fand die erste Reichskonferenz des RFB statt. Das Referat hielt Ernst Schneller. Ernst Thälmann wurde zum Vorsitzenden der Bundesleitung gewählt.

Damit begann ein ruhmvolles Kapitel in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, das in seiner Auswirkung weit über die Zeit des legalen Bestehens des Roten Frontkämpferbundes von 1924 bis 1929 als Schutz- und Wehrorganisation des deutschen Proletariats hinausreichte.

Die klare und eindeutige Politik der geistigen und praktischen Wehrerziehung zum Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr, die faschistischen Mordbanden und für die Rechte der Arbeiterklasse wurde von den Werktätigen verstanden und gebilligt. Der Masseneinfluß des Roten Frontkämpferbundes stieg darum von Jahr zu Jahr. Besonders sichtbar trat das bei den großen Reichstreffen in Erscheinung, die alljährlich zu Pfingsten in Berlin durchgeführt wurden. Sie zogen nicht nur Berlin, sondern ganz Deutschland in ihren Bann.

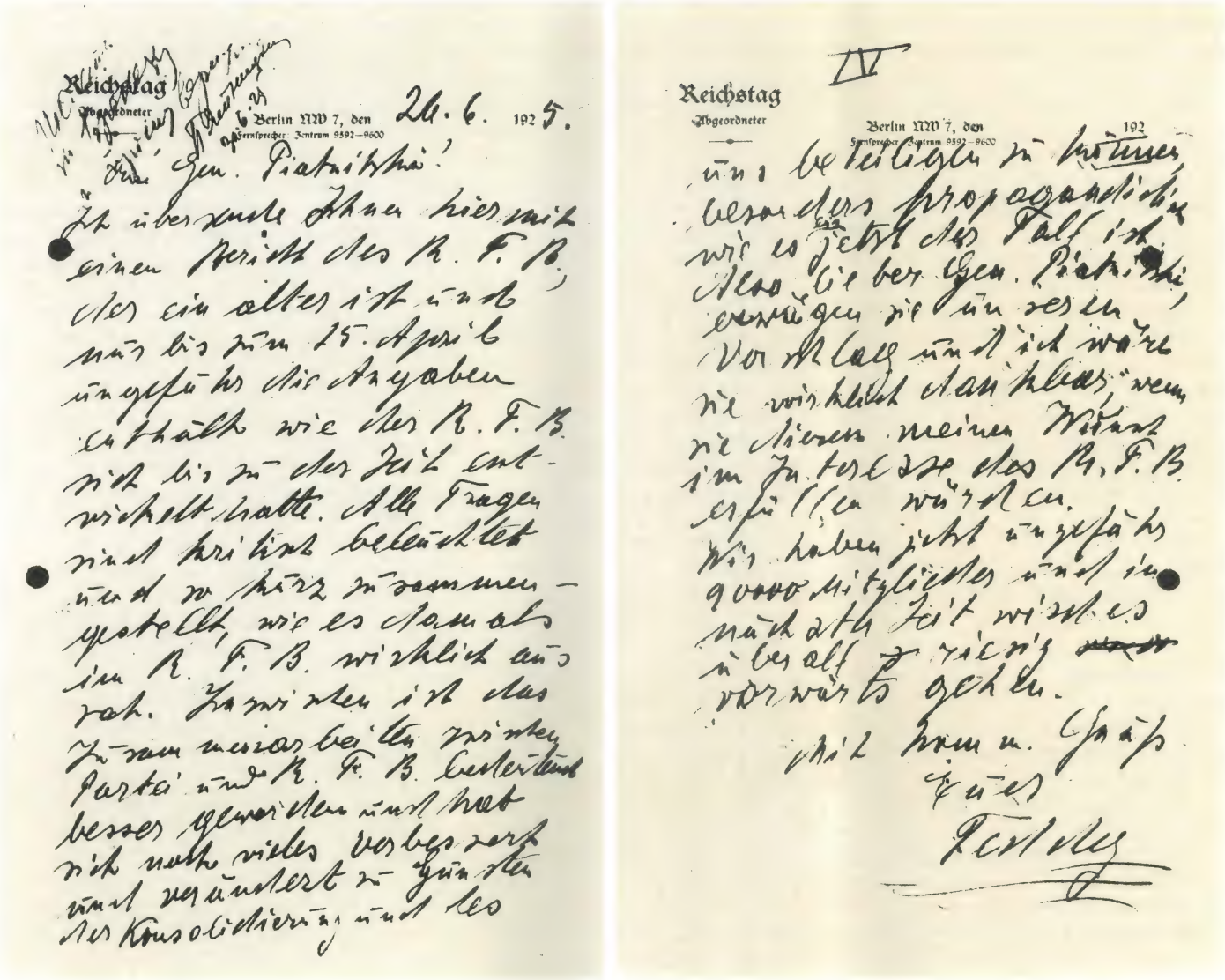
Größte Aufmerksamkeit widmete Ernst Thälmann der politischen Erziehung der Mitglieder des RFB und der Verstärkung seines Masseneinflusses. Gerade in dieser Beziehung war der gesamte RFB auf das engste mit der Person Ernst Thälmanns verbunden. Die politische Führung und die Festlegung des politischen Inhalts der Arbeit des RFB und seine Orientierung auf den Massenkampf gegen die militärischen und faschistischen Verbände lagen in den Händen Ernst Thälmanns.

So wuchs der RFB zu einer großen Bewegung und verschmolz auf das innigste mit der gesamten revolutionären Arbeiterbewegung. Ernst Thälmann konnte in diesem Zusammenhang feststellen, daß der RFB im Kampf gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus eine wichtige Rolle spielt.

10 In der Quelle irrtümlich: 8. Februar.

Vorsitzender des RFB

Erste und letzte Seite eines Briefes Ernst Thälmanns an Ossip Aronowitsch Pjatnizki



Reichstag
Abgeordneter
Berlin NW 7, den 26. 6. 1925.
Fernsprecher: Zentrum 9592–9600

Lieber Gen. Piatnitzki!

Ich übersende Ihnen hiermit einen Bericht des R. F. B., der ein altes ist und nur bis zum 15. April die Angaben enthält, wie der R. F. B. sich bis zu der Zeit entwickelt hatte. Alle Fragen sind kritisch beleuchtet und in Kürze zusammengestellt, wie es damals im R. F. B. wirklich aussah. Ich wollte ja das zum mindesten bei der Partei und R. F. B. Leitung besser gemacht und hatte mich mehr vieles vorbereitet und gründlicher zu Hause [illegible] der Konsolidierung und des

IV

Reichstag
Abgeordneter
Berlin NW 7, den 192
Fernsprecher: Zentrum 9592–9600

uns beteiligen zu können, besonders propagandistisch wie es jetzt der Fall ist. Also lieber Gen. Piatnitzki, erwägen Sie nun reiflich Vorschlag und ich wäre wirklich dankbar, wenn Sie meinen Wunsch im Interesse des R. F. B. erfüllen würden.

Wir haben jetzt ungefähr 9000 Mitglieder und in nicht allzu ferner Zeit wird es überall so richtig vorwärts gehen.

Mit herzl. Gruß

Ihr

Thälmann

Kampfgelöbnis

des Roten Frontkämpfer-Bundes

Ich gelobe:

Niemals zu vergessen, daß der Weltimperialismus den Krieg gegen die Sowjetunion vorbereitet.

Niemals zu vergessen, daß das Schicksal der Arbeiterklasse der ganzen Welt unlöslich verbunden ist mit der Sowjetunion.

Niemals zu vergessen die Erfahrungen und die Leiden der Arbeiterklasse im imperialistischen Weltkrieg, den 4. August 1914 und den Verrat des Reformismus.

Stets und immer meine revolutionäre Pflicht gegenüber der Arbeiterklasse und dem Sozialismus zu erfüllen.

Stets und immer ein Soldat der Revolution zu bleiben.

Stets und immer in allen proletarischen Massenorganisationen, in Gewerkschaft und Betrieb ein Pionier des unversöhnlichen Klassenkampfes zu sein.

An der Front und in der Armee des Imperialismus für die Revolution zu wirken.

Den revolutionären Kampf für den Sturz der Klassenherrschaft der deutschen Bourgeoisie zu führen.

Die russische und die chinesische Revolution mit allen Mitteln zu verteidigen.

Stets und immer für die Sowjetunion und die siegreiche Weltrevolution zu kämpfen.

Rot Front!

Ernst Thälmann unter den Teilnehmern der ersten Reichsführerschule der Roten Jungfront in Berlin, 1926

Auf der Fahrt zum 1. Reichstreffen des RFB in Berlin, Mai 1925

Ernst Thälmann mit einer Delegation der Roten Marine in Berlin-Friedrichshain an den Gräbern der in der Novemberrevolution gefallenen Angehörigen der Volksmarinedivision, Mai 1926

1. Reichstreffen des RFB in Berlin am 21./22. Mai 1925. Ernst Thälmann spricht im Lichtenberger Stadion

Hans Jendretzky spricht auf der Gründungsversammlung des RFB in Teltow bei Berlin, 1925

Fahne der Ortsgruppe Mühlenbeck des RFB (Revers und Avers)

Abzeichen des RFB

Rote Frontkämpfer im Einsatz bei einer Unwetterkatastrophe im Osterzgebirge, 1927

Wir brauchen eine eiserne, völlig geschlossene, unbedingt disziplinierte Partei

Resolution der Tagung des Zentralausschusses der KPD vom 19. Februar 1924

Der ZA der KPD, versammelt zur Durchführung der in Moskau gefaßten Beschlüsse zur Konsolidierung der Partei, empfindet in diesem Augenblick doppelt schwer den Verlust des Genossen Lenin, dessen Autorität die KPR und die Komintern zusammenhielt und leitete.

Der ZA begrüßt das Zentralkomitee der KPR, welches berufen ist, Lenins Werk weiterzuführen, und fordert es im Namen der revolutionären Arbeiter Deutschlands auf, dafür zu sorgen, daß die Schriften Lenins so bald als möglich dem deutschen Proletariat zugänglich gemacht werden, damit die KPD in ihrer Entwicklung durch das Studium [der Werke] unseres großen Führers und Lehrmeisters rascher und gründlicher den revolutionären Marxismus in ihrer Kampftätigkeit anwenden lernt.

Aus der Begrüßungsansprache auf dem III. Kongreß der RGI in Moskau am 8. Juli 1924

Die Methoden, an Hand deren wir kämpfen müssen, sind die Lehren Lenins, die den Arbeitermassen Westeuropas sowie der ganzen Welt klar und deutlich den Weg zur Eroberung der Mehrheit des Proletariats und zum Sieg der Arbeiterrevolution zeigen.

Irma Thälmann Erinnerung

Wenn Vater zu Hause war, saß er abends oft noch am Tisch und arbeitete . . . Vater schrieb alles mit der Hand. Ganze Nächte hindurch saß er und schrieb alles auf, worüber er in den Versammlungen, in den Sitzungen sprechen wollte und was er in der Zeitung zu sagen hatte.

Mein Vater hat sehr viel gelesen. Er studierte eingehend die Werke von Marx und Engels und besaß alle Lenin-Bände. Stets notierte er sich, was er gelesen hatte. Er entnahm den Büchern wichtige Zitate, erläuterte sie in der Zeitung oder in seinen Reden den deutschen Arbeitern und fügte seine eigenen Gedanken hinzu. Oft kamen Genossen zu Vater. Mit ihnen sprach er das Gelesene durch. Ich hörte einmal, wie er dem damals jungen Genossen Jonny Schehr, nachdem er ihm aus dem Kopf einige wichtige Sätze von Lenin zitiert hatte, empfahl:

«Höre gut zu! Das ist für uns geschrieben! Wir müssen in der Partei viel mehr lernen. Unser Vorbild ist hierbei die Kommunistische Partei der Sowjetunion. Unsere Fehler entstehen zum großen Teil nur deshalb, weil unsere Genossen nicht genügend den Marxismus-Leninismus studieren und anwenden.»

Vater hörte nie auf mit dem Studium. Ständig arbeitete er an der Vervollkommnung seines Wissens. Ich sah ihn nie müßig. Aber er durfte bei der Arbeit nicht gestört werden, und wir ließen auch, wenn er wichtiges zu tun hatte, keinen Genossen zu ihm. Er brauchte nur zu sagen: «Rosa, es darf mich vor morgen früh niemand stören.» Das verstanden wir und seine Freunde auch.

Aus der Diskussionsrede auf der Tagung des Zentralausschusses der KPD am 11. Januar 1925

Die beste Schule, Bolschewik zu werden, ist der Kampf selbst, ist, im Kampfe zu lernen jene wichtigen Dinge, die die Partei braucht, um die Massen im Betrieb als Parteimitglieder zu gewinnen. Ich glaube, daß der Kurs bei verschiedenen Genossen nach der Richtung vorhanden ist, daß ihnen das revolutionäre Futter für den Geist fehlt, den sie tatsächlich 1923 hatten. Deswegen müssen wir versuchen, [ihnen] das, was ihnen fehlt, in der Partei beizubringen. Wir stehen doch in einer Entwicklung, die verstanden werden muß, in der unsere Aufgaben viel bedeutsamer sind als in einer zugespitzten revolutionären Situation. Wir müssen jetzt, wo wir Zeit haben, unser inneres Fundament festigen, den organisatorischen Aufbau mit aller Kraft betreiben, die Schwächen ausmerzen, um ein wirkliches Gerippe für eine kampffähige Partei zu erlangen, um dann, wenn es zum Kampf geht, sagen zu können, der Sieg wird leichter als sonst. Solange wir es nicht fertigbringen, unsere Genossen davon zu überzeugen, daß die Betriebe das Fundament der proletarischen Revolution sind, daß unsere Hauptarbeit in den Betrieben liegen muß, wir in ihnen den Kampf gegen den Kapitalismus durchzuführen haben, so lange werden unsere Genossen in den Betrieben keine Klassenbrüder gewinnen.

Ein paar Worte noch zur Gewerkschaftsarbeit. . . Aber ich habe das Gefühl und andere Genossen mit mir auch, daß man dieser Frage doch zuwenig Aufmerksamkeit bei der praktischen Durchführung widmet, daß man nicht genug überzeugt davon ist, daß wir wirklich in den Gewerkschaften arbeiten müssen. Wir wissen, daß die verschiedensten Kämpfe einen ganz anderen Charakter tragen werden als im Jahre 1923. Wir sind gezwungen, für die Erhaltung des Achtstundentages zu kämpfen, wir sind gezwungen, für drei, fünf oder zehn Pfennig mehr Lohn für die Arbeiter in den Betrieben zu kämpfen, wir müssen Vorstöße zur Erhaltung der Betriebsrechte unternehmen, um in Verbindung mit diesen Tageskämpfen die Massen für die proletarische Diktatur zu gewinnen. Die Massen sind in den Gewerkschaften. Wenn wir zum Beispiel fünf Millionen gewerkschaftlich organisierte Mitglieder nehmen, so sind davon nur eine Million politisch organisiert, also nur ein kleiner Prozentsatz. Deshalb müssen wir in diese Kreise der Arbeiterschaft eindringen, um sie beeinflussen zu können mit dem gesunden Gift der Revolution.

Rede in Berlin am 21. Januar 1925

Am ersten Jahrestag des Todes Lenins versammeln sich Millionen Proletariermassen unter dem Gesang der Internationale, erheben ihre proletarische Faust und geloben, im Geiste Lenins zu kämpfen. Lenins Werk ist die Revolution, Leninismus heißt Weltrevolution. Heute erkennen die Arbeiter nicht allein der kapitalistischen Länder, sondern auch der Kolonialländer, die Bauernmassen, daß der Leninismus die lebendige Tat ist, die aus dem Marxismus entsprossen ist.

Am 18. Januar 1918 hatte die russische Sowjetregierung die Nationalversammlung auseinandergejagt, und ein Jahr und 24 Stunden später, am 19. Januar 1919, hatte Deutschlands Nationalversamm-

lung sich versammelt. Diese Tatsachen sind für uns sehr lehrreich. In Rußland besteht eine Regierung, die so fest ist wie keine in der Welt, während in der ganzen Welt Krisen von Krisen abgelöst werden. In Deutschland ist fortwährender Rückschritt, in Sowjetrußland Fortschritt.

Am heutigen Tage reicht die deutsche Arbeiterschaft die Hände den russischen Brüdern, dem Weltproletariat und schließt die Reihen der eisernen Kohorte der Revolution. Die Pioniere und Jugendgenossen marschieren. Wer die Jugend hat, hat die Zukunft, weil sie Mut, Tapferkeit, revolutionären Geist hat. Genauso wie die Bourgeoisie die Jugend sammelt, müssen wir auch unsere jungen Scharen zusammenschließen. Wir müssen weiter kämpfen und arbeiten, aber nicht Gewehr bei Fuß, sondern Gewehr auf der Schulter vorwärts!

Wenn ihr euch aufrafft, wenn ihr wollt, dann schlägt die Stunde des Sieges. Durch Kampf zum Sieg!

Brief an die Militärschule und das Bataillon «Wystrel» in Moskau

Werte Genossen! Berlin, den 23. 4. 1925

Mit Stolz und Freude habe ich gelesen, daß Eure allgemeine Versammlung der Rotarmisten, der Kommandeure des Verwaltungs-, Wirtschafts- und politischen Personals mich zum Ehrenmitglied des Moskauer Sowjets der Arbeiter- und Rotarmistendeputierten /11/ gewählt hat. Diese Ehrung gilt nicht mir, sondern der Kommunistischen Partei Deutschlands. Sie ist uns ein Beweis, daß das Band, das die kommunistischen Parteien Rußlands und Deutschlands verbindet, immer inniger und fester wird. Wir verfolgen hier in Deutschland mit großem Interesse die Fortschritte, die Sowjetrußland auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete gemacht hat. Wir verfolgen mit großem Interesse die Erfolge, die Sowjetrußland in der Außenpolitik hat. Wir verfolgen aber auch den Kampf, den Ihr noch zu bestehen habt gegen das internationale Kapital. Die Konferenz in Riga /12/, die Ereignisse in Bulgarien /13/ sind deutliche Zeichen der Kriegsabsichten des internationalen Kapitals.

Aber das revolutionäre Proletariat Deutschlands weiß, daß es seinen Hort der Freiheit, den ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat der Welt, Sowjetrußland, mit verteidigen muß. Das revolutionäre Proletariat Deutschlands wird nicht dulden, daß die deutsche Bourgeoisie sich den Kriegsbündnissen der übrigen kapitalistischen Räuber gegen Sowjetrußland anschließt. Am 1. Mai wird das Proletariat Deutschlands aufmarschieren und die Abwehr gegen die neue Kriegsgefahr vorbereiten.

Es lebe die russische Kommunistische Partei! Es lebe die Kommunistische Internationale!

Mit kommunistischem Gruß

Ernst Thälmann

Aus dem Referat auf dem 10. Parteitag der KPD in Berlin am 16. Juli 1925

Genossen! Im Mittelpunkt des Parteitages steht nicht nur die richtige Einschätzung der nationalen und internationalen Lage, aus der sich die taktischen Aufgaben der Partei für die Gegenwart und Zukunft ergeben, sondern das ernsteste Problem, welches der Parteitag zu behandeln hat, ist in erster Linie die Frage: Wie und auf welcher Basis und durch welche in Frage kommenden Organisationen gewinnen wir die Massen für die proletarische Revolution? In Verbindung mit diesem außerordentlich ernsten Problem steht zugleich die Frage, wie wir als Kommunistische Partei eine Massenpartei bleiben werden und gegenüber der SPD und der gesamten Arbeiterklasse in Zukunft unsere Basis verbreitern. Die Gewerkschaftsfrage ist die wichtigste politische Frage, die mit in den Aufgabenbereich der gesamten Parteiarbeit zu stellen ist. Besonders in der heutigen Entwicklung zwischen zwei Wellen der Revolution müssen wir uns um so mehr über den Charakter einer Massenpartei und bis ans Ende revolutionären, proletarischen Partei klar werden. Je länger der Prozeß der Organisierung der Revolution, je schwieriger sich die Methoden des Kampfes gestalten, um so stärker muß das Kraftbewußtsein und der Glaube an den Sieg der proletarischen Diktatur in den Massen geweckt werden. Dazu ist in erster Linie notwendig, die Gewerkschaftsmitglieder durch die Führung des Kampfes um die nächstliegenden wirtschaftlichen Aufgaben bis zu den Aufgaben des politischen Kampfes für die Revolution zu gewinnen. Daher gehört zur Bolschewisierung der Kommunistischen Partei das theoretische und praktische Verständnis, daß die Gewerkschaftsarbeit in den Mittelpunkt der politischen Arbeit der Gesamtpartei zu stellen ist . . .

Unsere Partei ist heute noch von der Mehrheit der Millionen Arbeiter in den Gewerkschaften Deutschlands isoliert, und man muß mit viel mehr Energie und Liebe an die Arbeit gehen, damit gerade diese 85 Prozent Parteilosen unter unseren Einfluß gebracht werden. Die Isolierung der Partei ist eine der stärksten Garantien für die Macht der Bourgeoisie und der sozialdemokratischen Führer, mit einem Wort, der ganzen kapitalistischen Stabilisierung. Je größer die Revolutionierung der Gewerkschaften, desto schwieriger werden die Bestrebungen der Konsolidierung der Bourgeoisie sein . . . Gelingt es uns, diese Isolierung zu durchbrechen und zu zerstören, gelingt es uns, die Millionen Durchschnittsarbeiter in den deutschen Gewerkschaften auf unsere Seite zu bringen, gelingt es uns, in den unvermeidlichen Lohn- und Arbeitskämpfen der nächsten Zeit, die sich bereits heute in ihrem Anfangsstadium zeigen, die Führung der parteilosen Gewerkschaftsmassen zu erobern, dann wankt die ganze kapitalistische Stabilisierung . . .

Was die Frage der Arbeit in den Gewerkschaften betrifft, so genügt es nicht, daß jedes Mitglied der KPD Mitglied der Gewerkschaften wird, sondern diese gefühlsmäßige Einstellung, daß die Genossen nur aus Disziplin Mitglieder der Gewerkschaften werden, muß überwunden und sie [müssen] davon überzeugt werden, daß es notwendig ist, Fraktionen zu bilden, um von diesen Fraktionen aus politische Arbeit zu leisten und dadurch den Kreis der Sympathisierenden zu erweitern. In jeder Gewerkschaft, in jedem Betrieb, in jeder Ortsgruppe ist es notwendig, die Gründung von Fraktionen auf schnellstem Wege sofort vorzunehmen, wo solche noch nicht bestehen . . . Wir müssen versuchen, nicht nur gute Fraktionen zu bilden, sondern

11 In der Quelle: Rotarmistendelegierten.

12 Auf der Militärkonferenz in Riga vom 30. März bis 2. April 1925 berieten Vertreter der Generalstäbe von Lettland, Estland, Polen, Finnland und Rumänien Fragen des Waffenhandels und Waffentransports.

13 Am 16. April 1925 verübten linksradikale Kräfte auf die in der Kathedrale «Sveta Nedelja» in Sofia versammelten Repräsentanten des in Bulgarien herrschenden faschistischen Zankow-Regimes ein Bombenattentat. Das Regime nahm das Attentat zum Vorwand für einen blutigen Terrorfeldzug gegen die Kommunisten und andere revolutionäre Kräfte.

wir müssen auch den Fraktionen den politischen Inhalt geben. Dabei will ich nur noch erwähnen, daß es notwendig ist, besonders in der chemischen Industrie wie auch in der Munitionsindustrie und bei den Eisenbahnern, die Bildung von revolutionären Zellen mit erhöhter Energie anzupacken und dort besonders die politische Arbeit durchzuführen. Diese Arbeit ist deswegen so ungeheuer ernst, weil sie zu gleicher Zeit eine Vorbereitung des wirklichen Kampfes im Betrieb gegen den imperialistischen Krieg bedeutet. Genau wie in Rußland nach der Niederlage der ersten russischen Revolution im Jahre 1905 Genosse Lenin es verstand, in dem berühmten Aufsatz über den Moskauer Aufstand aufzuzeigen die politische Bedeutung der kommunistischen Arbeit in den Munitionsbetrieben, der Chemie und der Eisenbahn, so ist es auch die Aufgabe der deutschen Kommunistischen Partei, jene Arbeit heute schon zu leisten, die in der Periode der imperialistischen Konflikte von wirklich revolutionärer Bedeutung sein wird . . .

Ich will jetzt bei den Aufgaben der Partei einige Dinge noch herausgreifen, die im Zusammenhang mit den künftigen Aufgaben, die wir als Partei uns stellen, eine Rolle spielen werden. Zu den knapp 5 Millionen organisierten Arbeitern im ADGB kommen noch die Mitglieder des AfA-Bundes mit gut 350000 und des ADB mit etwa 150000 Mitgliedern. In diesen beiden letzteren Organisationen haben unsere kommunistischen Genossen wenig oder gar keinen Einfluß, weil wir eben noch nicht verstehen, unseren Einfluß auszudehnen auch unter den Beamten und Angestellten. Die Beamten und Angestellten haben auch für die Zukunft für die Massenbewegungen eine Bedeutung, wie wir es bei den Eisenbahnerkämpfen schon früher gesehen haben. Wir müssen versuchen, auf diesem Gebiet unseren politischen Einfluß mehr und mehr zu erhöhen. Außerdem ist in den christlichen Organisationen unser Einfluß sehr gering, und es wäre Pflicht und Aufgabe der Partei, besonders in den Gebieten, wo christliche Verbände stark sind, zu versuchen, sie in den Bann der wichtigsten Aufgaben des wirtschaftlichen revolutionären Kampfes mit hineinzuziehen.

Wir müssen unser Augenmerk auch auf die gewerkschaftliche Frauenarbeit lenken. Wenn wir auf dem Standpunkt der politischen Gleichberechtigung der Frauen stehen, dann müssen wir uns auch dafür einsetzen, daß die Arbeiterinnen auch wirtschaftlich den Arbeitern gleichgestellt werden, daß die Löhne der Arbeiterinnen denen der Männer angepaßt werden und sie nicht gezwungen werden, dem Manne gegenüber zu Lohndrückern [zu werden].

Dasselbe sehen wir bei der Jugend, die heute vom deutschen Kapitalismus noch mehr ausgebeutet wird als die Älteren. Auch der Jugendarbeit in den Gewerkschaften haben wir unsere größte Aufmerksamkeit zu widmen. Zum Beispiel bei der Staffelung der Löhne ist es der Bourgeoisie möglich, Millionen von Geldern zu sparen aufgrund der Tarifverträge mit Altersstufen, da die Jugendlichen, die dieselbe Arbeit leisten müssen, sehr oft diejenigen sind, die einen geringeren Lohn bekommen. Deswegen müssen wir Kommunisten dafür sorgen, daß die Staffelung der Löhne zwischen Jugendlichen und Älteren aufhört. Noch dazu, wo die Reformisten in der Gewerkschaftstarifpolitik keine Anstrengungen machen, diese Ungerechtigkeit aufzuheben. Ferner müssen die Bestrebungen der Bourgeoisie, das Arbeitsdienstpflichtgesetz für die Jugendlichen einzuführen, den schärfsten Widerstand erzeugen.

Ebenfalls müssen wir bei unseren Aufgaben die Erwerbslosenbewegung erörtern. Das eine steht fest, daß momentan in Deutschland die Erwerbslosigkeit im wesentlichen in den letzten Monaten allgemein zurückgegangen ist, so daß wir heute prozentual weniger Erwerbslose in Deutschland haben, als es vor dem Kriege im allgemeinen der Fall war. Die Zahl der Erwerbslosen wird sich in der Zukunft bestimmt erhöhen, und wir müssen unser besonderes Augenmerk richten auf die[se] Bewegung, dazu die Erwerbslosenräte unterstützen, um die Bestrebungen der Bourgeoisie und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie zu durchkreuzen, die Zersplitterung wollen zwischen den im Betriebe stehenden und den erwerbslosen Arbeitern. Jede Zersplitterung muß in den Reihen der Arbeiterschaft auf das entschiedenste vermieden werden. Wir müssen ferner versuchen, daß die Erwerbslosen in den Produktionsprozeß mit eingereiht werden, selbst wenn es unter großen Schwierigkeiten und sehr selten möglich ist. . .

Wenn wir auf diesem Parteitag die wirklich ernsten parteipolitischen Fragen klären und zu gleicher Zeit auf dem Gebiete der praktischen Gewerkschaftsarbeit den politischen Wert dieser Arbeit mehr denn je ernsthaft erkennen, dann wird der 10. Parteitag für die deutsche Partei bedeuten einen Fortschritt, bedeuten einen neuen Kampfruf, wird er die Genossen aufrufen, alles einzusetzen im zähen Kleinkrieg, um jedes Proletarierhirn [zu] ringen, über die verschiedenen Gefechte und Kämpfe hinaus bis zur Hauptschlacht des Sieges, um die proletarische Diktatur.

I. D. Krolik
Erinnerung

Am 11. August 1925 landete in Smolensk ein auf dem Weg von Berlin nach Moskau befindliches Flugzeug der «Deruluft-Hansa», der ersten internationalen Fluglinie der Sowjetunion. An Bord des Flugzeuges befanden sich Ernst Thälmann und ein mit ihm fliegender Funktionär der KPD, ein Bergarbeiter. Sie waren Gast des Smolensker Gouvernementskomitees der KPR(B), das in der Straße der Oktoberrevolution untergebracht war.

Nach dem Gespräch im Gouvernementskomitee der Partei begab sich Ernst Thälmann am Abend des gleichen Tages gemeinsam mit dem Vertreter des Gouvernementskomitees Wolkow in das gegenüberliegende Haus der Bauern. Die Abgesandten der Bauern, die aus allen Teilen des Gouvernements nach Smolensk gekommen waren, begrüßten herzlich den Führer der deutschen Werktätigen. Sie stellten Thälmann viele Fragen: über die Steuern, die die deutschen Bauern zahlen müssen, über die Getreidepreise in Deutschland und den Vorteil von Getreidekäufen in der Sowjetunion, über die Renten der Kriegsinvaliden, die wachsende Arbeitslosigkeit unter den deutschen Arbeitern, die Entwicklung der Gewerkschaften . . .

Über zwei Stunden dauerte das Gespräch Ernst Thälmanns mit den Bauern. Gemeinsam mit ihnen besichtigte Thälmann das Haus der Bauern und ließ sich mit ihnen fotografieren. Vor der Abreise Ernst Thälmanns wandte sich der Bauer J. A. Lukaschow aus dem Dorf Rakita an ihn: «Genosse Thälmann, übermitteln Sie Ihren Bauern, daß es auch für sie an der Zeit ist, ihr Leben auf unsere Art einzurichten.»

In seiner kurzen Abschiedsrede sagte Thälmann, daß die revolutionären deutschen Arbeiter im Bündnis mit der Bauernschaft Kräfte sammeln, um in geeinter Front gegen die deutschen Kapitalisten und

Junker aufzutreten. Zum Abschluß rief er aus: «Es lebe die Sowjetunion!, Es lebe die deutsche Revolution!»

Am 12. August flogen Ernst Thälmann und sein Begleiter nach Moskau ab.

Aus dem Offenen Brief des EKKI vom August 1925 an alle Organisationen und Mitglieder der KPD

Werte Parteigenossen!

Schon während der letzten Sitzung der Erweiterten Exekutive – März/April 1925 – und kurz danach haben wir zusammen mit der Vertretung der Kommunistischen Partei Deutschlands ausführlich die Fragen besprochen, in denen unserer Meinung nach die größten Mängel der Parteiarbeit zum Ausdruck gekommen sind.

Die wichtigste Frage – die Frage der deutschen Partei – war damals und ist auch jetzt das Problem der Steigerung der Werbekraft unserer Partei, das Problem der Eroberung der Massen und besonders der Massen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Von diesem Standpunkt aus haben wir unsere allgemeinpolitische Linie bestimmt, von diesem Standpunkt aus haben wir die anderen Fragen betrachtet. Dazu gehören u. a. folgende Aufgaben: die Arbeit in den Gewerkschaften; die Überzeugung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft (Fragen der Propaganda, «andere Töne» usw.); «Normalisierung» des Parteilebens, innere Parteidemokratie, Ausnutzung der ehemaligen Opposition, Diskussionsfreiheit, Wählbarkeit der Parteifunktionäre, Heranziehung neuer führender Kräfte usw., was für uns auch als Voraussetzung des richtigen Verhältnisses zu den außerparteilichen Massen galt; die Liquidation des versteckten Kampfes gegen die Internationale (Liquidierung der Praxis der sogenannten selbständigen Emissäre in anderen Parteien, ehrliche Durchführung der wirklich bolschewistischen Linie).

Vor dem [10.]Parteitage haben die Vertreter der Exekutive noch einmal mit der Vertretung der deutschen Partei verhandelt, zwar nicht vollkommen offiziell, das war auf Wunsch der deutschen Vertretung. In diesen Verhandlungen wurden die drei wichtigsten Fragenkomplexe besprochen.

Erstens: Die Exekutive hat darauf hingewiesen, daß bei der führenden Gruppe Ruth Fischer-Maslow einige rechte Abweichungen vorhanden sind, eine zu parlamentarische Einstellung usw.

Zweitens: Man hat beschlossen, eine wirkliche Wendung in der Gewerkschaftsfrage zu machen und demonstrativ auf dem Parteitag eine starke, arbeitsfähige Gewerkschaftsabteilung zu wählen bzw. den entsprechenden Auftrag der neuen Parteizentrale zu geben.

Drittens bestanden die Vertreter der Exekutive darauf, daß in die Zentrale neue führende Arbeitskräfte, insbesondere mit der Gewerkschaftsarbeit vertraute Genossen, darunter auch einige oppositionelle Genossen, zu wählen sind. Nicht deswegen, um die Partei nach «rechts» zu schleppen, wie es bewußt falsch behauptet wird, sondern um [der Zentrale] einen Zutritt zu den schwankenden Mitgliedern der Partei zu verschaffen. Über die Zusammensetzung der Parteizentrale hat die Exekutive dreimal nachträglich Anfragen erhalten und dreimal ihre Ratschläge bestätigt.

Auf dem Parteitage selbst wurden diese Beschlüsse größtenteils nicht durchgeführt. Die Gruppe der Genossin Ruth Fischer hat nicht nur die Beschlüsse sabotiert, sondern auch eine derartige Behandlung der Delegation der Exekutive hervorgerufen, daß die letztere gezwungen wurde, eine entsprechende Erklärung abzugeben. Am Schlusse des Parteitages wurde ein Bündnisangebot der Gruppe Scholem-Rosenberg gegen die Exekutive stillschweigend angenommen, was prinzipienlos war, da politisch der Parteitag im Geiste des Kampfes gegen die Ultralinke geführt worden war. Analog damit wurde ein Konflikt mit der Vertretung der Jugendinternationale hervorgerufen, und die internationale Jugendkonferenz, an der die Vertreter von 13 Ländern teilnahmen, hat offiziell dagegen Stellung genommen und die entsprechende Appellation an die Exekutive gerichtet.

Damit wurde eine schwere Krise geschaffen. Die erste Delegation /14/, die zu uns kam mit der Direktive, die Desavouierung der EKKI-Delegation zu fordern, mußte nach heftiger Diskussion anerkennen, daß die Exekutive recht hat. Die gesamte Delegation hat die Erklärung abgegeben, daß sie die Kritik seitens des EKKI für richtig hält, das Auftreten der EKKI-Delegation für richtig hält und die politische Linie der Jugendvertretung sowie auch die der internationalen Jugendkonferenz unterstützt.

Inzwischen wurde – auf Wunsch der deutschen Delegation – beschlossen, die größere Vertretung kommen zu lassen. Mit allen möglichen Mitteln verzögerte Genossin Fischer deren Ankunft. Die zweite Delegation /15/ teilte sich in zwei Gruppen. Die Genossin Ruth Fischer kämpfte zuerst gegen die Kritik des EKKI, aber nach langer Diskussion in der Kommission des EKKI, in der die Vertreter aller wichtigen Parteien vorhanden waren, hat auch sie eine Erklärung abgegeben, in der sie die Richtigkeit der Kritik des EKKI anerkennt.

Dies ist kurz der Tatbestand . . .

Reden wir weniger davon, daß die Kommunistische Partei Deutschlands die einzige Arbeiterpartei ist! Handeln wir um so mehr, damit durch eine unermüdliche jahrelange Arbeit innerhalb der breiten Massen in den Betrieben die Mehrheit der Arbeiterschaft für uns gewonnen wird.

Die besten Parteigenossen der Kommunistischen Partei Deutschlands – in die Betriebe und von dort in die Gewerkschaften! Ausdauer und die Bereitschaft, jahrelang die einfachste alltägliche Arbeit unter den Massen zu leisten, um Einfluß für ihre Partei zu erobern – das ist es, was die deutschen Kommunisten brauchen!

Zur Durchführung der Gewerkschaftsarbeit ist eine entschlossene organisatorische Umstellung der Partei im Sinne der Organisationsbeschlüsse des letzten Parteitages erforderlich. Die auf dem Parteitag in Berlin beschlossenen neuen Statuten und Organisationsrichtlinien müssen aufs rascheste verwirklicht werden. Die organisatorische Umstellung der Partei hängt eng mit der politischen zusammen. Ihre gemeinsame Richtlinie besteht in der Verlegung des Schwergewichts der gesamten politisch-organisatorischen Arbeit der Partei in die Betriebe, mit dem Ziel, die Massen der Arbeiter in den Betrieben zu erobern.

Im Vordergrund der organisatorischen Umstellung stehen folgende drei Aufgabengebiete:

1. Reform des innerparteilichen Kurses im Sinne der Normalisie-

14 Die Beratung mit der ersten Delegation, der Ottomar Geschke, Otto Kühne und Ernst Schneller angehörten, fand Ende Juli im EKKI statt.

15 Der zweiten Delegation gehörten Philipp Dengel, Ruth Fischer, Otto Kühne, Heinz Neumann, John Schehr, Ernst Schneller, Wilhelm Schwan, Max Strötzel und Ernst Thälmann an.

rung und Demokratisierung des Parteilebens, der lebendigen Verbindung der Parteiführung mit der Mitgliedschaft in allen und durch alle Organisationen der Partei.

2. Ernsthafte und unbedingt konsequente Reorganisation auf der Grundlage der Betriebszellen.

3. Organisatorische Zusammenfassung und Festigung des kommunistischen Einflusses in allen parteilosen Arbeiterorganisationen, vor allem in den Gewerkschaften, aber zugleich auch in den sich neu bildenden Massenorganisationen des Proletariats.

Die Durchführung einer lebendigen Verbindung der Parteiführung mit der Mitgliedschaft erfordert die Beseitigung des Überzentralismus, die Heranziehung neuer Kräfte nicht nur für die Zentrale, sondern für alle leitenden Organe der Partei, besonders auch für die Bezirksleitungen, die Garantie der kollektiven Arbeit der gesamten Mitgliedschaft und die engste Zusammenarbeit mit der Komintern.

Die Zusammenarbeit mit der Komintern ist um so notwendiger, weil durch sie die Partei durch die Erfahrungen der gesamten Internationale bereichert wird.

Neben der Reform des innerparteilichen Kurses und der Umstellung auf die Betriebszellen ist von größter Wichtigkeit der rasche Aufbau eines Systems wirklich bolschewistischer, mit größter Initiative praktisch arbeitender Parteifraktionen in ausnahmslos allen Organisationen der Arbeiterschaft, wo Kommunisten sind.

Diese Aufgabe beschränkt sich keineswegs auf die Gewerkschaften, sondern gilt auch für sämtliche anderen parteilosen Massenorganisationen, sei es, daß sie bereits seit längerer Zeit bestehen, sei es, daß sie sich erst neu herausbilden. Der RFB bietet das beste Beispiel für die Neubildung proletarischer Massenorganisationen aufgrund der Kampferfahrungen des deutschen Proletariats. Rasche Einstellung der Partei auf solche Organisationen (Sport-, Mieter-, Freidenker-[organisationen], Rote Frauenliga usw.) und ihre Ausnutzung zur Stärkung der Gewerkschaftsarbeit ist notwendig . . .

Die Organisationen des ländlichen und städtischen Kleinbürgertums bedürfen der besonderen Aufmerksamkeit der Partei. Zugleich müssen endlich die notwendigen Schritte unternommen werden, um in Deutschland praktisch eine leninistische Bauernpolitik zu verwirklichen. Die Partei muß die steigende Unzufriedenheit des Kleinbürgertums und des Bauerntums wegen der Regelung der Aufwertungsfrage, der Handelsverträge, der Kredite, der Steuern und Zölle zum gemeinsamen Kampf gegen die Bourgeoisie mobilisieren (kommunistische Fraktionsarbeit in den Aufwertungs-, Mieterorganisationen, den Organisationen der Weinbauern, Kleinbauern, Pächter usw.).

Die Parlamentsarbeit der Partei im Reiche, [in] den Ländern und Kommunen muß in allererster Linie vom Gesichtspunkt der Förderung unserer Arbeit in den Massenorganisationen durchgeführt werden. Dazu ist die engste Zusammenarbeit zwischen den Parlamentsfraktionen und den kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaften usw. eine unerläßliche Voraussetzung.

Die Partei darf keinen Augenblick vergessen, daß nach wie vor ernste rechte und ultralinke Gefahren in ihren Reihen bestehen. Dagegen bieten nicht mechanische Maßnahmen einen Schutz, sondern die breite, gründliche, bis zum letzten Parteimitglied vordringende, alle Organisationen und Zellen umfassende Aufklärungs- und Erziehungsarbeit durch die Partei. Die ideologische Überwindung aller Fehler auf praktischem und theoretischem Gebiet erfolgt am besten auf dem Wege der Durchdringung der Partei mit den Grundsätzen des Leninismus und der Komintern, auf dem Wege der Anwendung dieser Grundsätze auf die konkreten Verhältnisse in Deutschland und die daraus erwachsenden praktischen Parteiaufgaben.

Eine breite Aufklärungskampagne unter der gesamten Mitgliedschaft über die Notwendigkeit und den politischen Sinn der gegenwärtigen Auseinandersetzung muß den bewußten Anfang dieser innerparteilichen Propagandaarbeit bilden . . .

Lenin hat uns gelehrt, daß unsere Fehler offen und rücksichtslos vor der ganzen Arbeiterklasse zu kritisieren, bereits zur Hälfte sie zu überwinden bedeutet. Die RKP(B) hat in ihrer fünfundzwanzigjährigen Geschichte mehr als einmal – frei von jeder kleinbürgerlichen Sentimentalität, von jeder Selbstzufriedenheit /16/ – ihre Schwächen aufgedeckt und überwunden. Die KPD wird diesem Beispiel folgen.

Die Hauptmängel sind nicht zu suchen in der kerngesunden proletarischen Mitgliedschaft der Partei, sondern in der Spitze ihrer Spitze, die versagt hat. Vor der Partei stehen neue große Aufgaben. Die Situation entwickelt sich nicht gegen uns, sondern für uns. Der Klassenkampf in Deutschland bewegt sich seit einigen Monaten nicht mehr auf der sinkenden, sondern auf der aufsteigenden Linie.

Nur wenn die gesamte Partei alle Zeichen der Zeit erkennt, wenn sie sich auf sich selbst, auf ihre eigene Kraft, auf die Kommunistische Internationale, auf die unbesiegbare Kraft der deutschen Arbeiterklasse besinnt, kann sie die Krise überwinden und das deutsche Proletariat zum Siege führen. Dann aber mit Sicherheit.

Exekutive der KI: Sinowjew, Bucharin, Manuilski, Pjatnizki, Losowski (Sowjetunion); Jacob (Frankreich); Brown (Großbritannien); Kuusinen (Finnland); Scheflo (Norwegen); Kilbom (Schweden); Kolarow, Dimitroff (Bulgarien); Boschkowitsch (Jugoslawien); Katayama (Japan); Roy (Indien); Mickiewicz-Kapsukas (Litauen).

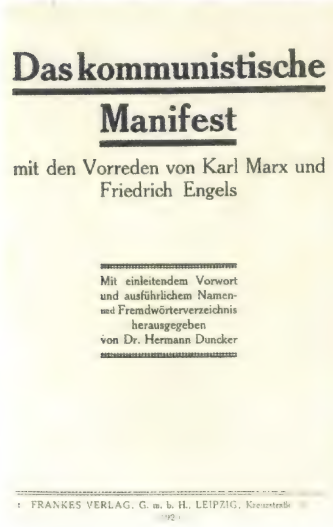
Delegation der KPD: Thälmann, Ruth Fischer, Dengel, Schwan, Schneller, Schehr, Kühne, Strötzel, Heinz Neumann

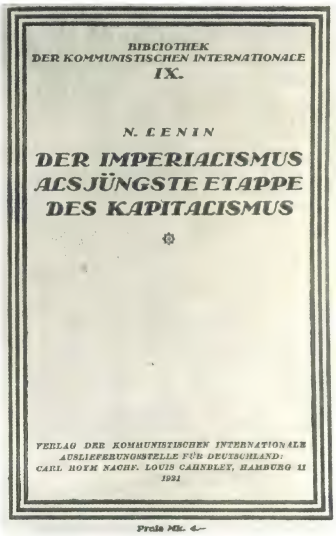
und das Zentralkomitee der KPD (Sektion der Kommunistischen Internationale).

16 In der Quelle: jedem Selbstgefühl.

Aneignung des Marxismus-Leninismus

Parteischulkurs der KPD, 1921. In der 1. Reihe (5. von rechts) Hermann Duncker





Gemeinsam gegen die Reaktion

Überführung der Urne von Julian Marchlewski zum Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde am 5. April 1925. Links neben dem Wagen (von vorn nach hinten) Wilhelm Pieck, Ernst Schneller, Ernst Thälmann, Hugo Eberlein und Ernst Meyer

Protestkundgebung gegen die Zollpolitik der Regierung vor dem Berliner Schloß am 24. Juli 1925

Ernst Thälmann mit einem sowjetischen Seemann und einem chinesischen Arbeiter auf dem Gautreffen Wasserkante des RFB in Hamburg am 21. Juni 1925

10. Parteitag der KPD

Ernst Thälmann spricht auf dem 10. Parteitag der KPD in Berlin, Juli 1925

Umschlagseite der Broschüre mit dem
Referat Ernst Thälmanns auf dem
10. Parteitag der KPD

Der Kampf um die Gewerkschaftseinheit und die deutsche Arbeiterklasse!

Für eine starke marxistisch-leninistische Massenpartei

1925–1929

Um jeden einzelnen Proletarier ringen

Aus dem Referat in der Sitzung der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der KPD am 2. September 1925

Wenn wir eine wirkliche Arbeiterpartei sein wollen, müssen wir die Anzahl der politisch verantwortlichen Mitarbeiter erweitern. Leider sind in dieser Frage bisher große Versäumnisse gemacht worden. Versäumnisse in der Richtung hin, daß man zu viel Furcht hatte vor der Heranziehung neuer Elemente. Ich stelle damit nur die Tatsache fest, die sich in der ganzen Partei gezeigt hat . . . Wir müssen es fertigbringen, solche Genossen heranzuziehen, die sich in den Betrieben bewährt haben und die allein in der Lage sind, der Partei ein neues Rückgrat zu geben. Wenn wir eine Arbeiterpartei sein wollen, so heißt das, unsere Werbung in Zukunft auf diejenigen Kreise zu konzentrieren, die der Partei nicht nur innerlich, sondern auch äußerlich den Charakter einer Arbeiterpartei geben. Wir hatten sehr ernste und heftige Auseinandersetzungen mit dem Genossen Scholem wegen der Zusammensetzung des Vorstandes der [preußischen] Landtags- und [der] Reichstagsfraktion. Ich verlangte damals, daß diese Körperschaften sich in der Mehrzahl aus Arbeiterelementen zusammensetzen sollten. Es kam darauf an, nach außen hin zu zeigen, daß die KPD eine Arbeiterpartei ist . . . Es kommt darauf an, sich nach außen hin auch in dieser Frage von der SPD zu unterscheiden, in deren Parlamentsvorständen die Gewerkschaftsführer sitzen. Das alles ist die Folge davon, daß wir es unterlassen haben, genügend neue Elemente zur Mitarbeit heranzuziehen und dem damaligen Vorschlag der Exekutive, die Zentrale auf 19 Genossen und 8 Kandidaten zu erweitern, nicht nachgekommen sind. Gegen diesen Vorschlag waren starke Widerstände vorhanden. Genosse Schneller hatte den Auftrag, diesen Vorschlag der Exekutive abzulehnen. Ich war anderer Meinung, weil ich der Auffassung war, wenn die Zentrale mit 19 Genossen besetzt ist, ist es eher möglich, neue Elemente zur Mitarbeit zu gewinnen, die Zentrale wird dann eine Schule der Politik sein. Auch für mich war es, als ich aus dem Betrieb ging, noch nicht möglich, die Probleme so zu übersehen, wie das heute der Fall ist. Ein Jahr Beschäftigung mit den wichtigen, ernsten und kompliziertesten Problemen bringt jeden Genossen weiter. Genossen, die es ablehnen, die Zentrale zur Herausbildung neuer Kräfte zu erweitern, verkennen die Aufgaben, die sich eine Partei wie die unsere stellen muß. Wir müssen ganz genauso verfahren wie die russischen Genossen, die nach dem Tode Lenins ihr Zentralkomitee um ein beträchtliches erweitert haben . . .

Noch einige Worte über die neue Führung. Gleichzeitig mit der Herausbildung proletarischer neuer Elemente als verantwortliche Mitarbeiter muß natürlich auch die Heranziehung der besten Intellektuellen vor sich gehen. Daß diese Umstellung nur langsam vor sich gehen kann, weiß jeder von uns. Es werden dabei auch Fehler gemacht werden, und dabei werden sich auch die Schwächen der Partei zeigen. Dies müssen wir jedoch dadurch korrigieren, daß wir an die praktischen Aufgaben der Partei viel ernsthafter herangehen als bisher. Als Beispiel dafür, daß es durchaus möglich ist, Arbeiter aus den Betrieben zur verantwortlichen Mitarbeit heranzuziehen, möchte ich England anführen, wo der Führer der Kommunistischen Partei, Pollitt, heute noch im Betrieb steht.

Artikel vom 4. September 1925: Die Bedeutung der Arbeiterdelegationen

Wir begrüßen die Delegation deutscher Arbeiter, die heute aus der Sowjetunion nach Deutschland zurückkehrt. Jedes Mitglied der Delegation wird sich bewußt sein, daß er Teilnehmer eines historischen Schrittes war. Es waren keine Staatsmänner und Weltpolitiker, die nach der Sowjetunion fuhren, sondern einfache deutsche Arbeiter, größtenteils aus dem Betrieb, in der überwiegenden Mehrheit Sozialdemokraten, Angehörige einer Partei, deren Führer mehr als einmal Maschinengewehre gegen den Kommunismus in Tätigkeit treten ließen. Die mehr als fünfzig deutschen Arbeiter fuhren nach Sowjetrußland, um sich zu überzeugen, wer die Wahrheit über die russischen Zustände redet: wir, die Kommunisten, die Verteidiger der proletarischen Diktatur, oder sie, die sozialdemokratischen Führer, der «Vorwärts», die Todfeinde Sowjetrußlands. Die Arbeiterdelegation hatte die Möglichkeit, frei und unbehindert alle Winkel der Sowjetunion zu durchstreifen. Sie war in Leningrad und Moskau, im Kaukasus und im zentralrussischen Textilgebiet, in Georgien und in der Ukraine, im Ural und im Donezbecken.

Der gewaltigste Eindruck, den die deutschen Arbeiter sammeln konnten, war wohl der jubelnde Empfang, die brüderliche Sympathie, die brausende Solidarität, mit der sie in allen Städten Sowjetrußlands vom russischen Proletariat empfangen wurden. Wer zufällig Gelegenheit hatte, diesen Kundgebungen beizuwohnen, der konnte nur lachen über die Behauptung, das seien «künstlich gemachte De-

monstrationen». Die russischen Arbeiter und Bauern waren sich bewußt, daß diese Delegation von über 50 einfachen Arbeitern historische Bedeutung hat. Sie spürten, welche Tragweite diese Reihe von Pilgerzügen aus allen kapitalistischen Ländern der Welt nach dem roten Leningrad und Moskau haben wird. Es ist das Signal einer langsamen, unendlich langsamen, aber unaufhaltsam wachsenden neuen Orientierung des internationalen Proletariats. Die Engländer begannen. Ihnen folgten die Belgier, dann die Schweden und die Deutschen. Jetzt folgen Franzosen und Finnen.

Keine Macht kann die Arbeiterklasse der Welt aufhalten, ihr Bewußtsein und ihr Interesse der siegreichen proletarischen Diktatur in Sowjetrußland selbst zuzuwenden. Vergeblich bemühen sich der «Vorwärts» und alle antibolschewistischen Blätter, die Reise von Arbeiterdelegationen zu verhindern. Vergeblich ändern sie die Marxsche Losung: «Proletarier aller Länder, vereinigt euch!» in den kläglichen Ruf «Proletarier aller Länder, bleibt zu Hause». Die sozialdemokratischen Arbeiter reisen. Sie reisen aus dem imperialistischen England, reisen aus dem Deutschland Noskes und Hindenburgs. Sie werden aus dem Frankreich des Marokkokrieges und aus dem Italien Mussolinis reisen. Legal oder illegal, rechts oder links, sozialdemokratisch oder parteilos: Sie reisen! Und wehe den sozialdemokratischen Führern, wenn diese Welle wachsen wird. Sie können die Arbeiter gegen den Bolschewismus «schulen», «einstellen», aufhetzen, soviel sie wollen. Sobald die Delegation mit der russischen Arbeiterklasse in Berührung kommt, fällt der Nebel von den Arbeiterschädeln; eben weil es Arbeiterschädel sind und keine Bourgeoisschädel.

Was hat die deutsche Delegation in der Sowjetunion gesehen? Sie erstattet ihren Bericht. Soweit man aus ihren Veröffentlichungen in der russischen Presse, die von Sozialdemokraten unterschrieben sind, sehen kann, hat sie gesehen, daß das Proletariat die Macht, die Kultur und die Wirtschaft erobert hat, daß die Arbeiterklasse herrscht und nicht die Bourgeoisie, daß die Arbeiterklasse die Wirtschaft leitet und nicht die Bourgeoisie.

Die Mitglieder der deutschen Arbeiterdelegation werden in die Versammlungen gehen und Bericht erstatten. Wir fordern die Redakteure des «Vorwärts», die Wels, Hermann Müller und Hilferding auf, ihre eigenen Parteigenossen von der Arbeiterdelegation zu fragen, was sie gesehen haben: Skelette, ermordete Kinder, Typhusleichen oder gesunde Arbeiter in anständigen Kleidern und Stiefeln, ausreichend ernährt, voller Stolz und Klassenbewußtsein, frei, selbstbewußt, ohne Reichswehr und Schupo und kapitalistische Klassenjustiz.

Der «Vorwärts» wird schreiben: Man hat euch «Potemkinsche Dörfer» gezeigt. Aber hier macht der «Vorwärts» einen Rechenfehler. Man kann zehn oder hundert Potemkinsche Dörfer bauen, aber wenn alle die Hunderttausende russischer Dörfer potemkinsch sind, dann, bitte schön, machen wir aus Deutschland solche Potemkinsche Dörfer.

Der «Vorwärts» wird schreiben, die Arbeiter, die der Delegation ihre Zufriedenheit und ihren Stolz über die Sowjetmacht zeigten, waren bestochen. Aber Verzeihung, man kann einige Zehntausende Arbeiter durch Beteiligung an den kapitalistischen Profiten bestechen, wie es die westeuropäische Bourgeoisie mit der Arbeiteraristokratie tut, aber wenn die vielen Millionen des russischen Proletariats «bestochen» sind, dann, bitte schön, wir wollen nichts anderes, als die fünfzehn Millionen deutscher Arbeiter auf diese Weise, d. h. auf bolschewistische Weise, «bestechen», indem wir die Kapitalisten hinausschmeißen und die Fabriken eben in die Hand dieser fünfzehn Millionen Arbeiter übergeben.

Ernst gesprochen: Die Reise nach Sowjetrußland hat den Delegierten der deutschen Arbeiterschaft gezeigt, daß die Erzählungen des «Vorwärts» und der sozialdemokratischen Provinzzeitungen ganz Deutschlands über die «russischen Zustände» Lüge und Betrug sind.

Es gilt jetzt, die Lehren aus dieser Erkenntnis zu ziehen. Zunächst müssen die Teilnehmer der Delegation selbst einige Lehren ziehen.

Erstens: Die Delegation hat keine Vergnügungsreise unternommen, sondern sie fuhr im Namen und Auftrage der deutschen Arbeiterschaft. Sie darf sich nicht mit der individuellen Aufnahme ihrer Eindrücke begnügen, sondern muß vor ihren Mandatgebern, den Arbeitern in den Betrieben und Gewerkschaften, Bericht erstatten.

Zweitens: Die mehr als fünfzig Arbeiter, die nach Sowjetrußland gereist sind, müssen sich für die Folgerungen, die sie aus dem ziehen, was sie sahen, einsetzen. Sie müssen Tausende, Hunderttausende deutscher Arbeiter aufklären, ihnen die Wahrheit sagen.

Drittens: Die Delegation hat, wie ihre bisherigen Äußerungen in der Presse zeigen, mit eigenen Augen gesehen und öffentlich festgestellt, daß die Sowjetmacht besser ist als der Kapitalismus. Sie muß noch einen Schritt weitergehen, wenn sie konsequent und im Geiste von Marx und Engels international sein will. Sie soll ihre Solidarität nicht nur dem siegreichen Kommunismus in Sowjetrußland, sondern auch dem unterdrückten, verfolgten, eingesperrten, kämpfenden Kommunismus in Deutschland entgegenbringen.

Wir fordern von keinem sozialdemokratischen Arbeiter, daß er ohne weiteres seiner Partei den Rücken kehrt und ein kommunistisches Mitgliedsbuch erwirbt. Aber wir fordern von jedem, der überzeugt ist, daß in Sowjetrußland nicht die asiatische Barbarei, sondern das siegreiche Proletariat herrscht, daß er gemeinsam mit der Kommunistischen Partei Deutschlands die rote Einheitsfront der deutschen Arbeiterklasse zum Kampf gegen die Bourgeoisie schließt.

Die ganze deutsche Arbeiterklasse muß sich diese Lehren der ersten deutschen Arbeiterdelegation, die heute von Sowjetrußland heimkehrt, zu eigen machen.

Aus der Rede auf der Tagung des Zentralkomitees der KPD am 20. Oktober 1925

Die Braun-Severing-Regierung /1/ ist nicht unser Ziel, aber in der gegenwärtigen Situation sind wir bereit, um den Deutschnationalen nicht Gelegenheit zu geben, anstelle der Braun-Severing-Regierung eine reaktionärere Regierung zu setzen, diese Regierung zu unterstützen. Eine einfache, bolschewistische Politik, ohne Kompromisse, mit klarer Linie.

Paul Tastesen
Erinnerung

Ernst Thälmann mußte als Führer unserer Partei in Berlin wohnen. Aber stets, wenn er zum Besuch seiner Familie nach Hamburg kam,

1 Von Sozialdemokraten geführte Koalitionsregierung in Preußen.

traf er sich mit uns in einem Kreis Hamburger Genossen. Diese Zusammenkünfte beeindruckten uns jedesmal wie ein Examen, wenn er uns über die Lage in der Partei und über die Meinung und Stimmung der Arbeiter befragte. Wir konnten mit noch so guten Vorsätzen zur Besprechung gehen, aber der Alte, wie wir unseren Ernst unter uns nannten, überraschte uns doch immer wieder mit Fragen, die uns an das Wesentliche führten.

Nach den Besprechungen kratzten wir uns, ungnädig mit uns selbst, hinter den Ohren, weil wir auf manche Fragen nicht von selbst gekommen waren. «Der Alte braucht nur vom Hauptbahnhof bis St. Pauli zu gehen, und er weiß besser, was in Hamburg los ist, als wir», oder «Woher er das schon wieder wußte, er ist doch eben erst in Hamburg». Das waren Redensarten unter uns, nachdem wir uns von Ernst verabschiedet hatten.

In solch kleinen Zusammenkünften lernte man die Größe Ernst Thälmanns erst richtig kennen. Wenn er zu uns sprach, so spürten wir, wie die Fülle seines Gedankenreichtums seinen Sätzen vorauszueilen schien. Seine Augen glänzten, und eine unbezwingbare Energie strömte von ihm aus . . .

So gründlich Ernst Thälmann in seinem Denken war, so gründlich war er auch, wenn er sich informieren wollte über das Denken und Handeln der Werktätigen. Er verließ sich keineswegs nur auf die Informationen der Genossen. Vor oder nach wichtigen politischen Ereignissen liebte er es, ganz allein durch die Straßen Hamburgs zu gehen. Als ehemaliger Transportarbeiter kannte er in seiner Vaterstadt nicht nur alle Straßen und Winkel genau, sondern auch die sozialen Schichten ihrer Bewohner. Er wußte, wo er hinzugehen hatte, um mit seinem feinhörigen Ohr die Stimme des Volkes zu hören und in ihrer Muttersprache mit ihnen zu reden.

Wenn er in seiner Vaterstadt war, sprach er mit Vorliebe unser Hamburger Platt. Er begann Gespräche mit dem Mann auf der Straße oder ging in eine Wirtschaft oder in irgendeinen Laden. Er lenkte die Gespräche so, daß man ihm sagte, was er wissen mußte. Er hatte einen ungemein feinen Instinkt, um das Maß aller Meinungen auf den richtigen Nenner zu bringen. Es war erstaunlich, mit welcher Genauigkeit Ernst Thälmann die Wahlergebnisse im voraus abschätzen konnte. Die genaue Kenntnis der Volksmeinung befähigte ihn auch, richtunggebend in unserer Politik zu sein.

Aus dem Referat auf der 1. Parteikonferenz der KPD in Berlin am 31. Oktober 1925

Auf dieser Konferenz muß es heißen: Heran an die praktische Arbeit auf Grund der neuen Linie! Die Parteikonferenz muß die Reihen zusammenschließen, eiserne Disziplin halten und noch mehr Anforderungen als bisher an die Mitgliedschaft der Partei stellen sowie eine festere Bindung mit der KI schaffen.

Wir sehen, daß die deutsche Mitgliedschaft in den letzten Wochen Schlußfolgerungen bei der Behandlung der deutschen Frage gezogen hat, daß sie sich viel mehr für die internationalen Probleme zu interessieren beginnt. Die Entscheidungen in der deutschen Partei sind keine [Entscheidungen] für Deutschland allein, sondern haben internationale Bedeutung und werden auf der am 25. November stattfindenden Erweiterten Exekutive eine ernste politische Rolle für die gesamte Internationale spielen. In ähnlichen Wechselwirkungen, Strömungen und Gruppierungen zeigen sich [auch] in anderen Parteien diese Dinge, [und ihre Diskussion wird] zur Klärung der Linie in der KI beitragen . . .

Alles das, was wir so in der bürgerlichen Presse lesen, beweist, daß die Werbekraft der Partei und ihre Aktivität steigen, und wir glauben, daß durch die Kursänderung der Partei ihre innere Kraft erhöht wird. Gerade die Thesen über die politische Lage und die Aufgaben der Partei beweisen, daß wir die Perspektive der zweiten Revolution sehen, daß wir am Anfang dieser Phase uns befinden, daß ein Konsolidierungsprozeß in der Partei beginnt, daß wir unsere theoretische Schulung weiterentwickeln, daß wir versuchen, die Partei zusammenzuhalten, daß wir versuchen, die Aufgaben zu lösen, daß wir uns nicht fürchten vor der Sozialdemokratie. Die bürgerliche Presse beginnt, der KPD die größte Aufmerksamkeit zu widmen; die SPD-Arbeiter in den Betrieben beginnen, über uns mehr denn je zu diskutieren.

Ich glaube, daß diese Parteikonferenz ein Signal für die Partei sein wird, vorwärts zu marschieren. Wir stehen am Anfang einer solchen Entwicklung in der Partei. Die Partei hat bisher die politischen Dinge bei weitem nicht ernst genug behandelt und viel zu wenig erkannt, daß sie ein Machtfaktor ist. Sie hat bei weitem nicht ernst genug die Frage untersucht, ob die Partei nicht nur auf dem Papier, sondern in der Praxis wirklich die Arbeiterpartei ist, und den sozialdemokratischen Arbeitern, die glauben, ihre Partei sei eine Arbeiterpartei, zu wenig diesen Glauben geraubt – nicht, wie es vielfach geschah, mit dem Knüppel, sondern dadurch, daß wir um jedes einzelne Proletarierhirn ringen und die Aufgaben lösen, die vor uns stehen. Auf diesem Wege, ohne die bolschewistischen Grundsätze zu beflecken, ohne sie aufzuheben, müssen wir die Bourgeoisie strategisch schlagen und enthüllen, daß die SPD nicht gewillt ist, mit dem Proletariat zu gehen. Der Brief der Exekutive ist das historische Dokument, aus dem wir die Quellen der neuen Entwicklung schöpfen. In diesem Sinne heißt es: Ran an die Arbeit! Vorwärts! Erhöhung der Schlagkraft der Partei, Werbung neuer Mitglieder, neue Kampfstärkung! Das deutsche Proletariat wird zu dieser Partei – der einzigen Arbeiterpartei in Deutschland – Vertrauen gewinnen, und wir werden das Proletariat Stufe für Stufe vorwärts zum Siege führen.

Aus dem Artikel vom 7. November 1925: Der 7. November – eine neue Epoche der Weltgeschichte

Den 7. November 1917 begreifen heißt nicht nur seine Früchte, sondern auch seine Wurzeln erkennen. Diese Wurzeln liegen in dem jahrzehntelangen Kampf, den Lenin und die alte Garde des Bolschewismus für die Herausbildung einer revolutionären Partei führten. Die Voraussetzungen für den Oktobersieg wurden in den Jahren von 1907 bis 1914, in der Periode zwischen der Niederlage der ersten Revolution und dem Beginn des Weltkrieges, geschaffen.

Wir feiern heute zugleich mit dem achten Jahrestag des Oktoberumsturzes die zwanzigste Wiederkehr der ersten russischen Revolution von 1905. Das Jahr 1905 war nach Lenins Wort die «Generalprobe» für den Oktoberumsturz. Auf Grund der ungeheuren Erfahrungen dieser Generalprobe schufen die Bolschewiki ihre revolutionäre Theorie, arbeiteten sie die allseitige leninistische Taktik zur Eroberung und Führung der Massen heraus, sammelten und erzogen sie die eisernen Arbeiterkader, die späteren Leiter des Umsturzes.

Vom historischen Standpunkt betrachtet, war der gesamte bisherige

Verlauf der deutschen Revolution vom November 1918 bis zum Oktober 1923 nur eine «Generalprobe» für die kommende zweite deutsche Revolution. Wir haben unser 1905 bereits hinter uns, aber unser 1917 steht noch vor uns.

Unsere Partei arbeitet jetzt an der Schaffung der Voraussetzungen für den deutschen Oktober. Auf Grund der Erfahrungen unserer ersten Revolution müssen wir eine Partei herausbilden, die imstande ist, das deutsche Proletariat zum Kampf um die Macht zu führen. Wir befinden uns in einer ähnlichen Periode, wie sie der russische Bolschewismus zwischen 1907 und 1914 durchmachte.

Allerdings bestehen grundlegende Unterschiede zwischen der deutschen und der russischen Revolution. Der Kapitalismus ist im industriellen Deutschland unendlich viel stärker als im rückständigen Rußland. Seine Stärke spiegelt sich in dem großen Einfluß wider, den die sozialdemokratischen Führer auf das Proletariat noch ausüben . . .

Der Unterschied zwischen der deutschen und der russischen Revolution ist nicht einseitig in der stärkeren Macht des deutschen Kapitalismus zu suchen. Auch das Proletariat ist in Deutschland stärker, als es in dem kleinbürgerlichen Rußland war. Beide Fronten, sowohl die der Revolution als die der Gegenrevolution, sind in Deutschland breiter und fester. Darum ist die Revolution in Deutschland langwieriger, komplizierter und mühevoller als in Rußland.

Das deutsche Proletariat ist vor allem deshalb stärker, weil es bereits die Erfahrungen der drei russischen Revolutionen und der achtjährigen Praxis der proletarischen Diktatur in der Sowjetunion besitzt. Das deutsche Proletariat hat zwei Weltmächte zu Verbündeten, die zur Zeit des russischen Oktoberumsturzes noch nicht bestanden. Sein erster Verbündeter ist die Sowjetunion selbst.

Die zweite Weltmacht, die an unserer Seite steht, ist die Kommunistische Internationale. Die Komintern, deren erste Anfänge von Lenin mitten im imperialistischen Weltkrieg geschaffen wurden, ist das revolutionäre Kind des Sieges vom 7. November 1917. Sie vereinigt die Lehren des revolutionären Marxismus mit den Erfahrungen des russischen Bolschewismus, die Lehren des Sieges der Sowjetrevolution mit den Ergebnissen des Kampfes der internationalen Arbeiterklasse. Sie ist unser größter Führer.

Mehr denn je muß der achte Gedenktag des 7. November allen Kommunisten, allen revolutionären Arbeitern die prophetischen Worte ins Gedächtnis rufen, die Lenin im Jahre 1919 schrieb: Die Komintern ist der Keim für die Weltunion Sozialistischer Sowjetrepubliken!

Aus der Rede im Reichstag am 24. November 1925

Wenn wir hier auf der Tribüne des Parlaments momentan, glaube ich, als die einzigen ernsten und grundsätzlichen Gegner des Locarno-Vertrags /2/ erscheinen, zumal nachdem Sowjetrußland durch den Vertreter der Außenpolitik, Tschitscherin, sich in gleichem Sinne geäußert hat, glauben wir, daß man in dieser ernsten Situation gerade auch unseren wirklich ernsten politischen Argumenten hinreichend Gehör schenken sollte, weil wir sie in Zusammenhang bringen mit jenen Methoden des englischen Imperialismus, die zu gleicher Zeit davon ausgehen, Deutschland für die nächsten Jahre ernsthaft in die imperialistische Front hineinzubringen. Wäre Locarno ein Schritt zur Sicherung des Friedens, zur sozialen und nationalen Freiheit der unterdrückten und ausgebeuteten Klassen und Völker, die Kommunistische Partei Deutschlands, die Kommunistische Internationale, der einzige proletarische Staat, der einzige Freund aller unterdrückten Klassen und Völker: Sowjetrußland, jeder Kommunist würde bedingungslos für Locarno eintreten. Mit derselben Energie, mit der wir heute die unterdrückten Klassen und Länder vor Locarno warnen, mit der wir den Kampf gegen Locarno organisieren, mit derselben Energie würden wir für Locarno eintreten.

Denn die Proletarier aller Länder, die unterdrückten Hunderte von Millionen von Bauern und Arbeitern in China, in Indien, in Afrika wollen die Freiheit von den Fesseln des Kapitalismus und Imperialismus. Sie alle kämpfen für die Eroberung der sozialen und nationalen Freiheit, für einen durch die Macht der Werktätigen aller Länder wirklich gesicherten Weltfrieden . . . Herr Stresemann sprach einmal von der Friedensoffensive, die Deutschland unternimmt. Nun, die Friedensoffensive des Herrn Stresemann, die er mit der Zustimmung der gesamten deutschen Bourgeoisie und im Auftrage der englischen Bourgeoisie unternimmt, ist die mit diplomatischen Mitteln eingeleitete Offensive Englands, in Europa durch Einbeziehung Deutschlands einen antirussischen Block zu formieren.

Der englische Imperialismus, der im Fernen Osten einen verzweifelten Kampf gegen das Erwachen der unterdrückten Nationen führt, der englische Imperialismus, der das proletarische Rußland vernichten will, weil das Bündnis der siegreichen russischen Arbeiter und Bauern mit den Arbeitern und den unterdrückten Nationen der ganzen Welt die Herrschaft des Imperialismus bedroht, dieser englische Imperialismus will Europa als englische Front gegen Sowjetrußland organisieren. Die Gegensätze zwischen den einzelnen Staaten Europas, vor allem zwischen Frankreich und Deutschland, sollen für die Interessen der englischen Weltpolitik ausgenutzt werden. Die imperialistischen Gegensätze zwischen den einzelnen Staaten Europas sollen so lange normalisiert werden, wie es der englische Imperialismus braucht. In Europa soll gewissermaßen ein Frieden mit beschränkter Haftung unter unmittelbarer Abhängigkeit dieses Friedens vom englischen Imperialismus bestehen. Das ist der wahre Inhalt des sogenannten Westpakts, der sogenannten Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland . . .

Die deutsche Bourgeoisie versucht, als Landsknecht des englischen Imperialismus den deutschen Imperialismus wieder aufzubauen. Der Politik des Bürgerblocks nach innen entspricht außenpolitisch die Politik des Blocks mit der englischen Weltreaktion. Die deutsche Bourgeoisie hofft, für zu leistende Dienste gegen Sowjetrußland die Unterstützung des englischen Imperialismus bei der Rückeroberung der verlorenen Gebiete, die Unterstützung in späterer Zeit bei der Wiederbewaffnung und die Unterstützung durch englische und amerikanische Kredite zu bekommen.

Sie geht mit dem Westpakt auf einen vorläufigen Frieden mit Frankreich ein. Sie verpflichtet sich, keinen Krieg gegen Frankreich zu führen, und sie stellt dieses Verhältnis zu Frankreich unter englische Kontrolle . . .

2 In Locarno wurde vom 5. bis 16. Oktober 1925 durch Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Polen und die Tschechoslowakei ein Vertragssystem vereinbart, dessen Kernstück die Garantie der deutsch-französischen und der deutsch-belgischen Grenze war. Die Westgrenzen Polens und der Tschechoslowakei wurden nicht garantiert, sondern dem deutschen Imperialismus als Ausfalltor für Aggressionen gegen diese Staaten und die UdSSR offengelassen.

Wir erklären hier laut vor der deutschen, vor der französischen und vor der gesamten internationalen Arbeiterschaft: Der Westpakt ist nicht der Frieden zwischen Frankreich und Deutschland, den die deutschen und französischen Arbeiter und Bauern mit aller Macht wollen. Der Westpakt ist nicht die Verhinderung einer neuen, noch grauenhafteren deutsch-französischen Front der Infanterie, Artillerie, [des] Gases und [der] Flieger. Der Westpakt ist die Verschiebung eines neuen Krieges zwischen Deutschland und Frankreich auf spätere Zeiten . . .

So bereitwillig Herr Stresemann war, auf englischen Wunsch einen Westpakt unter englischer Garantie abzuschließen, ebenso bereit war er auf englischen Wunsch, keinen Ostpakt abzuschließen. Ja, man erzählt sich sogar allgemein, daß die Aufrollung der Frage der deutschen Ostgrenzen in dieser Phase ebenfalls auf englische Initiative entstanden ist, und in der Stellung Deutschlands zur Frage seiner Ostgrenzen kommen nicht nur die deutlicheren Absichten der deutschen Bourgeoisie zum Vorschein, sondern gleichzeitig auch der Umfang der Abhängigkeit vom englischen Imperialismus, und wie leicht es ist, die deutsche Bourgeoisie samt ihrem Herrn Außenminister zu ködern. Der englische Außenminister machte der deutschen Bourgeoisie Hoffnungen auf eine Revision der Ostgrenzen, sozusagen als Abschlagzahlung für das Einschwenken Deutschlands in den antirussischen Block . . .

Herr Stresemann kalkulierte ungefähr folgendermaßen: Schließen wir jetzt einen Rheinpakt unter englischer Garantie, sichern wir vorläufig den Frieden im Westen, dann haben wir die Hände frei zu einem eventuellen blutigen Abenteuer im Osten, dann können wir sozusagen unseren «Wiederaufstieg» mit der Rückeroberung des polnischen Korridors, Oberschlesiens, Danzigs und so weiter beginnen.

Und stolz verkündet Herr Stresemann als Erfolg von Locarno, daß Deutschland keinen Ostpakt geschlossen habe und Frankreich kein Garant zwischen Deutschland und Polen sei.

Schon schlagen die Herzen der Militärs der deutschen Reaktion höher. Schon träumt die deutsche Reaktion, zunächst einmal mit dem polnischen «Erbfeind» aufzuräumen. Wir müssen heute vor der deutschen und der internationalen Arbeiterschaft der Ostpolitik der deutschen Bourgeoisie die Maske herunterreißen. Was hier von der deutschen Bourgeoisie im stillen organisiert wird, kann morgen zu einem ungeheuer blutigen Abenteuer werden. Die deutschen Arbeiter müssen achtgeben, daß die Versuche der deutschen Bourgeoisie zur Rückeroberung der verlorengegangenen Ostprovinzen nicht die Einleitung zum nächsten Krieg bedeuten. Die deutschen Arbeiter müssen ihr Augenmerk darauf lenken, wie die Tendenzen innerhalb der deutschen Bourgeoisie wachsen, durch den polnischen Korridor in einen neuen Krieg hineinzutaumeln . . .

Locarno ist nicht der Friede, Locarno ist nicht der Weg zum Frieden, Locarno ist nicht der Versuch, auf dem Wege der diplomatischen Erörterungen, durch Abschluß von Verträgen den Krieg zu verhindern, sondern Locarno ist der Versuch der Einbeziehung Deutschlands in eine europäische Konzentration unter der Führung Englands gegen Sowjetrußland und gegen die Hunderte von Millionen der erwachenden unterdrückten Völker im Fernen Osten und in Afrika. Locarno ist der Versuch zur Bildung einer internationalen schwarzen Einheitsfront! Deutschland und Europa sollen aufmarschieren, um die erwachenden Völker, die sich aus der Herrschaft des englischen Imperialismus befreien, niederwerfen zu helfen, um es der englischen Bourgeoisie zu ermöglichen, ihre Herrschaft über die chinesischen und indischen Arbeiter und Bauern zu sichern.

Der Geist von Locarno ist der, daß Deutschland an der Seite der englischen Reaktion gegen das Bündnis der sozialen und nationalen Revolution einschwenken soll . . .

Wir Kommunisten lehnen es ab, Ihnen irgendwelche Ratschläge zu erteilen. Die zukünftige Entwicklung wird unseren Weg als den richtigen erweisen. Unsere Aufgabe besteht nur darin, der deutschen Arbeiterklasse den Weg zu zeigen, den das bürgerliche Deutschland jetzt beschreitet. Darüber hinaus zeigen wir ihr den Weg, den sie selbst beschreiten muß, um sich die Freiheit zu erkämpfen.

Es gibt keine Lücke in der Geschichte der Klassen und Nationen. In dem gleichen Augenblick, in dem die Bourgeoisie aufhört, die nationale Unabhängigkeit Deutschlands zu verkörpern, tritt eine andere Macht auf die Bühne der deutschen Geschichte, die aus eigenem Klasseninteresse sich selbst zur Vertreterin der nationalen Unabhängigkeit Deutschlands proklamiert. Diese Macht ist die deutsche Arbeiterklasse. Sie hat nichts mehr mit dem Nationalismus gemein. Sie bekämpft die deutschnationale Reaktion überall, wo sie auftritt. Sie will nicht andere Völker bekämpfen und unterjochen, sondern sie ist Fleisch vom Fleisch, Blut vom Blut der arbeitenden Massen aller Länder, sei es China, Persien oder Marokko, sei es Rußland, Frankreich oder England.

Die nationale Unabhängigkeit Deutschlands, für die das deutsche Proletariat kämpft und deren Fahne wir Kommunisten erheben, ist eine andere als diejenige, die von Ihnen heute verraten und verkauft wird. Gerade weil die Kapitalisten und Junker das deutsche Volk verraten und verkaufen, kann das künftige unabhängige Deutschland nur ein sozialistisches, nur ein Arbeiterdeutschland sein. Das kapitalistische Deutschland hat vielleicht amerikanische Wucherkredite, in jedem Falle aber die englische Knechtschaft und imperialistische Kriege für die Zukunft zu erwarten. Wir werden sehen, daß dieses kapitalistische Deutschland untergehen wird. Es wird untergehen, und wir sagen: Es soll untergehen. Wir aber rufen zum Kampf für das unabhängige, sozialistische Deutschland im freien Bündnis mit der Sowjetunion auf.

Führende Funktionäre des Thälmannschen Zentralkomitees der KPD, 1925

Conrad Blenkle
Mitglieder des Polbüros

Der Parteivorsitzende Ernst Thälmann

Philipp Dengel

Ottomar Geschke
Mitglieder des Polbüros

Fritz Heckert

Hermann Remmele

Arthur Ewert
Sekretär des Polbüros

Hugo Eberlein
Mitglieder des Orgbüros

Wilhelm Florin

Wilhelm Pieck

Ernst Schneller

Telegramm Ernst Thälmanns an die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei

17.11.25.

Telegramm.

Kommunistische Partei Tschechoslowakei

P r a g.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands sendet der KPTsch und den revolutionären Arbeitern und Bauern heisse revolutionäre Grüsse Punkt Euer grosser Wahlerfolg ist ein neuer Beweis des unaufhaltsamen siegreichen Vordringens des Kommunismus in Zentral- und Westeuropa

Zentralkomitee der KPD
Thälmann

Von Ernst Thälmann und Philipp Dengel unterzeichnetes Mandat für Wilhelm Pieck

Kommunistische Partei Deutschlands
Sektion der Kommunistischen Internationale

Adresse des Zentrale:
Wilhelm Pieck, Berlin C54
Rosenthaler Str. 38
Telegr.-Adr. Rotfen 10025-29 Nachtruf 10029
Bankscheckkonto: Berlin 162254 W. Pieck

Abteilung: Sekretariat
Tagebuch Nr.:
Bei Beantwortung ist gefl. Datum dieses Anschreibens obiges Zeichen erforderlich. MITTEILUNGEN, die hier verschiedene Abteilungen betreffen, sind getrennt in besonderen Schreiben an die betreffenden Abteilungen zu richten.

Berlin, den 7. Januar 1926.

M a n d a t.

Der Genosse Wilhelm P i e c k, Mitglied des Zentralkomitees der KPD. ist von diesem und vom Präsidium der Kommunistischen Internationale, beauftragt, als ihr Vertreter am Parteitag der K.P. Dänemarks teilzunehmen.

Zentralkomitee
der Kommunistischen
Partei Deutschlands.
E. Thälmann
Sekr.

Die Millionenwerte der Dynastien den werktätigen Massen

Offener Brief
An den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Berlin, an die Bundesvorstände des ADGB, des AfA [-Bundes] und des ADB Berlin, an die Bundesleitung des Reichsbanners Magdeburg, an die Bundesleitung des Roten Frontkämpferbundes Berlin

In den breitesten Massen der werktätigen Bevölkerung herrscht größte Erregung über die riesenhaften Abfindungssummen, die von den Regierungen der Länder den verschiedenen durch die Revolution entthronten deutschen Fürstenhäusern zugesprochen werden sollen oder bereits zugesprochen worden sind. Millionen deutscher Arbeiter, Angestellter, Beamter, Kleinbauern und Mittelständler sind außerstande, auch nur das Existenzminimum zu erwerben. Eine Million Arbeiter sind erwerbslos. Unzählige Sozialrentner, Kriegsopfer im weitesten Sinne des Wortes, führen ein Hungerdasein. Für die Arbeitslosen sind keine Mittel zur Unterstützung vorhanden. Für die unteren und mittleren Beamten ist kein Geld zur Erhöhung der Gehälter da. Aber den Hohenzollern und anderen Fürstenhäusern soll eine Milliarde in den Rachen geworfen werden.

Alle Lasten des Dawes-Paktes sind nur auf die werktätigen Massen abgewälzt worden. Die Kleinrentner haben ihre Spargroschen durch die Inflation verloren. Zehntausenden von Kleinbauern wird durch den Steuereinzieher das Letzte gepfändet. Für die Fürstenhäuser aber sollen die ausgebeuteten Massen eine weitere Milliarde oder mindestens Hunderte von Millionen aufbringen.

Nach der Revolution, als die Arbeiter und Soldaten die Macht dazu hatten, ist die sofortige entschädigungslose Enteignung in unverzeihlicher Weise mit Rücksicht auf die bürgerlichen Parteien versäumt worden.

Die Auslieferung von Milliardenwerten an die Fürstenhäuser ist gleichzeitig die freiwillige Finanzierung der reaktionären Verbände, ja geradezu die Schaffung eines monarchistischen Kriegsfonds durch die Regierung der Republik. Die ehemaligen Fürsten werden die Gelder benutzen, um die immer frecher vorstoßenden Geheimverbände noch stärker hochzufüttern. Rupprecht von Wittelsbach besaß die Frechheit zu erklären, daß er mit den ihm zugesprochenen 20 Millionen und den weiteren 40 Millionen des Wittelsbacher Ausgleichfonds keineswegs daran denke, «sich mit der durch den Umsturz geschaffenen staatsrechtlichen Lage abzufinden».

Es wäre eine Schande für die Arbeiterschaft, wenn sie diesem Plünderungszug gegen die werktätige Bevölkerung tatenlos zusieht.

Wir halten es für notwendig, daß alle Kräfte der organisierten Arbeiterbewegung mit größtem Nachdruck eingesetzt werden, um der Ausraubung Deutschlands durch die Hohenzollern, Wittelsbacher, Wettiner, Coburger und ähnliches Gelichter entgegenzutreten. Zu diesem Zweck müssen u. E. selbst die geringen Handhaben ausgenutzt werden, die die Weimarer Reichsverfassung bietet.

Wir entnehmen einer Mitteilung des «Vorwärts» vom 1. Dezember, daß auch in den Kreisen der Sozialdemokratischen Partei die Frage der Herbeiführung eines Volksentscheides für die Enteignung der fürstlichen Besitztümer eifrig erörtert wird. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands hat sich ebenfalls in einer seiner letzten Sitzungen eingehend mit dieser Frage beschäftigt und ist zu dem Beschluß gekommen, daß einheitliche Schritte zur Herbeiführung einer Volksabstimmung für die entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser im Interesse der werktätigen Massen von großer Bedeutung wären.

Die Landesregierungen sind den unverschämten Forderungen der Fürstenhäuser gegenüber von unerhörter Nachgiebigkeit. Sie schließen entweder Abfindungsverträge, die den Raub am Volkseigentum freiwillig sanktionieren, oder sie überlassen die Regelung der Abfindungsfrage den ordentlichen Gerichten, die, entsprechend den Sitten der deutschen Klassenjustiz, jeden Wunsch der entthronten Fürsten bereitwilligst erfüllen. Soweit Landesregierungen Schritte zur Enteignung der Fürstenhäuser unternommen haben, z. B. die Gothaer Revolutionsregierung, hat das Reichsgericht diese Gesetze als gegen die guten Sitten verstoßend bezeichnet und aufgehoben. Darum erklären die Landesregierungen zum Teil, sie befänden sich in einer Zwangslage und wären zu Abfindungsverträgen gezwungen.

Aus diesen Gründen ist eine sofortige reichsgesetzliche Regelung unumgänglich notwendig. Die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten dafür bestehen, denn «Reichsrecht bricht Landesrecht».

Die Frage würde sich wie kaum eine andere zum Gegenstand eines Volksentscheides eignen, da die breitesten Massen über die Raubzüge der Fürstenhäuser empört sind. Wir verweisen darauf, daß die Reichstagsfraktion der Kommunisten bereits einen Gesetzentwurf für die entschädigungslose Enteignung der früheren Fürstenhäuser eingebracht hat.

Die Frage der entschädigungslosen Enteignung würde bei der Volksabstimmung von Millionen und aber Millionen mit einem entschiedenen Ja beantwortet werden. Der siegreiche Ausgang des Volksentscheides wäre um so mehr gesichert, wenn die gesamte Kraft der freien Gewerkschaften, des Reichsbanners und aller übrigen proletarischen und republikanischen Organisationen dafür eingesetzt würde.

Die Zeit drängt, da eine Reihe wichtiger Abfindungsverträge gegenwärtig in der Schwebe sind. Ihr Abschluß muß unter allen Umständen verhindert werden, damit Millionenwerte den Dynastien entrissen und den sozialen Interessen der werktätigen Massen dienstbar gemacht werden.

Aus diesem Grunde schlagen wir Ihnen vor, eine gemeinsame Vorbesprechung für die Durchführung des Volksentscheides mit uns und allen beteiligten Organisationen bereits in den nächsten Tagen abzuhalten.

Wir sehen Ihrer schnellen Antwort angesichts der Wichtigkeit der Sache entgegen.

Mit proletarischem Gruß
Zentralkomitee der Komm[unistischen] Partei Deutschlands
i. A.: Ernst Thälmann
Berlin, den 2. Dezember 1925

Aus dem Referat auf der Konferenz der Bezirkssekretäre und Redakteure der KPD in Berlin am 30. Januar 1926

Man kann die Fürstenenteignungskampagne nicht isoliert behandeln. Man muß sie zusammenbringen mit anderen Fragen. Deshalb soll man die Bewegung nicht nur als proletarische Bewegung, sondern als ernste Volksbewegung sehen, die selbst in die Schichten der Mittelständler und Bauern hinein einen ernsten Charakter angenommen hat, wobei die Partei Verbindung bekommen hat mit Schichten, die ihr sonst noch fernstanden. Diese Volksbewegung hat eine ungeheure Bedeutung . . .

Wenn in Zwickau der sozialdemokratische Bezirksvorstand an die Kommunistische Partei und den ADGB herangetreten ist mit der Aufforderung, bezirksweise gemeinsame Aktionskomitees zu bilden, so ist das ein Symptom der Entwicklung. Sozialdemokraten treten an die KPD heran zwecks Bildung von Einheitskomitees. Das hat eine Bedeutung für die Entwicklung der Einheitsfront des Proletariats, die durch die Kommunisten in die Wege geleitet wurde. Wir müssen sehen, daß wir agitatorisch verbinden können die Frage der entschädigungslosen Enteignung der Fürsten mit den [Forderungen der] verschiedenen Berufsgruppen im Proletariat. Die Presse muß es verstehen, ernsthaft diese Kampagne aufzuziehen, jeden Tag bis zum Volksentscheid Beispiele zu bringen, zum Beispiel den Inflationsopfern und Erwerbslosen gegenüberstellen die Pensionen, die heute noch an Offiziere gezahlt werden, und die Entschädigungen, die an die Fürsten bereits gezahlt worden sind. Man kann aufzählen, daß durch die Enteignung der Fürstenhäuser die Möglichkeit besteht, Genesungsheime in verschiedenen Ländern zu schaffen; auf sozialpolitischem Gebiet darauf hinweisen, daß die Fürstenschlösser für das Proletariat verwandt werden und so weiter.

Ferner kommt hinzu, daß nicht nur die gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Arbeiter als solche eine Grundlage der Einheitsfront bekommen können, sondern daß Parteilose, republikanische, pazifistische und andere Organisationen schon heute dazu übergehen, in Verbindung mit dem Kuczynski-Ausschuß gegen die Entschädigung der Fürsten aufzutreten, so daß wir wirklich Gelegenheit haben, über die Reihen /3/ des Proletariats hinweg eine Volksbewegung zu entfachen, die für die Zukunft besondere Bedeutung hat. Es muß bewiesen werden, daß die KPD die einzige Partei in Deutschland ist, die durch Taten den Monarchismus ernsthaft bekämpft.

Aus der Diskussionsrede auf der VI. Tagung des Erweiterten EKKI am 24. Februar 1926

Die deutsche Delegation ist der Meinung, daß im großen und ganzen die Debatte darunter leidet, daß sie sich, von einigen Ausnahmen abgesehen, zu sehr auf die Fragen der einzelnen Sektionen konzentriert und der Zusammenhang dieser Fragen mit den internationalen Problemen zuwenig aufgerollt wird. Wir sind deshalb der Meinung, daß die deutsche Frage, wie alle anderen Fragen ebenfalls, keine spezifisch deutsche, sondern eine ernste internationale Frage ist, die im Zusammenhang steht mit den Angelegenheiten aller anderen Sektionen und mit der allgemeinen Taktik der KI. Die Taktik der KI bedeutet in dem gegenwärtigen Abschnitt unseres Kampfes, den taktischen Maßnahmen der Weltbourgeoisie jene revolutionären Manöver, jene revolutionäre Taktik entgegenzustellen, deren Zweck es ist, erstens die Stabilisierungsversuche des Weltkapitals zu verhindern und zweitens, auf Grund der verschiedenen Krisenerscheinungen, die einheitliche revolutionäre Klassenfront herzustellen. Die deutsche Frage hat auch eine gewisse Bedeutung für die allgemeine Linie der KI. Nur durch eine solche Behandlung der Frage können wir zu einer einheitlichen Weltpolitik der Kommunisten kommen, nur das ist eine Garantie für eine wirkliche kollektive Durchführung der Kominternarbeit . . .

Eine unserer besten Kampagnen, die wir in letzter Zeit eingeleitet haben, ist die zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten in Deutschland. Hier gelang es uns, die Offensive zu ergreifen, die Führung zu behalten und die SPD und den ADGB zu zwingen, sich der Einleitung des Volksentscheides zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten anzuschließen. Sie ist nicht nur eine Bewegung, die die Kreise der KPD, SPD, des ADGB und derjenigen Arbeiter, die mit diesen Organisationen sympathisieren, erfaßt, sondern sie ist eine wirkliche ernste Volksbewegung, die weite Kreise des Bürgertums mit umfaßt. Sie gibt uns eine Basis, auf der die Kommunistische Partei wirklich in der Lage ist, Anknüpfungspunkte zu finden, um an die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter und an diejenigen Schichten der Bevölkerung heranzukommen, wo dies sonst nicht möglich war. Die Bildung von Einheitskomitees in vielen Orten Deutschlands ist ein starker Beweis dafür. Diese Kampagne hat deutlich gezeigt, daß

1. die Möglichkeit gegeben ist, diese Volksbewegung unter der Hegemonie des Proletariats zu leiten;
2. sie eine Verstärkung der antimonarchistischen Strömung in Deutschland bedeutet;
3. die Gegensätze in der Bourgeoisie, in der [Deutschen] Demokratischen Partei und in der Zentrumspartei, sich verschärfen, besonders in der letzteren, wo die Zentrumsarbeiter für Fürstenenteignung sind, während der großkapitalistische Flügel für die Abfindung ist;
4. eine gewisse Lockerung des Verhältnisses zwischen den bürgerlichen [Parteien] und der Sozialdemokratischen Partei eingetreten ist, einesteils durch die Verhandlungsgrundlage und ihre Entscheidung in der Linie unseres Antrages auf entschädigungslose Enteignung und Einleitung des Volksbegehrens und andererseits durch die ablehnende Stellung aller bürgerlichen Parteien dazu;
5. die Klassengrundlage des Proletariats im allgemeinen dadurch gestärkt wurde;
6. es uns in verschiedenen Gebieten Deutschlands, wie in Bayern, Thüringen und so weiter, jetzt möglich ist, in den Bauernkreisen Anknüpfungspunkte zu finden, was bisher nicht so leicht war. Die Bildung von Einheitskomitees, die nicht nur aus Arbeitern aller politischen Richtungen zusammengesetzt sind, sondern an einigen Orten auch bürgerliche und Bauernschichten mit umfassen, ist eine neue Erscheinung.

Ich komme jetzt zur Taktik der Partei. Zunächst will ich ein Beispiel geben, das außerordentlich interessant dafür ist, wie nach Erscheinen des Offenen Briefes die deutsche Bourgeoisie die Taktik unserer Partei bewertete.

In der [«Berliner] Börsen-Zeitung» vom 2. November 1925 erschien ein Leitartikel mit dem Titel «Die kommunistische General-

3 In der Quelle: Klippen.

offensive», in dem folgender Satz enthalten ist: «Die neue Politik der Kommunistischen Partei hat bereits so nennenswerte Erfolge gezeitigt, daß wir ohne Zweifel vor einer neuen Aufwärtsbewegung des Kommunismus in Deutschland stehen. Wenn wir auch die Gefahr des Kommunismus für Deutschland nicht überschätzen, so ist die Entwicklung bei den Kommunisten doch zum mindesten geeignet, in der Schichtung der deutschen Linken Veränderungen herbeizuführen, die von Einfluß auf die innenpolitische Lage des Reiches sein können.»

An einer anderen Stelle, wo unter anderem in diesem Artikel darauf hingewiesen wird, welche bestimmten Forderungen wir uns in den nächsten Monaten gestellt haben, heißt es dann weiter: «Aus diesem Programm ist ersichtlich, daß die Kommunisten in den wichtigsten Fragen mit den Sozialdemokraten zusammengehen werden. Jedenfalls werden sie dadurch, daß sie große sozialdemokratische Forderungen, die auf dem Breslauer Gewerkschaftskongreß und auf dem Heidelberger Parteitage der SPD erhoben wurden, sich zu eigen machen, es den Sozialdemokraten sehr schwer oder völlig unmöglich machen, die Grenze zwischen sich und der kommunistischen Konkurrenz aufrechtzuerhalten.»

Diese beiden Zitate zeigen sehr deutlich, wie selbst die Bourgeoisie sah, daß durch die Anwendung der neuen Taktik ihr in der Kommunistischen Partei eine ernste Gefahr entstand nach der Richtung, daß die einheitliche Klassenfront sich verstärkte, daß Maßnahmen ergriffen wurden, die die Schwierigkeiten der Bourgeoisie erhöhen.

Die Kampagne für die Fürstenenteignung ist aber auch das beste Beispiel dafür, wie die neue Linie Erfolge zeitigte. Es wurde uns möglich, die SPD nicht nur zu zwingen, sich mit den Kommunisten an einen Verhandlungstisch zu setzen, sondern auch die Basis der Verhandlungen war ein voller Sieg unseres Antrages. Während früher die KPD stets am Schwanze der SPD marschierte, ist in dieser Sache das Umgekehrte festzustellen; die SPD mußte unter dem Massendruck ihrer eigenen Mitglieder sich der Initiative der KPD anschließen. Durch die Bildung von Einheitskomitees in den Betrieben wurde jene feste Mauer beseitigt, die zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern seit langem bestand, so daß wir später leichter in der Lage sind, auch auf anderen Gebieten Erfolge zu erreichen. Auch unsere Gewerkschaftsarbeit seit dem Offenen Brief hat ernste Fortschritte gemacht. Wenn wir am Anfang der Verstärkung der Gewerkschaftsarbeit die Parole ausgegeben haben: Zehn Millionen Mitglieder in die Gewerkschaften!, so wird das dazu beitragen, die parteilosen Arbeiter in die Gewerkschaften hineinzubringen, um die rote Kampfesfront in den Gewerkschaften zu verstärken.

Aus dem Artikel vom 28. Mai 1926:
Der Tag der roten Front!

Das Pfingsttreffen des Roten Frontkämpferbundes steht im Mittelpunkt des brennenden Hasses der gesamten Reaktion. Wochenlang ging der Sturm um sein Verbot. Wenn die preußische Regierung es nicht gewagt hat, diese einmütige Forderung der legalen und der illegalen Faschisten zu erfüllen, so ist dies nur ein Ausdruck des gewaltigen Massendrucks, der hinter unserem Roten Pfingsttag steht . . .

Zum Volksentscheid soll der werktätigen Bevölkerung eine erste Schlacht geliefert werden. Aus allen Teilen des Reiches mehren sich Meldungen, daß die völkischen Kampftruppen unter fürsorglichem Schutz der republikanischen Behörden die Abstimmung mit terroristischen Mitteln verhindern wollen. Ein Erfolg des Volksentscheids soll mit allen Mitteln verhindert werden. Hier erwächst den Kameraden eine große wichtige Aufgabe. Der Rote Frontkämpferbund muß die zum Volksentscheid aufmarschierenden Massen vor den blutigen Anschlägen der Faschisten schützen. Er soll das wachsame Auge der proletarischen Einheitsfront sein. Die Bourgeoisie wird gerade in den nächsten Monaten mit allen Kräften mit Provokation, Gewalt und hinterlistiger Propaganda bemüht sein, die proletarische Einheitsfront zu sprengen. Der Rote Frontkämpferbund ist selbst ein Stück dieser Front. Er soll in jede Lücke springen, die der Angriff der Bourgeoisie, der Verrat der Reformisten in die Reihen der Arbeiterklasse reißt.

In Massen strömen die Kameraden des Reichsbanners zu uns, angewidert von der Feigheit und Erbärmlichkeit ihrer kleinbürgerlichen Führung. Der Rote Frontkämpferbund steht jedem Arbeiter offen, der ehrlich für die proletarische Einheitsfront und den Sozialismus kämpfen will. Wir stoßen auch jene nicht zurück, die noch von Illusionen über die schwarzrotgoldene Republik befangen sind.

Wollt ihr für die Einheitsfront ohne Vorbehalt gegen die Bourgeoisie kämpfen? Wenn ja, dann seid ihr uns willkommen als gleichwertige Kampfgenossen.

Unser Rotes Pfingsttreffen ist nicht nur eine Heerschau der Kräfte – es ist ein Signal zur Mobilisierung! Ein Appell an die Arbeiterklasse! Ein Mahnruf an die Indifferenten und Säumigen: Die geballte Faust des Proletariats gegen die Reaktion! Bildet die rote Klassenfront! Schließt die Reihen zum Kampf! Vorwärts durch Kampf zum Sieg!

Aus dem Artikel vom 20. Juni 1926:
Auftakt zum Kampf!

Wir gingen in diesen Kampf mit der bewußten Überzeugung, daß in seinem Verlauf der Kampf gegen die Fürsten zu einem Kampf gegen die ganze Bourgeoisie werden muß.

Unser Leitmotiv war die alte Erfahrung der revolutionären Arbeiterbewegung, daß jeder Kampf der Arbeiterklasse, begonnen auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie, zu einem revolutionären werden muß, der den Rahmen der Demokratie sprengt, wenn er die Eigentumsinteressen der Bourgeoisie verletzt und die Bourgeoisie nicht mehr imstande ist, die Bewegung mit solchen Mitteln der Demokratie wie Parlament, Verfassung usw. niederzuhalten.

Hat die Entwicklung unsere marxistische Betrachtungsweise der Volksentscheidsbewegung gerechtfertigt? Vollkommen. Die Fronten des Kampfes verlaufen jetzt klar und eindeutig: auf der einen Seite die Arbeiterklasse und Millionen verelendeter Kleinbürger und Kleinbauern, auf der anderen Seite die ganze Bourgeoisie, von den rheinischen Schlotbaronen und ostelbischen Junkern bis zu den liberalen Händlern. Das Kampfobjekt ist nicht die Fürstenenteignung allein, sondern [sind] alle Fragen des proletarischen Klassenkampfes. Sogar die Sozialdemokratie, die von den Massen in diese Bewegung förmlich hineingepeitscht werden mußte, sieht sich jetzt gezwungen, vor dem Tage der Abstimmung die Zollfrage, der in den nächsten Wochen außerordentliche Bedeutung zukommen wird, in die Bewegung gegen die Fürsten zu werfen. Freilich nicht aus selbständigem Willen der Verbreiterung und Vorwärtstreibung des Kampfes, son-

dern unter dem Drucke der Massen. Wir haben diese Entwicklung vorausgesehen und bewußt gefördert. Der Brief Hindenburgs an Loebell /4/ war für uns ein zwangsläufiges Ergebnis der Klassenscheidung, die die Bewegung zur Folge haben mußte.

Die Bewegung verläuft noch im Rahmen der bürgerlichen Demokratie, aber von seiten der Bourgeoisie sind alle Vorbereitungen getroffen, um im Falle des Sieges der auf dem Boden der Demokratie begonnenen Bewegung die deutsche Arbeiterklasse vor die Entscheidung zu stellen, den Willen der Massen im schärfsten außerparlamentarischen Kampf durchzusetzen oder zu kapitulieren. Drei Tage vor der Abstimmung erklärt Marx: «Eine entschädigungslose Enteignung des gesamten Vermögens bestimmter Staatsbürger in der im Entwurf vorgesehenen Art und Weise widerspricht den Grundsätzen, die in einem Rechtsstaate die Grundlagen für jeden Gesetzgebungsakt zu bilden haben.»/5/

Ihm sekundiert der badische Demokratenführer Haas: «Der Volksentscheid mag ausfallen wie er will, Baden wird zu seinem [dem Fürsten] gegebenen Wort stehen müssen.»/6/

Das heißt, der Volksentscheid mag ausfallen wie er will, die Bourgeoisie sprengt den Rahmen ihrer eigenen demokratischen Verfassung und setzt an ihre Stelle brutal und unverhohlen den rücksichtslosen Kampf des Kapitals gegen die Arbeiter. Diese Lehre, die die deutsche Bourgeoisie neuerdings der deutschen Arbeiterklasse erteilt hat, wird ihre revolutionären Früchte tragen. Die Arbeiter aber, die am 20. Juni zur Wahlurne gehen, müssen dies im Bewußtsein tun, daß eine neue Etappe des Kampfes beginnt, in der die Bourgeoisie das fadenscheinige Mäntelchen der Demokratie völlig abgeworfen hat, der Arbeiterklasse die eiserne Rüstung ihrer bewaffneten Bürgerkriegsbanden entgegenstarren wird.

Aber damit allein ist die Bedeutung der Fürstenenteignungsbewegung nicht erschöpft. Noch niemals wurden in Deutschland so weite Kreise der im Laufe der Jahre deklassierten und pauperisierten Massen mitten in den Strudel des Klassenkampfes geworfen. Die kleinbürgerlichen Parteien erzittern unter dem Ansturm ihrer vom Klassenkampf «angesteckten» Anhänger. Die schäbigen Reste vom politischen Zentralismus, die sich diese Parteien infolge ihrer gegensätzlichen Klassenschichten noch gestatten konnten, zerstieben unter dem Ansturm der Massen. In der [Deutschen] Demokratischen Partei ein wüstes Durcheinander, Anhänger und Gegner der Fürstenenteignung kämpfen in den Spalten derselben Presse gegeneinander. In der Zentrumspartei erweitert sich der Konflikt zwischen den sozialen Interessen der Massen und ihrer religiösen Hörigkeit zum offenen Kampf, der die Mauern dieser so stolzen Partei niederzureißen droht. In seiner Not appelliert der Zentrumsparteivorstand an das Episkopat, das in den leitenden Spalten der «Germania» seine beschwörenden Formeln über die rebellierenden christlichen Schäflein herabgießt. Aber vergebens. Selbst die jungzentrümlichen Arbeiter, die noch kaum der Fuchtel der kirchlichen Schule entlaufen sind, antworten ihrem Pfaffenvorstand: «Die von der Reichsparteileitung für ihre Parole vorgebrachten Gründe erscheinen demselben als nicht genügend berechtigt, denn es muß annehmen, daß man bei Herausgabe der Parole die vielen Kriegsverletzten, die Kriegshinterbliebenen, Kleinrentner, Sparer und die Massen der Erwerbslosen vollständig vergessen hat. Deshalb ruft das Jung-Zentrum die gesamte Jugend auf, am 20. Juni ihre Pflicht zu tun und mit ‹Ja› zu stimmen.»/7/

Diese Rebellion macht auch vor den Toren der extremen Rechtsparteien nicht halt. Ihre Folgen sind noch unabsehbar. Sie werden aber zweifelsohne allen politischen Kämpfen der nächsten Zeit ihren Stempel aufdrücken. Die Bourgeoisie wird bei Andauern der wirtschaftlichen Krise, bei Verschärfung der allgemeinen Not keine Möglichkeit haben, diese Schichten wieder in die kapitalistischen Hürden zurückzujagen. Das bedeutet, daß sie immer mehr und mehr auf die demokratischen Methoden der Ausübung ihrer politischen Macht verzichten und zu den Methoden der faschistischen Diktatur übergehen wird.

Das sind die Perspektiven, die dank der revolutionären Führung dieser Bewegung durch die Kommunistische Partei heute bereits breiten Schichten der Arbeiterklasse deutlich sichtbar sind. Es muß jedoch erkannt werden, daß von der bewußten Erkenntnis der Lage und der Schaffung der Instrumente des Kampfes gegen die von der Bourgeoisie vorgesehene und vorbereitete Entwicklung noch ein weiter Weg ist. Tausende von Einheitskomitees sind in den letzten Wochen entstanden. Sie sind noch unzulänglich, sowohl an Zahl als an politischer Aktivität. Noch wenig wurde zur Zusammenfassung der Einheitskomitees in örtlichem und bezirklichem Maßstab getan. Zuwenig wurde noch die wirtschaftliche Seite des Kampfes, die Frage der organisierten Abwehr der Herabsetzung der Löhne, der Erwerbslosenunterstützung und der Arbeitszeit in den Vordergrund gestellt.

Die noch vorhandenen demokratischen Illusionen der Arbeiter und der ihnen folgenden Kleinbürger werden nach dem 20. Juni von der Bourgeoisie erbarmungslos zerstört werden. Die Aufmerksamkeit der Kommunisten, der entscheidende Teil ihrer Arbeitskraft muß sich also der Verwirklichung jener Kampflosungen zuwenden, die als Folge des veränderten Klasseninhaltes der Bewegung jetzt bereits im Vordergrund stehen. Die Kommunisten können auch nach dem 20. Juni nicht vergessen, den Massen einzuprägen, daß die Republik der Marx-Hindenburg dem entthronten Hohenzollern jährlich Millionen Goldmark zahlt, einem arbeitslosen Metallarbeiter hingegen 8 Mark wöchentlich, einer Kriegerwitwe im Höchstfall 47 Mark monatlich, einem hundertprozentig Kriegsbeschädigten 64 Mark monatlich. Sie werden auch nach dem 20. Juni den Kampf für die Enteignung der Fürsten als einen Teil des großen Kampfes zur Niederwerfung der Kapitalsherrschaft führen.

Im Vordergrund ihrer Aufgaben steht jetzt die Zusammenfassung der ganzen revolutionären Kraft der Arbeiterklasse, die sich in dieser Bewegung entfaltet hat, die Zusammenfassung des ganzen sozialen Hasses des verarmten und verelendeten Mittelstandes zu einer einheitlichen, kampfentschlossenen Front unter Führung der Kommunistischen Partei.

4 In diesem Brief vom 22. Mai 1926 diffamierte Reichspräsident Paul von Hindenburg den Volksentscheid für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten und ergriff offen Partei für dessen Gegner.
5 Vorwärts (Berlin), 18. Juni 1926.
6 Berliner Tageblatt und Handelszeitung, Nr. 282, 18. Juni 1926.
7 Vorwärts (Berlin), 18. Juni 1926.

Für entschädigungslose Enteignung der Fürsten

Protestversammlung in Hamburg gegen die Fürstenabfindung am 27. Januar 1926

Plakate der KPD, 1926

z. Zt. Doorn, den 20. Juni 1926.

Rechnung an Mein Volk

Wir Wilhelm von Gottes Gnaden
Deutscher Kaiser und König von Preußen
fordern hiermit im Namen sämtlicher
deutschen Fürsten für die entstandenen Dienste
und unseinsamen Wohltaten

Schlösser	106	laut Liste
Land	500 000	Hektar
Vermögen	600 000 000	Mark
insgesamt:	Gm. 3000 000 000	

in Worten **Drei Milliarden** Goldmark.
zahlbar aus den Reparationszahlungen die Frankreich
Maximum Pfandsumme der vorläufigen Regierung ist.
Der Verzicht auf Reichstagsmehrheit gutgeschrieben haben.

Macht einen Strich durch die Rechnung und am 20. Juni in das „Ja"-Feld ein Kreuz

Ja ✕

Wilhelm I. R.

Nr. 167 — Preis für Nachbestellungen 50 Stück 1 Mk., 200 Stück 3 Mk. Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages.
Verantwortlich: H. Eberlein, M. d. L., Berlin
Sternbuchdruckerei Berlin C 54, Rosenthalerstr. 38. Versand portofrei nur gegen
Druck: Franz Fuchs, Neukölln

Bildet eine Front aller Werktätigen!

Handzettel der KPD, 1926

Einzeichnung in die Listen zum Volksbegehren

Ernst Thälmann in Hamburg am 1. Mai 1926

Die entscheidende Frage für die internationale Arbeiterbewegung ist die Stellung zur Sowjetunion

Aus der Diskussionsrede auf der VII. Tagung des Erweiterten EKKI am 26. November 1926

Mit Hilfe der amerikanischen Kapitalisten ist es der deutschen Bourgeoisie gelungen, die Grundlagen ihrer Industrien umzustellen. Die deutsche Bourgeoisie ist in den Völkerbund eingetreten, um sich wieder in die Reihe der imperialistischen Politik einzugliedern. Sie steht dabei jedoch vor großen inneren und äußeren Widersprüchen. Wenn sie auf dem Weltmarkt konkurrieren will, muß sie die Produktion verbilligen. Durch die Herabdrückung der Löhne, durch die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, durch die rücksichtslose Niederdrückung der Arbeiterklasse – nur durch all diese Maßnahmen kann sie jenes Ziel erreichen. Wenn sich die deutsche Arbeiterschaft gegen diese Offensive auch noch nicht in Form von Aktionen aufbäumt, so müssen wir doch bereits Ansätze dazu feststellen. Soziale Konflikte werden in Deutschland unvermeidlich sein. Die Stabilisierung wird auch in Deutschland revolutionäre Kräfte erzeugen, die diese Stabilisierung früher oder später brechen und sprengen werden.

Das deutsche Proletariat, das acht Jahre revolutionäre Erfahrungen hinter sich hat, hat aus den Kämpfen und Niederlagen der deutschen Revolution gelernt, was es heißt, sich aufzubäumen und die Ketten des kapitalistischen Druckes zu zerreißen. Dieser Zeitpunkt ist heute noch nicht da; aber durch eine geduldige, zähe und mühsame Arbeit werden die Kommunisten ihn erreichen. Von diesem Standpunkt aus haben wir das Recht, eine revolutionäre Perspektive für Deutschland und Mitteleuropa aufzustellen, ebenso wie die italienischen Kommunisten selbst jetzt unter den Schlägen und Verfolgungen des weißen Terrors den künftigen Aufstieg des italienischen Proletariats keinen Augenblick vergessen.

Ich will von dieser Stelle, vom Plenum der Erweiterten Exekutive aus sagen, daß die italienische Partei durch ihre Verbindungen mit den Betrieben, durch ihre Betriebszellenarbeit in der Lage war, in ihrer Illegalität und während der schärfsten Verfolgungen legale Möglichkeiten zu schaffen, die dazu beitragen, bei dem Heldenmut der Kommunisten und der revolutionären Arbeiterschaft in Italien die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß auch der Faschismus zusammenbrechen wird.

Genossen, der erste revolutionäre Faktor ist heute die Sowjetunion. Sie übt den stärksten Einfluß auf die revolutionäre Bewegung, auf den proletarischen Klassenkampf aus. Ihr wirtschaftlicher Aufstieg und der Aufbau des Sozialismus sind die stärksten Argumente gegen die kapitalistische Stabilisierung und gegen die konterrevolutionäre imperialistische Politik der internationalen Sozialdemokratie.

Im Ringen um die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter, die sich besonders in Deutschland langsam nach links entwickeln, erleben wir täglich bei unserer praktischen Arbeit, wie stark dieses Argument sich zu unseren Gunsten auswirkt. Die Berichterstattung der Arbeiterdelegation hat auf die Arbeiter eine so ungeheure Anziehungskraft ausgeübt, daß sogar die Sozialdemokratische Partei gezwungen ist, gegen verschiedene, in ihrer Partei befindliche Delegierte sowohl der ersten wie der zweiten Arbeiterdelegation Ausschlußanträge zu stellen und Ausschlüsse vorzunehmen. Das ist ein Beweis dafür, daß sie sich vor der starken Beeinflussung ihrer Anhänger durch diese Berichterstattung fürchtet . . .

Deutschland hat heute vollständig den Kurs der sowjetfeindlichen Außenpolitik eingeschlagen. Es ist vom Standpunkt der imperialistischen Strategie eines der wichtigsten Glieder in der imperialistischen Kriegsfront gegen die Sowjetunion geworden. Im Falle einer Intervention ist die Haltung der deutschen Arbeiterklasse von ausschlaggebender Bedeutung. Innerhalb der deutschen Arbeiterklasse ist die Kommunistische Partei die einzige organisierte Kraft, die das unzertrennliche Bündnis mit den russischen Proletariern und die Todfeindschaft gegen den Imperialismus auf ihre Fahne geschrieben hat . . .

Ein paar ganz kurze Bemerkungen über die Tätigkeit der Partei für den Kongreß der Werktätigen möchte ich noch machen: Erstens hat der Kongreß der Werktätigen deswegen Bedeutung, weil auf ihm verschiedene politische Fragen nicht nur von den kommunistischen Teilnehmern, sondern auch von Delegierten, die nicht aus unseren Reihen stammen, aufgestellt werden. Zweitens wird es uns auf dem Kongreß gelingen müssen, die in den verschiedenen Bezirken Deutschlands bestehenden und auch fernerhin zu gründenden Einheitskomitees zentral zusammenzufassen. Drittens werden wir versuchen müssen, die Organisierung des linken Flügels zu verstärken. Viertens hat der Kongreß einen demonstrativen Charakter, indem er die Kampfbereitschaft der deutschen Arbeiterschaft erhöhen wird. Die Arbeit, die vor dem Zusammentreten des Kongresses geleistet wurde, war bereits eine Arbeit der politischen Belebung der Massen. Natürlich stellt der Kongreß kein Allheilmittel für den Klassenkampf dar, aber er hat doch seine bestimmte Bedeutung sowohl in der allgemeinen systematischen Organisierung der Massen zum Kampf als auch darin, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft sieht, daß im gegenwärtigen Moment die Sozialdemokratische Partei für das Proletariat nichts tut.

Ferner wird durch den Reichserwerbslosenkongreß und den Kongreß der Werktätigen die Einheitsfront zwischen Erwerbslosen und noch im Betrieb Stehenden hergestellt werden müssen. Das Bündnis des Proletariats mit der Bauernschaft und den Mittelschichten wird durch die Delegationen auf dem Kongreß eine Verstärkung erfahren.

Noch einige Bemerkungen über Massenorganisationen. Die neben der Partei entstandenen Massenorganisationen, wie der Rote Frontkämpferbund und der Rote Frauen- und Mädchenbund, die Internationale Arbeiterhilfe und die Rote Hilfe, weisen ein stark beschleunigtes Tempo im organisatorischen Anwachsen auf. Es ist unsere Pflicht, in diesen Organisationen zu arbeiten, so daß diese Massenorganisationen unter Führung der Kommunisten bei späteren Kämpfen ernste Bedeutung gewinnen werden . . .

Wir stehen jetzt vor dem Parteitag, und wir glauben, daß er im Zeichen zweier genereller Aufgaben stehen muß: erstens der inneren Konsolidierung der Partei, zweitens des Kampfes um die Führung der deutschen Arbeiterklasse.

Rede auf der VII. Tagung des Erweiterten EKKI am 27. November 1926

Genossen! Wenn das Lehr- und Versuchsbataillon «Wystrel» mich durch seinen Chef zum Ehrensoldaten ernannt hat, so glaube ich im Namen der Kommunistischen Partei Deutschlands und im Namen des Roten Frontkämpferbundes erklären zu können, daß darin die tiefe revolutionäre Solidarität der kämpfenden deutschen Arbeiterklasse mit den russischen Arbeitern und Bauern zum Ausdruck kommt. Die deutsche Arbeiterklasse hat in jenen Tagen, da zum erstenmal in der Welt das russische Proletariat und die Bauern die Festungen des blutigen Zarismus stürmten und niederrissen, verstanden, welchen historisch entscheidenden Schritt in der revolutionären Arbeiterbewegung der Welt der Sieg der russischen Revolution, die Entstehung der Roten Armee, die gewaltigen Ideen des Bolschewismus bedeuten. Wenn im westeuropäischen Proletariat und besonders in der deutschen Arbeiterklasse von der Roten Armee, von ihrem heldenmütigen Kampf, von ihrem siegreichen Auftreten, von der jetzigen Aufgabe, die sie in der Richtung des sozialistischen Aufbaus in Rußland erfüllt, gesprochen wird, so wächst die Begeisterung; sie denken an ihre eigenen Kampfparolen und begreifen um so mehr die Wichtigkeit der russischen Revolution als Etappe zur Weltrevolution. Das Band der Solidarität zwischen der Roten Armee und der deutschen Arbeiterschaft und dem internationalen Proletariat hat sich stärker denn je gefestigt. Die VII. Erweiterte Exekutive hatte heute die Gelegenheit, aus dem Munde von zwei Rotarmisten zu erfahren, welcher Geist in der Roten Armee herrscht, und zu bemerken, mit welcher Energie und mit welcher Begeisterung sie den Tag erwarten und ersehnen, an dem das Proletariat in einem kapitalistischen Land dem Beispiel der russischen Revolution folgt. Ich glaube, die beste Antwort, die wir den Genossen der Roten Armee und besonders den Beauftragten dieses Bataillons geben können, wird sein, daß wir uns verpflichten, den Weg, den sie uns zeigen, diesen Weg, der sich im Aufbau des Sozialismus in Rußland zeigt, mit allen unseren Kräften, mit aller Energie zu unterstützen und uns mit aller Kraft für den Sieg der proletarischen Revolution in den kapitalistischen Ländern einzusetzen. In diesem Sinne, und nur in diesem Sinne glaube ich, werde ich von dem Lehrbataillon als Ehrensoldat ernannt. Ich übernehme damit die Pflicht, als Vertreter der Kommunistischen Partei Deutschlands und des Roten Frontkämpferbundes den in den verschiedenen Organisationen vereinigten Arbeitern zu berichten, welcher revolutionäre Geist, welche brüderliche Solidarität, welche Kampfesenergie in den russischen Arbeitern und Bauern steckt. Wenn wir jenen Kampfeswillen hineintragen in die Organisationen der deutschen Arbeiter, vor allem in die Kommunistische Partei, so werden wir die Grundlage für den revolutionären Kampf schaffen und die Fesseln des Kapitalismus zerreißen. Das ist die Aufgabe, die wir uns als Kommunisten stellen. Im Namen des Präsidiums und der Exekutive darf ich wohl aussprechen, daß wir alle entschlossen sind, den Weg zu beschreiten, den die russischen Arbeiter und Bauern gegangen sind, und auf diesem Wege werden uns die Kampferfahrungen des russischen Proletariats, aus denen wir gelernt haben, führen und leiten. Eine Rote Armee steht auf dem Posten, eine zweite Rote Armee im Weltmaßstab ist im Werden. Wenn wir die Schanzen und Festungen der Bourgeoisie zerschmettern und wenn eine zweite Rote Armee in der Welt sich organisiert, so wird das Weltproletariat in der Revolution den Sieg über den Weltkapitalismus erringen.

Die Kommunistische Internationale, die kommunistischen Parteien in den verschiedenen Ländern haben auf ihre Fahne geschrieben, diese Linie, diese Taktik, diesen Weg zu verfolgen. In diesem Sinne gebe ich den Kommandanten und Kursanten des Lehr- und Schützenbataillons «Der Schuß» das Versprechen, daß wir auch auf dieser Tagung des Plenums der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale dazu übergehen, die richtige Taktik festzulegen, die uns lehren und lenken soll, als Soldaten der Revolution den Weltkapitalismus niederzuschlagen.

G. S. Wilenski
Erinnerung

Im Winter 1926/1927 war ich Hörer der Kurse des Lehr- und Versuchsbataillons «Wystrel» namens Komintern, das unter der Patenschaft der Komintern stand.

Das Kommando und die Parteiorganisation unseres Bataillons wählte eine Delegation von drei Mann aus, um unseren Paten anläßlich des VII. EKKI-Plenums zu begrüßen und den Befehl über die Ernennung des Genossen Thälmann zum Ehrenmitglied bekanntzugeben. Zu der Delegation gehörte auch ich.

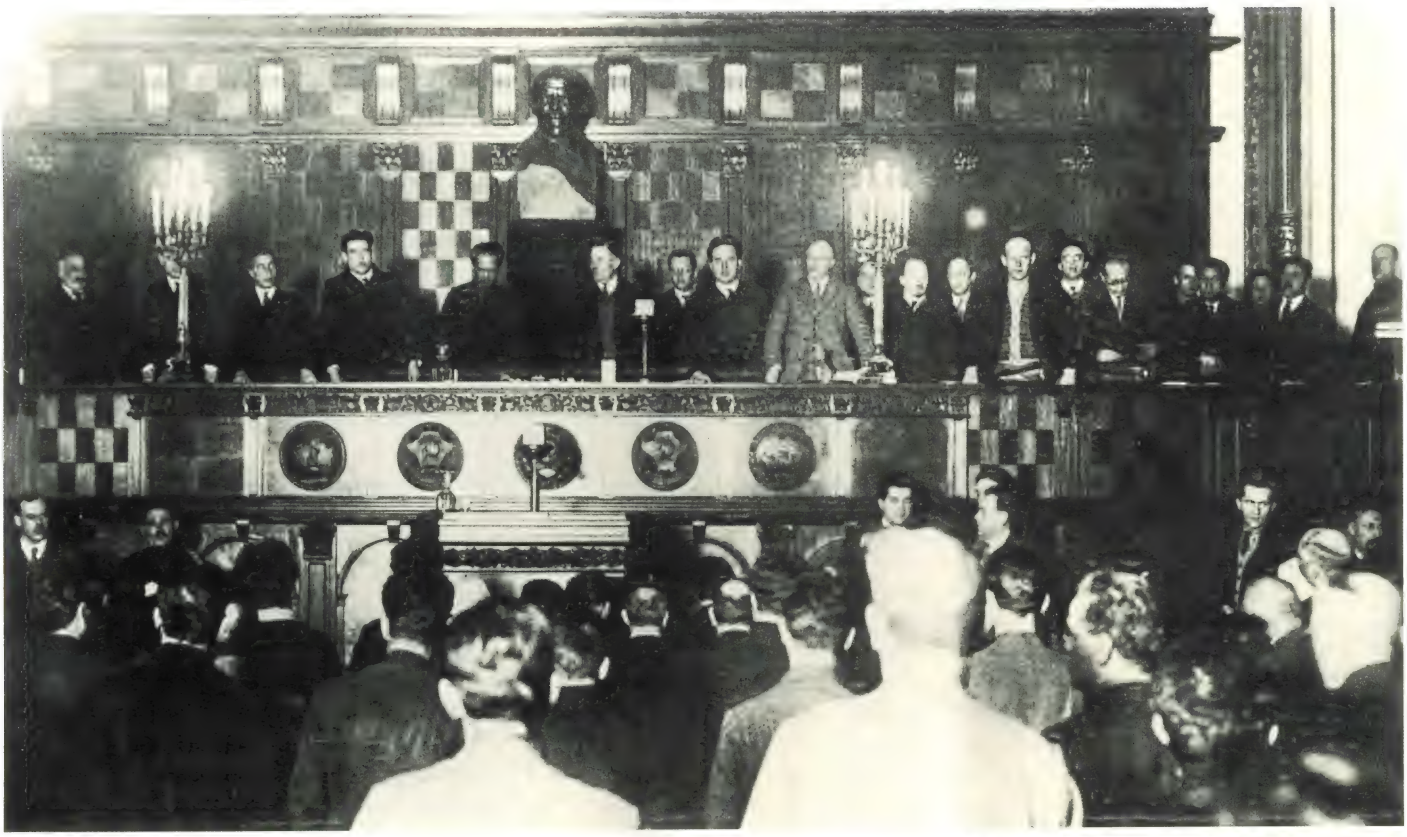
Nach der Begrüßung und der Bekanntgabe des Befehls durch den Leiter unserer Delegation, der stürmische Ovationen in den Sprachen aller Sektionen der Komintern hervorrief, kam im Georgensaal des Kremls der von allen heiß geliebte Genosse Thälmann, für den wir eine komplette Kommandeursuniform Größe 5 mitgebracht hatten, auf die Tribüne, und sofort – unter stürmischen Ovationen – haben wir ihm, in Durchführung des Befehls, die Uniform angelegt. Mit Schwierigkeiten konnten wir ihm, unter Lachen und Beifall, den Uniformmantel genannter Größe auf seine mächtigen Schultern ziehen. In dieser Uniform hielt er seine Rede im Namen des Plenums der Komintern aus Anlaß seiner Ernennung zum Ehrenmitglied unseres Bataillons . . .

Nach einiger Zeit kam eine Delegation vom Plenum der Komintern, geführt von dem Genossen Thälmann, zu einem Besuch zu uns in das Lehr- und Versuchsbataillon. Als Diensthabender des Bataillons begrüßte ich die Delegation und erstattete dem Genossen Thälmann Meldung, danach schüttelte er mir die Hand.

Aus der Diskussionsrede auf der VII. Tagung des Erweiterten EKKI am 11. Dezember 1926

Die entscheidende Frage für die internationale Arbeiterbewegung ist die Stellung zur proletarischen Diktatur in der Sowjetunion. Hier scheiden sich die Geister, und sie müssen sich scheiden! Die Stellung zur Sowjetunion entscheidet auch über die Frage, zu welchem Lager man in den Fragen der deutschen Politik gehört, zum Lager der Revolution oder zum Lager der Konterrevolution . . . Nach dem Siege der proletarischen Revolution ist der Kampf gegen den Imperialismus gleichbedeutend mit dem Kampf für die Sicherung der proletarischen Diktatur in der Sowjetunion, weil sich alle Anstrengungen des Imperialismus auf den Sturz des einzigen proletarischen Staates konzentrieren.

In der Führung der KI



Ernst Thälmann (8. von rechts) im Präsidium der VII. Tagung des Erweiterten EKKI in Moskau, 22. November bis 16. Dezember 1926

Hugo Eberlein (links), Ernst Thälmann und Wasil Kolarow während der Tagung

Ernst Thälmann im Gespräch mit Delegierten der Tagung

Freundschaftsfahne der Arbeiter des Waggoninstandsetzungswerkes in Moskau-Sokolniki (Revers und Avers)

Zwei Seiten aus dem Ausweis Ernst Thälmanns als Ehrenmitglied des Betriebskomitees des Glühlampenwerkes in Moskau

Einzelverkaufspreis 15 Pfg.

Sozialistische Republik

Erscheint täglich außer Sonn- und Feiertags. Bezugspreis monatlich M. 2.— frei Haus. Postbezug M. 2.30 im Voraus zahlbar. — Redaktion und Expedition: Köln, Kaiserstraße 11. Telephon-Sammelanschluß Rheinland 4718. Sprechstunden der Redaktion: Täglich von 11 bis 1 Uhr.

Organ der KPD. für den Bezirk Mittelrhein (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Anzeigenpreis für die 1spaltige mm-Zeile: 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig; im Abonnement durch die Geschäftsstelle 15 Goldpfennig. — Anzeigenannahme bis 9 Uhr nachmittags. Geschäftsstelle: Köln, Kaiserstraße 11. Telephon Rheinland 4718. Geschäftsstunden von 8 bis 6 Uhr.

Mit den Gratis-Beilagen: „Der rote Stern" - „Der Kommunistische Gewerkschafter" - „Die Kommunistin" - „Der Genossenschafter"

Nr. 45 | Köln, Dienstag, den 23. Februar 1926 | 8. Jahrgang

Der Rote Tag in Köln muß weiterwirken!

An den Roten Tag in Köln!

Der Bundesvorsitzende des Roten Frontkämpferbundes, Genosse Ernst Thälmann, der zur Zeit in Moskau weilt, sandte unter vorstehender Anschrift folgendes Telegramm:

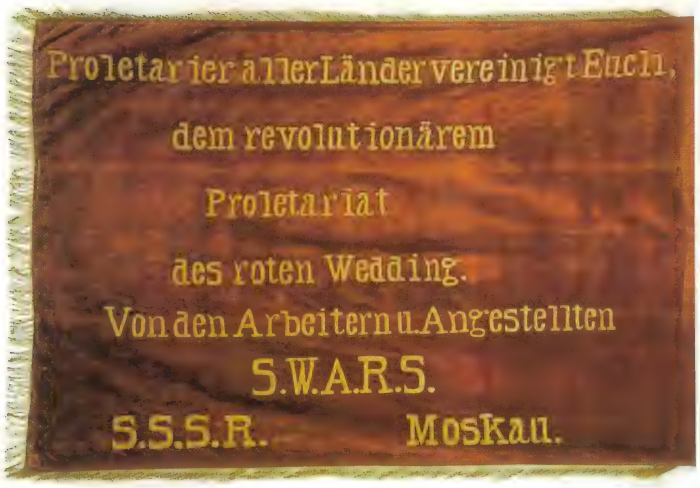
Aus dem Lande der Roten Armee, wo Arbeiter und Bauern die Macht in den Händen haben, sende ich euch die revolutionärsten Grüße. — Die Bedeutung dieses Tages liegt nicht nur darin, daß er eine gewaltige Demonstration ist, sondern er muß auch ein Auftakt sein zur Stärkung eurer Reihen, eurer Kraft und Disziplin. — Die Losung des Roten Frontkämpfertages in Köln heißt: Neue Massenaufgebote der roten Klassenfront. — Bildung neuer Divisionen der proletarischen Armee, die gewillt und bereit ist, auf dem Wege zur Herrschaft der Arbeiterklasse zu marschieren. Der Rote Frontkämpferbund marschiert. Die revolutionäre Arbeiterbewegung Deutschlands und der Internationale marschiert. Revolutionären Gruß und Rot Front

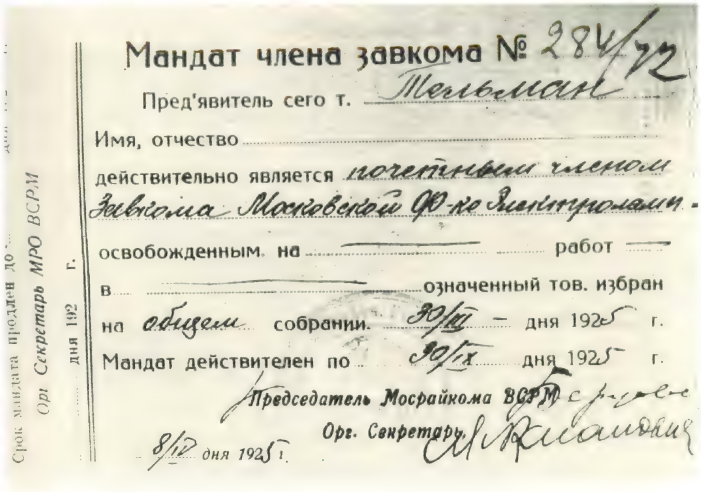
Ernst Thälmann.

Zur Gewerkschaftswoche

H. K. Im Vordergrund der Parteiarbeit dieser und der nächsten Woche steht die Gewerkschaftsfrage. Vom 22. Februar bis zum 6. März ist Gewerkschaftswoche im Unterbezirk Köln. Die Losungen dieser Gewerkschaftswoche sind: **Hundertprozentige Organisierung der Mitglieder der KPD. in den freien Gewerkschaften und Schaffung einer aktiven Gewerkschaftsarbeit eines jeden Kommunisten.**

Für die Partei liegen die Dinge äußerst klar. Fest und unumstößlich liegen die Beschlüsse des Parteitages vor. **Ein jedes Mitglied der KPD. muß Mitglied einer freien Gewerkschaft sein.** Es gilt endlich, auch im Unterbezirk Köln





Ein ernster Waffengang zwischen Arbeitermassen und Bourgeoisie

Aus dem Artikel vom 8. Oktober 1926:
Die Lehren des Hamburger Streiks

«Das Unternehmerkapital kann sich rühmen, den ‹Machtstreit›, den es aus diesem großen Streik gemacht hatte, siegreich beendet zu haben. Es kann nunmehr seinen Triumphgesang anstimmen, vorausgesetzt, daß er ihm nicht in der Kehle steckenbleibt. Und bis jetzt gewinnt es fast den Anschein, als ob er ihm in der Kehle steckenbleiben wollte . . . Ein heldenmütiger Kampf, der ohne Schwanken und Wanken von der Arbeiterklasse in einer Weise durchgeführt wurde, wie ihn irgendeine andere Klasse der bürgerlichen Gesellschaft auch nicht entfernt durchführen könnte, ist an sich schon ein moralischer Erfolg von der höchsten Bedeutung, den nur eine sehr einseitig-schematische Auffassung moderner Klassenkämpfe verkennen könnte.» /8/

Diese Sätze schrieb Franz Mehring in der «Neuen Zeit» nach dem Abbruch des großen, historischen Hamburger Hafenarbeiterstreiks von 1896/97. Sie gelten auch für den jetzigen Kampf. Der Hamburger Streik von 1926 war – um es mit einem kurzen Wort zu sagen – die erste größere Kampfprobe in Deutschland gegen die kapitalistische Rationalisierung. Seit den Streiks des Winters 1924, die nur die letzten Ausläufer der Oktoberereignisse und die Begleiterscheinungen der Markstabilisierung waren, ist zum erstenmal wieder ein ernster Waffengang zwischen Arbeitermassen und Bourgeoisie ausgefochten worden. Man darf den Streik nicht nur nach der ziffernmäßigen Tatsache messen, daß 18000 Arbeiter gegen den Willen der Gewerkschaftsführer fünf Tage lang gekämpft haben. Seine politische Bedeutung ist viel größer.

In dieser ersten Kampfprobe wurden von beiden Seiten neue Methoden angewandt. Die Unternehmer fühlten sich von vornherein zu schwach, um die Hafenarbeiter mit gewöhnlichen, «demokratischen» Mitteln niederzuwerfen. Darum setzten sie schon im ersten Augenblick die stärkste Waffe ein, die ihnen zur Verfügung steht: Durch die schamlose Verbindlichkeitserklärung des Reichsarbeitsministers Brauns wurde die ganze Schwerkraft des bürgerlichen Staatsapparats in die Waagschale geworfen. Andererseits stellten sich die sozialdemokratischen Führer des Deutschen Verkehrsbundes und des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer mit einer Skrupellosigkeit ohnegleichen auf die Seite des Hafenkapitals. Während sie zu Beginn unter dem Druck der erbitterten Massen so tun mußten, als würden sie den Streik auch nach der Verbindlichkeitserklärung indirekt anerkennen und finanzieren, erklärten sie ihn sofort nach deren Ausspruch für «rechtswidrig», verweigerten mit Hohnlachen jeden Pfennig Unterstützung, erließen täglich Aufrufe zur Wiederaufnahme der Arbeit und begingen den Schandstreich, im sozialdemokratischen «Hamburger Echo» mitten im vollsten Kampf ein bezahltes Inserat des Unternehmerverbandes für die Wiederaufnahme der Arbeit abzudrucken. So stand den Arbeitern von Beginn an ein geschlossener Dreibund von Regierung, Kapitalisten und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern gegenüber.

Auch die kämpfende Arbeiterschaft und die Kommunistische Partei wandten im Verlauf der Bewegung neue Methoden an. Zähe Entschlossenheit, zielbewußte Kampfdisziplin, hohes Klassenbewußtsein – das waren die Merkmale dieses Streikes. So konnten die Hafenarbeiter unter Ausnutzung der für sie objektiv sehr günstigen Situation, verraten und verlassen von den Reformisten, fünf Tage lang ausharren und allein dadurch den Feinden die schwersten Schäden zufügen. Die Hafengewaltigen verloren Millionen und aber Millionen an Profiten durch die Lahmlegung des gesamten Hafenbetriebes, durch die Unterbrechung des englischen Kohlengeschäfts, durch die Umlenkung zahlreicher Dampfer der internationalen Schiffahrtsgesellschaften in ausländische Häfen.

Die Kommunistische Partei wandte im Streik die Einheitsfronttaktik im besten Sinne des Wortes an: als Methode der revolutionären Agitation und Mobilisierung der Massen. Es kam ihr dabei zugute, daß unsere Hamburger Mitgliedschaft sich seit der Diskussion über den EKKI-Brief mit überwältigender Mehrheit hinter die Parteilinie gestellt und alle antibolschewistischen Strömungen zur völligen Einflußlosigkeit verurteilt hatte. Daher besaß die Organisation im Moment des Kampfes volle Schlagkraft. Die Handlungen der Partei gingen davon aus, ein Höchstmaß von Kampfkraft der Massen gegen Unternehmer, Regierung und die sabotierenden Gewerkschaftsführer zu entfalten und zugleich den Massen ein Höchstmaß von Vertrauen in die Kommunistische Partei einzuflößen. Der Streik war keine «kommunistische Mache», denn selbst die beste kommunistische Partei kann keinen Streik aus der Luft hervorzaubern, wenn die Arbeiterschaft ihn nicht will. Dagegen befand sich die politische und geistige Führung des Kampfes ohne Zweifel vollkommen in den Händen der Kommunisten. Schon vor vier Monaten hatte die Partei durch ihre Tarifkündigungskampagne die Hafenarbeiter eindringlich zum Widerstand aufgefordert. Nicht durch agitatorische Phrasen und radikale Thesen, sondern in der wirklichen Aktion gewannen die Massen während des Streiks die Überzeugung, daß die Kommunistische Partei die einzige Führerin des proletarischen Kampfes ist.

Die Partei wies sofort auf den politischen Inhalt des Kampfes hin. Nicht nur um zwanzigprozentige Lohnerhöhung, achtstündigen Arbeitstag und fünftägigen Garantielohn, die Existenzforderungen der Hafenarbeiter, ging der Streik, sondern er richtete sich vor allem gegen den von der Regierung und den Unternehmern seit langem geplanten Raub des Streik- und Koalitionsrechts der ganzen Arbeiterklasse.

Das begriffen die Hafenarbeiter, und deshalb verbanden sie ihre Existenzforderungen mit den Losungen des Kampfes gegen den bürgerlichen Staat und die kapitalistische Regierung. So entstand unter dem bewußten Einfluß der Kommunisten im Hamburger Streik jene eigenartige Verbindung von politischen und wirtschaftlichen Forderungen, die das Kennzeichen der in nächster Zukunft einsetzenden Massenkämpfe gegen die kapitalistische Rationalisierung in ganz Deutschland sein wird. Die Kommunisten zerstörten den Keim jeder Illusion über die Haltung der reformistischen Gewerkschaftsführer und der Sozialdemokratie. Sie geißelten rücksichtslos den schmählichen Verrat der Verbandsführer, die schmutzige Streikbrecherrolle ihres sozialdemokratischen Blattes, und sie kritisierten täglich mit ganzer Schärfe die schwankende, zum Schluß die offen

8 Franz Mehring: Nach dem Hamburger Ausstande. In: Gesammelte Schriften, Bd. 14, Berlin 1978, S. 159, 161.

streikfeindliche Haltung der aus Sozialdemokraten bestehenden Dreiviertelmehrheit der Streikleitung.

Als der Streik unter dem Dolchstoß der Reformisten abgebrochen wurde, verhinderten die Kommunisten den drohenden Massenaustritt aus den Gewerkschaften und riefen zur Fortsetzung des Kampfes in den Betrieben auf. Während der ganzen Aktion mobilisierte die Partei das Gesamtproletariat in Hamburg und in ganz Deutschland zur Solidarität und propagierte die revolutionären Losungen des Sturzes der Reichsregierung, des Kampfes für die Arbeiter-und-Bauern-Regierung. Selbstverständlich zeigten sich auch Mängel der Partei, besonders auf organisatorischem Gebiet und in der Frage der Verbindung des Streiks mit einer gleichzeitigen Bewegung der übrigen noch im Betriebe befindlichen Arbeitergruppen. Diese Mängel erklären sich größtenteils aus der gesamten Schwäche unserer Gewerkschaftsarbeit, deren Bedeutung sich in diesem Streik überragender denn jemals zeigte.

Insgesamt lieferte die Haltung der Kommunisten den klaren Beweis, daß sie keinerlei «parteipolitische» Ziele außerhalb des proletarischen Klassenkampfes haben, sondern daß umgekehrt gerade ihre strategischen und taktischen Parteiziele genau und ausschließlich den Interessen des proletarischen Klassenkampfes entsprechen.

Die Erfüllung der unmittelbaren Streiklosung wurde nicht errungen, aber Gang und Ergebnis des gesamten Streiks bedeuten einen unzweifelhaften Erfolg der Arbeiterschaft. Für sie gelten in vollem Umfang die eingangs erwähnten Worte von Franz Mehring. Der Streik bewies vor allem, daß die Arbeiterschaft imstande ist, im heutigen Deutschland auch ohne und gegen die reformistischen Führer einen Kampf durchzuführen. Er zeigte seit langen Jahren zum erstenmal wieder den Durchbruch des Kampfwillens der proletarischen Massen gegen Unternehmerdiktatur und wirtschaftliches Elend. Die Reformisten vollführten durch ihren beispiellosen Verrat das schärfste Entlarvungsmanöver gegen sich selbst. Unter dem Druck dieser Tatsache entstehen innerhalb der Hamburger Sozialdemokratie die Spuren eines neuen Risses, der sich vertiefen muß. Die Hafenvertrauensleute der SPD nahmen eine Resolution gegen ihr Parteiblatt an. Auf den während des Streiks stattfindenden Bezirksabenden der SPD entstand in allen Stadtteilen unter stürmischen Auseinandersetzungen eine erbitterte Arbeiteropposition. Dem scharfen Prestigeverlust der sozialdemokratischen Führer steht eine ebensolche Erhöhung des Ansehens der Kommunistischen Partei vor der Arbeiterschaft gegenüber.

Die wichtigsten Aufgaben, die sich aus dem Kampf ergeben, sind jetzt folgende:

1. Die Kommunistische Partei und die Arbeiterschaft müssen die Lehren aus dem Streik ziehen. Das durch die Kommunisten neu eroberte Vertrauen der Massen kann ebenso schnell wieder verlorengehen, wenn es nicht täglich durch harte Arbeit verwurzelt wird.

2. Der Kampf gegen das sogenannte System behördlicher Schiedssprüche, gegen die schamlosen Verbindlichkeitserklärungen, gegen den ganzen Schlichtungsschwindel muß auf breitester Front aufgenommen werden.

3. Nicht Flucht, sondern noch viel stärkere Arbeit in den Gewerkschaften, ihre Revolutionierung, die Ausschaltung der reformistischen Verräter, der Masseneintritt der Unorganisierten in die freien Verbände ist notwendig.

4. Für die Hafenarbeiter selbst ist zwar der Streik, aber nicht der Kampf beendet. Die Unterstützung der Gemaßregelten muß mit breiter Initiative durchgeführt, ihre restlose Wiedereinstellung erzwungen werden. Der Kampf für die Existenzforderungen der Hafenarbeiter, für ihr Koalitionsrecht, für die Zurücknahme des Schiedsspruchs und der Verbindlichkeitserklärung muß überall mit größter Energie fortgesetzt werden.

Anna Schultz
Erinnerung

Im Hamburger Hafen war Streik . . . Am zweiten Tage spät abends kommt Genosse Thälmann, unser Führer, nach Hamburg. Ganz plötzlich, ohne daß es einer der Genossen wußte, war er da. Der Hafenarbeiterstreik war die Ursache. Thälmann hat selbst viele Jahre im Hamburger Hafen gearbeitet. Sein erstes Wort zu uns ist die Frage: «Was ist mit dem Streik? Was habt ihr für eine Streikleitung?»

Sofort will er in den Hafen.

Nicht rasch genug können wir antworten.

Wir werden einem regelrechten Kreuzverhör unterzogen: Was wir in der Vorbereitung getan haben? Ob wir die Vorschläge des Zentralkomitees als durchführbar anerkannt hätten? Was wir zu tun gedenken? Wie die Lage und Stimmung der Streikenden ist? Ob wir den Vorschlag eines Kampfprogramms als Opposition in der Streikleitung eingebracht haben? Ob wir sofort die Solidaritätsaktionen in anderen Betrieben, nicht nur zur Geldsammlung, sondern auch zum Sympathiestreik und zur Verbesserung der Löhne auch in den anderen Industrien, Chemie, Textil, Metall und besonders auf den Hamburger Werften, in die Wege geleitet hätten?

Ernst Thälmann sitzt am Tisch und macht seine Notizen aus unseren Antworten. Als wir ihm sagten, daß die Hafenarbeiter die diktatorische Streikleitung der Reformisten einmütig abgelehnt haben und sich eine Streikleitung selbst gewählt hätten, auf der Basis der Einheitsfront gewählt in den Streikmeetings, schlägt er mit der flachen Hand auf den Tisch, springt auf, geht auf und ab, lacht und sagt: «Seht ihr, das ist unsere Arbeit, unser Erfolg, daß wir gelernt haben, in Hamburg Massenarbeit auf der Grundlage der Einheitsfront von unten zu leisten. Das ist die Verwirklichung der Einheitsfront der Tat. Denn Einheitsfront heißt Kampf! Kampf aber heißt Streik! – Massenstreik!» . . .

Sofort wurden alle Möglichkeiten der Massenmobilisierung noch für heute Nacht durchgesprochen. In alle Stadtdistrikte wurden Kuriere entsandt. Thälmann selbst ging in den Hafen zur Streikleitung mitten in der Nacht . . .

Er liest die Zusammensetzung der Streikleitung. Sein Gesicht verfinstert sich – er reicht das Papier dem politischen Leiter und fragt: «Wo sind in dieser Streikleitung die Hafenarbeiterfrauen? Denkt ihr, den Streik ohne die Frauen der Hafenarbeiter zu gewinnen? Was, ihr argumentiert, im Hafen seien doch nur Männer beschäftigt! Denkt ihr, daß wir nur zur Agitation erklären: Die Lohnfrage ist die Brotfrage der Familie! Wo ist der Frauenorganisator? Bringt ihn sofort her!»

Thälmann beginnt auch mit der Frauenleiterin ein Kreuzverhör. «Welche Arbeit wurde zur Vorbereitung des Streiks unter den Hafenarbeiterfrauen durchgeführt? Welche Vorschläge haben die Frauenorganisatoren gemacht? Hat die Parteileitung die Vorschläge aufgegriffen und sie auch durchführen helfen? Was habt ihr getan, um die

Kaffeeleserinnen im Hafen in den Sympathiestreik zu bringen?» Genosse Thälmann fragt nicht nur die Frauenleiterin, sondern er fragt auch die gesamte Parteileitung. Eine Minute war es ganz still. . .

Sehr ernst und aufmerksam hört Genosse Thälmann zu. Manchmal will einer der Genossen den Bericht unterbrechen, weil es so spät in der Nacht ist, aber Genosse Thälmann winkt ab und sagt zur Frauenleiterin: «Rede weiter!»

Nun gibt Thälmann der Frauenleiterin und der Parteileitung seine Direktiven. Er erklärt, daß alle Versuche der Genossinnen richtig und gut gewesen sind. Morgen schon müssen wir diskutieren und ernste Maßnahmen treffen, um diese Unterschätzung der Hineinziehung der Frauen in die Kämpfe ihrer Männer zu liquidieren. Denn, so erklärt er, die Frauen sind die andere Hälfte des Proletariats, und wir müssen sie als einen wichtigen Bestandteil in unserer Arbeit der Partei betrachten lernen.

Thälmann erklärt, daß man sofort erneut in allen Stadtteilen von Hamburg/Altona öffentliche Frauenversammlungen, von der Streikleitung einberufen, durchführen müsse. Sofort müsse man erneut eine Konferenz der Hafenarbeiterfrauen organisieren. Die Parteileitung sei dafür verantwortlich, nicht die Frauenleiterin allein. . .

Das Streikkomitee müsse nicht nur Frauenmeetings, sondern auch Streikküchen organisieren. Hier hätten wir eine gute Gelegenheit, an Hunderte von Frauen heranzukommen, die sonst völlig abseits stehen, aber hier bereit sein würden, mit ihrer Arbeit, die ihnen geläufig ist, mitzuhelfen.

Nicht zuletzt gelte es, den Streikgedanken in die Arbeiterinnen der Betriebe der Textilindustrie zu tragen, das Beispiel der Einheitsfront der Hafenarbeiter zu nehmen und den Arbeiterinnen in den Textilfabriken zu zeigen, wie man für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit und gegen Lohnabbau kämpfen muß und wie die revolutionäre Einheitsfront erfolgreich ist. «So sollt ihr arbeiten, um die Einheitsfront für den Streik der Hafenarbeiter zu verbreitern und ihm zum Siege zu verhelfen.»

Aus dem Artikel vom 4. Januar 1927:
Die nächsten Aufgaben
der Kommunistischen Partei Deutschlands

Der anhaltende Prozeß der kapitalistischen Monopolisierung (die Fusion einiger großer deutscher Trusts mit europäischen Konzernen) bezieht Deutschland immer mehr in die Weltpolitik und Weltwirtschaft ein. Haupthindernisse, die diesen Prozeß erschweren, sind: die immer noch vorhandene Kontrolle der Entente über das Saargebiet und über die Eisenbahnen, die Reparationszahlungen sowie die gemeinsame Militärkontrolle der verbündeten Mächte.

Um mit den ausländischen Fabrikaten auf dem Weltmarkt konkurrieren zu können, ist die deutsche Bourgeoisie gezwungen, zur Rationalisierung der Produktion zu greifen. Sie sucht dies durch grenzenlose Ausbeutung der Arbeiterklasse, Intensivierung der Arbeit und Verwendung der billigeren weiblichen Arbeitskräfte in den wichtigsten Industriezweigen zu erreichen. Die ständige Arbeitslosenarmee beträgt gegenwärtig 2 Millionen, und zählt man noch deren Familienangehörige hinzu, so sind es insgesamt etwa 8 Millionen Menschen, die der Hilfe des Staates bedürfen. Diese Zahl nimmt weiter ständig zu und kündigt der Reichsregierung große Komplikationen an . . .

Somit stehen vor der Kommunistischen Partei Deutschlands gegenwärtig folgende Aufgaben: 1. einen energischen Kampf gegen alle Versuche der Unternehmer, Lohnsenkungen vorzunehmen, zu führen, wobei wir die Führung der proletarischen Massen bei allen ökonomischen Auseinandersetzungen in unserer Hand konzentrieren; 2. die Kräftekonzentration des Proletariats als Gegengewicht zur kapitalistischen Konzentration, wie sie die Bourgeoisie durchführt, zu fördern, Betriebszellen in allen großen Trusts und Kartellen zu bilden sowie die Zentralisierung und Vergrößerung der Arbeiterorganisationen vorzunehmen; 3. den Kampf gegen die neuen, von der Sozialdemokratie unterstützten imperialistischen Tendenzen der deutschen Bourgeoisie zu führen und die Arbeiter über die Gefahr eines neuen Krieges aufzuklären; 4. die Einheitsfront, wie sie sich auf dem Reichskongreß der Werktätigen zwischen den sozialdemokratischen, kommunistischen und parteilosen Delegierten gezeigt hat, zu festigen, indem zwischen ihnen eine organische Verbindung in allen industriellen Großzentren hergestellt wird; 5. die linke Strömung in der Bauernschaft und den Mittelschichten der Bevölkerung maximal zu nutzen und sie in die Einheitsfront der Werktätigen unter Führung des Proletariats einzubeziehen; 6. die Kampagne zum Sturz der bestehenden Regierung, die die Interessen der Kapitalisten vertritt, zu verstärken; 7. den Kampf für die Befriedigung der tagtäglichen Bedürfnisse der Werktätigen zu führen und ihn dabei mit den allgemeinen Aufgaben der Kommunistischen Partei zu verbinden usw.

Streikende Hafenarbeiter!

An das Hamburger Proletariat!

Die Hafenarbeiter kämpfen um das Koalitionsrecht, das die Regierung durch Verbindlichkeitserklärung eines unverschämten Hungerschiedsspruchs rauben will. Sie streiken für fünftägigen Garantielohn, Achtstundentag und um eine 20=prozentige Lohnerhöhung. Die Hamburger Arbeiterschaft muß diesen Kampf mit allen Kräften unterstützen. Er hat weit über den Rahmen des Hamburger Wirtschaftsgebiets hinaus gewaltige Bedeutung für ganz Deutschland.

Genosse Ernst Thälmann

spricht

Sonntag, 3. Oktober, vorm. 10 Uhr, bei Sagebiel

über:

Was bedeutet der Hafenarbeiterstreik für das deutsche Proletariat?

Arbeiter, Arbeiterinnen!

Heraus zur Massenkundgebung!

KPD., Bezirk Wasserkante

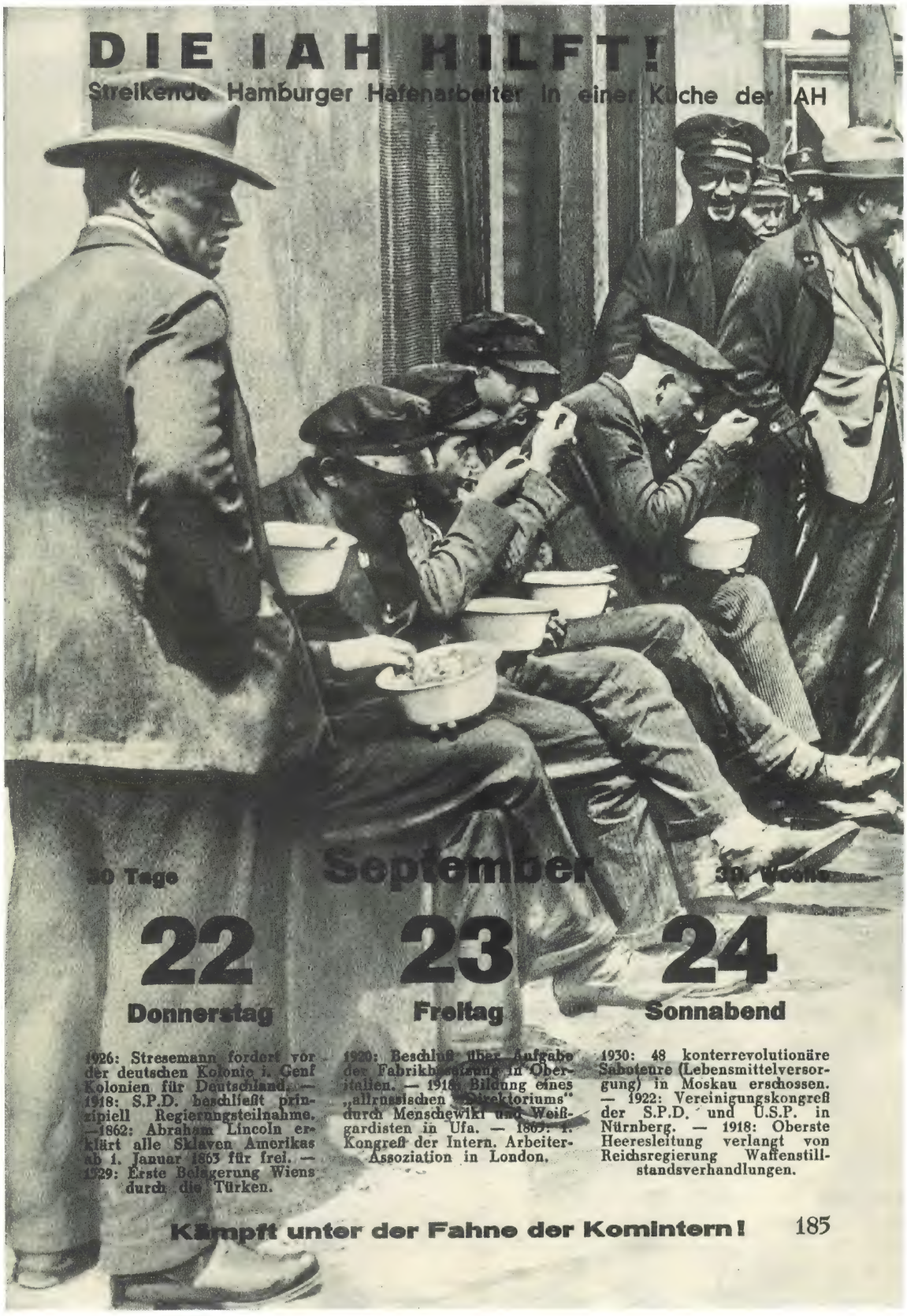
Verantwortl.: Anton Becker, MdB., Hamburg. Druck: Graphische Industrie e.G.m.b.H., Hamburg 36

Gegen kapitalistische Rationalisierung

Handzettel der KPD

Seite aus dem «Illustrierten Arbeiterkalender», 1932

Am Fließband im Wernerwerk des Siemens-Konzerns in Berlin


DIE IAH HILFT!
Streikende Hamburger Hafenarbeiter in einer Küche der IAH
30 Tage
September
39. Woche
22
Donnerstag
1926: Stresemann fordert vor der deutschen Kolonie i. Genf Kolonien für Deutschland. — 1918: S.P.D. beschließt prinzipiell Regierungsteilnahme. — 1862: Abraham Lincoln erklärt alle Sklaven Amerikas ab 1. Januar 1863 für frei. — 1529: Erste Belagerung Wiens durch die Türken.
23
Freitag
1920: Beschluß über Aufgabe der Fabrikbesetzung in Oberitalien. — 1918: Bildung eines „allrussischen Direktoriums" durch Menschewiki und Weißgardisten in Ufa. — 1869: 1. Kongreß der Intern. Arbeiter-Assoziation in London.
24
Sonnabend
1930: 48 konterrevolutionäre Saboteure (Lebensmittelversorgung) in Moskau erschossen. — 1922: Vereinigungskongreß der S.P.D. und U.S.P. in Nürnberg. — 1918: Oberste Heeresleitung verlangt von Reichsregierung Waffenstillstandsverhandlungen.
Kämpft unter der Fahne der Komintern!
185

Dem Kampf um die proletarische Jugend die größte Aufmerksamkeit

Aus dem Artikel vom 3. September 1925:
Zum elften Internationalen Jugendtag

Die deutsche Arbeiterjugend hat am diesjährigen Jugendtag keine Siege zu feiern, aber wohl jeder spürt, daß trotz aller Schwierigkeiten, trotz des trüben Daseins der Arbeiterjugend im ersten Jahre der kapitalistischen Stabilisierung, trotz aller Verfolgungen, trotz der Polizeiknüppel und der Gefängnisriegel im deutschen Proletariat eine neue Sammlung zu neuen Kämpfen beginnt. Die Jugend muß in erster Reihe marschieren!

Unsere Partei hat viel zu spät und viel zu zögernd die Bedeutung des Kampfes um die Seele der Arbeiterjugend erkannt. Es gibt in Deutschland nicht weniger als fünf Millionen Jungproletarier – 20 Prozent der gesamten deutschen Arbeiterklasse. Davon sind eine Million Lehrlinge: die Ausgebeutetsten unter den Ausgebeuteten des deutschen Kapitalismus. Von diesen Millionen junger Proletarier ist nur eine jämmerlich geringe Zahl gewerkschaftlich organisiert: ganze 264 000 Mann. Unsere junge kommunistische Jugendorganisation, der KJVD, ist noch viel zu schwach. Große gegnerische Organisationen stehen ihm gegenüber . . .

Das Wesen unserer bolschewistischen Taktik besteht in der Eroberung der proletarischen Massen für den Kommunismus, für die proletarische Diktatur, für die Revolution. Diese Aufgaben können wir nicht erfüllen, ohne die ausgebeutetste, kampffähigste, von den opportunistischen Traditionen der legalen Vorkriegszeit freieste Schicht der Arbeiterklasse zu gewinnen: die proletarische Jugend.

Der diesjährige Jugendtag hat nicht nur für die kommunistische Jugend und für die gesamte Jungarbeiterschaft Bedeutung, sondern er muß ein Weckruf, ein Alarmruf auch für die Partei, für alle ihre Organisationen und Bezirke sein.

Er muß zum Auftakt einer grundlegenden Änderung unseres Verhältnisses sowohl zum Kommunistischen Jugendverband als auch zur gesamten Jungarbeiterschaft werden. Die Losung des diesjährigen Jugendtages heißt für die Kommunistische Partei Deutschlands: die größte Aufmerksamkeit, die intensivste Arbeit, die stärksten Kräfte für den Kampf um die proletarische Jugend. Wir müssen unseren jungen, noch schwachen Kommunistischen Jugendverband zehnmal mehr als bisher unterstützen. Die Zusammenarbeit zwischen ihm und der Partei muß von beiden Seiten zehnmal energischer gefestigt und ausgebaut werden . . .

Die Jugendwoche vom 30. August bis 6. September muß sowohl die Parteiorganisation wie die Organisation des Jugendverbandes aufrütteln, sie für die ganze künftige Arbeitsperiode vorbereiten.

Der Kommunistische Jugendverband Deutschlands muß seine Organisation besser ausbauen, sie innerlich festigen, ihr ideologisches Niveau heben, ihre Schlagkraft in den zahllosen Tageskämpfen der arbeitenden Jugend in Betrieben und Gewerkschaften stählen.

Der Jugendtag ist ein Kampftag gegen die Kriegsgefahr, gegen die Vorbereitungen des neuen Angriffs auf Sowjetrußland, das einzige Land der Welt, in dem zugleich mit der gesamten proletarischen Klasse auch die Arbeiter- und Bauernjugend von allen Fesseln befreit ist.

Der Jugendtag ist ein Kampftag für die dringendsten Interessen und Forderungen der ausgebeuteten, unterdrückten Arbeiterjugend, der Lehrlinge und Jungarbeiter in allen Betrieben. Er ist ein Kampftag, welcher nicht nur für die brennendsten Fragen der Jugend, sondern für das gesamte Proletariat Bedeutung hat. Aus diesem Grunde muß er ein Ausdruck des gemeinsamen Kampfeswillens für die Einheitsfront der jungen und erwachsenen Arbeiter, für die internationale Gewerkschaftseinheit sein.

Der Jugendtag muß die Aufmerksamkeit der deutschen jungen Proletarier auf Sowjetrußland lenken. Die erste Arbeiterdelegation ist aus dem Lande der proletarischen Diktatur ins Land der Schupo, der Reichswehr, der Schutzzölle und der Lehrlingsschinderei zurückgekehrt. Es ist dringend notwendig, daß auch die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterjugend eine Delegation nach Sowjetrußland sendet, um, ungehindert durch die Verleumdungen der sozialdemokratischen Presse, ein wirkliches Bild des Lebens der russischen Arbeiterklasse und besonders der russischen Arbeiterjugend im achten Jahre der Sowjetmacht zu gewinnen.

Unsere Partei muß alle diese Losungen in den breitesten Massen verfechten; sie muß mit allen Kräften die Jugendwoche, den Internationalen Jugendtag unterstützen. Vor allen Dingen muß sie in den Gewerkschaften gemeinsam mit den Jugendvertretern unermüdlich und unbeirrbar für die Interessen der proletarischen Jugend gegenüber der reaktionären Bürokratie kämpfen. Die Kommunisten müssen in allen Betrieben die Vorkämpfer für die Interessen der Jungarbeiter und Lehrlinge werden. Sie müssen bei den Betriebsräten auf die Erfüllung der jungproletarischen Forderungen drängen. Sie müssen zusammen mit dem Kommunistischen Jugendverband ihre ganze Werbekraft dafür einsetzen, daß die fünf Millionen deutschen Jungproletarier in die Gewerkschaften gehen, anstatt außerhalb der proletarischen Massenorganisationen ein Spielball der Unternehmerwillkür zu bleiben.

Es lebe der Internationale Jugendtag! Vorwärts für die Organisierung der gesamten proletarischen Jugend der neuen Epoche unter unserem Banner, dem Banner des Bolschewismus!

Emil Kortmann
Erinnerung

Nach einer Wahlkundgebung in meiner rheinischen Heimatstadt Remscheid im Jahre 1925 nahmen Artur Becker – der spätere Vorsitzende des KJVD – und andere Jugendfunktionäre, darunter auch ich, an einer Aussprache mit Ernst Thälmann teil . . .

So offensiv und impulsiv Ernst Thälmann sonst bei jeder Gelegenheit auftrat, so geduldig hörte er zu, wenn sich Genossen, vor allem junge Genossen, vertrauensvoll mit Fragen an ihn wandten. So war es auch an diesem Abend.

Nachdem wir gesagt hatten, was uns bedrückte, erklärte uns «Teddy» sachlich und ruhig, jeden Satz überlegend, die gegenwärtige Situation: Die revolutionären Kämpfe vom Herbst 1923 vermochten es nicht, das Grab der Ausbeuter zu schaufeln. Die Kapitalisten hatten die Möglichkeit gefunden, ihre Herrschaft wieder zu stabilisieren. Jede neue politische und ökonomische Situation – so betonte Ernst Thälmann – erfordere jedoch für die Partei der Arbeiterklasse

eine neue strategische und taktische Orientierung. Lenin habe uns gelehrt, daß es im Klassenkampf nicht nur ein geradliniges Vorwärtsstürmen gebe und daß es in den für die Revolution ungünstigen Zeiten am schwersten sei, ein richtiger Revolutionär zu sein.

Ernst Thälmanns Worte beeindruckten uns alle sehr. Wir fragten, welche Aufgaben der Kommunistische Jugendverband jetzt anpakken müßte. Genosse Thälmann antwortete, daß er unseren revolutionären Tatendrang in keiner Weise behindern wolle, nur in die richtigen Bahnen müsse er gelenkt werden. Ernst Thälmann riet uns: Wollt ihr die Jugend gewinnen, müßt ihr in den Betrieben und Berufsschulen täglich ihre Interessen vertreten und überzeugend nachweisen, auf welchem Wege sie ihre Lage verbessern kann. Hierzu gehöre allerdings eine schlagkräftige und durchdachte Argumentation. Er empfahl uns für diese Aufgabe das gründliche Studium der Klassiker des Marxismus-Leninismus.

Es folgte eine lebhafte Diskussion, und wir versprachen, seinen Rat zu beherzigen.

Ernst Thälmann wies jedoch darauf hin, daß wir bei allem Lerneifer nicht vergessen dürften, daß der Kommunistische Jugendverband Jungen und Mädchen in seinen Reihen habe, die auch gesellig leben wollen. Wir sollten das Fröhlichsein nicht vergessen. «Kommt die politische Arbeit hierbei nicht zu kurz?» wollte ich wissen. Das verneinte Ernst Thälmann. Auf die richtige Verbindung der politischen Erziehung mit allen anderen Formen der Jugendarbeit komme es an. Dabei müßten die vielfältigen Interessen der jungen Menschen berücksichtigt werden.

Hans Mahle
Erinnerung

Wenn Genosse Thälmann die Bezirksleitung der KPD in Hamburg am Valentinskamp aufsuchte, ging er keineswegs nur zum Sekretär der Partei. Er interessierte sich ebenso für die Tätigkeit der Mitarbeiter. Auch die Bezirksleitung des Jugendverbandes und die Bezirkspionierleitung vergaß er nicht. Ich selbst habe das als Leiter der Pionierorganisation im Bezirk Wasserkante oftmals erlebt. Einmal kam Genosse Thälmann völlig unverhofft in eine Sitzung der Pionierleiter hinein. Er tat das ohne jedes Aufsehen, setzte sich und hörte aufmerksam zu. Später ergriff er selbst das Wort und half uns mit seinen großen Erfahrungen. Diese kameradschaftliche Verbundenheit mit den einfachen Genossen in der Partei und im Jugendverband war von großer Bedeutung für die Stärkung der Einheit und der Geschlossenheit der kommunistischen Bewegung. Wir waren jederzeit bereit, für Genossen Thälmann, für das Zentralkomitee der KPD, für die Sache des Sozialismus durchs Feuer zu gehen.

Eines Tages, es muß im Jahre 1926 gewesen sein, kam Genosse Thälmann während eines Pioniergruppenabends in Hamburg-Eppendorf überraschend zu uns. Wir lasen gerade aus einem Werk von Upton Sinclair. Es wurde die schwere Arbeit der Hafenarbeiter geschildert. Zwei Pioniere, offenbar von Abenteuerlust erfaßt, meinten jedoch, sie wollten auch nach Amerika auswandern. Genosse Thälmann hörte ruhig zu. Aber dann begann er selbst von seinen Erlebnissen in Amerika zu erzählen. Gespannt hingen wir alle an seinen Lippen. In einfachen, aber packenden Worten machte er klar, daß es nicht richtig sei, auszuwandern. Man käme nur vom Regen in die Traufe. Es ginge darum, Deutschland selbst zu einer lebenswerten Heimstatt aller seiner schaffenden Menschen zu machen. «Hier ist unser Platz, hier müssen wir kämpfen, damit die ungerechten kapitalistischen Verhältnisse beseitigt werden und die schöne deutsche Heimat zur wirklichen Heimat für alle wird, und dabei müßt ihr uns Erwachsenen helfen», sagte er. Dann stellte er die sowjetischen Pioniere als Vorbild hin, deren große Leistungen im Lernen und beim Aufbau des neuen, sozialistischen Lebens. So wurde dieser Gruppenabend durch den unerwarteten Besuch des Genossen Thälmann zu einer Demonstration herzlicher Verbundenheit mit der sozialistischen Sowjetunion und ihren Kindern. Wir beschlossen, sofort mit einer sowjetischen Pioniergruppe in Briefwechsel zu treten, und Genosse Thälmann vergaß trotz seiner starken Belastung nicht, uns aus Berlin die Adresse einer sowjetischen Pionierabteilung zu übermitteln.

Aus der Diskussionsrede auf dem 11. Parteitag der KPD in Essen am 5. März 1927

Es ist kein Zufall, daß die Jugend jetzt wieder rebelliert, denn die kapitalistische Rationalisierung wirkt sich besonders auf die Jugend aus. Wir müssen die Jugend als kämpfendes Element betrachten, das wir brauchen, und sind verpflichtet, ihr die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Ich will dabei nur darauf hinweisen, daß neben der Partei noch die Rote Jungfront besteht, die neben der Partei eine Klassenorganisation der Jungarbeiter ist und die geeignet ist, die Jungarbeiter für die Partei zu gewinnen. Die Partei muß also nicht nur mit der kommunistischen Jugend zusammenarbeiten, sondern auch von sich aus in der kommunistischen Jugend die Voraussetzungen zur Heranbildung der Avantgarde des Proletariats schaffen. Die Jugend hat eine andere Ideologie als die erwachsene Arbeiterschaft. Man muß verstehen, die Jugend zu behandeln, um die Jugend zu gewinnen und für die revolutionären Aufgaben zu erziehen. Wir haben gesehen, daß es während des Krieges die [Linken in der] SPD waren, die der Jugend die größte Aufmerksamkeit schenkten, daß Karl Liebknecht dauernd mit der Jugend stritt, dauernd mit der Jugend zusammenkam. Besonders auf dem Gebiet der antimilitaristischen Propaganda hat die Jugend Vorzügliches geleistet. Heute arbeitet die Jugend nicht nur auf diesem Gebiet, sondern stellt auch in den Wirtschaftskämpfen einen bedeutenden Faktor dar. Daher muß der 11. Parteitag die Partei verpflichten, die Reihen der kommunistischen Jugend zu stärken. Wir müssen uns die Frage stellen, ob wir den Kampf um die politische Macht ohne die Frauen und die Jugend siegreich durchführen können. Auf diese Frage muß der 11. Parteitag mit einem Nein antworten. Wir können diesen Kampf nur im gemeinsamen revolutionären, unermüdlichen Ringen zusammen mit der Jugend und den Frauen bis zur siegreichen Befreiung der Arbeiterschaft durchführen.

Artikel vom 14. April 1927:
Zum Reichsjugendtag des KJVD

Die proletarische Jungarbeiterschaft rüstet zum diesjährigen Reichsjugendtag in der Arbeiterstadt Hamburg. Die Vorbereitung zum Osteraufmarsch der revolutionären Jugend erfolgt in einer Situation, die in erster Linie durch die drohende imperialistische Kriegsgefahr gekennzeichnet ist. In China donnern bereits die impe-

rialistischen Kanonen und werfen ihre Feuerbrände unter die chinesischen Arbeiter- und Bauernhütten, Tausende von Menschenleben vernichtend. Der Krieg gegen China ist aber nur ein Auftakt. Der englische Imperialismus beschränkt sich nicht nur auf die blutige Unterdrückung der seiner «Einflußsphäre» verfallenen Völker im Osten, sondern er unterstützt gleichzeitig den amerikanischen Imperialismus im Kampf gegen die südamerikanischen Staaten und verstärkt die Vorbereitungen für die militärische Intervention gegen Sowjetrußland.

Der italienische Faschismus unterstützt mit offenem Zynismus die antisowjetische Kampagne Englands und hilft gleichzeitig bei der Niederwerfung der nationalrevolutionären Volksbewegung in China in der Erwartung, in seinen eigenen imperialistischen Plänen auf dem Balkan von England unterstützt zu werden.

Auch die deutsche Bourgeoisie stellt sich immer offener in eine Front mit dem englischen Imperialismus im Kampfe gegen die nationalrevolutionäre Bewegung in China und gegen die Sowjetunion. Sie liefert den in englischem Solde stehenden chinesischen Generalen Waffen und Munition. Sie ist bereit, Deutschland als Aufmarschgebiet für die militärische Intervention gegen die Sowjetunion freizugeben. Diese Tatsachen kennzeichnen die Situation: die imperialistische Welt ist derart mit Zündstoff angefüllt, daß der kleinste Funke genügt, um erneut den Weltbrand ausbrechen zu lassen.

Im nationalen Maßstabe drohen der Arbeiterschaft und insbesondere dem Jungproletariat nicht minder ernste Gefahren. Die deutsche Bourgeoisie rüstet auf der ganzen Linie zur verschärften Opposition gegen die Arbeiterklasse. Die kapitalistische Rationalisierung wird in gesteigertem Maße durchgeführt. Durch die Rationalisierungspolitik der deutschen Bourgeoisie wächst die Rolle der jugendlichen Arbeiterschaft innerhalb des Produktionsprozesses. Die Fordisierung und Taylorisierung der Betriebe ermöglicht den Unternehmern, mehr als bisher die billige Arbeitskraft der Jugendlichen, besonders der ungelernten Arbeiter, auszunutzen, sie als Lohndrücker gegen die gesamte Arbeiterschaft zu gebrauchen. Die Reaktion erhebt immer frecher ihr Haupt. Die Attacke der Bürgerblockregierung gegen die Arbeitszeitbedingungen, die Vorstöße der Kulturreaktion, das provokatorische Auftreten der faschistischen Verbände, die sich häufenden Arbeitermorde der faschistischen Polizeioffiziere sind Alarmsignale.

Im Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr, im Kampf gegen die verschärfte Kapitalistenoffensive und Kulturreaktion erwächst der Arbeiterjugend eine große Aufgabe. Mit berechtigtem Stolz hat auf dem vorjährigen Reichsjugendtag die proletarische Jugend der Osterkonferenz von 1916 gedacht, die die politische Abrechnung der oppositionellen proletarischen Jugend mit der Kriegspolitik der Kaisersozialisten brachte. Der Geist Karl Liebknechts, der die Osterkonferenz 1916 beherrschte, muß auch den diesjährigen Reichsjugendtag in Hamburg beherrschen. So, wie die Ostertagung 1916 die proletarische Jugend zur Sammlung um das Banner des revolutionären Sozialismus, zum Kampf gegen den völkermordenden Weltkrieg aufrief, muß von Hamburg der Ruf an die gesamte proletarische Jugend Deutschlands ergehen: Jungarbeiter, Jungarbeiterinnen, schließt die eiserne Kampfesfront gegen die imperialistische Kriegsgefahr, gegen Reaktion und Faschismus!

Die proletarische Jugend hat unter Führung des Kommunistischen Jugendverbandes nicht nur in Resolutionen ihren Willen zum Kampf betont. Sie hat immer wieder durch die Tat bewiesen, daß sie in der Atmosphäre des Kriegs- und Blutrausches ihren Mann steht. Sie hat in ihrer Agitation und Propaganda gegen den Militarismus kein Opfer gescheut. Die englische klassenbewußte Jugend hat erst in den letzten Tagen wieder ein Beispiel erfolgreicher antimilitaristischer Arbeit beim Abtransport englischer Truppen nach China gegeben. Wo immer seit 1916 in Deutschland und anderen kapitalistischen Ländern das Banner der Revolution erhoben wurde, haben die Jungproletarier kühn und entschlossen in den vordersten Reihen gestanden und im dichtesten Kugelregen nicht geschwankt. Die Zahl der Opfer, die die proletarische Jugend in diesen Kämpfen gebracht hat, ist riesengroß.

Auch heute steht wiederum die proletarische Jugend in der Organisierung des Kampfes gegen den Krieg mit an der Spitze. Die Arbeit des Kommunistischen Jugendverbandes unter dem Jungproletariat hat dazu geführt, daß ein großer Teil der proletarischen Jugend bereits erkannt hat, daß der Kampf gegen den imperialistischen Krieg nicht erst dann beginnen darf, wenn der Krieg ausgebrochen ist, sondern daß das Jungproletariat gemeinsam mit der revolutionären Arbeiterschaft schon jetzt und stets ohne Unterlaß und ohne Unterbrechung den Kampf führen muß, von der Erwägung ausgehend, daß der imperialistische Krieg unzertrennlich mit dem Imperialismus zusammenhängt.

Von dieser Erkenntnis muß auch der Kampf der proletarischen Jugend gegen die Politik der deutschen Bourgeoisie, der Kampf gegen die kapitalistische Offensive, für die Wiedereroberung des Achtstundentages und [für den] Sechsstundentag für die jugendlichen Arbeiter, der Kampf gegen den reaktionären Bürgerblock und seine arbeiterfeindlichen Gesetze gegen die proletarische Jugend, der Kampf gegen die faschistischen Terrororganisationen getragen sein. Dieser Kampf kann aber nur dann mit sicherem Erfolg geführt werden, wenn es der Kommunistischen Partei und dem Kommunistischen Jugendverband gelingt, die breitesten Massen der Arbeiterschaft und des Jungproletariats in die Kampffront einzureihen. Die Massenarbeit des Kommunistischen Jugendverbandes hat bereits erfolgreich in der sozialdemokratischen Arbeiterjugend Wurzel geschlagen. Teile der sozialdemokratischen Arbeiterjugend haben sich mit den Kampflosungen der kommunistischen Jugend solidarisiert und sind bereit, Seite an Seite mit den kommunistischen Jungarbeitern und -arbeiterinnen zu kämpfen. Diese Schichten des Jungproletariats auch organisatorisch fest in die revolutionäre Jugendfront einzureihen, die Massenarbeit unter der Arbeiterjugend noch intensiver als bisher zu betreiben, muß die Hauptaufgabe des Kommunistischen Jugendverbandes in der Vorbereitung des diesjährigen Reichsjugendtages sein. In diesem Sinne erwächst den Jugendgenossen in der Roten Jungfront eine besondere Aufgabe.

In den Straßen Hamburgs, der Stadt der Barrikadenkämpfe von 1923, müssen Ostern 1927 Zehntausende klassenbewußter revolutionärer Jungarbeiter unter dem Banner des Kommunistischen Jugendverbandes aufmarschieren. Zehntausende von Jungarbeitern, erfüllt vom Geiste Karl Liebknechts, getragen vom eisernen Willen zum siegreichen Kampfe für die proletarische Revolution!

Nr. 7 / 8. Jahrgang Preis 10 Pfennig

Jungproletarier aller Länder vereinigt Euch!

Die Junge Garde

Zentralorgan der Kommunistischen Jugend Deutschlands — Sektion der Kommunistischen Jugendinternationale

Bezugspreis: Vierteljährlich unter Streifband 0,90 Mark bei Vorausbezahlung. Verantwortlich für den pol. Inhalt: Hermann Remmele, Berlin. Red. und Verlag: „Junge Garde", Berlin O 17, Koppenstraße 7. Tel. Alexander 3571.

Berlin, Anfang Dezember 1925

Anzeigenpreis: Die zweigespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 25 Pfennig. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamezeile 1.— Mark. Textzeile 3.— Anzeigen laut Tarif.

Die ersten Berichte der Jungarbeiter-Rußlanddelegation

Die deutsche Jungarbeiterdelegation an die arbeitende Jugend Moskaus.

Russische Jungarbeiter!

Wir Delegierte des deutschen Jungproletariats sind nach der Sowjetunion gekommen, um die Lage und das Leben der Arbeiterschaft, insbesondere der Jugend im ersten proletarischen Staat der Welt, zu prüfen.

Die Jungarbeiterschaft in Deutschland lebt und arbeitet noch unter den kapitalistischen Verhältnissen. Lange Arbeitszeit, Lehrlingsausbeutung und niedrige Löhne sind die Methoden, mit denen man gegen uns vorgeht. Der Stillstand der Arbeitsvermittlung läßt schon jetzt erkennen, daß man in diesem Winter mit einer großen Arbeitslosigkeit zu rechnen hat. Trotzdem versucht die gesamte bürgerliche Presse Lügenmärchen über die Lage der Sowjetunion zu verbreiten. Große Teile der deutschen Arbeiter erkennen aber, daß sie sich dagegen wehren müssen.

Es sind [illegible] oder Oppositionsgruppen die Grundlage zum Zusammenschluß der Arbeiter gegen das Unternehmertum?

Diese entscheidende Frage haben sich große Teile deutscher Arbeiter bei der ersten Arbeiterdelegation nach Sowjetrußland (welche im Juli-August 1925 hier war) vorgelegt. Sie haben die Wahrheit über die Arbeitsverhältnisse und den wirtschaftlichen Aufbau in Rußland verlangt und die Delegationen verschiedener Parteirichtungen haben sie ihnen gegeben. Die Berichterstattung hat das Interesse der Arbeiter für die Sowjetunion gezeigt. In diesem Sinne hat die deutsche Jungarbeiterschaft sich für eine Jungarbeiterdelegation entschieden, um außer der allgemeinen Lage der Arbeiterschaft die Errungenschaften der Jugend in und außerhalb des Betriebes und die Aufgaben des hiesigen Jugendverbandes kennen zu lernen. Diese Aufgaben haben uns die Jungarbeiterkongresse in Berlin, Hamburg, Leipzig, Dresden, Württemberg, Thüringen u. a. m. gestellt, in ihrem Sinne überbringen wir euch brüderliche Grüße.

Acht Tage befinden wir uns jetzt in Moskau und haben jeden Tag und jede Stunde verwendet, um unserer Aufgabe gerecht zu werden.

Die Rolle der Arbeiterschaft im politischen Leben zeigt uns, daß sie großes Interesse am wirtschaftlichen Aufbau der Sowjetunion hat. Die Arbeiterjugend der Sowjetunion, welche in ihrer absoluten Mehrheit in den Reihen des Komsomol steht, hat bewiesen, in welcher Art die Arbeiterjugend am politischen und wirtschaftlichen Aufbau des Staates teilnehmen kann.

Die Arbeit der Moskauer Jugend, angefangen vom Fabrikkomitee bis zur höchsten Regierungsspitze, die Herausbildung von qualifizierten Arbeitern in den Betriebsschulen, die Errungenschaften des Vier- und Sechsstundentages und des vierwöchigen Urlaubs, das musterhafte Zentralhaus für kommunistische Erziehung, in welchem ihr eure roten Spezialisten und Pädagogen ausbildet — dies alles gibt ein bestes Beispiel von den Errungenschaften, welche die Arbeiterschaft und die Arbeiterjugend durch die Eroberung der politischen Macht erhalten haben.

Die Delegation versteht, daß die Prüfung der Verhältnisse in Moskau erst der Anfang von der Erfüllung der großen Aufgabe

ist, welche uns die deutsche Jungarbeiterschaft gestellt hat. Wir sprechen unseren Dank der proletarischen Jugend Moskaus für die offene Bereitwilligkeit bei unserer Besichtigung der Betriebe und Erholungsheime aus und hoffen, daß die proletarische Jugend der anderen Republiken der Sowjetunion wie Ukraine, Aserbeidschan und Georgien, nach welchen wir heute fahren werden, uns mit derselben Offenheit die Errungenschaften und Fehler in ihrem Lande zeigen.

In diesem Sinne verabschieden wir uns von der arbeitenden Jugend Moskaus.

Die deutsche Jungarbeiterdelegation.

Karl Zahuntz, 1. Vorsitzender (SPJ.)
Felix Haunstein, 2. Vorsitzender (KJ.)
Hans Rickers, Sekretär (KJ.)
Gustav Voßgien (SPD.)
Adolf Schlüter (parteilos)
Arthur Biel (SPJ.)
Walter Häusch (KJ.)
Karl Sponheimer (SPJ.)
Kurt Lehmann (KJ.)
Leo Friedmann (SPJ.)
Otto Biehl (SPJ.)
Kurt Hoffmann (KJ.)
Georg Gerasch (SPJ.)
Walter Junghans (SPJ.)
Kurt Schellig (Jungsturm)
Käthe Thiem (parteilos)

Der verstehende Aufruf, den die Jungarbeiterdelegation Deutschlands beim Verlassen Moskaus an die Moskauer Arbeiterjugend richtete, ist von allen Mitgliedern der Delegation ohne Unterschied der Parteirichtung unterschrieben worden. Eine Ausnahme hiervon machte der Delegierte Herbert Schaller aus Leipzig, politisch in der ZPD. organisiert, welcher erklärte, daß alles, was in dem Aufruf über das von der Delegation Geschene enthalten ist, den Tatsachen entspricht, und daß er im allgemeinen einverstanden ist, aber von seiner Auffassung nicht abgehen will, wonach er es prinzipiell ablehne, irgendwelche Erklärungen oder Aufrufe der Delegation vor Beendigung der ganzen Reise der Delegation im Gebiete der USSR. zu unterschreiben.

Ankunft und Begrüßung.

Die internationale Jugendbegrüßung trifft auf dem Roten Platz ein. Musik ertönt: die Internationale. Feiertagsstimmung.

Die Jungarbeiterdelegation ist da.

Die Delegierten sind neugierig und sehen immer zur Rednertribüne, wo Kalinin und andere sprechen. Auch Clara Zetkin kommt später und wird mit großer Begeisterung begrüßt. Nach der Massenversammlung wurde die Parade der Rotarmisten abgenommen. Erst marschierte die Rote Armee auf und danach die Arbeiterkolonnen, die den Oktober (Festtag der Revolution) feierten. Transparente, die den Fortschritt der Wirtschaft versinnbildlichten und mit satirischen Zeichnungen versehen waren, wurden getragen. Bei der Delegation erweckte folgendes Bild große Belustigung:

Macdonald mit der Bibel des Kapitalismus, tanzend auf der Befreiung der englischen Arbeiterschaft.

Während des Vorbeimarsches rief ein Delegierter:

„Seht, Genossen, dahinten kommen Autos mit grüner Polizei!"

Alles lachte. Später fragt ein Rotarmist:

„Feiert Ihr bei Euch auch so wie wir in Rußland?"

Die Delegierten antworteten:

„Bei uns kann es solche großen, freien Demonstrationen der Arbeiter nicht geben, solche gibt es nur in einem Land, wo die Arbeiter sich vom Joch des Kapitalismus befreit haben."

Durch den Lärm der Musik, der Autos und des Gesanges hindurch hörten die Delegierten Rufe: „Zeit bereit!" und die Antwort: „Wir sind immer bereit!" Das waren die Jungpioniere auf ihren Autos, mit Gesichtern, die ihre Kampfentschlossenheit widerspiegelten. — Nachher sagte ein Delegierter:

„Nein, das ist keine Täuschung, sondern eine richtige Demonstration. Hier freut sich von Herzen die russische Arbeiterschaft. Wir werden dem deutschen Jungproletariat, das uns geschickt hat, getreuen Bericht geben!" —

Viele Delegierte riefen:

„Es lebe der Komsomol*)!"

Unter dem Gesang der Internationale reihten sie sich dem Zuge ein und demonstrierten mit durch die Straßen.

Heute hatten sie auch gefeiert, gemeinsam mit den befreiten Arbeitern.

Eine russische Jungarbeiterdelegation nach Österreich.

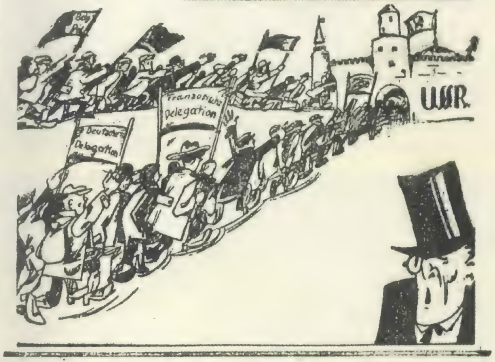
Eine gemeinsame Sitzung der Delegation der österreichischen Arbeiterjugend, die in der Sowjetunion weilte, und des vorbereitenden Komitees zur Entsendung der Jungarbeiterdelegation nahm zu dem Vorschlag des KJV. Oesterreichs, eine russische Jungarbeiterdelegation zum Besuch Oesterreichs einzuladen, Stellung. In dieser Sitzung wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die die Einladung ausspricht. In allen Versammlungen, in denen die Arbeiterjugenddelegierten, die von ihrer Reise Bericht erstatteten, sprachen, wurde der Vorschlag, eine russische Jungarbeiterdelegation nach Oesterreich einzuladen, mit Begeisterung angenommen.

*) Russischer Leninistischer Kommunistischer Jugendverband.

Jungarbeiter-ausmarsch

Einst 1914

Jetzt 1925



Auch die arbeitende Jugend Deutschlands muß nach Rückkehr ihrer Jungarbeiterdelegation den Vorschlag der österreichischen Arbeitsbrüder aufgreifen.

Bilder aus Moskau.

Meine Eindrücke, die ich bisher über Moskau habe, sind sehr gute. Auch alle Sozialdemokraten sind von allen überigen Beschichtigungen befriedigt.

Die Russen sind wirklich zuvorkommende Menschen, die verstehen, Leute von der „Errungenschaft der Jugend" durch die Uebernahme der politischen Macht zu überzeugen. Am meisten freue ich mich über den russischen Komsomol*), wo die Begeisterung und das Interesse für den russischen Jugendverband aus allen Genossen spricht. Anderthalb Millionen Mitglieder des Komsomols, 1½ Millionen Pioniere ist ein Erfolg der jahen Arbeit unserer russischen Genossen.

Als ich am Montag auf der Jugendfunktionärkonferenz Moskaus (zirka 4500 Mann stark) sprechen wollte zur Fahnenübergabe des Bezirks Halle-Merseburg, mußte ich zehn Minuten warten, ehe der Beifall verstummte. Sie haben großes Interesse für ausländische Komsomolzen, das beweisen mir die täglichen Diskussionen.

Heute mittag reisen wir von Moskau ab und fahren die Strecke Moskau—Ukraine—Donetzgebiet — Nord-Kaukasus — Baku — Georgien — Tiflis — Leningrad — Moskau. Die Fahrt wird 4 Wochen dauern.

(Aus einem Brief des Jugendgenossen Kiejerz-Berlin.)

Die Jugend gewinnen

Ernst Thälmann während seiner Rede auf dem 3. Reichsjugendtag des KJVD in Chemnitz am 8. April 1928

Mitglieder des KJVD, der Roten Jungfront und des Jung-Spartakus-Bundes auf dem Weg zur Landagitation, 1928

Linolschnitt zum 2. Reichsjugendtag des KJVD, veröffentlicht in der «Hamburger Volkszeitung» am 12. April 1927

Lagerwache des Pionierlagers «Woroschilow» am Röddelinsee bei Templin, 1928

Mitglieder des Arbeiter-Sport-Vereins «Fichte» in Berlin-Neukölln, 1929. Die Fahne trägt Alfred Neumann

Wir sind die einzige organisierende Massenkraft gegen den Imperialismus

Aus dem Referat auf dem 11. Parteitag der KPD in Essen am 2. März 1927

Die Sowjetunion und das kämpfende China sind die beiden Hauptfaktoren, die die kapitalistische Stabilisierung von außen gefährden. Zu diesen beiden Extremen kommt noch ein dritter Faktor, der die kapitalistische Stabilisierung sozusagen von innen gefährdet: der Klassenkampf des europäischen Proletariats in den kapitalistischen Ländern selbst, auch des deutschen. So entsteht ein Dreibund der revolutionären Kräfte: der erste Staat der proletarischen Diktatur, der Aufstand der Kolonialvölker, der revolutionäre Kampf des europäischen Proletariats.

Die Fundamente der kapitalistischen Stabilisierung sind Amerika, England und in letzter Zeit auch Deutschland. In Amerika sehen wir, daß der Kapitalismus sich dort noch in aufsteigender Linie entwickelt. Man spricht von bestimmten Möglichkeiten einer Krise in den nächsten Jahren, aber vorläufig sehen wir noch einen Aufstieg.

Das englische Weltreich befindet sich zwar im Niedergang, aber gerade deshalb unternimmt die englische Bourgeoisie die verzweifeltsten, brutalsten Versuche zur Stabilisierung. Sechs Monate lang erlebten wir den heftigsten Kampf der englischen Bourgeoisie gegen die Bergarbeiter. In den letzten Wochen sehen wir in England auf Grund der Erfahrungen des deutschen Kapitalismus die gleichen Offensivmaßnahmen auch seitens der englischen Bourgeoisie, einen verschärften wirtschaftlichen und politischen Kampf gegen das englische Proletariat.

Man kann sagen: Selbst in den Ländern, wo die kapitalistische Stabilisierung am ausgeprägtesten in Erscheinung tritt, bedeutet sie keineswegs eine geradlinige Festigung des Kapitalismus. Die inneren Gegensätze des Weltkapitalismus werden nicht gemildert, sondern sie verschärfen sich. Das zeigt sich in den verschiedenen Mächteumgruppierungen, in dem Fieberzustand der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in den verschiedenen Ländern. Der Kampf um die Absatzmärkte nimmt schon die Form ernster imperialistischer Konflikte an.

Die Kriegsgefahr ist seit 1918 noch niemals so groß gewesen wie jetzt. Die Kriegstendenzen zeigen sich in der Schaffung von Kriegsblocks.

Wir können drei große Hauptgruppen feststellen.

Erstens: die Konflikte der imperialistischen Staaten untereinander. Die stärksten Gefahren liegen gegenwärtig am Balkan, im Mittelmeer, im Stillen Ozean.

Zweitens: die kolonialen Kämpfe der imperialistischen Räuber gegen die unterdrückten Völker der ganzen Welt. Sie werden seit dem französischen Marokkofeldzug immer stärker. Seit zwei Jahren tobt dieser Kampf der kolonialen Völker gegen die Imperialisten in Syrien, in Indonesien, in Nikaragua und so weiter. Alle diese Kämpfe kennzeichnen das Aufflammen neuer revolutionärer Bewegungen gegen die verschiedenen imperialistischen Regierungen. Der größte koloniale Kampf, der sich momentan zeigt, ist der Krieg, der sich in China abspielt, wo das englische Imperium in Gemeinschaft mit Amerika, Frankreich, Japan und Italien versucht, mit allen Mitteln die Bewegung niederzuschlagen.

Die dritte Hauptlinie ist gerichtet gegen die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Genossen, wir haben die Frage zu stellen, warum richtet sich die Hauptlinie der imperialistischen Kämpfe gegen die USSR? Weil die proletarische Diktatur sich in den letzten Jahren gefestigt hat, weil ihr Einfluß mit jeder Woche wächst. Der Weltimperialismus fürchtet sich vor der wachsenden Stärke des Proletariats . . .

Da wir den Parteitag in einer so ernsten Situation abhalten, da die Fragen, die in Deutschland auf der Tagesordnung stehen, internationalen Charakter haben, müssen wir erkennen, welche Rolle die deutsche Bourgeoisie in diesem Entscheidungskampfe spielt und welche Bundesgenossen die Bourgeoisie in diesem Entscheidungskampfe hat. Wir sehen, daß durch den Eintritt in den Völkerbund die Position der deutschen Bourgeoisie außenpolitisch gestärkt worden ist und daß sie offener, aggressiver auftritt.

In diesem Zusammenhange müssen wir, abgesehen von allen politischen Fragen, betrachten, welche Rolle allein seiner geographischen Lage wegen Deutschland spielt. Schon seine geographische militärische Lage bringt es mit sich, daß Deutschland in jeden kommenden großen Krieg mit hineingezogen wird. Wenn zum Beispiel Polen in irgendwelche Konflikte mit Rußland kommen würde, so würde die Weltbourgeoisie nicht geschlossen gegen die Sowjetunion marschieren, sie würde vielmehr versuchen, Vorposten auszuschikken, um zu fühlen, wo und wann sie angreifen soll. In diesem Zusammenhang spielt Deutschland eine ernste Rolle. Wir sehen, daß seitens Frankreichs und Englands der deutschen Bourgeoisie große Konzessionen gemacht werden. Augenblicklich sind die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Polen noch nicht abgeschlossen, und hier sehen wir, wie England eingreift und versucht, die Handelsschwierigkeiten zwischen Deutschland und Polen zu beseitigen. Diese Interessen Englands an den Unternehmungen der deutschen Bourgeoisie haben eine sehr ernste Bedeutung . . .

Wir haben auf diesem Parteitag in den Vordergrund zu stellen, daß alle Kettenhunde der Bourgeoisie gegen die proletarische Revolution losgelassen werden. Die Weltbourgeoisie und besonders die deutsche Bourgeoisie stellten sich die Aufgabe, den «inneren Bolschewismus» zu vernichten und unter allen Umständen auch den «äußeren». Der «äußere Bolschewismus» ist die Sowjetunion, weil die Sowjetunion der Staat der proletarischen Diktatur ist. Der «innere Bolschewismus» sind wir, die Kommunistische Partei Deutschlands. In dieser historischen Situation, wo die Kriegsgefahr auf der Tagesordnung steht, hat die Kommunistische Partei gewaltige internationale Aufgaben zu erfüllen. Wir sind die einzige organisierende Massenkraft gegen den Imperialismus und gegen den drohenden Krieg.

Auf diesem Parteitag muß unsere Taktik, müssen unsere internationalen Aufgaben klar bestimmt werden. Diese Hauptaufgaben sind folgende:

Erstens Kampf gegen die Kriegsgefahr. Dabei ist besonders wichtig, daß wir stärkere Positionen durch unsere Kleinarbeit erkämpfen, besonders in den Betrieben und Gewerkschaften und in den wichtigsten Industriezweigen, die für den Kriegsausgang entscheidend sind. Ich begrüße es von diesem Standpunkt aus besonders, daß die Zelle des Leuna-Werks durch ihr Telegramm an den Parteitag die Bedeutung dieses Werkes zum Ausdruck gebracht hat. Ich denke wei-

ter dabei an den Bergbau, an die Metallindustrie, an den Verkehr, die beim Ausbruch eines Krieges die entscheidende politische Bedeutung haben. Wie stark aber sind wir in diesen Industriezweigen? Wenn man die Wahrheit sagt, so muß man sagen, daß unser Einfluß dort sehr gering ist. Wir sind sehr schwach, und wir müssen alles daransetzen, um unsere Position hier zu verstärken.

Was die Verhinderung von Interventionsversuchen gegen die Sowjetunion betrifft, so ist es notwendig, daß wir jeden Waffentransport zu unterbinden vermögen. Darum müssen wir auch die Frage der Stellung der Organisationen beachten, die unter unserem Einfluß stehen, zum Beispiel des RFB.

In dem Augenblick des Ausbruchs eines Krieges müssen wir die einzig richtige, leninistische Linie verfechten: mit allen Mitteln die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg zu betreiben. Das muß die Grundlage unserer Politik sein.

Die zweite internationale Hauptaufgabe besteht in der Verteidigung der Sowjetunion und Chinas gegen die imperialistischen Überfälle. Ich brauche darüber nicht ausführlich zu sprechen, weil diese Aufgabe schon genügend gekennzeichnet ist.

Die dritte Aufgabe ist der Kampf für die internationale Gewerkschaftseinheit. Angesichts der Kraftzentren, die die Bourgeoisie zur Verfügung hat – die Zweite Internationale, Amsterdam –, ist es notwendig, den Kampf für die internationale Gewerkschaftseinheit viel aktiver zu führen. Gerade jetzt steigt die Bedeutung dieser Frage, die auch lange in der eigenen Partei nicht genügend verstanden wurde.

Unsere vierte internationale Hauptaufgabe ist der Kampf gegen den internationalen Faschismus. Dabei müssen wir auf die faschistische Orientierung bestimmter Strömungen und führender Personen der Zweiten Internationale, wie sie zum Beispiel d'Aragona durch seinen offenen Übergang zum Faschismus verkörpert, hinweisen.

Wir können alle diese Aufgaben, die einen internationalen Charakter tragen, nur erfüllen unter der festen Führung der Kommunistischen Internationale, der bolschewistischen Weltpartei. Deswegen hat der Parteitag insofern eine große Bedeutung – ich glaube, ich kann das im Sinne aller Delegierten erklären –, weil dieser 11. Parteitag der Kommunistischen Partei, im Gegensatz zu den Irrtümern des letzten, Berliner Parteitags, im Zeichen der unverbrüchlichen Treue, der festeren inneren Kampfgemeinschaft mit der Kommunistischen Internationale tagt. Die Bedeutung der Komintern ist welthistorisch so groß, daß sie jeder Kommunist verstehen muß. Sie ist das Fundament, sie ist die einzige Führerin der proletarischen Weltrevolution.

Genossen! Ich gehe jetzt über zu den Fragen des deutschen Imperialismus. Bereits die Erweiterte Exekutive [der KI] hat die Lage des kapitalistischen Deutschlands von 1923 und von heute behandelt. In jenem Moment, wo das Proletariat in einer akut revolutionären Situation niedergeschlagen wurde, beginnt der Wendepunkt der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der deutschen Bourgeoisie . . .

Worin besteht der große Unterschied in der deutschen Entwicklung? Der Umschwung nach dem Oktober 1923 wird gekennzeichnet durch drei besondere Ereignisse:

1. durch die Oktoberniederlage des deutschen Proletariats,
2. durch die Stabilisierung der Mark,
3. durch die Räumung des Ruhrgebiets.

Seit diesen Ereignissen zeigte die wirtschaftliche Entwicklung eine neue Tendenz. An Stelle der Inflationskonzerne trat die kapitalistische Konzentration. Es ist erstaunlich, mit welcher Energie es die deutsche Bourgeoisie fertigbringt, die Monopolisierung durchzuführen. Das Bestehen des Farbenkonzerns, des Ruhr-Montantrusts, des Kalisyndikats, des Elektrotrusts und auch einer Reihe kleinerer Monopolverbände hat eine große Bedeutung. In letzter Zeit wurden Produktionszweige erfaßt, die vorher niemals vertrustet waren, zum Beispiel die Werften. Wir sehen in der Werftindustrie, in der Schiffahrt eine neue Entwicklung, eine rasche Vertrustung. In der kürzlich erschienenen Denkschrift über die Konzernbildung wird festgestellt, daß 65 Prozent aller deutschen Unternehmungen sich in Händen von Konzernen befinden. Parallel damit verstärkt sich auch die Rolle der Banken. Vier bis fünf Banken kontrollieren die gesamte Industrie. Wir sehen, daß die Konzentrierung zu einer außerordentlichen Steigerung der Leistungsfähigkeit, besonders der Schwerindustrie, geführt hat. Gerade die Methoden, die gegen die Arbeiterschaft angewandt werden, die riesenhafte Produktionserhöhung mit weniger Arbeitskräften, sind symptomatisch dafür.

Ich will ein Beispiel anführen: 1926 produzierten 104 Hochöfen 10 Prozent mehr als 204 Hochöfen im Jahre 1923.

Gleichzeitig wächst die Kapitalneubildung. Im Jahre 1913 betrug die Kapitalbildung 11,9 Milliarden, heute hat sie bereits wieder 6,3 Milliarden erreicht. Das deutsche Finanzkapital spielt eine führende Rolle in der internationalen Monopolbildung, nicht nur in Deutschland, sondern international. Das internationale Kalisyndikat, das vor dem Kriege bestand und während des Krieges aufgelöst wurde, ist jetzt wiederhergestellt. Die Beteiligung der deutschen Banken an dem internationalen Finanzkonzern ist im Wachsen. Ein Teil der deutschen Unternehmungen löst sich bereits wieder von der früheren Überfremdung durch das Auslandskapital los.

Bezeichnend ist ferner die beginnende Wiederaufnahme des Kapitalexports. Zwar beruhen diese statistischen Zahlen, die wir dafür zur Verfügung haben, nur auf Schätzungen, aber man schätzte für das Jahr 1926 bereits 1,8 Goldmilliarden Kapitalexport. In letzter Zeit mehren sich die Nachrichten von Überfremdungsabsichten des deutschen Finanzkapitals in Frankreich und Belgien und des Kapitalexports nach Schweden, Ungarn, Rumänien und der Türkei. Das deutsche Kapital versucht wieder, überall Bankniederlassungen zu gründen: In Südamerika bestehen heute bereits mehr deutsche Auslandsbanken als vor dem Kriege, in Ostasien sind deutsche Auslandsbanken wieder stark vertreten.

Interessant ist dabei die zunehmende Beteiligung des Staates an der kapitalistischen Wirtschaft. Diese zeigt sich in der Gewährung staatlicher Garantien für Exportkredite, in der Beteiligung des Reiches an Kreditbanken, zum Beispiel der Reichsbankkredite. Wir sehen hier die enge Verflechtung der kapitalistischen Wirtschaft mit dem kapitalistischen Staat.

Dabei treten die Widersprüche und Schwierigkeiten der imperialistischen Entwicklung immer schärfer zutage. Die stärkste Ursache für den Konjunkturaufschwung im Jahre 1926 war der englische Bergarbeiterstreik. Nicht nur stieg die Produktion von Stahl und Eisen und von Kohle außerordentlich, sondern infolge des englischen Streiks gewann zum Beispiel die Dawes-Eisenbahn /9/ 100 Millionen Goldmark, der Ruhrbergbau 300 Millionen, die Reedereien und

9 Anspielung auf die Einbeziehung der Deutschen Reichsbahn in das im Dawes-Plan festgelegte System der Reparationszahlungen.

die Rheinschiffahrt über 100 Millionen. Es erfolgt ein mächtiges Ansteigen der Profite.

Natürlich gilt dies nur für eine kurze Zeit und für gewisse Produktionszweige. Jetzt beginnt bereits die Wiederaufnahme des verschärften Konkurrenzkampfs zwischen Deutschland und England in der Frage des Kohlenabsatzes.

Wir müssen hierbei die Schwächen unserer eigenen Arbeit betonen, besonders daß wir den Solidaritätsgedanken im englischen Bergarbeiterstreik nicht genügend zum Durchbruch führten, ja nicht einmal in den Reihen der Mitglieder der Partei. Es war die Aufgabe des einzelnen Kommunisten, auch bei den großen Schwierigkeiten, die im Betriebe bestanden, wo die Unternehmer jeden rücksichtslos aufs Pflaster warfen, den englischen Streik wirklich ernsthaft zu unterstützen und den Gedanken der Solidarität rücksichtslos durchzusetzen. Das ist das Mindestmaß dessen, was wir tun mußten. Hier hat sich aufs eindringlichste unsere Schwäche innerhalb der Gewerkschaften gezeigt. Sonst wären solche Tatsachen, wie wir sie im Ruhrgebiet, in Oberschlesien, in Hamburg gesehen haben /10/, nicht möglich gewesen.

Die gesteigerte Leistungsfähigkeit des deutschen Produktionsapparats stößt auf die Schranken des verengerten Weltmarkts. Die kapitalistischen Mächte wehren sich gegen die wachsende deutsche Ausfuhr. Das zeigen zum Beispiel die schroffe Ablehnung der Kohlenverständigung zwischen Deutschland und England, die Tatsache, daß Amerika mit hohen Zollschutzmauern sich gegen die Roheiseneinfuhr Deutschlands wehrt und anderes.

Diese Schwierigkeiten auf den ausländischen Märkten haben ihr Gegenstück in den Schwierigkeiten auf dem inneren Markt. Dazu kommen die Reparationslasten. Im laufenden Jahre sind von Deutschland 1,5 Milliarden aufzubringen, in den folgenden Jahren bis zu 2,5 Milliarden.

Bedeutet das alles, daß wir eine neue Aufstiegsperiode des deutschen Kapitalismus erleben werden, ähnlich wie in Amerika? Keinesfalls. Die riesenhafte Erwerbslosigkeit ist das lebendige Zeichen für die chronische Krise des deutschen Kapitalismus. Trotz der Herabsetzung der Produktionskosten durch die kapitalistische Konzentration werden die Preise der Waren nicht herabgesetzt, sondern sie steigen. Gerade in den Industrien, in denen die Monopolisierung am stärksten ist, sehen wir eine Steigerung der Preise durch die Trustpolitik. Die Kapitalisten gehen dazu über, die Ausfuhr auf Kosten des inneren Marktes zu steigern. Zwischen den Auslands- und den Inlandspreisen für manche Produkte besteht eine Differenz von 25 Prozent. Das alles treibt den deutschen Kapitalismus zur rücksichtslosen Ausbeutung der Arbeiterklasse mit den Methoden der kapitalistischen Rationalisierung.

Der Kampf gegen die Folgen der kapitalistischen Rationalisierung ist neben dem Kampfe gegen die drohende Kriegsgefahr die wichtigste Aufgabe, weil er den Ausgangspunkt für größere Massenbewegungen bildet.

Der ganze Rationalisierungsprozeß, den die Bourgeoisie durchführt, bewirkt eine maßlose Steigerung der Ausbeutung. Die Arbeitsintensität ist um 30, 50, ja sogar um 100 Prozent erhöht. Im Bergbau vollzog sich im Verhältnis zur Vorkriegszeit eine 31prozentige, in der Stahlindustrie eine 29,5prozentige Steigerung der Produktivität pro Kopf.

Durch ein unerhörtes Antreibersystem, durch die Aufhebung der Pausen, die Herabsetzung der Akkordpreise, durch eine Reihe schikanöser Maßnahmen hat die Bourgeoisie die Steigerung der Ausbeutung erzwungen. Parallel damit erfolgt die Senkung des Reallohns, denn mit der Preissteigerung ist keine Lohnerhöhung verbunden.

Genossen, auf dem Gebiete des Kampfes um Lohnerhöhungen hat die Partei große Aufgaben zu erfüllen. Damit im Zusammenhang steht die Arbeitszeitfrage. Wenn die Sozialdemokratie heute in den Gewerkschaftsversammlungen und so weiter das Arbeitszeitnotgesetz propagiert, das in Wirklichkeit gar nicht die Forderung des Achtstundentags enthält, sondern den Zehn- und Zwölfstundentag zuläßt, so tut sie es, weil sie weiß, daß im Proletariat eine Stimmung für den Achtstundentag vorhanden ist, und weil Bewegungen einsetzen, wie zum Beispiel in Sachsen der Kampf der Leipziger Metallarbeiter. Ich glaube, es ist gut, an einem Beispiel aufzuzeigen, was für Überstunden im Jahre 1926 geleistet worden sind, welcher Frevel begangen worden ist an der $2^1/_2$-Millionen-Erwerbslosen-Armee, die auf der Straße lag. Die Statistik des Reichsarbeitsamts genügt, um die tatsächliche Lage zu zeigen. So haben beispielsweise 335 000 Arbeiter insgesamt im Oktober 1926 10 Millionen Überstunden geleistet. In der Metallindustrie sind durchschnittlich pro Woche $54^1/_2$ Arbeitsstunden geleistet worden, im Bergbau 63 Stunden, in der chemischen Industrie $57^1/_2$, in der Textilindustrie 55 Stunden, in der Papierindustrie 62 Stunden, in der Holzindustrie $52^1/_2$ Stunden, in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie 53 Stunden, Steine und Erden /11/ $56^1/_2$ Stunden, Glas und Keramik 54, allgemeine Industrie 54 Stunden, also eine durchschnittliche Arbeitsleistung von 56 Stunden pro Woche und Arbeiter. Die 48-Stunden-Woche ist also im Durchschnitt um 8 Stunden überschritten worden. Allein im Bergbau sind wöchentlich bis zu 32 Überstunden geleistet worden. Das zeigt die große Bedeutung des Kampfes um den Achtstundentag, der in Verbindung steht mit der Taktik, mit der Arbeit, die wir unter der Erwerbslosenarmee zu leisten haben . . .

Die politische Konzentration der deutschen Bourgeoisie macht große Fortschritte. Zugleich mit der allgemeinen Umwandlung des wirtschaftlichen Lebens schafft sich die Bourgeoisie den politischen Überbau, um ihre Pläne ernsthaft durchzuführen.

Genossen, das Resultat dieser Entwicklung ist der Bürgerblock. Rufen wir uns einige Tatsachen in Erinnerung. Hatten wir in Deutschland schon jemals seit 1918 eine reaktionäre Bürgerblockregierung? Ich glaube, wir können sagen, daß das die konterrevolutionärste Regierung seit der Novemberrevolution ist. Die Gegensätze in den kapitalistischen Parteien, die sich noch vor einem Jahr bei dem Dawes-Gutachten, in den Fragen der Schutzzölle, in der Frage der Republik oder Monarchie und in anderen Punkten zeigten, sind gar nicht mehr oder nur noch in schwachem Maße vorhanden. Die Deutschnationalen, die Wehrverbände und die Reichswehr sind zur sowjetfeindlichen Politik auf seiten Englands übergegangen. Der Bürgerblock ist die Regierung der starken Faust, die versuchen wird, die beginnenden Arbeitskämpfe in den nächsten Monaten rücksichtslos niederzuschlagen und die Arbeiterschaft zu knebeln. Der Bürgerblock ist eine Koalition der drei stärksten bürgerlichen Parteien, der Deutschnatio-

10 Ernst Thälmann bezieht sich an dieser Stelle darauf, daß es in den Bergbaugebieten wie auch im Hamburger Hafen nicht gelungen war, Solidaritätsstreiks mit den englischen Bergarbeitern auszulösen.

11 In der Quelle: Erze.

nalen, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei. Aber diese Stärke beruht nicht nur auf diesen drei aktiven Parteien, sondern auch auf dem Fehlen jeder ernsthaften Opposition mit Ausnahme der Kommunistischen Partei.

Selbst Wirth, der manchmal radikaler spricht als die Sozialdemokratie, lud die Monarchisten ein, einzutreten in das politische Haus der Republik. Der Bürgerblock stützt sich jedoch nicht nur auf die gesamte Bourgeoisie, sondern auch auf die passive Haltung und Duldung der Sozialdemokratie. Vor einigen Tagen hat Severing, der immerhin eine Bedeutung in der Sozialdemokratie hat, auf einer Reichsbannertagung in Hannover folgendes geäußert: «Wir erleben mit der neuen Regierung, mit dem Eid der deutschnationalen Minister auf die Reichsverfassung, auf die Fahne Schwarzrotgold eine der stolzesten Genugtuungen. Auf Schwarzrotgold schwört heute sogar ein Hergt, und am Auto des Reichsministers von Keudell weht der schwarzrotgoldene Wimpel.»

Was Severing erklärt, heißt Duldung des Bürgerblocks, heißt Billigung der Politik, die der Bürgerblock durchführt. Wir erklären dagegen, daß der Bürgerblock eine Welle stärkster Reaktion bedeutet. Wir müssen in diesem Zusammenhang an den Ausspruch von Lenin denken: «Politische Reaktion auf der *ganzen* Linie ist eine Eigenschaft des Imperialismus.» /12/

Diese politische Reaktion, die sich heute in Deutschland zeigt, macht sich bereits in Vorstößen auf den verschiedensten Gebieten bemerkbar: im Abbau der gesamten Sozialpolitik, in der Liquidierung der letzten Überbleibsel der Novemberrevolution, in der kulturellen Reaktion, in den schändlichen Urteilen des Reichsgerichts, das unsere kommunistische Literatur schon außerhalb des Gesetzes stellt.

Das sind Anfänge eines bestimmten politischen Systems, eines überlegten Ansturms gegen die gesamte Arbeiterklasse, die gegen diese politische Linie ihre eigene revolutionäre Front aufrichten muß. Wir sehen, daß die Hindenburg-Regierung darauf lossteuert – ich sage ausdrücklich darauf lossteuert –, unsere Kommunistische Partei zu verbieten. Wir müssen alles versuchen, um das zu verhindern. Nicht deshalb, weil wir vielleicht aus irgendwelchen Gründen glauben, daß wir nicht in der Lage wären, illegal unsere revolutionären Grundsätze in das Proletariat zu tragen, sondern wir müssen erkennen, daß es sich um eine Kraftprobe mit der Bourgeoisie handelt, daß die Reaktion versucht abzutasten, wieviel sie sich erlauben darf. Wir müssen gleichzeitig auf diesem 11. Parteitag sagen, daß die Legalität unserer Partei von keinerlei Demokratie oder Verfassung garantiert ist, sondern daß sie davon abhängt, wie stark wir in der Arbeiterschaft verwurzelt sind, wie weit wir in der Lage sind, die proletarischen Massen zur Verteidigung ihrer Interessen zu mobilisieren. Die Partei muß heute schon auf alle Möglichkeiten vorbereitet sein. Wir erklären, daß kein Verbot und keine Gewaltmaßnahme der Bourgeoisie uns hindern werden, unsere bolschewistische Arbeit für die Vorbereitung der zweiten deutschen Revolution durchzuführen. Wir müssen verstehen, daß, selbst wenn die Bourgeoisie vorläufig nur versucht, durch Repressalien und «gesetzliche» Mittel gegen die revolutionäre Front vorzustoßen, es notwendig ist, unseren Widerstand zu verstärken und von der Defensive in die Offensive überzugehen . . .

Genossen, ich komme jetzt zum Schluß des Referats, zur Generallinie unserer Politik. Wenn man die Vielseitigkeit und die Kompliziertheit unserer Aufgaben betrachtet, von denen ich hier nur die wichtigsten in der Lage war, aufzeigen zu können, so glaube ich, wird jeder Delegierte die Größe unserer Arbeit, die wir in der kommenden Periode zu leisten haben, erkennen. Im Mittelpunkt unserer ganzen Tätigkeit stehen in Zukunft die Tageskämpfe der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Generallinie der Partei ist uns durch den Offenen Brief gegeben, und die letzten Kominternbeschlüsse haben gezeigt, in welcher Weise diese Linie durchzuführen ist. Sie besteht vor allem in der richtigen Anwendung der Einheitsfronttaktik zur Gewinnung der Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse, zur Organisierung des Abwehrkampfes, zur Organisierung der proletarischen Revolution. Auch in Deutschland stehen uns wirklich große proletarische Massenkämpfe bevor. Die Arbeiterklasse radikalisiert sich. Der Einfluß der sozialdemokratischen Führerschaft wird schrittweise zurückgedrängt. Der Übergang breiter Arbeiterschichten zum Kommunismus vollzieht sich in verschiedenen Formen.

Es gilt, die Erfüllung unserer Aufgaben durch entschlossene Durchführung der Einheitsfronttaktik zu beschleunigen und die Herausbildung des linken Flügels mit allen Mitteln zu fördern. Wir können das natürlich nur tun, wenn wir unsere politische Linie von allen opportunistischen Abweichungen frei halten. Darum führen wir jenen großen und schweren Kampf gegen alle unbolschewistischen Tendenzen und Gruppierungen in unserer Partei. Der Sieg der Ultralinken wäre geschichtlich von großer Tragweite gewesen. Hätten die Ultralinken in diesem Kampfe gesiegt, wäre die größte kommunistische Partei Westeuropas heute ein Instrument der Feinde Sowjetrußlands.

Es ist notwendig, dabei zu erklären, daß wir keineswegs vergessen sollen, daß opportunistische Gefahren und rechte Abweichungen sich aus der ganzen Lage objektiv für die Kommunistische Partei ergeben werden. Wir werden niemals, nachdem wir den Kampf gegen die ultralinken Abweichungen beendet haben, irgendwelche Konzessionen nach der rechten Seite oder den rechten Tendenzen gegenüber machen. In dem geraden Kurs der bolschewistischen Entwicklung liegen die Erfahrungen, die die deutsche Partei hinter sich hat.

Aus dem Schlußwort auf der Tagung des Zentralkomitees der KPD am 1. April 1927

Zum 1. Mai: Die ersten Ergebnisse der Anwendung der Einheitsfronttaktik sind in Thüringen zu verzeichnen. Dort sind wir an den ADGB und an die SPD wegen einem gemeinsamen Maiaufmarsch herangetreten. SPD und ADGB haben abgelehnt mit der Erklärung, daß die klassenbewußte Arbeiterschaft hinter ihnen stehe. Zwei Tage darauf hat das Ortskartell Erfurt – Sitz der Bezirksleitung der Sozialdemokratie – beschlossen, daß eine gemeinsame Demonstration am 1. Mai gemacht werden soll, auf der kommunistische und sozialdemokratische Redner sprechen sollen und zu der nur rote Fahnen mitzunehmen sind. Das bedeutet, daß das größte Kartell in Thüringen, dort, wo die sozialdemokratische Bezirksleitung ihren Sitz hat, deren Beschluß durchkreuzt und dazu übergeht, zu gleicher Zeit Maßnahmen gegen die reformistische Gewerkschaftsbürokratie und Sozialdemokratie einzuleiten. Das ist ein sehr guter Fortschritt. Wenn wir in anderen Bezirken, wo die Schwierigkeiten ebenso groß sind wie in

12 W. I. Lenin: Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus. In: Werke, Bd. 23, S. 103.

Thüringen, dazu kommen, dann ist der Fortschritt zweifelsohne zu begrüßen.

Aus dem Artikel vom 6. November 1927:
Tausende führen Millionen zur Revolution

Auf dem europäischen Kontinent ist die Kommunistische Partei Deutschlands die größte und stärkste Sektion der KI. Kampf und Einflußgrad der KPD in der Arbeiterklasse des Landes ist für alle offenkundig. Die Geschichte der KPD ist reich nicht nur an politischen Kämpfen, sondern auch an Barrikadenkämpfen. Die KPD ist zu einem soliden politischen Faktor im politischen Leben des Landes geworden. In zahlenmäßiger Hinsicht hat die KPD beträchtliche Schwankungen hinter sich. Die KPD besitzt tiefgehende Verbindungen in allen Arbeitermassenorganisationen und vor allem in den Gewerkschaften; deshalb macht sie die innerparteilichen Auseinandersetzungen sehr schmerzhaft durch. Opportunistische Fehler und Fehler des linken Radikalismus wirken sich unverzüglich und sehr deutlich auf den Mitgliederbestand der Partei und auf ihren Einfluß in den Gewerkschaften aus. Die KPD hat es bereits gelernt, Millionen zu führen, wenngleich sie in organisatorischer Hinsicht hinter ihrem politischen Einfluß zurückbleibt. Sie kann und wird mehr erreichen. Dies wird der Fall sein, wenn die von der Partei durchgeführten großen politischen Kampagnen durch tägliche und beharrliche Arbeit gesichert werden . . .

Keine einzige Partei in Europa hat die kapitalistische Rationalisierung der Produktion so zu spüren bekommen wie unsere deutsche Partei. Die Kommunisten wurden zuallererst aus den Großbetrieben «hinausrationalisiert». Die kommunistischen Arbeiter sind von einer Bespitzelung neuen Typs, einer besonderen Betriebsspionage, umgeben. In den Betrieben entstehen weiße, faschistische Organisationsgruppen und erscheinen Betriebszeitungen der Unternehmer. Das neue Regime der rationalisierten Betriebe ist bestrebt, jegliches gesellschaftliches Leben im Betrieb und im Schacht lahmzulegen. Die Kapitalisten versuchen, amerikanische Methoden der Zersetzung der Arbeiterklasse einzuführen, indem sie auf eigene Kosten verschiedene Sporteinrichtungen und Geselligkeitsvereine gründen. Die KPD mußte sich diesen neuen und überaus komplizierten Kampfbedingungen rasch anpassen, sie mußte es rasch lernen, neue Hindernisse auf ihrem Weg zu überwinden. Und wenngleich die Partei alle diese Hindernisse noch nicht voll überwunden hat, so hat sie doch schon viel gelernt, und man kann bereits feststellen, daß es den Kapitalisten nicht gelungen ist und auch nicht gelingen wird, die Kommunistische Partei aus den Betrieben und Fabriken «hinauszurationalisieren». Die Partei hat ihre Positionen nicht nur behauptet, sie steht an der Spitze der Bewegung breiter Arbeitermassen gegen die Folgen und Bedingungen der kapitalistischen Rationalisierung . . .

Die KPD hat eine Schule der Illegalität und Halbillegalität hinter sich. Tausende ihrer Mitglieder gingen und gehen durch kapitalistische Gefängnisse, Tausende nahmen an den Barrikadenkämpfen an der Ruhr, in Mitteldeutschland, Hamburg und anderswo teil. Die KPD ist eine der besten Sektionen der KI, und deshalb werden an sie besonders hohe Anforderungen gestellt. Wir sind sicher, daß die KPD im entscheidenden Moment voll und ganz die Erwartungen der Internationale erfüllen wird.

Aus dem Referat auf der Tagung
des Zentralkomitees der KPD am 8. Dezember 1927

Zu den Maßnahmen der Gewinnung von Mitgliedern für die Partei: Wir müssen hierfür ein neues System finden, ein System, nach dem man sich auf die wichtigsten Knotenpunkte konzentriert. Heute konzentriert sich die Partei auf alle, auf Müller, auf Schulze, auf den Schustergesellen. Und die Großbetriebe, die Quellen allen Ursprungs, die Quellen der Aktivität der Arbeiterklasse am Orte, werden genauso behandelt wie ein Schuhmachermeister, bei dem drei Gesellen arbeiten. Kein Unterschied zwischen der AEG und einer kleinen Quetsche mit 30 Arbeitern! Dieses System muß sich ändern. Man muß verschiedene Methoden anwenden, um die Arbeiter in die Gewerkschaften hineinzubringen, um sie politisch zu organisieren, um einen Stamm von Arbeitern zu schaffen in den Betrieben, der gewerkschaftliche und politische Bedeutung im Betrieb in allen Fragen hat. Wir haben genug Beispiele in Deutschland für eine gute Arbeit in den Betrieben. Zum Beispiel in Düsseldorf ist es im Betrieb Schöndorf, der eine Belegschaft von 1200 Mann hat, in der Zeit vom Juli bis Oktober gelungen, die Zahl der Parteimitglieder von 30 auf 120 zu erhöhen. Die Tätigkeit des Genossen Saefkow im Betrieb Gebauer ist zum Beispiel so, daß man von ihr sagen kann, sie ist eine Heldenleistung. Der Genosse Saefkow war in vier Wochen in der Lage, den gesamten Betrieb hinter sich zu bringen, viele Arbeiter für die Partei zu gewinnen und jetzt vier Wochen den Betrieb ohne Unterstützung der Gewerkschaften gegen den Unternehmer im Streik zu halten. Das ist eine Arbeit, die anerkennenswert ist und an der sich alle Genossen ein Beispiel nehmen sollten.

Teilnehmer des ersten Lehrganges der Internationalen Leninschule bei einem Arbeitseinsatz in der Lokomotivfabrik in Kolomna bei Moskau, 1926

Lehrgang einer Bezirksparteischule der KPD

11. Parteitag der KPD

Umschlagseite der Broschüre mit dem Referat Ernst Thälmanns auf dem 11. Parteitag der KPD

Ernst Thälmann und Wilhelm Pieck auf dem 11. Parteitag der KPD in Essen, März 1927

NUR IM GEISTE LENINS
SEI EUER WIRKEN!

KJI
ROTER FRAUEN- UND MÄDCHEN BUND
AGO
INTERNATIONALE ARBEITER-HILFE
IAH
ifa
ANTIFASCHISTISCHE
10 JAHRE KPD
INTERNATIONALER FRAUENTAG MÄRZ 1929
14. KREISFEST BERLIN 1929
ERFURT 1930
ROTE HILFE
LEIPZIG OSTERN 1930
Hamburg Ostern 1927
KJVD REICHSJUGENDTAG
Ostern 1929

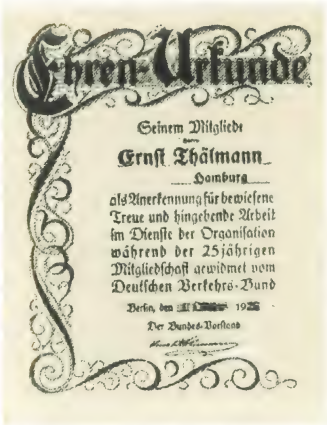
Abzeichen der revolutionären Arbeiterbewegung

Betriebszellenarbeit

Streikposten vor dem Gebäude der Firma Gebauer in Berlin, Dezember 1927

Betriebs- und Ortszeitungen der KPD

Wahlplakat der Organisation Hamburg-Wandsbek der KPD



Ernst Thälmann und Wilhelm Florin (1. Reihe, 2. von rechts) an der Spitze einer Demonstration in Essen

Schützt das Arbeiter-und-Bauern-Rußland und die chinesische Revolution

Aus dem Artikel vom 13. April 1927:
Die chinesische Revolution
und die Aufgaben der Arbeiterschaft

Kaum zehn Jahre nach der russischen Revolution ist das Weltproletariat wiederum Zeuge einer Umwälzung von weltgeschichtlicher Bedeutung. Die Augen der ganzen Menschheit sind auf China gerichtet, wo das älteste und größte Kulturvolk der Erde die imperialistischen Fesseln sprengt, in die es ein Jahrhundert lang geschlagen war. Das Beispiel der russischen Revolution löste in China die Kräfte aus, die jetzt im stürmischen Siegeslauf vom Süden her unter Führung der revolutionären Volkspartei, der Guomindang, die Befreiung Chinas vom Imperialismus vollenden werden. Die chinesische Revolution, von Kanton [Guangshou] ausgehend, hat der Reihe nach die imperialistischen Lakaien geschlagen, ganz Süd- und Mittelchina mit dem Jangtsetal [Changjiangtal] erobert, hat in Shanghai, dem chinesischen Petrograd, ihre Fahne aufgepflanzt, nachdem die Shanghaier Arbeiter in einem heldenhaften Aufstand unter ständiger Bedrohung durch die imperialistische Besatzung des Ausländerviertels und die imperialistischen Kriegsschiffe die chinesische Stadt erobert und die Besatzungsarmee der gegenrevolutionären Mordgenerale vertrieben hatten. Zwei Drittel des Landes, über 250 Millionen der Einwohner Chinas, sind heute im Lager der nationalen Revolution. Es ist nur eine Frage der Zeit, und auch der Norden Chinas, der heute noch unter der Diktatur des berüchtigten Blutgenerals Dshang Dso-lin steht, wird von der Revolution erobert sein. Die Einigung Chinas unter der nationalrevolutionären Flagge marschiert . . .

Das haben die Imperialisten, allen voran die englischen Imperialisten, schneller begriffen als ihre Sklaven, die Proletarier in den imperialistischen Ländern. Nur das Proletariat der Sowjetunion und die kommunistische Vorhut der Arbeiterklasse in der Welt erkennen richtig und rechtzeitig die Bedeutung der Ereignisse in China. Deshalb holt der Imperialismus unter englischer Führung zu einem entscheidenden Stoß aus, der die chinesische und die russische Revolution vereinzelt schlagen soll noch ehe die Arbeiter der Welt erwachen . . . Und die Sowjetunion zeigt, daß sie nicht nur der Hort des Befreiungskampfes aller Unterdrückten der Welt ist, sie beweist aufs neue, daß sie die einzige Friedensmacht unter den Mächten von heute ist. In einer von beispiellosem Verantwortungsgefühl zeugenden Note erhebt sie Anklage gegen das beabsichtigte imperialistische Verbrechen, aber sie begnügt sich damit, ihre Pekinger Gesandtschaft zum Protest abzuberufen, ohne Erniedrigung für das chinesische Volk, das im Norden unter der Diktatur des Banditen Dshang Dso-lin seufzt, sich auf die unbedingt nötigen Wiedergutmachungsforderungen zu beschränken und die Arbeiter der Welt zur Hilfeleistung für die chinesische Freiheitsbewegung und gegen das imperialistische Verbrechen aufzurufen.

Jetzt hat das Weltproletariat das Wort.

Die Imperialisten werden ihre Provokationen fortsetzen. Englische Kriegsschiffe greifen am Jangtse schon offen in die Kämpfe ein. Englische und andere imperialistische Truppensendungen verstärken dauernd die imperialistischen Besatzungsgruppen in den Hauptstädten Chinas. Eine schamlose Lügenpropaganda versucht, die öffentliche Meinung der Welt zu vergiften. In diesen kritischen Tagen können nur die Proletarier in allen Ländern eine neue ungeheuerliche Kriegsaktion, die nicht auf China beschränkt werden kann, verhindern, können nur sie die chinesische Revolution und die Sowjetunion schützen.

Die deutschen Imperialisten sind mit in der Kriegsfront der Imperialisten. Zwar mußten sie nach ihrer Weltkriegsniederlage den größten Teil ihres chinesischen Raubes aufgeben, aber nicht freiwillig räumte der deutsche Imperialismus seine Positionen. Und der wiedererwachende neue deutsche Imperialismus wartet gierig auf den Tag, wo er sie wieder besetzen kann. Schon mischen sich in die heuchlerischen Redensarten des deutschen Bourgeois, der sich eine Zeitlang nicht ohne Schadenfreude für die Schlappe seiner englischen Rivalen als «Freund» der chinesischen Freiheit aufspielte, nach den letzten Ereignissen die Hetztöne, die seiner großen Sorge der «Gefahr des Bolschewismus» in China gelten. Spaltenlange Schwindelnachrichten übernimmt die deutsche Presse kommentarlos aus der Lügenzentrale Reuters, der das Kabel von China [aus] in die Welt monopolisiert. Und die deutsche Bourgeoisie, die seit Locarno immer mehr ins Fahrwasser des englischen Interventionsblocks gerät, sie hat besonders seit den letzten Intrigen in Genf bewiesen, daß sie den Augenblick nahen sieht, wo der entscheidende Schlag gegen die russische Revolution mit ihrer Unterstützung und zu ihrem Nutzen erfolgen soll . . .

In dieser weltgeschichtlichen Stunde heißt es für uns, heißt es für die Arbeiter aller Länder, mit verzehnfachter Energie den Imperialisten und ihren Zutreibern das Handwerk legen. Es darf keinen Betrieb, keine Werkstatt geben, in der nicht die Arbeiter ihre Solidarität mit der chinesischen Revolution zum Ausdruck bringen. Keine Arbeitsstelle, an der nicht den offenen und verkappten Imperialisten die Maske vom Gesicht gerissen wird. Keine große Stadt, kein Arbeiterzentrum Deutschlands, in der die Einheitsfront der Werktätigen nicht in einer gewaltigen Demonstration ihren Willen zum Ausdruck bringt, die chinesische Freiheitsbewegung, die Sowjetunion zu unterstützen und ein neues imperialistisches Weltgemetzel zu verhindern. Keine Waffe, kein Stück Material für die chinesischen Weißgardisten und für die Imperialisten darf die deutschen Häfen verlassen. Und wenn es die englischen Imperialisten gelüsten sollte, zur Entlastungsoffensive für ihre imperialistischen Raubpläne in China, gestützt auf den Paragraphen 16 des Völkerbundstatuts, durch Deutschland an die Ostfront Truppen zu werfen, wenn es die deutsche Bourgeoisie gelüsten sollte, aktiv an der bewaffneten Intervention gegen Sowjetrußland und China teilzunehmen, dann wird sich die deutsche Arbeiterklasse wie ein Mann erheben zum Kampfe für die Niederwerfung der imperialistischen Kriegsverbrecher!

Vincent de Moro-Giafferi

Thälmann war von seiner frühesten Jugend an in seiner gesamten politischen Tätigkeit nicht nur der Verteidiger der Arbeiterklasse auf dem Gebiet ihrer sozialen Forderungen, er war auch der Feind des Militarismus und ein Apostel des Friedens. Ich bin sicher, daß es gerade das ist, was ihm den dummen, gerade darum gefährlichen und mörderischen Haß der verdächtigen Bankiers, der zweideutigen Po-

litiker, der Heereslieferanten, kurz aller derjenigen eingetragen hat, die schon Aristophanes die «Helmverkäufer» genannt hat. Für ihre Interessen bedeutet er eine Bedrohung, denn er ist eine Waffe für den Frieden. Seine Gedanken gehören zu dem moralischen Kitt, der die Völker gegen das allgemeine Verbrechen zusammenschweißt.

Aus der Rede auf dem 3. Reichstreffen des RFB in Berlin am 5. Juni 1927

Im Namen der Bundesführung überbringe ich allen Roten Frontkämpfern, den Arbeiterdelegationen, den Sportorganisationen, der Reichsbanneropposition und der Berliner Arbeiterschaft die revolutionärsten Grüße. Nicht nur aus allen Gauen Deutschlands, aus der ganzen Welt sind Begrüßungstelegramme bei uns eingelaufen. Der internationale Charakter unserer Reichskundgebung kommt mehr denn je zum Ausdruck durch die Anwesenheit von Delegationen aus Rußland, Frankreich, [der] Tschechoslowakei, Österreich, [der] Schweiz, Dänemark und Holland. Auch ihnen gelten unsere revolutionären Grüße . . .

Während am 7. und 8. Mai die Stahlhelmformationen die Verachtung der werktätigen Bevölkerung zu spüren bekamen, durch die Straßen Spießruten laufen mußten, als Gefangene unter dem Schutz der vom Sozialdemokraten Zörgiebel geleiteten polizeilichen bewaffneten Macht aufmarschierten, zeigte die Anteilnahme der werktätigen Massen, die große Begeisterung, mit der unsere Frontkämpfer empfangen und begrüßt wurden, das Gegenteil. Der gewaltige Aufmarsch selbst beweist den Wert und die politische Bedeutung unserer Organisation, die uns allen erneut die Bestätigung gibt, daß der RFB als einzige Schutz- und Wehrorganisation des Proletariats im Kampfe gegen den imperialistischen Krieg und Faschismus neben der KPD große und ungeheure Aufgaben zu erfüllen hat.

Niemals war in den letzten Jahren die Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges größer als in der gegenwärtigen Situation. Der Kampf der imperialistischen Mächte um die Neuaufteilung der Welt ist in das entscheidende Stadium getreten und treibt unabwendbar zu neuen Kriegen, wenn nicht der Sieg der proletarischen Revolution die Herrschaft der Bourgeoisie bricht. Gegenwärtig stellen die imperialistischen Mächte ihre Gegensätze untereinander zurück und versuchen, mit vereinten Kräften Sowjetrußland, den Todfeind der imperialistischen Weltherrschaft, und die chinesische Revolution zu erdrosseln. Der englische Imperialismus schmiedet zu diesem Zweck die Kriegsfront der goldenen Internationale, der Ausbeuterstaaten, gegen die erste Arbeiter-und-Bauern-Macht, gegen die Sowjetunion.

Die internationale Lage erfordert die größte Aufmerksamkeit des gesamten internationalen revolutionären Proletariats. Wir befinden uns am Vorabend des Ausbruchs des Krieges gegen die Sowjetunion. Der imperialistische Krieg gegen die chinesische Revolution geht weiter. Der Feldzug gegen die internationale Arbeiterklasse verschärft sich von Tag zu Tag. Was sind die Ursachen, die die Bourgeoisie dazu zwingen, mit verschärfter Aktivität ihre Pläne durchzuführen?

1. Die Sowjetunion wächst im Innern und wird eine große Gefahr für den Weltimperialismus.

2. Die chinesische Revolution untergräbt einen der Hauptpfeiler des Imperialismus.

3. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit für die Imperialisten, die Lahmlegung der Arbeiterklasse im eigenen Lande als der Verbündeten Sowjetrußlands und Chinas durchzuführen . . .

Wir werden alle unsere Kräfte einsetzen, und gerade jetzt einsetzen müssen, um Sowjetrußland, das Vaterland der Arbeiterklasse der ganzen Welt, zu schützen, es mit allen Mitteln [zu] verteidigen und selbst mit unseren Leibern zu decken. Mit aller, einer revolutionären Klasse zur Verfügung stehenden Kraft und Leidenschaft werden wir auch in Deutschland den Kriegstreibern das Handwerk legen, noch dazu, wo die deutsche Bourgeoisie durch den Bürgerblock ihre reaktionären Methoden im Innern mit neuen imperialistischen Zielen verbindet, die sich sowohl gegen die Sowjetunion als auch gegen die gesamte revolutionäre Front richten. Deswegen ist unsere heutige gewaltige rote Kundgebung als eine große Antikriegskundgebung zu verstehen, die im Sinne Lenins und Karl Liebknechts den Soldaten der roten Klassenfront, den Jungpionieren und der revolutionären Arbeiterschaft in Berlin, in Deutschland und in der ganzen Welt zuruft, daß wir gemäß unserem Kampfgelöbnis vor und beim Ausbruch des Krieges an der Front und in der Armee kämpfen werden für den Sturz der kapitalistischen Herrschaft und für den Sieg der proletarischen Revolution.

Aus dem Artikel vom 6. November 1927: Der Oktober der Jahre 1923 bis 1927

Ein Proletariat hat unter Führung einer starken und erfahrenen kommunistischen Partei den Kampf siegreich beendet – das ist das russische Proletariat. Bereits zehn Jahre sind seit dem Zeitpunkt vergangen, da die bolschewistische Partei die letzten vorbereitenden Schritte zur Eroberung der Macht unternahm. Heute werden Millionen Arbeiter und Bauern der Sowjetunion und mit ihnen die revolutionären Arbeiter der ganzen Welt den 10. Jahrestag der Übernahme der Macht durch das russische Proletariat festlich begehen.

Der Siebenstundenarbeitstag in der Sowjetunion, der Neun- und Zwölfstundenarbeitstag in Deutschland – das allein zeigt zur Genüge die unterschiedliche Lage der Arbeiter in beiden Ländern. In der Sowjetunion verbessern sich die Lebensbedingungen der Arbeiter, und zwar in bedeutendem Maße; in Deutschland können die Löhne auf Grund der Steuern, hohen Mieten und Wucherpreise der großen Gesellschaften mit der Teuerung nicht Schritt halten.

Die Kapitalisten der ganzen Welt wissen, daß diese Entwicklung des sozialistischen Aufbaus eine Bedrohung ihrer Macht darstellt. Deshalb bereiten sie den Krieg gegen die Sowjetunion vor.

Wir müssen dieser imperialistischen Front, der sich der neue deutsche Imperialismus immer deutlicher anschließt, die revolutionäre Front aller Entrechteten entgegensetzen. Wir wissen, daß wir in der Sowjetunion das Vaterland der Proletarier der ganzen Welt verteidigen. Die Schaffung der revolutionären Front gegen den Imperialismus, gegen den bürgerlichen Block ist nur dann möglich, wenn wir in unermüdlicher, schwerer täglicher Arbeit in allen Fragen und Schwierigkeiten Führer der Arbeiterklasse sind. Nur dann werden wir zur einzigen Arbeiterpartei werden können, die das Vertrauen all derer genießt, die sich vorläufig noch im Lager der Feinde der Revolution befinden.

Artikel vom 18. November 1928:
«Die Rote Fahne» gegen den imperialistischen Krieg!

Während des vergangenen imperialistischen Krieges war es der heroische Kampf Karl Liebknechts, der jeden Arbeiter nicht nur in Deutschland, sondern, über die Schützengräben hinweg, in allen Ländern mit revolutionärer Begeisterung erfüllte und zum Kampf gegen den imperialistischen Massenmord, für die revolutionäre Beendigung des Krieges anfeuerte. Nach dem 4. August 1914, dem furchtbaren Zusammenbruch der II. Internationale und der alten Sozialdemokratie, war es Rosa Luxemburg, die mit ihrer Junius-Broschüre dem deutschen Proletariat als erste das Wesen des imperialistischen Krieges, den Fäulnisprozeß der Sozialdemokratie und den Weg zur Erneuerung der revolutionären Arbeiterbewegung aufzeigte.

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg sind die Begründer unseres Zentralorgans, der «Roten Fahne». So ist es selbstverständlich, daß die «Rote Fahne» vom ersten Tage ihres Bestehens bis heute, in den zehn Jahren ihrer an Kämpfen reichen Existenz, trotz aller Verfolgungen durch die Klassenjustiz und die übrigen Organe des kapitalistischen Staates stets an der Spitze des proletarischen Klassenkampfes gegen die imperialistischen Tendenzen, gegen die neuen Kriegsvorbereitungen der ganzen Welt gestanden hat.

Die «Rote Fahne» war das einzige Blatt, das 1919 angesichts des Versailler Raubfriedensvertrages im Geiste des revolutionären proletarischen Internationalismus der deutschen Arbeiterklasse den einzigen gangbaren Weg zum Kampf gegen den siegreichen Ententeimperialismus wies: den Weg der revolutionären Machtergreifung des deutschen Proletariats und der gemeinsamen Verteidigung der deutschen und der russischen Revolution durch die vereinigten Kräfte eines Sowjetdeutschlands, Seite an Seite mit der Roten Armee der Sowjetunion!

Die «Rote Fahne» rief in den Wochen des russisch-polnischen Krieges die Massen des arbeitenden Deutschlands zum Kampf, zur aktiven Solidarität mit dem Staat der Arbeiter und Bauern auf. Die «Rote Fahne» entlarvte die hohlen und verlogenen Friedensphrasen des Völkerbundes, zeigte den deutschen Arbeitern den wirklichen Kriegscharakter der sogenannten Friedenspakte, angefangen vom Dawes-Plan über den Locarno-Pakt, die Thoirykonferenz /13/ bis zu den letzten Zusammenkünften der imperialistischen Diplomatie auf den Völkerbundtagungen von Genf.

Bei allen diesen Anlässen versuchte die Einheitsfront der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse, die Massen des deutschen Proletariats einzuschläfern, versuchte, ihnen Illusionen einzuimpfen und einen Nebel pazifistischer Phrasen zu erzeugen. Bei allen diesen Anlässen sprachen die Kommunistische Partei und ihr Zentralorgan, unbeirrt durch die Demagogie der Imperialisten, die Wahrheit aus. Und jedesmal gab die weitere Entwicklung auf der ganzen Linie dem recht, was die Kommunistische Partei und ihre Presse ausgesagt hatte.

Die deutschen Arbeiter müssen sich in ihre Erinnerung zurückrufen, wie die demokratische und sozialdemokratische Presse heulte und tobte, als die Kommunisten die Wendung der zu neuer imperialistischer Machtpolitik aufsteigenden deutschen Bourgeoisie und ihrer sozialdemokratischen Lakaien zur Westorientierung, zum Einrücken in die Antisowjetfront signalisierten. Und heute? Wer wird heute angesichts der jüngsten Tatsachen noch länger leugnen, daß das neuerstarkte imperialistische Deutschland in der Front, ja an der vordersten Stelle der Front des bevorstehenden Krieges gegen Sowjetrußland steht? Die Kommunistische Partei und die «Rote Fahne» wie die ganze übrige kommunistische Presse haben recht behalten, die Entwicklung hat ihre Feststellungen vollkommen bestätigt!

Oder man bedenke die Frage der deutschen Wehrpolitik, der deutschen Aufrüstung. Hieß es nicht anfangs, als die Kommunisten und ihre Presse die Aufrüstungspläne und -bestrebungen der deutschen Bourgeoisie festnagelten, Deutschland denke nicht an dergleichen? Und heute? Nach der Kriegsrede Groeners im Deutschen Reichstag bei der Panzerkreuzerdebatte kann auch der verlogenste Demagoge nicht länger abstreiten, daß alle Anklagen und Feststellungen der Kommunistischen Partei Deutschlands, der «Roten Fahne» und ihrer Bruderorgane im ganzen Reich bestätigt sind, daß der deutsche Imperialismus alles daransetzt, sich auf den bevorstehenden Krieg gegen Sowjetrußland vorzubereiten, für diesen Krieg aufzurüsten!

Die «Rote Fahne» hat in brüderlicher Solidarität mit dem Lande der proletarischen Diktatur im /14/ entschlossenen Kampf gegen die imperialistischen Rüstungen und Kriegsvorbereitungen stets alle ihre Kräfte eingesetzt. Das soll freilich nicht heißen, daß wir Kommunisten und mit uns das Zentralorgan unserer Partei schon genug getan hätten. Nein: So, wie unsere Partei sich in langem, schwerem, oft qualvollem Ringen allmählich von den Schlacken mancher schlechten sozialdemokratischen Überlieferung befreien mußte, um die besten revolutionären Traditionen der sozialistischen Vergangenheit fortzuentwickeln und die höhere Stufe einer wirklich bolschewistischen Partei und wirklich bolschewistischen Politik anzustreben, so hat auch die «Rote Fahne» im Laufe der Jahre viele Erfahrungen sammeln müssen, um sich ihrer gewaltigen historischen Aufgaben würdig zu erweisen, um sich auf die Höhe ihrer revolutionären Mission zu erheben. Und es ist gewiß, daß dieser Prozeß noch keineswegs abgeschlossen ist, daß wir – unsere Partei und unsere Presse – noch vieles lernen müssen, um unsere schweren revolutionären Pflichten immer besser erfüllen zu können.

Gerade die vor uns liegende Zukunft und ihre unmittelbar akute Gefahr des imperialistischen Krieges, mit der großen Wahrscheinlichkeit, daß wir unseren Kampf unter den Verhältnissen der Illegalität werden führen müssen, daß die Spanne, in der wir noch legal arbeiten können, nicht allzulang bemessen ist – alle diese Tatsachen zeigen uns, wie sehr es darauf ankommt, unseren Kampf gegen den imperialistischen Krieg immer gründlicher, immer durchdringender, immer aufrüttelnder zu gestalten.

Wir sind gewiß, daß die «Rote Fahne» als Zentralorgan unserer Partei hierbei ihre Pflicht erfüllen wird – sei es in der Zeitspanne ihres legalen Erscheinens, sei es unter Verhältnissen, in denen wir gezwungen sein werden, in der Illegalität unser Parteiorgan herzustellen und zu verbreiten.

Das Blatt Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs wird stets bleiben, was es war: ein scharfgeschliffenes Schwert der proletarischen Revolution!

13 In Thoiry fanden am 17. September 1926 Geheimverhandlungen des deutschen und des französischen Außenministers statt.

14 In der Quelle: und den.

Postkarte von der Gründung des Roten Frontkämpferbundes Österreichs in Wien, Januar 1928. Ernst Thälmann hielt eine Begrüßungsansprache

Demonstration im Berliner Lustgarten am 13. April 1927

Umschlagseite einer vom Internationalen Sekretariat der Liga gegen Imperialismus herausgegebenen Broschüre

Vereinigt euch!

Der erste Internationale Kongreß gegen Imperialismus und koloniale Unterdrükkung in Brüssel beschließt die Gründung der Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit, Februar 1927

Ankündigung, veröffentlicht in der «Roten Fahne» am 2. April 1927

Bericht über ein Grenztreffen, auf dem Ernst Thälmann unter dem Decknamen Kasper am 15. Mai 1927 sprach

Krieg und Revolution in China!

Schanghai von den revolutionären Truppen erobert.
Tausende Streikende von den Imperialisten geköpft.
So soll es auch in Deutschland kommen.
Darum Stahlhelmaufmarsch am 8. Mai.
Zerstörung der Arbeiterwohnungen wie in Italien.

Eine internationale Linie des Terrors:

7000 ermordete friedliche Einwohner Nantings für sieben Kapitalisten.
Standgericht für revolutionäre Arbeiter in Bulgarien und Ungarn.
Nieder mit den Kriegshetzern und Streikbrechern!
Arbeiter, Werktätige, schließt die Reihen!

Heraus zur Massenkundgebung

im Sportpalast, Potsdamer Straße 72
am Dienstag, den 5. April, abends 7 Uhr

Programm:

Rezitationen. Ansprachen der Genossen Ernst Thälmann und Wilhelm Pieck und ausländischer Redner. Aufmarsch der Fahnenkompagnie. Lichtbildervortrag über China. Drei RFB.-Kapellen.

Eintritt für Erwerbstätige 30 Pf., für Erwerbslose 10 Pf.

Bezirksleitung der KPD. und des KJVD.
RH., JAH., Gauführung des RFB. und RFMB.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch! — Nach der Konfiskation 2. Auflage.

Vorwärts

Organ der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Monatsabonnement Kč 13— ◆◆◆ Erscheint täglich um 6 Uhr früh, mit Ausnahme des Montag ◆◆◆ Einzelnummer 80 Heller

Nr. 115 — Reichenberg, Dienstag den 17. Mai 1927 — Jahrgang 39.

Dienstag, 17. Mai 1927

Internationaler kommunistischer Massenaufmarsch an der tschechoslowakisch-preußischen Grenze.

Prag, 16. Mai. (ČTK.) Am Sonntag fand bei Königshahn-Liebau ein kommunistisches Grenztreffen statt, das einen Massenbesuch aufwies. **Von tschechoslowakischer Seite waren etwa 3000 deutsche und tschechische Arbeiter, darunter auffallend viele Frauen und Jugendliche aus dem oberen Elbe- und Aupatale, auch bis Hohenelbe und Josefstadt, per Bahn, per Rad und auf Lastautos gekommen.** Beim Bahnhof Königshahn formierte sich ein Zug mit hunderten Radfahrern, Musikkapellen und 10 Fahnen. Als der Zug die Straße gegen Liebau verließ und nach der auf dem Bergabhange gelegenen Grenzwiese im Orte des Treffens hinaufbog, **kam auch der Zug der reichsdeutschen Genossen, der ebenfalls an 3000 Menschen zählte, von Liebau her heraufmarschiert. Den ersten Teil des Zuges bildeten 1200 uniformierte, in militärischer Ordnung befindliche Rote Frontkämpfer und eine Abteilung des Roten Frauen- und Mädchenbundes.** An der Spitze marschierte eine 50 Mann. „Rot Front" war die Antwort von drüben. Als aber die beiden Züge die Wiese erreicht hatten, die von der Staatengrenze in Gestalt eines kleinen Bächleins durchflossen wird, gab es kein Halt mehr. Unter dem klingenden Spiel der beiden Musikkapellen wurden tausende Jubelrufe laut, sprangen die Genossen und Genossinnen von hüben und drüben über die Grenze und bald bildeten sie eine einheitliche Masse von mehr als 6000 Menschen. Ein einfacher Lastwagen, mit den Vorderrädern auf tschechoslowakischem, den Hinterrädern auf reichsdeutschem Gebiete stehend, bildete die Tribüne, um welche sich die Fahnen gruppierten und von der aus nun gesprochen wurde. Von tschechoslowakischer Seite sprachen die Abg. Cibulka und Kreibich, von reichsdeutscher Seite Abg. Gen. Kasper aus Berlin, deren Reden mit stürmischem Beifall aufgenommen wurden.

Hierauf erfolgte eine gegenseitige Fahnenübergabe, die großen Jubel auslöste. Dann brauste, von

Das Karl-Liebknecht-Haus in Berlin, seit November 1926 der Sitz des Zentralkomitees der KPD

Kundgebung im Schillerpark in Berlin während des 3. Reichstreffens des RFB, 5. Juni 1927

Zehn Jahre Sowjetmacht

Demonstration Berliner Werktätiger zum 10. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

Ernst Thälmann während der feierlichen Enthüllung des Revolutionsdenkmals auf dem Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde am 13. Juni 1926

P/F. Berlin, den 6.September 1927.

An das

Z.K. der K.P.d.S.U., Br 6422/e

M o s k a u .

Teure Genossen!

Aus Anlaß des 10 jährigen Bestehens der Sowjet-Union und zum Gedenken an die glorreichen Taten Eurer Partei zur Aufrichtung der proletarischen Diktatur und ihrer Befestigung, sowie der Arbeit zum Aufbau des Sozialismus, überreicht Euch das Zentral-Komitee der K.P.D. und die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg-Lausitz als Ehrengabe eine Nachbildung der Revolutions-Grabstätte und des Denkmals auf dem Friedhof in Friedrichsfelde in Berlin. Diese Ehrengabe soll der symbolische Ausdruck für die enge Verbundenheit sein, die zwischen dem revolutionären deutschen Proletariat mit der Sowjet-Union und zwischen der K.P.D. mit der K.P.d.S.U. besteht. Das auf dieser Grabstätte errichtete Denkmal ist geweiht worden als Mahnzeichen für die Aufgaben, die das Proletariat in Deutschland noch zu erfüllen hat, um der Sowjet-Union ein Sowjet-Deutschland an die Seite zu stellen und damit erst den wirklichen Bund zwischen dem deutschen und dem russischen Proletariat zu schaffen.

Diese Ehrengabe wird Euch aber auch mit dem Gelöbnis überreicht, daß von der K.P.D. alle Kräfte des Proletariats zur Verteidigung der Sowjet-Union gegen die Interventions-Pläne der Imperialisten mobilisiert werden, um gleichzeitig dadurch auch die Voraussetzungen zur Verhinderung jedes imperialistischen Krieges und den Sieg der Arbeiterschaft über den Imperialismus zu schaffen.

Mit heißen revolutionären Grüßen

Ernst Thälmann

W. Pieck

Die Kommunistische Internationale ist die einzige wirkliche Internationale

Aus der Begrüßungsansprache auf dem VI. Kongreß der KI am 17. Juli 1928

Genossen! Im Namen der Sektionen der Komintern von ganz Europa überbringe ich hiermit revolutionäre Grüße den Delegierten des VI. Weltkongresses, den hier anwesenden Gästen, dem russischen und internationalen Proletariat.

Mein erstes Wort gilt der wachsenden großen Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion. Vom V. bis zum VI. Weltkongreß sehen wir eine Kette von Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion auf wirtschaftlichem, politischem, ideologischem und militärischem Gebiet . . . Mit der langsam steigenden Kriegsgefahr sehen wir ebenfalls ein Wachsen der kommunistischen Bewegung. Und deshalb verschärft sich auch mit dem Kampf gegen die Sowjetunion der Kampf gegen den Kommunismus in allen Ländern. Im letzten Weltkrieg bestanden nur schwache revolutionäre Gruppen, nur kleine kommunistische Gruppierungen waren vorhanden. Heute sehen wir in der ganzen Welt eine große, gewaltige revolutionäre internationale Bewegung unter Führung der Kommunistischen Internationale, daneben große Massenorganisationen, wie den Roten Frontkämpferbund in Deutschland. Im Laufe der ganzen Entwicklung sind die Erfahrungen reicher geworden, ist der revolutionäre Geist von neuem im Wachsen begriffen . . .

Die großen treibenden Gegensätze im imperialistischen Lager, die revolutionären Bewegungen, die nationalrevolutionären Bewegungen unter den Ostvölkern sind ernste Zeichen einer großen Entwicklung, die auch in den Tagesordnungspunkten auf dem VI. Weltkongreß eine große Rolle spielen werden. Die Sektionen müssen darauf vorbereitet sein, wenn unsere Kraft nicht ausreicht, den imperialistischen Krieg gegen die Sowjetunion zu verhindern, alle revolutionären Kräfte beim Ausbruch des Krieges zusammenzufassen und unter der Losung, die die bolschewistische Partei im Oktober 1917 ausgab, in den Kampf zu ziehen: Sturz der Bourgeoisie! Aufrichtung der proletarischen Diktatur!

Wilhelm Pieck
Erinnerung

Die Rolle Ernst Thälmanns als Führer der Partei und des deutschen Proletariats erhält ihre besondere Bedeutung noch durch seine enge Verbundenheit mit der Kommunistischen Internationale, mit ihrer Führung und ihren Sektionen. Seit dem III. Weltkongreß im Sommer 1921 ist keine internationale Tagung der Kommunistischen Internationale vergangen, an der nicht Ernst Thälmann aktiven Anteil genommen hätte, auf der er nicht die Kampffragen der deutschen Arbeiterklasse gestellt und zu den Kämpfen und Erfahrungen der Brudersektionen Stellung genommen hätte. Diese internationalen Tagungen waren eine hohe Schule für den Genossen Thälmann, wie andererseits er der beste Mittler der deutschen Kampferfahrungen für die anderen Sektionen war.

Aus der Diskussionsrede auf dem VI. Kongreß der KI am 26. Juli 1928

Genossen! Die deutsche Delegation ist vollkommen einverstanden mit der Grundlinie der Thesen, die, von der russischen Delegation und vom EKKI sanktioniert, dem Plenum des Kongresses vorgelegt worden sind. Wir werden unsere Abänderungsanträge, sachliche Ergänzungen, wie zum Beispiel die Verschärfung in der allgemeinen Beurteilung der Weltlage sowie einen besonderen Abschnitt über die linke SPD, und sonstige Veränderungen in der politischen Kommission durch unsere Genossen vertreten lassen.

Ich erinnere auf dieser Tagung an den V. Weltkongreß, der an der Schwelle der relativen Stabilisierung begann. Inzwischen sind vier Jahre großer Erfahrungen, vier Jahre schärfsten Kampfes der Parteien, vier Jahre schwerster und schwierigster Kämpfe des Proletariats in der ganzen Welt verflossen . . .

Wie sah diese Stabilisierung in diesen vier Jahren aus? Nur die wichtigsten Ereignisse dieser letzten vier Jahre: Der englische Generalstreik und der monatelange Bergarbeiterstreik, der indonesische Aufstand, die großen revolutionären Ereignisse in China, die Streikwelle in Mitteleuropa, der Streik in Skandinavien gegen das Streikgesetz, die große Sacco- und Vanzetti-Bewegung in der ganzen Welt, der Wiener Aufstand, die Bauernerhebungen auf dem Balkan und die letzten Ereignisse in Griechenland – alle zeigen sie die wachsenden Widersprüche des Kapitalismus in der Zeit der relativen Stabilisierung. Die Einschätzung des V. Weltkongresses war richtig: Die Stabilisierung ist eine zeitweilige, teilweise, relative Stabilisierung. Der VI. Weltkongreß muß aus den reichen Erfahrungen der letzten Jahre seine praktischen Konsequenzen ziehen . . .

Unsere Aufgabe ist, alles zu tun, um die Massen so weit zu mobilisieren, wenn die objektiven und subjektiven Voraussetzungen in den Ländern gegeben sind, zur Revolution zu schreiten, bevor die Imperialisten die Kriegsfackel anzünden. Gerade durch diese unsere Aktivität, die sich bei den Widersprüchen des Kapitalismus stärker entwickelt, müssen wir diese Schwierigkeiten zu erhöhtem politischem Kampf ausnutzen, dadurch können wir auch den Krieg hinausschieben. Die Imperialisten wären vielleicht schon längst aneinandergeraten, gäbe es nicht die Kommunistische Internationale, die kommunistischen Parteien, die einen energischen Kampf gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen führen, gäbe es nicht die Sowjetunion, deren Friedenspolitik als Bleigewicht an den Füßen der Kriegstreiber hängt. Dabei dürfen wir nicht die Tatsache verhehlen, daß die Kriegsgefahr an allen Ecken der Welt mit unheimlicher Geschwindigkeit wächst. Dazu nur vier wichtige Beispiele:

1. der große Konflikt, der sich zwischen Amerika und England im Weltmaßstabe abspielt; 2. die letzten Ereignisse in China, die japanische Intervention, denn das, was der japanische Imperialismus dort tut, ist nicht Vorbereitung des Krieges, sondern ist bereits Krieg; 3. die Verschärfung des litauisch-polnischen Konflikts, der plötzliche Abbruch der Verhandlungen in den letzten Tagen, verstärkt die wachsende Kriegsgefahr; 4. die unaufhörlichen Angriffe gegen die Sowjetunion, von den weißgardistischen Terrorakten bis zur Vorbereitung der ökonomischen Blockade.

Zur Zeit des VIII. Plenums nahmen wir zur wachsenden Kriegsgefahr in der ganzen Welt Stellung. Zur selben Zeit, als eine besondere Kriegskommission eingesetzt wurde, die einstimmig die Kriegsthe-

sen akzeptierte, brach England die Wirtschaftsverhandlungen mit Rußland ab, und nach einigen Tagen wurde das tödliche Attentat auf den Gesandten Woikow in Warschau durchgeführt. Seit dieser Zeit haben wir folgende neuen Tatsachen: Die schamlosen Morde an den Sowjetvertretern in China, die Provokation der französischen Außenpolitik gegen die Sowjetunion, der Konflikt wegen des Sowjetgeldes in Amerika und das Attentat auf einen Sowjetvertreter in Warschau in diesem Frühjahr. Schließlich die freche Herausforderung der deutschen Stresemann-Regierung, die anläßlich der Verhaftung der deutschen konterrevolutionären Ingenieure die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen abbrach. Das ist nur eine kleine Auswahl von vielen Tatsachen, die ich hier nicht alle beleuchten will. Daneben dürfen wir keineswegs die Vorbereitungen des Krieges vergessen, die unermüdlich in der Stille, im Dunkel der Geheimdiplomatie weiter betrieben werden . . .

Ich glaube, es ist notwendig, auf dem VI. Weltkongreß festzustellen, daß die jetzige Rekonstruktionsperiode in der Sowjetunion gewaltige Fortschritte gemacht hat. Wir können die Tatsache nicht hoch genug einschätzen, daß der jährliche Zuwachs der Produktion in der sozialistischen Großindustrie der Sowjetunion um 15 Prozent gewachsen ist. Die Sowjetunion baut ganz neue Industriezweige auf: die Auto-, Flugzeug-, Chemie- und die Maschinenbauindustrie. Die Zahl der Arbeiter in der Großindustrie ist in den letzten drei Jahren um 33 Prozent gewachsen. Bedenkt man, daß diese Erfolge fast ohne Zustrom ausländischen Kapitals durchgeführt wurden, auf Grund der sozialistischen Akkumulation, so zeigt sich, daß die Sowjetunion einen Weltrekord erreicht hat. Das Weltproletariat ist an diesem Aufbau der sozialistischen Wirtschaft aufs lebhafteste interessiert. Jeder neue große Erfolg auf dem Gebiete der Wirtschaft liefert vor der Arbeiterklasse der ganzen Welt den Beweis für den Vorzug des sozialistischen Systems gegenüber dem kapitalistischen System. Diese weltgeschichtliche Frage entscheidet in letzter Instanz den Kampf zwischen uns und der Bourgeoisie, zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie. Natürlich sind Schwierigkeiten, die nicht Zeichen des Stillstandes, sondern des Wachstums sind, die sich in den verschiedenen Perioden der proletarischen Diktatur gezeigt haben, vorhanden. Die internationale Sozialdemokratie schwindelt und heuchelt über die Ergebnisse des sozialistischen Aufbaus, sie erhebt ein Geschrei in der ganzen Welt, um die Arbeitermassen noch stärker an das kapitalistische System zu fesseln, um sie über die Entwicklung des sozialistischen Aufbaus irrezuführen. Sie braucht eine solche Orientierung, die Erzeugung einer solchen Ideologie, weil sie sieht, daß die Sympathie der proletarischen Massen für die Entwicklung der Sowjetunion eine weit größere geworden ist, als es jemals in den letzten Jahren der Fall war. Die gesamte Entwicklung der proletarischen Diktatur in den elf Jahren ihres Bestehens hat gezeigt, daß durch die Kraft, durch die Initiative und durch den Millioneneinfluß der bolschewistischen Partei jede neue Schwierigkeit alsbald durch einen neuen Sieg aus dem Wege geräumt wurde. Wer erlebt hat, wie Millionenmassen mit stürmischer Begeisterung auf die Rettungsaktion der Roten Matrosen der Krassin-Expedition reagierten, der fühlte den politischen Sinn dieses Echos. Nicht die bloße Tat der Rettung, sondern die Tatsache, daß die Sowjetunion, daß der einzige proletarische Staat in der ganzen Welt diese wirklich kühne Tat vollbracht hat, zeigte die freudige Zustimmung der Werktätigen der ganzen Welt.

Jetzt zu einigen Bemerkungen über die Linksentwicklung. Sie ist zusammen mit der wachsenden Kriegsgefahr eine der wichtigsten Erscheinungen der gegenwärtigen Periode. In Deutschland haben wir eine Reihe neuer Erscheinungen der Linksbewegung, die ich im einzelnen hier nicht aufzeigen will. Die Wahlen sind dafür ein deutliches Zeichen. Wie auch die Wahlen in Polen und Frankreich ein Wachsen der Linksentwicklung zeigten, so künden auch die letzten Wirtschaftskämpfe und Streikwellen diesen Charakter noch deutlicher an. In Deutschland sind Tendenzen eines neuen Aufschwungs vorhanden.

Unsere Partei gewann bei den Wahlen mehr als 550000 Stimmen, davon 80 Prozent, nämlich 440000, in den 13 wichtigsten Industriebezirken. Die Partei eroberte an neuen Anhängern in Dresden 41000, in Halle 38000, in Leipzig 30000, in Hamburg 26000, in Chemnitz 16000 und vor allem im roten Berlin und Umgebung über 230000 Stimmen. Wir gewannen 210000 Stimmen allein in 40 großen Industriestädten, besonders in denjenigen Städten, wo die Arbeiterklasse eine langjährige revolutionäre Tradition hat, wie in Berlin, Hamburg, Leipzig, Dresden, Frankfurt am Main und so weiter. Diese Tatsachen zeigen, daß wirklich die fortgeschrittensten Kader des deutschen Proletariats hinter unserer Partei, hinter der Komintern stehen . . .

Natürlich wird die Linksentwicklung in Deutschland nicht einseitig vor sich gehen. Sie ist sehr kompliziert. Die taktischen Probleme, die die Partei zu erfüllen hat, bedürfen der größten Konkretisierung in jeder Situation, die morgen, übermorgen, in der nächsten Zeit vor uns steht.

Die deutsche Delegation ist vollkommen damit einverstanden, daß in den Thesen einerseits der gewaltige Zuwachs der Kommunisten, andererseits aber der starke Widerspruch zwischen dem politischen Einfluß der Partei und ihrer organisatorischen Stärke festgestellt wird. Die Mitgliederzahl der Kommunistischen Partei entspricht nicht im entferntesten ihrem großen Einfluß, den sie in der Arbeiterklasse bereits besitzt. Für dieses Mißverhältnis könnten wir verschiedene Gründe anführen. Der wichtigste Grund neben der stärkeren politischen Belebung liegt darin, daß unsere Genossen mit Arbeit überlastet sind, überanstrengt werden, daß sie verpflichtet sind, jeden Tag im Dienste der revolutionären Sache zu arbeiten. Viele mit uns Sympathisierende und Parteilose schrecken zurück vor dieser schweren Arbeit, und andere, die zu uns kommen, gehen wieder aus der Partei heraus. Deswegen die starke Fluktuation. In der Anwendung der Einheitsfronttaktik ist unsere ganze Partei nicht elastisch und ausdauernd genug. Diese große Schwäche muß die Gesamtpartei beseitigen. Ein neues, verbessertes System der Arbeit muß durchgeführt werden.

Das Resultat der Wahlen ergab die Bildung der sozialdemokratischen Koalitionsregierung. Ich glaube, wir können schon heute von zwei Phasen der Entwicklung dieser Regierungstätigkeit sprechen. Die erste Phase ist die der Versprechungen, wo die Sozialdemokratie noch bestimmte Illusionen in der Arbeiterklasse wecken kann und wo sie in der Lage ist, die Massen noch in ihrer Partei und an ihrer Peripherie zu halten. Die Tätigkeit der Sozialdemokratie in den wenigen Tagen, da der neue Reichstag tagte, zeigte uns, daß alle Versprechungen, die in der Wahlkampagne von der Sozialdemokratie gemacht wurden, nicht durchgeführt werden. Selbst die von den Kommunisten übernommenen sozialdemokratischen Anträge wurden

von dieser Regierung mit Hilfe und Unterstützung der Sozialdemokraten abgelehnt. In dieser ersten Phase der Entwicklung wollte die Bourgeoisie die Sozialdemokratie zu bestimmten Handlungen benutzen, mit denen die Bourgeoisie sich selbst nicht beflecken will . . .

Die zweite Phase der Entwicklung, die nur ganz kurz sein wird, wird den Bankrott der sozialdemokratischen Koalitionspolitik bringen.

Weil der Druck der Massen stärker wird, weil die Sozialdemokratie ihre Massen nicht verlieren will, ist sie auf der einen Seite gezwungen, in der Regierung einen Scheinwiderstand zu leisten, andererseits wird sie von der imperialistischen Bourgeoisie ebenfalls hinausgeworfen, wenn sie ihre Politik in der Innen- und Außenpolitik nicht durchführt . . .

Die Hauptaufgabe der Kommunistischen Partei ist, ihre täglichen Forderungen so zu stellen, daß die Tagesaufgaben, die sich aus allen Kämpfen ergeben, mit dem prinzipiellen Kampf gegen den kapitalistischen Staat in der Losung der Aufrichtung der Arbeiter-und-Bauern-Regierung verbunden werden. Die jetzigen wirtschaftlichen Kämpfe, die zur Durchbrechung des Schlichtungssystems führen müssen, nehmen stärker denn je, infolge des Verrates der Gewerkschaftsbürokratie und infolge der Verquickung eines Teiles des Gewerkschaftsapparates mit dem Staatsapparat, einen politischen Charakter an. Mit dem Wachsen der staatskapitalistischen Tendenzen wird auch der Charakter jedes Wirtschaftskampfes stärker politisch sein, als es in den letzten Jahren [der Fall war. Daher ist es wesentlich für die Partei, daß sie] /15/ neben den grundsätzlichen Fragen des allgemeinen Kampfes gegen den kapitalistischen Staat und dem Kampf für die Aufrichtung der proletarischen Diktatur bei allen Tagesfragen und Tagesaufgaben stärker als selbständiger aktiver Faktor auftritt, der einzig und allein wirklich die Interessen des Proletariats um jeden Pfennig Lohnerhöhung und alle Forderungen des Proletariats und aller werktätigen Massen vertritt.

Der Gesamtkomplex der Fragen des Kampfes gegen die sozialdemokratische Koalitionspolitik ist vielseitig, und die Probleme der Taktik [sind] außerordentlich kompliziert. Die zentralen Hauptpunkte dieses Kampfes sind:

1. die bevorstehenden Wirtschaftskämpfe um höhere Löhne und für die Verkürzung der Arbeitszeit;
2. schärfster Kampf gegen die Steuerpolitik der Regierung und
3. der Kampf gegen die Verschlechterung der Sozialpolitik und für ihre Verbesserung für alle Werktätigen in Deutschland. Mit allen diesen Fragen müssen wir den Kampf gegen den Imperialismus und die Kriegsgefahr verbinden . . .

In dieser Situation der wachsenden Kriegsgefahr ist es notwendig, daß alle Sektionen – und auch die deutsche Sektion – die antimilitärische Tradition der proletarischen Jugend und des Kommunistischen Jugendverbandes besser ausnützen für den bestimmten Aufgabenkreis des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg. Durch ihre Tatkraft, durch ihre Begeisterung, ihren Opfermut, ihre allgemeine Initiative ist die Jugend einer der wichtigsten revolutionären Faktoren, mit denen die kommunistische Partei ihre revolutionäre Arbeit gegen den imperialistischen Krieg und im imperialistischen Krieg – den Krieg in den Bürgerkrieg umzuwandeln – durchführen muß.

Eine zweite Frage: Durch die ganze soziale Umschichtung im Produktionsprozeß werden auch die Frauen mehr und mehr in die tägliche Arbeit hineingezogen. Im Kampf gegen die wachsende imperialistische Kriegsgefahr dürfen wir auch die Gewinnung und Organisierung der Frauen in den wichtigsten Ländern nicht außer acht lassen.

Ein letztes Wort an alle Sektionen, einschließlich der deutschen Partei. Ich glaube, niemand auf diesem Kongreß zweifelt daran, daß wir den ernstesten Ereignissen entgegengehen. Keiner kann heute wissen, ob der Imperialismus uns noch so viel Zeit läßt, in Friedenszeiten zum VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale zusammenzutreten. Die kapitalistische Stabilisierung ist faul. Eine neue Periode des revolutionären Aufschwunges reift heran. In dieser Situation brauchen wir mehr denn je den Internationalismus, die revolutionäre Solidarität der werktätigen Massen der ganzen Welt im Bündnis mit den unterdrückten Kolonialvölkern. Wir hatten mehrere Jahre den Kampf gegen den Trotzkismus zu führen. In diesem großen Kampfe ist der Leninismus in der gesamten Kommunistischen Internationale unbestrittener Sieger geblieben. Stärker noch als zuvor ist aus diesem harten Kampfe der Geist des Internationalismus hervorgegangen, der Geist der unbedingten Treue zur Kommunistischen Internationale und des festen Vertrauens in ihre führende Partei, die KPdSU. Dieser revolutionäre Geist muß bei allem unserem Denken und Handeln weiter in uns fortleben. Mit revolutionärer Energie und in festem, unerschütterlichem Glauben an die revolutionäre Kraft des Proletariats und aller Werktätigen unter Führung der Kommunistischen Internationale, der einzigen wirklichen Internationale in der ganzen Welt, ist uns der Sieg gewiß.

Begrüßungsansprache auf der Festsitzung des Zentralkomitees der KPdSU zum 25. Jahrestag des II. Parteitages der SDAPR in Moskau am 30. Juli 1928

Genossen, im Namen des Präsidiums des VI. Kominternkongresses übermittle ich euch revolutionäre brüderliche Grüße. Ihr gedenkt hier in Moskau, wie in der gesamten Sowjetunion, des Jahres 1903, jedoch ist dieses Jahr nicht nur für die Partei der Sowjetunion, sondern auch für die ganze internationale kommunistische Arbeiterbewegung von Bedeutung. Der II. Parteitag war der Ausgangspunkt des Kampfes des revolutionären Marxismus unter Lenins Führung gegen den Reformismus in allen programmatischen, taktischen und organisatorischen Fragen.

Im Verlauf von 25 Jahren habt ihr einen gewaltigen Reichtum erworben, die Erfahrungen des revolutionären Kampfes. Während dieser Zeit wurde unter Lenins Führung der Zarismus gestürzt, die erste imperialistische Macht, die vom Proletariat besiegt wurde. Die Spaltung im Jahr 1903 war die Voraussetzung für die Klarheit im Kampf des Jahres 1905, der Generalprobe für das Jahr 1917. Die internationale Sozialdemokratie schwieg sich zu den Meinungsverschiedenheiten zwischen Bolschewismus und Menschewismus aus, aber nach dem Jahre 1905 konnte sie nicht mehr schweigen, weil Lenin die Frage der Stellung zum Krieg in die internationale revolutionäre Arena trug . . . Das war kein Zufall, wie das Jahr 1914 bewies, das zum Jahr des großen Verrats seitens der Sozialdemokratie wurde. Obwohl die Bolschewiki in ihrem Kampf auf solche Autoritäten wie Plechanow, Martow und andere stießen, blieben sie doch die Sieger.

15 An dieser Stelle weist die Quelle eine Lücke auf. Die in [ ] gesetzte Ergänzung ist der englischen Fassung entnommen.

Der nicht sehr großen Gruppe der Bolschewiki gelang es, während des Krieges breiteste Massen von Arbeitern und Bauern um sich zu scharen und die Bourgeoisie zu stürzen. Aus diesem Sieg lernt das Weltproletariat. Aber ihr habt nicht nur eure Bourgeoisie gestürzt, sondern ihr habt auch das Fundament für eine neue, wahrhafte Internationale gelegt, für die Internationale, auf deren Kongreß wir gerade die Hauptaufgaben des Weltproletariats beraten.

Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit des VI. Kongresses steht eben das gleiche Problem, das eine Wasserscheide bildet zwischen dem nationalen Reformismus und dem Bolschewismus. Während der Diskussion zum ersten Tagesordnungspunkt des Kongresses offenbarte sich die gewaltige Bedeutung der riesigen Erfahrungen, deren Verkörperung die KPdSU(B) ist. Ihre Erfahrungen sind für uns nicht irgendein Schema, wir eignen sie uns in ihrer Spezifik an entsprechend den besonderen Bedingungen der verschiedenen Abschnitte des Kampfes. Zur Klärung von Fragen führen wir die Diskussion und üben harte Selbstkritik, und vor allem führen wir einen unentwegten Kampf gegen die rechte Gefahr. Wir wissen aus den Erfahrungen der KPdSU(B), daß die Hauptgefahr für den Bolschewismus der Reformismus ist und daß theoretische Klarheit und Disziplin den Hauptvorteil der bolschewistischen Parteien bildet. Es ist notwendig, gerade jetzt, wo wir vor der Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges stehen, daran zu erinnern.

Die internationale Reaktion bereitet einen ungeheuren Feldzug gegen den Bolschewismus vor, gegen die UdSSR, das einzige Vaterland des Weltproletariats. In das gleiche Horn bläst der internationale Reformismus in seinem Haß gegen den Bolschewismus. Wir erkennen die ganze Kraft, die im Laufe dieser langen Zeit der Bolschewismus, die Sowjetunion und die Kommunistische Internationale erlangt haben. Wir wissen, daß dabei die Partei der Sowjetunion eine hervorragende Rolle gespielt hat, der Löwenanteil bei der Schmiedung bolschewistischer Parteien im Westen und im Osten fällt auf die KPdSU(B). Ihre Internationalität hat in den vergangenen elf Jahren der proletarischen Diktatur nicht nur nicht gelitten, sondern hat sich vollauf auf die neue Generation der Arbeiter- und Bauernjugend der UdSSR weitervererbt. Im Geiste des Leninismus, unter dem Banner der Kommunistischen Internationale wird das Proletariat die Bourgeoisie stürzen und die Ausbeuterordnung durch die neue, sozialistische Gesellschaft ersetzen. Der VI. Kominternkongreß grüßt euch und alle Proletarier der Sowjetunion zum 25. Jahrestag des Bestehens der KPdSU(B). Es lebe die ruhmreiche Partei der Bolschewiki! Es lebe die Kommunistische Internationale, die einzige wahrhafte Internationale! Es lebe die Sowjetunion, das Vaterland der Proletarier aller Länder!

Erklärung vom 8. August 1928

Der Erfolg der Industrialisierungsanleihe /16/ wird ein neuer Beweis dafür sein, daß die Arbeiter, Bauern und alle Werktätigen unmittelbar am sozialistischen Aufbau und an seinem gigantischen Vorwärtsschreiten teilhaben. Damit rufen die Arbeiter der UdSSR die Arbeiter und Werktätigen der ganzen Welt auf: Laßt eure Energie im Kampf für die Unterstützung der Sowjetunion nicht erlahmen, kämpft unermüdlich für die proletarische Revolution.

Ernst Thälmann
8. August 1928

Harry Pollitt
Erinnerung

Ich kenne diesen Hafenarbeiter aus Hamburg sehr gut. Viele Jahre lang stand ich auf internationalen Konferenzen in enger Verbindung mit ihm und habe stets sein großes Interesse bei jeder Erörterung von Fragen Großbritanniens festgestellt. Er war einer der hilfreichsten und rührigsten Freunde der Kommunistischen Partei Großbritanniens. Seine großen Erfahrungen in den Kämpfen der Arbeiterklasse standen stets Genossen aus anderen Ländern und anderen Parteien zur Verfügung. In allen Diskussionen in der Kommunistischen Internationale spielte er eine führende Rolle, stets aufs höchste getreu der Revolution, die die Sache der Werktätigen der ganzen Welt ist.

16 Mit dem Übergang zur sozialistischen Rekonstruktion der Volkswirtschaft der UdSSR begann der Sowjetstaat, die Ersparnisse der Bevölkerung verstärkt zur Entwicklung der Industrie heranzuziehen. Ab 1927 wurden Industrialisierungsanleihen aufgelegt, die bei den sowjetischen Werktätigen großen Anklang fanden.

VI. Kongreß der KI

Ernst Thälmann (rechts) im Präsidium des VI. Kongresses der KI, 17. Juli bis 1. September 1928

Moskauer Werktätige begrüßen die Delegierten des VI. Kongresses der KI, Juli 1928

Ernst Thälmann im Gespräch mit Leo Flieg

Ernst Thälmann mit Delegierten des VI. Kongresses der KI und einer Arbeiterabordnung aus dem Kreis Artjomowsk im Donezbecken

In Leningrad

Ernst Thälmann, Wilhelm Florin (links neben Thälmann) und Heinz Neumann (rechts) zu Gast bei sowjetischen Eisenbahnern, September 1928

Ernst Thälmann spricht auf einem Meeting in den Leningrader Putilow-Werken, September 1928

Ankunft Ernst Thälmanns auf dem Moskauer Bahnhof in Leningrad am 27. Juli 1929

Den proletarischen Klassenkampf kann man nicht verbieten

Aus dem Artikel vom 19. April 1928:
Auf zur Verteidigung der Roten Front!

Der deutschnationale Innenminister Keudell, der Vertrauensmann des Stahlhelms in der Bürgerblockregierung, hat den Länderregierungen befohlen, den Roten Frontkämpferbund, die einzige Schutz- und Wehrorganisation des klassenbewußten Proletariats, zu verbieten.

Die «Tägliche Rundschau», das Organ des Außenministers Stresemann, beeilt sich festzustellen, daß die «Anregung des Reichsinnenministers nicht auf einen Kabinettsbeschluß zurückgeht, sondern von ihm als Polizeiminister ausgegangen ist». Es steht aber fest, daß diese Maßnahme mit Zustimmung des Zentrumskanzlers Marx und der Bürgerblockregierung erfolgte. Es handelt sich nicht um einen plötzlichen Einfall des mit Einfällen wenig gesegneten Herrn von Keudell, sondern um einen bewußten, wohlerwogenen und wohlvorbereiteten Schlag der gesamten Bourgeoisie gegen die gesamte Arbeiterklasse . . .

Der Rote Frontkämpferbund erzieht die Arbeiter zum unversöhnlichen revolutionären Klassenkampf, zur Verteidigung der Lebensinteressen aller Werktätigen in Stadt und Land, zum rücksichtslosen Krieg gegen den imperialistischen Krieg, zur unbedingten Verteidigung des proletarischen Staates, der Sowjetunion. Die Bourgeoisie will den Klassenkampf des Proletariats mit allen Mitteln niederschlagen, um die Bahn frei zu machen für die Kapitalsoffensive, die Bourgeoisie will den Zusammenschluß der Werktätigen unter der roten Fahne mit allen Mitteln verhindern, die Bourgeoisie bereitet den Krieg gegen den proletarischen Staat vor. Darum will sie den Roten Frontkämpferbund verbieten . . .

Dies Verbot ist nur ein Anfang. Keudell erfrecht sich, die Unterdrükkung einer Massenorganisation mit dem Schutz der «Wahlfreiheit» zu begründen. Wahlfreiheit für die Faschisten, für die Terrororganisationen der Bourgeoisie! Das ist der Sinn. Mit solchen Begründungen kann man jede proletarische Organisation verbieten. Genauso hat die Entwicklung des Faschismus in anderen Ländern begonnen. In Italien wurden zuerst die kommunistischen Kampforganisationen unterdrückt, bis endlich jede nichtfaschistische gewerkschaftliche Arbeiterorganisation dem Verbot verfiel.

Alle Arbeiter, denen ihre proletarischen Organisationen teuer sind, die wissen, daß das Proletariat seine Kampforganisationen zur Verteidigung seiner Existenz braucht, müssen sich wie ein Mann gegen dieses Verbot erheben. Gelänge es der Bourgeoisie, eine proletarische Organisation ohne ernsten Widerstand zu unterdrücken, so würde eine nach der anderen an die Reihe kommen.

Das kann und darf nicht sein! In jedem Betriebe, in jeder Arbeiterversammlung, in jeder Massenorganisation der Werktätigen muß sich die Stimme des Protestes erheben. Die Organisation, die von der reaktionären Bourgeoisie unterdrückt wird, ist eine Organisation der Arbeiterklasse. Fleisch von ihrem Fleische, Blut von ihrem Blute. Das muß jeder Arbeiter verstehen . . .

Für jeden Kameraden der roten Front ist das drohende Verbot eine Bestätigung dafür, daß unsere Organisation auf dem richtigen revolutionären Wege ist. Doppelter Eifer, doppelte Begeisterung, doppelter Opferwille für unsere Sache, das wird die Antwort jedes Roten Frontkämpfers, jedes Kommunisten, jedes klassenbewußten Arbeiters sein. Den proletarischen Klassenkampf kann man nicht verbieten.

Aus dem Artikel vom Frühjahr 1929:
Fünf Jahre Roter Frontkämpferbund

Das Treuegelöbnis, das der Rote Frontkämpferbund anläßlich seines dritten Reichstreffens für die Sowjetunion als das Vaterland aller Arbeiter und für die Sache der Weltrevolution ablegte, war nur der äußere Ausdruck dafür, daß der RFB unermüdlich den Kampf gegen den imperialistischen Krieg, den Kampf zur Vorbereitung der Massen für die Umwandlung des imperialistischen Krieges in die proletarische Revolution betreibt und damit wichtigste Vorarbeit leistet für jene gewaltigen Aufgaben, die die deutsche Arbeiterschaft in einem kommenden imperialistischen Kriege bewältigen muß.

Aus dem Artikel vom 20. Mai 1928:
Und nach den Wahlen?

Alle Parteien, die mit ihren Taten dem Kapital und der bestehenden Ordnung verpflichtet sind, die den kapitalistischen Unterdrückerstaat (mögen sie ihn tausendfach Volksstaat nennen) und die kapitalistische Wirtschaft vertreten, sehen in den Massen nur Objekte der Politik; sie müssen Todfeinde der Massenaktivität und der Masseninitiative sein. Darum das heiße Bemühen, Illusionen zu stärken, durch Versprechungen zu trösten, Stimmen zu fangen. Darum auch das große Schweigen aller dieser Parteien über das, was nach den Wahlen kommt.

Wir dagegen rufen die werktätigen Massen auf: Ihr selbst seid berufen, das Werk eurer Befreiung durchzuführen. Wir zeigen euch den Weg, wir gehen euch voran. Anders als durch den Kampf der Arbeiterklasse und aller übrigen Werktätigen kann euch nicht geholfen werden. Dieser Weg des Kampfes, des Fortschreitens von kleinen zu großen Kämpfen, von Teilstreiks und Massenstreiks, von Erkämpfung höherer Löhne und verkürzter Arbeitszeit bis zum Kampfe um die Niederringung der Bourgeoisie, bis zur Zertrümmerung des bürgerlichen Staates durch Generalstreik und Aufstand – das ist Massenpolitik, entgegen der betrügerischen Führerpolitik des parlamentarischen Systems, der Politik des Kuhhandelns, des Ministerschachers, der Volksausplünderung und Volksentrechtung!

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein! Dieses eherne Wort aus dem Kommunistischen Manifest mahnt, warnt die werktätigen Massen in letzter Stunde: Laßt euch nicht betören, laßt euch nicht einfangen, laßt euch nicht einlullen! Alle eure Nöte können nicht bezwungen, alle eure Sehnsucht, euer Glücksverlangen kann nicht befriedigt werden, wenn ihr nicht selbst unter zielklarer Führung eure Geschicke in die Hände nehmt.

Aus dem Referat auf der 2. Parteikonferenz der KPD in Berlin am 3. November 1928

Gerade der Widerspruch zwischen den Produktivkräften und der Frage der Absatzmärkte, wie er sich in den wichtigsten kapitalistischen Ländern zeigt, bildet die Basis, auf der sich die imperialistischen Gegensätze verschärfen. Zwei Achsen zeigen sich hinsichtlich des heranreifenden Weltkrieges: einmal der Gegensatz zwischen Amerika und England, zum anderen die allgemeine Koalition der Imperialisten unter Führung der französisch-englischen Entente gegen Sowjetrußland. Dieser zweite Gegensatz ist die eigentliche Hauptachse, um die sich die allgemeinen Gruppierungen vollziehen und der sich die Gegensätze zwischen den Imperialisten unterordnen. Die Gegensätze der imperialistischen Mächte untereinander werden dadurch nicht beseitigt, aber sie verstärken den sowjetfeindlichen Kurs.

Nun zur Lage in Deutschland. Hier zeigt sich folgender Prozeß: Wir sehen eine rasche ökonomische Entwicklung, starke Vertrustung, hohes technisches Niveau auf der einen und die durch den Kriegsausgang eingeschnürten Möglichkeiten für Kapitalanlage und Absatz im Ausland auf der anderen Seite. Daraus ergibt sich die gesteigerte Aktivität der deutschen Imperialisten in der Außenpolitik, ihr aggressives Auftreten, um auf dem Weltmarkt und in der Weltpolitik eine wichtige Rolle zu spielen. So sehen wir die Forderung in Deutschland nach Neuaufrüstung, die Forderung auf Anschluß Österreichs, der Beseitigung des polnischen Korridors, das Verlangen nach Rheinlandräumung ohne Gegenleistung. Hier knüpfen die gemeinsamen Bestrebungen Englands und Frankreichs an, um Deutschland in den Block gegen die Sowjetunion einzureihen . . .

Alle diese Tatsachen zeigen, daß der VI. Weltkongreß mit vollem Recht die Aufgaben der Komintern gegen die Kriegsgefahr in den Mittelpunkt unserer gesamten Aufgaben gestellt hat. Diese Frage des Krieges wurde bereits auf dem VIII. Plenum [des EKKI] erläutert. Der VI. Weltkongreß konnte auf den Kriegsthesen des VIII. Plenums aufbauen, denen er die neuen Erfahrungen und Ereignisse für die Aufgaben der kommunistischen Parteien zugrunde legte. Solche neuen Erscheinungen sind einmal in der Politik der Sowjetunion in der Abrüstungsfrage und bei der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes /17/ zu erblicken. Die Unterzeichnung des Kellogg-Paktes durch die Sowjetunion war naturgemäß für die Imperialisten äußerst unangenehm. Hätte Sowjetrußland den Pakt nicht unterzeichnet, so würden die Imperialisten der ganzen Welt das gegen Sowjetrußland ausgenutzt haben.

Die Zweite Internationale möchte aus unserer Feststellung, daß die Kriege in der Epoche des Imperialismus unvermeidlich sind, die heuchlerische Schlußfolgerung ziehen, daß die Komintern im Interesse der Weltrevolution zum Kriege treibt. In unseren eigenen Reihen gibt es solche Auffassungen naturgemäß nicht. Aber hier finden wir solche Gedankengänge: Der Krieg müsse erst kommen, ehe wir den revolutionären Aufstand durchführen können. Das ist ein falscher Standpunkt. Der Reformismus sagt den Massen, die großen Trusts und Monopole hätten Interesse am Frieden. Wir müssen den Beweis antreten, daß erst durch den Sieg der Revolution und Beseitigung des Imperialismus in allen kapitalistischen Ländern dem Krieg ein Ende bereitet wird. Und wir müssen uns darüber klar sein, daß wir nicht warten können, bis ein Krieg ausbricht, sondern daß es unsere Pflicht ist, jederzeit auf die Revolution hinzuarbeiten.

Wenn wir nun die Frage aufwerfen, ob unsere allgemeine revolutionäre Arbeit im internationalen Maßstabe, zusammen mit der Existenz der Sowjetunion, den Kriegsbeginn verhindern oder doch erschweren kann, so müssen wir feststellen: Beständen nicht die Komintern und die Sowjetunion, dann wären wir wahrscheinlich schon mitten im Kriege. Um so mehr müssen wir unsere revolutionäre Arbeit als die einzige Form des Kampfes gegen den Krieg verstärken. Ein entscheidendes Problem ist dabei die Verbindung der Tageskämpfe mit den Fragen der imperialistischen Kriegsgefahr und der Bedrohung der Sowjetunion. Hier besteht eine große Lücke in unserer Politik. Wir müssen bei jeder Frage die Arbeiterschaft auf den Krieg hinweisen. Einen aktiven Kampf gegen die Kriegspolitik des Imperialismus können wir nur führen, wenn wir jeden Tageskampf der Arbeiterschaft, jeden Kampf um Lohnerhöhung oder Arbeitszeitverkürzung, jeden Kampf gegen Steuern, Zölle, gegen sozialpolitischen Abbau, gegen die Rüstung, gegen die Herabdrückung des Mittelstandes und der Kleinbauern ins Elend – wenn wir diese Kämpfe mit der Frage des Imperialismus verbinden.

Aus der Rede in Berlin am 8. Mai 1929

Während früher der 1. Mai mehr für Forderungen auf sozialpolitischem Gebiet eine Demonstration bildete, demonstrierte die Arbeiterschaft in den letzten Jahren am 1. Mai mehr und mehr für die revolutionären Grundaufgaben des Proletariats. Revolutionäre Kämpfe werden immer abwechselnd Sieg und Niederlage mit sich bringen. Aber an diesem 1. Mai 1929 ging es um die nackte Forderung der Bourgeoisie an die SPD, das revolutionäre Proletariat auf den Straßen Berlins niederzuschlagen. Das Verbot der «Roten Fahne» und des RFB zeigt nur das Anfangsstadium erhöhter Maßnahmen der Bourgeoisie, die den Vormarsch der Kommunistischen Partei fürchtet.

Die Kommunistische Partei solidarisiert sich völlig mit denjenigen, die auf den Barrikaden gestanden haben. Die Berliner Ereignisse haben einen ungeheuren Heroismus innerhalb der revolutionären Arbeiterschaft gezeigt, der die Sympathie des gesamten Proletariats der Welt gehört. Unbewaffnete bauten Barrikaden, um den Terror der Polizei abzuwehren. Am Grabe der toten Arbeitsgenossen erklärt die KPD, den Staatsapparat zu zerbrechen, wenn die Stunde der Geschichte uns rufen wird.

Trotz des Verbots des RFB werden die Roten Frontkämpfer weiter ihre Pflichten erfüllen und dem Verbot keine Folge leisten . . .

Das Andenken an die Toten des 1. Mai wird immer für die revolutionäre Arbeiterschaft ein Ansporn sein.

Interpellation der Reichstagsfraktion der KPD vom 10. Mai 1929

Durch Verfügung vom 3. Mai 1929 hat der preußische Minister des Innern mit Zustimmung der Reichsregierung den Roten Frontkämpferbund e. V., einschließlich der Roten Jungfront und der Roten Marine, mit allen seinen Einrichtungen aufgelöst und das Vermögen der betreffenden Organisationen zugunsten des Reiches beschlag-

17 Gemeint ist der am 27. August 1928 abgeschlossene internationale Kriegsächtungsvertrag.

nahmt. Der Reichsminister des Innern hat ferner die Auflösungsverordnung des Roten Frontkämpferbundes durch die preußische Regierung auch allen anderen Landesregierungen übermittelt mit dem ausgesprochenen Zweck, daß auch diese Regierungen sofort das Verbot aussprechen.

Nach dem Demonstrationsverbot in Berlin und Hamburg, nach dem blutigen Vorgehen der Berliner Polizeiorgane unter Führung des Polizeipräsidenten Zörgiebel, nach dem Verbot der «Roten Fahne» ist dies ein neuer, schwerer Vorstoß der Reichsregierung gegen die Arbeiterschaft, der auf die Forderung des Trustkapitals erfolgt, um die neue Offensive zur Herabdrückung des Lebensniveaus der Arbeiterklasse und die ungestörte Vorbereitung der imperialistischen Kriegspolitik und die Kriegsvorbereitungen gegen die proletarische Sowjetunion sicherer durchführen zu können. Während die faschistischen Organisationen, wie der Stahlhelm, unter dem Schutz und Protektorat der Reichsregierung immer offener und provokatorischer auftreten und die Arbeiterschaft terrorisieren, während Jungdo und Reichsbanner sich immer mehr mit dem Stahlhelm verbinden und immer mehr in den Dienst der imperialistischen Kriegsvorbereitungen gestellt werden, wird auf Wunsch und auf Forderung der gesamten Bourgeoisie und der sozialdemokratischen Parteiführung durch die Reichsregierung Hermann Müller der Rote Frontkämpferbund, die proletarische Kampforganisation, verboten, unterdrückt.

Die deutsche Arbeiterklasse soll der Diktatur der Kapitalisten und ihren Kriegsplänen gegenüber wehrlos gemacht werden. Die Begründung des RFB-Verbots mit der Durchführung des Gesetzes über die Ausführung des Versailler Vertrages ist überaus bezeichnend für den außenpolitischen Charakter dieses Schrittes, für die damit ausgesprochene offene Bereitwilligkeit an der Teilnahme der geplanten Kriegszüge gegen den proletarischen, sozialistischen Arbeiter-und-Bauern-Staat.

Das Republikschutzgesetz, das einst beschlossen wurde, um angeblich dem Kampf gegen rechts zu dienen, wird jetzt wiederum benutzt als Mittel zur Unterdrückung des Kampfes der Arbeitermassen, der notwendigen Abwehr aller Werktätigen gegen die immer brutaler werdende Trustdiktatur.

Auch dieses Gesetz wird rein willkürlich von der preußischen Regierung mit Zustimmung der Reichsregierung angewendet, ohne daß der preußische Innenminister in seiner Auflösungsverordnung irgendwelche Tatsachen zur Begründung des Verbots anführt, obwohl selbst nach diesem Gesetz Verbote nur zulässig sind, wenn dafür bestimmte Tatsachen vorliegen.

Das ungeheuerliche Vorgehen der Berliner Polizeiorgane unter verantwortlicher Führung des Polizeipräsidenten Zörgiebel gegen die wehrlose Bevölkerung Berlins im Anschluß an die Maidemonstration soll jetzt auch noch dazu dienen, das seit langem geplante und vorbereitete Verbot des Roten Frontkämpferbundes zu begründen.

Über diese neue Provokation der Arbeiterschaft herrscht in allen Schichten der Werktätigen ohne Unterschied der Organisation die größte und stärkste Empörung und Erregung. Überall wird die sofortige Aufhebung des Verbots des Roten Frontkämpferbundes gefordert.

Ebensowenig wie die revolutionäre Sozialdemokratie sich durch das Bismarcksche Sozialistengesetz verbieten und unterdrücken ließ, ebensowenig läßt sich der Rote Frontkämpferbund, die Wehr- und Schutzorganisation des kämpfenden Proletariats, verbieten und unterdrücken.

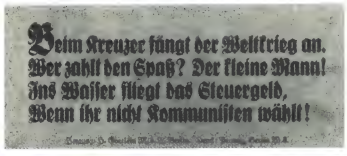
Ist die Reichsregierung bereit, zu der Forderung der gesamten Arbeiterschaft auf schleunigste Aufhebung des Verbots sofort im Reichstag Stellung zu nehmen und sich wegen des neuen schweren arbeiterfeindlichen Schrittes im Reichstag zu erklären?

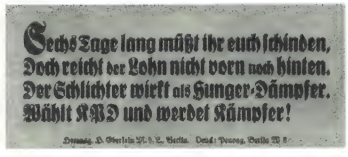
Berlin, den 10. Mai 1929

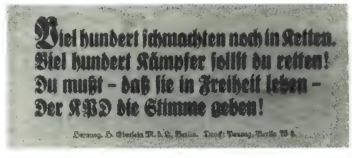
Thälmann, Leow, Adler, Dr. Alexander, Frau Arendsee, Bertz, Blenkle, Buchmann, Dahlem, Dengel, Dietrich (Berlin), Ewert (Thüringen), Florin, Geschke, Gräf (Dresden), Höllein, Hoernle, Jadasch, Kippenberger, Koenen, Kollwitz, Maddalena, Maslowski, Meyer (Franken), Münzenberg, Frau Overlach, Papke, Rädel, Repschläger, Schmitt (Merseburg), Schneller, Schumann (Leipzig), Stoecker, Torgler, Ulbricht (Westfalen), Vogt (Westfalen)

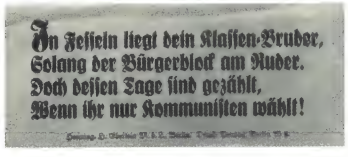
Ernst Thälmann und John Schehr (1. Reihe, 2. von links) an der Spitze einer Demonstration der KPD in Altona am 4. Mai 1928 zur Reichstagswahl

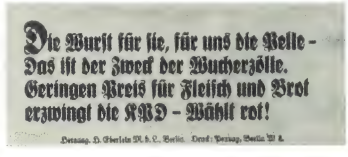
Klebezettel der KPD zur Reichstagswahl am 20. Mai 1928

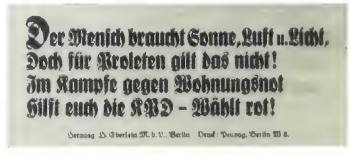






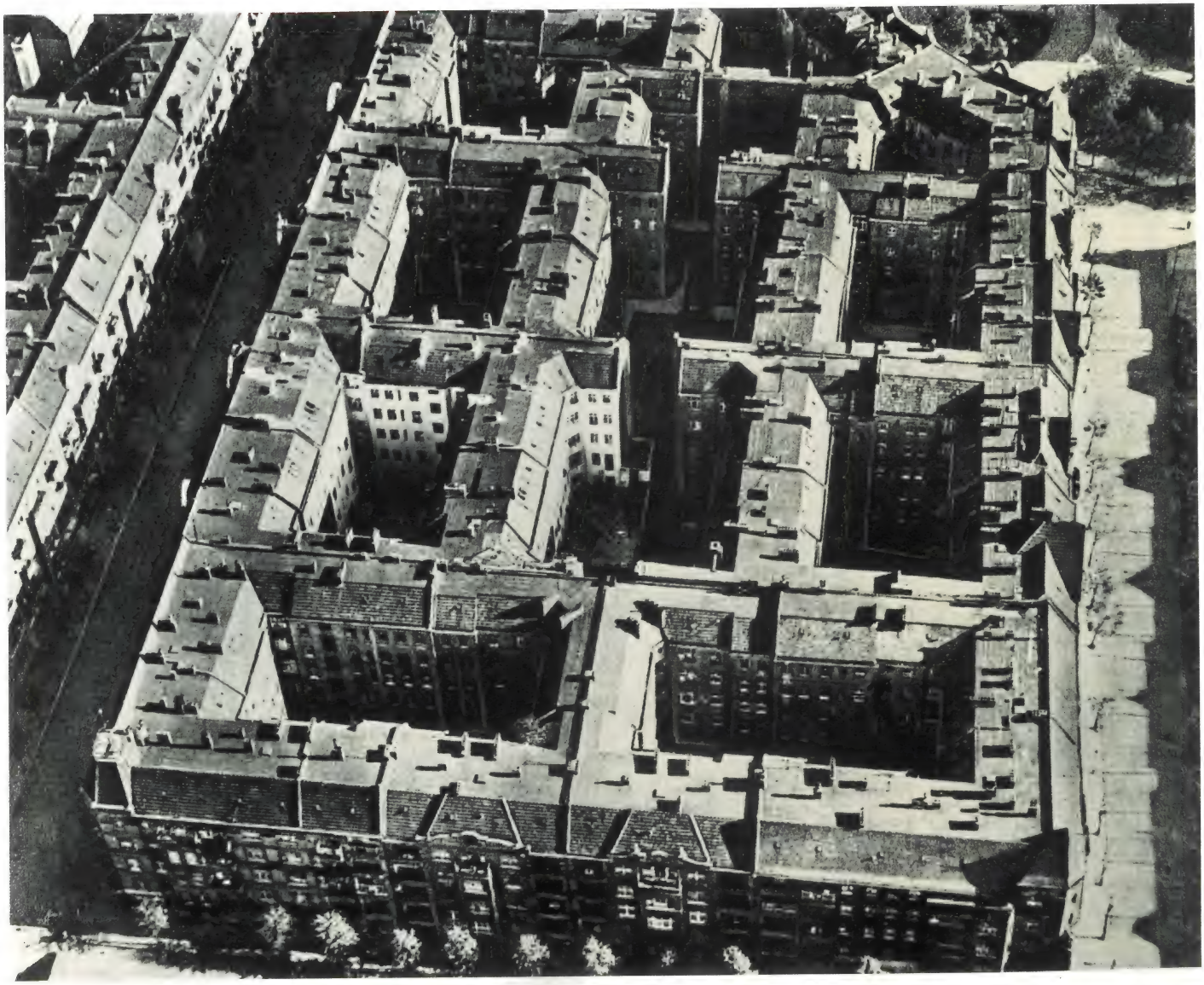




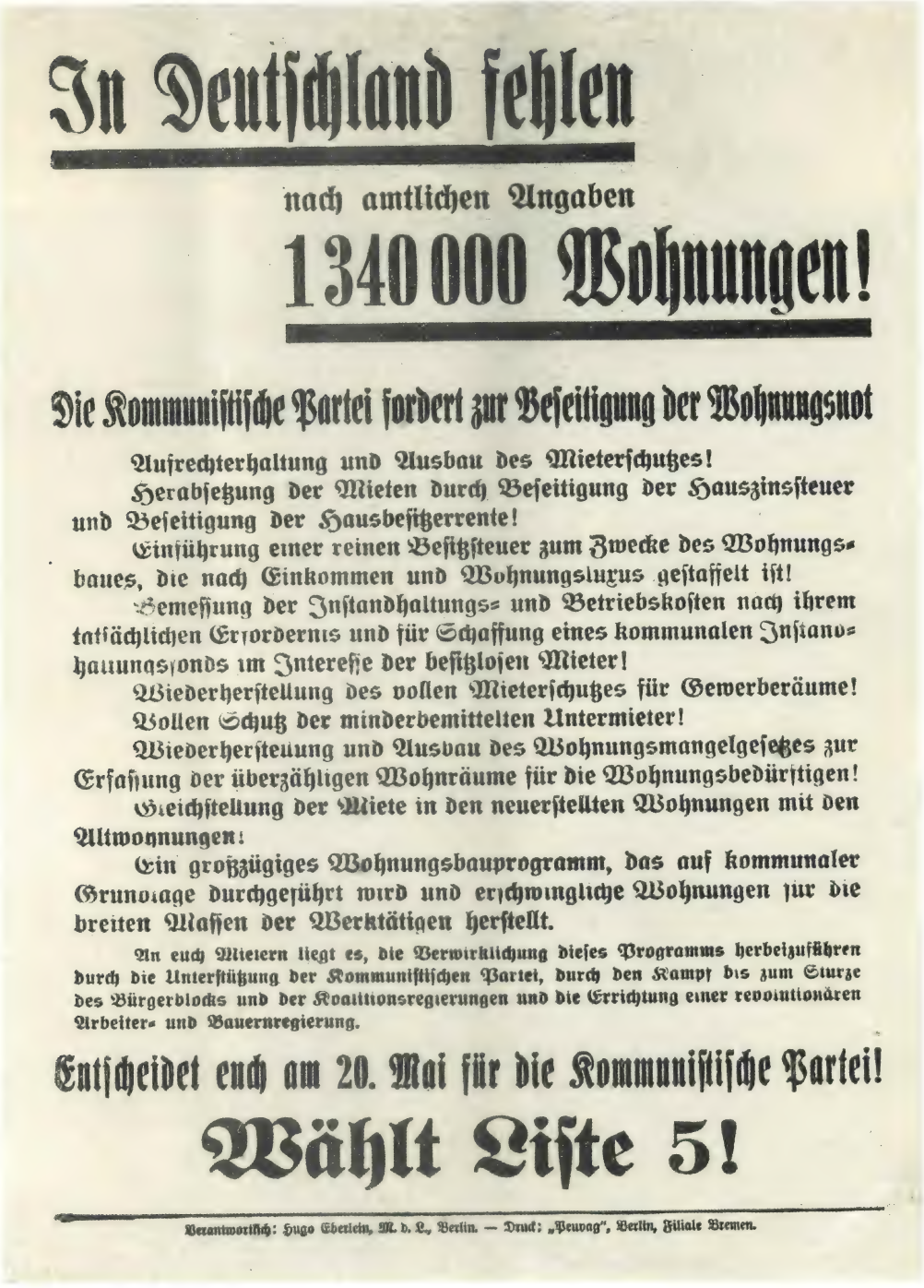


Wohnungselend

Berliner Mietskasernen



Plakat der KPD zur Reichstagswahl am 20. Mai 1928



In Deutschland fehlen

nach amtlichen Angaben

1 340 000 Wohnungen!

Die Kommunistische Partei fordert zur Beseitigung der Wohnungsnot

Aufrechterhaltung und Ausbau des Mieterschutzes!

Herabsetzung der Mieten durch Beseitigung der Hauszinssteuer und Beseitigung der Hausbesitzerrente!

Einführung einer reinen Besitzsteuer zum Zwecke des Wohnungsbaues, die nach Einkommen und Wohnungsluxus gestaffelt ist!

Bemessung der Instandhaltungs- und Betriebskosten nach ihrem tatsächlichen Erfordernis und für Schaffung eines kommunalen Instandhaltungsfonds im Interesse der besitzlosen Mieter!

Wiederherstellung des vollen Mieterschutzes für Gewerberäume!

Vollen Schutz der minderbemittelten Untermieter!

Wiederherstellung und Ausbau des Wohnungsmangelgesetzes zur Erfassung der überzähligen Wohnräume für die Wohnungsbedürftigen!

Gleichstellung der Miete in den neuerstellten Wohnungen mit den Altwohnungen!

Ein großzügiges Wohnungsbauprogramm, das auf kommunaler Grundlage durchgeführt wird und erschwingliche Wohnungen für die breiten Massen der Werktätigen herstellt.

An euch Mietern liegt es, die Verwirklichung dieses Programms herbeizuführen durch die Unterstützung der Kommunistischen Partei, durch den Kampf bis zum Sturze des Bürgerblocks und der Koalitionsregierungen und die Errichtung einer revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung.

Entscheidet euch am 20. Mai für die Kommunistische Partei!

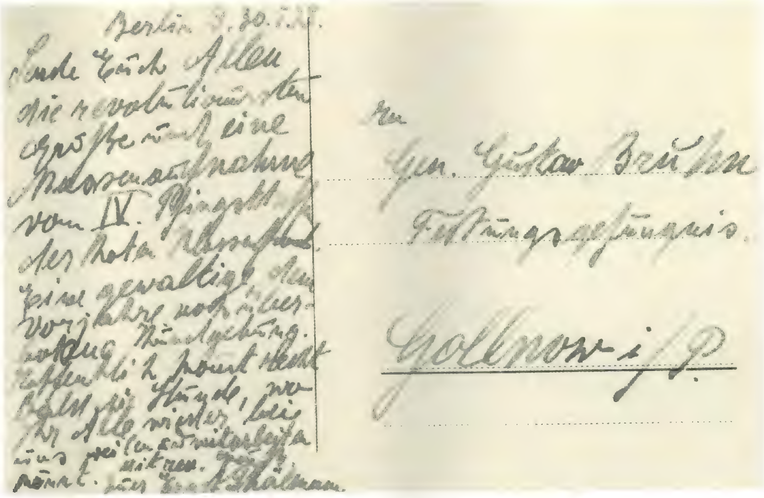
Wählt Liste 5!

Verantwortlich: Hugo Eberlein, M. d. L., Berlin. — Druck: „Peuvag", Berlin, Filiale Bremen.

4. Reichstreffen des RFB

Kundgebung mit Ernst Thälmann im Berliner Lustgarten am 27. Mai 1928 während des 4. Reichstreffens des RFB

Karte Ernst Thälmanns an in der Festung Gollnow inhaftierte Kommunisten, 30. Mai 1928 (Vorder- und Rückseite)



Berlin [illegible]
Sende Euch Allen
die revolutionärsten
Grüße und eine
Massenaufnahme
vom IV. Pfingsttreffen
der Roten [illegible]
[illegible] gewaltig [illegible]
Vorjahre [illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible] Alle wieder [illegible]
[illegible] mitarbeiten
[illegible] Thälmann

An
Gen. Gustav Brühn
Festungsgefängnis
Gollnow i/P.

Gegen Aufrüstung und Polizeiterror

Demonstration vor dem Karl-Liebknecht-Haus in Berlin gegen den Panzerkreuzerbau, Herbst 1928

Panzerkreuzer A, das spätere Panzerschiff «Deutschland» der faschistischen Kriegsmarine

Ernst Thälmann spricht am Grabe der Opfer des Polizeiterrors vom 1. Mai 1929 auf dem Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde, 8. Mai 1929

Polizeiterror in der Kösliner Straße in Berlin-Wedding am 1. Mai 1929

Ernst Thälmann grüßt in der Kösliner Straße in Berlin-Wedding am 1. Mai 1930 die Demonstranten. Sie gedachten der ein Jahr zuvor von der Polizei erschossenen Arbeiter

K.P.D.

Eine Ehe, in der die Frau Kampfgefährtin des Mannes ist

Irma Thälmann
Erinnerung

Im Sommer war es für mich das allerschönste, wenn Vater am Sonnabend erklärte: «Morgen in der Frühe geht es nach Blankenese.» Dann war meine Freude riesengroß. Vater hob mich hoch, schwenkte mich durch die Stube, und wir freuten uns auf die schönen Stunden am Elbestrand.

Diese Ausflüge nach dem Ausflugsort Hamburg-Blankenese waren aus dem Leben vieler Hamburger Arbeiter nicht wegzudenken. Dort kamen die Arbeiter nach einer Woche harter Arbeit zusammen, um sich ein wenig zu erholen. Dort wurde gebadet, gespielt und diskutiert. Alle kannten sich, und wenn die Auseinandersetzungen auch noch so heftig waren – die Arbeiter verstanden und achteten sich. Sie waren eine große Familie. Auch Vater saß gern am Elbestrand. Er las viel, schaute auf die vorüberziehenden Elbkähne und war froh inmitten der Menschen, die er so sehr liebte. Vor allem aber nutzte er jede Gelegenheit, um mit den Hafenarbeitern, den Kumpeln von den Werften zu sprechen und sie nach ihren Sorgen zu fragen. Er erkundigte sich, wie es in den Betrieben aussah, und gab den Arbeitern klare und praktische Ratschläge für ihren täglichen Kampf.

Oft aber tollte er mit uns Kindern am Strande umher, schwamm mit uns um die Wette und beteiligte sich am Ballspiel. Vater sagte häufig: «Sport macht Freude, aber er ist auch notwendig, um uns für den Lebenskampf abzuhärten.»

Am Strande waren Genossen, parteilose und sozialdemokratische Arbeiter. Sie bildeten Diskussionsgruppen, und oft gab es heftige Auseinandersetzungen, in die Vater immer wieder eingriff.

«Denkt doch daran», sagte er den Arbeitern, «die fünf Finger einer Hand können einzeln nicht viel verrichten. Erst wenn man sie zur Faust ballt, werden sie eine Kraft!»

Die Gespräche, bei denen Vater besonders den Arbeitern der Großwerft «Blohm und Voß» manchen guten Ratschlag für ihre Streiks gab, dauerten häufig bis in die späten Abendstunden. Die Frauen, auch Mutter, drängten abends zum Heimgehen; denn wir Kinder mußten rechtzeitig ins Bett. Vater sagte dann zur Mutter: «Rosa, diese Stunden mit den Kumpeln vom Hafen und von der Werft sind für mich wichtig. Ich erfahre, was sie bedrückt, und bekomme wertvolle Hinweise für meine politische Arbeit.»

Friedrich Dettmann
Erinnerung

Rosa Thälmann lernte ich 1919 kennen als die Frau des Arbeiters Ernst Thälmann, des Vorsitzenden der Hamburger USPD. Nach dem Vereinigungsparteitag des Spartakusbundes und der USPD 1920 wurde der Genosse Ernst Thälmann der Führer dieser einheitlichen Arbeiterpartei in Hamburg, und an den Besprechungen über den einzuschlagenden Weg beteiligte sich Rosa. Sie sah alle Dinge einfach und klar. Dabei war sie sehr pflichtbewußt gegenüber der Arbeiterschaft, und dasselbe Pflichtbewußtsein konnte ich bei ihr in all den Jahren bis 1933 gegenüber der Partei, unserem Ernst und ihrer Tochter Irma immer feststellen.

Wie auch unser Ernst beruflich tätig war, ob als Arbeitsvermittler beim Arbeitsamt oder als Hafen- und Werftarbeiter oder in seiner Tätigkeit als Vorsitzender der KPD und als Reichstagsabgeordneter: Rosa Thälmann blieb die einfache, wahrheitsliebende Arbeiterfrau und war für die Kommunistische Partei in ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit der unentbehrliche, der Öffentlichkeit nicht sichtbare, rastlos tätige KPD-Funktionär. Ohne jemals verbittert zu sein, hat sie mit ihrem Manne alle Entbehrungen der Arbeitslosigkeit, Streiks und illegale Verfolgungen als selbstverständliche Opfer des Freiheitskampfes der Arbeiterschaft empfunden, ohne jemals darüber ein Wort der Klage zu führen.

Aus dem Brief an Rosa Thälmann

Meine liebe Rosa! [Berlin,] den 22. März 1937

. . . Du und ich, wir sind von jeher gewöhnt, alles miteinander zu teilen, sei es Schweres, sei es Frohes. Die Geschichte unserer Ehe beginnt in der Wilhelminischen Epoche, sie durchlebte den Weltkrieg und die ganze Weimarer Periode, sie durchlebt jetzt die letzte, unsere bisher schwerste Schicksalszeit. Es würde zu weit führen, einzelne Erlebnisse der verflossenen Kampfjahre zu schildern, doch eins wissen wir: Unser Leben erfreut sich nicht nur des inneren seelischen Reichtums, es ist auch voll von vielseitigen Erfahrungen, die wir auf den verschiedensten Gebieten im Verlauf der Jahre in uns aufnahmen. Aber nicht getrennt vom Leben und Schaffen des Volkes haben wir uns diese reichen Erfahrungen, diese unbezahlbaren Schätze angeeignet, sondern inmitten des Alltags des schaffenden Volkes haben wir selbst im Strom des Lebens schwimmen gelernt und dabei manche Menschenkenntnis uns erworben . . . Gerade dieses Leben hat uns charakterlich gefestigt, hat uns so innig und treu miteinander verbunden und diese vollwertige Ehegemeinschaft geschaffen. In einer Ehe, wo die Frau Kampfgefährtin des Mannes ist, wie es bei uns selbstverständlich ist, ist man wirklich über alle Macht des Schicksals erhaben; denn ein solches Glück miterlebt, ja nur gekannt zu haben, ist schon sehr viel für einen Menschen . . . Indem wir aufeinander wirken, der eine den anderen ergänzt und man gegenseitig gibt und nimmt, entsteht diese wahre und gegenseitige Vereinigung, die durch das bloße Zusammenleben nicht erreicht wird. Man muß es selbst erfahren haben, um zu wissen, wie eine solche Ehe wirkt, was sie alles in uns entwickelt, welche Kraft dadurch in uns wächst, und man bedauert dann um so mehr alle diejenigen, denen dieses Glück nicht zuteil geworden ist . . . Diese Liebe ist das Band, das uns besonders in den Schicksalsjahren immer fester verknüpfte.

Nur in einer glücklichen und innerlich gesunden Ehe kann auch ein Kind so aufwachsen, daß es selbst das Rüstzeug und die innere Kraft zur eigenen Gestaltung seines späteren Daseins gewinnt. Wie glücklich ist unsere Irma doch zu schätzen! . . .

Dein lieber Ernst

Rosa und Irma Thälmann

Tarpenbekstraße 66

Irma Thälmann (1. Reihe, 2. von rechts) in einem Jungpionierlager bei Hamburg

Irma Thälmann

Tarpenbekstraße 66 in Hamburg-Eppendorf, 1930. In der zweiten Etage dieses Hauses wohnte die Familie Thälmann seit 1929

Im Kampf gegen die faschistische Gefahr

1929–1933

Um jede Handbreit des Bodens, den der Faschismus erobern will, kämpfen

Aus dem Referat auf der Tagung des Zentralkomitees der KPD am 14. März 1929

Worin zeigt sich die Zuspitzung der politischen Krise? Die politische Krise ist natürlich geboren aus den ökonomischen Schwierigkeiten – es sind Krisenelemente vorhanden –, aber die politische Krise zeigt sich an verschiedenen Beispielen: erstens an der Tatsache der Erschütterung des Parlamentarismus, was keiner leugnen kann; die letzten Wochen und Monate sind ein Beweis dafür: die lang andauernde Regierungskrise, die vom Jahre 1928 an dauert, der fortgesetzte Kurs der Verhandlungen über die Regierung, ohne daß eine Regierung auf dem Boden der Großen Koalition gebildet worden wäre. Alle bisherigen ernsten Regierungsverhandlungen sind in den letzten Wochen und Monaten völlig gescheitert . . .

Es kommt ferner hinzu, daß die Zentrumspartei ein bestimmtes Manöver inszeniert, weil bekanntlich die Linksentwicklung in den Zentrumskreisen eine bestimmte Bedeutung hat – wie in allen Parteien ein bestimmter Widerspruch ist zwischen der Rechtsentwicklung der Führer und der Linksentwicklung der Massen. Dieser Zustand ist auch in der Zentrumspartei zu verzeichnen. Zum Beispiel: Die Politik von Marx, von Brauns, von Stegerwald ist die wirklich reaktionäre Politik des rechten Flügels innerhalb des Zentrums . . .

Diese Gegensätze zwischen Führung und Massen in den bürgerlichen Parteien zeigen sich auch darin, daß zum Beispiel in den letzten Wirtschaftskämpfen die christlichen und Hirsch-Dunckerschen [Gewerkschaftsmitglieder] gemeinsam mit uns kämpften gegen die reformistische und christliche Bürokratie, daß eine wachsende Unzufriedenheit in den Volksmassen gegenüber der jetzigen Koalitionspolitik allgemein vorhanden ist, daß die Tatsache besteht, daß man – wie die Wehrpolitik der Sozialdemokratie zeigt – auch in der Kriegs- und Rüstungspolitik der deutschen Bourgeoisie nichts scheut, [ebensowenig] in der Frage der Kulturreaktion, der steigenden Erwerbslosigkeit, der langsamen Verarmung des Kleinbürgertums. Das alles spielt im Zusammenhang mit der Linksentwicklung eine wirklich ernste Rolle.

Nehmen wir zu diesen Tatsachen noch hinzu, daß wir uns in einer Krise des bürgerlichen Parteiensystems befinden, daß bald in jeder Partei eine Krise ist – vielleicht mit Ausnahme der [Deutschen] Demokratischen Partei, die nicht mehr die Rolle spielt. Es ist in der letzten Zeit unmöglich gewesen, irgendeine parlamentarische Mehrheit für die Bildung der Regierung zu bekommen. Wir sehen, daß die Bourgeoisie dazu übergeht, diese parlamentarische Herrschaft für unzulänglich zu halten, um damit ihre Aufgaben gegen das Proletariat und gegen die werktätigen Massen durchzuführen. Aus diesen Tatsachen entspringt eben der Ruf nach der Diktatur, der sich in letzter Zeit in Deutschland in verschiedenen Formen gezeigt hat . . .

Deshalb ist es für uns wichtig, die Tendenzen, die zur Entwicklung des Faschismus führen, klar aufzuzeigen. Wird sich die Entwicklung zum Faschismus von heute auf morgen vollziehen? Keineswegs. Wenn die Mittel der bürgerlichen Demokratie nicht mehr ausreichen, wird die Bourgeoisie sich neue Methoden aussuchen im Kampfe gegen die revolutionäre Front. Sie hat verschiedene Methoden.

Aus dem Referat auf dem 12. Parteitag der KPD in Berlin am 10. Juni 1929

Dieser Vormarsch des Faschismus in Deutschland liegt in der Linie der allgemeinen Faschisierung der bürgerlichen Herrschaftsmethoden. Um die Arbeiterschaft zu knebeln, setzt die Bourgeoisie ihren ganzen Unterdrückungsapparat des Staates in Bewegung. Ich erinnere an den neuen von Severing vorgelegten Strafrechtsgesetzentwurf über die Änderung des Vereins-, Versammlungs- und Demonstrationsgesetzes. Dies wird wahrscheinlich eine der reaktionärsten Gesetzesänderungen sein, die wir bis jetzt erlebt haben . . .

In organisatorischer Beziehung stelle ich folgende Aufgaben in den Vordergrund. Dabei will ich einige Probleme herausgreifen und unterstreichen, damit die Partei auf diesem Gebiete ihre Arbeit verstärkt: Größte Verstärkung unserer Arbeit in den wichtigsten Großbetrieben, sofortige Inangriffnahme der Schaffung und des Ausbaus des revolutionären Vertrauensmännersystems.

Was bedeutet ein revolutionäres Vertrauensmännersystem in den Betrieben? Das heißt, daß die revolutionäre Politik der Partei eine breite politische Grundlage in den Großbetrieben erhält. Wir brauchen ein verzweigtes System unserer Kampfesorganisationen in den Massen. Wir haben schon verschiedene Formen der Einheitsfrontorgane. Wir haben unter anderem die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die in den Betrieben und in den Gewerkschaften ihre Tätigkeit im revolutionären Sinne für das Proletariat, für den Klassenkampf durchführt. Wir haben die Zelle der Partei, die das politische Zentrum dieses Organisationssystems ist und die in den wichtigsten Großbetrieben und in allen Betrieben die eigentliche Kon-

trolle der revolutionären Arbeit durchzuführen hat. Aber das genügt noch nicht. Wir müssen sofort dazu übergehen, ein revolutionäres Vertrauensmännersystem zu schaffen und auszubauen, um alle mit uns sympathisierenden Schichten des Proletariats, die parteilosen, auch klassenbewußte Arbeiter, die zum Teil in der Sozialdemokratie sind und mit uns gemeinsam in den Betrieben zu kämpfen bereit sind gegen Kapitalismus und Reformismus, in unsere revolutionäre Front einzubeziehen. Das revolutionäre Vertrauensmännersystem wird unter der Illegalität und beim Ausbruch des Krieges die größte Bedeutung haben, aber auch jetzt, in Vorbereitung der revolutionären Kämpfe, wird eine solche Organisation, ein solches Organisationsnetz die breite Grundlage bilden, auf der wir den Kampf um die Mehrheit der Arbeiter in den Betrieben mit Erfolg durchführen werden.

Wir müssen ferner die höchste Kraft entfalten in der Gewinnung der Arbeiterinnen, die eine besondere Rolle in den Metall-, Chemie-, Textil-, in den kriegswichtigen Betrieben spielen. Das darf nicht nur eine Ressortaufgabe sein, sondern ist die ernsteste Aufgabe der Gesamtpartei. Ferner muß die Eroberung der Jugend für unsere Sache mit der größten Energie betrieben werden. Die Jugend, die heute im kapitalistischen Produktionsprozeß zu schärfster Ausbeutung verurteilt ist, ist noch nicht so vom Geiste des Reformismus verseucht wie die ältere Generation. Sie wächst in dem Prozeß des größten sozialen Elends auf und ist daher am meisten unseren revolutionären Ideen zugänglich. Die arbeitende Jugend für die KPD und den Kommunistischen Jugendverband zu gewinnen ist eine der wichtigsten Aufgaben.

Neben diesen beiden besonderen Schichten ist noch eine Schicht, auf die wir unsere Aufmerksamkeit bisher zu wenig oder gar nicht konzentrierten, das sind die Landarbeiter und -arbeiterinnen. Ihrer Zahl und ihrer Bedeutung nach, da die Landarbeiter Blut vom Blut und Fleisch vom Fleisch der Arbeiterklasse sind, und angesichts der Tatsache, daß die Landarbeiter stark unter faschistischem Einfluß stehen und auch die Sozialdemokratie gewisse Stützpunkte in diesen Kreisen hat, müssen wir auf diesem Gebiete unsere Anstrengungen verzehnfachen und unsere Methoden der Arbeit wesentlich ändern.

Lenin sagte einmal: Ohne Gewinnung der Landarbeiter ist keine Organisierung der proletarischen Revolution möglich.

Eine besondere Frage, die ich nur kurz anschneiden will, trotzdem sie von größter politischer Wichtigkeit ist, ist die Frage der Arbeit unter den Erwerbslosen. Wenn wir nicht verstehen, die Erwerbslosen unter unsere Führung zu bringen, gegen den Abbau der materiellen und politischen Rechte den schärfsten Kampf zu führen und die Erwerbslosen gemeinsam mit den im Betrieb stehenden Arbeitern zu einer Kampfesfront zusammenzuschmieden, können diese Schichten des Proletariats manchmal unbewußt eine solche Entwicklung nehmen, die für den revolutionären Klassenkampf schädlich und gefährlich ist. Deswegen größte Aufmerksamkeit diesen Schichten des Proletariats.

Eine weitere wichtige organisatorische Aufgabe ist die höchste Steigerung der Tätigkeit und stärkere Organisierung der revolutionären Gewerkschaftsopposition,die Zusammenfassung, Schulung und Politisierung der Betriebsräte, ihre systematische Verbindung mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition und den revolutionären Vertrauensmännern in den Betrieben. Außerdem als weitere organisatorische Hauptaufgabe: erhöhte Arbeit in den proletarischen Massenorganisationen, höchste Anspannung unserer Kräfte namentlich in den Gewerkschaften, in den Sport- und Kulturorganisationen.

Nun zu den Aufgaben auf dem innerparteilichen Gebiet. Dies ist eines der wichtigsten Gebiete unserer Arbeit deswegen, weil von der revolutionären Aktivität und Mobilisierung unserer Mitgliedschaft auch die Mobilisierung des Gesamtproletariats abhängt: Die Umstellung der Partei auf die neuen Kampfbedingungen verlangt eine ernste Arbeit der Partei, die sofort in Angriff genommen werden muß. Ich glaube, daß die Genossen verstehen, was in diesem Stadium zu tun ist. Die Vorbedingungen dafür sind Aktivierung der Mitgliedschaft, Entwicklung der Selbstinitiative, Heranziehung und Schulung neuer proletarischer Kader.

Wir müssen jene Schichten, die am stärksten ausgebeutet sind und die voll von revolutionärer Energie sind, stärker als bisher heranholen und in die Führerkader der Partei einbeziehen. Neue Kräfte, neues Arbeiterleben müssen in der Partei pulsieren . . .

Eine weitere Aufgabe ist die straffste Disziplin als Voraussetzung des raschen und elastischen Reagierens in jeder Situation. Wir können unsere Kampfesformen der Taktik von heute auf morgen nur umstellen und ändern, wenn wir in unseren Reihen die größte Disziplin, die Disziplin einer proletarischen Armee, haben. Nur durch die revolutionäre Disziplin auf der Grundlage der inneren Demokratie der Partei, der Selbstentfaltung der Massen können wir neue Energiequellen der Arbeitermassen entwickeln . . .

Im Rahmen unserer neuen Taktik müssen wir auch neue Formen und einen neuen Ton der Agitationsmethoden anwenden: Die Arbeiter müssen das Gefühl und die Überzeugung haben, daß die große Idee des Kommunismus ihre Befreiung und die Kommunistische Partei eine Partei der Arbeiter für die Arbeiter ist. Die Partei wird wirklich auf diesem Gebiete ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn sie frei von jeder bürgerlichen Sentimentalität, aber auch frei von jeder Überheblichkeit die Lebensnöte der Arbeiterklasse fühlt und ihre Interessen vertritt. Wenn wir dies in echt proletarischer Kameradschaftlichkeit tun, dann werden wir das Vertrauen der Massen erobern und bei ihnen das Gefühl erzeugen, daß wir sie lieben und mit ihnen den Kampf bis zur Entscheidungsschlacht durchzuführen entschlossen sind.

Höchste Opferwilligkeit in unseren eigenen Reihen, nicht nur auf politischem, sondern auch auf materiellem Gebiet! Im Kampfe mit dem Klassenfeinde müssen wir unsere Positionen bis zum Äußersten verteidigen; kein Kommunist darf von dem Posten weichen, auf den ihn die Partei gestellt hat; selbst unter den härtesten Kampfbedingungen müssen wir unsere revolutionären Pflichten ohne Schwankungen erfüllen.

Das müssen wir auf dem Parteitag fordern, weil die Schwierigkeiten immer größer werden. Wir können aber alle Schwierigkeiten leichter überwinden, wenn wir in unseren eigenen Reihen die vollständige Einheit und Geschlossenheit wahren. Wir müssen alle Schwankungen, Fehler und Mängel beseitigen, wir müssen die Durchführung der Beschlüsse der Partei unter eine systematische Kontrolle stellen.

12. Parteitag der KPD

Ernst Thälmann spricht auf dem 12. Parteitag der KPD in Berlin-Wedding, Juni 1929

Blick auf die Delegierten des 12. Parteitages der KPD

Proletarischer Selbstschutz gegen Terror der Reaktion

Wiederholt wurde das Karl-Liebknecht-Haus in Berlin polizeilich durchsucht und besetzt

Nazidemonstration unter Polizeischutz in Berlin, 1930

DER ROTE STERN

Juli 1929

Jahrgang 6 Nr. 15

REIH' DU DICH EIN, PROLET!

Bilder vom 14. Kreisfest der ausgeschlossenen Opposition im 1. Kreise des Arbeiter-Turn- und Sportbundes

Die arbeitende Jugend zu gewinnen ist eine der wichtigsten Aufgaben

Entwurf des Artikels vom November 1929:
Zum 10. Jahrestag
der Kommunistischen Jugendinternationale

Wir treten in eine Zeit gewaltiger revolutionärer Schlachten ein. Drohend erhebt der Faschismus in allen Ländern sein Haupt, die Stunde des imperialistischen Überfalls auf unser Vaterland, die Sowjetunion, rückt näher. Zugleich erheben sich mit wachsender Kraft und Entschlossenheit die Massen der Ausgebeuteten und Unterdrückten zum revolutionären Kampfe.

In einer solchen Zeit sehen wir die proletarische Jugend in den vordersten Reihen unserer Kampffront. Die Jugend, weniger als die älteren Klassengenossen von reformistischen Vorurteilen belastet, weniger zugänglich den Drohungen und Verlockungen der Bourgeoisie, stellt im wirtschaftlichen und im politischen Kampf unsere Kerntruppen.

Die proletarische Jugend, die vor 15 Jahren unter den ersten war, die mit Lenin und Liebknecht das Banner des proletarischen Internationalismus /1/ gegen den Imperialismus und den Sozialchauvinismus erhoben, die in den 10 Jahren des Kampfes der KJI in allen Ländern den Kampf gegen den Opportunismus, dieses schleichende Gift in unseren Reihen, mit der größten Entschlossenheit unterstützt hat, sie ist auch jetzt in der Zeit schärfster Klassenkämpfe das Sturmbataillon der internationalen proletarischen Armee.

Aber noch stehen Millionen vom Kapitalismus getretene und geschundene Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen abseits. Noch sind unsere Jugendverbände nicht die Organisationen, die in allen Kämpfen der Jungarbeiterschaft an der Spitze stehen. Darum gilt am 10. Jahrestage unserer Jugendinternationale die Parole: Tiefer hinein in die Massen! Kein Betrieb ohne Jugendzelle! Kein Arbeitskampf ohne Jugendgenossen in der Führung! Vorwärts zur wahren revolutionären Massenorganisation des Jungproletariats!

Aus der Rede auf dem 5. Reichsjugendtag des KJVD
in Leipzig am 20. April 1930

Eine entscheidende Entwicklung der kommunistischen Jugendbewegung liegt seit dem 4. Reichstreffen des KJVD in Düsseldorf hinter uns. Schon damals, als wir im Herzen der Schwerindustrie aufmarschierten, zeigte sich die Verbundenheit des KJVD mit den Massen der Arbeiterjugend. Inzwischen haben Partei und Jugendverband die Losung unseres Weddinger Parteitags, die Parole einer entscheidenden Wendung zu den Massen des jugendlichen und weiblichen Proletariats, ernsthaft durchzuführen begonnen. Der heutige Massenaufmarsch in der größten Stadt des sächsischen Industriegebietes, der Aufmarsch der roten Kolonnen aus den größten Betrieben Berlins, Hamburgs, des Ruhrgebietes und Sachsens, die überwältigende Beteiligung der proletarischen Jugend aus allen Gegenden Deutschlands, das alles bedeutet einen entscheidenden Schritt nach vorwärts auf dem Wege zur Gewinnung der Mehrheit des Proletariats . . .

Wir marschieren dort, wo die Massen der Proletarier sind, in den großen Städten, angesichts der Fabriken, dort, wo die gesammelte Kraft der revolutionären Bewegung Hunderttausende zusammenballt.

Die Kommunistische Partei weiß die Nöte der Jugend des Proletariats, des Nachwuchses der revolutionären Bewegung, [ein]zuschätzen.

Sie ist die einzige Partei, die wirklich den tätigen Kampf für die Tagesinteressen der Jugend des Proletariats führt, die die Keulenschläge der kapitalistischen Rationalisierung und der Ausbeutung am stärksten treffen.

Die Kommunistische Partei ist mit der Jugend des Proletariats im täglichen Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung auf das innigste verbunden, so wie sie auf Tod und Leben mit ihr verbunden sein wird, wenn es zum Endkampf für die Befreiung der Arbeiterschaft, zum Sturz des Kapitalismus, für die proletarische Diktatur geht.

Hermann Grosse
Erinnerung

In Leipzig waren bis zum Ostersonntag über 30 000 junge Arbeiter eingetroffen. Zu Fuß im tagelangen Marsch, auf Fahrrädern nach beschwerlicher Fahrt, auf Motorrädern, mit siebenhundert Lastautos und in Sonderzügen waren die Jungen und Mädel nach Leipzig gekommen . . .

Ernst Thälmann war angekündigt. Am Sonntagmorgen trafen wir uns auf dem Leipziger Hauptbahnhof, um ihn zu empfangen. Um 10.00 Uhr traf er ein. Das riesige Gebäude des Hauptbahnhofes war überflutet von Jugendlichen. Ernst Thälmann hatte einen festen Platz im Herzen der Jugend. Aber er hatte auch selbst ein freundschaftliches Verhältnis zur Jugend. So wie vor ihm Karl Liebknecht nie müde wurde, unter der Arbeiterjugend zu wirken, immer die Bedeutung der heranwachsenden Jugend als kommende Kämpfer richtig einschätzend, so ließ sich auch Ernst Thälmann stets von dem Gedanken leiten, in der Arbeiterjugend die Kampfgenossen zu sehen, die zu erziehen es sich lohnte.

Der Zug lief in die Halle ein. Ernst Thälmanns breites lächelndes Gesicht war zu sehen. Er ballte die Faust zum Gruß. Drei Arbeiter hoben ihn auf ihre Schultern und trugen ihn durch das Spalier der jubelnden und singenden Jugendlichen.

So etwas hatte der Leipziger Hauptbahnhof noch nicht gesehen. Vor dem Bahnhofsplatz waren weitere Tausende von Jugendlichen. Ernst Thälmann sprach unter dem brausenden Jubel einige Sätze zur Begrüßung, und dann bildete sich ein langer Zug, der zum Franz-Mehring-Haus, dem Haus der Kommunisten in Leipzig, zog. Das war der Auftakt. Am Nachmittag begann dann die riesige Demonstration. Strahlenförmig aus allen Vorstädten kommend, marschierten die Jugendlichen in das Zentrum der Stadt. Diszipliniert, voller Kampfgeist, im Bewußtsein der Kraft ihrer großen Gemeinschaft. Auf dem Augustusplatz sammelten sich die Jugendlichen. Zusammen mit den Leipziger Arbeitern waren an dieser Demonstration über 100 000 Menschen beteiligt. Dann sprach hämmernd, kräftig, klar und voller Leidenschaft Ernst Thälmann.

1 In der Quelle: Imperialismus.

Drei Aufgaben bezeichnete er damals als die Hauptaufgaben, die vor der kämpfenden Jugend standen:

1. Kampf gegen die Gefahr des imperialistischen Krieges, für die Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes, der Sowjetunion;

2. Kampf gegen die Ausbeutung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, für ihre politischen Rechte und für die Gleichberechtigung der Jugendlichen mit den Erwachsenen;

3. Kampf gegen den Faschismus und seine Terrororganisationen und Kampf für das Bündnis der arbeitenden Jugend mit den erwachsenen Arbeitern, für den Sturz der kapitalistischen Herrschaft.

Erich Honecker
Erinnerung

Das 5. Reichsjugendtreffen des KJVD im April 1930 in Leipzig vereinte Zehntausende Jungkommunisten mit zahlreichen Gruppen der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) und christlich orientierten Jungarbeitern. Der KJVD an der Saar hatte besonderen Wert darauf gelegt, junge christliche Bergarbeiter für die Teilnahme am Leipziger Treffen zu gewinnen. Gemeinsam mit vielen anderen Jungkommunisten von der Saar war auch ich bestrebt, unbedingt daran teilzunehmen. Das stellte besondere Anforderungen an die «Kasse» jedes einzelnen. Für mich bedeutete es, das mir von meinen Eltern geschenkte Fahrrad zu verkaufen, um in Leipzig dabeizusein. Das tat ich mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Aber es hat sich gelohnt. Rund 100000 kamen zu der großen Kundgebung des Jugendtreffens, auf der Ernst Thälmann sprach. Erstmalig erlebte ich aus nächster Nähe die Ausstrahlungskraft dieser damals schon beinahe legendären Arbeiterpersönlichkeit.

Thälmann, der breitschultrige Hamburger Hafenarbeiter, kannte die Not des deutschen Proletariats, aber auch seinen Kampfeswillen aus eigener Erfahrung. Er genoß das Vertrauen der Proleten wie kein anderer Arbeiterführer damals in Deutschland. Seine Sprache war die Sprache der Arbeiter – einfach, klar und deutlich. Thälmann hatte einige Zettel mit Kernsätzen in der Hand. Seine Rede, ohne Mikrophon und Lautsprecher vorgetragen, klang über den weiten Augustusplatz (heute Karl-Marx-Platz). Wichtige Gedanken unterstrich er, die Hand zur Faust geballt, mit kraftvollen Armbewegungen. Seine Gedanken waren ernst, mahnend und warnend, dem Ernst der Krisenzeit angemessen. Die KPD – dieser Satz ist mir in Erinnerung geblieben – sei mit der Jugend des Proletariats im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung auf Leben und Tod verbunden.

Aus dem Artikel vom 29. Mai 1930:
Rüstet für Erfurt!

Zu Pfingsten versammelt sich die Avantgarde der Arbeitersportler in Erfurt. Dort tagt der 1. Reichskongreß des revolutionären Arbeitersports. Dort vereinen sich Zehntausende von Arbeitersportlern und -sportlerinnen zum roten Reichstreffen. Dorthin richten sich die Blicke aller revolutionären Arbeiter. Zahlreiche Arbeiterdelegationen aus den Großbetrieben und Abgesandte der proletarischen Massenorganisationen werden im Verein mit den Arbeitern Erfurts, mit den Proletariern aus den benachbarten Gebieten des faschistischen Thüringens ihre brüderliche und enge Gemeinschaft mit den roten Arbeitersportlern bekunden.

Aus ganz Deutschland marschieren die Bataillone der proletarischen Sportler auf. Aus den Fabriken Berlins, Sachsens und aller Industriestädte, aus den Schächten des Ruhrgebiets, Schlesiens, der Lausitz, von den Werften in Hamburg, Kiel, Stettin, aus den Gifthöllen Mitteldeutschlands, aus Ostpreußen wie aus Süddeutschland.

Sie kommen von der Drehbank, vom rollenden Band, von der Glut der Hochöfen, aus dem Kohlenstaub der Gruben. Abgearbeitet, ausgepreßt durch das Antreibersystem des Kapitalismus, lassen sie sich doch nicht niederdrücken, sondern benutzen die Körperkultur, den Arbeitersport, um sich widerstandsfähig zu machen und noch aufrechter, noch unerschütterlicher dem Klassenfeind die Stirn zu bieten. Sie marschieren in Erfurt auf, erfüllt vom flammenden Geist ihres revolutionären Wollens, ihrer Treue zur Sache der Arbeiterklasse, getragen von den aktiven Sympathien des deutschen Proletariats, um das Reichstreffen in Erfurt zu einem roten Kampf- und Sporttag der ganzen deutschen Arbeiterklasse zu machen!

Die proletarischen Sportverbände sind ein besonders wichtiges Glied der Arbeiterbewegung. Körperliche Ausbildung, sportliche Stählung machen die Proletarier fähig dazu, ihre physische Widerstandsfähigkeit und Wehrhaftigkeit für den Klassenkampf zu steigern. Heute, wo der Hungerkurs des kapitalistischen Systems und die Auswirkungen der Rationalisierung, der Massenerwerbslosigkeit und aller übrigen Krisenfaktoren maßloses Elend in alle Arbeiterwohnungen trägt, heute, wo immer breitere Millionenmassen durch die systematische Verelendung geschwächt und zermürbt werden, wächst erst recht die Bedeutung der Arbeitersportbewegung als eines Faktors zur Erhaltung und Erweiterung der Kampfkraft der Arbeiterklasse gegen das Kapital!

Nur in einem Lande vermag die Arbeiterklasse in uneingeschränktem Maße gewaltige Mittel in den Dienst ihrer physischen und kulturellen Ausbildung zu stellen. Unter der proletarischen Diktatur, in der Sowjetunion, dort, wo die Arbeiterklasse die Macht der Bourgeoisie zertrümmert hat, dort, wo die Arbeiterklasse regiert, ist die Körperkultur ein gewaltiges Gebiet in der proletarischen Betätigung. In der Sowjetunion unterstützt die proletarische Staatsmacht alle Zweige der Arbeitersportbewegung, und Millionenmassen des männlichen und weiblichen Proletariats, der Jungen und Alten sind in der Lage, in der Körperkulturbewegung ihre Gesundheit für den Dienst am sozialistischen Aufbau und für die Verteidigung der Sowjetunion zu festigen und alle ihre Kräfte zur Entfaltung zu bringen.

Anders in Deutschland. Für soziale Zwecke hat die kapitalistische Republik kein Geld. Wie oft wurden von der Kommunistischen Partei Forderungen für Kinder- oder Schulspeisungen gestellt, die stets von den bürgerlichen Parteien und den sozialdemokratischen Führern abgelehnt wurden. Schon die eine Tatsache, daß die preußische Koalitionsregierung für den «Sportfonds» die lächerlich geringe Summe von einer Million auswirft, von der obendrein die bürgerlichen Sportverbände den Löwenanteil schlucken und die Arbeitersportvereine nur ganz geringfügige Beträge bekommen, zeigt, wie wenig es dem kapitalistischen Staat in Wahrheit um die Volksgesundheit zu tun ist. Die Steuergelder, aus der Arbeit und dem Schweiß der Werktätigen erpreßt, dienen dazu, Tausende von Millionen für Reichswehr, Schupo, Klassenjustiz und Pfaffentum auszuwerfen. Wie sollten da für die proletarische Körperkultur noch nennenswerte Summen übrigbleiben? . . .

Das Reichstreffen der roten Sportler findet in der nächsten Nach-

barschaft Thüringens, der Stätte der regierenden Faschisten, des Landes der Frick-Herrschaft statt, wo das Verwachsen des Nationalsozialismus mit dem young-deutschen /2/ Staatsapparat den deutlichsten Ausdruck gefunden hat, wo die faschistischen Mörderhorden besonders kraß und skrupellos mit Hilfe des kapitalistischen Staatsapparates großgezüchtet und auf die Arbeiterklasse losgelassen werden. Der Aufmarsch der roten Arbeitersportler und der mit ihnen verbundenen Delegationen der Betriebe und Massenorganisationen, dieser Rote Tag der aktivsten, frischesten, unverbrauchtesten Kräfte des deutschen Proletariats, wird deshalb zugleich ein Kampfaufmarsch gegen die national-faschistische Reaktion sein.

Die Kommunistische Partei Deutschlands unterstützt mit vollen Kräften das Wirken und die Aktionen der revolutionären Arbeitersportler. Als Führerin und Vertreterin der gesamten Klasseninteressen des deutschen Proletariats fühlt sich die Kommunistische Partei brüderlich verbunden auch mit der Arbeitersportbewegung, ihrem Gedeihen, ihrem Vormarsch. Nur noch eine kurze Spanne trennt uns von Erfurt. Jeder Genosse, jeder revolutionäre Arbeiter, jeder echte Klassenkämpfer muß im Betrieb, auf der Stempelstelle, in den Gewerkschaften und Massenorganisationen Mobilisierungsarbeit für das rote Reichstreffen in Erfurt durchführen und steigern.

Hermann Grosse
Erinnerung

Wenige Wochen später, zu Pfingsten 1930, fand ein weiteres großes Ereignis der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung statt. Es war das Treffen der roten Sportler in Erfurt. In Thüringen hatten sich die Faschisten im Staatsapparat etabliert. Frick war der erste nationalsozialistische Innenminister in Deutschland. Der Kampf spitzte sich zu. Der Aufmarsch der roten Sportler in Erfurt, dem damals noch preußischen Zipfel im Thüringer Raum, war eine bewußte Kampfansage gegen den Faschismus und seine imperialistischen Hintermänner. Nicht zufällig war Erfurt gewählt worden. Über 40000 Arbeitersportler kamen dorthin. Die Stadt stand völlig im Zeichen des bunten Gewimmels der roten Sportler, unter ihnen eine große Gruppe von Mansfelder Bergarbeitern, die damals gerade streikten. Auch starke Abordnungen des Kommunistischen Jugendverbandes nahmen an dem Treffen teil.

Ich hatte die Aufgabe, für die «Rote Fahne» über das Treffen der roten Sportler zu berichten. Ernst Thälmann war bereits am Pfingstsonnabend in Erfurt eingetroffen. Wir fuhren zusammen auf meinem Motorrad die Stadt hinaus in Richtung Gotha. Auf der Landstraße begegneten uns die Sportler, die sich von Westen her Erfurt näherten. Oft wurde Ernst Thälmann erkannt und mit lauten Rot-Front- und Rot-Sport-Rufen gegrüßt. In Gotha machten wir kehrt und fuhren nach Erfurt zurück, durchquerten die Stadt und jagten dann die Chaussee nach Weimar entlang. Ernst Thälmann liebte schnelles Tempo. Jetzt begegneten wir den Lastwagen, Motorrädern und Radfahrern, die sich aus dem Osten Deutschlands auf dem Wege nach Erfurt befanden. Eine dichte Folge von Fahrzeugen. Wieder häufiges schnelles und überraschtes Erkennen Ernst Thälmanns und viele freundschaftliche Zurufe. In Weimar waren die Straßen von der Polizei des Faschisten Frick gesäumt. Selbst die braven Bürger dieser damals typisch kleinbürgerlichen, vorwiegend von Beamten bewohnten Stadt gerieten in Bewegung. Vom Bismarckturm grüßte eine Losung die Kolonnen der roten Sportler. Wenige Stunden vorher war es zu einem Zwischenfall in Jena gekommen. Die Polizei hatte die durch die Stadt fahrenden Fahrzeuge mit den Arbeitersportlern einfach zu einer Demonstration erklärt. Demonstrationen von Arbeitern waren aber in Thüringen verboten. So fand man einen Vorwand, um Verhaftungen vorzunehmen.

Als wir durch die Straßen Weimars fuhren, vorbei an den langen Reihen der Polizisten, spottete Ernst Thälmann: «Die bilden für uns Spalier.» Manche der Polizisten staunten nicht schlecht, als sie Ernst Thälmann auf dem Sozius eines Motorrades erkannten.

Auf dem Rückweg von Weimar machten wir in einem kleinen Gasthaus Rast. Das Gasthaus steht auch heute noch. Wenn ich manchmal, es geschieht sehr selten, daran vorbeifahre, dann denke ich an jenen Pfingstsonnabend des Jahres 1930. Ernst Thälmann saß mir gegenüber am Fenster. Er hatte Bier, Brot und Käse bestellt. Das war unser Abendessen. Durch das Fenster blickten wir auf die Straße. Draußen fuhren noch immer die Lastautos mit singenden und musizierenden Sportlern vorbei. Beim Sitzen trat der gewölbte starke Rücken Ernst Thälmanns besonders in Erscheinung. Dieser Rücken war ebenso wie sein schwerer, wiegender, aber fester Gang von den Lasten geformt worden, die er als Hamburger Hafenarbeiter getragen hatte. Auf seinem Gesicht stand nachdenkliche Freude. Es ging vorwärts. Die Reihen der revolutionären Arbeiterbewegung stärkten sich. Aber der Faschismus, das war in Thüringen besonders deutlich zu spüren, war eine reale Gefahr. Wenn es nicht gelang, die Einheit der Arbeiterklasse herzustellen, würde er zu einer schweren Bedrohung für unser ganzes Volk werden. Wir waren optimistisch, denn wir konnten damals nicht voraussehen, daß es den rechten sozialdemokratischen Führern selbst noch im Moment der höchsten Gefahr gelingen würde, die Spaltung der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten und diese damit wehrlos zu machen.

Am nächsten Tag, dem Pfingstsonntag, fand der große Aufmarsch statt. Es war ein überwältigendes Ereignis. Auf dem großen Platz vor dem alten Erfurter Dom sammelten sich viele Zehntausende, die meisten in buntem Sportdreß. Wir standen auf der Tribüne. Vor uns lag der große, weite Platz, auf der linken Seite das Gerichtsgebäude. Damals wußte ich noch nicht, daß ich es noch einmal gut von innen kennenlernen würde. Hinter uns der alte Dom. Die hohe Domtreppe war wie die Ränge in einem Theater von Zuschauern dicht besetzt. Noch weiter hinten der Petersberg, das spätere Hauptquartier der Gestapo, das die Faschisten im Jahre 1933 zu einer grausigen Folterhölle machten . . .

Am nachfolgenden Tag trafen wir uns, um einen Abstecher in den Thüringer Wald zu machen. Es war ein sonniger warmer Junitag. Das Zentralkomitee besaß damals ein Automobil. Es war eine kaffeebraune Limousine. Jeder sah es als selbstverständlich an, daß Ernst Thälmann im Wagen fahren würde. Aber er sagte: «Ich gehe nicht in diese Blechkiste. Ich fahre mit Hermann auf dem Motorrad.» Dabei kniff er, wie er es gern tat, listig ein Auge zu und sagte: «Denen werden wir mal was zeigen.»

Wir fuhren los. Ernst Thälmann drückte auf das Tempo. Jetzt gab es für uns nur ein Ziel, schneller als die anderen auf der Schmücke zu

2 Anspielung auf den Young-Plan. Unter der Leitung von Owen D. Young (USA) legte die Pariser Tagung zur Reparationsfrage (11. Februar – 7. Juni 1929) die Summe und den Modus der Zahlungen Deutschlands an die imperialistischen Siegermächte des ersten Weltkrieges neu fest.

sein. Es ging am Steigerwald vorbei, hinein in das schöne Thüringer Bergland. Unser Ziel war die Schmücke.

Die verträumt daliegenden Städte und Dörfer Thüringens verrieten im schnellen Vorbeifahren nichts von den Spannungen, unter denen die Menschen lebten, und nichts von dem Ernst der Zeit. Hinter Arnstadt stieg die Straße steil an. Es ging in die Berge, vorbei an dichten dunkelgrünen Tannenwäldern. Dann standen wir oben auf der Schmücke. Vor uns erstreckten sich weithin die dunklen, bewaldeten Höhen des Thüringer Landes.

Wir schwiegen versonnen und hingen unseren Gedanken nach. Wie schön ist unser Deutschland, aber wie schrecklich sind auch die Zustände in Deutschland. Arbeitslosigkeit, Not, Elend, Terror, Ausbeutung, eines dieser Worte wenigstens traf immer für das Leben eines jeden deutschen Arbeiters zu. Wie schön könnte unser Deutschland sein, wenn Faschismus und Kapitalismus nur noch als historische Daten in den Geschichtsbüchern der Kinder in Erscheinung träten.

Dann kamen die anderen. Ernst Thälmann witzelte mit dem Chauffeur über das Schneckentempo des braven Opel-Automobils.

Aus dem Artikel vom Februar 1932:
Einige Bemerkungen zur Arbeit des Jugendverbandes

Heute ist die Bedeutung der revolutionären Arbeit unter der Jugend noch gewachsen. Auf Grund der kapitalistischen Rationalisierung nimmt die Jugendarbeit (und zum Teil sogar Kinderarbeit) im Zeitalter des sterbenden, verfaulenden Kapitalismus erneut eine immer größere Rolle ein. Für die Arbeit unter der proletarischen und übrigen werktätigen Jugend Deutschlands ergeben sich besondere Bedingungen aus der Tatsache, daß der Fäulnisprozeß des Monopolkapitalismus in Deutschland durch die doppelten Erscheinungen der Krise und der Fesseln des Versailler Systems bereits in ein verschärftes Stadium getreten ist. Hier vermag die Bourgeoisie der Jugend – vor allem auch der kleinbürgerlichen Jugend – keine Zukunftsmöglichkeiten, keine Aussichten eines Aufstiegs, einer Entfaltung ihrer Fähigkeiten mehr zu bieten. Ihre einzigen Möglichkeiten, um die Jugend einzufangen, sind militärische Romantik, nationalsozialistische Schwärmerei und Revanchehetze, um an die Stelle der trostlosen und aussichtslosen Klassenwirklichkeit das Truggebilde eines kommenden Dritten Reiches oder ähnliche Illusionen zu setzen. Das Proletariat und seine Avantgarde, die Kommunistische Partei und der mit ihr verbundene, von ihr geführte Kommunistische Jugendverband, sind allein imstande, den Massen des Jungproletariats und der jugendlichen Werktätigen einen wirklichen Ausweg aus dem heutigen maßlosen Elend, den Weg zu einer besseren Zukunft zu weisen. Das Proletariat als die einzige Klasse der Zukunft ist dazu berufen, die ganze Masse der ausgebeuteten und notleidenden Werktätigen unter seiner Führung gegen den Kapitalismus zusammenzuschweißen und in den Kampf zu führen. Die Aufgabe der Kommunisten ist es, als bewußter Vortrupp des Proletariats, die Arbeiterklasse auf die Höhe ihrer geschichtlichen Aufgabe zu heben. Der Kommunistische Jugendverband muß durch seine Arbeit die proletarische Jugend zur Führung der Massen der jugendlichen Werktätigen befähigen. Er muß es verstehen, diesen breiten Massen die Klarheit darüber zu verschaffen, daß nur der Sozialismus die Zukunft, den Aufstieg bedeutet, während jede Verlängerung des kapitalistischen Systems ein dauerndes Massenelend für Millionen, den physischen Untergang für immer neue Hunderttausende und vor allem für die proletarische und werktätige Jugend die Abschneidung aller Zukunftsaussichten bedeutet. Heute, wo das ganze Weltgeschehen durch den Gegensatz der beiden Systeme, des Sozialismus und der proletarischen Diktatur in der Sowjetunion und des niedergehenden Kapitalismus in der übrigen Welt, beherrscht wird, wo die bolschewistische Partei an der Spitze der Sowjetmacht mit dem zweiten Fünfjahrplan zum Aufbau der klassenlosen sozialistischen Gesellschaft übergeht, nachdem der erste Fünfjahrplan die Fundamente der sozialistischen Wirtschaft zu Ende führte – heute bieten dem Kommunistischen Jugendverband die leuchtenden Beispiele und Tatsachen des sozialistischen Aufbaues im Sowjetlande Argumente, deren er sich nur zu bedienen braucht, um unter den jugendlichen Massen eine wirklich breite und umfassende sozialistische Massenpropaganda zu entfalten.

Während bei allen politischen Richtungen der Bourgeoisie, einschließlich der Sozialdemokratie, Nationalsozialisten usw. der Gegensatz zwischen den Generationen zum Teil faktisch vorhanden ist, zum Teil bewußt ausgespielt wird, um dadurch die Massen der Erwachsenen und der Jugendlichen über den Klassengegensatz der kapitalistischen Gesellschaft hinwegzutäuschen oder von ihm abzulenken, gehört es zu den Faktoren, die die Stärke und Überlegenheit der kommunistischen Bewegung ausmachen, daß in ihr die drei Generationen – Partei, Jugend, Kinderbewegung – eine vollkommene Einheit in der Richtung, Zielsetzung und Verbindung ihrer Arbeit darstellen. Diese grundsätzliche Übereinstimmung und unlösliche Verbundenheit hat nicht das mindeste zu tun mit solchen Fehlern, wie sie häufig hinsichtlich der Angleichung der Arbeitsmethoden erfolgen. In der Überwindung solcher Fehler einer schematischen Übernahme der Methoden der Partei liegt eine der Hauptaufgaben des Jugendverbandes. Nur in dem Maße, wie es dem Jugendverband gelingt, seine besonderen Methoden der Arbeit, entsprechend den Verhältnissen der Arbeit unter der Jugend, zu entfalten und sich von jeder Nachahmung der äußeren Formen der Parteiagitation und Propaganda loszulösen, wird er imstande sein, tatsächlich die Direktiven der Partei fruchtbar und nutzbringend in seiner Massenarbeit auszuwerten und zu erfüllen.

Die Führung des Jugendverbandes durch die Partei ist nicht bloß eine politische Frage, nicht bloß eine Frage der Überwachung und Kontrolle, keineswegs eine Frage des Kommandierens und der Anweisungen der Partei an den Jugendverband. Das gilt sowohl im zentralen wie im Maßstab aller Bezirke, Unterbezirke, Ortsgruppen und Zellen. Diese Führung kann nur verwirklicht werden durch ein Höchstmaß kameradschaftlicher Erziehung und aktiver Hilfe. Die Pflicht der Betriebszellen der Partei, Jugendzellen von sich aus zu schaffen, wo der Jugendverband selbst noch nicht dazu imstande war, ist ein wichtiger Teil dieser Unterstützung. Aber darüber hinaus gilt es für alle Organe der Partei, von der Zelle bis zum Zentralkomitee, in der täglichen Arbeit die Bedürfnisse des Jugendverbandes zu berücksichtigen, den Jugendverband in den Kampagnen entsprechend seinen Aufgaben und seinem Wirkungsbereich mit einzuschalten und umgekehrt den Kampagnen des Jugendverbandes in der Arbeit der Partei den notwendigen Anteil zu verschaffen. Diese Einstellung der Partei zum Jugendverband muß wiederum in der Arbeit des KJVD ihre entsprechende Widerspiegelung finden.

Für die Rechte und den Schutz der Jugend

Jugendliche Erwerbslose warten in einem Berliner Arbeitsnachweis auf Gelegenheitsarbeit

Kinderarbeit

Viele Arbeiterkinder trugen vor dem Unterricht Zeitungen aus

Ernst Thälmann spricht auf dem
5. Reichstreffen des KJVD in Leipzig am
19. April 1930

Revolutionäre Arbeitersportler

Im Sommerbad des Arbeiter-Sport-Vereins «Fichte» in Berlin-Neukölln

Auf dem Weg zum Reichstreffen der revolutionären Arbeitersportler in Erfurt, Juni 1930

Eine der zahlreichen Demonstrationen der KPD für die sozialen und politischen Interessen der Jugend

Generalappell der Berliner Antifaschistischen Jungen Garden, 1929

Kämpft gegen Zwangsarbeit für Jugendliche, kämpft für tarifliche Bezahlung und Einstellung als Vollbeschäftigte

Wählt auf jeder Stempelstelle Delegierte zum ersten sächsischen Jungarbeiterkongreß am 2. u. 5. August in Dresden

Verantw. f. Inh. u. Verl.: H. Wehner, Mdl., Dresden
Druck: Peuvag, Druckereiltl. Dresden, Güterbahnhofstr. 2

Ernst Thälmann spricht zu den revolutionären Arbeitersportlern auf ihrem Reichstreffen in Erfurt am 8. Juni 1930

Jeder einzelne Kommunist trägt die Verantwortung für die ganze Partei

Aus der Begrüßungsansprache auf dem 1. Reichskongreß werktätiger Frauen in Berlin am 21. Oktober 1929

Wir wissen, daß der Kampf um unser Ziel, die Eroberung der proletarischen Macht, nicht leicht ist. Es ist unsere Aufgabe, auch in den Tagesfragen das Proletariat zu schützen, die revolutionären Energien zur Verbesserung der Lage der proletarischen Massen zu fördern. Wir stellen gegenüber die Entwicklung des deutschen Kapitalismus und die Entwicklung des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion. Über zehn Jahre existiert die deutsche Republik. Die Arbeiterinnen sind es, die besonders unter der mörderischen Ausbeutung des Kapitalismus zu leiden haben. Wir beleuchten demgegenüber die große Entwicklung des Fünfjahrplanes unter der Diktatur des Proletariats: Erhöhung des Reallohns, ununterbrochene fünftägige Arbeitswoche, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Einführung des Siebenstundentages und eine gewaltige kulturelle Entwicklung in dem Lande der Arbeitermacht. Der Weltimperialismus konzentriert sich zur Vernichtung dieses Systems. Gibt es eine größere Aufgabe für das Proletariat als die Verteidigung der Sowjetunion? Tausende Arbeiterinnen meldeten sich in der Sowjetunion zur Verteidigung ihres proletarischen Vaterlandes . . .

Derjenige ist kein Kommunist, der die Bedeutung der revolutionären Arbeiterinnenbewegung nicht versteht. Die KPD ist die Partei des gesamten Proletariats, die keine Minute zögern wird, den Strom der unterdrückten Millionen Frauen zu organisieren und zu durchbrechen die Sklavenketten der bürgerlichen Gesellschaftsordnung.

Brief an den 2. Reichskongreß werktätiger Frauen in Berlin

Teure Genossinnen! Hamburg, den 22. November 1930

Leider bin ich durch eine Erkrankung, die ich mir während der letzten Wahlversammlungen zugezogen habe, verhindert, auf Eurem Reichskongreß zu erscheinen und das angekündigte Referat im Sportpalast zu halten. Darum sende ich Euch auf diesem Wege meine brüderlichen revolutionären Kampfesgrüße.

Der 2. Reichskongreß werktätiger Frauen hat eine große Bedeutung für den Kampf des gesamten Proletariats. Die arbeitenden Frauen haben bereits in den letzten wirtschaftlichen und politischen Kämpfen eine hervorragende Rolle gespielt. Tausende von tapferen, klassenbewußten Kämpferinnen für Freiheit und Brot treten in die revolutionäre Front des Proletariats. Gegen Kriegsgefahr und Faschismus, gegen Massenelend und Erwerbslosigkeit schließen sich die werktätigen Frauen mit der gesamten Arbeiterklasse zusammen.

Ich wünsche Eurer bedeutsamen Tagung den besten Erfolg. Möge der 2. Reichskongreß werktätiger Frauen neue und starke Waffen schmieden helfen im Kampfe für die Befreiung der Arbeiterklasse, für das kommende sozialistische Sowjetdeutschland.

Mit einem dreifachen «Rot Front»!

Euer Genosse Ernst Thälmann

Aus dem Brief an die Mitglieder des Zentralkomitees der KPD

Vertraulich! Berlin, den 6. November 1929

Werter Genosse!

Im Auftrage des Sekretariats des Zentralkomitees mache ich Dich im folgenden auf einige Schwächen und Mängel in der Durchführung unserer revolutionären Arbeit aufmerksam. Ich richte zugleich den dringenden Wunsch und die Aufforderung an Dich, sofort alles zu tun, um Dich in Deiner nächsten Umgebung und in Deinem Bezirk für die intensivste Verstärkung der Arbeit auf den genannten Tätigkeitsgebieten einzusetzen. Dieser Brief hat nicht den Zweck, unser gesamtes Arbeitsprogramm und alle Aufgaben zu erläutern, sondern er ist nur als besonderer Hinweis für die Verbesserung unserer Arbeit in der nächsten Zeit gedacht . . .

Die Partei muß den Wahlkampf, die politische Massenmobilisierung zum 17. November auf das 20- bis 30fache verstärken. Besondere Vertiefung unserer politischen Massenarbeit in den Betrieben, in allen Massenorganisationen, in der Presse, Herausgabe von besonderem, aktuellem Material für die verschiedenen Berufsschichten des Proletariats und der werktätigen Bevölkerung unter guter agitatorischer Ausnutzung unserer Arbeit in den verschiedenen Parlamenten ist notwendig . . .

Eine weitere Hauptaufgabe aller unserer Organisationen ist die Entfaltung einer wirklich großen Massenbewegung für den Kongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Die bisher geleistete Arbeit in dieser Richtung ist mangelhaft, obwohl es einige rühmliche Ausnahmen gibt. Die Kampagne für den Kongreß hat noch nicht zu einer ständigen politischen Belebung der Partei und der Arbeitermassen geführt. In der Presse werden das Leben in den Betrieben, die Berichte der Arbeiterkorrespondenten, die ungeheuerlichen Tatsachen der kapitalistischen Rationalisierung, die Not und der Kampfwille der Arbeiterklasse nicht genügend widergespiegelt und nicht genügend mit der Vorbereitung des Kongresses verbunden. Viel energischer und aktiver muß die Partei die revolutionäre Opposition unterstützen, fördern, aktivieren für die wichtigen Aufgaben der revolutionären Massenarbeit, die auf dem Kongreß gestellt werden sollen. Der Kongreß muß unserer gesamten Gewerkschaftsarbeit, unserer selbständigen Taktik in der Führung der Wirtschaftskämpfe Ziel und Richtung verleihen. Das Sekretariat des Zentralkomitees hat bereits beschlossen, durch tägliches Eingreifen der «Roten Fahne» und des Pressedienstes diese Kampagne zu steigern. Ein besonderes Flugblatt wird zu diesem Zwecke in den nächsten Tagen herausgegeben. Aber unsere politische Klassenlinie, die große Linie unserer revolutionären Gesamtpolitik muß in den einzelnen Bezirken bei der Erläuterung aller Aufgaben, die auf dem Kongreß zur Erörterung und Beschlußfassung stehen, stärker konkretisiert werden. Auch auf diesem Gebiet macht sich unser Tempoverlust sehr stark bemerkbar. Wir können den Kongreß leider nicht vertagen, trotzdem wir zu einem späteren Termin in der Lage wären, mindestens die doppelte Zahl der Delegierten zu einem solchen Kongreß zu entsenden. Um so mehr müssen wir unsere Energie auf das Höchstmaß steigern. (Ein besonderes Begleitschreiben richte ich gleichzeitig an den Polsekretär des Bezirks, mit dem Du über diese Fragen sofort Rücksprache nehmen sollst.) Von Wichtigkeit ist noch die stärkste Berücksichtigung der Jungarbeiter und der Arbeiterinnen bei der Wahl der Delegierten zum Kongreß.

Zu unseren Hauptaufgaben gehört in der gegenwärtigen Situation eine viel stärkere Mobilisierung der Erwerbslosen, als das bisher der Fall war. Es gibt in vielen Teilen Deutschlands bereits Fälle, wo es den Nationalsozialisten gelang, diese Bewegung zu beeinflussen. Hier liegt eine ernste Gefahr vor. Der kommende Winter wird die Zahl der Erwerbslosen vervielfachen. Als wichtigste innerparteiliche Aufgabe wurde bereits auf dem letzten Plenum des Zentralkomitees darauf hingewiesen, daß wir eine schroffe Wendung, einen scharfen Ruck zur breitesten, tatkräftigsten Massenarbeit durchführen müssen . . .

Eine sehr wichtige Frage ist die Gewinnung und Werbearbeit unter den parteilosen Arbeitern. Unser altes Schema der Massengewinnung muß radikal geändert werden. Wir werden nach dem 17. November mit neuen Methoden dafür einige anfeuernde Beispiele und positive Ergebnisse unter Führung der Partei durchsetzen. Ohne eine solche große Wendung mit neuen Methoden und stärkeren politischen Ergebnissen kann man die Partei als Ganzes nicht überzeugen von der Änderung des Systems der Massengewinnung für die Partei. Aber bis zu diesem Zeitpunkt müssen besonders die Kundgebungen am 7. November, alle Wahlkundgebungen, die Kundgebungen der Berichterstattung vom Kongreß der werktätigen Frauen und alle Versammlungen, die sich mit der Vorbereitung zum Kongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition beschäftigen, systematisch und überall für die Werbung neuer Mitglieder und Leser unserer Presse ausgenutzt werden. Etwas Selbstverständliches, das leider in den meisten Fällen nicht durchgeführt wird . . .

Jeder einzelne trägt heute die größte Verantwortung für die ganze Partei von oben bis unten wie von unten bis oben.

Wir beabsichtigen, in diesem Monat noch eine besondere Sitzung einzuberufen, wo die Fragen des Gewerkschaftskongresses, die Erfahrungen und Lehren des 17. November und unsere Arbeit noch näher behandelt werden.

Diese Zeilen sollen erreichen, daß Ihr besonders der Partei helft, die Führung unterstützt, für die Konkretisierung der Politik in den Bezirken stärker eintretet und somit versucht, die Partei mit einem Ruck vorwärts zu bringen. Alle Methoden, selbst die kleinsten Methoden von Verbesserung unserer Arbeit müssen uns als Ziel und Aufgabe gestellt sein. Deswegen versucht mit allen Kräften und durch persönliche Fühlungnahme mit den führenden Genossen aus den Bezirken, diese Fragen kurz zu behandeln, um einige stärkere Voraussetzungen zu schaffen für die Verbesserung, Vertiefung und Aktivierung unserer revolutionären Massenarbeit.

Ich bitte Euch, diese Anregungen ernsthaft zu durchdenken, alles zu tun, um die vorhandenen Unzulänglichkeiten der Arbeit in jedem einzelnen Bezirk rasch und mutig zu beseitigen. Es wäre sehr erwünscht, daß Ihr brieflich Eure Meinung zu den praktischen Aufgaben unserer gegenwärtigen Arbeit, Eure Bemerkungen und Anregungen uns übermittelt.

Mit kommunistischem Gruß
im Auftrage des Sekretariats des Zentralkomitees
Ernst Thälmann

Max Opitz
Erinnerung

Er beantwortete komplizierte Fragen niemals in komplizierter Form. Auch darauf beruhte seine große Popularität bei den werktätigen Massen. Er lehrte, daß man von der herrschenden Klasse keine Einsicht erwarten kann, denn sie wird sich nicht freiwillig bessern und sie wird auch nicht ihre Macht freiwillig aufgeben. Die Bourgeoisie wird auch aus ihrer größten Krise und Katastrophe einen und sei es blutigen Ausweg suchen, wenn ihr dieser Ausweg nicht von der kämpfenden Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern versperrt wird. Auch die beispiellose Ruhe, Sicherheit und die taktische Überlegenheit, die er gegenüber Personen anwendete, die vergeblich versuchten, seine Autorität und sein Ansehen zu mindern, gehörten zu seinen besonderen Charakterzügen.

Er legte großen Wert auf die kritische Beurteilung der Politik der Partei, forderte aus diesem Grunde wiederholt einzelne Funktionäre auf, sich in Briefen an ihn über diese Politik zu äußern oder Vorschläge zu konkreten Fragen der Theorie oder der täglichen Arbeit der Partei zu machen. Er setzte sich auch besonders mit der sogenannten revolutionären Ungeduld auseinander, das heißt mit Menschen, die wohl verstanden, im offenen Kampf mit den Feinden der Arbeiterklasse ihren Mann zu stehen, aber bei der täglichen Kleinarbeit in den Betrieben und in den Gewerkschaften nicht genügend überzeugend wirkten. Ernst Thälmann verlangte gegenüber solchen Arbeitern viel Geduld.

Aus der Rede in Berlin am 15. Dezember 1929

Mitglied der Kommunistischen Partei zu sein bedeutet, selbstlos, opfermütig alle Kräfte für die Befreiung von der kapitalistischen Sklaverei einzusetzen . . . Ihr neuen Kämpfer dürft die Partei nicht enttäuschen. Kämpfer für die Revolution zu sein heißt, sein ganzes Leben Opfer zu bringen. Aber auch die Partei wird euch nicht enttäuschen. Sie wird euch mit aller Entschlossenheit führen bei der Erkämpfung der proletarischen Diktatur . . .

Mit Stolz erkennen wir an, daß die Partei Lenins der Leitstern in unseren Kämpfen ist. Wir wollen unsere Aufgabe erfüllen, eine ebensolche bolschewistische Massenpartei zu schaffen . . . Es ist notwendig, besser zu organisieren, die schlummernden Kräfte des Proletariats zu erwecken. Kontrolle durch die gesamte Arbeiterschaft, Selbstkritik in aller Öffentlichkeit, Erörterung aller Fehler und Mängel ist das Gebot der Stunde, um die Arbeiterschaft zur Verbesserung der revolutionären Strategie anzuspornen. Das bürgerliche Gift muß aus unseren eigenen Reihen ausgestoßen werden. Der Weddinger Parteitag zeigte den Weg, den die Partei einschlagen muß, um die Mehrheit der Arbeiterschaft für die Kommunisten zu erobern. So wie die bolschewistische Partei der Sowjetunion durch Niederlagen zum Siege schritt und aus den Kampferfahrungen die Lehren zog, so müssen auch wir aus den Erfahrungen des Klassenkampfes gestärkt hervorgehen . . .

Die gegenwärtige Lage stellt an euch, an die gesamte Arbeiterschaft große Anforderungen. Seid bereit für die gewaltigen geschichtlichen Aufgaben! Neues Leben, neues Blut muß in die Partei strömen; neue Kader müssen geschaffen werden. Je stärker die bolschewistische Massenpartei, desto näher der Tag der proletarischen Revolution!

Willi Bredel
Erinnerung

Einfachheit, Geradheit und Ehrlichkeit, diese hervorstechendsten Eigenschaften Ernst Thälmanns erkannte jeder, der ihn sah und hörte; selbst seine verbissensten politischen Gegner konnten sie nicht in Zweifel stellen. Keine blind folgenden Anhänger wollte Ernst Thälmann, sondern überzeugte Mitkämpfer . . . Ein unbeugsamer Sinn und die Energie, mit der er gewohnt war, jede als notwendig erkannte Aufgabe zu lösen, standen in keinerlei Widerspruch zu seinen dominierenden Eigenschaften: Gerechtigkeit, Aufrichtigkeit, Großzügigkeit.

Alexander Abusch
Erinnerung

Im Ruhrgebiet war Genosse Thälmann ein häufiger Gast. Die Parteiführung lenkte zu jener Zeit ihre Aufmerksamkeit sehr stark auf diesen Bezirk, der das industrielle Herz Deutschlands war. In ihm fanden der Klassenkampf gegen die großkapitalistischen Herren von Stahl und Kohle, aber auch die Auseinandersetzungen mit der reformistischen Politik der Gewerkschafts- und Parteiführer der SPD, die jenen tagtäglich zu Hilfe kam, ihre schärfste Ausprägung in den großen Arbeiterkämpfen der Jahre 1928–1930. An der Spitze der Partei im Ruhrgebiet stand Genosse Wilhelm Florin, ein ehemaliger Metallarbeiter aus Köln, der bei den Arbeitern an Rhein und Ruhr angesehen war und von ihnen geliebt wurde; Genosse Thälmann schätzte ihn als Genossen und guten Freund. In das Sekretariat des Ruhrgebiets entsandte das Zentralkomitee Anfang 1929 auch den jungen Anton Saefkow, der im Kommunistischen Jugendverband und in Streikkämpfen in Berlin, danach im Sekretariat der Partei in Dresden schon seinen vollen Mann gestanden hatte. Genosse Thälmann hatte diesen kühnen jungen Genossen sehr gern.

Immer wenn Genosse Thälmann während dieser Kämpfe im Ruhrgebiet weilte, setzte er sich in der ihm eigenen beharrlichen Weise für eine genaue Analyse der Kräfteverhältnisse und der Methoden des Klassenfeindes ein und verlangte von der Partei eine konkrete Politik. Stellte er Fehler fest, so übte er in seiner offenen Art harte Kritik, stets unter dem Gesichtspunkt der Aufgaben der Partei; doch im Umgang mit den Kritisierten blieb er freundschaftlich und herzlich wie immer. Natürlich hatte er kein Verständnis dafür, unfähige Menschen an verantwortlichen Stellen der Partei zu lassen; und gab es solche Fälle, so hatte er ein kräftiges Arbeiterwort im Hamburger Platt. Charakteristisch für diese «harte» Schule des Genossen Thälmann war, daß das Zentralkomitee unserer Partei unter seiner Führung gerade in jenen Jahren eine ganze Generation von hervorragenden Funktionären unserer Partei und des Kommunistischen Jugendverbandes heranbildete, die als die heroischen Thälmannschen Kader der Partei später in der Illegalität, in den Konzentrationslagern, im spanischen Freiheitskampf und als deutsche Patrioten im Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion der mörderischen Gewalt des Faschismus bis zuletzt widerstanden. Viele von diesen in der Thälmannschen Periode unserer KPD geschmiedeten Genossen, die jeder von uns damals heranwachsen sah, wurden nach 1945 zu wichtigen Funktionären unserer Partei und unseres ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates.

Etwa im Mai 1930 weilte Genosse Thälmann auf einem Bezirksparteitag der KPD im Ruhrgebiet. Sein Referat gab eine sehr scharfsichtige Analyse des Zerfalls der kapitalistischen Stabilisierung und der hereinbrechenden Weltwirtschaftskrise, die nunmehr in Deutschland und auch an der Ruhr ihre ersten Auswirkungen offenbarte. Das Auftreten des Genossen Thälmann auf diesem Bezirksparteitag und unsere anschließende Diskussion sind mir noch lange in Erinnerung geblieben, weil sie ganz im Zeichen der Orientierung der Partei auf einen neuen revolutionären Aufschwung der Massenbewegung standen.

Auf diesem Bezirksparteitag teilte mir Genosse Thälmann mit, daß ich die Chefredaktion der Berliner «Roten Fahne» übernehmen sollte. Als die Tagung beendet war, sagte er gut gelaunt zu den Genossen Wilhelm Florin, Anton Saefkow und mir: «Jetzt habt ihr ein Stück Arbeit hinter euch. Könnt ihr morgen nicht einen Tag Pause machen – für eine Rheinfahrt? Nur einen Tag, dann muß ich wieder nach Berlin.» . . .

Der nächste Tag zählt zu meinen schönsten Erinnerungen im persönlichen Umgang mit dem Genossen Thälmann. Wir fuhren morgens mit der Eisenbahn nach Köln, von dort weiter mit der elektrischen Schnellbahn nach Koblenz. Bei der Abfahrt in Essen hatte sich merkwürdigerweise Anton Saefkow nicht eingefunden, aber Genosse Thälmann sagte lachend: «Wetten wir, der erreicht uns noch!»

In Koblenz hatten wir eine Pause bis zur Abfahrt des Rheindampfers. Genosse Thälmann ging mit mir in einen Friseurladen, um sich die Haare schneiden zu lassen. Wie es seine Gewohnheit war, unterhielt er sich mit dem Friseur eingehend über dessen materielle Lage, die politischen Stimmungen der Bevölkerung und die Wirtschaftskrise. Als wir den Friseur verlassen hatten, meinte Genosse Thälmann schmunzelnd: «Siehst du, der hat mich doch nicht erkannt!»

Er hatte nicht gesehen, wie hinter seinem Rücken der Friseur mir zublinzelte, weil er eben den Genossen Thälmann sofort erkannt hatte. Ich sagte es ihm erst draußen, und er lachte mit. Doch auf dem Dampfer gelang es, mitten unter vielen Ausflüglern, daß er unerkannt blieb.

Es war ein heller Sonnentag über dem Rhein. Einen Augenblick bevor der Dampfer abtutete, kam unser lieber Freund Anton, der morgens den Zug versäumt hatte, atemlos über den Landungssteg gestürzt. Genosse Thälmann trieb sofort seinen Spaß mit ihm und verurteilte ihn, eine Lage Rheinwein für uns zu spendieren. Es war eine fröhliche Fahrt bis zum Binger Loch, wo wir in einem Schifferlokal einkehrten und dort auch übernachteten.

Abends saßen wir bei manchem Glas Rheinwein zusammen, und der hamburgische Humor Ernst Thälmanns wetteiferte mit dem kölnischen Humor Wilhelm Florins und mit dem Berliner Witz unseres Anton. Genosse Thälmann amüsierte sich ungeheuer darüber, daß die Wirtin des Lokals ihn für einen Hamburger Schiffer hielt und von ihm Seegeschichten hören wollte.

Am nächsten Morgen trafen wir uns alle zum Frühstück. Ich bestellte Kaffee, aber erlangte damit nicht die Zustimmung des Genossen Thälmann, der mir als goldene Regel gab: «Man muß am nächsten Morgen mit einer kleinen Menge von dem wieder anfangen, womit man am Abend vorher aufgehört hat» – und er bestellte statt Kaffee ein Viertel Rheinwein. Ich nahm auch diese unpolitische, fröhliche Lehre von ihm auf meinen ferneren Lebensweg mit. Nach dem Frühstück verabschiedeten wir uns dann schnell: Genosse Thälmann fuhr zurück zur Arbeit nach Berlin, wir ins Ruhrgebiet.

Aus dem Artikel vom November/Dezember 1931:
Einige Fehler in unserer theoretischen und praktischen Arbeit und der Weg zu ihrer Überwindung

Man muß es aber aussprechen, daß in unserer Partei trotz ihrer großen Erfahrungen, trotz ihrer bolschewistischen Entwicklung und ihres Reifungsprozesses zum Leninismus noch kleinbürgerliche Schwächen einer Vernachlässigung der theoretisch-politischen Arbeit und des ernsten Studiums der Beschlüsse der Komintern und des Zentralkomitees vorhanden sind. Wenn auch nur vereinzelt, so sind doch Stimmungen vorhanden, in denen sich ungenügendes Verständnis für die untrennbare Verbundenheit von revolutionärer Theorie und revolutionärer Praxis ausdrückt. Stimmungen, die bisweilen gerade bei der Erörterung theoretischer Fragen im Zusammenhang mit Tagungen der Komintern und des Zentralkomitees der Partei laut wurden. Es gibt Genossen, die bei der Erörterung solcher Probleme glauben, man müsse nun «von der hohen Warte der Theorie wieder auf die ebene Erde der rauhen Praxis hinabsteigen». Solche Stimmungen und Tendenzen haben mit bolschewistischen Auffassungen nichts gemein . . . Wir müssen die Beschlüsse der Tagungen der Kommunistischen Internationale und unseres Zentralkomitees leidenschaftlicher, ernster und aktiver in unseren Reihen studieren und zur richtigen Durchführung in den proletarischen Massen bringen.

Wir müssen, gerade wenn wir in unserer revolutionären Praxis das Zurückbleiben der Partei hinter den objektiven Möglichkeiten des revolutionären Aufschwungs liquidieren wollen, eine entschlossene Wendung zur Überwindung der Schwächen auf theoretischem Gebiet machen. Das ist keine Frage, die nur die Spitzenfunktionäre der Partei, die oberen und mittleren Leitungen angeht, sondern eine Frage unserer gesamten Parteiarbeit, vom Zentralkomitee bis zur Zelle.

Diese Arbeit in Angriff nehmen, die Linie der Partei ausrichten, das Feuer auf alle Schwächen, Abweichungen und Fehler konzentrieren und dabei das Niveau der gesamten Partei heben, die Einheit zwischen Theorie und Praxis im Sinne des Leninismus herstellen – das alles bedeutet: die Voraussetzungen für noch größere Erfolge der revolutionären Massenarbeit, für einen noch stärkeren Vormarsch des Kommunismus schaffen!. . .

Wir müssen uns daran gewöhnen, jeden Schritt unserer täglichen Praxis des revolutionären Klassenkampfes mit dem höchsten Maßstab revolutionärer Theorie zu messen. Nur dann werden wir das Maß an Verantwortlichkeit verwirklichen, das eine revolutionäre Partei in allen ihren Teilen jederzeit bekunden muß. Es ist klar, daß die Direktiven des Zentralkomitees in allen politischen Fragen bis herab zur kleinsten Zelle einen verhältnismäßig langen Weg zurücklegen. Dabei besteht die Gefahr, daß diese Direktiven, bis sie zu den Mitgliedern gelangen, oft weniger qualifiziert, weniger präzis formuliert, abgeschwächt oder unter Umständen sogar ein wenig «verbogen» werden, manchmal sogar überhaupt «verloren»gehen. Das ist zum Teil in den Schwierigkeiten und dem Tempo der revolutionären Massenarbeit unserer Partei begründet. Ein bedeutender Schutz gegen solche Erscheinungen aber ist die verstärkte Arbeit für die allgemeine Hebung des theoretischen Niveaus der Partei, die allgemeine politische Schulung und Festigung unserer Kader.

Mit der Zuspitzung der Klassensituation, der Verschärfung des Klassenkampfes und dem Wachstum der revolutionären Bewegung steigen die Aufgaben und die Anforderungen an die Partei. Die Entwicklung der Partei zeitigte einen inneren Umwandlungsprozeß unseres Funktionärkörpers, der an vielen Stellen neue, jüngere Elemente an die Stelle solcher Genossen brachte, die mit der revolutionären Entwicklung vorübergehend oder ständig nicht Schritt zu halten vermochten. Das hat dazu geführt, daß in den letzten ein bis zwei Jahren ungefähr die Hälfte unseres Funktionärstabes erneuert wurde. Diese Entwicklung ist zweifelsohne zu begrüßen. Aber sie bringt mit sich die große Pflicht für die Partei, diesen jüngeren Genossen durch ständige, unermüdliche politisch-ideologische Erziehungsarbeit das geistige Rüstzeug zu verschaffen, dessen sie für ihre verantwortungsvolle Arbeit bedürfen. Nur dann werden sie als Vorbild für ihre Klassengenossen zu wirklichen Führern der Arbeiterklasse werden, die mit dem Arbeiterleben zutiefst verbunden sind und bei der schöpferischen Entfaltung der Initiative der Massen durch unsere revolutionäre Arbeit den höchsten Elan entwickeln.

Die gefestigte Einheit der Partei, die sowohl ein Produkt ihres inneren Reifungsprozesses wie der allgemeinen Konsolidierung der revolutionären Klassenkräfte ist, sichert die Partei im wesentlichen vor der Entstehung parteifeindlicher Strömungen, Gruppierungen oder gar Fraktionen. Um so mehr ist die Partei gerade auf Grund ihrer Einheit verpflichtet, ihre Arbeit jederzeit mit offener und uneingeschränkter bolschewistischer Selbstkritik zu überprüfen und zu verbessern. Der Bolschewismus, gewachsen im unversöhnlichen Kampf gegen den rechten Opportunismus und den Trotzkismus, muß uns allen als ein besonderes Beispiel und Vorbild dienen.

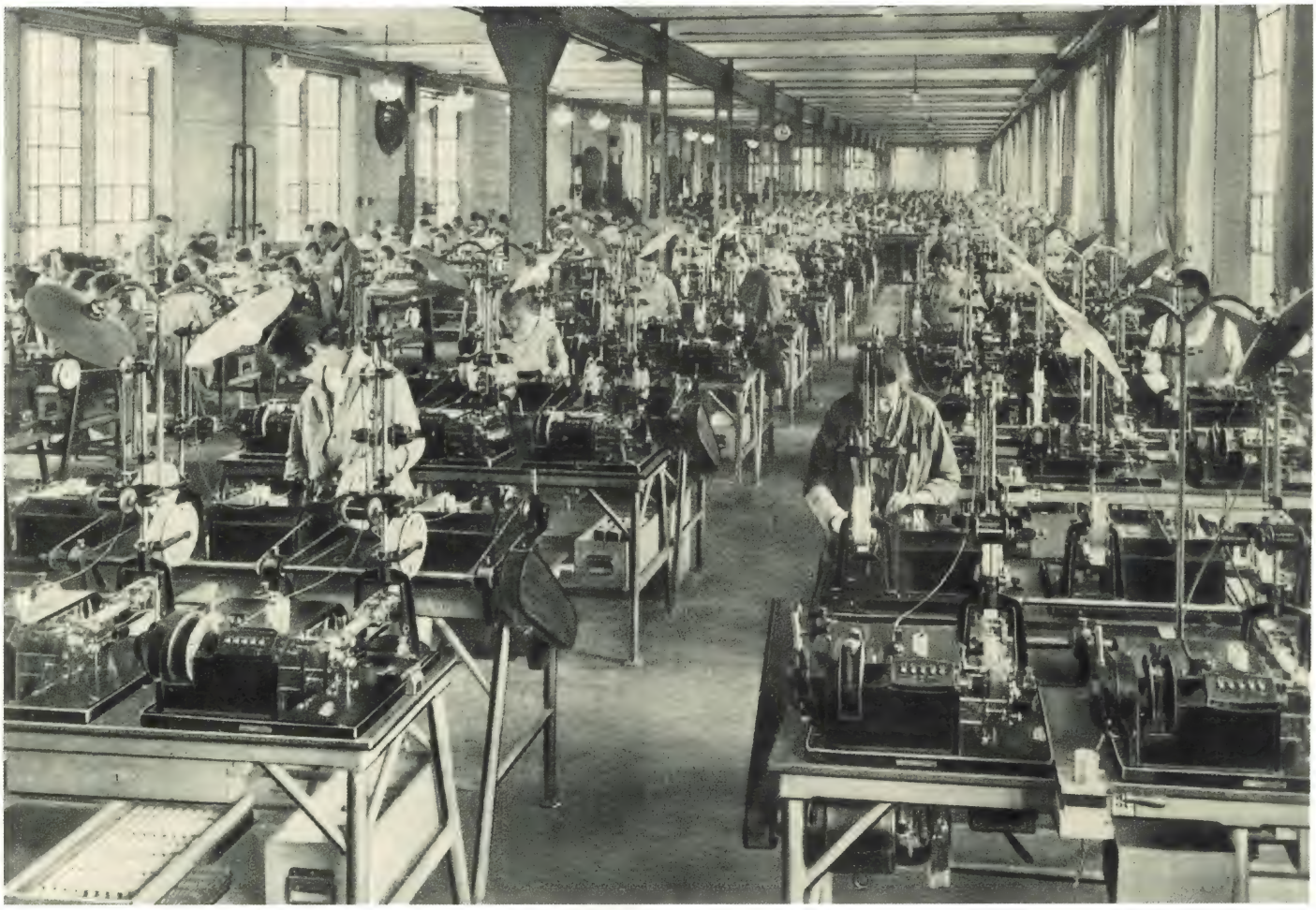
Die Erziehung der Partei ist stets auch Arbeit für die Steigerung ihrer Kampfkraft. Wenn wir mit allen Kräften darangehen, das politische Niveau unserer Partei zu heben und zu verbessern, so ist das zugleich Arbeit an den Massen und für die Massen, um die Partei und mit ihr die Arbeiterklasse aktionsfähiger für die großen und schweren Aufgaben des revolutionären Freiheitskampfes gegen die Diktatur der Bourgeoisie, für die Diktatur des Proletariats zu machen!

Hermann Matern
Erinnerung

Ernst Thälmann war ein Feind oberflächlicher Arbeit. Er selbst studierte bei wichtigen Problemen mit größter Gründlichkeit die Klassiker des Marxismus-Leninismus, beriet sich mit einfachen Menschen und wertete ihre Erfahrungen aus. Von allen Funktionären verlangte er ein ernstes Studium und eine gewissenhafte, gründliche politische Arbeit.

Arbeiterfrau, kämpfe mit!

1. Reichskongreß werktätiger Frauen in Berlin, 20./21. Oktober 1929



Fabriksaal im Nürnberger Werk des Siemens-Konzerns

Plakat der KPD.
John Heartfield

Parteiarbeit

Kommunisten stellen eine Zellenzeitung her

Hausagitation

Betriebszeitung der KPD-Zelle des Osram-Werkes in Berlin

Versammlung der Berliner Parteiorganisation im Zirkus Busch am 15. Dezember 1929. In dieser Versammlung sprach Ernst Thälmann zur Aufnahme neuer Mitglieder in die KPD

Ernst Thälmann bei seiner Ansprache im Berliner Lustgarten am 1. Mai 1930

Demonstration zum Berliner Lustgarten am 1. Mai 1930

Rednerin
3

HINEIN IN DIE
PARTEI LENINS
DEN SOZIALISTISCHEN
AUFBAU

Rüstzeug für den Klassenkampf

Ernst Thälmann spricht zum Roten Tag in Bergedorf bei Hamburg am 12. Oktober 1930

Ernst Thälmann und Ernst Henning (2. von rechts) an der Spitze der Demonstration am Roten Tag in Bergedorf

Erste Seite eines Referentenmaterials der KPD, 20. August 1930

Hermann Duncker (2. Reihe, Mitte) mit Parteischülern bei einem Umzug in Elgersburg, Oktober 1930

Schüler der Reichsparteischule «Rosa Luxemburg» in Fichtenau beim Selbststudium

Dem Hakenkreuz

Referenten - Material für Diskussionsredner in Versammlungen der Hitler-Partei

Herausgegeben von der Bezirksleitung Ruhrgebiet, Agitprop. / Nr. 8

Die erste Offensive der Nazi brach unter unseren Gegenangriffen zusammen ! Feige kniffen die Nazi - "Führer".

Jetzt rüsten sie zum zweiten Angriff. Dieser muss noch kläglicher zusammenbrechen !

Vorwärts, Kommunisten, zum Angriff !

Essen, den 20. August 1930.

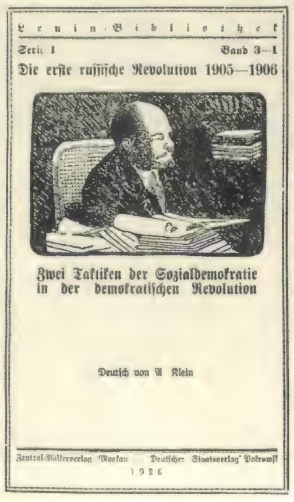
Die Bedeutung des Faschismus für die deutsche Bourgeoisie.

Das gesamte kapitalistische Wirtschaftssystem windet sich in einer hoffnungslosen Krise. Massenarbeitslosigkeit in der ganzen Welt. Lohndruck überall. Die Zollmauern wachsen. Trotz guter Welternte steigt das Elend der proletarischen Massen in rapidem Tempo in allen kapitalistischen Ländern. Als Folge des räuberischen Young-Planes hat sich insbesondere in Deutschland die Krise von Monat zu Monat verschärft. Täglichen reihen sich immer neue Tausende in die Millionenhungerarmee der Erwerbslosen. Der kleine Mittelstand, die werktätigen Bauern werden erdrückt durch eine unheimliche Steuerlast und durch die brutale Konkurrenzpolitik des Monopolkapitals. Angesichts dieser katastrophalen Folgen der Krise auf die werktätige Bevölkerung verschärft sich der Klassenkampf, sehen immer grössere Massen der Arbeitenden den einzigen Ausweg in der Abschaffung des kapitalistischen Systems.

Krise und Verschärfung der Klassenkämpfe

Massenausplünderung und Kriegsvorbereitungen

Die Schwierigkeiten des Kapitalismus aber erfordern eine immer noch stärkere Ausplünderung der Arbeiter und werktätigen Mittelschichten, erfordern aktive Kriegsvorbereitungen, da schliesslich nur auf der Arena eines neuen imperialistischen Krieges der wütende Kampf der kapitalistischen Mächtegruppen



Wir sind die einzige antikapitalistische und antifaschistische Partei

Aus dem Referat auf der Tagung des Zentralkomitees der KPD am 16. Juli 1930

Der verschärfte Prozeß der wirtschaftlichen und politischen Entrechtung, wie er sich im Zusammenhang mit den allgemeinen Forderungen der bürgerlichen Parteien auf Faschisierung des Staatsapparates vollzieht, schafft eine ungeheure Gärung und Erbitterung unter den werktätigen Anhängern der alten bürgerlichen Parteien wie unter Teilen der sozialdemokratischen und der Gewerkschaftsmitgliedschaft. Dadurch entsteht die ungeheure Kluft zwischen der Führung und den Massen in diesen Parteien und Organisationen. So erklärt sich auch das Wachsen der Nationalsozialisten, die sich das tiefe Mißtrauen, die tiefe Enttäuschung der Massen gegenüber der kapitalistischen Herrschaft für ihre soziale und nationalistische Demagogie zunutze machen und die verbitterten Anhänger der alten bürgerlichen Parteien in ihren Reihen aufzufangen versuchen.

Andererseits müssen wir erkennen, ohne einen Vergleich zwischen der heutigen Situation und der von 1923 zu ziehen, daß sich gerade in dem wachsenden Zerfall der alten bürgerlichen Front besonders das Umschlagen der Wirtschaftskrise in die politische Krise des kapitalistischen Systems äußert. In einer solchen Situation der Gärung und Empörung unter den Massen, wie sie heute besteht, wachsen die Voraussetzungen für uns, die große Idee des Kommunismus und Kampf und Sieg der proletarischen Revolution in die Massen zu tragen. Wir müssen den revolutionären proletarischen Ausweg aus der Katastrophe des Kapitalismus, aus dem Massenelend, der Millionenerwerbslosigkeit und der Young-Sklaverei aufzeigen. In stärkstem Tempo gilt es, die Schwerfälligkeit und Unlebendigkeit unserer Methoden der Arbeit unter den Massen zu überwinden. Nur dann werden wir die Rolle der Kommunistischen Partei als der Partei des proletarischen Auswegs aus der Krise ins Bewußtsein der Massen tragen und die Werktätigen ins Feuer gegen den Klassenfeind führen können.

Auf Grund der Erschütterung des kapitalistischen Systems und der Verschärfung des Klassenkampfes geht die Bourgeoisie zu neuen reaktionären Kampfmethoden über, zu den Methoden der Faschisierung des Staatsapparates. Dieser Prozeß der Faschisierung stößt zugleich auf der anderen Seite auf die wachsende Kampfkraft im Lager der Arbeiterklasse, auf die neuen Formen des Widerstandes und des Angriffs, wie sie sich auf seiten des Proletariats nicht nur bei den Wirtschaftskämpfen, sondern an allen Fronten des Klassenkampfes entwickeln . . .

Deutschland ist ein Industrieland, und der Faschisierungsprozeß ist viel schwieriger als in jedem halbindustriellen oder agrarischen Lande. Gerade in Deutschland entfaltet sich deshalb der Faschisierungsprozeß im Rahmen der politischen Krise des kapitalistischen Systems äußerst widerspruchsvoll und ungleichmäßig, wie sich auch die Tendenzen und Kräfte des Kommunismus nicht in einem geradlinigen Tempo entwickeln . . .

Über das Tempo der Faschisierung einerseits und das Tempo der Entwicklung der Kräfte der proletarischen Revolution andererseits sagt unsere Resolution folgendes: «Die Tendenz und das Tempo der Radikalisierung der unterdrückten und ausgebeuteten Volksmassen ringt mit der Tendenz und dem Tempo der Entwicklung der Faschisierung. Der beginnende revolutionäre Aufstieg steht in härtestem Kampfe mit dem fortschreitenden Prozeß der Faschisierung und der Sammlung der Konterrevolution. Gegen die bereits entwickelte Offensive der Bourgeoisie beginnt sich unter Führung der KPD und der RGO die Abwehr und die Gegenoffensive der Arbeiterklasse zu entfalten. Von dem Tempo der Entwicklung der revolutionären Kraft und von dem Tempo der Steigerung der revolutionären Aktivität im proletarischen Lager ist es abhängig, wie lange und in welchem Maße die werktätigen Massen die Folgen der kapitalistischen Krise, die Ausbeutung und Unterdrückung noch zu ertragen haben. Die Klassenkräfte des revolutionären Proletariats sind ein wichtiger Faktor für den weiteren Verlauf der politischen Krise.» /3/

Wir müssen damit rechnen, daß die Wirtschaftskrise und die Ansätze der politischen Krise, die wir schon jetzt haben, im kommenden Winter sich wesentlich verschärfen werden. Betrachten wir nur solche Tatsachen, daß im kommenden Winter sicherlich $4^1/_2$ Millionen Erwerbslose vorhanden sein werden und daß bei der weiteren Entwicklung der Agrarkrise im Herbst mit Bauernunruhen zu rechnen ist. Was bedeutet das? Gewaltige Aufgaben stehen vor der Partei. Die Frage der Solidarität der im Betrieb Stehenden mit den Erwerbslosen wird zum zentralen Punkt aller kommenden Kämpfe. Eine sofortige Wendung zur wirklichen Arbeit unter den werktätigen Bauern, die bisher fast in allen Bezirken der Partei nicht durchgeführt wird, ist notwendig. Gleichzeitig muß durch andere, besondere Methoden die Mobilisation der Landarbeiter erfolgen.

Die objektive Entwicklung ist durch die ungeheure Erbitterung und Empörung in den ausgebeuteten Massen, durch die tiefe Gärung in den kleinbürgerlichen und bäuerlichen Schichten bis zu einem solchen Grade gelangt, daß die revolutionären Kräfte unter Führung der Kommunistischen Partei im stärksten Tempo wachsen können. Im Wettlauf der Kräfte der proletarischen Revolution einerseits und des Faschismus andererseits hängt alles von der kühnen Tätigkeit, der Willensenergie und der revolutionären Massenstrategie der Partei ab . . .

Wie ist die Lage bei unseren Klassenfeinden? Wir sehen die Kapitalsoffensive, wir sehen den allgemeinen Faschisierungsprozeß und das Wachstum der Nationalsozialisten, der Reservearmee des faschistischen Finanzkapitals. Die Hitlerpartei wird immer stärker in das Staatssystem eingereiht und verwächst mit dem kapitalistischen Staatsapparat. Der Herauswurf der sogenannten linken Opposition aus der faschistischen Partei war eine Ergebenheitskundgebung Hitlers an das Kapital, ein Bekenntnis, daß alle «soziale» Demagogie der Faschisten nur zur Verschleierung ihrer Dienste für das Unternehmertum bestimmt ist.

Aus der Rede in Hamburg am 8. August 1930

Warum gerade jetzt die Zerrissenheit im bürgerlichen Lager? Warum der fieberhafte Ruf nach Sammlung der bürgerlichen Front gegen den Marxismus? Warum der Schrei nach neuen Herrschaftsformen? Warum Ausschaltung des Reichstages bei den neuen, von der reak-

3 Die Rote Fahne (Berlin), 24. Juli 1930.

tionären Brüning-Regierung mit dem Paragraphen 48 erlassenen Notverordnungen gegen das werktätige Volk? Die Verteidiger der Weimarer Verfassung begehen Verfassungsbruch und schaffen neue reaktionäre «Notgesetze» gegen die Millionen darbender Massen. Der Kapitalismus in seiner wahnsinnigen, den eigenen Untergang witternden Profitgier will den letzten Versuch machen, sich mit faschistischen Gewaltmethoden gegen die immer mehr steigende Massendauererwerbslosigkeit zu halten. Der Kapitalismus wird ganz allgemein Geißel der Menschheit, ist wirtschaftlich und technisch reaktionär geworden.

Im Atlantischen Ozean wurden kürzlich 42000 Sack Kaffee versenkt wegen Überproduktion. In Baumwollplantagen wird die Ernte nicht durchgeführt, und man läßt die Pflanzen verrotten. Man züchtet sogar in Gegenden, wo Kaffee und Baumwolle wachsen, Raupen, damit diese Plantagen abgefressen werden. So sieht die «Gesundung» des Kapitalismus, so sieht sein anarchistisches System in der Welt aus.

In Holland erwogen die Kapitalisten, einen Teil der Spinaternte auf dem Felde verfaulen zu lassen. Das sind Beispiele für die Zerfalls- und Fäulniserscheinungen des gegenwärtigen kapitalistischen Systems. Kapitalismus – das bedeutet Anarchie, Niedergang der Wirtschaft, Korruption und moralischer Zusammenbruch. Dazu die erhöhte Ausplünderung der deutschen Arbeiter infolge der Tributleistungen an das internationale Räuberkapital, wobei sich das deutsche Finanzkapital an dieser internationalen Ausplünderung noch besonders bereichert und einen neuen Extraprofit über die Young-Leistungen hinaus erpreßt. Nicht nur das Proletariat, alle Werktätigen müssen darunter leiden.

Diese Welle der Ausplünderungsoffensive trifft ebenfalls die armen Schichten des notleidenden und zum Teil ruinierten Mittelstandes, des Kleinbesitzes, die Handwerker, die kleinen Geschäftsleute und die werktätigen Bauern. Durch den Monopolkapitalismus, durch die ganze kapitalistische Entwicklung in der Epoche des Imperialismus werden diese Kreise mehr und mehr in den Strudel der Proletarisierung hineingepreßt. In Sachsen sind seit der Inflation über 400000 kleine Existenzen vernichtet worden. Nicht nur erhebliche Kreise der Kleinindustrie, besonders der Textilindustrie, sondern auch andere Kreise des Mittelstandes sind völlig verarmt. Sie sind ebenso wie viele Mittelständler in anderen Teilen Deutschlands Opfer der kapitalistischen Rationalisierung und der Monopol- und Kartellpreispolitik geworden. Gerade diese Kreise sind leider zum größten Teil an die politische Gefolgschaft des Faschismus gefesselt, weil sie im Dritten Reich der Nationalsozialisten, über das Hitler nirgends im Wahlkampf Auskunft gibt, einen Ausweg sehen. Er ist natürlich kein Ausweg für ihr großes Elend.

Wir Kommunisten haben überall auch die Interessen dieser Schichten in der Befreiung von der Gewerbe-, Umsatz-, Grund-, Vermögens- und anderen Steuern durch Anträge in den Parlamenten verteidigt.

Die Ledigensteuer wird ab 1. September durchgeführt. Die Ledigen, die 220 Mark pro Monat haben, sollen mit einem Steuerzuschlag von 10 Prozent der Lohnsteuer belastet werden. Die Negersteuer /4/, die sozial ungerechteste Steuer, versucht man fieberhaft überall in den Gemeinden und Städten durchzuführen, das sogenannte Notopfer für die Beamten und Angestellten, neue Zölle, neue Kommunalsteuern, wie die Biersteuer, Erhöhungen der Tarife und der Mieten. Trotzdem die Geißel der Erwerbslosigkeit immer unbarmherziger auf den Rücken der Millionen niedersaust, findet ein neuer schamloser Abbau und für viele die restlose Entziehung der Unterstützungssätze statt, besonders für die Jungarbeiterschaft und die Saisonarbeiter. Der Lohn- und Gehaltsabbau für Arbeiter, Angestellte und Beamte und die reaktionären faschistischen Maßnahmen in der Politik, das sind die Methoden, mit denen die Bourgeoisie aus dem kapitalistischen Durcheinander einen Ausweg sucht.

Die politischen Auseinandersetzungen bei den bürgerlichen Parteien und bei den Männern der Regierung in diesen Wochen kennzeichnen diese Bemühungen. «Reichsbannerkamerad» Wirth spricht von der Krise der Demokratie. Seine Zentrumskollegen Brüning und Stegerwald gehören zu den Haupteinpeitschern zur Errichtung des Faschismus in Deutschland.

Die Nazis wollen das Dritte Reich. Das Dritte Reich sehen wir in Italien, wo der Arbeiterschlächter Mussolini mit brutalster Waffengewalt gegen das werktätige Volk regiert. Dort streiken sogar faschistische Arbeiter, weil man ihnen das Brot stiehlt. Dieses Dritte Reich bedeutet offenen Faschismus, ist die brutalste Herrschaftsform des Finanzkapitals, ist die Verewigung des Hungers der werktätigen Massen bei blutigstem Mordterror gegen die Arbeiter.

Der verstorbene Reichspräsident Ebert ist der Vater des Artikels 48, der 50 Notverordnungen auf Grund des Artikels 48 gegen das Proletariat durchsetzte. Mit Artikel 48 haben die Sozialdemokraten durch das Ermächtigungsgesetz den Arbeitern den Achtstundentag geraubt.

Hermann Müller hat – wie Wirth im Reichstag enthüllte – im letzten Winter mehrfach bei Hindenburg um Vollmachten, auf Grund des Artikels 48 zu regieren, nachgesucht. Die Otto-Braun-Regierung /5/ setzte erst vor wenigen Wochen auf dem Verordnungswege die vierprozentige Mieterhöhung durch, obwohl sich eine Mehrheit im Preußischen Landtag dagegen aussprach. Hindenburg kommandierte und verlangte von der Preußenregierung Aufhebung des Stahlhelmverbots in Rheinland-Westfalen. Die Otto-Braun-Regierung führte den Befehl aus, obwohl dieses Scheinverbot damals ausgesprochen wurde wegen militärischer Geländeübungen und wegen des militärischen Charakters der Organisation des Stahlhelms. Nicht wie beim RFB (wo der militärische Charakter nicht zu beweisen war) mit den schmutzigen Bestimmungen des Versailler Vertrags wurde dieses Verbot ausgesprochen, sondern mit Klauseln einer in der Verfassung liegenden Gesetzesbestimmung. Hindenburg sprach den Befehl aus, der Sozialdemokrat Otto Braun führte in der Regierung diesen Befehl durch. Die Sozialdemokraten in Preußen werden von dem kaiserlichen Generalfeldmarschall von Hindenburg behandelt wie ein Bursche von seinem Leutnant. Einmal eine Zigarre und das andere Mal einen Fußtritt.

Millionen deutscher Arbeiter verhungern, leiden mit ihren Familien Hunger und Not. Etwa 1 Million Gewerkschaftsmitglieder sind heute arbeitslos. 500000 bis 600000 Jungarbeiter haben kein Brot und keine Arbeit.

Arbeiterfrauen machen sich die tiefsten Sorgen um das Dasein ihrer Familien. Nur wenn man selbst zweieinhalb Jahre dieses Los der

4 Bezeichnung für Kopfsteuer, die eine gleiche Abgabe für jeden Steuerpflichtigen vorsah.

5 Gemeint ist die sozialdemokratisch geführte Koalitionsregierung in Preußen.

Erwerbslosigkeit mit durchgekostet hat, hat man volles Verständnis für die Verhältnisse in den Familien, wo die Kinder nach Brot und Milch schreien, die Männer nach Arbeit suchen und die Arbeiterfrauen, die nicht genügend Brot und Milch kaufen können, mit dauernden täglichen Sorgen, was sie in ihren Kochtopf tun sollen, belastet sind.

Nur einige ganz wenige Zahlen, um das soziale Elend in Deutschland aufzuzeigen: Nach den Richtsätzen der Wohlfahrt bekommen in Hamburg Ledige 9 Mark, ein Ehepaar 14 Mark und für jedes Kind weitere 3 Mark. Es wird nicht überall die Miete von der Wohlfahrtsbehörde gezahlt. Nur im äußersten Fall gibt die Wohlfahrtsbehörde etwas für Miete. Wir wissen, was es bedeutet für die Familien und für die Ledigen, mit diesem Geld auszukommen. Sehen wir nach dem Hafen. Die unständig beschäftigten Hafenarbeiter, die heute höchstens ein bis zwei Tage pro Woche Arbeit und die übrigen Tage überhaupt keinen Verdienst haben, haben heute die Woche 18 bis 20 Mark, des öfteren noch weniger. Von diesen 18 bis 20 Mark sollen sie leben und ihre Familie ernähren. Wenn wir den Lebenshaltungsindex des Statistischen Landesamts in Hamburg durchsehen, dort ist der Mindestbedarf für eine vierköpfige Familie pro Woche auf 48,45 Mark berechnet. Der kürzlich noch der Sozialdemokratie angehörende Bandmann hatte ausgerechnet, daß schon 40 Mark genügen für vier Köpfe in der Woche.

Im Abend-«Vorwärts» erklärte ein Arzt namens Blumenthal-Barby, daß ein Schwerarbeiter mit 1,20 Mark pro Tag gut leben könne. Was schrieb der «Vorwärts» am 22. Juli hierzu? Er schrieb, daß dieser Arzt einen Fingerzeig gegeben hat, wie man sich mit wenig Kosten gesund ernähren könne, das heißt mit 1,20 Mark den Tag.

Auch die im Betrieb stehenden Arbeiter, besonders die 2 Millionen Kurzarbeiter, haben heute schon unter der Massennot zu leiden. Im Konjunkturjahr 1928 verdienten 40,89 Prozent aller Lohnsteuerpflichtigen weniger als 100 Mark im Monat. Heute wird diese Summe durchschnittlich schon wesentlich niedriger sein.

Die ungelernten Werftarbeiter haben bei einem Stundenlohn von 79 Pfennig einen Wochenverdienst von 37 Mark brutto. Abzüge betragen 5 bis 7 Mark. Eine fünfköpfige Landarbeiterfamilie, in der alle arbeiten, verdient nach bürgerlichen Presseberichten zusammen nur 37,74 Mark die Woche. Dabei haben wir in Deutschland solche unhaltbaren Zustände zu verzeichnen, daß Riesengehälter [gezahlt werden], wie zum Beispiel bei der Hamburg-Amerika-Linie, wo der Generaldirektor Cuno 600000 Mark jährlich bekommt, dazu die Ministerpension und besondere Spesen; daß der Direktor der IG Farben 500000 Mark bekommt, der Reichsbankdirektor Luther 340000 Mark außer den Spesen erhält. Und Dorpmüller bei der Eisenbahn bekommt 250000 Mark jährlich, ohne die besonderen Nebeneinkünfte und Nebenspesen.

Wir haben im Reichstag in dieser Frage Anträge eingereicht, um auf diesem Gebiet die Parteien zu zwingen, Stellung zu nehmen und sich selbst zu entlarven, daß sie nicht gewillt sind, für Maßnahmen zugunsten der Armen und gegen die Reichen energisch einzugreifen. Wir verlangten in unseren Anträgen eine Sondersteuer für Millionäre. Nach einer Statistik des Jahres 1925, die wir benutzen, da eine neuere nicht vorhanden ist – eine neue Statistik wird nicht veröffentlicht, weil die Zahl der Millionäre seit 1925 stark gestiegen ist und die amtlichen Stellen das festzustellen fürchten –, nach dieser Statistik von 1925 werden 2335 Millionäre festgestellt. 2465 Millionäre sind mindestens vorhanden. Die Aufstellung von damals war: 1870 Millionäre mit einem Vermögen von je 1 bis 2,5 Millionen und einem Gesamtvermögen von 1 Milliarde, 107 Millionäre mit einem Vermögen von je 5 bis 10 Millionen und einem Gesamtvermögen von 700 Millionen, 33 Millionäre mit einem Vermögen von je 10 und mehr Millionen und einem Gesamtvermögen von 600 Millionen. Diese 2335 Millionäre vom Jahre 1925 besaßen also ein Gesamtvermögen von 5 Milliarden.

Wir haben ferner den Antrag gestellt, besondere Besteuerung für alle Vermögen von über 500000 Mark in der Höhe von 10 Prozent, Besteuerung der Dividenden und sonstigen ausgeschütteten Gewinne in der Höhe von 10 Prozent, Sonderbesteuerung auf Aufsichtsratstantiemen in der Höhe von 20 Prozent, Sondersteuer von 10 Prozent für die großen Einkommen von über 50000 Mark pro Jahr und außerdem Einbehaltung aller hohen Beamten- und Angestelltengehälter über 8000 Mark sowie aller Pensionen über 6000 Mark. Selbstverständlich verlangten wir Erhöhung der Unterstützungssätze der Erwerbslosen, insbesondere für die Ausgesteuerten, Erhöhung der Kriegsopfer- und Invalidenrenten, Ausbau der Krankenversicherung, des Mutter- und Säuglingsschutzes, insbesondere die Beseitigung des Paragraphen 218 /6/, die generelle Erhöhung der Löhne und der Gehälter der Arbeiter und schlecht bezahlten Angestellten und Beamten.

Diese Anträge wurden mit allen Stimmen gegen die Stimmen der kommunistischen Fraktion abgelehnt. Dieses unerhörte System ist auf die Dauer für jeden Werktätigen untragbar. Wir haben über 3 Millionen Arbeitsuchende in Deutschland. Im Winter wird sich diese Zahl auf 4 bis 5 Millionen bestimmt erhöhen. 12,5 Millionen Arbeiter in den verschiedenen Betrieben und die Millionen Angestellten, die ebenfalls heute in gedrückten und armen Verhältnissen leben, wo jetzt in Berlin, Süddeutschland und im Ruhrgebiet Zehntausende entlassen werden – sie alle wollen nicht zugrunde gehen. Der heroische Kampf in Mansfeld, in der Metallindustrie im Ruhrgebiet und in Nordwest, die vielen kleinen Streiks, die in allen Gegenden Deutschlands ausgebrochen, der jetzt in Schleswig-Holstein entflammte Landarbeiterstreik – sie alle signalisieren die revolutionäre Zuspitzung der jetzigen Klassenlage in Deutschland. Je brutaler und schärfer die Ausbeutung und Unterdrückung, je energischer und offensiver die Bourgeoisie versucht vorzustoßen, desto stärker und offensiver müssen und werden sich alle Kräfte zum Widerstand und zum Gegenangriff unter Führung der Kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition sammeln, neuen Widerstand leisten und die Massengegenoffensive gegen das Unternehmertum und seine Hilfskräfte an allen Fronten einleiten.

Wir fordern bei steigenden Preisen und höheren sozialen Ausgaben Anpassung und Erhöhung der Löhne und Gehälter für alle Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten. Wir fordern in unseren Anträgen im Reichstag und in der Bürgerschaft Arbeit und ausreichende Unterstützung für die Ärmsten der Armen, die Millionen Erwerbslosen. Wir verlangen den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich, wodurch in Deutschland etwa 3 Millionen in dem Produktionsprozeß hätten untergebracht werden können. Von den Deutschnationalen und den Nazis bis zu den Sozialdemokraten wurden unsere Anträge abgelehnt. Die Sozialdemokratie lehnte sogar ihre eigenen, von uns später übernommenen Anträge ab.

6 Paragraph 218 des Strafgesetzbuches verbot die Abtreibung der Leibesfrucht.

Wir liefen Sturm beim Abbau der Rechte der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, bei der Verschlechterung der Krankenversicherung, wo über 300 Millionen eingespart werden sollen, bei der Kürzung der Ausgaben für die Invaliden- und Wohlfahrtsrentner. Wir stellten Anträge für die langsam dem Ruin entgegengehenden Teile des armen Mittelstandes zur Befreiung von ihren drückenden Steuern. Wir stellten beim Agrarprogramm Forderungen für die armen Bauern. Wir haben versucht, die kapitalistischen Parteien des öfteren zu entlarven. Das Tragischste und das Schlimmste, was im Reichstag vor sich ging, war, daß, als wir einen Antrag einreichten, für 35000 Blinde 10 Millionen Mark im Etat neu aufzunehmen, die ganze Gesellschaft von den Deutschnationalen und den Nazis bis zu den Sozialdemokraten diesen berechtigten Antrag ablehnte.

Genossen! Wir kämpfen, wie es die Klasseninteressen der Werktätigen erfordern, gegen jede Herabsetzung der Besitz-, der Kapitalsteuern und für die restlose Erfassung der Kapitalgewinne aller Großunternehmungen.

Die Kommunistische Partei, als einzige antikapitalistische Partei und Kraft, stellte die Forderung auf: «Die Reichen sollen zahlen!» Sie stellt an die Arbeiter, die Millionen Erwerbslosen, die Angestellten und unteren Beamten, an die freien Berufe, die werktätigen Mittelstandsschichten und die armen Bauern die Frage: Wollt ihr die neue Massenausplünderung der bürgerlich-sozialdemokratischen Front oder seid ihr bereit, gemeinsam mit der Kommunistischen Partei für die Forderungen, die die kommunistische Reichstagsfraktion eingereicht hatte, außerparlamentarisch zu kämpfen?

Als wir diesen Appell auch schriftlich den Massen übermittelten, haben wir aus verschiedenen Kreisen, besonders von Anhängern der bürgerlichen Parteien, Zuschriften bekommen, in denen dieser außerparlamentarische Kampf begrüßt wurde.

Gestern wurden wieder im Haushaltsausschuß in Hamburg für Bauten und Schuppen der Amerika- und Levante-Linie 7 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, die diese Linien nur mit 7,5 Prozent zu verzinsen brauchen, wobei die Miete für den Quadratmeter mit ein bis zwei Mark berechnet wird. Nachdem schon früher der Staat 24 Millionen für die Hamburg-Amerika- und Levante-Linie hergegeben hatte und sie diese Summe mit nur 4 Prozent jährlich zu verzinsen brauchten, hat man jetzt plötzlich diese Summe von 24 Millionen als 13,6 Millionen in der Berechnung einkalkuliert. Das ist ein glattes Geschenk an die Hamburg-Amerika-Linie. Aber in staatlichen Wohnhäusern der Siedlungen werden trotz größter Not den Mietern alle Anträge und jede Amortisation abgelehnt.

Dem armen Mittelstand und den Kleinbauern werden keine Kredite und Subventionen gegeben, aber wie vom damaligen Finanzminister Moldenhauer am 1. Januar 1930 dem Reichstag unterbreitet wurde, wurden 332 Millionen Mark an Subventionen der Industrie, der Landwirtschaft, dem Verkehr und der Schiffahrt in einem Jahr geschenkt.

Den Armen die Pfennige rauben, den Reichen die Millionen zuschanzen. So sieht das heutige kapitalistische System aus. Angesichts solcher harten, nüchternen Tatsachen wagen es alle unsere Klassenfeinde, als die Verfechter der Interessen des werktätigen Volkes vor den Massen aufzutreten! . . .

Unsere Feinde glauben uns zu beschimpfen, wenn sie uns eine Erwerbslosenpartei nennen.

Wir erklären vor der gesamten proletarischen Öffentlichkeit ausdrücklich: Jawohl, wir sind die Partei der Erwerbslosen, so wie wir die Partei aller im Lande lebenden Unterdrückten in Deutschland sind. Wir sind die Partei der Betriebsarbeiter, wir sind die Partei der großen revolutionären Klassenfront des Proletariats, die alle Kräfte, alle Schichten dieser großen proletarischen Armee zum einheitlichen Kampf gegen das kapitalistische System zusammenschweißt. Wir sind keine Schmarotzer der Arbeiterbewegung. Wir sind keine Spalter des Proletariats, sondern organisieren und schmieden die Einheitsfront aller Arbeiter auf revolutionärer Grundlage. Wir dringen in alle proletarischen Massenorganisationen, in die Freidenkerorganisationen, in die Sportbewegungen, in die Massen der am meisten ausgebeuteten Jungarbeiter, ja, wir dringen sogar in die Reichswehr ein, wie das rote Banner des Kreuzers «Emden» /7/ bewies, um die Kräfte der revolutionären Klassenfront zu verstärken . . .

Und nun zur Partei, von der Hitler behauptet, sie sei die Partei des kommenden, neuen Deutschlands. Diese Partei, mit vielem Geld sowohl von den deutschen Industriellen wie auch vom Ausland beschenkt, ist das gefährlichste und schmutzigste Werkzeug des deutschen Finanzkapitals. Sie wird eine Wahlagitation führen, mit Millionen von Geldern, in Wort und Schrift – besonders gegen die Kommunistische Partei. Wir haben in letzter Zeit überall gesehen, daß diese Partei versucht, bei den verschiedensten Anlässen mit revolutionären Tiraden und Phrasen aufzutreten. Sie propagiert am aktivsten die Bekämpfung des Marxismus in den Kreisen ihrer Anhänger.

Den Nationalsozialisten, die auftreten und sprechen von dem Dritten Reich, [dem Reich] des Nationalsozialismus, muß man sagen, daß hinter den Worten «Nation» und «Sozialismus» sich die brutale Fratze des ausbeutenden Kapitalismus verbirgt.

Die Nationalsozialistische Partei spielt sich als Kämpfer gegen den Young-Plan auf, tritt aber in der Außenpolitik für die englische Orientierung und für Mussolini ein. Wie kann eine Partei gegen den Young-Plan kämpfen, wenn sie mit den ausländischen Unterzeichnern des Young-Plans, wenn sie mit Mussolini und mit der englischen Bourgeoisie ein Bündnis will und mit ihnen in geschäftlichen und finanziellen Beziehungen steht. Sie wettern gegen Pfründenwirtschaft, Postenjägerei, um in Sachsen und im Reiche denselben Schacher um die Futterkrippe zu betreiben wie die Sozialdemokraten und die übrigen bürgerlichen Parteien. Frick erklärte in einer Versammlung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, die NSDAP beanspruche die Besetzung des Innenministeriums im Reiche. Diese eine Tatsache, die durch Frick ausgesprochen wurde, ist ebenfalls ein Beweis dafür, daß diese Partei nur vorgibt, gegen den Young-Plan zu kämpfen, aber sich bereit erklärt, in der Young-Republik die Lasten des Young-Planes zur Durchführung zu bringen, daß sie wie alle anderen bestrebt ist, so schnell wie möglich an die Futterkrippen heranzukommen. Auf dem Boden des jetzigen Young-Systems ist sie es, die die Ausbeutung des werktätigen Volkes, wie das thüringische Beispiel beweist, am entschiedensten durchführt. Sie spielt sich als Kämpfer gegen die Young-Sklaverei auf, um in Thüringen tagtäglich die werktätigen Massen der Young-Sklaverei auszuliefern.

In Thüringen haben die Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern auf die Nationalsozialisten bestimmte Hoffnungen gesetzt – sie sind enttäuscht. Über 1 Million der Mittel für Volksschulen wurden abge-

7 Am 13. Oktober 1929 hißten Matrosen auf dem Kreuzer «Emden» eine rote Flagge, um gegen den Drill an Bord zu protestieren.

baut, und bald dieselbe Summe wurde mehr für die Kirche ausgegeben. Die Durchführung der Kopfsteuer in Thüringen ist ein sozialer Skandal. Jeder Kapitalist zahlt soviel und nicht mehr als der ärmste Erwerbslose. In diesen Tagen hat man eine alte Verordnung vom Jahre 1869 herausgegraben und wendet sie an, um die Masseneintreibung der Negersteuer durchzuführen, selbst gegen diejenigen, die nicht einmal das steuerfreie Einkommen verdienen. Was haben wir von dieser Partei des sogenannten Dritten Reiches zu erwarten? Sie wirbt um die Gunst des Arbeiters, während sie ihn tagtäglich im Dienste und im Auftrage des Finanzkapitals mit Knüppeln und Dolchen bearbeitet. Genossen, diese Kapitalsknechte, die Mordkolonnen, die jetzt versuchen, in die Arbeitermassen Verwirrung hineinzutragen, indem sie überall mit Pistolen und anderen Waffen auftreten, sind eine ernste Gefahr für alle Kreise des kämpfenden Proletariats. Gegen die braune Mordpest müssen sich die Arbeiter zusammenschließen und offensiv auftreten.

Was bedeutet es, wenn diese Mordkolonnen in Deutschland mit Revolvern und anderen Mordwaffen Woche für Woche auftreten und ein junges Arbeiterleben nach dem andern niedermeucheln? Wir als KPD nehmen solche Tatsachen nicht entgegen ohne strenge und ernsthafte Gegenmaßnahmen. Wenn die Sozialdemokratie glaubt, daß diese Bewegung der ernsthaften Beobachtung nicht würdig ist, wenn sie in ihren eigenen Reihen die Gegenwehr drosselt, so sagen wir als Kommunistische Partei, daß wir die Einheitsfront aller Arbeiter gegen den Faschismus zu schaffen haben, daß wir Betriebswehren gründen, in die sozialdemokratische und parteilose Arbeiter eingegliedert werden.

Wo man uns schlägt, die Arbeiterklasse angreift, werden wir uns wehren und angreifen gegen diese Todfeinde der Revolution . . .

Welchen Ausweg kann euch die KPD zeigen?

Alle bürgerlichen Parteien sind bemüht, aus diesem morschen System einen Ausweg im kapitalistischen Sinne zu suchen. Historisch gesehen, muß und wird der Kapitalismus an sich selbst zugrunde gehen. Wenn jetzt die Nazis mit neuen Methoden in die Bresche /8/ springen, so bedeutet das eine andere Methode, mit der man Millionenmassen verwirren will, um das System des Kapitalismus länger zu erhalten. Selbst die vagen Auswege, die von den bürgerlichen Parteien in ihrer jetzigen Propaganda gestellt werden, zeigen, daß sie nicht in der Lage sind, irgendwelche positiven, den Massen einleuchtende Auswege zeigen zu können. Eine kapitalistische «Lösung» aus diesem morschen System heißt buchstäblich eine Verewigung des sozialen Elends der kapitalistischen Versklavung, Unterdrückung und der Ausbeutung. Was geschieht, wenn das kapitalistische Deutschland schon in den nächsten Jahren nicht mehr in der Lage ist, 5 Millionen erwerbslose Arbeiter und Arbeiterinnen ernähren zu können, wenn die in Arbeit Stehenden immer mehr ausgeplündert und beraubt werden?

Eine solche Gesellschaft, wo Millionen Arbeiter nichts zu beißen haben, eine solche Gesellschaft kann sich nie und nimmer halten. Deshalb die neuen Formen der faschistischen Propaganda in diesem Wahlkampf.

Wir stellen allen kapitalistischen Rezepten, allen neuen Operationen an dem kranken kapitalistischen Staatskörper den einzigen Ausweg, die proletarische revolutionäre Lösung, die Rettung allein durch den Kommunismus entgegen.

Wir sind die einzige antikapitalistische und antifaschistische, die marxistisch-revolutionäre Partei. Es ist eine infame Lüge, die wissentlich ausgestreut wird, daß der Marxismus Bankrott gemacht hat, wie die antimarxistische Front des Kapitalismus verleumderisch behauptet. Bankrott gemacht hat nicht der Marxismus, sondern Bankrott gemacht hat die Politik der Sozialdemokratie, die das rote Sturmbanner, das Sturmbanner des Marxismus und Sozialismus längst verlassen hat . . .

Es gibt keine endgültige kapitalistische «Lösung» im kapitalistischen System mehr, wo sich die Lage des Werktätigen verbessert, sondern nur eine proletarische revolutionäre Lösung, die Lösung, daß die Werktätigen die Staatsmacht in die Hände nehmen. Die Fesseln der Knechtschaft, die Fesseln der Lohnsklaverei müssen gesprengt werden. Erst die siegreiche nationale proletarische Revolution wird diese kapitalistischen Young-Ketten zerreißen.

Die KPD als die Partei der nationalen Befreiung Deutschlands wird das wahrmachen, wofür das Proletariat jahrzehntelang gestritten und gekämpft hat.

Arbeit und Brot allen Erwerbslosen! Fabriken, die Bergwerke, die Banken der Arbeiterschaft! Das Land den Landarbeitern und schaffenden Bauern! Verteidigung des notleidenden Mittelstandes gegen Wuchersteuern und Monopolkapitalismus! Sturz der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft! Zerreißung des Sklavenpaktes der Young-Bourgeoisie!

Wir kämpfen für eine Nation, wo aller kapitalistischer Grundbesitz Staatseigentum der Arbeiter und armen Bauern ist. Die Frage der nationalen Befreiung Deutschlands steht stärker denn je auf der Tagesordnung der revolutionären Geschichte. Durch drei Generationen von Menschen sollen die internationale Peitsche und die Peitsche des deutschen Kapitalismus über dem Haupt jedes einzelnen Werktätigen schweben. Diesem System muß ein Ende gemacht werden.

Wenn Millionen Erwerbslose, Betriebsarbeiter, Landarbeiter, ruinierte Mittelständler und arme Bauern nach einem Ausweg suchen, wir zeigen den Ausweg, sind dabei aber der Meinung, daß unsere Forderungen nur erkämpft werden können durch den Sieg des Kommunismus.

Die Zerbrechung der räuberischen Young-Bestimmungen und die Zerreißung der Young-Sklaverei in Deutschland ist nur möglich durch den Sturz der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft und durch die Aufrichtung der proletarischen Diktatur!

Das ist unser Programm. Die Entscheidung in diesem Kampfe fällt nicht im Parlament, sondern in den Betrieben und auf der Straße im außerparlamentarischen Massenkampfe unter Führung der Kommunistischen Partei.

Harry Naujoks
Erinnerung

Wenn Ernst Thälmann in Hamburg sprach, waren die Säle schon lange vor Versammlungsbeginn überfüllt. Wenn wir am Nachmittag gegen 15 oder 16 Uhr mit der Ausschmückung der Säle bei Sagebiel beginnen wollten, waren schon viele Menschen vor dem Eingang versammelt, um sich einen guten Platz zu sichern. Männer und Frauen hatten sich zum Teil Stühle und Klappsitze mitgebracht und warteten strickend und lesend oder sich unterhaltend stundenlang auf Ein-

8 In der Quelle: Bucht.

laß. Dabei konnte man dann hören, wie frühere Arbeitskollegen von Thälmann Einzelheiten von ihm erzählten. Eine grauhaarige Arbeiterfrau kämpfte bei jeder Versammlung um einen Eckplatz in den ersten Reihen am Mittelgang und erzählte stolz, daß Ernst Thälmann ihr jedesmal freundlich zunicke oder ihr die Hand gebe, wenn er zur Bühne ginge. So fühlte sich jeder persönlich angesprochen und verbunden mit Ernst Thälmann. So auch während seiner Reden, denn Ernst Thälmann schaute beim Sprechen nicht über sein Publikum hinweg, sondern faßte eigentlich jeden ins Auge, und nichts entging ihm. Das bewiesen unzählige Zwischenbemerkungen mitten in der Rede. Dadurch entstand bei seinen Zuhörern unweigerlich der Eindruck: Dieses gerade hat er mir gesagt. Deshalb war in seinen Versammlungen zu beobachten, daß die Menschen häufig nickten und Zustimmung äußerten. So war es charakteristisch für seine Versammlungen, daß sie von einer Atmosphäre engster Verbundenheit mit den Zuhörern erfüllt waren.

Abgesehen vom Inhalt seiner Reden ergriffen jeden Zuhörer vor allem seine schlicht und einfach vorgetragenen Darlegungen. Wenn er, mit Schlips und Kragen angetan, auf einer großen Versammlung erschien, ich denke dabei besonders an eine große Kundgebung im alten Gebäude des Zirkus Busch in Hamburg, so dauerte es nach Beginn seiner Rede nicht lange, daß er sich während des Redens mit Vehemenz seines Schlipses und Kragens entledigte. Man hatte das Gefühl, daß man nun selbst auch freier atme, und sein Temperament schien sich noch stärker zu übertragen.

So störte es ihn auch ungemein, wenn ihn die Pressefotografen während seiner Rede mit ihren Blitzlichtern «beschossen». Mit einer weit ausholenden Armbewegung schien er sie förmlich hinwegzufegen, oft begleitet mit recht eindeutigen Bemerkungen auf Plattdeutsch wie: «Lot denn Bloidsinn!» Diese Begebnisse lösten bei den Massen eine Begeisterung aus, daß oft eine kurze Unterbrechung eintrat. Dieses Abwehren von Äußerlichkeiten basierte auf seiner großen Bescheidenheit und Schlichtheit, und gleichzeitig hatte jeder das Gefühl, es geht um ernste Dinge, diese sind die Hauptsache, darum hinweg mit allem Drum und Dran. Man erhielt durch seine Art des Redens ein absolutes Gefühl für Zielstrebigkeit und für die Sache, um die es ging.

Karl Wloch
Erinnerung

Ende des Jahres 1930 kam ich wieder nach Berlin zurück, um erst in der Redaktion der «Roten Fahne», später in der Agit-Prop-Abteilung des Zentralkomitees zu arbeiten. Es war die Zeit der Reichs- und Landtagswahlen. Genosse Ernst Thälmann sprach auf vielen Großkundgebungen. Für seine Referate war typisch, daß er die politischen Probleme mit der Lage der Arbeiter und Bauern in dem betreffenden Gebiet verband. Es rief immer Bewunderung hervor, wie genau Genosse Thälmann über die Lohnentwicklung in den Betrieben, über Streiks und andere Kampfaktionen unterrichtet war. Er nannte die Bauern beim Namen, deren Höfe unter den Hammer gekommen waren. Es gab keinen besseren Schilderer der Zustände in der Weimarer Republik als ihn.

Wie kam er dazu? Selbstverständlich wurden die Kundgebungen vorbereitet und ihm zahlreiches Material zur Verfügung gestellt. Genossen aus Berlin fuhren einige Tage vorher in die vorgesehene Stadt, um solche Materialien vorzubereiten. Diese Aufträge übernahmen wir gern, obwohl wir uns dabei manches Mal als nicht vollständig unterrichtet zeigen mußten. Wir erlebten immer wieder, daß Genosse Thälmann, mit dem wir uns am Vormittag des Kundgebungstages trafen, besser unterrichtet war als wir. Natürlich hatten auch wir durchaus verwendbares Material, aber Genosse Thälmann hatte sich auch einiges zusammengeholt. Er traf oft am Tage vorher oder in den frühen Morgenstunden ein, stand vor den Betrieben oder ging in die Dörfer und führte viele Gespräche mit Arbeitern und Bauern. Er legte Wert darauf, unsere Materialien durch eigene Gespräche und Erlebnisse lebendig zu machen.

Aus der Rede in Berlin am 12. September 1930

Durch die Klarheit und Kürze unseres Programms ist eine Verwirrung bei unseren Gegnern und in der bürgerlichen Presse eingetreten. Die Verleumdung, die gegen uns angewandt wird, zeigt, daß bei allen diesen Parteien etwas faul sein muß.

Unsere Gegner lügen von einem Dreibund: Thälmann, Hitler und Hugenberg. Zwei Beispiele können die Infamie dieser Behauptung zeigen. Als Hitler in einer großen Kundgebung in Essen sprach, zu der die Bourgeoisie in 177 Autos angefahren kam, da lud ihn der Industrielle Kirdorf am Abend nach der Versammlung zu einem Abendessen ein.

Könnt ihr euch denken, daß ich heute abend nach der Versammlung von Borsig zu einem Abendessen eingeladen werde?

Ein zweites Beispiel: Wenn wir mit Hitler und Hugenberg in einer Front wären, warum zücken dann die Arbeitermordkolonnen der Nationalsozialisten dauernd die Dolche gegen die Arbeiter, die mit glühender Leidenschaft für die Befreiung des werktätigen Deutschlands kämpfen? Und warum hat auch nicht ein Nationalsozialist irgendeinem Kapitalisten bisher ein Haar gekrümmt?

Wer sagt, wir sind Freunde von Hitler und Hugenberg, der will nur verstecken, daß er Freund der Bourgeoisie, Freund des Faschismus ist. Wir aber sind Freunde der Millionen des werktätigen Volkes, wir allein kämpfen für die Befreiung des werktätigen Deutschlands.

Aus dem Appell an alle werktätigen Wähler vom 12. September 1930

Die Kommunistische Partei ruft alle Werktätigen, Männer wie Frauen, Jugendliche wie Erwachsene, Betriebsarbeiter wie Erwerbslose, Industrieproleten wie Landarbeiter, die gesamte Arbeiterklasse ebenso wie alle Angestellten, die unteren Beamten, die notleidenden Mittelständler und armen Bauern, zur roten Einheitsfront, zum gemeinsamen Kampf für Freiheit und Macht des werktätigen deutschen Volkes. Der Arbeiter gehört zu uns, denn wir kämpfen für höhere Löhne, für den Siebenstundentag, für Brot und Arbeit der Erwerbslosen, für die Erhöhung der Unterstützungssätze, für billige Arbeiterwohnungen, für uneingeschränkte Sozialunterstützung, für die volle Gleichberechtigung der proletarischen Frauen, für die Rechte der Arbeiterjugend, für bessere Lebensbedingungen des Proletariats. Der verarmte Mittelständler gehört zu uns, denn wir kämpfen gegen die verbrecherische Steuerpolitik der Kapitalisten, gegen die frevelhafte Zollgesetzgebung, gegen die unerschwinglichen Mieten, gegen die Verteuerung von Gas, Wasser und Elektrizität, gegen die Wucher-

herrschaft des Finanzkapitals. Der werktätige Bauer gehört zu uns, denn wir kämpfen gegen Steuerdruck, gegen Zins- und Pachtwucher, gegen Pfändungen und Zwangsvollstreckungen, gegen Großagrarier und die bauernfeindliche Politik der Sozialdemokratisch[en Partei und der] bürgerlichen Parteien.

Aus dem Referat auf der Funktionärkonferenz der Berliner Parteiorganisation der KPD am 17. September 1930

Wir haben den Wahlkampf mit einem klaren Programm geführt, mit einem volkstümlichen Programm. Als Sprachrohr und Führer der notleidenden Millionen, aus deren Not die Stunde der Befreiung entspringen wird, zogen wir in diesen Wahlkampf, schärfer denn je als die Vorkämpfer und Bahnbrecher zur proletarischen Diktatur.

Eine entscheidende Rolle in unserem Kampf spielte für den ganzen Wahlausgang wie für die Bekämpfung des Faschismus unzweifelhaft unser Befreiungsprogramm.

Selbstverständlich ist die nationale Befreiung ohne die soziale unmöglich. In einer Situation, in der die werktätigen Millionen unter der doppelten Sklavenfron der deutschen Bourgeoisie und des ausländischen Imperialismus schmachten und ihr Freiheitswille steigt, kam es für uns darauf an, nicht nur unsere in den Massen bekannte Stellung für die soziale Befreiung der Werktätigen, sondern entsprechend den besonderen gegenwärtigen Bedürfnissen der Situation unseren leninistischen Standpunkt für die nationale Befreiung der Werktätigen Deutschlands, den die Massen viel weniger kannten, besonders nachdrücklich und als eine der zentralen Fragen unseres gesamten Kampfes in den Vordergrund zu rücken. Darum sagen wir mit vollem Recht: Kampf für die nationale und soziale Befreiung des deutschen Volkes. Unser Befreiungsprogramm ist und bleibt ein entscheidendes Rüstzeug für die Mobilisierung der Millionenmassen für den Kommunismus!. . .

Wir müssen zeigen, daß die Faschisten als zuverlässige Partner der Bourgeoisie auftreten, daß sie alle reaktionären Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft unterstützen. Und gerade da ist es notwendig, dies auch im internationalen Maßstab nachzuweisen. Ich erwähne drei Beispiele, wo der Faschismus als «Lösung» der Krise in Erscheinung tritt. Pilsudski versucht in Polen, mit faschistischen Methoden die Krise zu überbrücken. Mussolini erweckt durch seine faschistischen Methoden den Widerstand der Industriearbeiter, der freien Berufe und der armen Bauern. Horthy entfachte durch seine Methoden die Bauern zum Kampf gegen das System des Faschismus.

Und noch eines: Wir müssen hierbei die Entwicklung in Deutschland und der Sowjetunion einander gegenüberstellen. In der Sowjetunion kein Zusammenbruch, keine Krise, keine Erwerbslosigkeit, kein Young-Plan, der an die Gurgel der Millionenmassen greift, sondern ein grandioser Aufstieg, der stürmische Aufbau des Sozialismus, der die Begeisterung aller Arbeiter, auch der im gegnerischen Lager, erzeugen muß.

Es ist notwendig, den Massen zu zeigen, daß wir die einzigen Vorkämpfer gegen den Faschismus, gegen wirtschaftliche Massennot und Unternehmerwillkür sind und daß wir den Ausweg zeigen, der die Millionen Werktätigen aus dem kapitalistischen Joch herausführen wird: die Erkämpfung der proletarischen Diktatur.

Die Frage, welche zukünftige Regierungskoalition von der Bourgeoisie eingesetzt wird, ist heute noch nicht zu beantworten. Die Sozialdemokraten machen verzweifelte Anstrengungen, um noch einmal in die Große Koalition zu kommen. Andererseits wollen die Nationalsozialisten mit aller Energie in die Regierung hinein. Vor allem aber besteht die Möglichkeit, mit der jetzigen reaktionären Brüning-Regierung unter immer stärkerer Ausschaltung des Reichstages zu herrschen, in einer ähnlichen Form, wie es Pilsudski in Polen tut. Der Gesamtkurs der Bourgeoisie ist jedenfalls darauf gerichtet, in der einen oder anderen Form alle Parteien der äußersten Reaktion, daher auch die Nazis, an die Regierung heranzuziehen.

Es ist bemerkenswert, mit welchem Eifer die Nazis jetzt versuchen, der deutschen Bourgeoisie ihre Regierungsfähigkeit zu beweisen. Hitler sagte in seiner Münchener Rede, die Ziele der Nazis seien nicht Putsche, sondern die Eroberung der deutschen Seele. Mit diesen Phrasen will Hitler die Klassengegensätze verwischen und die Ausgebeuteten vom Kampf zurückhalten. Wenn Hitler gestern in seiner Rede in München sagte: «Wir wollen das Wort Sieg streichen und statt dessen schreiben Kampf», so bedeutet das: Kampf gegen den Kommunismus, Kampf gegen das Proletariat!

Der Kampffront aller Klassenfeinde der Werktätigen müssen wir die Millionen-Einheitsfront des revolutionären Proletariats und aller Werktätigen entgegenstellen. Der gewaltige Wahlerfolg der Kommunistischen Partei verpflichtet uns, innerhalb und außerhalb des Parlamentes den Kampf gegen das heutige System, gegen die Young-Herrschaft und das kapitalistische Regime, mit zehnfach größerer Entschlossenheit als zuvor zu entfachen. Wir allein können die solidarische Front zwischen Erwerbslosen und Betriebsarbeitern schmieden. Wir allein können den Kampf der Arbeiter, Bauern und notleidenden Mittelständler gegen die Steuern und Belastungen mit der Waffe des Steuerstreiks organisieren. Wir allein können die Streiks der Arbeiterschaft auslösen und führen. Nur wir sind imstande, alle diese Fragen mit den politischen Grundfragen unseres Kampfes gegen die faschistischen Regierungsmethoden zu verbinden.

Die Kommunistische Partei, die ihren Kampf nicht um Mandate, sondern um die Millionenmassen des werktätigen Volkes geführt hat, wird jetzt, nach dem Wahlsieg, nicht erlahmen, sondern erst recht vorwärts stürmen . . .

Wir werden deshalb versuchen, in Deutschland die Frage des Ausbaus der Betriebszellen in den verschiedenen Betrieben anders zu stellen als in der Vergangenheit. Das politische Zentrum muß direkt im Betriebe sein. Die Frage der großzügigen Werbung von Betriebsarbeitern muß eingeleitet werden. Zwar sind wir die Partei der Erwerbslosen ebenso, wie wir die Partei aller Betriebsarbeiter, die Partei der Millionen Unterdrückten im ganzen Land sind. Wenn aber der Prozentsatz der Betriebsarbeiter kleiner wird, dann würden unsere gesamten Positionen politisch stärker geschwächt werden . . .

Wie können wir die Stimmungen, die im deutschen Proletariat vorhanden sind, besonders bei den sozialdemokratischen Arbeitern und noch viel mehr bei den Parteilosen, gegen den Faschismus organisatorisch festigen und verankern? Wir wissen, daß in diesem Wahlkampf die roten Wahlhelfer eine große Arbeit geleistet haben. In der jetzigen Situation soll diese Wahlhelferbewegung von uns nicht aufgelöst werden, sondern wir müssen ihr neue Aufgaben geben. Wir appellieren an diese Wahlhelfer, gemeinsam mit den Betriebswehren, den Erwerbslosenstaffeln an unserer Seite den Kampf gegen den Faschismus zu verstärken. Wir müssen versuchen, eine

neue antifaschistische Organisation zu schaffen, die als entscheidendes Kampforgan gegen den Faschismus in Deutschland neben der Kommunistischen Partei und dem nicht zu verbietenden Roten Frontkämpferbund, der weiterlebt und weiterkämpft, in Erscheinung tritt. Wir sind der festen Meinung, daß der Geist der Wehrhaftigkeit im deutschen Proletariat gestärkt werden muß . . .

Auf dem Gebiet unserer ländlichen Arbeit, in den Hauptzentren des Faschismus, unter den kleinen Bauern und Landproleten, müssen wir neue Methoden der Bearbeitung und des Bündnisses mit dem Proletariat der Städte herausarbeiten. Ohne Rationalisierung unserer Arbeit, ohne zweckmäßige Verteilung der Funktionen werden unsere großen Aufgaben nicht gelöst werden können. Durch die Rationalisierung der Arbeit müssen wir jedem Funktionär, der im Betriebe steht, die Möglichkeit geben, sein ideologisches Wissen zu bereichern. Jede Bezirksleitung, auch die Berliner Organisation, muß versuchen, derartige Methoden der Arbeit zu finden, daß ein neuer Zug, neues Leben, neuer, kühner Offensivgeist innerhalb der Partei und der werktätigen Massen außerhalb der Partei einzieht.

Max Reitersleben
Erinnerung

Meine zweite Begegnung mit Ernst Thälmann hatte ich 1930. Die Wirtschaftskrise hatte ihren Höhepunkt noch nicht erreicht, lastete aber wie ein Alpdruck auf dem wirtschaftlichen und politischen Geschehen. Ein Betrieb nach dem anderen wurde geschlossen. Unerhörte Not, nackter Hunger zogen in die Arbeiterwohnungen ein. Jeder bangte um seinen Arbeitsplatz. Die Krise pochte auch hart an die Tore der Firma Borsig . . .

Ich war seinerzeit politischer Leiter des Bezirks Reinickendorf. Wieder drohten den Werktätigen von Borsig neue Entlassungen . . . Diese Zeit war bewegt. Eine Versammlungswelle jagte die andere. Da die Frage der Entlassung für die Borsig-Arbeiter ernst war, berief ich eine Versammlung der Borsig-Arbeiter im «Alten Krug» zu Tegel ein. Genosse Thälmann war als Referent angekündigt. Das war für die Borsig-Arbeiter ein großes Ereignis. Bis auf den letzten Platz war der Saal gefüllt. Viele Arbeiter fanden keinen Einlaß.

Voller Spannung erwarteten wir unseren Teddy. Als er endlich eintrat, wurde er stürmisch begrüßt. Er nahm am Tisch der Versammlungsleitung Platz und besprach mit mir einige organisatorische Fragen, erkundigte sich nach der Lage im Betrieb, wann die Entlassungen vorgenommen werden sollen und vielen anderen Dingen mehr. Gerade diese Gründlichkeit war kennzeichnend für den Genossen Thälmann. Ihm kam es nicht darauf an, ein politisches Referat zu halten, sondern den Borsig-Arbeitern klarzumachen, was sie tun müssen, um die drohende Entlassung abzuwenden.

Es ist bekannt, daß der Genosse Thälmann seine Reden in öffentlichen Versammlungen aus dem Stegreif hielt. Das bedeutet jedoch keineswegs, daß diese Reden nicht gründlich vorbereitet waren. Der Genosse Ernst Thälmann hatte ein gutes Gedächtnis und für seine Reden stets ein durchdachtes Konzept. Genosse Thälmann war kein Schönredner. Er verabscheute die Phrasen und sprach stets in einfachen, verständlichen Sätzen. Seine Argumente waren logisch und überzeugend. Darauf beruhte die Wirkung seiner Reden. Problem um Problem griff er auf, analysierte die Lage, brandmarkte die reformistischen Führer, bewies die Notwendigkeit des Klassenkampfes, umriß die Aufgaben der Arbeiterklasse und zeigte den Ausweg aus der Misere. So war es auch in dieser Versammlung.

Ernst Thälmann im Sagebiel, einem traditionellen Versammlungslokal der Hamburger Arbeiter

Gegen Notverordnungen

Verordnung
des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstags
vom 18. Juli 1930.

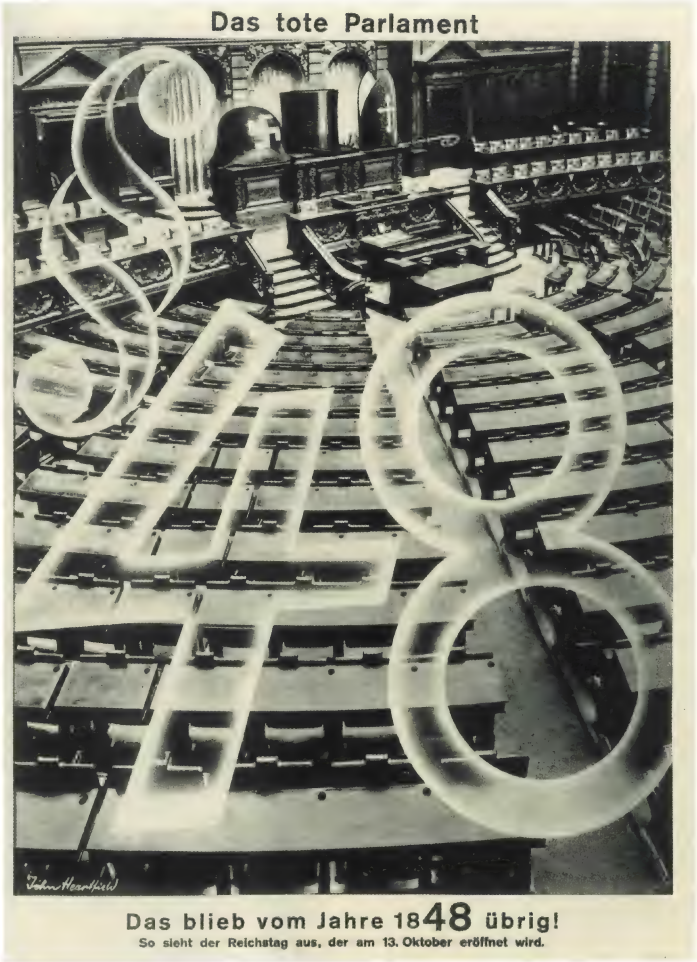
Nachdem der Reichstag heute beschlossen hat, zu verlangen, dass meine auf Grund des Artikel 48 der Reichsverfassung erlassene Verordnung vom 16. Juli ~~über Deckungsmaßnahmen für den Reichshaushalt 1930~~ ausser Kraft gesetzt wird, löse ich auf Grund Artikel 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf.

Berlin, den 18. Juli 1930.

Der Reichspräsident
von Hindenburg

Der Reichskanzler
Dr. Brüning

Fotomontage von John Heartfield, veröffentlicht in der «AIZ», Nr. 42/1931



Heraus am 1. August zur Massendemonstration gegen Notverordnung und Kriegshetzer!

Verantwortlich: Georg Leps, M. d. L., Berlin.
Druck: City-Druckerei A.-G., Berlin.

Wohnung eines Berliner Arbeitslosen

Arbeitsnachweis in einem Arbeitsamt

Metallarbeiterstreik — dein Kampf ums Brot!

Du Metallarbeiterin! Du Metallarbeiterhausfrau!

Die Antwort der Metallarbeiter auf den geplanten Lohnraub war Streik!

Diese Antwort war die einzig richtige. Keinen Lohnabbau konntet ihr dulden. Euer Leben ist sowieso nur Entbehrung. Ihr kennt keine schönen, sonnigen Wohnungen, keine reich gedeckten Tische, kennt nicht schöne Reisen an die See oder in die sonnigen Länder. Euer Leben ist grauer Alltag, euer Leben ist Entbehrung.

Du Metallarbeiterin! Obwohl du müde und abgespannt bist, sollst du täglich an den nervenötenden Maschinen schuften. Alle Kraft wird dir ausgepumpt. Trotz deinem Fleiß reicht es nicht. Weder zu kräftigem Essen noch zu einem guten Kleide. Immer mußt du das „Billige" kaufen. Durch deiner Hände Fleiß sind alle Werte und die herrlichen Waren entstanden. Du aber stehst mit leeren Händen da und kannst knapp dein Leben fristen.

Du Arbeiterhausfrau! Du sollst einteilen, daß es für die ganze Familie reicht. Du hast beinahe nichts mehr zum Einteilen. Täglich bekommst du für dein Geld weniger. Die Steuern, die deinem Manne vom Lohn abgezogen werden, und die Zölle lassen dir nicht viel übrig. An Anschaffungen für deine Wohnung, Kleidung für deinen Mann und die Kinder, ist nicht mehr zu denken.

Nicht dulden, entbehren und hungern, sondern kämpfen ist das Gebot der Stunde!

Mit seltener Geschlossenheit sind die Metallarbeiter in den Streik getreten. Die Fabrikschlote haben aufgehört zu rauchen. Jetzt gilt es den Kampf bis zum siegreichen Ende durchzuhalten.

Wir brauchen eine starke, feste Kampffront!

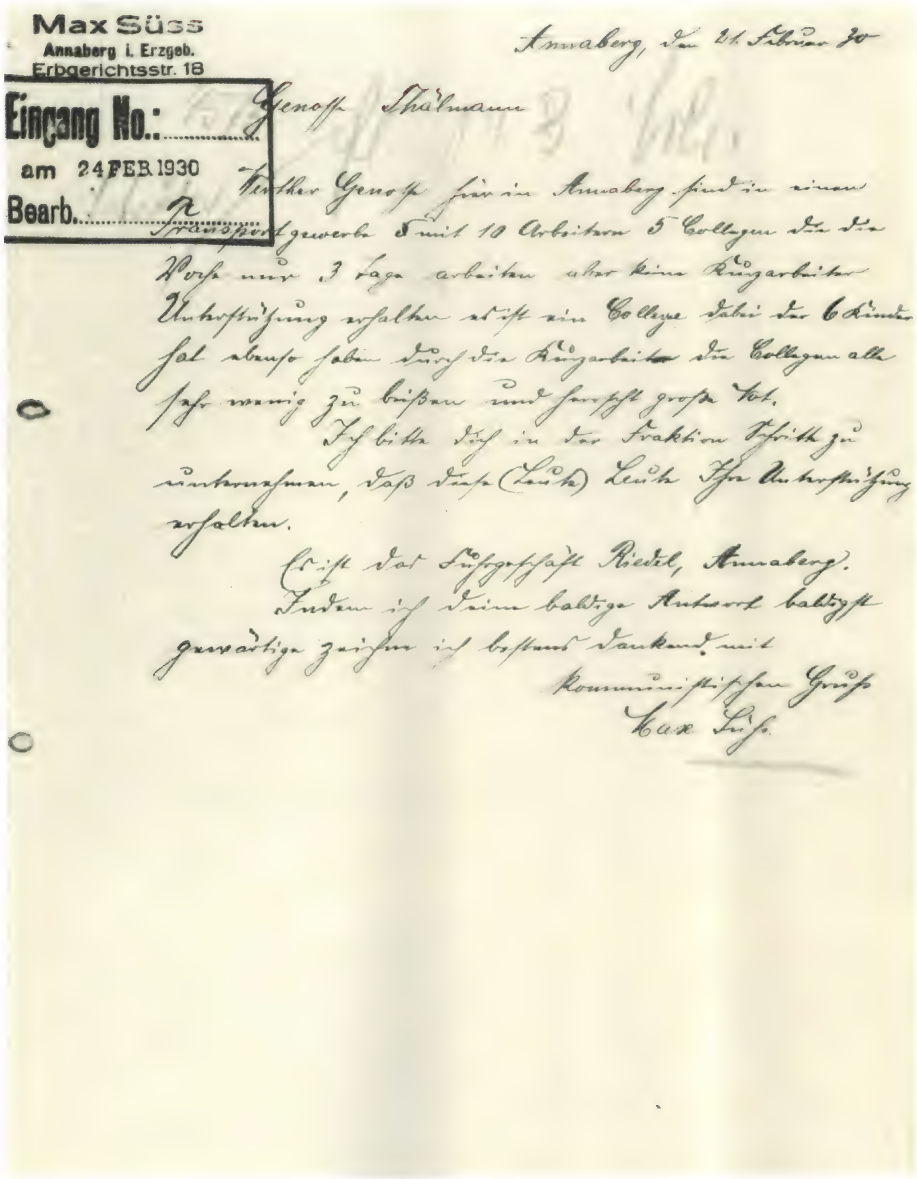
In diese Kampffront gehörst du, Arbeiterin, und auch du, Arbeiterfrau. An dieser Front — Männer, Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen — wird der Unternehmerwille zerschellen.

Schutz dem mutigen Streik der Metallarbeiter!

Die Unternehmer werden alles versuchen, den Streik zu brechen. Sie kommen jetzt bereits und sagen: „wir werden die Preise abbauen, darum müssen jetzt auch die Löhne abgebaut werden". Duldet das nicht. **Dieser Preisabbau ist Schwindel.** Sie wollen die Berliner Metallarbeiter auf die Knie zwingen, um dann in allen anderen Industrien auch den Lohn abzubauen. Das muß verhindert werden.

An Genossen Thälmann

Brief eines Kommunisten an Ernst Thälmann



Max Süss
Annaberg i. Erzgeb.
Erbgerichtsstr. 18

Eingang No.:
am 24 FEB 1930
Bearb. R

Annaberg, d. 21 Febr 30

Genoss Thälmann

Werther Genoss hier in Annaberg sind in einem Transportgewerbe 5 mit 10 Arbeitern 5 Collegen die die Woche nur 3 Tage arbeiten aber keine Zugarbeiter Unterstützung erhalten ist ein College dabei der 6 Kinder hat ebenso haben durch die Zugarbeiter die Collegen alle sehr wenig zu beissen und sorgen grosse Not.

Ich bitte Dich in der Fraktion Schritte zu unternehmen, dass diese Leute Ihre Unterstützung erhalten.

Ich bin der Genossenschaft Riedel, Annaberg.

Indem ich Deine baldige Antwort baldigst gewärtige zeichne ich bestens dankend mit kommunistischen Gruss

Max Süss.

Für nationale und soziale Befreiung

Ernst Thälmann spricht auf einer Kundgebung in Berlin, 1930

ANGESTELLTEN-TRIBÜNE

SONDER-NUMMER

HERAUSGEGEB. VON DER REVOLUTIONÄREN GEWERKSCHAFTSOPPOSITION
VERANTWORTL. FÜR VERLAG U. REDAKTION: M. MADDALENA, HAMBURG

Wir Angestellte stimmen für Liste 4!

Eine Wirtschaftskrise von riesigem Ausmaß schüttelt die kapitalistische Wirtschaft. 3 Millionen Erwerbslose liegen auf der Straße und müssen mit Bettelpfennigen ihr Leben fristen. Hunderttausende sind bereits ausgesteuert und vegetieren von den Almosen der Wohlfahrt. Einen nicht unbeträchtlichen Teil dieser Reservearmee stellen die Angestellten und von diesen wiederum die älteren Angestellten. Die wirtschaftliche Lage der Angestellten hat sich in den letzten Jahren ständig verschlechtert. Nach dem Jahresbericht der Angestelltenversicherung für das Geschäftsjahr 1929 betrug das monatliche Einkommen in der Zeit vom 1. April 1928 bis 31. Mai 1929 von

meinschaft, das sogenannte „dritte Reich", in dem das „raffende jüdische Zinskapital" beseitigt ist. Die Angestellten, die die Folgen der kapitalistischen Nationalisierung am eigenen Leibe erfahren haben, werden auf die Wahlversprechungen der bürgerlichen Parteien

von Lemmer bis Hitler

nicht hereinfallen, sondern sich rechtzeitig daran erinnern, daß es der Scharfmacher von Siemens war, der nach der Einteilung der Nazipartei zwar dem schaffenden Kapital angehört, was ihn jedoch nicht daran hinderte, die Verschärfung der Wirtschaftskrise zum Anlaß zu nehmen, um 10 000 Angestellte

Bauern-Zeitung

Herausgegeben von der Kommunistischen Partei zur Reichstagswahl am 14. September 1930

Bauer, mit wem mußt du am 14. September marschieren?

Noch nie waren die Wahlen gerade für die werktätige Landbevölkerung von solcher Bedeutung wie die kommende Reichstagswahl am 14. September. Schon äußerlich ist das dadurch gekennzeichnet, daß der Landbund, als der größten landwirtschaftlichen Organisation, fast überall beschlossen hat, entweder Kandidaten auf den Listen der Christlich-nationalen Bauernpartei oder auf Landvolklisten aufzustellen und diese Listen als

liegen- oder für Siedlungsland. Der Landreiche aber will gerade das Gegenteil. Er kann, trotz der Not der Landwirtschaft, nicht genug bekommen. Von 5 115 408 landwirtschaftlichen Betrieben haben 3 646 303 Betriebe nur zwei bis acht Morgen Land! Zu wenig zum Leben, zuviel zum Sterben. Weitere 894 454 Betriebe haben 4 bis 20 Morgen. Auch das

Heute alles um 3 Uhr im Neuköllner Stadion! Aufmarschplan im Innern des Blattes

13. Jahrgang / Nr. 197
Preis für Groß-Berlin, Auswärts 25 Pf. 20 Pfennig

Heerschau des roten Berlin heute! Auch du marschierst auf für Liste 4

Berlin, Sonntag 24. August 1930

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion und Verlag: Berlin C 25, Kleine Alexanderstraße 28. Tel.: E 1 Berolina 5481. Geschäftszeit des Verlages von ½8 Uhr bis ½17 Uhr. Juristische Sprechstunde: Dienstag und Freitag von 18 bis 19 Uhr. Erscheint täglich außer Montags. Tel.-Adresse: Rotfahne Berlin. Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank Berlin, Dep.-Kasse Belle-Alliance-Pl. Vereinigte Zeitungsverlage, G. m. b. H. Postscheckkonto Berlin NW 279 70

Bezugspreis pro Woche 70 Pf., monatlich 3.— Mark einschließlich Trägerlohn in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. — Vorauszahlbar. Postbezug inkl. Bestellgeld 3.50 Mark; Streifband im Inland sowie nach Oesterreich, Litauen, Luxemburg, Danzig, Memel- und Saargebiet 4.50 Mark, übrige Länder 4.80 Mark.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Nonpareillezeile 70 Pf. Arbeiterorganisations- und Familienanzeigen: Zeile 40 Pf. Kleine Anzeigen: Wort 15 Pf., Ueberschriftswort 25 Pf., besonders stark 50 Pf. Arbeitsmarkt: Wort 6 Pf. Anzeigenabteilung: Kleine Alexanderstr. 28 Tel.: (E 1) Berolina 1888, 1919.

Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands beschloß auf Vorschlag des Genossen Ernst Thälmann die nachstehende Proklamation zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes. Diese Erklärung, die sich an alle Arbeitenden in ganz Deutschland wendet, hat eine, weit über den Rahmen der Tagespolitik hinausgehende, programmatische Bedeutung. Sie bildet ein historisches Dokument, das wegweisend für das gesamte werktätige deutsche Volk ist und zum erstenmal entscheidende Richtlinien für die Regierungspolitik der kommenden deutschen Sowjetmacht aufzeigt.

Während die Sozialdemokratie die bestehenden Jammerzustände aufrechterhalten und verewigen will, während die Hitlerpartei mit betrügerischen Phrasen ein nebelhaftes „Drittes Reich" ankündigt, das in Wirklichkeit noch schlimmer aussehen würde als das heutige Elend, sagen wir Kommunisten klar, was wir wollen. Wir verschweigen nichts. Wir versprechen nichts, was wir nicht unbedingt halten werden. Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin, jeder Jungprolet, jeder Angestellte, jeder notleidende Mittelständler in den Städten, jeder werktätige Bauer auf dem Land, jeder ehrlich schaffende Mensch in Deutschland soll sich mit voller Klarheit von unserem Ziel überzeugen. Der einzige Ausweg aus der Katastrophe, die einzige Rettung Deutschlands, der einzige Weg zur nationalen Befreiung der Volksmassen — das ist Sowjetdeutschland.

Wir rufen in den jetzigen Wahlen alle Werktätigen in Stadt und Land auf, sich für Sowjetdeutschland zu entscheiden, indem sie für Liste 4, für die Liste der Kommunistischen Partei stimmen.

Proklamation des ZK. der KPD.

Die deutschen Faschisten (Nationalsozialisten) unternehmen gegenwärtig die schärfsten Vorstöße gegen die deutsche Arbeiterklasse. In einer Zeit der Knechtung Deutschlands durch den Versailler Frieden, der wachsenden Krise, der Arbeitslosigkeit und Not der Massen, versuchen die Faschisten durch zügellose Demagogie und schreiende radikale Phrasen unter der Flagge des Widerstands gegen die Erfüllungspolitik und den Young-Plan, bedeutende Schichten des Kleinbürgertums, deklassierter Intellektueller, Studenten, Angestellte, Bauern sowie einige Gruppen rückständiger, unaufgeklärter Arbeiter für sich zu gewinnen. Die teilweisen Erfolge der nationalsozialistischen Agitation sind das Resultat der zwölfjährigen verräterischen Politik der Sozialdemokratie, die durch Niederhaltung der revolutionären Bewegung, Beteiligung an der kapitalistischen Rationalisierung und völlige Kapitulation vor den Imperialisten (Frankreich, Polen) der nationalsozialistischen Demagogie den Boden bereitet hat.

Dieser nationalsozialistischen Demagogie stellt die Kommunistische Partei Deutschlands ihr Programm des Kampfes gegen den Faschismus, ihre Politik der wirklichen Vertretung der Interessen der werktätigen Massen Deutschlands entgegen.

Die Faschisten (Nationalsozialisten) behaupten, daß sie für die nationale Befreiung des deutschen Volkes kämpfen. Sie erwecken den Anschein, als seien sie gegen den Young-Plan, der den werktätigen Massen Deutschlands Not und Hunger bringt.

Diese Beteuerungen der Faschisten sind bewußte Lügen. Die deutsche Bourgeoisie hat den räuberischen Young-Plan angenommen in der Absicht, alle seine Lasten auf die Werktätigen abzuwälzen.

Die Faschisten helfen praktisch an der Durchführung des Young-Planes mit,

indem sie die Abwälzung seiner Lasten auf die werktätigen Massen dulden und fördern, indem sie an der Durchführung der vom Young-Plan diktierten Zoll- und Steuergesetze mithelfen (Zustimmung der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion zu allen Vorlagen für Zoll- und Steuererhöhung, Fricksche Negersteuer in Thüringen), indem sie alle Streikbewegungen gegen den Lohnabbau zu verhindern und abzuwürgen versuchen.

Die Regierungsparteien und die Sozialdemokratie haben das Hab und Gut, Leben und Existenz des werktätigen deutschen Volkes meistbietend an die Imperialisten des Auslands verkauft. Die sozialdemokratischen Führer, die Hermann Müller, Severing, Grzesinski und Zörgiebel sind nicht nur die Henkersknechte der deutschen Bourgeoisie, sondern gleichzeitig die freiwilligen Agenten des französischen und polnischen Imperialismus.

Alle Handlungen der verräterischen, korrupten Sozialdemokratie sind fortgesetzter Hoch- und Landesverrat an den Lebensinteressen der arbeitenden Massen Deutschlands.

Nur wir Kommunisten kämpfen sowohl gegen den Young-Plan als auch gegen den Versailler Raubfrieden, dem Ausgangspunkt der Versklavung aller Werktätigen Deutschlands, ebenso wie gegen alle internationalen Verträge, Vereinbarungen und Pläne (Locarno-Vertrag, Dawes-Plan, Young-Plan, Deutsch-polnisches Abkommen usw.), die aus dem Versailler Friedensvertrag hervorgehen. Wir Kommunisten sind gegen jede Leistung von Reparationszahlungen, gegen jede Bezahlung internationaler Schulden.

Wir erklären feierlich vor allen Völkern der Erde, vor allen Regierungen und Kapitalisten des Auslandes, daß wir im Falle unserer Machtergreifung alle sich aus dem Versailler Frieden ergebenden Verpflichtungen für null und nichtig erklären werden, daß wir keinen Pfennig Zinszahlungen für die imperialistischen Anleihen, Kredite und Kapitalanlagen in Deutschland leisten werden.

Wir führen und organisieren den Kampf gegen Steuern und Zölle, gegen die Verteuerung der Mieten und Gemeindetarife, gegen Lohnabbau, Erwerbslosigkeit und alle Versuche, die Lasten des Young-Planes auf die werktätige Bevölkerung in Stadt und Land abzuwälzen.

Die Faschisten (Nationalsozialisten) behaupten, sie seien gegen die vom Versailler Frieden gezogenen Grenzen, gegen die Abtrennung einer Reihe deutscher Gebiete von Deutschland. In Wirklichkeit aber unterdrückt der Faschismus überall, wo er an der Macht steht, die von ihm unterworfenen Völker (in Italien die Deutschen und Kroaten, in Polen die Ukrainer, Weißrussen und Deutschen, in Finnland die Schweden usw.). Die Führer der deutschen Faschisten, Hitler und seine Helfershelfer, aber erheben nicht ihre Stimme gegen die gewaltsame Angliederung Südtirols an das faschistische Italien. Hitler und die deutschen Nationalsozialisten schweigen über die Nöte der deutschen Bauernbevölkerung Südtirols, die unter dem Joch des italienischen Faschismus stöhnt. Hitler und seine Partei haben hinter dem Rücken des deutschen Volkes einen

schmutzigen Geheimvertrag mit der italienischen Faschistenregierung abgeschlossen,

auf Grund dessen sie die deutschen Gebiete Südtirols bedingungslos den ausländischen Eroberern ausliefern. Mit dieser schändlichen Tat haben Hitler und seine Partei die nationalen Interessen der werktätigen Massen Deutschlands in gleicher Weise an die Versailler Siegermächte verkauft, wie es die deutsche Sozialdemokratie seit zwölf Jahren unausgesetzt getan hat.

Wir Kommunisten erklären, daß wir keine gewaltsame Angliederung eines Volkes oder eines Volksteiles an andere nationale Staatsgebilde, daß wir keine einzige Grenze anerkennen, die ohne Zustimmung der werktätigen Massen und der wirklichen Mehrheit der Bevölkerung gezogen ist.

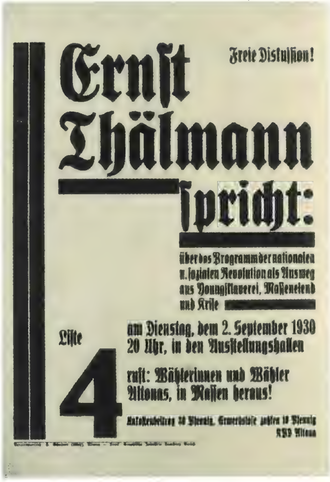
Wir Kommunisten sind gegen die auf Grund des Versailler Gewaltfriedens durchgeführte territoriale Zerreißung und Ausplünderung Deutschlands.

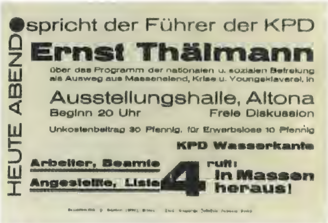
Die Faschisten (Nationalsozialisten) behaupten, ihre Bewegung richte sich gegen den Imperialismus. In Wirklichkeit aber treffen sie Abkommen mit den Imperialisten (England, Italien). Sie wenden sich gegen den Freiheitskampf der Kolonialvölker (Indien, China, Indochina), verlangen für Deutschland Kolonien und hetzen zu neuen Kriegen, vor allem zur Intervention gegen die Sowjetunion, das einzige Land, dessen siegreiche Arbeiterklasse sich gegen alle Ueberfälle des Weltkapitals, gegen alle Raubzüge der Versailler-Imperialisten siegreich mit Waffengewalt verteidigt hat. Ueberall, wo der Imperialismus unterdrückte Volksmassen knechtet, würgt und niederschießt, wirken die deutschen Faschisten durch ihre Vertreter mit: in China durch die Kapp-Putschisten Wetzel und Kriebel, in Südamerika durch die Militärmission des Generals Kuntz, in Oesterreich durch den Liebknecht-Mörder Pabst.

Wir Kommunisten sind die einzige Partei, die sich den Sturz des Imperialismus und die Befreiung der Völker von der Macht des Finanzkapitals zum Ziele setzt.

Deshalb fordern wir die werktätigen Massen Deutschlands auf, vor allem gegen den Feind im eigenen Lande, für den Sturz der kapitalistischen Herrschaft und für die Aufrichtung der Sowjetmacht in Deutschland zu kämpfen, um den Versailler Friedensvertrag zu zerreißen und seine Folgen zu beseitigen.

Die Faschisten (Nationalsozialisten) behaupten, sie seien eine „nationale", eine „sozialistische" und eine „Arbeiter"-Partei. Wir erwidern darauf, daß sie eine volks- und arbeiterfeindliche, eine antisozialistische, eine Partei der äußersten Reaktion, der Ausbeutung und Versklavung der Werktätigen sind. Eine Partei, die bestrebt ist, den Werktätigen alles das zu nehmen, was ihnen selbst die bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen noch nicht nehmen konnten. Eine Partei der mörderischen faschistischen Diktatur, eine Partei der Wiederaufrichtung des Regimes der Junker





Reichstagswahl 1930

Die Agitprop-Truppe «Roter Wedding» beim Wahleinsatz in Berlin, 1930

Preis -10 Pfg-

Langenfelder-Dorfzeitung

Nr.8 Organ der werktätigen Bevölkerung von Richrath-Reusrath 1930

Die Wahlschlacht geschlagen .... Was nun?

Die fieberhafte Spannung auf das Wahlergebnis ist jetzt der Frage, "Was nun" gewichen. "Es muss anders werden!" ist nach wie vor der Wille der Werktätigen. Das Wahlergebnis gibt eine deutliche Antwort. Die Fronten sind klarer geworden. Rund 5 Millionen arbeitende Menschen entschieden sich für den Kommunismus. Sie dokumentierten damit, dass das Programm der K.P.D. für soziale und nationale Befreiung die richtige Lösung im Sinne der Werktätigen ist. Diese 5 Millionen wird die Partei zum Kampfe organisieren gegen Hunger und Ausplünderung, für den Endkampf um die Errichtung der Macht der werktätigen Klasse. Parlamentarisch und ausserparlamentarisch wird dieser Kampf mit aller Schärfe geführt werden müssen. Die Nazis, diese Mordgarden des Grosskapitals, diese von dem Trustkapital bezahlten politischen Zuhälter, haben es durch irreführende Parolen verstanden aus den halb proletarisierten Kreisen des Kleinbürgertums einen grossen Stimmenzuwachs zu erobern.
Die Hoffnungen dieser Wähler auf die Nazis werden bald einer grossen Enttäusch- ung Platz ma - chen. Die Terrormass- nahmen der
Nazihelden werden nicht halt machen vor dem werk -
tätigen kleinen Mittel- stand. Die wirt- schaftliche
Lage wird sich keines- falls bes- sern. Im Intres-
se des Grosskapi tals werden die Nazis einen un-
geheuren Terror entfalten. Die
Faschisierung des Heeres, der Poli-
zei, der Justiz usw. wird mit allen
Kräften vorwärts getrieben. Der Young-
plan, die Rationali- sierung, Abbau der
der Löhne u. Unter- stützungen wird mit
der grössten Bruta- lität gegenüber den
Werktätigen durch- geführt. Aber der Nazi-
terror wird an der eisernen Front der
Werktätigen zer- schollen. Aber die Er-
fahrungen haben ge- zeigt, dass es notwen-
dig ist, den organisier- ten Rollkomandos der Nazis
die organisierten Be - triebs- und Arbeiterwehren
entgegenzusetzen. Nur so kann man dem Naziterror
entgegentreten. Noch wird sich das Elend und die
furchtbare Not der Werktätigen und des klei-
Mittelstandes steigern.
Die National- sozialisten
werden zeigen was sie in
Wirklichkeit sind. Nämlich die Knüppelgarde der Trustkapitalisten, die mit aller Brutalität das Programm ihrer Auftraggeber verwirklichen werden. Sie werden den kleinen Mittelstand zum Ruin führen und versuchen, die Arbeiterklasse niederzuzwingen. Das ist die andere Seite des Wahlergebnisses.

Dass ihre Herrschaft aber nicht gar so lange währt, dafür wird sorgen: die revolutionäre Einheitsfront aller Werktätigen!

-.

Fortsetzung auf der 2. Seite

Diese Zeitung enthält die Fortsetzung und den Schluss des

-,

Russlandsberichtes von Karl Schott.

-,-,-,-,-,-,-,-,-,-,-,-,-,-,-,-,-,-,-,-

WÄHLT
LISTE
4

Die wirtschaftlichen und politischen Rechte der Arbeiterklasse verteidigen

Aus der Rede auf der Delegiertenkonferenz Groß-Hamburg der KPD am 4. Januar 1931

Die Bedeutung des Ruhrkampfes ist nicht die eines Streiks überhaupt, sondern dieser Kampf ist von vornherein ein politischer Kampf von allergrößter Bedeutung im Befreiungskampf des Proletariats. Die Verschärfung der gesamten Lage nimmt immer krassere Formen an . . .

55000 bis 60000 Bergarbeiter des Ruhrgebiets stehen unter Führung der RGO im Kampf. Mit allen Mitteln versuchten die SPD, die reformistische und christliche Gewerkschaftsbürokratie, diesen Kampf der Bergarbeiter zu verhindern. Als aber alles nichts half, der Kampf trotzdem ausbrach, sich die Gewerkschaftsbürokratie geschlagen sah, da griff die Regierung ein, um mit brutalem Polizeiterror die gewaltige Kampffront der Bergarbeiter zu sprengen. Die Wohnkolonien der Bergarbeiter in Duisburg, Hamborn und so weiter gleichen wahren Heerlagern der Bürgerkriegspolizei. Nichts aber konnte diese revolutionäre Bewegung verhindern. Eine besondere Rolle in diesem Kampf spielen die Frauen und Jugendlichen, welche mit in der ersten Reihe der Kampffront stehen. Heroisch sind auch die sofort einsetzenden Solidaritätsaktionen der Erwerbslosen.

So zeigt dieser Kampf nicht eine Aktion der Bergarbeiter allein, sondern eine außerordentlich bedeutsame Erhebung mit revolutionärem Charakter, die von den breiten Schichten des werktätigen Volkes getragen ist. Zwei Tote und vier Schwerverletzte, die bisher als Opfer des Polizeiterrors auf der Strecke geblieben sind, zeugen davon, mit welcher Erbitterung die Kapitalisten und ihre Schergen gegen die Ruhrbevölkerung vorgehen.

Am Sonntag tagte in Bochum eine von der RGO einberufene Kampfkonferenz, an der 1500 Delegierte sich beteiligten. Die Aktivität der Kämpfenden zeigt sich unter anderem darin, daß diese 1500 Delegierten in der Zeit von 24 Stunden zusammengerufen wurden. Alle möglichen Terrorakte wurden gegen diese Delegierten, die zum größten Teil von auswärts kamen, verübt. Im Tagungslokal sind 15 bis 20 Kriminalbeamte anwesend, die eine direkte polizeiliche Überwachung der Konferenz durchführen . . .

Die proletarische Massenkampffront gegen den Faschismus marschiert. Vier sozialdemokratische Arbeiter befinden sich im Präsidium der Kampfkonferenz der RGO, während weitere Hunderte als Delegierte anwesend sind. Die Nazis entlarven sich hier als Arbeiterfeinde vom reinsten Wasser. Sie stellen die Streikbrecher, in vielen Fällen sogar mit der braunen Mörderuniform kostümiert. Und so ist auch hier festzustellen, daß immer mehr Arbeiter, die sich von den Nazis täuschen ließen, sich von diesen Naziverrätern abwenden und sich der Front der um ihre revolutionäre Befreiung kämpfenden Arbeiter anschließen. Lehrlinge, gegen die mit schärfsten Maßnahmen vorgegangen wird, solidarisieren sich mit den Streikenden und gehen nicht in die Betriebe. Auch der Mittelstand beweist den Kämpfenden immer wieder seine große Sympathie . . .

Der heldenhafte Kampf der Bergarbeiter unter Führung der RGO muß in allen Betrieben und Stempelstellen diskutiert und in der aktivsten Form unterstützt werden. Überall müssen die Werktätigen ihre Solidarität mit dem kämpfenden Ruhrproletariat beweisen.

Aus dem Referat auf der Tagung des Zentralkomitees der KPD am 15. und 16. Januar 1931

Eine richtige und konkrete Analyse der Situation muß ihren Niederschlag auch in der Aufgabenstellung der Partei und [in] ihren politischen Losungen finden. Heute steht als zentrale Aktionslosung der Massenkampf gegen die Durchführung /9/ der faschistischen Diktatur. Hier müssen wir um jeden Schritt, um jede Handbreit des Bodens, den der Faschismus erobern will, kämpfen und die wirtschaftlichen und die politischen Rechte der Arbeiterklasse verteidigen. Wir können deshalb nicht mechanisch gegenüberstellen den Sturz und die Verhinderung der faschistischen Diktatur.

Wie steht es mit der Frage der Volksrevolution? In der heutigen Situation, wo wir Tendenzen einer revolutionären Krise in Deutschland entstehen sehen, aber alle Bedingungen dieser revolutionären Krise noch nicht vorhanden sind, kann die Losung der Volksrevolution nicht als kurzfristige Aktionslosung angewandt werden. Heute ist die Losung der Volksrevolution eine zentrale, zusammenfassende Propagandalosung, das strategische Hauptziel, zu dem wir die Massen auf der Linie unseres sozialen und nationalen Freiheitsprogramms voranführen und sammeln. Es ist klar, daß mit der revolutionären Entwicklung eine Propagandalosung zur unmittelbaren politischen Aufgabe werden kann.

Bedeutet die Losung der Volksrevolution eine Verwischung der klaren, klassenmäßigen Zielsetzung unserer revolutionären Aufgaben? Keineswegs! Die Losung der Volksrevolution ist ausschließlich ein Synonym der proletarischen Revolution, eine populäre Formulierung, die dabei die Lehre Lenins in sich schließt, daß das Proletariat unter Führung der revolutionären Partei sich die Werktätigen in Stadt und Land zu Bundesgenossen machen muß. Ich glaube, Genossen, daß in der Partei manche Unklarheiten über die Bedeutung der Losung Volksrevolution bestehen. Deshalb ist es notwendig, die Stellung Lenins in dieser Frage heranzuziehen und auch zu prüfen, wieweit diese Losung vom Standpunkt des Marxismus notwendig und richtig ist. Dabei stoßen wir auf die Tatsache, daß schon Marx selber den Begriff Volksrevolution verwendet. Im April 1871, als Marx einen Brief an Kugelmann schrieb, sprach er über die Erfahrungen der Pariser Kommune mit der Formulierung, daß die Zerbrechung der bürokratisch-militärischen Staatsmaschinerie «die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution» /10/ bilde. Lenin knüpft hieran in seinem Buch «Staat und Revolution» an und schreibt: «Zweitens verdient die außerordentlich tiefe Bemerkung von Marx besondere Beachtung, daß die Zerstörung der bürokratisch-militärischen Staatsmaschinerie ‹die Vorbedingung jeder wirklichen *Volks*revolution› ist. Dieser Begriff der ‹Volks›revolution mutet im Munde von Marx sonderbar an, und die russischen Plechanowleute und Menschewiki, diese Nachfolger Struves, die als Marxisten gelten möchten, könnten am Ende diesen Ausdruck von Marx als ‹falschen Zungenschlag› hin-

9 Im Sinne von allmählicher Verwirklichung gebraucht.
10 Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 33, S. 205.

stellen. Sie haben den Marxismus zu einem so armselig-liberalen Zerrbild herabgewürdigt, daß für sie außer der Gegenüberstellung von bürgerlicher und proletarischer Revolution nichts anderes existiert, und selbst diese Gegenüberstellung wird von ihnen unglaublich starr aufgefaßt.» /11/

Lenin behandelt dann noch weiter den Gedanken der Volksrevolution und rollt vor allem die Frage des Proletariats und der Bauernschaft auf. Wir wollen jedoch vor allem noch ein anderes Zitat aus dem Artikel Lenins «Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution» betrachten, der im Juni 1905 geschrieben wurde. (Es ist ja selbstverständlich, daß Lenin, wenn er allgemein von Sozialdemokraten spricht, die revolutionäre russische Sozialdemokratie, das heißt die bolschewistische Partei, also die heutigen Kommunisten, meint.) In diesem Artikel heißt es: «Wer die proletarischen Aufgaben in der demokratischen bürgerlichen Revolution herabsetzt, der verwandelt den Sozialdemokraten aus dem Führer der Volksrevolution in den Leiter eines freien Arbeiterverbandes.

Ja, der *Volks*revolution. Die Sozialdemokratie kämpfte und kämpft mit vollem Recht gegen den bürgerlich-demokratischen Mißbrauch des Wortes Volk. Sie verlangt, daß mit diesem Wort nicht das Unverständnis für die Klassenantagonismen innerhalb des Volkes bemäntelt wird. Sie besteht kategorisch darauf, daß es für die Partei des Proletariats notwendig ist, ihre volle Klassenselbständigkeit zu bewahren. Sie teilt aber das ‹Volk› nicht in ‹Klassen› ein, damit die fortgeschrittenste Klasse sich abkapselt, sich auf ein enges Maß beschränkt und ihre Tätigkeit durch Erwägungen von der Art beschneidet, daß die ökonomischen Beherrscher der Welt bloß nicht abschwenken – sondern damit die fortgeschrittenste Klasse, unbehindert von der Halbschlächtigkeit, Unbeständigkeit und Unentschlossenheit der Mittelklassen, mit um so größerer Energie, mit um so größerem Enthusiasmus an der Spitze des ganzen Volkes für die Sache des ganzen Volkes kämpft.» /12/

Und es heißt dann weiter in diesem Artikel, was gewissermaßen eine praktische Ausführung des Begriffs Volksrevolution darstellt: *«Das Proletariat muß die demokratische Umwälzung zu Ende führen, indem es die Masse der Bauernschaft an sich heranzieht, um den Widerstand der Selbstherrschaft mit Gewalt zu brechen und die schwankende Haltung der Bourgeoisie zu paralysieren. Das Proletariat muß die sozialistische Umwälzung vollbringen, indem es die Masse der halbproletarischen Elemente der Bevölkerung an sich heranzieht, um den Widerstand der Bourgeoisie mit Gewalt zu brechen und die schwankende Haltung der Bauernschaft und der Kleinbourgeoisie zu paralysieren.» /13/*

Die Volksrevolution als strategische Hauptlosung bedeutet also nicht nur eine populäre Formulierung für den Begriff der sozialistischen, proletarischen Revolution, sondern zu gleicher Zeit auch eine stärkere Einbeziehung der breiten Mittelschichten in der gegenwärtigen Situation in die revolutionäre Klassenfront. Die Verpflichtung erwächst für uns, diese Einbeziehung der Werktätigen mit entschlossener Initiative in Angriff zu nehmen. Das gilt für die Klein- und Mittelbauern, für den städtischen Mittelstand und nicht zuletzt auch für die Arbeit unter den Beamten und Angestellten.

Haben wir auf diesem Gebiet nicht Schwächen? Ja, solche Schwächen gibt es sogar bei Fragen, wo der Klasseninhalt absolut klar ist. Sogar bei der Einbeziehung der Angestellten in die revolutionäre Front ist leider in unseren Reihen bisweilen eine Ideologie vorhanden, die Angestellten als «bessere Menschen» anzusehen. Selbst wenn die Angestellten ihrerseits eine solche Ideologie haben, dürfen wir nicht darauf eingehen, sondern müssen auch ihre klassenmäßige Rolle sehen und den Versuch machen, sie zu Klassenkämpfern zu erziehen . . .

Worum handelt es sich in Wirklichkeit bei unseren neuen Einheitsfrontorganen gegen den Faschismus? Wir haben eine große Welle des antifaschistischen Kampfwillens weit über den Rahmen der Partei hinaus. Hier bestehen die günstigsten Voraussetzungen für die proletarische Einheitsfront. Wir haben als entscheidende Massenorgane in den Betrieben die Betriebswehren des Kampfbundes gegen den Faschismus, so wie wir die Jugendstaffeln und auf den Stempelstellen die Erwerbslosenstaffeln haben. Um über den Rahmen des Kampfbundes hinauszustoßen sowohl in der Mobilisierung der Massen für die antifaschistische Front als auch in der Zersetzung der faschistischen Front, stellen wir die Frage der Wahl von Delegierten zu antifaschistischen Delegiertenkonferenzen und die Aufgabe, auf diesen Konferenzen örtliche und bezirkliche Aktionsausschüsse gegen den Faschismus zu bilden . . .

Eine andere Frage ist die Notwendigkeit, in der Massenmobilisierung gegen die Terrorakte der Nazis eine entschlossene Wendung zu offensiver Taktik zu vollziehen. Es darf keinen Terrorakt der Nazimörder mehr geben, ohne daß die Arbeiterschaft überall sofort mit offensivstem, wehrhaftem Massenkampf antwortet. Was bedeutet diese Gegenaktion? Sie bedeutet 1. eine politische Sicherheit im Proletariat, sie bedeutet 2., daß die sozialdemokratischen Arbeiter zu uns Vertrauen bekommen, weil sie merken, wir sind da und geben Antwort, 3. bedeutet das, daß die Front des Faschismus zersetzt und dezimiert wird, 4., daß wir unsere Kader gemeinsam mit der Massenfront rüsten, schmieden und stählen für höhere Aufgaben in der Revolution. Genossen, ich glaube, auf diesem Gebiet ist eine wirklich ernste Wendung notwendig . . .

Die Hitlerpartei, die von den Bankiers und Industriellen ausgehalten wird, versucht, «Opposition» zu treiben, aber eine «Opposition» nur mit Phrasen, nur in Worten, nur in Zeitungsartikeln usw. Die Nazis /14/ entlarven sich immer mehr als die Agenten des deutschen Kapitals und der englisch-italienischen Imperialisten. In der Praxis organisieren sie den Streikbruch. Sie unterstützen durch ihren Mordterror, nicht etwa gegen die Kapitalisten, sondern gegen die deutsche Arbeiterschaft, die volksfeindliche Politik der Brüning-Regierung. Sie sind die offenen Einpeitscher und Verfechter der faschistischen Politik der deutschen Bourgeoisie. Ich habe schon über die Notwendigkeit der Verstärkung unseres wehrhaften Massenkampfes gegen den SA-Terror gesprochen. Dieser kann selbstverständlich nur auf der Grundlage einer verstärkten ideologischen Offensive zur Gewinnung der werktätigen Anhänger der Hitlerpartei vonstatten gehen.

Betrachten wir kurz die Politik der Hitlerpartei in den letzten Monaten: ihren Verrat in Sachen des Young-Planes, ihr Einschwenken in die Völkerbundpolitik, ihre Knechtseligkeit gegenüber Mussolini, ihre Antisowjethetze, die praktisch einer Stützung Pilsudski-Polens und Söldnerdiensten für das Weltfinanzkapital gleichkommt, ihre Bekenntnisse für den Kapitalismus und das Privateigentum, ihre Hetze

11 W. I. Lenin: Werke, Bd. 25, S. 428/429.
12 Ebenda, Bd. 9, S. 101/102.
13 Ebenda, S. 90.
14 In der Quelle: Sie.

im Solde des Unternehmertums gegen die Streiks der Arbeiterschaft und zuletzt ihren Kampf gegen den Bolschewismus oder, wie sie provokatorisch sagen, gegen das «Untermenschentum».

Auf Grund dieser Politik muß es uns möglich sein, einen mächtigen Einbruch in die Front des Nationalsozialismus zu erreichen. Unsere Aufgabe ist [es], jedes Eindringen der Nazis in die Arbeiterklasse, trotz aller sozialdemokratischen Liebesdienste für den Faschismus, zurückzuschlagen und die antikapitalistisch gestimmten Arbeiter, Angestellten, Mittelständler, die bei ihnen stehen, [von ihnen] loszureißen. Hier brauchen wir eine entschlossene Wendung.

Wir müssen mit aller Klarheit aufzeigen, daß wir die Partei sind, die die nationale Befreiung des deutschen Volkes ohne Eroberungskrieg, ohne Unterdrückung fremder Völker, durch die proletarische Revolution zu verwirklichen vermag. Sie, die Nazis, sind die Partei der Revanche, wir sind die Partei des Friedens! Wir führen den Kampf gegen die imperialistische Unterdrückung der Minderheiten, sei es im Pitsudski-Polen oder [im] Mussolini-Italien oder in Frankreich; aber wir führen ihn gemeinsam und in tiefster Solidarität mit den polnischen, italienischen und französischen Arbeitern. Wir brauchen nur [an] das Beispiel des kühnen Auftretens unseres Genossen Tunkel, der als deutscher kommunistischer Landtagsabgeordneter nach Polnisch-Oberschlesien ging und dort in Dutzenden von Gruben zur Arbeiterschaft sprach, zu erinnern. Hier zeigt sich der krasse Unterschied zwischen unserer Politik und der [der] Hitlerpartei: Sie dreschen Phrasen, wir schicken unsere Abgeordneten nach Pitsudski-Polen, um den Pitsudski-Terror im eigenen Lande zu bekämpfen und die Verbrüderung zwischen deutschen und polnischen Arbeitern zu demonstrieren. Die Resolution, die der heutigen Plenartagung des ZK vorliegt, nimmt zu dieser Frage klar und unzweideutig Stellung. Es heißt dort: «Wir führen den Kampf gegen den Faschismus unter der Fahne unseres Freiheitsprogramms mit den Losungen des Kampfes für die soziale und nationale Befreiung. Dabei gilt es, alle Grundfragen der deutschen Politik im Sinne der proletarischen Revolution aufzurollen und das Freiheitsprogramm entsprechend der Verschärfung des Klassenkampfes weiterzuentwickeln. Wir müssen die zügellose Kriegsrüstungs- und Abenteurerpolitik des deutschen Faschismus, seine mörderische Hetze für den Interventionskrieg gegen die Sowjetunion wie auch für den Revanchekrieg vor den Massen entlarven und demgegenüber klar das Banner des Internationalismus unserer Partei entrollen. Unter allen Werktätigen gilt es, die Ideologie der Solidarität mit den französischen und polnischen Arbeitern tatkräftig zu propagieren. Gegen die chauvinistische Hetze der Faschisten stellen wir unsere Losungen des Kampfes gegen den Weltimperialismus, unsere Forderung, daß keine Nation unterdrückt werden soll. Wir sind die einzige Friedenspartei, die einzige Partei, die alle Grundfragen der deutschen und der internationalen Politik ohne Eroberungskrieg, ohne Knechtung und Bedrohung fremder Völker lösen kann.» /15/

Auf der Linie dieser Politik, mit der Waffe unseres Freiheitsprogramms, das wir immer und immer wieder popularisieren müssen, werden wir die Faschisten schlagen und Hunderttausende Anhänger von ihnen loslösen . . .

Von entscheidender Bedeutung für die Durchführung unserer Politik sind die Betriebszellen. Die schnellste Inangriffnahme der Gründung neuer Betriebsgruppen, [die] Aufrichtung und die Erweiterung unserer Betriebszellen durch neue revolutionäre Elemente aus den Betrieben und die politische Belebung der Arbeit unserer Betriebszellen und ihrer Leitungen stehen als erste und notwendigste Aufgaben vor der Gesamtpartei . . .

Der politische Massenstreik ist für die jetzige Etappe der Entwicklung die entscheidende Kampfmethode des Proletariats. Aus welchem Anlaß ein politischer Massenstreik entfesselt wird, dafür lassen sich keine Normen und festen Regeln aufstellen. Er kann aus wirtschaftlichen Streiks erwachsen. Aber er kann ebensogut einen unmittelbar politischen Anlaß haben, wie das Danziger Beispiel jetzt, der Streik nach dem Kapp-Putsch seinerzeit und vieles andere lehren. Wirtschaftliche Streiks, deren politischen Charakter wir ins Bewußtsein der Massen heben müssen, bereiten den Boden für große politische Massenstreiks vor. Wir müssen alles daransetzen, die Massen für diese wuchtige, heute ausschlaggebende Waffe des politischen Massenstreiks zu erziehen . . .

Genossen, die großen historischen Aufgaben, die vor uns stehen, belasten uns mit gewaltiger Verantwortung. Man muß überall auf die Stimme der KPD hören! Dafür genügt nicht allein eine richtige Politik, nicht allein die beispiellose einheitliche Geschlossenheit unserer Partei, sondern auch die stärkere Verantwortung des einzelnen Kommunisten in den proletarischen Massen gewinnt immer mehr an Bedeutung. Die innere politische Festigung, die Autorität der Partei von unten bis oben, bedeutet auch politische Festigung, Vertrauen und Autorität nach außen, unter den Massen. Die Beschleunigung der revolutionären Entwicklung hängt in erster Linie von uns ab. Dabei geht es nicht nur um das Interesse der deutschen Arbeiter, sondern auch um die Fragen der Kommunistischen Internationale und der Verteidigung der Sowjetunion.

Die KPSU zeigt im Ringen und Siegen des sozialistischen Aufbaus dem ganzen Weltproletariat heroische Leistungen. Ihr historisches Werk muß ein vorwärtstreibendes Vorbild auch bei der inneren Mobilisierung unserer Reihen sein.

Aus dem Artikel vom 15. Februar 1931: Die KPD im Vormarsch. Zur letzten Plenartagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 15. bis 17. Januar 1931

Inzwischen haben die fortschreitende Krise, der wachsende revolutionäre Aufschwung und die Erschütterung des politischen Überbaues der kapitalistischen Klassenherrschaft solche Fortschritte gemacht, daß auch in der dialektischen Antithese der revolutionären Entwicklung, im Prozeß der Faschisierung der bürgerlichen Herrschaftsmethoden, eine höhere Entwicklungsstufe erreicht wurde. Anfang Dezember vorigen Jahres gab es eine Reihe von Erscheinungen im politischen Leben Deutschlands, die die Partei vor die Aufgabe stellten, die bisherige Analyse der Situation weiterzuentwikkeln. Man konnte zu diesem Zeitpunkt abermals von einem gewissen Wendepunkt in der politischen Entwicklung sprechen. Zwar wechselte nicht personell die Zusammensetzung der Regierung, sondern es blieb die alte Brüning-Regierung am Ruder, aber in ihren Methoden und Herrschaftsformen trat ein gewisser Umschlag, eine außerordentliche Verschärfung ein. Eine Reihe von Tatsachen bekundeten

15 Die Rote Fahne (Berlin), 21. Januar 1931.

den stärkeren Übergang der Bourgeoisie zur faschistischen Herrschaftsmethode. Der Bankrott des Parlamentarismus trat offen in Erscheinung. Die Bourgeoisie regiert nur noch mit Notverordnungen. Die Diktaturmaßnahmen auf Grund des Ausnahmeparagraphen 48 bilden keine Ausnahme mehr, sondern werden zur Regel. Der Reichstag darf nur noch zusammentreten, um gelegentlich seinen Totenschein zu unterschreiben, indem er den diktatorisch verordneten Gesetzen nachträglich seine Zustimmung gibt . . . Die «kommunale Demokratie» ist nahezu völlig abgeschafft. In fast allen wichtigen Städten gibt es von oben eingesetzte Staatskommissare, die ohne Rücksicht auf die kommunalen Mehrheiten und ihre parlamentarischen Beschlüsse diktatorisch vorgehen. Der systematische Polizeiterror gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung hat ein noch nie dagewesenes Ausmaß angenommen und tritt in engster Verknüpfung mit dem Mordterror der faschistischen Banden auf. Die Entlassung aller kommunistischen Beamten unter frecher Verhöhnung der sogenannten Weimarer Verfassung und schließlich die zum Teil schon praktisch eingeführte, zum Teil erst geplante Arbeitsdienstpflicht ergänzen das Register dieser Tatsachen der Faschisierung . . .

Das Zentralkomitee der KPD behandelte auf Grund der vorstehend skizzierten Tatsachen den heutigen Stand der Entwicklung des Faschismus in Deutschland. Um eine richtige Politik der Partei zu ermöglichen, war es notwendig, sehr präzis und konkret zu bestimmen, welche Stufe des Faschisierungsprozesses in Deutschland bereits vorliegt und welche weiteren Tendenzen sich bereits analysieren lassen. Wenn das Programm der Komintern als Kennzeichen für den Faschismus anführt, daß er «eine Methode der unmittelbaren Diktatur der Bourgeoisie» sei, die «von Beziehungen und Kombinationen zwischen den Parteien unabhängig ist» /16/, so sind das charakteristische Erscheinungen auch für das heutige Herrschaftssystem der deutschen Bourgeoisie. Die Schwierigkeit für die deutsche Partei bei der konkreten Analyse der heutigen Lage bestand in bestimmten besonderen Merkmalen der faschistischen Entwicklung in Deutschland, durch die sie sich von den bisherigen geschichtlichen Beispielen nicht unwesentlich unterscheidet.

Vor allem steht hier das Problem des Verhältnisses zwischen der Brüning-Regierung, die immer stärker unter Anwendung faschistischer Herrschaftsmethoden vorgeht, und der faschistischen Massenpartei in Deutschland, den Nationalsozialisten. Das Programm der Komintern charakterisiert bereits sehr eingehend die Rolle und Bedeutung einer solchen faschistischen Massenbewegung, und seine Darstellung trifft auch für die Hitlerpartei in Deutschland zu. Ein Zustand jedoch, in dem sich die Bourgeoisie bereits faschistischer Herrschaftsmethoden bedient, andererseits die faschistische Massenpartei nicht nur außerhalb der Regierung, sondern zur Zeit direkt in einer gewissen Scheinopposition bleibt, ist durchaus neuartig und entspricht den ganz spezifischen Bedingungen, unter denen der Faschismus in Deutschland heranwächst.

Grußschreiben an die Arbeiter und Bauern der UdSSR

Flammende Grüße den Arbeitern und Bauern, den Rotarmisten und roten Matrosen sowie der proletarischen Jugend der Sowjetunion im Namen des deutschen revolutionären Proletariats.

Der 1. Mai, der Weltkampftag der internationalen Arbeiterklasse, steht in der Sowjetunion im Zeichen der grandiosen Anspannung aller Kräfte zur siegreichen Erfüllung des großen Fünfjahrplanes in vier Jahren. Jeder neue Erfolg, jede weitere machtvolle Errungenschaft des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion beschleunigt den Vormarsch der proletarischen Weltrevolution in den anderen Ländern. Jeder neue Sieg des Proletariats der Sowjetunion unter Führung der Leninschen Partei ist ein weiterer Anstoß für den Kampf der deutschen Arbeiterklasse, die sich unter den Fahnen der Kommunistischen Partei zur Volksrevolution gegen die Diktatur des Kapitals sammelt und damit gleichzeitig die Verteidigung der Sowjetunion, des einzigen sozialistischen Vaterlandes aller Arbeiter, gegen jeden drohenden Interventionskrieg organisiert.

Es lebe der siegreiche Sozialismus in der Sowjetunion! Es lebe die Leninsche RKP(B)! Es lebe die chinesische, indische und spanische Revolution! Es lebe die Kommunistische Internationale!

30. April 1931

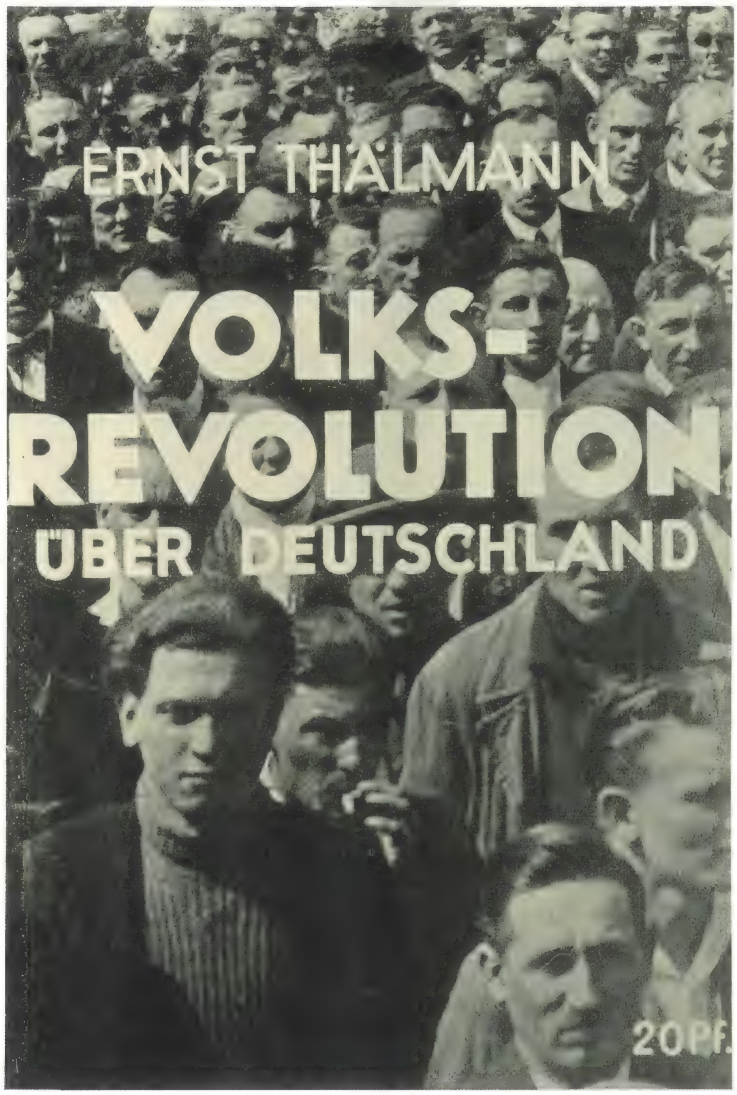
Ernst Thälmann

16 Protokoll. Sechster Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Moskau, 17. Juli bis 1. September 1928. Vierter Bd.: Thesen, Resolutionen, Programm, Statuten, Hamburg/Berlin (1929), S. 57.

Für eine Volksrevolution

Ernst Thälmann spricht im Lokal Sagebiel in Hamburg, Oktober 1930

Umschlagseite einer Broschüre mit dem Referat Ernst Thälmanns auf der Tagung des Zentralkomitees der KPD, Januar 1931



Streik

Exmittierte Bergarbeiterfamilie. Der Bergarbeiter, nach dem Ruhrkampf gemaßregelt, wurde mit seiner Familie aus der werkseigenen Wohnung gewiesen

Streikposten vor einer Zeche des Ruhrgebiets

Plakat der KPD.
Sándor Ék (Alex Keil), 1932

So darf es nicht kommen!

1. Mai 1931

Ernst Thälmann mit Mitgliedern eines Musikzuges in Berlin am 1. Mai 1931

Ernst Thälmann spricht im Berliner
Lustgarten am 1. Mai 1931

Dem Polizeiterror und dem Mordterror der faschistischen Banden entgegentreten

Aus der Rede in Hamburg am 2. Februar 1931

Viele tausend Arbeiter sind erschienen, um dem toten Genossen Geick die letzte proletarische Ehre zu erweisen. Genosse Geick hat mit in den vordersten Reihen im roten Klassenkampf gestanden. Von seinen Eltern, und besonders von seiner Mutter, die hier mit am Grabe weilt, wurde Genosse Geick zu einem proletarischen Klassenkämpfer erzogen. Wenn die Partei und seine Kameraden ihn riefen, war er immer zur Stelle. Nicht weit von hier liegt sein Schwager begraben, der an den Oktoberkämpfen 1923 teilnahm und damals ebenfalls erschossen wurde. Mit dem Genossen Geick wurde in Geesthacht der achtzehnjährige Genosse Benthin niedergeschossen. Die bürgerliche Presse wagt es, unsere tapferen Genossen als Verbrecher zu bezeichnen. Wir sagen von dieser Stelle aus: Verbrecher sind diejenigen, die die Millionenmassen ausplündern und dem Hungertode überantworten. Die ganze Arbeiterschaft und das werktätige Volk werden den Ausbeutern und ihren Lakaien die Antwort darauf nicht schuldig bleiben.

Der gewaltige Massenaufmarsch am heutigen Tage zeigt der Bourgeoisie, daß die Massen erkannt haben, wo die Verbrecher zu suchen sind. Die werktätigen Massen erkennen immer mehr, daß sie im revolutionären Kampf unter Führung der Kommunistischen Partei sich Brot und Freiheit erkämpfen müssen. Die Bourgeoisie versucht mit brutaler Waffengewalt, diesen Kampf zu verhindern, deshalb hat man unsere Genossen niedergeschossen, denn sie kämpften für die Befreiung des gesamten werktätigen Volkes.

Millionen haben die Bedeutung des Kampfes der Ruhrbergarbeiter verstanden. Sie werden auch den Kampf in Geesthacht begreifen.

Unsere Antwort, die wir der Bourgeoisie und ihren bewaffneten Garden geben, hat eine historische Bedeutung. Karl Marx hat bereits darauf hingewiesen, daß mit der Konzentration der Reaktion gleichzeitig die revolutionären Klassenkräfte wachsen, und das sehen wir jetzt in immer deutlicherem Maße. Wenn die Bourgeoisie mit den Mitteln der brutalen Gewalt und der rücksichtslosen Diktatur versucht, den Kampf der Arbeiterklasse aufzuhalten, so werden wir zur gegebenen Zeit darauf zu antworten wissen.

Die Arbeiterschaft wird niemals dulden, daß in die roten Hochburgen, die politisch und strategisch von außerordentlicher Bedeutung sind, die faschistischen Mordtruppen mit Hilfe der Polizeiorgane eindringen. Das hat man in Geesthacht versucht. Eine offene Provokation bedeutet es, wenn in das rote Geesthacht die nationalsozialistischen Banditen eindringen konnten, wenn in der Versammlung alle Versammlungsteilnehmer nach Waffen durchsucht wurden, während die Mordbanden unbehelligt blieben. Eine unerhörte Provokation bedeutet es weiter, wenn den Arbeitern der Zutritt zu der Versammlung verwehrt wurde und von der Polizei in die zurückflutende Menge hineingeschossen wurde.

Die Vorgänge in Geesthacht zeigen deutlich, daß die Bourgeoisie versucht, mit allen Mitteln dieses System, das auch innerlich verrottet und verfault ist, gegen den gewaltigen Ansturm der hungernden Massen mit Hilfe brutaler Waffengewalt zu halten.

Die heutige Situation ist ähnlich der von 1923, wo die Inflation die kapitalistische Wirtschaft erschütterte. Wenn wir heute auch nicht eine Inflation in dem Ausmaße haben, so sehen wir doch einen immer stärkeren Verfall der kapitalistischen Wirtschaft, während sich in der Sowjetunion der gewaltige Aufbau des Sozialismus vollzieht, ein gewaltiges Anwachsen der revolutionären Klassenkräfte, die der kapitalistischen Herrschaft ein Ende bereiten werden. Hier am Grabe schwören wir, daß wir im Sinne unserer toten Genossen Geick und Benthin weiterkämpfen werden gegen den mörderischen Faschismus und die kapitalistische Ausbeutung.

Rede in Hamburg am 21. März 1931

Es ist ein erschütternder Anlaß, der uns heute hier zusammenführt. Ernst Henning, einer unserer Besten und Treuesten, ist von nationalsozialistischen Mördern niedergeknallt worden.

Der Befreiungskampf der Arbeiter hat ein neues Opfer gefordert. Es wird nicht das letzte Opfer sein im Kampf für Freiheit und Sozialismus. Aber unsere Brüder fallen nicht umsonst. Wie ihr Kampf, so ist auch ihr Tod der Zukunft geweiht.

Die Schüsse der Nazimörder haben in ganz Deutschland lodernden Haß und tiefste Empörung ausgelöst. Haltet sie immer wach!

Das Leben eines Kämpfers ist beendet. Ernst Henning sprach die Sprache der Partei, er wuchs mit dem Leben und der Entwicklung unserer Partei. Henning war ein treuer Soldat der Revolution.

Heute, wo die Märzsonne über uns scheint, wo der Ruf zum Kampf in der ganzen Welt ertönt, wo Arbeiter in Hamburg als Kampfgelöbnis in den Proteststreik getreten sind, sagen wir: Die Vergeltung wird die Geschichte bringen. Wir werden unseren Genossen und alle ermordeten Brüder rächen. Die Bourgeoisie und ihre Helfershelfer, die Sozialdemokraten gingen nicht etwa gegen die nationalsozialistischen Mörder vor, sie antworteten mit dem Verbot der Presse, Demonstrationen und Versammlungen der KPD. Mit Verboten und Pistolenschüssen kann man unsere Bewegung nicht aufhalten. Wer kräftig ist, marschiert vorwärts trotz Verbot und Unterdrückung.

Mit welchem Kampfgeist die Arbeiterschaft beseelt ist, zeigt die 16jährige Tochter des Genossen Henning, die tapfer und pflichtbewußt ihre Arbeit im Jugendverband leistet. Als ein Kriminalbeamter sie fragte: «Welches Testament hat dein Vater hinterlassen?», antwortete sie ihm: «Die Rache!»

Das ist der Schwur von Millionen. Unser Siegeswille ist unwiderstehlich. Unser die Zukunft! Mit uns die Befreiung der Arbeiterklasse und damit die Befreiung Deutschlands!

Dieser revolutionäre Geist erfaßt immer weitere Schichten nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch der bürgerlichen Intelligenz. Wir sind überzeugt, daß die Besten dem Beispiel Scheringers folgen werden und der Mörderpartei, über die das Blut unseres Genossen Henning kommt, von dem sie sich nicht reinwaschen kann, den Rükken kehren. Erinnern wir uns. Es war im Oktober 1923. Das rote Hamburg stand auf den Barrikaden. Genosse Henning kämpfte in der ersten Reihe. Für den gefallenen Kämpfer werden neue in die Bresche springen.

Kämpfen wir wie er, dann wird die Stunde nicht fern sein, da wir die Rächer sind. Hennings Pflichtbewußtsein und revolutionärer Elan im Kampf sei uns Richtschnur. In diesem Sinne vorwärts, alles für das Volk, für die siegreiche Volksrevolution!

Von der Polizei zusammengeschlagen

15. Jahrg. / Nr. 144 Berlin, Freitag, 9. September 1932

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

4 Wochen verboten

Der Polizeipräsident
I 3 80 53 37. Berlin, den 8. September 1932.

Verbot

Auf Grund des § 6, Ziffer 2 und 4, der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. 6. 1932 (RGBl. I, S. 297) verbiete ich die in Berlin erscheinende Tageszeitung „Die Rote Fahne" mit Wirkung vom 9. September bis zum 6. Oktober 1932 einschließlich.

Das Verbot umfaßt auch die in demselben Verlag erscheinenden Kopfblätter der Zeitung sowie auch jede ungeheftete neue Druckschrift, die sich inhaltlich als die alte darstellt oder als ihr Ersatz anzusehen ist.

Gegen das Verbot ist die Beschwerde zulässig. Sie hat keine aufschiebende Wirkung. Die Beschwerde ist bei mir einzulegen. Sollte von dem Beschwerderecht Gebrauch gemacht werden, so empfiehlt es sich zur Beschleunigung der Angelegenheit, die Beschwerdeschrift in vielfacher Ausfertigung einzureichen.

Gründe

Die Veröffentlichung der Verbotsgründe ist untersagt. Sollte die Veröffentlichung trotzdem erfolgen, so ist mit einem nochmaligen Verbot zu rechnen.

gez. Dr. Melcher

(Siegel)

Ruhr-Echo

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands • Sektion der Kommunistischen Internationale

Nr. 177 Montag, den 15. August 1932 14. Jahrgang

Zehn Tage verboten

Essen, den 14. August 1932.

Vom Polizeipräsidium Essen wird mitgeteilt:

Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat das „Ruhr-Echo" vom 15. August 1932 auf die Dauer von zehn Tagen auf Grund des § 6 Ziffer 2 der Notverordnung vom 14. Juni 1932 verboten. Die Nr. vom 15. August 1932 darf nicht mehr erscheinen. Mündliche Bekanntgabe an „Ruhr-Echo" noch heute. Das Verbot umfasst auch sämtliche Kopfblätter des „Ruhr-Echo":

Niederrheinische
„Arbeiter-Zeitung"
Der „Kämpfer"

Nr. 197. 12. Jahrgang Einzelpreis 10 Pfg.

Freiheit

Tageszeitung für Rheinland u. Westfalen

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands / Sektion der Kommunistischen Internationale

Sonntag, den 23. Juli 1932

Verboten!

„Der Polizeipräsident in Düsseldorf

An Freier Verlag GmbH.
Hier
Kölner Straße 44

Ich eröffne Ihnen, daß der Herr Oberpräsident der Rheinprovinz die in Ihrem Verlag erscheinende Zeitung „Freiheit" einschließlich ihrer Kopfblätter auf Grund des § 6 Ziffer 1 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. 6. 1932 für die Zeit vom 23. bis 27. Juli 1932 verboten hat.

Die Begründung des Verbots wird Ihnen noch zugehen.

In Vertretung:
Wilke."

Gegen faschistischen Terror

Ernst Thälmann spricht auf der Trauerfeier für Ernst Henning, der von Nazis ermordet wurde, auf dem Ohlsdorfer Friedhof in Hamburg am 21. März 1931. Neben Thälmann Max Maddalena

Flugblatt der RHD, 1931/1932

Zwei Jahre Nazi-Morde!

Adolf Hitler am 24. Februar 1931 in München:
„Es geschieht nichts in der Bewegung, ohne daß ich es weiß und ohne daß ich es billige. Ja, noch mehr: Es geschieht gar nichts, ohne daß ich es wünsche".

Die Totenliste:

29. 12. 1929 Arbeiter **Neumann,** Berlin, von Nazis ermordet.
5. 3. 1930 Gärtner **Kubow,** Röntgental, von Nazis schwerverletzt, an den Folgen gestorben.
16. 5. 1930 Verkäufer **Heimburger,** Berlin, von Nazis ermordet.
17. 5. 1930 Arbeiter **Schumann,** Berlin, von Nazis ermordet.
17. 5. 1930 Arbeiter **Seelenowski,** Berlin, von Nazis ermordet.
27. 5. 1930 Ehrenfried **Jopp,** Fürstenwalde, von Nazis ermordet.
15. 6. 1930 Willi **Gerschler** bei Glauchau von Nazis niedergestochen, an den Verletzungen gestorben.
15. 6. 1930 Johann **Franke,** Eythra, von Nazis ermordet.
28. 6. 1930 Franz **Rasek,** Berlin, von Nazis ermordet.
29. 6. 1930 Josef **Kraus,** Honnef, von Nazis ermordet.
29. 6. 1930 Frau **Kraus,** Honnef, von Nazis ermordet.
14. 7. 1930 Arbeiter **Körner,** Schöningen, von Nazis schwerverletzt, infolge der Verwundung gestorben.
5. 8. 1930 Joseph **Saaber,** Lenklar, von Nazis ermordet.
17. 8. 1930 Eduard **Siedler,** Groß-Heydekrug, von Nazis schwerverletzt, infolge der Verwundung gestorben.
4. 9. 1930 Arbeiter **Klassen,** Köln, von Nazis ermordet.
3. 9. 1930 Wilhelm **Kropp,** Bramsche, von Nazis ermordet.
7. 9. 1930 Erich **Loleid,** Berlin, in Mohrin von Nazis ermordet
14. 9. 1930 Walter **Krause,** Feldhammer, von Nazis schwerverletzt, infolge der Verwundung gestorben.
16. 9. 1930 Arbeiter Max **Sohr,** Wittenau-Berlin, von Nazis ermordet.
19. 10. 1930 Arbeiter **Breitenbach,** Frankfurt a. M., von Nazis ermordet.
22. 11. 1930 Viktor **Broja,** Hindenburg, von Nazis ermordet.
29. 11. 1930 Adolf **Hummel,** Plauen, von Nazis ermordet.
29. 11. 1930 Hermann **Groh,** Plauen, von Nazis ermordet.
8. 12. 1930 Hermann **Krämer,** Köln, von Nazis ermordet.
13. 12. 1930 Lambert **Reimers,** Gladbach-Rheydt, von Nazis ermordet.
31. 12. 1930 Angestellter **Graf,** Berlin, von Nazis ermordet.
31. 12. 1930 Angestellter **Schneider,** Berlin, von Nazis ermordet.
21. 1. 1931 Arbeiter Willi **Laabs,** Neuschleffin, von Nazis ermordet.
21. 1. 1931 Arbeiter Wilhelm **Höschel,** Köln, von Nazis ermordet.
24. 1. 1930 Arbeiter **Demblow,** Stralsund, von Nazis ermordet.
28. 1. 1931 Arbeiter **Schirmer,** Berlin, von Nazis ermordet.
1. 2. 1931 Arbeiter Otto **Grüneberg,** Berlin, von Nazis ermordet.
21. 2. 1931 Arbeiter **Strang,** Danzig, von Nazis ermordet.
23. 2. 1931 Arbeiter **Kalbas,** Zittau, von Nazis ermordet.
11. 3. 1931 Lehrling **Nathan,** Berlin-Schöneberg, von Nazis ermordet.
15. 3. 1931 Ernst **Henning,** Hamburg, von Nazis ermordet.
18. 3. 1931 Stabsgefreiter **Gambig,** Deutsch-Eylau, von Nazis ermordet.
18. 3. 1931 Arbeiter **Mohnsam,** Grebenstein, von Nazis schwerverletzt, an den Verwundungen gestorben.
25. 3. 1931 Arbeiter **Gruber,** Ahlen, von Nazis ermordet.
24. 4. 1931 Arbeiter **Schleppe,** Gillersheim, von Nazis schwerverletzt, seinen Verwundungen erlegen.
30. 4. 1931 Herbert **Walter,** Glogau, von Nazis ermordet.
1. 5. 1931 Erwin **Ziemke,** Berlin, von Nazis ermordet.
28. 5. 1931 **Wagner,** Hagen, von Nazis ermordet.
28. 5. 1931 Julius **Lücke,** Hagen, von Nazis ermordet.
28. 5. 1931 Arbeiter Joseph **Ernst,** Hagen, von Nazis ermordet.
17. 7. 1931 Hans **Wehnhöfer,** Groß-Gerau, von Nazis ermordet.
17. 7. 1931 Arbeiter Paul **Hammer,** Groß-Gerau, von Nazis ermordet.
18. 7. 1931 Reinhold **Pamler,** Hannover, von Nazis ermordet.
24. 7. 1931 Landwirt **Schmeiser,** Krempine, von Nazis ermordet.
6. 8. 1931 **Fruh,** Schweidnitz, von Nazis ermordet.
17. 8. 1931 Arbeiter **Fiade,** Borstendorf, von Nazis ermordet.
30. 8. 1931 Arbeiter **Schwenke,** Dortmund, von Nazis ermordet.
1. 9. 1931 E. **Zilinski,** Elbing, von Nazis schwerverletzt und gestorben.
6. 10. 1931 Arbeiter **Marquardt,** Guben, von Nazis schwerverletzt, an den Verwundungen gestorben.
22. 10. 1931 Alfred **Link,** Pr. Friedland, von Nazis schwerverletzt, infolge der Verwundungen gestorben.
31. 10. 1931 Arbeiter **Klöckling,** Doberan, von Nazis ermordet.
31. 10. 1931 Arbeiter **Bohm,** Doberan, von Nazis ermordet.
2. 11. 1931 Stadtverordn. **Braun,** Sülze, von Nazis ermordet.
3. 11. 1931 Arbeiter Arno **Wolf,** Riesa, von Nazis ermordet.
12. 11. 1931 Herbert **Ritter,** Nowawes, von Nazis ermordet.

Macht Schluß mit der Nazi-Mordpest!

Wir sind die Partei des Friedens

Aus der Diskussionsrede auf der XI. Tagung des EKKI am 11. April 1931

Die Bedeutung des Kampfes der kommunistischen Parteien gegen den imperialistischen Krieg für die Verteidigung der Sowjetunion ist untrennbar verbunden mit dem Massenkampf für den revolutionären Ausweg aus der Krise in jenen Ländern, die heute die schwächsten Kettenglieder in der Kette des imperialistischen Weltsystems bilden. Würden wir die Frage des revolutionären Auswegs aus der Krise ohne Zusammenhang mit den Problemen der Verschärfung der Kriegsgefahr und der Verteidigung der Sowjetunion stellen, so wäre das eine einseitige und schematische Fragestellung. Die wichtigste Frage, die wir im Zusammenhang mit dieser historischen Aufgabe stellen müssen, wenn wir von den Ländern als den schwächsten Kettengliedern der großen Kette des imperialistischen Weltsystems sprechen, ist die leninistische Vertiefung und Verstärkung der revolutionären Klassenfront. Die revolutionären Massenaktionen im Zentrum des Klassenfeindes, in den Industriegebieten des Trustkapitals, in den Dörfern der imperialistischen Länder – das ist die beste Sicherung des sozialistischen Aufbaus, der Durchführung des Fünfjahresplans in vier Jahren. Zweifellos ist die Agitation und Propaganda gegen den imperialistischen Krieg und für den Schutz der Sowjetunion von großer internationaler Bedeutung . . .

Die Sowjetunion ist im Kampfe für den Weltfrieden geboren worden. Eine der entscheidendsten Losungen der Bolschewiki in der Kerenski-Periode war die Losung des Friedens. [Das war] aber nicht nur eine Losung, sondern der Kampf für den Frieden im Lande [war] die Verwirklichung dieser Losung. Die Sowjetunion ist das erste Land in der Welt, das durch die Politik Lenins und der bolschewistischen Partei den wirklichen Frieden erkämpfte und die größtmögliche Sicherung des Friedens durch den Sieg der proletarischen Macht garantierte.

Genossen, der Kampf um den Sozialismus ist eben der Kampf um die Sicherung des Friedens, wie es schon auf dem letzten Sowjetkongreß, der vor kurzem tagte, vom Genossen Molotow unter stürmischem Beifall der dort anwesenden Delegierten in folgenden Worten zum Ausdruck gekommen ist: Die Sowjetmacht, die für den Sozialismus, für die Verbesserung der Lage der Massen kämpft, kämpft für den Frieden, der die Verwirklichung dieser Aufgaben gewährleistet. Jene aber, die die Antisowjetkampagne leiten, bereiten die Intervention und neue Kriege vor. Wir kämpfen für die Verwirklichung des Fünfjahresplans in vier Jahren. Die Erfüllung dieser Aufgabe erfordert die Festigung des Friedens und die Steigerung der Macht der Sowjetunion für den Sieg des Sozialismus, damit die Sache des Friedens im Interesse der ganzen Welt erstarkt.

In dieser Epoche der tiefsten Krise des kapitalistischen Weltsystems, in dieser historischen Periode des Niedergangs der internationalen Sozialdemokratie, in dieser Etappe des revolutionären Aufschwunges der Arbeitermassen und der radikalisierten Mittelschichten schwankt die Bourgeoisie hin und her zwischen dem dringenden Verlangen, lieber heute als morgen unser russisches Vaterland zu überfallen, und der Furcht vor dem ungewissen Ausgang eines Kreuzzuges gegen die UdSSR. Wir wissen auch, wie es besonders im ersten Punkt der Tagesordnung festgestellt wurde, daß die Bourgeoisie von dem Widerspruch zwischen den entfesselten Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen vorwärtsgepeitscht wird und nicht immer Herr ihrer eigenen Handlungen ist. Auch diese Tatsache dürfen wir im Bereich aller unserer Betrachtungen niemals vergessen. Wir sehen, daß die offene Kriegsvorbereitung bereits ein so gewaltiges Ausmaß erreicht hat, daß wir allen Arbeitern der Welt einhämmern müssen, daß die revolutionäre Sache der Politik des Friedens einzig und allein durch die Sowjetunion, die Komintern, durch die kommunistischen Parteien verteidigt wird. Wir müssen die Arbeiter alarmieren, weil durchaus die Möglichkeit besteht, daß die berufsmäßigen Diplomaten den Augenblick des Losschlagens für gekommen erachten und – selbst, wenn sie noch zögern – daß aus irgendeiner imperialistischen Weltecke ein Gewitter heraufzieht, das den ganzen Erdball sehr leicht in Brand steckt . . .

Es gibt Beschlüsse der Kommunistischen Internationale, die wir manchmal vergessen und in unserer revolutionären Politik nicht genügend erwähnen. Dazu gehören auch die Beschlüsse auf dem Gebiete unserer Antikriegspolitik und unserer Antikriegsarbeit. Unsere revolutionäre Massenarbeit und Massenpolitik darf sich heute nicht darauf beschränken, alle Antikriegsvorbereitungen zu organisieren und zu treffen, um für die Stunde des Ausbruchs des Krieges illegale Voraussetzungen zu schaffen, um dem Feind bei Ausbruch des Krieges gewappnet gegenüberzustehen. Das allein wäre fatalistisch und sehr gefährlich. Wir müssen uns in allererster Linie darauf konzentrieren, daß wir schon heute in der Antikriegsfront die größten Erfolge [zu erzielen] und revolutionäre Taten durchzuführen haben. Die Durchführung von Streiks in den verschiedenen kapitalistischen Ländern, stärkere Propagierung und ernsthafte Anwendung des politischen Massenstreiks, der revolutionäre Kampf um die Straße: Das sind heute überall die Vorbedingungen und Voraussetzungen für die Kriegszeit, wo wir überall zur Illegalität und zur illegalen Arbeit gezwungen [sein] werden.

Aus dem Artikel vom 1. August 1931: Wir schützen die Sowjetunion

Wenn am 1. August die Massen des arbeitenden Volkes in allen Städten der Erde aufmarschieren und ihre Stimme gegen die imperialistischen Kriegstreibereien der Bourgeoisie in allen Ländern erheben, so wird der internationale Kampftag gegen den imperialistischen Krieg in diesem Jahre unter weit ernsteren Voraussetzungen begangen als je zuvor. Die ganze kapitalistische Welt steht im Zeichen der Weltwirtschaftskrise. In den entscheidenden Ländern des Kapitalismus, voran in Deutschland, haben sich die Widersprüche des kapitalistischen Systems so zugespitzt, sind die Erschütterungen der bürgerlichen Ordnung so weit gediehen, daß der Klassenkampf zwischen den unterdrückten und ausgebeuteten Millionen und der kleinen Clique der Ausbeuter die heftigsten Formen annimmt.

Not und Massenelend, Arbeitslosigkeit von Millionen, Ruin der Mittelschichten in Stadt und Land – das sind die Auswirkungen der kapitalistischen Krise für die Massen. Mit immer neuen Anschlägen, immer neuen Attacken des Hungers und zugleich mit den brutalsten

Methoden der politischen Reaktion und wachsender Anwendung der faschistischen Herrschaftsformen versucht die Bourgeoisie, den revolutionären Aufschwung der Massen einzudämmen und die Lasten der Krise abzuwälzen. Die ganze Unfähigkeit des kapitalistischen Systems und der Bourgeoisie, den Massen auch nur das notdürftigste menschenwürdige Dasein zu garantieren, tritt täglich von neuem in Erscheinung. Millionen, die noch vor Jahresfrist den Kapitalismus und die Ordnung des Privateigentums für heilig und unantastbar ansahen, beginnen heute zu rebellieren, stellen immer entschlossener die Frage nach dem Ausweg aus der Krise, dem Ausweg aus der Katastrophe des kapitalistischen Zusammenbruchs, dem Ausweg aus Not, Hunger und Entbehrung.

Und zu gleicher Zeit mit diesem Niedergang der kapitalistischen Welt, mit der Krise, die auf fünf Sechsteln der Erde mehr oder weniger zerstörend wütet, vollzieht sich auf einem Sechstel der gigantische Aufschwung im Zeichen des siegreichen Fünfjahrplans, im Zeichen des sozialistischen Aufbaus: Die Sowjetunion ist in die Periode des Sozialismus eingetreten!

Dieser klaffende Widerspruch zwischen den beiden Systemen – dem bankrotten Kapitalismus und dem siegreichen Sozialismus – beherrscht alle Probleme der Weltpolitik. Dieser klaffende Widerspruch ist zugleich die Achse, um die sich das ganze Treiben der imperialistischen Diplomaten und Ränkeschmiede, alle Vorbereitungen des neuen imperialistischen Weltkriegs gruppieren . . .

Um die Profitgier und die Wünsche der Schwerindustrie nach Rüstungsaufträgen zu befriedigen, will die deutsche Bourgeoisie die Arbeiter, Bauern und Soldaten Deutschlands als Kanonenfutter in die Schützengräben des imperialistischen Interventionskrieges gegen die Sowjetunion liefern.

Das ist es, was die Millionenmassen der Arbeiterklasse und der Werktätigen in Deutschland verstehen müssen: Kriegspolitik der deutschen Bourgeoisie gegen Sowjetrußland und nationale Versklavung und kapitalistische Ausplünderung des deutschen Volkes gehören zusammen!

Die Bourgeoisie, die alle nationalen Interessen des deutschen Volkes zugunsten der Profitinteressen der Kapitalisten mit Füßen tritt, hetzt zugleich zum Kriege gegen die Sowjetunion . . .

Allein die Kommunistische Partei zeigt den Massen den revolutionären Ausweg aus der Krise, den Weg aus Elend und Zusammenbruch zum siegreichen Sozialismus!

Allein die Kommunistische Partei entfaltet vor den Millionenmassen das Sturmbanner der sozialen und nationalen Befreiung des deutschen Volkes, das Sturmbanner der Volksrevolution!

Sie allein, die Partei der deutschen Kommunisten, ruft den Millionenmassen immer von neuem ins Gedächtnis: Wenn ihr die Ketten der Young-Sklaverei zerbrechen, wenn ihr das Joch der kapitalistischen Profitwirtschaft abwerfen, wenn ihr frei sein wollt, so gibt es nur einen Bundesgenossen: das Weltproletariat und sein sozialistisches Vaterland, das Land der siegreichen Arbeiter und Bauern, die Sowjetunion!

Plakat der KPD, 1930.
John Heartfield, 1929

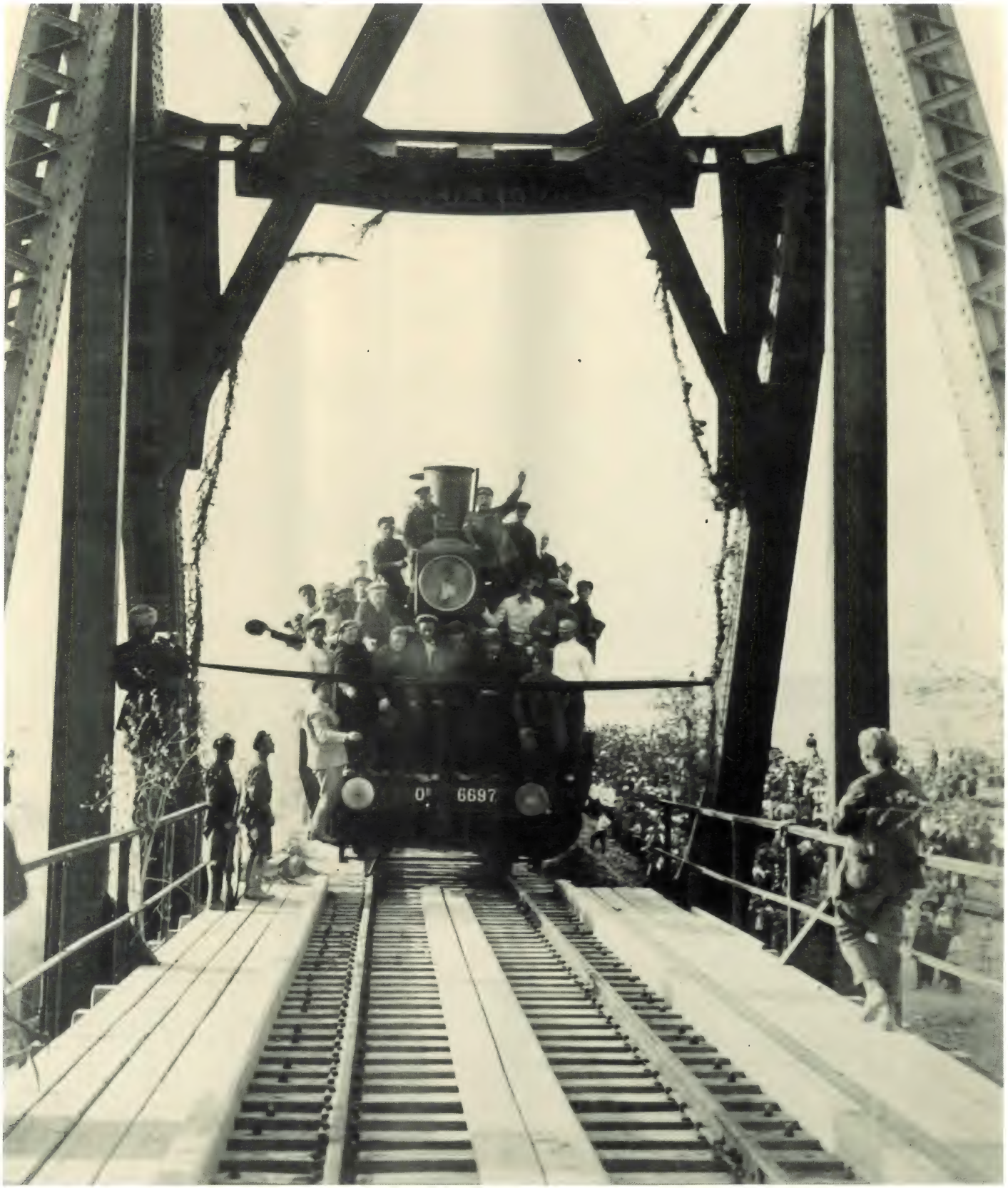
Beispiel Sowjetunion

Ernst Thälmann während einer seiner Reden in der Sowjetunion

Das Magnitogorsker Hüttenwerk, 1932

Traktoren auf Kolchosfeldern

Freie Fahrt für den ersten Zug der turkestanisch-sibirischen Eisenbahn


6697

Gegen Imperialismus und Krieg

Ernst Thälmann auf einer internationalen Solidaritätskundgebung in Hamburg, Juni 1931

Während des Fünfländertreffens bei Aachen am 2. und 3. August 1930 demonstrieren belgische, deutsche, französische, luxemburgische und niederländische Werktätige gegen die imperialistische Kriegsgefahr

Demonstration in Berlin am Internationalen Antikriegstag, 1. August 1929

Korrigiertes stenographisches Protokoll mit dem Beginn der Rede Ernst Thälmanns auf der XI. Tagung des EKKI in Moskau am 11. April 1931

APXИВ КИКИ

04696 21 IV. 1931

Deutsch 6

LINK

...a.

- 2270 -

...Sitzung des 11.Plenums
des EKKI morgens, 11.4.31.

Genosse Thälmann:

Genossen! Diese Weltfrage, die hier auf diesem Plenum behandelt wird und die gerade in diesem Stadium der Entwicklung grosse historische Bedeutung hat, hat auf allen unseren internationalen Tagungen, auf den Plenums des EKKI sowie auch auf den Parteitagen der verschiedenen Sektionen keine untergeordnete Rolle gespielt. Es ist bekannt, dass auf dem 8.Plenum des EKKI und auf dem VI.Weltkongress politische Beschlüsse in der Frage der Kriegsgefahr gefasst wurden, die auch in der gegenwärtigen Situation [illegible] für unsere Losungen und unsere Arbeit haben. Ich will nur drei [illegible] Beschlüssen des VI.Kongresses herausreifen, die [illegible] Kongress [illegible] vollauf bestätigt [illegible].

Erstens: Der VI.Weltkongress alarmierte die werktätigen Massen gegen die gewaltige Steigerung der Kriegsrüstungen in allen kapitalistischen Ländern, besonders auf [illegible] grossen Neuerungen der Kriegstechnik, der Massenmilitarisierung für Wehrmacht und Wirtschaft [illegible].

Zweitens: In der Resolution des VI.Kongresses heisst es weiter: [illegible] im Verein mit den Kriegs- und Rüstungsvorbereitungen auf [illegible] Gebiete [illegible] Reaktion im Inneren [illegible] ein ruhiges Hinterland [illegible] Kriegsführung der Imperialisten unmöglich [illegible].

Die dritte und [illegible] wichtigste [illegible] ist [illegible], dass die Imperialisten aller Länder ihre Kriegspolitik, ihre Kriegsrüstungen und [illegible] Kriegshetze gegen die Sowjetunion [illegible]

Volksaktion für Arbeit, Brot, Boden und Freiheit

Aus dem Brief an die Eifelbauern vom 25. März 1931

Die Kommunisten erwiesen sich immer wieder als die einzigen, ehrlichen Freunde der werktätigen Bauernschaft.

Bauern! Eure Hilfe liegt in Eurem gemeinsamen Kampf an der Seite des revolutionären Proletariats! Die Kommunistische Partei hilft Euch, diesen Kampf gegen Not, Ausbeutung und Enteignung zu organisieren, geht führend voran. Schon wurden unter Führung der Kommunisten in verschiedenen Orten in Schleswig-Holstein, Sachsen, Brandenburg Zwangsversteigerungen bei werktätigen Bauern mit Hilfe der Arbeiter verhindert. In Süd-Mecklenburg haben Bauerndelegierte unter Führung der KPD die gemeinsame Verweigerung der Rückzahlung von Krediten beschlossen und organisieren die gemeinsame Verhinderung der Zwangsversteigerungen. So gilt es auch den Kampf gegen die Pachtzinsen und den Kampf gegen die Steuerlasten, gegen alle Arten der Ausbeutung und Ausraubung in breitester Front zu organisieren und zu führen. Die Kommunistische Partei hilft mit ganzer Kraft, die einheitliche Kampffront der werktätigen Bauernschaft zu bilden, durch Bauerndelegiertenkonferenzen, Bauernkomitees, Stärkung der revolutionären Bauernorganisationen, antifaschistische Volkskongresse usw., die gemeinsame Front der kampfgewillten Bauernschaft im engsten Bündnis mit dem Proletariat zu schmieden.

Nur die gemeinsame Kampffront vermag auch den imperialistischen Kriegstreibern in den Arm zu fallen, den faschistischen Terror, die Faschisierung Deutschlands endgültig zu zerschlagen, das kapitalistische System der Ausplünderung, des Hungers der Massen, das System der sozialen und nationalen Knechtschaft des Volkes durch die sozialistische Revolution zu beseitigen.

Die Volksrevolution unter Führung der Kommunistischen Partei bringt den werktätigen Bauern als sofortige Hilfe:
Land durch entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes!
Streichung aller Schuldenlasten!
Aufhebung des Zinswuchers!
Beseitigung der Pachtabgaben!
Befreiung der kleinen Bauern von allen Steuern und Abgaben!

Aus der Antwort auf das Grußschreiben der Delegierten des Kampf- und Einheitskongresses werktätiger Bauern Nordwestdeutschlands in Kirchweye vom 18. Oktober 1931

Bauern, Bäuerinnen, Landvolk!

. . . Für das arbeitende Volk in Stadt und Land ist nichts notwendiger und dringender als das Kampfbündnis der Arbeiter mit den Bauern unter Führung der Kommunistischen Partei!

Dieses Bündnis bildet die Grundlage des weltgeschichtlichen Sieges der Oktoberrevolution der russischen Arbeiter und Bauern, deren 14. Jahrestag die Arbeitenden in allen Ländern in diesen Tagen gefeiert haben, so wie es die Grundlage der Verteidigung der Sowjetunion gegen alle konterrevolutionären Anschläge und die Gewähr für die erfolgreiche Durchführung des sozialistischen Aufbaus und der Kollektivierung der Landwirtschaft bedeutet.

In allen kapitalistischen Ländern, in Deutschland wie in Amerika, in England wie im Italien Mussolinis, wütet eine verheerende Wirtschaftskrise. Die Arbeitermassen verelenden, der Mittelstand geht zugrunde, die werktätigen Bauern werden ruiniert und von der Scholle vertrieben, Millionen im Volke leiden Hunger und Not. Die Sowjetunion ist demgegenüber unter Führung der Kommunisten das einzige Land ohne Wirtschaftskrise, ohne Erwerbslosigkeit, das Land der Entfaltung der gewaltigen Schöpferkraft der vom Joch des Kapitalismus befreiten Massen im gigantischen Aufbau der Wirtschaft des Volkes, das Land des kulturellen Aufstiegs der Arbeiter- und Bauernschaft. Dort, in der Sowjetunion, zeigt sich die geschichtliche Tatsache, daß der Sozialismus auch für die Bauernmassen den Aufstieg aus jahrhundertelangem Elend, die Befreiung aus einem geknechteten Dasein durch die Kollektivierung der Landwirtschaft bringt.

Während der kapitalistische Staat den Bauern den Gerichtsvollzieher schickt, um ihm die letzte Kuh aus dem Stall zu treiben, schafft der proletarische Staat Traktorenstationen und zahllose andere Hilfsmaßnahmen für die Bauernmassen. Keine Hetze, keine Verleumdung, keine Lüge kann die Tatsachen hinwegwischen, die auch Eure, zum 14. Jahrestag in die Sowjetunion entsandte Delegation deutscher Bauern mit den Arbeiterdelegationen aus Deutschland gemeinsam feststellen wird. Um so aktiver aber rüsten die Feinde des arbeitenden Volkes in allen kapitalistischen Ländern zur blutigen Intervention, zum Kriege gegen die Sowjetmacht . . .

Was der Bauer von Hitler zu erwarten hat, zeigt der Vorschlag der Hitlerzentrale in ihrem Rundschreiben vom 13. April 1931 auf Einführung einer hohen Steuer zur Beschleunigung der Bauernenteignung; das zeigt die nationalsozialistische Forderung auf Einführung der mittelalterlichen Lehenswirtschaft für die bäuerliche Siedlung; das zeigt Hitlers Forderung auf Arbeitsdienstpflicht für die werktätige Jugend im Interesse der Großagrarier und Industriekapitalisten; das zeigt das dutzendmal wiederholte Bekenntnis Hitlers zum Schutze des zusammengeräuberten Ausbeutereigentums der Großgrundbesitzer, der Bankherren und Industriehyänen; das zeigt das wiederholte unterwürfige Gelöbnis an das internationale Finanzkapital zur Eintreibung der zirka 29 Milliarden privater Auslandsschulden und Zinsen; das zeigt das unverhüllte Angebot zur Mobilisierung von Kanonenfutter für den imperialistischen Krieg gegen Sowjetrußland, das auf der gleichen Linie liegt wie die Teilnahme nationalsozialistischer Offiziere am Kriege des Weltimperialismus mit der chinesischen Bourgeoisie gegen die Sowjetgebiete Chinas, in denen die Bauern unter Führung der Arbeiterklasse sich die Freiheit erkämpft haben.

Wir Kommunisten legen den Bauern die Frage vor: Können denn die Nationalsozialisten überhaupt gleichzeitig für die Interessen der Großgrundbesitzer und für Eure Interessen eintreten? Das ist unmöglich! Können die Nationalsozialisten gleichzeitig für die Monopol- und Bankkapitalisten und für Eure Interessen, die in der Linie der Streichung der Schulden und Wuchersteuern liegen, [eintreten]? Das ist unmöglich!

Können die Nationalsozialisten sich gleichzeitig auf den Boden des räuberischen Versailler Vertrages stellen, alles zur Unterdrükkung der Freiheitsarmee des revolutionären Proletariats unterneh-

men, die Anträge der KPD auf Einstellung aller Tributzahlungen ablehnen und auf der anderen Seite etwa die Interessen der vom Versailler System geknechteten Bauernmassen vertreten? Das ist unmöglich!

Bauern, Bäuerinnen, Bauernjugend!

Euer Einheits- und Kampfkongreß von Nordwestdeutschland war von den Mitgliedern der verschiedensten Organisationen und Bewegungen, des Landbundes, des Christlichen Bauernvereins, des sozialdemokratischen Heuerleuteverbandes, des Reichsbauernbundes, der Landvolkbewegung, der landwirtschaftlichen Genossenschaften usw., besucht. Dieser Kongreß ist ein neuer bedeutender Schritt vorwärts in der aktiven Bauernbewegung Norddeutschlands zur Organisierung der bäuerlichen Notwehr gegen den durch das Land schleichenden Bauerntod, gegen das faschistische Bauernlegen. Tragt die Beschlüsse und den Geist Eures Kongresses bis ins letzte Dorf. Bildet über alle Schranken der Organisationen und bürgerlichen Parteien, einschließlich der SPD und Nazis, hinweg in allen Orten die bäuerlichen Einheits- und Kampforgane, die Bauernkampfkomitees. Stärkt ihre Aktivität für die Verteidigung der Bauerninteressen auf dem Lande. Festigt das Bündnis der Arbeiter mit den werktätigen Bauern! Unterstützt die Streiks der Arbeiter gegen den Lohnraub, die ja auch in Eurem Interesse geführt werden, da der Lohnraub an dem Industriearbeiter dem Bauern den Abnehmer für seine Waren raubt. Dieses Kampfbündnis hat sich in der solidarischen Hilfe der revolutionären Arbeiter bei vielen Kämpfen gegen Pfändung und Zwangsversteigerung bereits für den bäuerlichen Tageskampf bewährt, wie es andererseits bei dem herrlichen Beispiel der Unterstützung streikender Arbeiter durch die Goldenstedter Bauern lebendig wurde.

Dieses Kampfbündnis wird seine Krönung im geschichtlichen Entscheidungskampf bei der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern und beim sozialistischen Aufbau Deutschlands finden. Schließt das brüderliche Kampfbündnis mit der Landarbeiterschaft, die genau wie die arbeitende Bauernschaft von den Großagrariern ausgeplündert und ausgebeutet wird.

Mobilisiert die Bauernfrauen und Bauernsöhne, die ganze Landvolkjugend für den Kampf. Sorgt für die Aktivierung und den Aufbau der Bauernkomitees, macht sie zu Organen, in denen alle werktätigen Bauern, ohne Unterschied ihrer Einstellung, zusammengefaßt werden!

Uns Kommunisten gibt das unserer Partei durch Euren Kongreß ausgesprochene Vertrauen die besondere Verpflichtung, noch entschlossener, zäher, kühner im Sinne unseres Bauernhilfsprogramms und aller übrigen Bauernforderungen den Kampf des schaffenden Landvolkes zu organisieren und noch aktiver zu führen, die Arbeiterschaft zur Unterstützung des bäuerlichen Kampfes um die Scholle, gegen Steuerdruck, Schuldendienst, Pfändung und Zwangsversteigerung und Zollwucher stärker heranzuziehen und zu mobilisieren, die gemeinsame Front des Kampfes für die Volksaktion gegen Hunger, Ruin und Faschismus, für Brot, Boden, Frieden und Freiheit in Stadt und Land zu schaffen und voranzuführen . . .

Berlin, den 12. November 1931

Ernst Thälmann

Aus der Rede in Berlin am 11. Juni 1931

Unsere Politik findet ihren Ausdruck in dem Freiheitsprogramm der KPD. Jenes Programm der nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes, das wir vor dem 14. September [1930] der Öffentlichkeit übergaben, gewinnt von Woche zu Woche, von Monat zu Monat wachsende Bedeutung. Es ist ein Programm des revolutionären Auswegs aus der Krise. Es ist das Programm der Volksrevolution, die an die Stelle des bankrotten kapitalistischen Systems den Sieg des Sozialismus, die Herrschaft einer Arbeiter-und-Bauern-Regierung setzen wird.

Unser Freiheitsprogramm ist das Rückgrat unserer Politik! Aber wir begnügen uns nicht mit der allgemeinen Linie unseres revolutionären Kampfes, sondern zeigen den einzelnen Schichten des arbeitenden Deutschlands praktisch und konkret, was die Kommunisten ihnen zu sagen haben. So haben wir das Bauernhilfsprogramm der KPD der Öffentlichkeit übergeben, um den Massen des schaffenden Landvolkes gleichfalls den Weg aus dem Elend und Ruin, der kapitalistischen Agrarkrise und der Mißwirtschaft der Bourgeoisie und der Junker zum gemeinsamen Kampf mit der Arbeiterklasse aufzuzeigen.

Unser Bauernhilfsprogramm, das schon heute bei den Millionenmassen der ringenden und kämpfenden Bauern Deutschlands [als] ein Lichtstrahl in der Finsternis des Bauernelends bezeichnet wird, muß der Wegweiser sein, der sowohl den Industriearbeitern den Weg zum brüderlichen Kampfbündnis mit den Werktätigen des Landes, den Schaffenden der Dörfer, zeigt wie den Bauern den Weg, um Schulter an Schulter mit der Arbeiterschaft gegen das bankrotte kapitalistische System anzustürmen! Was das Bauernhilfsprogramm für das Landvolk, das ist der Arbeitsbeschaffungsplan der KPD für die Millionenmasse der Erwerbslosen in Deutschland. All diesen Millionen zeigt der Arbeitsbeschaffungsplan der KPD den Weg, der zwar nicht zur Aufhebung der kapitalistischen Krise, nicht zur Beseitigung der Erwerbslosigkeit überhaupt führt – denn das bewirkt nur der Sozialismus! –, der aber das heutige maßlose Elend der Arbeitslosen lindern und zu einem gewissen Teil überwinden würde. Wir wissen sehr gut, daß die Brüning-Regierung unseren Arbeitsbeschaffungsplan nicht durchführen wird, weil das auf Kosten des Profits der Industriekapitäne, der Bankiers und Spekulanten erfolgen würde. Aber die Massen, die Not leiden und hungern, sie werden verstehen, daß der Arbeitsbeschaffungsplan der KPD keine Parteisache ist, sondern eine Sache der Millionen, eine Sache des ganzen schaffenden Volkes, für die es zu kämpfen gilt!

Mit diesen und anderen wuchtigen Waffen und Anklagen eröffnet die Kommunistische Partei ihr Trommelfeuer überall in Deutschland gegen die bankrotte Bourgeoisie, gegen die verbrecherische Politik aller Volksfeinde!

Die Bourgeoisie und [die] Sozialdemokratie haben den Kommunisten oft den heuchlerischen Vorwurf gemacht, daß wir «nur kritisieren», aber «keine positive Politik» betreiben. Wir lachen über dieses einfältige, alberne Argument. Welche Partei der Welt kann auf solche gewaltigen, grandiosen Erfolge ihrer Politik hinweisen wie die Weltpartei der Kommunisten?

Auf einem Sechstel der Erde, wo wir regieren, wird der Sozialismus aufgebaut! Und was bedeutet das? In allen Ländern Krise, Niedergang, Elend, Erwerbslosigkeit, Rückgang der Produktion, Ruin der Bauernschaft, Erbitterung der Massen. Nur in der Sowjetunion

immer neue Fabriken, neue gigantische Werke der Industrie und Landwirtschaft, die völlige Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die völlige Überwindung aller kapitalistischen Überreste durch den Triumphzug des Sozialismus, durch die gigantischen Fortschritte bei der Verwirklichung des Fünfjahrplans in vier Jahren.

Erinnert euch, was die bürgerlichen und sozialdemokratischen Schwätzer noch vor Jahresfrist gegen den Fünfjahrplan schrieben. Wie sie immer von neuem plärrten, der Fünfjahrplan sei zum Scheitern verurteilt. Heute gibt es nur noch einen alten Greis, den keiner mehr ernst nimmt, Herrn Kautsky von der Zweiten Internationale, der in der alten Melodie den Zusammenbruch des Fünfjahrplans und das Ende Sowjetrußlands weissagt. Nahezu alle übrigen haben längst eingesehen, daß der Fünfjahrplan nicht nur durchgeführt, sondern sogar bei weitem überschritten wird.

Deutsche Industrielle mußten nach Moskau wallfahren, um sich Aufträge zu holen. Und das gilt nicht nur für Deutschland, sondern ebenso für Frankreich und Amerika. Die kapitalistische Welt ist froh, wenn sie in ihrem allgemeinen Zusammenbruch ein wenig an dem Aufschwung der Wirtschaft in der Sowjetunion teilhaben darf . . .

Wir rufen das Volk! Wir wenden uns an die Massen der Arbeiter und Angestellten, an die Erwerbslosen, die Frauen und das Jungproletariat. Wir wenden uns besonders an die Arbeiter in den Betrieben, die Angestellten in den Büros: Organisiert unter Führung der RGO, der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, Streiks gegen jeden Pfennig Lohnabbau, Streiks für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich.

Unter dieser Losung rufen wir die Erwerbslosen in ganz Deutschland auf: Schulter an Schulter mit den Proleten der Betriebe unter Führung der Kommunisten kämpft für den Arbeitsbeschaffungsplan der KPD! Kämpft für eure Unterstützungen! Kämpft für ein menschenwürdiges Dasein! Ihr könnt gewiß sein, die Kommunistische Partei wird euch bei diesem Kampfe nicht im Stiche lassen.

Wir wenden uns an die Beamten, denen jetzt der neue Raubzug der Bourgeoisie abermals die Gehälter kürzt. Wir sagen den Herren Brüning und Severing ganz offen: Die treuen Diener des Staates werden nicht mehr ewig treu bleiben, wenn man ihnen weiter das Hemd vom Leibe zieht. Sie werden auch begreifen, daß ihr Platz an der Seite des kämpfenden Volkes ist!

Die Intelligenz, die freien Berufe, die Techniker und Ingenieure, die Künstler und Musiker – sie alle werden durch die Krise ebenfalls in Armut und Elend gestürzt. Wir rufen sie! Wir rufen den städtischen Mittelstand, wir rufen die werktätigen Bauern: Her zu uns! Schließt die Volksfront mit uns, mit dem revolutionären Proletariat gegen die kapitalistischen Ausbeuter, Spekulanten, Schieber und Räuber!

Nicht die Millionäre, die Großkapitalisten sind es, von deren Einkäufen die Kleingewerbetreibenden ihre Existenz bestreiten, sondern die Massen des Proletariats. Wenn die Arbeiter und Angestellten für menschenwürdige Löhne kämpfen, so nützt das dem werktätigen Mittelstand und den armen Bauern, deren Abnehmer ja die proletarischen Massen sind.

Wir rufen den antikapitalistisch eingestellten Arbeitern, Angestellten und Werktätigen, die bisher mit den Nationalsozialisten gingen, zu: Euer Platz ist nicht bei Hitler, dem Freund der Millionäre, dem Vertreter des Finanzkapitals und des italienischen Imperialismus! Euer Platz ist in der Arbeiterfront des Freiheitskampfes gegen Kapitalismus und Young-Sklaverei! Euer Platz ist bei uns!

Und wir rufen vor allem noch einmal allen klassenbewußten Arbeitern, die bis heute der Sozialdemokratie folgten, zu: Nicht mit Brüning, nicht mit dem Diktaturkanzler der Notverordnungen, nicht mit der Bourgeoisie, nicht mit dem Groener /17/ der Panzerkreuzer dürft ihr gehen, sondern mit euren kommunistischen Klassenbrüdern, die euch die Hand reichen zum gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind!

Mit der KPD, die als einzige Partei des werktätigen Volkes euch hilfreich zur Seite steht!

Der Platz aller ehrlichen Freiheitskämpfer ist nicht bei den Garden der Reaktion, sondern bei den Kampftruppen der Freiheitsarmee des kommenden sozialistischen Deutschlands.

Gegen die Hungeraktion aller Volksfeinde – die Volksaktion für Arbeit, Brot, Boden und Freiheit! Das ist die Losung der Kommunistischen Partei!

Aus der Rede auf der Funktionärkonferenz der Hamburger Parteiorganisation der KPD am 23. August 1931

Worin besteht das kapitalistische Wirtschaftssystem? In der organisierten Ausbeutung und Unterdrückung der Massen, im Lohnraub und Gehaltsabbau, in Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich, in der Steigerung des Millionenheeres der Erwerbslosen, in der Vernichtung des armen Mittelstandes und so weiter. Mit anderen Worten: in der größten Unwirtschaftlichkeit. Es gibt keinen größeren Anarchisten als das Finanzkapital, keinen größeren Verschwender als den Monopolkapitalismus. Engels sagte einmal sehr richtig: Die kapitalistische Wirtschaft ist die größte Verschwendung./18/ Alle Schieber und kapitalistischen Räuber profitieren. Wie steht es heute in Deutschland? Ein Lahusen vom Nordwolle-Konzern macht mit 240 Millionen Mark Defizit Bankrott. Den Großen, den Reichen gibt man Millionen, den Armen raubt man die Pfennige in Deutschland. 300 Millionen wurden zur Sanierung der Dresdner Bank, 43 Millionen für die Danatbank aufgebracht. Aufgebracht aus den Steuergroschen der Millionen Werktätigen. Das ist Korruption allergrößten Stils. Das ist ein Beispiel der niederträchtigsten Plünderung Millionen arbeitender Menschen. Die Millionenarmee der Erwerbslosen liegt auf der Straße. Fabriken und Werften sind stillgelegt. So wird im kapitalistischen Deutschland die grausamste Verschwendung mit den besten Kräften der Produktion getrieben. Erst der Sozialismus wird mit dem Luxuskonsum der Reichen, mit der Vergeudung von Produktionskräften für diesen Zweck Schluß machen. Richten wir doch an die Arbeiter und Werktätigen die Frage, ob es in der Sowjetunion einen solchen Luxus gibt oder nicht . . .

Der Kapitalismus ist die schärfste nur denkbare Verantwortungslosigkeit. Oder ist es etwa nicht Verantwortungslosigkeit, wenn auf der einen Seite Millionen und aber Millionen Hunger leiden und nichts anzuziehen haben und man auf der anderen Seite Getreide, Kaffee und Baumwolle ins Meer versenkt, damit nicht die Preise fallen? Der Sozialismus aber bedeutet sowohl die größte Wirtschaftlichkeit in der Ausnutzung der Produktion als auch die höchste Verantwortung je-

17 Wilhelm Groener war von 1928 bis 1932 Reichswehrminister.

18 Siehe Karl Marx: Das Kapital. Kritik der Politischen Ökonomie. Dritter Bd., Buch III. Hrsg. von Friedrich Engels. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 25, S. 99.

des einzelnen im Interesse der ganzen Nation, im Interesse des sozialistischen Aufbaues!

Der Siegeszug des Sozialismus in der Sowjetunion ist unser stärkstes Argument. Wo gibt es eine andere Partei, die es so beweiskräftig den Massen zeigen kann, daß sie imstande ist, an die Stelle der heutigen Mißwirtschaft wirklichen Aufbau im Interesse der breiten Masse zu setzen? Nur wir Kommunisten sind dazu imstande . . .

Unser Kampf für ein rotes Hamburg ist nicht von dem allgemeinen Freiheitskampf der deutschen Arbeiterklasse für ein freies, sozialistisches Deutschland getrennt. Was würde Hamburg in einem sozialistischen Sowjetdeutschland bedeuten? Man braucht sich bloß vorzustellen: Wenn der Tag gekommen ist, wo von Wladiwostok am Stillen Ozean bis Brunsbüttelkoog die Arbeiterschaft herrscht, was für eine Macht werden wir dann sein? Unbesiegbar vom Weltkapital! Und welche Rolle wird unser Hamburg in Sowjetdeutschland spielen? Diese große Hafenstadt mit ihren ausgezeichneten Einrichtungen und bedeutenden Anlagen wird eine einzigartige Stellung im Verkehr Deutschlands mit der Sowjetunion einnehmen. Heute schon, unter dem Kapitalismus, zeigt sich, welche Bedeutung der Sowjethandel für Hamburg hat. In Altona, Langenfelde und so weiter stehen Hunderte von Waggons mit Maschinen und Einrichtungen, die für die Sowjetunion bestimmt sind. Sie warten auf die Schiffe. Schon jetzt reichen die Charterungen nicht aus, um die Verladung schnell genug zu erledigen.

Aus dem Artikel vom 29. November 1931:
Schmiedet die rote Einheitsfront!
Kämpft mit uns für eure Forderungen!

Unbezwinglich ist die Arbeiterklasse, wenn sie in ihrer entscheidenden Mehrheit zum vollen Klassenbewußtsein erwacht und sich auf die ganze Höhe ihrer geschichtlichen Aufgabe als die fortgeschrittenste, als die Klasse der Zukunft erhebt. Die Kommunistische Partei, die als einzige Partei auf dieser Klassenlinie des Proletariats marschiert, dieses geschichtliche Klassenziel der Arbeiterklasse verficht und darum die einzige Partei der Arbeiterklasse ist, arbeitet zäh, unaufhaltsam und mit kaltblütiger Entschlossenheit an diesem Werk: die Mehrheit des Proletariats unter dem Banner des revolutionären Marxismus zum Kampf für die eigenen Klassenziele zu sammeln! Ohne diesen Kampf, den die Kommunistische Partei mit unbeugsamer Entschlossenheit führt, wäre die Faschisierung Deutschlands heute schon tausendmal weiter fortgeschritten, als dies jetzt der Fall ist.

Jahrelang vollzieht sich bereits in Deutschland der Vormarsch des Kommunismus. In jeder neuen Wahl, als einem gewissen Gradmesser für den Stand der Klassenkräfte, spiegelt sich das Wachstum des kommunistischen Einflusses. Und dieses Wachstum verkörpert zugleich die Kraft der Arbeiterklasse in Deutschland. Denn nur im Lager des revolutionären Klassenkampfes vermag das Proletariat seine Stärke zu entfalten und anzuwenden. Reformistische Verseuchung bedeutet Ohnmacht, bedeutet Selbstmord des Proletariats. Kommunistische Aufklärung bedeutet Entfaltung der Kampfkraft, des kühnen Elans der Arbeiterklasse.

Die Kommunistische Partei kennt kein Parteiinteresse, das neben dem Klasseninteresse des Arbeiters steht. Ihre «Parteipolitik» ist Politik der Arbeiterklasse. Darum ist die Kommunistische Partei allein imstande, sich mit dem Ruf nach der kämpfenden roten Einheitsfront an die proletarischen Massen zu wenden, ohne Hintergedanken, ohne taktische Manöver, ohne Vorbehalt und ohne Bedingungen außer der einen: daß diese Einheitsfront, die wirkliche Einheitsfront, geschmiedet wird zum Kampf für die Klasseninteressen des Proletariats, zum Kampf gegen das Kapital, gegen die Bourgeoisie, gegen den Klassenfeind!

Wir rufen die sozialdemokratischen Arbeiter auf, Schulter an Schulter mit uns zu kämpfen. Wir machen ihnen diesen Einheitsfrontvorschlag in ehrlicher und brüderlicher Absicht. Wir reichen ihnen aufrichtig und kameradschaftlich unsere Hand. Wir stehen ihnen zur Seite in ihren täglichen Nöten und Kämpfen. Wir vergessen niemals einen Augenblick, daß sie unsere Klassenbrüder sind, die genauso leiden und ausgebeutet sind wie alle Arbeiter in Deutschland. Deswegen schmieden wir mit ihnen gemeinsam die rote Einheit.

Wir fordern nicht von ihnen, daß sie sich von heute auf morgen plötzlich in Kommunisten verwandeln, unser Programm, unser Endziel anerkennen und das sozialdemokratische Mitgliedsbuch mit unserem vertauschen sollen. Wir fordern nur eines von ihnen: daß sie mit uns gegen den Klassenfeind kämpfen!

Wer bereit ist, mit uns Kommunisten und der RGO gegen den Lohnraub der Unternehmer zu streiken, der ist, gleich ob Organisierter oder Unorganisierter, unser Bundesgenosse, unser Kampfgefährte!

Wer bereit ist, mit uns gemeinsam den Kampf gegen die Notverordnungs- und Diktaturpolitik der Bourgeoisie, der Brüning-Braun-Severing-Regierungen, aufzunehmen, mit dem wollen wir Schulter an Schulter zusammenstehen!

Wer bereit ist, mit uns gemeinsam den Selbstschutz der Arbeiterklasse und der Werktätigen gegen faschistischen Terror durchzuführen, mit dem wollen wir zusammengehen!

Wer im Kampf gegen Wuchersteuern, im Mieterstreik, im Kampf gegen Exmissionen und Zwangsversteigerungen in Stadt und Land seinen Mann stehen will, dem gilt unser Appell!

Wer mit uns den Massenkampf der Erwerbslosen, ihre Massenaktionen für Arbeit, Brot, für Winterhilfe, zur Durchsetzung ihrer Forderungen und [der] aller Notleidenden gegen den Unterstützungsraub der Bourgeoisie organisieren will, der ist uns willkommen!

Unsere Kampfforderungen, die nichts anderes sind als die proletarischen Forderungen der Arbeiterklasse selber, sind der beste Beweis dafür, daß der Ruf nach der roten Einheitsfront für die KPD keine «Parteisache» ist, sondern Politik der Klasse, Politik des Proletariats! Denn wir waren, wir sind und werden es immer sein, was Karl Marx und Friedrich Engels im «Kommunistischen Manifest» aufzeigten: die Avantgarde des Proletariats, die kein anderes Ziel kennt als das Klassenziel des Proletariats und die diesem Klassenziel alle Teilinteressen und Sonderinteressen unterordnet.

Unsere ganze Kraft gilt dem einen Ziel, die rote Einheitsfront des Kampfes gegen Not und Reaktion zu schmieden, die Massen zu sammeln und vorwärts zu führen: Gegen Brüning, Braun, Severing! Gegen Hitler und Hugenberg! Gegen Lohnräuber, Streikbrecher und faschistische Arbeitermörder! Gegen die Diktatur der Bourgeoisie! Für den Klassenkampf des Proletariats! Für den Sieg des Sozialismus!

Wir werden den Faschismus niederringen. Die Arbeiterklasse wird und muß siegen!

Bauernhilfsprogramm der KPD

Plakat der KPD, 1932

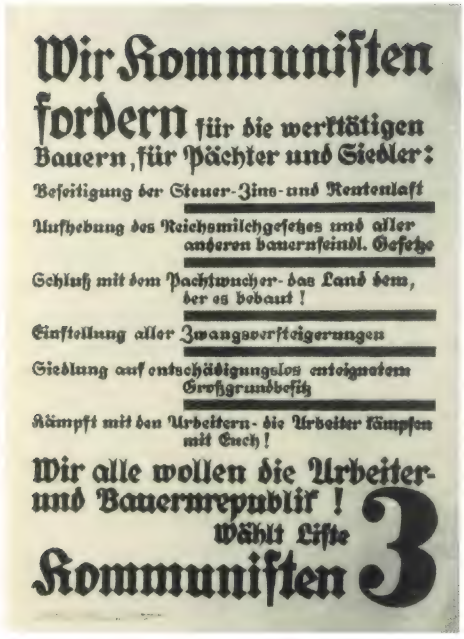
Umschlagseite des Protokolls des Kampf- und Einheitskongresses werktätiger Bauern Nordwestdeutschlands in Kirchweye am 18. Oktober 1931. Die Delegierten sandten Ernst Thälmann ein Grußschreiben

Umschlagseite einer Broschüre mit dem Bauernhilfsprogramm der KPD, Mai 1931

Kundgebung der KPD in Oldenburg am 22. Mai 1932

Ein Acker ist gepfändet

Mitglieder des KJVD fahren zur Landagitation



Für Ernteschutz-gegen
Zwangsversteigerung

Gepfändet und Eigen-
tum der Gemeinde
Butt städt
1.8.31.

Arbeitsbeschaffungsplan der KPD

Kundgebung der KPD im Berliner Sportpalast am 11. Juni 1931, auf der Ernst Thälmann sprach

Das Berliner Arbeitsamt Südost, in dem auch eine Polizeiwache untergebracht war

Polizeieinsatz gegen demonstrierende Erwerbslose in Berlin

14. Jahrg. / Nr. 111 / Preis für Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf. Berlin, Freitag, 29. Mai 1931

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion und Verlag: Berlin C 25, Kleine Alexanderstraße 28. Tel.: F 1 Berolina 5181. Geschäftszeit des Verlages von ½8 Uhr bis ½17 Uhr. Juristische Sprechstunde: Dienstag und Freitag von 18 bis 19 Uhr.

Erscheint täglich außer Montags

Tel.-Adresse: Rotfahne Berlin. Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank Berlin, Depositenkasse Berlin-Alliance-Pl. Vereinigte Zeitungsverlage, G.m.b.H. Postscheckkonto Berlin NW 278 70

Bezugspreis pro Woche 70 Pf., monatlich 3.— Mark einschließlich Zöroboten in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. — Bezugsbedingungen siehe Postzeitungsliste. Vierteljährlich 8.60 Mark; Streifband im Inland sowie nach Oesterreich, Litauen, Luxemburg, Danzig, Memel- und Saargebiet 4.30 Mark, übrige Länder 4.60 Mark.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Millimeterzeile 35 Pf. Arbeiter-, organisations- und Familienanzeigen: Millimeterzeile 20 Pf. Kleine Anzeigen: Textwort 20 Pf., Bemerkungswort 10 Pf. Arbeitsmarkt: Wort 5 Pf.

Anzeigenabteilung: Kleine Alexanderstr. 28. Tel.: (F 1) Berolina 1818.

Arbeitsbeschaffungsplan der KPD.

Gegen das Raubprogramm und die Katastrophenpolitik des Finanzkapitals — Arbeit und Brot für Millionen!

Was tut not? Die KPD. zeigt euch den Weg!

Vierteinviertel Millionen Arbeiter in Stadt und Land leiden unter der Geißel der Erwerbslosigkeit, dem sichtbarsten Zeichen der kapitalistischen Krise. Alle Versprechungen der regierenden Minister auf Arbeitsbeschaffung sind nicht in Erfüllung gegangen. Der Herbst und Winter werden ein gewaltiges, neues Anschwellen der Erwerbslosigkeit bringen. Schon heute sprechen selbst kapitalistische Zeitungen von 6 bis 7 Millionen Erwerbslosen im kommenden Winter. Dazu tritt die steigende Kurzarbeit, die die Löhne teilweise auf die Hungerunterstützung der Erwerbslosen herabdrückt und bereits drei Millionen Arbeiter betrifft.

Die herrschenden Finanzkapitalisten und ihre politischen Vertrauensleute von der Sozialdemokratie bis zu den Nationalsozialisten haben ihre völlige Unfähigkeit bewiesen, die katastrophale Entwicklung der Erwerbslosigkeit zu verhindern. Das kapitalistische System trägt die Schuld an diesem millionenfachen Elend der Erwerbslosen und Kurzarbeiter. Die Brüningdiktatur mit ihrem Sparprogramm aber ist drauf und dran, durch eine neue Notverordnung die Ärmsten der Armen noch tiefer in die unerträgliche Not zu stoßen.

Gegen die Katastrophenpolitik der herrschenden Klasse, gegen das Raubprogramm des Trust- und Finanzkapitals, gegen die Hungeraktion aller Volksfeinde steht die Kommunistische Partei Deutschlands ihren Arbeitsbeschaffungsplan, der den Millionen Erwerbslosen Arbeit und Brot geben kann.

Die Kommunistische Partei Deutschlands fordert folgende Maßnahmen und ruft die Massen des werktätigen Volkes in Stadt und Land zum Kampf für diese Forderungen auf:

1. Ausnutzung der vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten

1. Herabsetzung der Maximalarbeitszeit auf sieben Stunden täglich bzw. 40 Stunden pro Woche bei der Zahlung des vollen Lohnausgleichs. Für Bergarbeiter und Arbeiter in gesundheitsschädlichen Betrieben sowie für Jugendliche die Einführung des sechsstündigen Arbeitstages. Jede Leistung von Ueberstunden ist verboten.

Trotz Massenerwerbslosigkeit arbeiten Millionen Arbeiter und Angestellte zur Zeit über 45 Stunden pro Woche. Eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 7 bzw. 6 Stunden schafft freie Arbeitsplätze für viele Hunderttausende.

Von den 27 Millionen Personen, die im Produktionsprozeß tätig sind, und das Alter von 50 Jahren bereits überschritten haben, würde sich bei Erhöhung der Altersrente die große Mehrheit einverstanden erklären, ihre Arbeitsplätze den Arbeitslosen zur Verfügung zu stellen.

Anspruch auf Altersrente haben auch Kleinbauern und Kleinhandwerker, soweit der Besitz des Kleinbauern eine Ackernahrung nicht übersteigt und das jährliche Durchschnittseinkommen des Kleinhandwerkers dem jährlichen Durchschnittseinkommen eines qualifizierten Arbeiters der betreffenden Wirtschaftsgebiete entspricht.

2. Sofortige Inangriffnahme der höher immer wieder aufgeschobenen Erneuerungsarbeiten bei der Reichsbahn und den sonstigen öffentlichen Verkehrseinrichtungen. Durchführung der Elektrifizierung der Reichsbahn in den wichtigsten Industriebezirken, sofortige Inangriffnahme des Baues der Schnellbahn Köln—Dortmund.

Die Betriebssicherheit der Reichsbahn ist durch die Vernachlässigung der 70000 Kilometer erneuerungsbedürftigen Oberbaus außerordentlich gefährdet. Eine große Anzahl der Eisenbahnbrücken, Tunnels und ähnlicher Bauten sind aus gleichen Gründen dringend reparaturbedürftig. Außerordentliche Mißstände zeigen sich in den Reparaturarbeiten an Fahrzeugen und sonstigem rollenden Material. Trotzdem hat die Hauptverwaltung der Reichseisenbahn eine große Anzahl von Werkstätten geschlossen und Arbeiter zur Entlassung gebracht.

Die Durchführung der Elektrifizierung der Reichsbahn auf den wichtigsten Strecken, insbesondere in Rheinland-Westfalen, Mitteldeutschland, Sachsen und Ober-

zugt durch Wohnungen, die den Anforderungen der Hygiene entsprechen, ersetzt werden.

Ebenfalls ist die systematische Sanierung der Elendsquartiere in den Kommunen durch Beseitigung der Altstädte, der alten Häuser und Straßen zu betreiben. Eine Neuaufschließung dieser Stadtteile durch Neubauten eigenwandfreier

Heute Abend spricht der 581. „Hochverräter" Hermann Remmele

in der Kampfkundgebung der Roten Hilfe gegen das Leipziger Terrorurteil. Heute, Freitag, den 29. Mai, 19.30 Uhr, im Saalbau Friedrichshain!

Arbeiterwohnungen, Straßen, Kanalisierung, Grünflächen ist sofort in Angriff zu nehmen.

KÄMPFT in roter EINHEITSFRONT für ARBEITSBESCHAFFUNGSPLAN der K.P.D. der R.F.B. LEBT.

R. Zechlin
R. Zechlin
UFA-THEATER
ALEXANDERPLATZ

Gegen Elend und Not

Ansturm auf die Berliner Sparkasse am 13. Juli 1931, dem Tag des Zusammenbruchs der Darmstädter und Nationalbank

Gepfändete Werkbänke

Brasilianischer Kaffee wird ins Meer geschaufelt

Lokal von Wahlhelfern der KPD in Hamburg, 1931

Trotz Elend u. Not
Bewilligt mit den Stimmen der S.P.D.
Marschiert unter dem Banner Lenins
Für Freiheit, Arbeit, Brot
Kämpft nur die K.P.D.
Deutschland Elend und Not
Russland Arbeit und Brot
Stimmt für ein Sowjet Deutschland
Peter Schmidt
Dem Freund, die Hand. Dem Feind, die Faust.
Werbe Lokal der Roten Wahl helfen
Denkt an Ernst Henning! Wählt Kommunisten.
Hamburg bleibt rot trotz verbot
Gegen § 48 nur die K.P.D.

In Hamburg 1931

Ernst Thälmann spricht auf einer Kundgebung in Hamburg, 1931

Plakat der KPD zur Wahl der Hamburger Bürgerschaft am 27. September 1931. Max Keilson

DIE K.P.D. GIBT DAS SIGNAL
ROTES HAMBURG – FREIES DEUTSCHLAND
WÄHLT KOMMUNISTEN
LISTE 2

Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler! Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!

Aus der Rede in Berlin am 10. März 1932

Nach außen täuscht man einen gegenseitigen Kampf vor. In Wirklichkeit wirft man sich im Lager der Bourgeoisie die Bälle zu, um den wirklichen Kampf gegen den einzigen wirklichen Feind zu führen, gegen das revolutionäre Proletariat und seine Partei, die Partei der Kommunisten.

Legt doch den drei Kandidaten der Bourgeoisie /19/ die entscheidenden Fragen vor und betrachtet ihre Antwort, wie sie sie durch die Praxis längst gegeben haben: Wie stehen die drei Kandidaten der Bourgeoisie zum kapitalistischen System? Wie stehen sie zum Problem des Faschismus? Wie stehen sie alle drei miteinander zum imperialistischen Krieg?

Ist es nicht selbstverständlich, daß sie alle drei auf diese Hauptfragen die gleiche Antwort geben? Niemand kann es bezweifeln.

Sie wollen den Kapitalismus erhalten. Die Parteien, die hinter ihnen stehen, beten zum Heiligtum der Geldschränke und zum kapitalistischen Profitsystem. Sie wollen, daß weiterhin die Unternehmer die Arbeiter ausbeuten und sich die fetten Dividenden einstecken können. Die drei Kandidaten sind Retter des Kapitalismus, einer wie der andere!

Alle drei Kandidaten verfechten den Standpunkt der faschistischen Reaktion. Der eine hat alle Notverordnungen unterzeichnet, mit denen die Diktatur der Bourgeoisie immer schrankenloser ihr faschistisches Gesicht enthüllt. Der andere – ich denke an Hitler – kennt nur ein Ziel: Galgen und Terror gegen die Arbeiterschaft. Ja, noch mehr, Hitler hat mehr als einmal verkündet, daß die Notverordnungen Hindenburgs und Brünings eigentlich seine Politik und sein Programm wären. Sie sind also Preisfechter des Faschismus!

Und wie steht es mit der dritten Frage, der Frage des Krieges? Gibt es hier einen Unterschied? Ist Hindenburg, dem der Weltkrieg nach seinen eigenen Worten wie eine Badekur bekommen ist, was wir proletarischen Kriegsteilnehmer von uns nicht behaupten können, plötzlich ein Kriegsgegner? Wenn die Sozialdemokratie das behaupten würde, würde niemand an ein solches Ammenmärchen glauben. Ob Hitler, ob Duesterberg oder Hindenburg – sie alle bejahen den imperialistischen Krieg.

Heute, wo die Kriegsfackel der Imperialisten gegen die Sowjetunion durch den räuberischen japanischen Imperialismus schon angezündet ist, wo die Stunde des Interventionskrieges schon so nahe herangerückt ist wie nie zuvor – heute sagen wir Kommunisten mit aller Deutlichkeit: Die Tatsache, daß die deutsche Bourgeoisie und [die] Sozialdemokratie nur Generale oder Oberste neben einem solchen notorischen Kriegshetzer wie Adolf Hitler als Kandidaten aufstellen, ist ein Beweis mehr neben vielen anderen für die imperialistischen Pläne, für die Kriegslüsternheit, für die Kriegsentschlossenheit des kapitalistischen Deutschlands und seiner herrschenden Klasse.

Und um so mehr ist unsere rote Klassenkandidatur bei den Präsidentschaftswahlen heute und im zweiten Wahlgang nicht nur eine Kampfansage gegen den Kapitalismus in Deutschland, sondern darüber hinaus eine Kriegserklärung gegen die imperialistischen Kriegshetzer, die die Sowjetunion bedrohen.

Ludwig Einicke
Erinnerung

Kaum ein Jahr war vergangen, da ging durch die Presse die Meldung, daß Ernst Thälmann, der rote Arbeiterkandidat für die Reichspräsidentenwahlen, in Halle sprechen werde. Den Genossen der Ortsgruppe und des Unterbezirks hatte ich oft von meinem persönlichen Zusammentreffen mit Ernst Thälmann erzählt. Alle brannten darauf, ihn ebenfalls zu sehen und zu hören. Die Begeisterung war daher groß, als der Vorschlag gemacht wurde, an der Wahlkundgebung mit Ernst Thälmann in Halle teilzunehmen. Da die meisten Genossen arbeitslos waren, kam aus finanziellen Gründen eine Fahrt mit dem Zug nach Halle nicht in Frage. Die Fahrten mit Lastkraftwagen waren von den rechten sozialdemokratischen Staatsfunktionären ausdrücklich verboten worden. So blieb uns nur noch das Fahrrad. Obwohl wir bereits in den frühen Morgenstunden des 7. April 1932 losfuhren, trafen wir doch erst am späten Nachmittag in Halle ein. Das hatte verschiedene Gründe. Unser Unterbezirk lag von Halle ziemlich weit entfernt, und unsere alten Fahrräder waren nicht gerade Rennmaschinen. Deshalb gab es unterwegs oft Pannen. Dazu kam ein heftiger Gegenwind, der von starken Regenschauern begleitet war. Völlig durchnäßt und ziemlich müde erreichten wir die Umgebung von Halle. Da gab es neue Hindernisse. Schon bald hinter Eisleben hatte die Polizei die Landstraßen gesperrt, und wir mußten auf Umwegen «über die Dörfer» die Fahrt fortsetzen.

Bei unserem Eintreffen in Halle war die für damalige Verhältnisse machtvolle Demonstration bereits im Gange. Gleich uns hatten viele Genossen aus dem Bezirk Halle-Merseburg den Kurs auf Halle genommen. Mit der Bahn, mit Fahrrädern und zu Fuß waren Betriebsdelegationen aus den großen Chemiebetrieben der damaligen IG Farben, aus dem Mansfelder Gebiet, aus den Braunkohlengruben und anderen Betrieben, Orten und Dörfern, aus den entlegensten Gebieten nach Halle gekommen, um an der Kundgebung mit Ernst Thälmann teilzunehmen. Weder der weite Weg noch das schlechte Aprilwetter, noch die Verhaftungen, Sperrketten und andere Schikanen der Polizei hatten vermocht, den Willen zur Teilnahme an der Kampfveranstaltung zu brechen.

Mit den Halleschen Arbeitern versammelten sich die Werktätigen aus dem Bezirk auf dem Thielenplatz. Mit Fahnen und Transparenten setzten sich dann die Kolonnen in Marsch. Immer wieder erschallten Rot-Front-Rufe und Hochrufe auf den gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse, auf die antifaschistische Einheitsfront und auf Genossen Thälmann. Rund zehntausend Frauen, Männer und Jugendliche demonstrierten, etwa zehntausend standen in den Durchmarschstraßen Spalier. In den Arbeitervierteln wurden die mit vorbildlicher Disziplin marschierenden Demonstranten freudig begrüßt. Viele der Teilnehmer waren, wie auch unsere Delegation, schon den ganzen Tag unterwegs. Nun aber war alle Müdigkeit verflogen und sogar der Hunger vergessen. Wir marschierten zur Kundgebung mit Ernst Thälmann! Halle erlebte die größte Kundgebung seit dem Jahre 1927. Über 20000 Arbeiter und andere Werktätige waren auf dem

19 Paul von Hindenburg, Theodor Duesterberg, Adolf Hitler.

Hallmarkt erschienen, um den Kampfappell Ernst Thälmanns zu vernehmen. Sie wollten aus dem Munde dieses großen deutschen revolutionären Arbeiterführers hören, wie der Kampf gegen den Imperialismus und Faschismus, gegen den drohenden Krieg geführt werden muß. Als Genosse Thälmann ans Rednerpult trat, wurde er mit lang anhaltenden Rot-Front-Rufen begrüßt. Seine Rede wurde oft von Zustimmungskundgebungen unterbrochen.

Carl von Ossietzky

Du mußt es dreimal sagen: der Generalfeldmarschall von Hindenburg ist kein tragbarer Kandidat für die Linke . . .

Immer wieder werde ich in Zuschriften von Lesern gefragt, wer denn am 13. März zu wählen sei. Bleibt denn nichts andres übrig, so heißt es immer wieder, als diese fatale, diese entmutigende Politik des «kleineren Übels»?

Ich bin kein Ratgeber auf dem Kandidatenmarkt, und wer einer Partei angehört, wird im Endkampf zwischen Disziplin und besserer Überzeugung durchweg der Disziplin den Vorrang geben. Gern hätte ich als parteiloser Mann der Linken für einen akzeptablen Sozialdemokraten wie Paul Loebe oder Otto Braun gestimmt. Da kein sozialdemokratischer Kandidat vorhanden ist, muß ich schon für den kommunistischen stimmen. Wahrscheinlich werden viele, die ähnlich denken, ebenso handeln.

Man muß festhalten: Die Stimme für Thälmann bedeutet kein Vertrauensvotum für die Kommunistische Partei und kein Höchstmaß von Erwartungen. Linkspolitik heißt die Kraft dort einsetzen, wo ein Mann der Linken im Kampfe steht. Thälmann ist der einzige, alles andere ist mehr oder weniger nuancierte Reaktion. Das erleichtert die Wahl.

Aus der Rede in Berlin am 13. April 1932

Die Verteidigung der Sowjetunion ist eine Pflicht der internationalen Solidarität auf Grund der klassenmäßigen Verbundenheit der Proletarier aller Länder! Die Verteidigung der Sowjetunion ist damit zugleich ein Akt der unmittelbaren Selbstverteidigung des deutschen Proletariats wie des Proletariats aller Länder!

Die Sowjetunion ist das Bollwerk des internationalen Proletariats. Ihre bloße Existenz ist der wichtigste Rückhalt, den das Proletariat in allen kapitalistischen Ländern gegenüber den Ausbeutern und der faschistischen Reaktion besitzt. Die Sowjetunion ist der Hort für die Politik des Friedens. Sie allein kämpft für eine wirkliche Abrüstung, die nur erreicht werden wird mit der Überwindung des kapitalistischen Systems.

Wenn wir die heutige Lage der Sowjetunion betrachten und uns zurückerinnern an das, was die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie vor 14 Jahren über die Sowjetunion schrieben, so wird uns völlig klar, mit welch frechen und betrügerischen Methoden die Kapitalisten und ihre Lakaien nach dem Kriege die Massen vom Wege zum Sozialismus abzuhalten versucht haben.

Damals erklärte man mit allen Mitteln der wüstesten Greuelpropaganda, daß der Bolschewismus Chaos bringe.

Und heute? Wer könnte heute eine so wahnsinnige und verlogene Behauptung noch aufstellen? Heute zeigt sich ja, daß das Chaos nicht vom Bolschewismus, sondern umgekehrt durch das kapitalistische System produziert wurde. Heute zeigen sich in allen kapitalistischen Ländern Anarchie und chaotische Zustände, Fäulnis der Wirtschaft, Stillegung und Zerschlagung der Produktion, Millionen von Erwerbslosen und Millionen Kurzarbeiter.

In dem einzigen Lande aber, wo der Bolschewismus am Ruder ist, wo wir Kommunisten regieren, in der Sowjetunion, dem Lande der proletarischen Diktatur – dort gibt es kein Chaos, keine Anarchie, keine Krise, sondern den grandiosen sozialistischen Aufbau mit seinen Triumphen in Stadt und Land, mit seinen gigantischen Industriewerken, die die Höchstleistungen der kapitalistischen Technik in den Schatten stellen, mit seinen gewaltigen Getreidefabriken, die den Triumph des Sozialismus in der Landwirtschaft erhärten.

Dort gibt es, trotzdem noch Schwierigkeiten zu überwinden sind, keine Erwerbslosen, keinen Lohnraub, kein Kinderelend, keinen Zerfall und Rückgang, sondern unablässigen Vormarsch und Aufstieg! . . .

Unser Programm in diesem Wahlkampf ist klar und unzweideutig: Wenn wir ans Ruder kommen, gestützt auf den Willen der Millionen Proletarier in Stadt und Land, dann sind wir entschlossen, die Macht nie wieder aus unseren Händen zu geben! Dann sind wir entschlossen, dieses Land . . . umzuwandeln in ein Land der sozialistischen Arbeit und des sozialistischen Aufstiegs . . .

Arbeit und Brot für die Millionen Erwerbslosen – das ist die erste und dringlichste Aufgabe, die die kommende Räteregierung eines sozialistischen Deutschlands lösen wird!

Eine zweite Frage ist die Wohnungsfrage. Wir werden aus den Villen und Palästen der Bourgeoisie die heutigen Inhaber, die kapitalistischen Schmarotzer, verjagen und arbeitende Menschen einquartieren. Für die Generaldirektoren, für die Krupp, Thyssen, Klöckner, Bosch und Duisberg, für den Exkronprinzen ist Platz genug in den Obdachlosenasylen!

Wenn wir Kommunisten die Macht übernehmen, dann werden wir gemeinsam mit den heute noch sozialdemokratischen Arbeitern und gemeinsam mit zahllosen Werktätigen, die heute noch auf die soziale und nationale Demagogie des Hitlerfaschismus hereinfallen und denen wir die Augen öffnen müssen, den Faschismus in Deutschland mit Stumpf und Stiel ausrotten. Die faschistische Mordpest werden wir ausbrennen wie eine Eiterbeule!

Die Waffen werden sich in den Händen des Proletariats befinden. Keine Reichswehr, sondern eine Rote Armee, keine Schupo, sondern eine Arbeitermiliz – das wird die bewaffnete Macht sein, die der Aufrechterhaltung und Sicherung der proletarischen Diktatur und ihrer revolutionären Errungenschaften und die damit wirklich den Millionenmassen des arbeitenden Volkes in Stadt und Land dient!

Was wir in unserem Freiheitsprogramm vom August 1930 ausgesprochen und in der Deklaration unseres Zentralkomitees wiederholt haben, das werden wir in die Tat umsetzen: Das freie sozialistische Rätedeutschland wird das Versailler System der Knechtschaft und Tributsklaverei für null und nichtig erklären!

Das alles ist unser Ziel. Dafür kämpfen wir, und wir wissen sehr gut und sagen es den Massen sehr deutlich, daß dieses Ziel nicht mit dem Stimmzettel und parlamentarischen Wahlen erreicht werden kann. Für uns gilt das große Wort von Karl Marx: Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein!

Aus der Rede in Berlin am 1. Mai 1932

Heute stehen vier Hauptfragen vor der Arbeiterklasse. Erstens: Wie kämpfen wir gegen den imperialistischen Krieg? Zweitens: Wie schlagen wir den blutigen Faschismus? Drittens: Wie wehren wir die Hungerpeitsche des Kapitals ab und erkämpfen menschenwürdige Lebensbedingungen? Viertens: Wie erringen wir den revolutionären Ausweg aus der Krise in Deutschland? . . .

Wir rufen von dieser Stelle – bei diesem Tempo der faschistischen Entwicklung – den Millionen Unterdrückten in Deutschland, den sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen und unorganisierten Arbeitern zu: Bildet mit uns gemeinsam die kämpfende aktive Einheitsfront aller Ausgebeuteten gegen die Politik der Bourgeoisie!

Wir sagen allen Arbeitern: Die Stunde ist gekommen, wo ihr dem Faschismus eine einheitliche, kämpfende Front entgegenstellen müßt, um ihm das verbrecherische Handwerk zu legen. Unser Appell ist gleichzeitig ein Appell zum gemeinsamen Kampf für die Tagesforderungen der Arbeiterklasse. Die großzügigste Bereitschaft der Kommunistischen Partei, mit allen Arbeitern, gleich welcher Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit, gemeinsam um ihre gemeinsamen Interessen zu kämpfen, steht fest.

In diesen aktiven Tageskämpfen wird es uns auch gelingen, die Arbeiter, die heute noch bei einer anderen politischen Partei stehen, von unseren Zielen zu überzeugen und für uns zu gewinnen. Wenn wir von diesem Gesichtspunkt aus an die Arbeit gehen, wird es den sozialdemokratischen Führern nicht mehr länger gelingen, ihren Anhängern vorzulügen, die Kommunisten meinten es nicht ehrlich mit der kämpfenden roten Einheitsfront. Die Kämpfe der nächsten Wochen und Monate werden diesen Schwindel widerlegen.

Revolutionärer Massenkampf in roter Einheitsfront ist unsere Losung, die im Vordergrund steht, die in alle Arbeiterviertel, in alle Betriebe und Stempelstellen getragen werden muß. Nicht mit leeren Versprechungen und hohlen Phrasen ist dem Proletariat gedient, sondern nur durch den Massenkampf! Die proletarische Jugend muß neben ihren erwachsenen Kollegen in diesem Kampf unter Führung der Kommunistischen Partei und des Kommunistischen Jugendverbandes in vorderster Reihe stehen.

Dem erhöhten Terror der Bourgeoisie setzen wir unsere erhöhte Kampfbereitschaft entgegen, mit der wir neue Wege des Klassenkampfes beschreiten werden. Auf diesem Wege gilt es weiterzumarschieren und die Einheitsfront zu schmieden. Auf diesem Wege sammeln wir die Mehrheit der Arbeiterklasse. Auf diesem Wege werden wir vorwärts schreiten zu neuen Siegen.

Ernst Thälmann während der Wahlkundgebung im Berliner Sportpalast am 10. März 1932

Wir stimmen für Thälmann

Die Göltzschtalbrücke im Vogtland, März 1932

Stimmen für die Kandidatur Ernst Thälmanns zur Reichspräsidentenwahl, veröffentlicht in der «AIZ», Nr. 9/1932

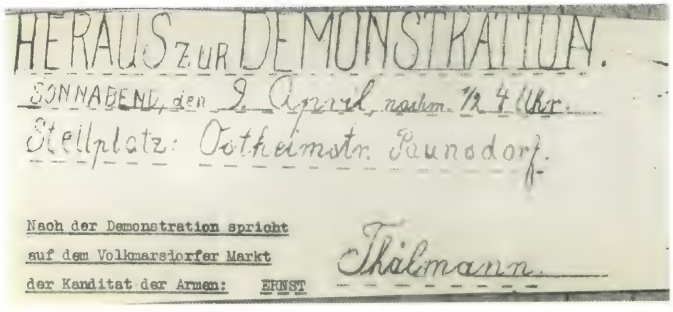
Der Kohlen-Kleinhändler: „Wir haben von der Hindenburgfront nichts zu erwarten als neue Lasten zu den alten, die uns zu Boden drücken. Wir stimmen für Thälmann, weil wir Seite an Seite mit der Arbeiterschaft kämpfen müssen, damit es anders wird!"

Der Kriegsinvalide: „Mir ist der Krieg nicht wie eine Badekur bekommen! Deswegen kann ich auch den Vertretern dieser Anschauung nie und nimmer meine Stimme geben"

68 jähr. Näherin; „Damals sollten wir Kriegsanleihe zeichnen, heute sollen wir uns ins Eiserne Buch einzeichnen. Gar kein Unterschied, sage ich. Hindenburg ist und bleibt ein General, Eiserne Front ist und bleibt Blech. Ich bin und bleibe für Thälmann, denn das ist kein General, sondern ein Arbeiter wie wir!"

Ernst Thälmann auf dem Volkmarsdorfer Markt in Leipzig am 9. April 1932

Fritz Heckert vor einem Wahllokal in Berlin am 10. April 1932



HERAUS ZUR DEMONSTRATION.

SONNABEND, den 9. April, nachm. ½ 4 Uhr.

Stellplatz: Ostheimstr. Raunodorf.

Nach der Demonstration spricht auf dem Volkmarsdorfer Markt der Kanditat der Armen: ERNST Thälmann.

Schlagt Hunger und Krieg!

Ernst Thälmann im Berliner Lustgarten am 1. Mai 1932

Preis 5 Pf. Nr. 5 — April 1932

Der rote Kampfruf

Herausgegeben vom Reichswahlausschuß für den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann

Schlagt Hunger und Krieg

Wählt Thälmann! Eure Stimme gehört der KPD.!

Der japanische Imperialismus hat die Kriegsfackel angezündet. Neuer imperialistischer Weltkrieg droht. Schon haben die japanischen Militärs die Hälfte ihrer Soldaten, ihre Kanonen, Maschinengewehre, Tanks, Bombengeschwader und Giftgase in der Mandschurei konzentriert zum Generalangriff auf die Sowjetunion. Der Kriegsfunke, entfacht in Ostasien, wird zu einem Weltbrand werden, wenn die internationale Arbeiterklasse nicht schon jetzt ihre entscheidende Kraft zur Verhinderung des imperialistischen Krieges in die Waagschale wirft. Die Imperialisten Europas und Amerikas hoffen auf den neuen Weltkrieg, bereiten ihn vor durch ihre Politik des Krieges und der Aufrüstung. Aber diplomatische Intrigen und gesteigerte Aufrüstung genügten nicht allein zur Kriegsführung. Man braucht die werktätigen Massen, vor allen Dingen die Arbeiterklasse. Unter diesem Gesichtspunkt haben die Reichspräsidentenwahlen in Deutschland eine erhöhte Bedeutung. Die deutsche imperialistische Bourgeoisie nominiert als ihren Kandidaten den Generalfeldmarschall des Krieges, Hindenburg, mit dem entscheidenden Zweck, für diesen Hindenburg genau wie in den blutigen Weltkriegsjahren 1914 bis 1918 die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter einzufangen. Allerdings ist 1932 nicht 1914. Die sozialdemokratischen Arbeiter wollen keinen Krieg. Das weiß die deutsche Bourgeoisie. Und darum wendet man alle Manöver an, die nur irgendwie erfindbar sind, um die Arbeiterklasse ideologisch auf den Krieg vorzubereiten, um sie in die Hindenburgfront, d. h. die Front der offiziellen deutschen Aufrüstung und Kriegspolitik, zu bekommen. Der schändlichste Trick, dessen sich die deutsche Bourgeoisie mit Hilfe der SPD.-Führer bedient, das ist das Märchen vom Hindenburg, dem „kleineren Uebel" gegenüber Hitler.

Gerade in der Durchführung der Kriegspolitik in Deutschland durch gesteigerte Aufrüstung, durch Einbeziehung der nationalsozialistischen Landsknechtstruppen in die Reichswehr, durch die Unterstützung und Subventionierung der Kriegsindustrie, durch die Anbiederung an die französische Ostpolitik zeigt sich, daß Hindenburg geradezu das Symbol des Krieges auch im Jahre 1932 ist.

Die Arbeiterklasse und alle werktätigen Massen müssen erkennen, daß Hindenburg und Hitler gleichermaßen die Verkörperung des imperialistischen Krieges sind. Jetzt gilt die Losung Karl Liebknechts: **„Wer den Krieg schlagen will, muß die Bourgeoisie im eigenen Lande schlagen."** Darum jede Stimme gegen Hindenburg und Hitler, jede Stimme für den Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann ist eine Stimme gegen den imperialistischen Krieg.

In den letzten Wochen wurde wiederum tausendfach bestätigt, was wir Kommunisten sagten: **Wer Hindenburg wählt, hilft Hitler.** Der Faschist Hugenberg hat offen zu erkennen gegeben, daß die Wiederwahl Hindenburgs ein Gewinn für den deutschen Faschismus ist. Darum hat er seinen Kandidaten, den Vorsitzenden des Stahlhelms, für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl zurückgezogen. Und Adolf Hitler, der Kandidat der braunen Söldnerarmee des Industrie- und Finanzkapitals, kandidiert noch einmal im Auftrage seiner Geldgeber mit dem entscheidenden Zweck, erneut zu erreichen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter für die kapitalistische Hindenburgfront eingefangen werden. Ganz offen erklärte Hitler in einer Kundgebung in der Westfalenhalle in Dortmund: **„Es ist mein größtes Verdienst, daß es mir gelungen ist, die Sozialdemokraten zu Füßen Hindenburgs zu bringen."** In diesen Worten zeigt Hitler selbst den wichtigsten Sinn seiner Kandidatur im Interesse der deutschen Bourgeoisie.

Was wird jetzt kommen? Diese Frage brennt Millionen Werktätigen auf den Lippen. Die sozialdemokratischen Arbeiter, die am 13. März Hindenburg gewählt haben, in der trügerischen Hoffnung, dadurch den Faschismus zu schlagen, fühlen, daß mit der Wahl Hindenburgs die Durchführung einer faschistischen Hunger- und Kriegspolitik nicht beendet, sondern an einem neuen Beginn steht:

Die Brüning-Diktatur und die Braun-Severing-Regierung in Preußen nehmen die 18 Millionen Stimmen für Hindenburg zum Anlaß, ihre Politik der Ausplünderung der werktätigen Massen zu steigern.

Schon drohen die nächsten Notverordnungen, die einen weiteren Abbau der Arbeitslosenunterstützungen, weiteren Lohnabbau, neue Steuern und eine Verschlechterung in den einzelnen Versicherungszweigen bringen sollen. Die Wahl Hindenburgs, so haben die Führer der Hindenburgparteien gesagt, bringt eine Besserung der Lage, aber kennen die Kapitalisten ein anderes Rezept als Hunger und Elend, Ausbeutung und Not? SPD.- und ADGB.-Führer spielen genau so wie Hugenberg und Hitler mit dem Gedanken einer neuen Inflation. Diese Inflation will man schmackhaft machen mit lügenhaften Versprechungen über Arbeitsbeschaffung. Doch Kapitalismus schafft keine Arbeit, er vergrößert nur das Elend und den Hunger der werktätigen Volksmassen.

Wir hören schon wieder die SPD.-Führer zetern, daß die Stimmen, die für den Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann abgegeben werden, verlorene Stimmen seien. Wir aber sagen:

Jede Stimme, die für Hindenburg oder Hitler abgegeben wird, nutzt den Kapitalisten, hilft ihnen bei der Durchführung ihrer Hunger- und Kriegspolitik, dient ihnen bei ihren Täuschungsmanövern gegenüber den werktätigen Massen.

Jede Stimme für Ernst Thälmann aber ist eine Stimme gegen die Barbarei des Kapitalismus, für die sozialistische Ordnung, ist eine Stimme gegen den imperialistischen Krieg, zur Verteidigung der Sowjetunion.

Jede Stimme für Ernst Thälmann ist eine Stimme zum Kampf mit der KPD. für Arbeit, Brot und Freiheit.

Jede Stimme für Ernst Thälmann ist ein Schlag gegen die Preußenregierung, die Stütze der Brüningschen Notverordnungsdiktatur.

Jede Stimme für Ernst Thälmann ist eine Kriegserklärung an die Reichen, die im Ueberfluß praffen, während Millionen und aber Millionen hungern.

Deswegen ruft die Kommunistische Partei den werktätigen Wählern in Stadt und Land zu: Jede Stimme dem Kampfkandidaten des arbeitenden Volkes!

Jede Stimme Ernst Thälmann, dem Führer der roten Einheitsfront!

Bekennt euch zum Kampf für ein freies sozialistisches Deutschland!

Antifaschistische Aktion gegen Faschismus, Hunger und Krieg

Aus dem Referat auf der Tagung des Zentralkomitees der KPD am 24. Mai 1932

Das Wichtigste, was wir zu schaffen haben, wenn wir Kämpfe auslösen wollen, ist, die schon vorhandene Mauer, die zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern steht, zu beseitigen . . .

Andererseits müssen wir sehen, daß die Methoden der Bourgeoisie, wie sie ihre feindlichen Angriffe gegen das Proletariat durchführt, es ermöglichen, daß heute leider große Teile der Arbeiterklasse sich in den Krallen dieser volksfeindlichen führenden Personen und Parteien befinden, die wir aus diesen Krallen so schnell wie möglich herauszuziehen versuchen müssen. Und diese Taktik erfordert die größte prinzipielle Festigkeit in der Durchführung der Politik der Partei; sie erfordert die prinzipielle Reinheit jener großen, richtigen Generallinie unserer Partei, die wir viel konkreter, elastischer überall zur Durchführung bringen müssen . . .

Und die Frage steht heute, wie weit es uns gelingt, neben den Methoden, die dem ZK bekannt sind, mit einer großen, in Deutschland neuen, besonderen Aktion in Erscheinung zu treten. Wir konnten diese Frage noch nicht ausführlich behandeln, aber ich deute an, daß wir eine große antifaschistische Aktion in Deutschland durch unsere Partei und [die] RGO in die Wege zu leiten haben. Welche Formen und Möglichkeiten soll sie enthalten? Alle Genossen des ZK sollen darüber nachdenken, und wenn sie glauben, in zwei oder drei Tagen uns besonders zweckmäßige Vorschläge unterbreiten zu können, sollen sie es in Form eines Briefes tun, weil wir – neben der Frage des Aufrufes an die deutschen Arbeiter überhaupt – diese Frage einer großen antifaschistischen Aktion stellen müssen.

Aus dem Artikel vom Juni 1932: Zu unserer Strategie und Taktik im Kampf gegen den Faschismus

Welche konkreten Aufgaben ergeben sich im wesentlichen somit für unsere Partei?

1. Wir müssen den Massenkampf gegen die Papen-Regierung, gegen die faschistische Hungeroffensive der Bourgeoisie auf breitester Grundlage entfesseln und zur Entfaltung bringen, ökonomische Streiks, Erwerbslosenaktionen, Mieterstreiks, Massenkampf zur Verteidigung der Sozialversicherung, gegen Steuerwucher, gegen Zwangsversteigerungen und Exmittierungen, darüber hinaus die konkrete Vorbereitung und Auslösung von politischen Massenstreiks und schließlich des Generalstreiks in ganzen Bezirken oder selbst im Reichsmaßstabe – das ist die Linie der Kämpfe, die wir zustande bringen müssen. Durch diesen Massenkampf allein können wir die weitere faschistische Entwicklung aufhalten.

2. Wir müssen den Hitlerfaschismus zurückschlagen. Auch das kann nur auf der Linie der Führung des Massenkampfes der Arbeiterklasse und der Werktätigen geschehen.

Die breiteste Organisierung des roten Massenselbstschutzes ist von allergrößter Wichtigkeit. Es gibt keine Konzessionen an die falschen und gefährlichen Tendenzen des individuellen Terrors, die zumeist der Klassenfeind selber in die Reihen der revolutionären Arbeiterklasse provokatorisch einzuschmuggeln versucht. Es gibt erst recht nur den schärfsten Kampf gegen alle Kapitulations- und Panikstimmungen, wie sie von sozialdemokratischer Seite im Proletariat gezüchtet werden.

Im Kampf gegen die Hitlerpartei müssen wir uns darüber klar sein: Zwar kann die Entlarvung der Nationalsozialisten am leichtesten auf dem Gebiet der sozialen Fragen, der wirtschaftlichen Forderungen usw. erfolgen, aber angesichts der großen chauvinistischen Welle ist es doch unmöglich, den Hitlerfaschismus zurückzuschlagen, wenn wir ihn nicht in der nationalen Frage entlarven und unseren revolutionären Weg im Freiheitskampf gegen Versailles in den Massen klar aufrollen.

Auch dafür sind die Voraussetzungen günstiger als zuvor. Die Hitlerpartei trägt offen die Verantwortung für die Papen-Regierung, deren französische Orientierung und Blockpolitik gegen die Sowjetunion feststeht. Gegenüber der Außenpolitik dieses Kabinetts, das, wenn auch mit einigen nationalistischen Verbrämungen, eine Politik der Kapitulation vor dem französischen Imperialismus betreibt, und gegenüber seinen nationalsozialistischen Trabanten gilt es, offensiver und schärfer als je zuvor unseren Kampf gegen Versailles auf der Linie des Programms der nationalen und sozialen Befreiung (August 1930) und der Deklaration des Zentralkomitees vom Februarplenum 1932 zu entfalten.

Die Kriegspolitik der deutschen Bourgeoisie, die Verschärfung ihrer imperialistischen Aggressivität und die dadurch drohenden imperialistischen Abenteuer an der Ostgrenze sind ein Anlaß mehr für uns, gegenüber der chauvinistischen Demagogie der Hitlerpartei unsererseits das Banner des proletarischen Internationalismus in den Massen zu entrollen. Wir müssen unbedingte Klarheit darüber schaffen, daß allein das Proletariat imstande ist, alle Fragen der Befreiung der deutschen Werktätigen vom Versailler Joch einschließlich der Ostprobleme ohne imperialistischen Krieg zu lösen. Wir müssen Klarheit darüber schaffen, daß das revolutionäre Proletariat und seine Partei gegen die drohenden imperialistischen Abenteuer der deutschen Bourgeoisie, der Papen, Schleicher und Hitler, die entschlossenste revolutionäre Kampfstellung beziehen . . .

Wir schlagen den Faschismus, weil er den schärfsten Angriff auf die Arbeiterklasse darstellt. Wir kämpfen mit aller Kraft gegen die Papen, Schleicher und Hitler, weil sie die faschistische Diktatur aufrichten wollen, weil sie das Proletariat niederschlagen, blutig und terroristisch unterdrücken und verstärkt ausplündern, kurz, weil sie den bisherigen unerträglichen Zustand noch unerträglicher machen wollen. Wir werden jeden einzelnen Bruchteil aller Rechte der Arbeiterklasse, jede noch so kleine Konzession, die die Bourgeoisie früher der Arbeiterschaft einräumte, gegen die Papen, Schleicher und Hitler mit Anspannung aller Kräfte verteidigen.

Aber wir geben auch nicht eine Minute lang unsere Kraft, die Kraft der proletarischen Massen dazu her, einer Brüning-Groener-Herrschaft die «Rückkehr» zu ermöglichen . . .

Genosse Lenin sagte im Jahre 1920: «Die Fähigkeit, den konkreten Weg oder den besonderen Wendepunkt der Ereignisse, der die Massen an den wirklichen, entscheidenden, letzten, großen revolu-

tionären Kampf *heranführt*, herauszufinden, herauszufühlen, richtig zu bestimmen – das ist die Hauptaufgabe des heutigen Kommunismus in Westeuropa und Amerika.» /20/

Diese Frage nach dem richtigen Kettenglied, das wir ergreifen müssen, um die Massen zum Kampf gegen die Diktatur der Bourgeoisie und ihre Trabanten zu mobilisieren und diesen Massenkampf zu höheren Formen zu entfalten, hat die KPD durch die Einleitung der Antifaschistischen Aktion beantwortet.

Die Antifaschistische Aktion soll alle Formen des proletarischen Massenwiderstandes gegen Faschismus, Hunger und Krieg zusammenfassen und zum aktiven Massenkampf entfalten. Sie soll uns die feste Organisierung einer Millionenbewegung der kämpfenden roten Einheitsfront ermöglichen. Sie soll darüber hinaus der Partei erleichtern, die Massen zum Kampf gegen jeden kapitalistischen Weg aus der Krise zu sammeln und zum Kampf für den revolutionären Ausweg, für die proletarische Revolution vorzubereiten.

So ist die Antifaschistische Aktion das nächste Kettenglied unserer revolutionären Politik, die Form, in der wir die Einheitsfronttaktik von unten auf der Basis der Betriebe, der Stempelstellen, der Arbeiterviertel in breitester Weise anwenden. Aber es genügt nicht, dieses Kettenglied zu erkennen, sondern wir müssen auch in unserer revolutionären Praxis alle die Methoden entwickeln, die zur Verwirklichung dieser Politik notwendig sind.

Wir müssen im Rahmen der Antifaschistischen Aktion die innergewerkschaftliche Arbeit zur Schaffung einer breiten Oppositionsbewegung in den reformistischen Gewerkschaften mit größter Energie in Angriff nehmen.

Wir müssen die Arbeit der RGO als einen der wichtigsten Transmissionsriemen der revolutionären Bewegung zu den Massen, der uns die Loslösung der Arbeitermassen von den Einflüssen des Klassenfeindes und seiner Agenten erleichtert, mit dem Kurs auf die Betriebe verbessern.

Wir müssen in den Massen das Verständnis für die Bedeutung wecken, die den Teilkämpfen im Rahmen der Entfaltung des Massenkampfes bis zum politischen Massenstreik zukommt.

Wir müssen die Antifaschistische Aktion dazu ausnutzen, das Bündnis zwischen Stadt und Land im Zeichen der proletarischen Hegemonie zu festigen, was gerade im Kampf gegen die faschistische Konterrevolution von größter Bedeutung ist.

In den Dienst der Antifaschistischen Aktion stellen wir unsere gesamte Kampagne für die Reichstagswahlen. Das bedeutet zugleich, daß wir diese Kampagne voll und ganz auf der Grundlage der Konzentration unserer Kräfte auf Betriebe und Stempelstellen für die außerparlamentarische Massenmobilisierung zum Kampf ausnutzen. Je stärker das Millionenbekenntnis für den Kommunismus ausfällt, das wir durch die Anspannung aller unserer Kräfte bei den Reichstagswahlen erzielen wollen, desto kampffreudiger und entschlossener werden sich die Massen außerhalb des Parlaments bei Streiks und bei der Verteidigung ihrer revolutionären Partei zu schlagen wissen.

Darin liegt die große außerparlamentarische Bedeutung dieser Reichstagswahl, die wir jedem klassenbewußten Arbeiter, jeder Arbeiterin, jedem Jungarbeiter, die wir den Werktätigen in Stadt und Land zum Bewußtsein bringen müssen.

Aus der Antwort
auf Fragen von 20 Funktionären der SPD,
der freien Gewerkschaften und des Reichsbanners
am 8. Juli 1932

Wir Kommunisten wollen mit dieser Aussprache keine politischen Geschäfte machen. Die brennenden Probleme, die schärferen Zuspitzungen der Klassengegensätze, die Gefahr der unmittelbaren Aufrichtung der faschistischen Diktatur haben uns zu der heutigen Aussprache zusammengeführt. Unsere sozialdemokratischen Genossen sollen sich nicht scheuen, das auszusprechen, was sie denken, sie müssen sagen, wo sie der Schuh drückt, müssen auch sagen, welche etwaigen Beschwerden sie über unsere Partei haben. Nur so schaffen wir Klarheit im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind aller Arbeiter, gegen den Faschismus und Kapitalismus.

1. Frage: Wie schätzen die Kommunisten den Charakter der Papen-Regierung ein?

. . . Die Faschisierung, die seit Brüning besonders stark einsetzte, soll durch das Papen-Kabinett außerordentlich beschleunigt werden. Mit der Faschisierung wachsen auch die Klassengegensätze und wächst die Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion. Mit der Konstituierung des Papen-Kabinetts vor allem aus Vertretern des Trustkapitals, der Generalität und des Junkertums steigert sich die Ausplünderung und Ausbeutung der werktätigen Volksmassen zu einer äußersten Bedrohung ihrer Lebensexistenz. Die Papenschen Notverordnungen, der brutale Faustschlag gegen die Erwerbslosen, Rentner und Kriegsbeschädigten, ferner die Salzsteuer, Beschäftigtensteuer und so weiter haben unzweideutig den Klassencharakter dieser Regierung enthüllt . . .

3. Frage: Meint die KPD die Einheitsfront ehrlich? Wie verteidigt die KPD die Freiheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus? – Wie denkt sich die KPD die politische Linie und die Organisierung der Antifaschistischen Aktion?

Ist die Antifaschistische Aktion ein kommunistischer Parteiladen? – Können SPD-Arbeiter, Reichsbanner- und Gewerkschaftsmitglieder, die an der Antifaschistischen Aktion teilnehmen, Mitglieder der SPD bleiben? . . .

Kommen wir zum ersten Teil der Frage: Ob wir die antifaschistische Einheitsfront ehrlich meinen? Täglich mordet die braune Pest unsere Genossen, schlägt unsere besten Kämpfer nieder, unternimmt provokatorische Angriffe auf unsere Parteihäuser; in den Gefängnissen schmachten Tausende unserer Genossen, die den wehrhaften Kampf gegen das faschistische Verbrechertum führten.

Das Hitlersche Offiziers- und Prinzenpack hat erklärt, daß es die kommunistische Bewegung, das sind viele Millionen revolutionärer Männer und Frauen, ausrotten, hängen, köpfen und rädern will. Und angesichts dieser Tatsache, angesichts der drohenden Gefahr, daß aus Deutschland ein Land des Galgens und des Scheiterhaufens wird, sollten wir Kommunisten die antifaschistische, proletarische Einheitsfront nicht ehrlich meinen?

Die Frage der Ehrlichkeit ist aber eine Frage des Kampfes, der Massenmobilisation. Wir fragen euch daher, ihr SPD-Genossen: Entwaffnet etwa die Reaktion allein die Arbeiterklasse? Nein, [auch] die ADGB- und SPD-Führer entwaffnen durch Streikverbote, Zei-

20 W. I. Lenin: Der «linke Radikalismus», die Kinderkrankheit im Kommunismus. In: Werke, Bd. 31, S. 84.

tungs- und Demonstrationsverbote, durch Spaltung, durch Koalitions- und Burgfriedensbündnisse mit der Bourgeoisie und durch Tolerierungspolitik das Proletariat!

Wir Kommunisten unternehmen keine Bittgänge zu Hindenburg, keine Bittgänge zur Papen-Regierung, um etwa kleine Pflästerchen auf Details der Notverordnungen aufzukleben. Nein, wir stellen die Frage des Kampfes, und zwar gegen das ganze System, gegen den Kapitalismus. Und hier liegt der Kernpunkt der Ehrlichkeit unserer Einheitsfront. Noch nie ist die Reaktion von ihrem Platze weggejagt worden, wenn sie nicht die entschlossene Kampfkraft der Arbeiter sah. Glaubt ihr, daß das Papen-Regime weiterregieren und uns weiter unterdrücken würde, wenn es den geschlossenen, einheitlichen antifaschistischen Kampf der Arbeiterklasse verspüren würde?

Wir Kommunisten organisieren an allen Fronten, in den Betrieben, an den Stempelstellen, in den Arbeiterorganisationen, die Front des klassenkämpferischen Widerstandes und der proletarischen Offensive für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen des Proletariats, für die Freiheit des Streiks, der Straße, der Demonstrationen, für die Freiheit der Presse, des gesamten proletarischen Schrifttums und des Rundfunks. Gegen das blutrünstige Ungeheuer des Faschismus, das mit seinen blutigen Pranken, mit Schlagring und Revolver, die letzten kümmerlichen Reste der Sozialversicherung und der Arbeiterrechte zerschlagen und zerstückeln will, rufen wir Kommunisten auf zur Antifaschistischen Aktion.

Warum stellt die Sozialdemokratie Bedingungen an uns, wenn sie angeblich gegen Hitler und Papen kämpfen will? Weil sie die Einheitsfront zerstören will. Wir Kommunisten stellen nicht einmal Bedingungen an die Arbeiterklasse mit Ausnahme der einen: die kühne, aufopfernde Bereitschaft und den Willen, unter Einsatz aller proletarischen Kampfmittel den Massenkampf gegen Faschismus und Lohnraub zu führen. Die Antifaschistische Aktion soll die Arbeitermassen auf bestimmte Tagesaufgaben und darüber hinaus auf höhere Kampfziele /21/ konzentrieren.

Betriebliche Massenbewegungen, Kampf- und Streikaktionen gegen Lohnraub und Faschismus bis zur höheren Aufgabenstellung, der Anwendung des politischen Massenstreiks und des Generalstreiks gegen das Herrschaftssystem der Bourgeoisie – das sind einige der Hauptfaktoren der Antifaschistischen Aktion!

Einheitlicher Massenkampf für die Sicherung und Verbesserung aller Tarifverträge gegen die Angriffe des Faschismus! Einheitlicher Massenkampf für die Erhaltung und die Verbesserung der Unterstützungen der Arbeitslosen, Krisen- und Wohlfahrtsempfänger beziehungsweise der Rentner, der Opfer des Krieges und der Arbeit! Einheitlicher Massenkampf gegen die faschistische Arbeitsdienstpflicht, gegen jede Form der Zwangsarbeit, gegen die Militarisierung der werktätigen Jugend! Einheitlicher Massenkampf für Presse-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit für das Proletariat! Gemeinsame Versammlungen, Demonstrationen und aktive Kampfhandlungen, Schaffung eines roten Massenselbstschutzes zur Abwehr faschistischer Provokationen und Überfälle! Unermüdlicher Klassenkampf der antifaschistischen Proletarierfront bis zur Niederringung der faschistischen Diktatur und zur Aufrichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse!

Das sind einige wesentliche Kampfforderungen der Antifaschistischen Aktion. Das sind Forderungen, auf deren Plattform sich die einheitliche Massenfront der sozialdemokratischen, Reichsbanner- und gewerkschaftlichen Kameraden einigen kann. Das ist die politische Linie der Antifaschistischen Aktion, die heute bereits Millionen kämpfender Proletarier in ihren Bann gezogen und zu höchster Aktivität gesteigert hat!

Ob die Antifaschistische Aktion ein kommunistischer Parteiladen ist?

Wir sagen: Nein! Sie ist ein überparteiliches Sammelbecken für alle zum rücksichtslosen Kampfe gegen den Faschismus gewillten Arbeiter. Sie ist keine Organisation, sondern eine Massenbewegung. Sie ist der Strom, in den all die kämpferischen Kräfte einmünden, die wirklich den Kampf, den Massenangriff gegen die jetzige Regierung, welche die unmittelbare Aufrichtung der faschistischen Diktatur betreibt, durchführen wollen.

Die Führung der besonderen Einheitsausschüsse, die in den Betrieben, in den Straßen, an den Stempelstellen und so weiter gebildet werden, muß selbstverständlich in den Händen der kampfgewillten Arbeiter selbst liegen. Uns Kommunisten wäre nichts lieber, [als] könnten wir die Führung in den Einheitsausschüssen den wirklich kampfgewillten Arbeitern, ungeachtet ihrer Organisationszugehörigkeit, selbst übergeben, um so die Antifaschistische Aktion auch zu einer wirklichen antifaschistischen Einheitsfront zu gestalten. Die Antifaschistische Aktion ist zu vergleichen mit einem großen, breiten proletarischen Strom, in den von allen Seiten die Kanäle einheitlicher Aktionen der Arbeiter gegen den Faschismus einmünden.

Unsere Antifaschistische Aktion als breites proletarisches Sammelbecken kampfentschlossener Arbeiter soll über die Entfesselung von Kampfaktionen gegen Lohn- und Unterstützungsraub, gegen die Notverordnungspolitik und den Massenterror der Nazis hinaus den proletarischen Kampf auf einer höheren Grundlage zur Entfaltung bringen!

Wir stellen die Frage des Kampfes für die Freiheit der Arbeiterklasse überhaupt. Wir stellen die Frage, wie sie von einer marxistischen Partei gestellt werden muß, wenn auch manche unserer Genossen dabei oft Fehler machen. Wir stellen die Frage des Kampfes gegen den Faschismus als eines Kampfes gegen die blutige Geißel der herrschenden Mächte, die sich zum Ziel gesetzt haben, die Arbeiterbewegung zu zertrümmern; wir kämpfen vom Standpunkt unserer Klasse aus, mit der wir auf Tod und Leben verbunden sind! . . .

Nun zur Frage, ob sozialdemokratische und Reichsbannerarbeiter, die an der Antifaschistischen Aktion teilnehmen, aus ihrer Partei austreten müssen.

Wir haben in Hamburg bereits einen Antifaschistischen Kampfkongreß von 1700 Delegierten gehabt, auf dem 190 SPD- und Reichsbannerdelegierte vertreten waren. Auf dem Wuppertaler Betriebsrätekongreß waren 50 sozialdemokratische Arbeiter anwesend.

(Einspruch des SPD-Delegierten vom Niederrhein: «Es waren mehr, ich war selbst da, es waren ungefähr 70!»)

Du siehst, daß ich sehr vorsichtig bin und gar keine zu hohe Zahl angebe, damit der «Vorwärts» nicht sagt, wir lügen.

Alle diese Genossen kamen zur Antifaschistischen Aktion mit dem Bewußtsein, daß die SPD-Arbeiter Schulter an Schulter mit ihren kommunistischen Klassenbrüdern kämpfen müssen.

Es ist für uns Kommunisten selbstverständlich, daß sozialdemokratische und Reichsbannerarbeiter an der Antifaschistischen Aktion

21 In der Quelle: auf höherer Kampfesgrundlage.

teilnehmen können, ohne daß sie aus ihrer Partei auszutreten brauchen. Wenn ihr bloß in Millionen, in geschlossener Front hereinströmen würdet, wir würden es mit Freuden begrüßen, selbst wenn über gewisse Fragen der Einschätzung der SPD nach unserer Meinung in euren Köpfen noch Unklarheit besteht.

Das brennende Problem, das allen Arbeitern heute gemeinsam auf den Nägeln brennt, ist: Wie kann die Aufrichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland verhindert werden? Wie kann verhindert werden, daß weiterer Lohn- und Unterstützungsabbau, weitere Notverordnungen, gesteigerte Unterdrückung, Knechtung, Zerschlagung der Arbeiterbewegung und der Arbeiterorganisationen durchgeführt werden?

Wir stellen die Frage nicht von Partei zu Partei, sondern klassenmäßig, zur breiten Masse eurer Mitgliedschaft. Ihr SPD-Kameraden seid unsere Klassenbrüder genauso wie die kommunistischen und parteilosen Arbeiter.

Wir stellen auch nicht das Prinzip auf, daß die Arbeiter unter allen Umständen organisiert sein müssen, wir sagen nur: Je breiter und organisierter die Front gegen das Hitlergeschmeiß, das Papen-Regiment und gegen jene Lakaien des Faschismus, die gehorsam nach der Pfeife der Notverordner tanzen und jedes Hungerdekret durchführen, um so mehr erzittert die Bourgeoisie.

Fritz Selbmann
Erinnerung

Es war im Sommer 1932, während des Wahlkampfes zur Vorbereitung der Reichstagswahl. Ernst Thälmann sprach wieder in unzähligen Versammlungen und war schon sehr überanstrengt. Er sollte deshalb nach einer Kundgebung am 18. Juli in unserem Bezirk einen Tag ausspannen, und er hatte mich gebeten, einen Vorschlag zu machen. Wir fuhren deshalb am Morgen des 19. Juli, es war ein Dienstag, über Kriebstein nach Dresden und dann weiter in die Sächsische Schweiz, die Thälmann noch nicht kannte.

Nachdem wir auf der Bastei zu Mittag gegessen hatten, standen wir – es war herrliches Sommerwetter – auf dem Basteifelsen, wo wir einen überwältigenden Blick auf die große Elbschleife hatten. Ich wollte vor dem Panorama der Bergwände der Sächsischen Schweiz etwas von unserer Naturfreunde-Organisation erzählen und von den Möglichkeiten illegaler Grenzübergänge mit Hilfe unserer Genossen Bergsteiger. Aber Ernst Thälmann stand stumm in den großartigen Anblick versunken, und ich mochte ihn nicht stören. Das lange Schweigen wurde mir zuletzt doch etwas unheimlich. Ich sah ihn verstohlen von der Seite an. Das Gesicht war ruhig und gelöst, und der Blick war weit in die Ferne gerichtet. Endlich sagte er etwas, ganz leise: «Wie schön ist doch unser Deutschland!» Dann drehte er sich um, und wir gingen schweigend zurück. Mit meinem Bericht über unsere Bergsteiger mußte ich noch etwas warten.

Karl Friedemann
Erinnerung

Zu einem Höhepunkt sollte am 19. Juli die Kundgebung mit Ernst Thälmann werden. Buchstäblich bis zum letzten Genossen wurde alles mobilisiert, um das Riesenoval der Radrennbahn zu füllen. Der Rundfunk stand nur den «staatserhaltenden» Parteien zur Verfügung. Bei der «Arbeiterstimme», dem Bezirksorgan der KPD, bestand täglich die Gefahr des Verbotes. Flugzettel, nicht nur zentral, sondern von den Betriebs- und Straßenzellen herausgegeben, wurden auf Straßen und Plätzen verteilt. Losungen an Mauern und Zäunen, auf Straßen und Plätzen riefen zur Teilnahme auf. Agitprop- und Diskussionsgruppen klärten über die Antifaschistische Aktion auf. Mit Genossen, die noch in Betrieben arbeiteten, wurde die Möglichkeit geschaffen, daß Genossen von außen in den Frühstücks- und Mittagspausen kurz sprechen konnten, um die Kollegen zur Teilnahme an der Kundgebung zu gewinnen. In den 17 Betrieben, in denen Einheitsfrontausschüsse bestanden, waren diese die Träger der Vorbereitung. Auch die Genossen Künstler, wie die Ehepaare Schulze und Grundig, die Genossen Griebel, Gute und andere, malten Losungen und gestalteten die Radrennbahn mit Transparenten aus. Leitende Funktionäre der SPD und der Gewerkschaften lehnten weiterhin auch nur in dieser einen Frage ein gemeinsames Auftreten ab und setzten ihre doppelzüngige Politik fort.

Der 19. Juli kam. Kein Totschweigen, keine Drohung der Faschisten konnte verhindern, daß Dresden im Zeichen der Thälmann-Kundgebung stand. Dafür sorgte auch das riesige Polizeiaufgebot an allen Brennpunkten des Verkehrs. Aber auch das konnte nicht verhindern, daß sich trotz des durch Notverordnung verhängten Demonstrationsverbotes lange Kolonnen auf Fußwegen und Straßen in Richtung Reick bewegten. Lange vor Beginn der Kundgebung waren die Ränge der Tribünen und der Innenraum gefüllt. Schalmeienkapellen und die Agitproptruppe «Rote Raketen» sorgten für Stimmung. Brausender Jubel ertönte, als eine Abteilung des seit 1929 verbotenen Roten Frontkämpferbundes in voller Uniform Seite an Seite mit einer Abteilung des Kampfbundes gegen den Faschismus ins Oval einmarschierte. Die Polizei wagte nicht einzugreifen. . .

Dann sprach Ernst Thälmann. In eindrucksvollen Worten charakterisierte er die Situation und die drohende Gefahr des Faschismus. «Ein Feind – eine Front – ein Kampf!» – das sei das Gebot der Stunde. Er wandte sich an alle Arbeiter und Angestellten, an alle Demokraten, sich zusammenzuschließen. Die Antifaschistische Aktion sei eine Bewegung, die alle antifaschistischen Kräfte gegen Naziterror und gegen den weiteren Abbau der letzten demokratischen Rechte, gegen die Notverordnungen zusammenschließen soll. Die Gefahr der faschistischen Terrorherrschaft werde nicht durch Beschwörungen und abwartende Haltung gebannt.

Der Bezirksleiter der KPD Fritz Selbmann sprach das Kampfgelöbnis der Antifaschistischen Aktion. Es wurde zum verpflichtenden Gelöbnis der 80000, auch der Genossen der SPD und der SAP, die es sich nicht verbieten ließen, an dem machtvollen Bekenntnis teilzunehmen.

Otto Schreiber
Erinnerung

Die KPD-Bezirksleitung Wasserkante hatte für den Sonnabend vor dem Wahltag in drei Städten des Bezirks, und zwar in Harburg, Lüneburg und Lauenburg, große Wahlkundgebungen mit Ernst Thälmann als Referent vorbereitet. Um ihm die Möglichkeit zu geben, auf allen drei Kundgebungen zu sprechen, war deren Beginn für Harburg um 16 Uhr, für Lüneburg um 18 Uhr und für Lauenburg um 20 Uhr festgesetzt worden. Die beiden ersten Kundgebungen sollten unter frei-

em Himmel, die letzte im größten Versammlungssaal Lauenburgs stattfinden.

Da mit dem Eintreffen Ernst Thälmanns in Lauenburg um 21 Uhr gerechnet wurde, erhielt ich von der Bezirksleitung den Auftrag, in der Lauenburger Versammlung als erster Redner zu sprechen, um die eine Stunde bis 21 Uhr zu «überbrücken» . . .

Nachdem eine Schalmeienkapelle mit flotten Kampfliedern den Auftakt gegeben hatte, begann ich gegen 20.15 Uhr mit meiner «Überbrückungsrede». Ich hatte mich auf eine Rededauer von ein bis eineinhalb Stunden eingestellt – aber erstens kommt es anders, und zweitens als man denkt. Ich redete zwei Stunden, ich redete drei Stunden, und immer noch ließ sich Ernst Thälmann nicht blicken. Ich geriet immer mehr ins Schwitzen. Immer besorgter blickte ich zum Saaleingang, und immer stärker kreisten meine Gedanken um die bange Frage: Wo bleibt bloß Teddy? Hätten wir geahnt, daß er uns so aufsitzen lassen würde, wäre der Ablauf der Versammlung von uns natürlich anders organisiert worden. Aber so blieb mir nichts anderes übrig, als immer wieder einen neuen Anlauf zu nehmen und alle meine «inneren Reserven» zu mobilisieren, um meinen Redefluß nicht versiegen und das Interesse der Versammlungsteilnehmer nicht allzusehr erlahmen zu lassen. Denn was würde Ernst Thälmann sagen, wenn er bei seinem Eintreffen vielleicht einen halbleeren Saal vorfände?

Unterdessen war ein Genosse, der von der Bezirksleitung als Instrukteur in den Kreis Lauenburg entsandt worden war und der auch die Versammlung organisiert hatte, nicht untätig geblieben: Es war Otto Gotsche, der auch zu diesem Erlebnisbericht einige wichtige Details beigesteuert hat. In gewissen Zeitabständen eilte er zum Telefon, um sich mit Lüneburg in Verbindung zu setzen und zu erfahren, wann mit dem Eintreffen Ernst Thälmanns zu rechnen sei. Und so erfuhr er, was ich nicht wissen konnte: Die Kundgebung in Harburg hatte sich länger hinausgezogen als vorgesehen, so daß Ernst Thälmann in Lüneburg mit größerer Verspätung eingetroffen war. Auch dort schien die Kundgebung kein Ende nehmen zu wollen, denn immer wieder lautete die Antwort aus Lüneburg: Ernst Thälmann spricht noch! Eine verzwickte Situation, da nicht zu vermeiden war, daß sich in der Versammlung allmählich doch eine gewisse Unruhe bemerkbar machte und manche zu zweifeln begannen, ob Ernst Thälmann überhaupt noch kommen würde. Irgend etwas mußte getan werden, und so ließ Otto Gotsche durch einige Genossen die Flüsterparole ausgeben: «Thälmann kommt bestimmt! Thälmann hält Wort!»

Endlich kam die erlösende Mitteilung aus Lüneburg: Ernst Thälmann eben abgefahren! . . .

Inzwischen war es 23.45 Uhr geworden. Ich wollte, bereits dreieinhalb Stunden mich abmühend, gerade ein neues Kapitel meiner Dauerrede beginnen: «Und nun, Genossen . . .» Plötzlich Unruhe und Gedränge am Saaleingang. Die Situation rasch erfassend, fuhr ich mit erhobener und beinah triumphierender Stimme fort: «. . . nun kommt unser Genosse Thälmann!» Alle sprangen wie elektrisiert auf, wandten sich zum Saaleingang – ein wahrer Orkan der Begeisterung brach los, Musik setzte ein, und die Ovationen wollten kein Ende nehmen. Vergessen war die lange Zeit des Wartens, und wenn auch die Geduld auf eine harte Probe gestellt worden war – kein einziger war gewichen, alle hatten ausgeharrt. Nur mühsam konnte sich Ernst Thälmann einen Weg zur Bühne bahnen, und während ich, schweißgebadet und vollkommen erschöpft, das Feld räumte, begann Ernst Thälmann zu sprechen.

Vielleicht hatte Ernst Thälmann noch nie so leidenschaftlich und temperamentvoll gesprochen wie in dieser Versammlung, stand ihm doch nur eine knappe Viertelstunde Zeit zur Verfügung. Um 24 Uhr mußte er Schluß machen, denn am Wahlsonntag, so hatte es die hochwohllöbliche Obrigkeit verfügt, galt der Wahlburgfrieden, durfte keine Wahlagitation mehr betrieben werden. Und da Ernst Thälmann der Polizei keinen Anlaß zum Einschreiten geben wollte, zog er seine Taschenuhr heraus, nahm sie in die rechte Hand und warf während des Redens immer wieder einen kontrollierenden Blick auf die Uhr. Gewöhnt, seine Rede mit lebhaften Gesten zu unterstreichen, ließ er des öfteren seine geballte Faust, mit der er die Uhr umklammerte, auf das Rednerpult niedersausen. Diesem Trommelfeuer der Thälmannschen Arbeiterfaust war das altersschwache und schmalbrüstige Holzgestell nicht gewachsen. Als wieder einmal die Faust auf das Pult herniederfuhr, stürzte es krachend zusammen und löste sich in seine einzelnen Bestandteile auf. Es gab einen unerwarteten Heiterkeitserfolg, aber Thälmann ließ sich nicht beirren. Die Zeit raste und mußte bis zur letzten Sekunde genutzt werden. Und sosehr Ernst Thälmann in den beiden vorangegangenen Kundgebungen seine vorgesehene Redezeit überschritten hatte, so pünktlich beendete er hier seine Rede, genau um 24 Uhr.

Am Montag darauf konnte man in dem bürgerlichen Lokalblättchen Lauenburgs einen sachlich gehaltenen Bericht lesen, der den Riesenbesuch der Versammlung bestätigte und in dem hervorgehoben wurde, daß Ernst Thälmann «sehr temperamentvoll» gesprochen habe. Von dem zertrümmerten Rednerpult wurde nichts erwähnt. Zugleich erfuhr die Öffentlichkeit am Montag von dem großen Wahlerfolg der Kommunistischen Partei, die gegenüber den vorangegangenen Reichstagswahlen im September 1930 fast 700000 Stimmen gewonnen hatte.

Aus der Rede in Hindenburg am 17. Juli 1932

Heute sind Zehntausende aus dem oberschlesischen Gebiet, die Kumpels, die Landproleten, die Fabriksklaven, hier aufmarschiert, um der faschistischen Papen-Regierung in Deutschland, die die unmittelbare Aufrichtung der faschistischen Diktatur erstrebt, den Klassenkrieg zu erklären. Durch ganz Deutschland braust das Kampfgelöbnis der Antifaschistischen Aktion, jene Welle, mit der die Kommunistische Partei versucht, die geschlossene Einheit des gesamten Proletariats auf einer höheren Stufe zu schmieden!

Heute, wo mit dem oberschlesischen Proletariat die Kampfkolonnen des gesamten deutschen revolutionären Proletariats aufmarschieren, heute braust von dieser großen, bedeutsamen, historischen Kundgebung das Kampfgelöbnis ins Land: Koste es, was es wolle: An der eisernen Mauer der geeinten Antifaschisten, an der granitenen Front der zusammengeschlossenen sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen, christlichen und parteilosen Arbeiter mit den kommunistischen Klassenbrüdern müssen in ganz Deutschland die Pläne des blutigen Faschismus zerschellen. Koste es, was es wolle: Die sich immer stärker einende Arbeiterklasse wird alles tun, um es der Bourgeoisie in Deutschland nicht zu erlauben, die unmittelbare Aufrichtung der faschistischen Diktatur durchzuführen.

Hier, in Oberschlesien und nicht weit von euch auch in Schlesien,

ballen sich die gewaltigen Konzernbesitzungen der Industriemagnaten zusammen. Hier herrschen neben den Aktionären des Vestag-Konzerns, zum Beispiel Flick, diejenigen, die viele ihrer Fabriktore geschlossen haben, zum Beispiel die Borsigs; hier diktieren die Trustkönige der IG-Farbenindustrie, hier beutet die staatliche Preussag die Kumpels in den Schächten und Gruben aus. Wir wissen, daß der internationale Kapitalismus nicht nur seine Peitsche auf Grund des Versailler Systems über seine eigenen im Lande ausgebeuteten Arbeiter und Werktätigen erhebt, sondern gerade [auch] Deutschland muß unter der Fuchtel einer doppelten Sklavenfron leiden, gerade in Deutschland müssen die Millionen Werktätigen und das Proletariat Milliarden hergeben, die aus ihrem Blut und Schweiß für die in- und ausländischen Tribute herausgepreßt werden.

Der Faschismus entfacht heute die nationalistischen Leidenschaften zu dem Zwecke, um die Massen vom sozialen Kampfe abzulenken, um die Schande der Notverordnungen, der Beschäftigtensteuer, der Salzsteuer, des Unterstützungsraubes und des Rentenentzuges zu verdecken. Aber gerade das oberschlesische Proletariat hat den nationalistischen Volksbetrug in seiner ganzen Größe kennengelernt . . .

Unsere Antifaschistische Aktion ruft gerade in diesem von chauvinistischen Leidenschaften umstürmten Wetterwinkel, in Oberschlesien, die Massen auf, mit Zähnen und Klauen den Staat der russischen Arbeiter und Bauern, das Land des Sozialismus, zu verteidigen!

Schon im letzten Kriege, im Dezember 1916, schrieb Rosa Luxemburg aus dem Gefängnis ihren Spartakusbrief: «Tanzt, Ihr Polen, tanzt, Ihr Deutsche» /22/, in dem sie den anfeuernden Appell an das deutsche und polnische Proletariat richtete, die Waffen des Brudermordes niederzulegen und weiteres Blutvergießen zu verhindern. Wir sagen auch heute mit Rosa Luxemburg: Es ist genug des Blutes an der Somme, in der Dobrudscha und an der Maas während des Weltkrieges geflossen! Wir sagen: Niemals wieder Brudermord! Wenn schon Krieg, dann Krieg der polnischen und deutschen Arbeiter gegen die gemeinsamen Ausbeuter, gegen den polnischen und deutschen Faschismus und seine Handlanger!

Während die deutschen und polnischen Finanzkönige sich umarmen, sollen wir uns die Köpfe einschlagen? Nein, niemals! Wir wollen uns verbrüdern und uns schützend vor die Sowjetunion, das einzige Vaterland der Werktätigen in der ganzen Welt, stellen!

Wir sagen den deutschen und den polnischen Nationalisten: Wenn ihr die Kriegsfackel entzündet, dann werden wir dafür sorgen, daß nicht unsere Häuser in Flammen aufgehen, daß nicht wieder Proleten vernichtet werden, sondern daß die Willkürherrschaft des Kapitalismus, des Faschismus und des Imperialismus zertrümmert und endgültig zermalmt wird!

Wenn unsere Faschisten kriegsbegeistert singen und rufen: «Gen Ostland woll'n wir reiten!», dann sagen wir: Wir werden euren Ritt mit allen Mitteln aufzuhalten wissen! . . .

Uns Proletarier, ob deutsche oder polnische, trennt keine Anrede, uns eint alle das Große und Lebendige unserer Klasse: unser Kampf für die Befreiung von kapitalistischem Joch und imperialistischer Sklaverei, um den Sieg des Sozialismus zu erringen. Es gibt nur einen Arm, der die Grenzpfähle zerbricht, der die Tributgläubiger aus dem Lande jagt: Das ist der starke Arm, das sind die Kampfbataillone des gesamten Proletariats! Es gibt nur eine Waffe, die mit scharfem Hieb alle Sklavenverträge zerschlägt: das Schwert der Diktatur des Proletariats! In diesem Sinne marschiert unsere heutige Demonstration! In diesem Sinne: Vorwärts zur Antifaschistischen Aktion! In diesem Sinne: Die Reihen dicht geschlossen! Mutig ins Gefecht zu weiteren Kämpfen! In diesem Sinne: Die letzte Kraft für die Freiheit eingesetzt! Höher noch das Sturmbanner der Antifaschistischen Aktion! Kein Zurück mehr, sondern nur vorwärts! Gegen die Reichen! Für die Armen! Für die Arbeiter-und-Bauern-Regierung! Für ein freies, sozialistisches Deutschland!

22 Diesen Artikel im Spartakusbrief Nr. 3 vom Dezember 1916 verfaßte Julian Marchlewski.

Weltkongreß gegen den imperialistischen Krieg in Amsterdam, 27.–29. August 1932

Antifaschistische Aktion

15. Jahrg. / Nr. 113 / Preis für Berlin Auswärts 15 Pf. 10 Pf. Berlin, Donnerstag, 26. Mai 1932

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28, Tel.: B 1 Berolina 5481, Tel.-Adr.: Rotfahne Berlin. Verl.: Berolin. Zeitungsverlage GmbH., Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28, Postscheck: Berlin NW 27 970.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: „Das Inserat", Allgemeine Inseraten-Expedition G. m. b. H., Berlin W 9, Schellingstraße 1, Telefon: B 1 Kurfürst 1825/28. Schluß der Anzeigenannahme 16 Uhr.

Bezugspreis vorauszahlb. pro Woche 60 Pf., monatl. 2,60 M. einschl. Trägerlohn in Berlin u. Orten m. eig. Filiale. Postbezugsanschl. Postbestellgeld 2,60 M.: Streifband im Ausland 4,20 M.: a. d. Ausland 4,50 M.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12gesp. Millimeterzeile 35 Pf.; die 3gesp. Textmillimeterzeile 2,50 M. Arbeitergenoss. u. Familienanz.: Millimeterz. 20 Pf. Kleine Anz.: Textwort 20 Pf., Uebercchriftsw. 30 Pf. Arbeitsmarkt: Wort 5 Pf.

Feiger Ueberfall der Nazis im Landtag auf die Kommunisten

Antifaschistische Aktion!

Aufruf des Zentralkomitees der KPD. an die deutsche Arbeiterklasse!

Klassengenossen und -genossinnen! Jungproletarier! Werktätige in Stadt und Land!

Die Partei der faschistischen Arbeitermörder hat im Preußischen Landtag in feiger, vielfacher Uebermacht einen blutigen Ueberfall auf die aus eurer Mitte gewählten Vertreter der deutschen Arbeiterklasse durchgeführt. Diese jämmerliche Aktion, die auf den unbeugsamen Widerstand der unbewaffneten kommunistischen Abgeordneten stieß, war planmäßig vorbereitet und organisiert. Der Führer der Nationalsozialisten im Preußischen Landtag, Kube, hatte den Ueberfall bereits vorher im Landtag angedroht. Der „Angriff", das Berliner Organ der Nationalsozialisten, bringt in seiner Mittwoch-Ausgabe gleichfalls die zynische Ankündigung nationalsozialistischer Ueberfälle und Terrorakte. Mit Banditenmethoden will die Hitlerpartei ihre politische Bloßstellung als lächerliche, ausgehaltene Schutzgarde des Finanzkapitals, als bestochene Terrororganisation im Dienste der kapitalistischen Ausbeuter, im Dienste der Notverordnungsdiktatur und der Versailler Knechtschaft vertuschen und ihren Koalitionsschacher mit dem Brüning-Zentrum vor den Massen ihrer Anhänger verschleiern.

Der feige Ueberfall der faschistischen Meute

nahm sich unter Duldung des amtierenden Vizepräsidenten, der der schwarzrotgoldenen Koalitionspartei der Sozialdemokratie, dem Zentrum angehört, während nahezu die gesamte sozialdemokratische Landtagsfraktion feigerweise die Flucht ergriff. Im Aeltestenausschuß des Landtags brüstete sich der Führer der SPD.-Fraktion, Heilmann, mit der Tatsache, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten „keine Hand gerührt" hätten. Die SPD., die gemeinsam mit Nazis, Zentrum und Deutschnationalen das Präsidium des Landtags besetzt hält, krönt mit ihrem feigen, heuchlerischen und denunziatorischen Verhalten die bisherige Braun-Severing-Politik, die Politik der Unterstützung der faschistischen Reaktion!

Der feige Ueberfall der Nationalsozialisten erfolgte aus ohnmächtiger Wut darüber, daß die Kommunisten vom Augenblick der Eröffnung des Landtags an die Verhandlungen mit ihren Arbeiterforderungen politisch beherrschten und den nationalsozialistischen Todfeinden der deutschen Arbeiterklasse die Maske ihrer Demagogie vom Gesicht rissen. Der feige Ueberfall erfolgte in dem Augenblick, als die Beratung der Erwerbslosenanträge der Kommunisten beginnen sollte, die erneut die arbeiterfeindliche Sozialpolitik der Hitlerpartei entlarven mußte. Der feige Ueberfall der Nationalsozialisten, die in voller Fraktionsstärke zu dem Angriff gegen die Kommunisten richteten, von denen nur ein Teil im Saale anwesend war, erfolgte, als der Führer der kommunistischen Landtagsfraktion, Genosse Wilhelm Pieck, kühn und rücksichtslos die antifaschistischen Anklagen der KPD., den

Arbeitermördern der Hitlerpartei

ins Gesicht schleuderte. Die nationalsozialistische Meute wollte ihn von der Rednertribüne des Parlaments herunterreißen, wo

Das Zentralkomitee der KPD. ruft die deutsche Arbeiterklasse zur

Antifaschistischen Aktion

auf. Nehmt in allen Betrieben, auf allen Stempelstellen, in allen Gewerkschaften und proletarischen Massenorganisationen, nehmt in Stadt und Land unverzüglich Stellung zu den neuesten Ereignissen. Entscheidet euch für die Teilnahme an der Antifaschistischen Aktion der kämpfenden roten Einheitsfront!

Die Antifaschistische Aktion muß durch den organisierten roten Massenselbstschutz in breitester Einheitsfront den Mordterror des Hitlerfaschismus brechen!

Die Antifaschistische Aktion muß durch den Massenkampf für eure Forderungen, für die Verteidigung der Lebensinteressen aller Werktätigen, durch die Streiks der Betriebsarbeiter, durch die Massenaktionen der Millionen Erwerbslosen, durch den politischen Massenstreik der geeinten Arbeiterklasse

dem Hitlerfaschismus den Weg zur Macht verlegen!

Die Antifaschistische Aktion muß alle Kräfte der Arbeiterklasse und der von ihr geführten Millionen Werktätigen in Stadt und Land zum Einsatz bringen, um der Faschisierung Deutschlands Einhalt zu gebieten, um den blutigen Plan des Hitlerfaschismus zu vereiteln, der die offene faschistische Diktatur über Deutschland aufrichten will!

Sozialdemokratische Arbeiter, nehmt in euren Mitgliederversammlungen zur Antifaschistischen Aktion der deutschen Arbeiterklasse Stellung und schließt in die Bruderhand ein die die Kommunistische Partei euch bietet!

Freigewerkschaftliche Arbeiter, beschließt in allen Organisationen, in den Verbänden und Ortskartellen die Teilnahme an der Antifaschistischen Aktion der deutschen Arbeiterklasse, die Annahme des Einheitsfrontangebots des Zentralkomitees der KPD. und des Reichskomitees der RGO. zum gemeinsamen Kampf für eure Forderungen.

Proletarische Reichsbannerkameraden, entscheidet auch ihr euch, Schulter an Schulter mit uns, euren kommunistischen Klassenbrüdern, für die Antifaschistische Aktion der roten Einheitsfront der deutschen Arbeiterklasse!

An dem Tage, an dem die Massen der sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen, christlichen und Reichsbannerarbeiter die rote Einheitsfront mit den Kommunisten schließen, werden weitere Millionen, die heute noch abseits stehen, Millionen von unorganisierten, parteilosen Arbeitern, Jungarbeitern und Arbeiterinnen sich dem Massenkampf gegen Hunger und Faschismus und imperialistischen Krieg anschließen und die Kampffront der Arbeiterklasse unüberwindlich machen. Laßt euch von diesem gemeinsamen Kampf nicht durch die verräterischen Führer der SPD. und des ADGB abhalten, die die rote Einheitsfront fürchten, hassen und im Dienste des Kapitals zu vereiteln suchen!

Es lebe die Antifaschistische Aktion der deutschen Arbeiterklasse!
Es lebe die kämpfende rote Einheitsfront!
Es lebe der revolutionäre Klassenkampf!
Nieder mit dem Mordfaschismus der Hitlerpartei!
Nieder mit der Terrororganisation des deutschen Finanzkapitals und allen Plänen der Aufrichtung einer offenen faschistischen Diktatur in Deutschland!
Es lebe der Freiheitskampf aller Werktätigen gegen kapitalistische Knechtschaft und Versailler Sklaverei!
Es lebe der Sozialismus!

Berlin, den 25. Mai 1932.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

Die Vorgänge im Landtag

Provokatorischer Angriff der Nazis gegen kommunistischen Redner — Die kommunistische Fraktion verteidigt ihren Führer — Nazis bis SPD. verhindern Beratung der Erwerbslosenanträge

In der gestrigen Landtagssitzung kam es nach der Präsidentenwahl zu einer großen, bewußt angelegten Provokation und zu einem regelrechten feigen Ueberfall der Nazis gegen den kommunistischen Redner, Genossen Wilhelm Pieck. Da unsere Fraktion ihren Redner entschlossen gegen eine sachliche Uebermacht verteidigte, entstand eine schwere Schlacht im Plenum des Landtages.

Der Naziführer Kube hatte durch Drohungen im Aeltestenrat am Vormittag bereits diesen terroristischen Angriff angekündigt. Ebenfalls der „Angriff", der in seiner gestrigen Ausgabe über die erste Landtagssitzung schrieb: „Ihr sollt uns noch kennen lernen, heute zeigen wir euch Disziplin!"

Die Nazis, die schon vorher die Beratung der kommunistischen Anträge auf Arbeitsbeschaffung zu verzögern versuchten, hatten diesen provokatorischen Angriff gegen den kommunistischen Redner bewußt vorbereitet, um die Sitzung zu sprengen. Alle in der letzten

Kundgebung der Antifaschistischen Aktion auf dem Rudolf-Wilde-Platz in Berlin, Juli 1932

Einheitsfront gegen die faschistische Gefahr

Reichseinheitskongreß der Antifaschistischen Aktion in Berlin am 10. Juli 1932, auf dem Ernst Thälmann das Referat hielt

Mitglieder des Kampfbundes gegen den Faschismus und der Eisernen Front demonstrieren gemeinsam beim Begräbnis des Arbeitersportlers Fritz Klaus in Wuppertal. Fritz Klaus wurde von einem Nazi am 26. Juni 1932 ermordet

Das Mitglied der Bezirksleitung Wasserkante der KPD Franz Jacob und der sozialdemokratische Funktionär der Reichsbanner-Schutzformationen Sothmann anläßlich der Beisetzung eines von Nazis ermordeten Arbeiters in Lunden am 7. Juli 1932

Clara Zetkin ruft im Reichstag zur antifaschistischen Einheitsfront auf, 30. August 1932

Gemeinsame Not gebietet gemeinsamen Kampf

Umschlagseite einer Broschüre der KPD, 1932

Ernst Thälmann und Fritz Selbmann, 1932

Die gemeinsame Not gebietet den gemeinsamen Kampf aller Arbeiter

Wir Kommunisten und revolutionären Gewerkschafter schlagen euch vor, gemeinsam mit uns den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau aufzunehmen. Schließt mit uns die gemeinsame Kampffront gegen die Lohn- und Unterstützungsräuber, gegen die faschistischen Mordbanden! Wir erklären:

Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind und die wirklich den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau führen will, gemeinsam zu kämpfen.

Aus dem Aufruf des Zentralkomitees der KPD an alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Mitglieder des ADGB und sozialdemokratischen Arbeiter

Genossen der Eisernen Front, des Reichsbanners und der SPD!

Ernst Thälmann, Führer der KPD, spricht

am Dienstag, dem 19. Juli, 19 Uhr, über den gemeinsamen Kampf aller Arbeiter gegen Hunger und Faschismus. Ueberzeugt euch, daß die KPD ehrlich bestrebt ist, die Einheitsfront aller Ausgebeuteten gegen unseren gemeinsamen Feind herzustellen. Beteiligt euch an der Kundgebung!

Am selben Tage, 15 Uhr, findet im Bürgergarten, Löbtau, eine

Besprechung freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter mit dem Genossen Ernst Thälmann

über die Methoden des Kampfes gegen den Faschismus und Schaffung einer einheitlichen Kampffront statt. In dieser Besprechung habt ihr Gelegenheit, den Genossen Thälmann persönlich über die Schaffung der Einheitsfront zu befragen.

KPD, UB Dresden

Verantwortlich für Inhalt und Verlag: Martin Schneider, Dresden. — Druck: Reudnitz, Dresden-A. 1.

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsständen und in Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Vertreibungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Frauenleben . Das Bild der Woche

8. Jahrgang | Dresden, Mittwoch den 20. Juli 1932 | Nummer 168

Kampfschwur der 80000

Ueberwältigende Massenkundgebung der Antifaschisten in Dresden . Ernst Thälmanns Appell zur roten Einheitsfront in Antifaschistischer Aktion . Bekenntnis der Zehntausende zum Kampf für die Liste 3!

Dresden, 20. Juli 1932 (Eig. Bericht)

Wie lohen Schlag auf Schlag! Die Antifaschistische Aktion hatte immer gewaltigere Massen kampfentschlossener Arbeiter in ihren Reihen zusammen und sie immer Vorbereitungen zu Ende eilen, die zeigt sich in häufig härteren Akzent, daß die rote Fahne des Kampfes und der Klassenwiderstand marschiert.

So sind die Kundgebungen Ernst Thälmanns mehr Zeugnisse der revolutionären Stimmung der Antifaschistischen Aktion. Nach den 70 000 in Wuppertal, auch der oberschlesischen revolutionären Massenkundgebung der 50 000, wurde der Dresdner Aufmarsch zu einem machtvollen Massenbekenntnis für die Kommunistische Partei und den Führer der Antifaschistischen Aktion.

Dieser Aufmarsch war ein mobilisierender Höhepunkt zur weiteren Verbreitung der Antifaschistischen Aktion in ganz Sachsen; er war zugleich eine gewaltige Kraft- und Treuprobe für den Dresdner und den ganzen sächsischen Proletariat, für seinen Kampf unter Führung der Kommunistischen Partei. Dieser Aufmarsch war aber nicht zuletzt eine entschiedene Kampfansage an die Bourgeoisie und ihre sozialfaschistischen Banden. In dieser gewaltigen Kundgebung wurde erneut und unzweideutiger Klarheit ausgedrückt den verschiedenen Terror und den Verbotserlaß gegen die Kommunistische Partei, und die ganze revolutionäre Arbeiterschaft unterstrichen und bekräftigt, daß die Kommunistische Partei einer revolutionären Pflicht genügen wird, unter welchen Umständen es auch immer sei!

Der gewaltige Beifall, der auf der gestrigen Kundgebung gerade diesem Aufruf aus dem Munde des Führers der Kommunistischen Partei folgte, war Beweis genug dafür, daß die Kommunistische Partei entschlossen ist mit den Massen verbunden bleibt und daß sie mit den Massen siegen wird. Und in der Tat — Kampfentschlossenheit, revolutionäre Geschlossenheit und Disziplinstreit, dessen waren sie alle erfüllt, die

50000 Antifaschisten, diese klassenbewußten Kämpfer für ein sozialistisches Deutschland, die zur gestrigen Thälmann-Kundgebung in der Radrennbahn versammelt waren

Aus war die wochenlange und gewaltige Kundgebung, die der Dresdner revolutionärer Arbeiterschaft Ordnung zu erfüllt hat!

Schon seit Tagen war in den Dresdner Betrieben und an den Straßenecken, wo bei den schon bekannten Dingen darüber die Thälmann-Kundgebung das Gespräch des Tages. Mittwoch die KPD am gleichen Abend mit einem Referat Ernst Thälmanns und Kulturvorführungen in Meißen-Hochland 1500 Menschen zu einer KPD-Kundgebung zusammenzusammeln, mußte die antifaschistische Gewißheit schon mehr als 10 000, von gleichem Kampfwillen beseelte Arbeiter.

Aus den ganzen Stadtbezirken waren starke Massenkolonnen herbeigeeilt, um Ernst Thälmanns Kampfruf zur Antifaschistischen Aktion zu hören.

Der Radrennbahn mit ihren riesigen Ausmaßen bot den Veranstaltern der Kundgebung die Möglichkeit, mehrere Kundgebungen gleichzeitig durchzuführen. Auf der Haupttribüne sprach Genosse Thälmann, auf der Gegentribüne sprach Genosse Heldmann, auf der Tribüne der Radrennbahn sprach Genosse Ernst Thälmann, auf der Tribüne der Radrennbahn sprach Genosse Heldmann, auf der Tribüne der Radrennbahn sprach Genosse Ernst Thälmann.

Jugendgruppe: eröffnet für euch bereits auf den Zeltplätzen Aufstellung genommen haben.

Beginn 20 Uhr exakte Kampfzeit! Per

Einmarsch der zahlreichen Delegationen

begann. Nach alle Tor marschierte, betrat eine Kapelle mit den antifaschistischen Kampfliedern, sowie mit Trommeln, Pauken und Trompeten, Kampfgesängen begann.

Die Kundgebungsteilnehmer marschierten zum großen Teil in guter Ordnung unter den Klängen Marsch in die Stadien, zum Beispiel vom Dresdner Westen, in Kolonnen, Gruppen und Einzelmarschierern begann.

Genosse Heldmann eröffnet

und stellt auf die große historische Bedeutung für den Kampf der Antifaschistischen Aktion, für die Stärkung der Stellung der Arbeiterklasse und der KPD hin.

Ernst Thälmann spricht

Wir [illegible] Ernst Thälmann, der mit [illegible] Beifall begrüßt wird.

Kampfgelöbnis der Antifaschisten.

Wieder bei Ernst Thälmann eine antifaschistische Massenkundgebung gesehen, bei der Einigkeit Wichtigkeit des Zusammenkommens, dem Kampfentschluß und den Parolen der proletarischen Einheit schmiedende gewaltige Zeichen revolutionärer Wille! Weiter marschierte vor Antifaschistischen Aktion! Durchhalten bis zum Sieg!

Belagerungszustand in Berlin
(Siehe Seite 2)

Proletarische Solidarität

Ernst Thälmann während einer seiner Reden im Berliner Sportpalast, 1932

Spenden- und Solidaritätsmarken der revolutionären Arbeiterbewegung

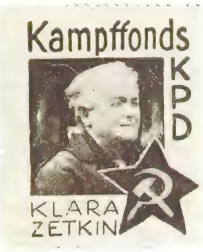
5 MARK 5
ARBEITERHILFE
FÜR
SOWJETRUSSLAND

4. WELTKONGRESS
MOSKAU
KI
1922
LENIN

KPD
1923
Parteitag

KPD
1923
Parteitag

Kampffonds 10 Pf.
THÄLMANN


Kampffonds
KPD
KLARA
ZETKIN

R·F·B·
10 10
Gegen den imperialistischen Krieg
Hinein in die Rote Front
KAMPFFONDS-MARKE

REVOLUTIONSDENKMAL
BERLIN
30 PFG.

HINEIN IN DEN
ROTEN FRONTKÄMPFER-BUND!
UND ROTEN JUNGSTURM!

12. PARTEITAG
1929
20 PF.
K P D

Pressefonds
d. K.P.D.
10 Pf.

Keinen Pfennig
den
Fürsten!
Kampffond Volksentscheid
KPD
10 PFG

FÜR DEN
KONGRESS
DER
WERK-
TÄTIGEN
10 PFENNIG

R·F·M·B·
10
Pf.
REICHSKONGRESS 1929
GEGEN DEN KRIEG

1. MAI
30 ₰
KPD
1926

2. KONGRESS
RHD

ROTE
HILFE-
KAMPFFONDS

ERMORDET AM 22 AUGUST 1927 VON DER AMERIKANISCHEN KLASSENJUSTIZ
N-SACCO B-VANZETTI

WEIHNACHTSGABE
10
FÜR DIE
POLIT. GEFANGENEN
U. IHRE ANGEHÖRIGEN

10
HOLZFOND
FÜR
WIEDERAUFNAHME
VERFAHREN

HELFT UNS!
10
Pf.
R.H.D.

19.
BEZ.-RK.
PARTEI-TAG
30
30
GRENZMARK

KAMPFFOND DER
ERWERBSLOSEN
BEWEGUNG
10
PROVINZIALAMT
RHEIN. BERLIN
BRANDENBURG
UND LAUSITZ

KARL LIEBKNECHT-HAUS BERLIN
GEGEN DIE KRIEGSHETZER
FÜR VERTEIDIGUNG DER SOWJETUNION
NIEDER MIT FASCHISMUS
IN KRIEGEN TROTZ HAZ UND VERBOT
10
VERTEIDIGT DIE K.P.D.-EURE PARTEI

Verteidigungsfonds
RHD
25 ₰

MORDABWEHR-FONDS d. R.H.D.
10 PF.
Durch Faschisten
Gen. A. Kubow, Röntgenth.
1930
69 Ermordete
5200 Verletzte
9500 Angeklagte
1400 Eingekerkerte
SCHUTZ UND HILFE DEN OPFERN

VOLKSENTSCHEID
GEGEN
PANZERKREUZER
10
KAMPFFONDS DER K.P.D.

ANTI-
KRIEGSFONDS
10 PF
10 PF

KAMPFBUND
GEGEN DEN
FASCHISMUS
10 Pfg.

Tod dem
Faschismus!
Stärkt die rote
Kampffront!

5 ₰

Partei
im Kampf
K.P.D.
10 PFENNIG

Tragt die Antifaschistische Aktion in die Betriebe

Aus dem Artikel vom August 1932:
Die neue Etappe der Bolschewisierung der KPD

Die Anwendung der Einheitsfronttaktik im Rahmen der Antifaschistischen Aktion hat uns auf einem Gebiete große, bedeutungsvolle Fortschritte gebracht: auf dem Gebiet des Massenkampfes gegen den faschistischen Terror. Der rote Massenselbstschutz im Rahmen der Antifaschistischen Aktion ist heute bereits eine Bewegung, die viele Hunderttausende klassenbewußter Arbeiter fest zusammenschweißt und sich auf die aktive Sympathie von Millionenmassen stützt. Wie war es möglich, daß in so kurzer Frist, im Laufe von zwei Monaten, eine solche wuchtige Massenbewegung erwachsen konnte?

Wir haben schon in der Vergangenheit häufig das Problem der Schaffung von Häuserschutzstaffeln oder Betriebswehren aufgerollt und entsprechende Losungen formuliert. Obwohl diese Losungen auch damals richtig und den Bedürfnissen der Situation angemessen waren, hatten sie doch auch nur sehr vereinzelt Erfolg, während wir jetzt schon im Laufe der ersten beiden Monate der Antifaschistischen Aktion einen ernsten Durchbruch in dieser Frage erzielten. Die Erklärung hierfür besteht neben den günstigen objektiven Bedingungen darin, daß wir die Propaganda des roten Massenselbstschutzes jetzt auf dem Boden einer wirklichen Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten durchführten, während früher diese systematische Anwendung einer der wichtigsten Methoden der leninistischen Politik in unserer revolutionären Massenarbeit vernachlässigt wurde.

Nun wäre es angesichts der gegenwärtigen verschärften putschistisch-terroristischen Aktionen der Hitlerpartei, angesichts der Ereignisse in Königsberg, Schlesien, Schleswig-Holstein, Braunschweig usw. zweifellos falsch, die Bedeutung des Massenkampfes gegen den faschistischen Terror für die Zukunft auch nur im mindesten zu unterschätzen. Hier zeigt sich der große Heroismus des deutschen Proletariats, das sich nicht einschüchtern läßt, sondern wuchtig vorwärts marschiert. Dieser Massenkampf gegen den faschistischen Terror bleibt eine entscheidende Aufgabe des revolutionären Kampfes, ja, wir müssen auf diesem Gebiete der Antifaschistischen Aktion unsere Anstrengungen noch steigern, die im Massenselbstschutz erfaßten Massen noch vervielfachen, weitere Millionen durch die Antifaschistische Aktion in die Front dieses revolutionären Massenkampfes einbeziehen. Wir müssen deshalb vor allem auch unsere ideologische Offensive gegen die Hitlerpartei entfalten. Es gilt, unseren Kampf gegen den Lausanner Pakt /23/ auf der Linie unserer Freiheitspolitik zu steigern, um auch in der nationalen Frage unseren Kampf gegen den Nationalsozialismus gesteigert fortzuführen. Auch hier gibt es erste, noch zu langsame Fortschritte.

Aber diese selbstverständlichen Feststellungen dürfen uns keinesfalls abhalten, die großen Schwächen zu übersehen, die sich bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik nach wie vor auf einem anderen Gebiet der Massenarbeit ergeben. Und dieses Gebiet – die Betriebsarbeit – muß im Mittelpunkt unserer gesamten revolutionären Arbeit stehen. Gerade auf diesem Hauptgebiet unserer Arbeit gibt es aber noch immer ein sehr ernstes Zurückbleiben. Die Einheitsfronttaktik im Betrieb als Methode der Kampfmobilisierung liegt nach wie vor, von einigen besonderen Ausnahmen abgesehen, völlig im argen. Neben diesem wichtigsten Mangel bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik, die im gleichen Heft der «Internationale» in einem Artikel des Genossen Florin behandelt wird, wirkt sich auch im übrigen die gesamte Schwäche unserer Betriebsarbeit aus. Auch auf diesem Gebiet müssen wir, wenn wir die Beschlüsse des Februarplenums des Zentralkomitees wenigstens nachträglich in die Tat umsetzen wollen, neue, konkrete Methoden zur Anwendung bringen, wie wir sie mit der Antifaschistischen Aktion auf dem Gebiet des Massenkampfes gegen den faschistischen Mordterror bereits erzielt haben . . .

Die Fortführung der Antifaschistischen Aktion nach dem 31. Juli kann nicht darin bestehen, die bisherigen Methoden einfach beizubehalten. Wir müssen die Antifaschistische Aktion auf allen Gebieten der revolutionären Arbeit und Politik steigern. Wir müssen eine neue, höhere Etappe der Antifaschistischen Aktion in die Tat umsetzen.

Und diese neue, diese zweite, diese höhere Etappe der Antifaschistischen Aktion muß im Zeichen der Eroberung der Betriebe stehen, um sie reif für den politischen Massenstreik zu machen, um die ökonomischen und politischen Kämpfe auf breitester Massengrundlage in allen Formen zu entfalten und erfolgreich zu führen.

Darum haben wir uns die Aufgabe gestellt, diese zweite Etappe der Antifaschistischen Aktion im Zeichen der zentralen Losung durchzuführen: Tragt die Antifaschistische Aktion in die Betriebe! Im Sinne dieser Losung hat das Zentralkomitee bereits für die Wochen vom 14. August bis 4. September Antifaschistische Betriebskampfwochen angesetzt, auf die es alle Kräfte der Partei und der revolutionären Arbeitermassen zu konzentrieren gilt.

Aber darüber hinaus müssen wir in unserer gesamten Arbeit, im inneren Leben der Partei und in ihrer täglichen Praxis wie an allen Fronten des Massenkampfes, jene Umstellung vollziehen, deren Wesen darin besteht, das Schwergewicht unserer Arbeit in die Betriebe zu verlegen und dort immer mehr zu verankern. Man braucht kaum erst darauf hinzuweisen, daß diese Umstellung, bei der auch die große Rolle der Betriebszeitungen und [der] Arbeiterkorrespondenten betont werden muß, auch vom Standpunkt des drohenden Parteiverbots eine brennende Notwendigkeit ist. Man braucht auch nicht erst umständlich zu beweisen, wie dringend diese Aufgabe angesichts der neuen ökonomischen Hungeroffensive des Kapitals gegen Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten ist.

Die kapitalistische Offensive der letzten Jahre begann mit dem Schlichtungsangriff auf die differenzierten Löhne, wurde mit dem Lohnraub durch Notverordnungen fortgesetzt und soll jetzt unter Zerschlagung des Tarifwesens, Einführung von Werktarifen und faschistischen «Lohnämtern» ungeheuerlich gesteigert werden. Hier erwachsen der Partei, der RGO und den roten Verbänden gewaltige Aufgaben.

Gegen die neue Hungeroffensive stellen wir unsere Losung: Duldet keinen Lohn-, Gehalts-, Renten- und Unterstützungsraub! Gegen die Arbeitsdienstpflicht, gegen die Aufziehung von Streikbre-

23 Auf der Lausanner Konferenz vom 16. Juni bis 9. Juli 1932 wurde die Frage der Reparationszahlungen Deutschlands an die imperialistischen Siegermächte des ersten Weltkrieges neu geregelt.

chergarden durch die[se] Zwangsarbeit stellen wir den Kampf um die bessere Mobilisierung der Jugend, wobei die Partei dem Jugendverband helfen muß.

Die gesamte Situation und die unmittelbare Perspektive der Entwicklung erfordern es von uns, in der Frage der Eroberung der Betriebe für den revolutionären Kampf, in der Frage der Streikmobilisierung der Betriebsarbeiterschaft rasch und entscheidend vorzustoßen. Solche Beispiele wie der belgische Bergarbeiterstreik müssen anfeuernd wirken. Was wir jetzt brauchen, das ist neben der RGO die wirkliche Schaffung einer breiten Oppositionsbewegung in den freien und christlichen Gewerkschaften unter Einbeziehung sozialdemokratischer und freigewerkschaftlicher Arbeiter und die verstärkte Organisierung der aktiven Erwerbslosenbewegung. Unter der Losung des Ausschlusses aller Nazis aus den Gewerkschaften und der Wiederaufnahme aller ausgeschlossenen revolutionären Arbeiter müssen wir vorstoßen.

Die KPD vereinigt in ihrer Anhängerschaft heute, wie der 31. Juli gezeigt hat, etwa ein Drittel des Proletariats. In einigen der wichtigsten industriellen Bezirke, so im Ruhrgebiet, steht annähernd die Mehrheit der Arbeiterschaft politisch in unserem Lager. Die objektiven Voraussetzungen dafür, in den Betrieben die Führung der Arbeiterschaft zu gewinnen, die Arbeiter in den Kampf zu bringen und diesen Kampf zum ernsthaften Erfolg zu führen, sind gegeben. Alles hängt von unserer Politik, von unserer Initiative, von unserem Elan, von unseren richtigen Methoden ab.

Herbert Warnke
Erinnerung

Auch sein Verhältnis zur Familie war das eines Arbeiters zu Frau und Kind. Wiederholt – ich erinnere mich besonders an eine große Demonstration in Hamburg – nahm er seine kleine Tochter mit, und sie durfte neben ihm marschieren. Man spürte: Die wenige freie Zeit, über die er verfügte, gehörte der Familie. Einmal, an einem Sonntag, fuhr ich in der Hamburger Hochbahn zu Bekannten und schaute dabei durch das Fenster in die Straßen der Stadt. Plötzlich spürte ich einen kurzen Schlag auf der Schulter – Ernst Thälmann, auf dem Kopf seine charakteristische Mütze, wie sie fast alle Hamburger Hafenarbeiter (auch ich) trugen, stand vor mir, seine Tochter Irma an der Hand. Wahrscheinlich machte ich ein verdutztes Gesicht, ihn so plötzlich zu sehen, denn er lächelte darüber. Einige kurze Worte – wie es mir gehe, wohin ich wolle –, dann hielt der Zug, und er mußte aussteigen.

Ernst Thälmann besaß eine ausgeprägte Fähigkeit, aufmerksam die Meinungen der Arbeiter anzuhören. Er war nicht nur bemüht, die Arbeiter zu führen, sondern immer bereit, von ihnen zu lernen. Er kannte ihre Meinungen und Stimmungen außerordentlich gut, und das half, ihn zur richtigen Führung der Partei zu befähigen. . .

Meine letzte Erinnerung an den Genossen Ernst Thälmann fällt in den Sommer des Jahres 1932. Zu dieser Zeit fand eine Sitzung des Zentralkomitees statt, und anschließend führte Ernst Thälmann gemeinsam mit anderen Mitgliedern des Politbüros eine Aussprache mit Vertretern der Bezirksleitungen der Partei durch. Ich war damals Mitglied des Sekretariats der Bezirksleitung Weser/Ems der KPD und für die Gewerkschaftsarbeit in diesem Bezirk verantwortlich. Genosse Robert Stamm, der damalige erste Sekretär unserer Bezirksleitung (er wurde fünf Jahre später von den Nazis hingerichtet), berichtete kurz über den Stand der Parteiarbeit. Genosse Ernst Thälmann hörte interessiert zu und stellte mitunter einige kurze Fragen, die immer den Kern der Sache betrafen: die Haltung der Arbeiter, besonders der Hafen-, Werft- und Textilarbeiter dieses Bezirkes gegenüber den Angriffen der Regierung, die im Interesse der Herrschaft der Konzernherren durch Notverordnungen die sozialen und demokratischen Rechte der Arbeiter systematisch abbaute. Nach Beantwortung dieser Fragen erklärte er uns, wie in den Betrieben, in den Gewerkschaften und auf den Stempelstellen der Kampf gegen den Raubzug der Großkapitalisten auf die Lohntüten der Arbeiter mit dem Kampf gegen die faschistische Gefahr verbunden werden muß.

Niemand konnte so gute, konkrete Vorschläge für die Verbesserung der Gewerkschaftsarbeit machen wie Ernst Thälmann; und diese Vorschläge liefen alle in der Richtung der Entfaltung der gewerkschaftlichen Demokratie, damit die Stimme der Arbeiter im Kampf gegen Ausbeutung und Not, gegen den drohenden Faschismus um so kräftiger zu Gehör komme und die Aktionseinheit der Arbeiter hergestellt werde.

Wladimir Wassiljewitsch Kowanow
Erinnerung

An einem Tag im September 1932 wurden wir zu einer Aktivtagung der Stadtkomsomolorganisation eingeladen. «Unter dem Siegel der Verschwiegenheit» erfuhren wir, daß Ernst Thälmann sprechen wird. Es ist schwer, die Aufregung wiederzugeben, mit der wir diese Begegnung erwarteten. Der große Saal reichte nicht aus, um alle aufzunehmen, die den Führer des deutschen Proletariats sehen und hören wollten. Lange vor Beginn der Aktivtagung waren alle Gänge und Fensterbretter besetzt. Ich hatte das Glück, noch ein Plätzchen im Saal in der Nähe der Tribüne zu ergattern. . .

Die Jugend empfing Genossen Thälmann mit Begeisterung. Stürmischer Applaus, Rufe: «Es lebe Thälmann!», «Es lebe die Revolution in Deutschland!», «Rot Front, Rot Front!» tönten durch den Saal.

Da ging Thälmann zur Tribüne, hob lächelnd seine Hand, und der Lärm ebbte ab.

Vor uns stand ein stämmiger, breitschultriger Mensch. Der weiße offene Hemdkragen ließ einen sonnenverbrannten, muskulösen Hals frei. Alles deutete darauf hin, daß ihm körperliche Arbeit nicht unbekannt war. Der klare Blick, das scharfgezeichnete Kinn und die Mundpartie brachten einen starken Willen zum Ausdruck.

Thälmann sprach ruhig, mit einer etwas scharfen Stimme, ohne Effekthascherei, nur ab und zu machte er eine kleine Handbewegung, als wolle er seine Worte unterstreichen. Seine Rede aber war so logisch und beweiskräftig, von ihr ging eine solch ruhige Kraft aus, daß sie eine unwiderstehliche Wirkung auf die Zuhörer ausübte.

Besonders überzeugt sprach der Redner von der Bedeutung, die die Erfolge des Landes, der Aufbau des Sozialismus, für die internationale Arbeiterbewegung haben. Er sprach darüber, daß das deutsche Volk sein Glück nur in Freundschaft mit dem Sowjetvolk erreichen kann. Fest eingeprägt haben sich im Gedächtnis seine Worte: Wenn die deutschen Arbeiter 1918 eine solche Partei gehabt hätten, wie sie das Proletariat Rußlands besaß, wäre das deutsche Volk, das deutsche Proletariat denselben Weg gegangen wie die russischen Arbeiter.

Thälmann erzählte von der schweren wirtschaftlichen Lage der Werktätigen in Deutschland, von der Arbeitslosigkeit, davon, welch gefährliches Spiel die Monopolisten mit der von ihnen angefachten Revanchepsychose trieben... «Der Kampf gegen den Faschismus», fuhr Thälmann fort, «ist die Hauptaufgabe der deutschen Kommunisten, der Kommunisten aller Länder. In diesem Kampf müssen sich alle progressiven Kräfte in einer Einheitsfront zusammenschließen.»

Deutlich waren in dem still gewordenen Saal die Worte zu hören von der revolutionären Pflicht der deutschen Kommunisten, von ihrer Bereitschaft, für das werktätige Volk jedes Opfer zu bringen. «Welch schwere Prüfungen uns auch bevorstehen mögen», sagte Thälmann, «wir Kommunisten werden unsere Pflicht erfüllen.»

Aus dem Referat
auf der 3. Parteikonferenz der KPD
in Berlin am 15. Oktober 1932

Wir haben in den letzten Monaten in zwei Fragen einen großen Durchbruch, einen entscheidenden Fortschritt zu verzeichnen, den wir sehen müssen, ohne die noch immer vorhandenen Mängel und Schwächen zu verkleinern: zuerst durch die Antifaschistische Aktion einen großen Fortschritt in der Frage der Anwendung der Einheitsfrontpolitik von unten auf dem Gebiet des antifaschistischen Massenkampfes gegen den faschistischen Terror – ich brauche über die große Bedeutung dieses Erfolges nicht viele Worte zu verlieren – und dann in den letzten Wochen den Beginn eines Durchbruchs in der Frage der Wirtschaftskämpfe, die begonnene Streikwelle mit ihren Erfolgen für die revolutionäre Bewegung. Diese beiden entscheidenden Schritte auf dem Wege der Wendung zur Massenpolitik, der Wendung zu einer bolschewistischen Kampfpolitik der Partei wären undenkbar, wenn wir nicht in einer entscheidenden Frage Hemmungen aus der Vergangenheit überwunden und die Offensive ergriffen hätten: in der Frage der Einheitsfronttaktik!

Wir haben auch in der Vergangenheit Agitation für Streikkämpfe getrieben, wie jetzt nach der September-Notverordnung. Aber damals konnten wir mit unseren Losungen nur verhältnismäßig kleinere Massen in Bewegung setzen, sowohl beim Massenselbstschutz wie auch erst recht in der Frage der Wirtschaftskämpfe.

Warum hatten wir jetzt einen stärkeren, wuchtigeren Erfolg mit unseren Losungen? Einmal sind die objektiven Verhältnisse für die Verstärkung des Klassenkampfes selbstverständlich günstiger geworden. Der Grad der Ausbeutung, der Ausplünderung der Massen bis aufs letzte ist gestiegen. Der faschistische Terror hatte besonders blutige Formen angenommen. Aber diese objektiven Voraussetzungen allein erklären unsere wachsenden Erfolge nicht. Hier ist noch eine andere, für uns wichtigere Ursache. Und das ist die Tatsache, daß es uns gelungen ist, die vom Februarplenum des ZK geforderte Wendung zu einer wirklichen Massenpolitik, zu einer Politik der Führung der Kämpfe und Aktionen der Massen unter breitester Entfaltung der Einheitsfrontpolitik von unten erfolgreich in Angriff zu nehmen. Das ist es, was wir unterstreichen müssen, ohne irgendwie in Schönfärberei oder Selbstgenügsamkeit zu fallen.

So große Möglichkeiten für die Steigerung der mächtigen Welle des proletarischen Widerstandes durch unsere revolutionäre Massenpolitik wie gegenwärtig waren selten vorhanden. Nehmen wir den Umfang der Streikbewegungen gegen Notverordnung und Lohnabbau in der Zeit vom 16. September bis 13. Oktober. Von der RGO sind 447 Streiks in dieser Zeit registriert worden. Davon wurden mit vollem Erfolg 228 beendet, mit Teilerfolgen 16, ohne Erfolg 30, mit unbekanntem Ausgang 173. In Wirklichkeit ist die Zahl der erfolgreichen Streiks weit größer. Ein bürgerliches Berliner Mittagsblatt spricht sogar davon, daß 80 Prozent aller Streiks erfolgreich verliefen.

Bei diesen Streiks ist interessant, daß die Mehrzahl in Metallbetrieben stattgefunden hat, danach in Textilbetrieben und dann in der Bauindustrie. Bezeichnend ist, daß sich unter den Streiks keine Bergarbeiterstreiks befunden haben. Die große Anzahl der Streiks in den Metallbetrieben erklärt sich aus dem starken Lohnabbau bei den qualifizierten Arbeitern, der Radikalisierung der organisierten Arbeiter und der Tatsache, daß die reformistische Bürokratie unter dem Massendruck manövrieren mußte und manche Streiks sanktionierte, um nach Möglichkeit die Führung an sich zu reißen. In den Bergbaubetrieben ging das Unternehmertum zu der Taktik über, meistens die Tarife zu verlängern. Nur an relativ wenigen Stellen wurde mit dem Lohnraub auf Grund der Notverordnung begonnen. Die Ursachen dafür sind, daß die Bergarbeiter bisher am schnellsten und heftigsten auf Lohnraub durch Streik geantwortet haben, daß Streiks im Bergbau das Signal für andere Industriegruppen abgeben könnten und die Bourgeoisie erst die anderen Industriegruppen «erledigen» wollte, um dann an die Kumpels heranzugehen.

Bei der Betrachtung der Größe der bestreikten Betriebe ergibt sich nach einer Erhebung, daß es sich bei rund 60 Prozent um Kleinbetriebe und kleinere Mittelbetriebe, bei etwa 30 Prozent um größere Mittelbetriebe und bei knapp 10 Prozent der bestreikten Betriebe um Großbetriebe handelt. Unsere entscheidenden Schwächen sind demnach immer noch in den Großbetrieben, den wichtigsten Schlüsselpunkten der kapitalistischen Produktion, vorhanden...

Nun einige Worte zur politischen Bedeutung der ganzen Streikwelle. Ich will dabei nur die wichtigsten Faktoren andeuten:

1. Es ist uns zum erstenmal gelungen, eine wirkliche, breite Kampfwelle gegen die Durchführung einer Notverordnung der Bourgeoisie zu entfesseln und damit die Durchführung eines ziemlich umfassenden Programms des Finanzkapitals zunächst zu einem großen Teil zu verhindern.

2. Seit langer Zeit ist sich die Arbeiterklasse zum erstenmal wieder ihrer gewaltigen Kraft bewußt geworden. Die reformistische Ideologie, wonach man in der Krise keinen Streik führen kann, wonach die Erwerbslosen eine Streikbrecherrolle spielen und gegen den mit Notverordnungen diktierten Lohnabbau nicht gekämpft werden dürfe, ist durch die Praxis widerlegt.

3. Breite Massen haben zum erstenmal praktisch erkannt, daß Erfolge nur im Kampf errungen werden können, wie es die Kommunisten und die RGO stets gesagt haben.

Aus dem Schlußwort
auf der 3. Parteikonferenz der KPD
in Berlin am 17. Oktober 1932

Wir sahen, daß im Vergleich mit dem Tempo der Formierung und Konzentration der Klassenkräfte der Bourgeoisie in der Richtung der faschistischen Diktatur das Tempo des revolutionären Vormarsches

ein langsameres war. Allerdings zeigt sich bereits ein beginnender ernster Umschwung im Vormarsch des Proletariats. Wir müssen sehen, daß das aktive Auftreten der Arbeiterschaft in der großen Massenwelle des antifaschistischen Massenkampfes und in den jetzigen Wirtschaftskämpfen, im Kampf gegen die Notverordnung, im Kampfe gegen das Papen-Programm, in der Erzielung materieller Erfolge, daß unsere gesamte Offensive der Politik der Papen-Regierung ernste Hindernisse in den Weg legt und die Durchführung des Programmes der Bourgeoisie zwar noch nicht verhindert, aber entscheidend erschwert.

Wir müssen auch sehen, daß durch unsere Offensive bereits ein Stillstand und sogar ein beginnender Rückgang der Nazibewegung zu verzeichnen ist. Eine weitere wichtige Tatsache besteht darin, daß die revolutionäre Ideologie in die Massen des ADGB und in die Reihen der Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei immer stärker eindringt.

Das XII. Plenum stellte sehr richtig fest, daß sich sowohl in Deutschland als auch in anderen großen kapitalistischen Ländern eine stärker werdende chauvinistische Welle bemerkbar machte. Die Kriegsgefahr zwischen Deutschland und Frankreich und zwischen Deutschland und Polen bekommt einen ernsthaften Charakter. Der deutsche Imperialismus betreibt eine Abenteurerpolitik gegenüber den Mächten des Versailler Systems. Wir müssen sehen, daß sich mit dieser Kriegspolitik der deutschen Bourgeoisie, mit dem wachsenden Kontrast zwischen den Rüstungsausgaben und der großen, gewaltigen Not, ähnlich wie bei der Panzerkreuzerfrage, breitere Antikriegsstimmungen in den Massen bemerkbar machen, wie wir das heute bereits schon in Frankreich sehen. Damit ist eine neue Situation mit neuen Bedingungen gegeben. Wir können zum offensiven Frontalangriff gegen Chauvinismus und Nationalismus übergehen. Wir können und wir müssen stärker die Frage unseres revolutionären Internationalismus in den Vordergrund stellen.

Die enge Kampfgemeinschaft und solidarische Kampfverbrüderung zwischen dem deutschen und [dem] französischen Proletariat ist ein wichtiger Faktor unseres Kampfes gegen Versailles. Wir müssen die nationale Frage heute viel entschiedener im Zusammenhang mit der Frage des proletarischen Internationalismus aufrollen. Wir müssen den Massen zeigen: Ihr seht den Chauvinismus der Bourgeoisie! Ihr seht das Treiben der Militärs in Deutschland! Ihr seht aber auch, daß die Knechtschaft sich vertieft, daß die Ausbeutung und Ausplünderung zunimmt! Und wir müssen den Massen sagen, daß nur unter dem Banner des proletarischen Internationalismus, nur durch die Arbeiter-und-Bauern-Republik das Versailler System zertrümmert wird.

Wir müssen den Massen zeigen, daß gerade im Zusammenhang mit den nicht zu trennenden Fragen der sozialen und [der] nationalen Befreiung die engste Klassengemeinschaft, die Klassensolidarität der deutschen, französischen und polnischen Arbeiter gegen die deutsche, französische und polnische Bourgeoisie notwendig ist. Darum die gemeinsame Aktion unserer Partei mit den französischen Arbeitern gegen Versailles. Darum unser Plan einer großen Kampagne im Zeichen des proletarischen Internationalismus, darum unsere Direktive, daß wir unmittelbar mit dieser Kampagne beginnen müssen. . .

Verbindung mit den Massen! Verbindung mit den Massen, darauf kommt es an! Unsere russische Bruderpartei führte die siegreiche Oktoberrevolution im Jahre 1917, indem sie mit den Massen verbunden war. Der sozialistische Siegeszug wurde gemeinsam mit den Massen durchgeführt, unsere bolschewistische Bruderpartei ist gewachsen mit den Massen, sie schlug mit ihnen die Bourgeoisie und die Feinde in den eigenen Reihen. Die Verbindung der Partei mit den Massen, das ist das Grundproblem, das unsere Genossen sehen müssen. Bei prinzipieller Reinheit, bei größter Elastizität und Beweglichkeit, bei einer starken Autorität der Führung sind Fehler viel leichter zu überwinden als bei einer Starrheit und Unbeweglichkeit. Für jede konkrete Situation gelten je nach Bezirk, Ort und so weiter oft andere Methoden, durch die wir die Verbindung mit der Masse herstellen. Es gibt eben kein allgemeines Rezept unserer Einheitsfrontpolitik und -taktik . . .

Wenn wir in Belegschafts-, Gewerkschaftsversammlungen und so weiter zum Problem des imperialistischen Krieges Stellung nehmen und diese Fragen vor den Massen aufrollen wollen, müssen wir unsere Methoden verbessern. Das gilt auch für die Frage des Herankommens an die christlichen Arbeitermassen. Wir kommen auf diesem Gebiet nicht vorwärts, wenn wir die Frage der Religion in den Vordergrund rücken, wir müssen von der sozialen Frage ausgehen. Auf dem christlichen Gewerkschaftskongreß in Düsseldorf traten die starken Gärungen, besonders unter der Jugend, sehr stark zutage. Minister Schäffer, der dort sprach, wurde niedergeschrien. Das zeigt den wachsenden Druck der christlichen Gewerkschaftsmitgliedermassen. Die Gärung kam auch durch besondere Losungen zum Ausdruck, wie zum Beispiel «Keine billige Arbeitskraft, sondern Tariflohn» – «Gleiche Leistung, gleicher Lohn» – «Not, Not, Not, das Schicksal der werktätigen Jugend».

Wir müssen durch unsere Einheitsfront- und Massenpolitik verstehen, die revolutionäre Kampfesideologie im Kampfe gegen die Kapitalsoffensive, den Faschismus und die Kriegsgefahr zu verstärken.

Aus einer Entschließung der 3. Parteikonferenz der KPD in Berlin vom 18. Oktober 1932

Die Parteikonferenz, zusammengesetzt in ihrer überwiegenden Mehrheit aus den Vertretern der wichtigsten Betriebe in ganz Deutschland, bringt die tiefe Verbundenheit und das unerschütterliche Vertrauen der gesamten Parteimitgliedschaft und darüber hinaus der revolutionären Arbeitermassen Deutschlands zum Zentralkomitee der KPD unter der Führung des Genossen Ernst Thälmann zum Ausdruck. Die Geschichte unserer Partei, ihre Vorwärtsentwicklung zu einer bolschewistischen Kampfpartei, ist aufs engste verbunden mit der rastlosen theoretischen und praktischen Arbeit des Genossen Thälmann . . .

Die Parteikonferenz spricht im Namen der gesamten Partei die tiefe Genugtuung aller Kommunisten darüber aus, daß unsere Partei im krassen Widerspruch zu der Kluft zwischen Masse und Führer in allen übrigen Parteien stolz sein kann auf ihre Führung, auf das ZK, an dessen Spitze ein revolutionärer Arbeiter steht, der allen klassenbewußten Arbeitern ein Vorbild ist.

Das Sekretariat des ZK der KPD

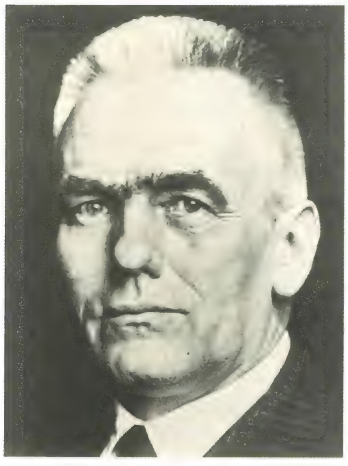
Plakat der KPD zur Reichstagswahl am 31. Juli 1932

Die Mitglieder des Sekretariats

John Schehr

Ernst Thälmann

Walter Ulbricht



Wilhelm Pieck

Die Kandidaten des Sekretariats

Wilhelm Florin

WENN WIR DEUTSCHEN ARBEITER UND BAUERN REGIEREN

Wir öffnen die Betriebe weit —
Vorbei die Arbeitslosigkeit.

Der Boden wird Dein, Bauersmann.
Die neue Erntezeit fängt an!

Die Banken sind von uns bewacht.
Wir sind der Staat. Wir sind die Macht.

Wir tuen kund am ersten Tag:
Schluss mit Versailles, dem Raubvertrag!

Kein Pfennig euch, ihr Fürsten, mehr!
Für euch sind unsere Kassen leer.

Wir holen uns den Ueberfluss,
Dass keiner von uns hungern muss.

Dass keiner obdachslos mehr sei,
Wir machen für euch Wohnungen frei.

Musik, Theater, Lesehallen:
Bildung und Kunst gehören allen.

Kämpft mit uns, reicht euch fest die Hand
Arbeiter — Bauer in Stadt und Land!

KOMMUNISTEN

FÜR EINE ARBEITER UND BAUERN REPUBLIK

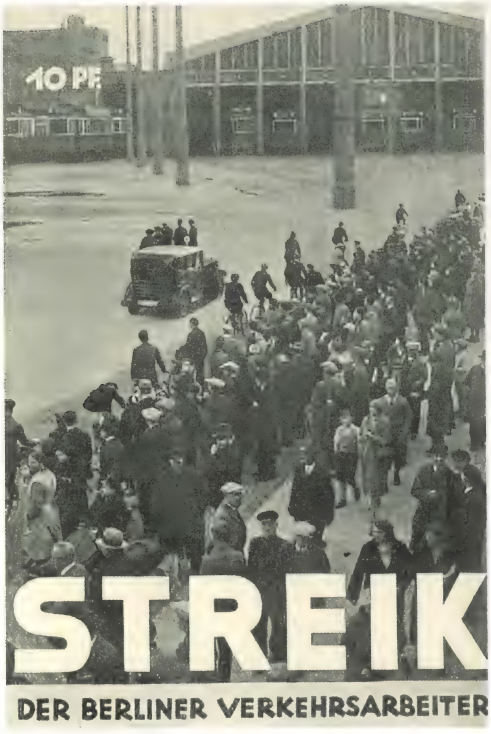
WÄHLT LISTE 3

Gegen Lohnraub

Streikposten vor dem Straßenbahndepot in Berlin-Spandau, November 1932

Kleinbauern des Sauerlandes übergeben den streikenden Arbeitern der Fabrik Wippermann in Hagen Solidaritätsspenden, Oktober 1932

Umschlagseite einer Broschüre über den BVG-Streik vom 3. bis 7. November 1932



Flugblatt der KPD, 1932

Nur gemeinsam können wir erfolgreich gegen die Vorbereitung eines imperialistischen Krieges kämpfen

Aus den Gefängnisaufzeichnungen

Der Nationalismus . . . kann als die kleinbürgerliche Hintertür betrachtet werden, durch welche man die soziale Erbitterung ins Haus der Reaktion lockt.

Aus der Rede in Paris am 31. Oktober 1932

Diesseits und jenseits der Grenze versucht die Bourgeoisie, den Massen vorzutäuschen, daß der Feind des Arbeiters nicht die Kapitalistenklasse im eigenen Lande samt ihren Stützen und Agenten, sondern der Werktätige jenseits der Grenzpfähle sei. Wir Kommunisten sagen euch französischen Arbeitern und werktätigen Volksmassen: Euer Leidensgefährte in Deutschland, der dortige Arbeiter und Bauer, ist nicht euer Feind, sondern euer natürlicher Bundesgenosse! Ebenso sagen wir den deutschen Werktätigen, daß der französische Arbeiter und Werktätige niemals ihr Feind, sondern ihr Klassengenosse und Kamerad ist!

Nichts, nichts verbindet uns, die Vertreter der Arbeiterklasse Deutschlands, mit der deutschen Bourgeoisie, mit den deutschen Kapitalisten. Die deutschen Kapitalisten unterdrücken uns. Sie nehmen den Massen, was sie ihnen nehmen können. Sie wenden die unerträglichsten Methoden brutaler Diktatur gegen die Massen an. Sie versuchen, dem Volk die letzten politischen Rechte, jede Spur von Freiheit, jede noch so geringe soziale Errungenschaft zu rauben. Die deutschen Kapitalisten sind unsere Todfeinde!

Alles verbindet uns, die Vertreter der Arbeiterklasse Deutschlands, mit euch, den Arbeitern, den Werktätigen, den ausgebeuteten Massen des französischen Volkes.

Nur gemeinsam können wir – ihr mit uns und wir mit euch – das barbarische kapitalistische System und die brutale bürgerliche Klassenherrschaft niederringen.

Nur gemeinsam können wir, verbunden durch den proletarischen Internationalismus, durch den Sieg über die Kapitalisten, durch den erfolgreichen Kampf für die soziale Befreiung der Werktätigen zugleich die nationale Befreiung vom Versailler Joch erkämpfen.

Nur gemeinsam können wir erfolgreich den Kampf gegen die Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges durchführen und durch den Sieg der Arbeiterklasse die Geißel des imperialistischen Krieges von den Massen nehmen!

Lucien Monjauvis
Erinnerung

Etwa 8000 Personen füllten den Saal, aber ebenso viele standen auf der Straße, weil sie keinen Platz mehr im Raum des Meetings gefunden hatten: Auf dem Boulevard du Port Royal und in der kleinen Straße, die heute den Namen von Henri Barbusse trägt, wo der Eingang zum Saal war. Die Polizei versuchte, die Menge auf den Straßen zu zerstreuen. Ich hatte den Auftrag von der Parteiführung, auf jeden Fall zu verhindern, daß Polizisten in den Saal dringen und so die Sicherheit Ernst Thälmanns gefährden konnten. Meinen Ausweis als Parlamentsabgeordneter zeigend, stellte ich mich vor den Reihen der Arbeiter der anrückenden Polizei entgegen.

Gaston Auget
Erinnerung

Nur vor dem Podium, auf dem die Mitglieder des Präsidiums Platz genommen hatten, gab es einige Stuhlreihen – für Arbeiterveteranen und Ehrengäste. Alle anderen standen Kopf an Kopf. Arbeiterlieder waren gesungen worden, die Agitpropgruppe FTOF hatte mit Sprechchören an die revolutionären Erhebungen in Frankreich von 1789 bis zur Kommune von Paris erinnert, Marcel Cachin hatte den 15. Jahrestag des Sieges der Oktoberrevolution gewürdigt.

Da stand Maurice Thorez auf und kündigte an, daß wir eine Überraschung erleben würden. Das Licht ging plötzlich aus. Im Saal war es ganz still. Dann wurden die Lampen wieder angezündet, und neben Maurice Thorez stand die hohe Gestalt von Ernst Thälmann, der durch einen Seiteneingang an den Präsidiumstisch geführt worden war. Ein Sturm der Begeisterung brach los. Die Ovationen wollten nicht enden. Immer wieder wurde «Rot Front!» gerufen, und die «Internationale» erklang. Ernst Thälmann sprach wie ein großer Tribun mit ruhiger und zugleich starker Stimme.

Aus der Rede in Berlin am 1. November 1932

Genossinnen und Genossen, werktätige Frauen, werktätige Jugend! Im Namen der großen revolutionären Massenkundgebung des Pariser Proletariats, im Namen der revolutionären Arbeiterschaft Frankreichs, im Namen ihrer Führerin, der KPF, überbringe ich euch hiermit die besten revolutionären Kampfesgrüße.

Das Auftreten eines Vertreters des Zentralkomitees der KPD in Paris, im Lande des französischen Imperialismus, in jener Stadt, in deren nächster Nähe das Versailler Schanddokument gebraut wurde, und die Antworten des Führers der Kommunistischen Partei Frankreichs, des Genossen Maurice Thorez, sowie des alten, ehrwürdigen Kampfgenossen Cachin auf die Ausführungen des Vertreters der deutschen revolutionären Arbeiterschaft haben eine gewaltige internationale und historische Bedeutung.

Die Gegensätze zwischen dem deutschen und französischen Imperialismus spitzen sich aufs schärfste zu. Jahrelang ist die chauvinistische Welle in Deutschland gewachsen. Mit heimtückischem Raffinement hat es die Bourgeoisie verstanden, breite Massen von Werktätigen vom Kampf gegen das verfaulende kapitalistische System, diese Wurzel des Massenelends, auf den Kampf gegen den «äußeren Feind» abzulenken. Den deutschen Arbeitern wurde eingeredet, daß nicht die deutschen Kapitalisten ihre Feinde seien, sondern die französischen Leidensgenossen, die unterdrückten Proletarier und armen Bauern.

Den französischen Klassengenossen redete die dortige Bourgeoisie ein, die deutschen Werktätigen hätten die Schuld an ihrem durch Krieg, Kriegsverwüstung und Krise verschuldeten Elend. Aber das Pariser werktätige Volk, die armen Bauern Frankreichs haben uns klar gesagt, sie hätten keinen Nutzen vom Versailler Diktat, sondern nur die französischen Kapitalisten, nur das internationale Finanzkapital!

Gegenwärtig, wo die nationalistische Hetze der Imperialisten in Frankreich und Deutschland eine neue ungeheuerliche Steigerung erfährt, wo der Schwindel der Abrüstungskonferenzen immer offenbarer wird, wo in beiden Ländern diesseits und jenseits der Grenzen der Militarismus verstärkt sein Haupt erhebt, gegenwärtig weisen wir mit großem Stolz auf die gewaltige, international bedeutsame Tatsache hin, daß unsere französischen Kommunisten genau wie wir deutschen Kommunisten vom ersten Tage an gegen das räuberische Versailler Diktat, gegen den Dawes- und [den] Young-Plan gekämpft haben.

Die Pariser Massenkundgebung des revolutionären Proletariats gegen das Versailler Schanddokument demonstriert dem Weltproletariat die brüderliche Kampfgemeinschaft, die unverbrüchliche Solidarität zwischen der deutschen und französischen Arbeiterschaft, sie zeigt unsere gewaltige Stärke, dort, in Paris, gemeinsam kämpferisch aufzutreten, wohin sich die Nationalsozialisten bisher nie vorgewagt haben . . .

Genossen und Genossinnen! Nun noch einiges zu unserer Pariser Reise: Wir fuhren vorbei an Zehntausenden von Kriegergräbern aus der Zeit des Weltkriegsgemetzels von 1914 bis 1918. Besonders gestern, am Vortag des sogenannten Allerheiligen, sahen wir in den katholischen französischen Gegenden Tausende von Menschen nach den Gräbern der Kriegsgefallenen wandern, um dort ihre Kränze niederzulegen. Diese Tatsache gibt mir Veranlassung, die Chauvinisten und die sozialdemokratischen Führer anzuklagen. Sie haben während des Weltkrieges den deutschen und französischen Arbeitersöhnen und Familienvätern im Soldatenrock die Massengräber geschaufelt.

Wir Kommunisten wollen die proletarische Jugend, die zum größten Teil die Leiden und die Not des letzten Weltkrieges nicht mehr miterlebt hat, wir wollen die werktätige Jugend ganz Deutschlands und Frankreichs unter dem roten Banner unseres internationalen Kampfes sammeln! Es ist von größter Bedeutung, daß die kommunistischen Jugendverbände Frankreichs und Deutschlands unser Manifest gegen Versailles mitunterzeichnet haben.

Werktätige Jugend, her zu uns! Nur unter unseren Sowjetfahnen marschiert die Freiheitsarmee gegen Kapitalismus, Faschismus, Hunger und imperialistischen Krieg!

Die französische Botschaft hatte uns das Visum zur Einreise nach Frankreich verweigert. Wir sind trotzdem gefahren und nach Paris gekommen. Wir überwinden alle Schwierigkeiten, die sich unserem revolutionären Massen- und Klassenkampf in den Weg stellen.

Die deutsche Bourgeoisie weigert sich verständlicherweise auch, uns ein Visum zu geben für den revolutionären Ausweg aus der Krise! Aber wir sagen in dieser historischen Stunde, was wir in der gestrigen Kundgebung auch in Paris gesagt haben: Wir werden uns für unseren Freiheitskampf, für unseren Weg zum Sozialismus dennoch unser Visum erzwingen! Wir marschieren stürmisch weiter in der großen internationalen Aktion, ohne das Visum der Kriegshetzer, ohne das Visum von Papen-Schleicher und ohne das Visum der Herriot und Poincaré!

Wir sagen den proletarischen Massen beider Länder: Wir brauchen nur ein Visum, das ist euer Vertrauen, die Kraft und Macht der breiten Massen des werktätigen Volkes.

Drei Etappen zeigt unser Massenkampf in Deutschland: 1. die Entfaltung der Antifaschistischen Aktion; 2. unsere Einheitsfrontaktion gegen die Papensche Notverordnungsdiktatur; 3. die Entfaltung unseres Kampfes gegen das Versailler Raubdiktat auf einer höheren Stufe.

Wir wollen, daß unsere Anti-Versailles-Kampagne besonders anläßlich des zehnten Jahrestages der Ruhrbesetzung – 1923 – 1933 – ihren Höhepunkt erreicht.

Wir sagten gestern in Paris unter anderem: «Proletarier Deutschlands und Frankreichs, vereinigt euch!» Wir fügen heute hier in Berlin hinzu: Ihr sozialdemokratischen, christlichen parteilosen Arbeiter und ihr werktätigen Volksmassen, vereinigt euch! Verbündet euch zum gemeinsamen Kampf! Wenn wir gemeinsam unsere Feinde schlagen, werden wir auch gemeinsam siegen . . .

Wir werden die deutschen und französischen Werktätigen niemals zum Brudermord gegeneinanderhetzen! Wir rufen die werktätige Jugend diesseits und jenseits der Grenzen unter unsere sozialistischen Fahnen!

Wir werden in unseren beiden Ländern nach der Machtübernahme die massenschöpferischen Kräfte des Proletariats und der armen Bauern entwickeln und Seite an Seite mit der Sowjetunion den sozialistischen Aufbau beginnen.

In diesem Sinne proklamieren wir die tiefste internationale Verbundenheit zwischen den deutschen und französischen revolutionären Arbeitern und armen Bauern.

Julian Lenski
Erinnerung

Das polnische Proletariat erinnert sich wohl, daß die revolutionäre Tätigkeit des Genossen Thälmann weit über die Grenzen Deutschlands sich erstreckte. Der Genosse Thälmann verkörperte den proletarischen Internationalismus, organisierte unermüdlich den Kampf gegen die Entfesselung eines imperialistischen Weltgemetzels, für einen wahrhaften Frieden, für den Schutz der Sowjetunion. Genosse Thälmann war die Seele der gemeinsamen Antikriegsaktionen der Arbeiter Deutschlands und anderer Länder. Er war es, der im Oktober 1932 die Werktätigen Deutschlands und Frankreichs zur brüderlichen Aktionseinheit gegen die herannahende Kriegsgefahr aufrief. Vom Genossen Thälmann ging mehrfach die Initiative zu gemeinsamen Aktionen der Kommunistischen Partei Deutschlands und Polens gegen die von den Faschisten beiderseits der Grenze künstlich erzeugte nationalistische Welle aus. Genosse Thälmann war der wahrhafte Wortführer der Kampfessolidarität des polnischen und des deutschen Proletariats.

Genosse Thälmann war auch der engste Freund der Kommunistischen Partei Polens. Seine Rolle in der Bolschewisierung unserer Partei ist allgemein bekannt.

Der Name Thälmann wurde zum Wahrzeichen der antifaschistischen Front in Polen.

In Paris

Ernst Thälmann spricht in der Pariser Kundgebungsstätte Salle Bullier am 31. Oktober 1932

Herriot est parti en Espagne mais il n'a pas échappé à la plume...

l'Humanité

ORGANE CENTRAL DU PARTI COMMUNISTE (S.F.I.C.)

FONDATEUR : JEAN JAURÈS — LE NUMÉRO : 30 CENTIMES

de Jules Rivet : Edouard Herriot le Discrédit lyonnais paraîtra dans l'Humanité à partir du 3 novembre

THAELMANN A PARLÉ HIER A PARIS !

Meeting monstre à Bullier

QUINZE MILLE PROLÉTAIRES ACCLAMENT LE SECRÉTAIRE DU PARTI COMMUNISTE ALLEMAND !

« Vive la Révolution Russe ! »
« A bas le traité de Versailles ! »

Des milliers de travailleurs n'ont pu pénétrer dans la salle

LE DISCOURS DE MARCEL CACHIN

Thaelmann nous dit :

Contre les plans de brigands au Maroc

LES CRIS DE : A BAS LA GUERRE IMPÉRIALISTE ! AMNISTIE ! ONT RÉTENTI AUX OREILLES D'HERRIOT A SON ARRIVÉE A MADRID

200.000 textiles en lutte dans le Lancashire

Cheminots les unitaires vous appellent au front unique !

En Algérie des paysans arabes et kabyles résistent au fisc

TROP DE MONDE

15. Jahrg. / Nr. 200 Preis 10 Pf. Auswärts 15 Pf. Berlin, Dienstag, 1. November 1932

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28, Tel.: B 1 Berolina 5483, Tel.-Adr.: Rotfahne Berlin. Verl.: Verein. Zeitungsverlage GmbH. Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28, Postscheck: Berlin NW 27 970.

Erscheint täglich außer Montag

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Bezugspreis in Berlin u. Orten mit eig. Zustellung: pro Woche 60 Pf., pro Monat 2,60 M. einschl. Trägerlohn, Postbezug pro Monat 2,60 M. zuzügl. Postbestellgeld. Streifband im Inland 4,50 M., im Ausland 4,50 M.

Anzeigenpreis: Die 12gesp. Millimeterzeile 35 Pf.; die 3gesp. Textmillimeterzeile 3,50 M. Arbeiterorganisat.-u. Familienanz.: Millimeterz. 20 Pf. Kleine Anz.: Textwort 20 Pf., Arbeitsschlußw. 30 Pf. Arbeitsmarkt: Wort 5 Pf. Für Inserate, Allgemeine Inseratenannahme Berlin W 9, Schellingstraße 1, Telephon: B 1 1825/26. Schluß der Anzeigenannahme 16 Uhr.

BVG.-Arbeiter! Stimmt für Streik!

Thälmann in Paris

Ueberraschendes Auftreten des Führers der KPD. in einem Massenmeeting der Pariser Arbeiterschaft – Kampfrede gegen die Kriegsrüstungen in Deutschland und Frankreich und gegen das räuberische Versailler System – Vernichtende Abrechnung mit Chauvinismus, Militarismus, Faschismus – Begeisterung der französischen Arbeiter

Die Arbeiterklasse Deutschlands und Frankreichs marschiert in brüderlicher Kampfgemeinschaft — Heraus am 6. November für die Liste 3

Im Zeichen des proletarischen Internationalismus!

Paris, 31. Oktober. (Telegraphischer Sonderbericht der „Roten Fahne".) Am heutigen Montag abend fand in Paris das große Massenmeeting der Kommunistischen Partei aus Anlaß des 15. Jahrestages der russischen Revolution statt. Als Redner war Genosse Marcel Cachin angekündigt. Bei Beginn der Versammlung teilte der Leiter des Meeting unter stürmischem, minutenlangem Jubel der versammelten Pariser Arbeiter die überraschende Tatsache mit, daß der Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands, der rote Präsidentschaftskandidat der deutschen Arbeiterklasse, Genosse Ernst Thälmann, anwesend sei und zunächst über die Fragen der gemeinsamen deutsch-französischen Verbrüderungsaktion im Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr, gegen das Versailler System und gegen die nationalistische Hetze der Bourgeoisie beider Länder sprechen werde. Das Auftreten des Genossen Thälmann in diesem Meeting der Pariser Arbeiterschaft, unweit der Stätte, wo das Versailler Diktat geschaffen wurde, im Herzen des imperialistischen Frankreichs, am Sitz der französischen Regierung, gestaltete sich zu einer überwältigenden Demonstration für die Verbrüderung der Arbeiter Deutschlands und Frankreichs, für den Siegeszug des proletarischen Internationalismus. Unmittelbar nach seiner Rede verließ Genosse Thälmann den Saal. Im Anschluß an die begeistert aufgenommene Uebersetzung der Rede ergriff der Führer der KPF., Genosse Thorez, das Wort, der die historische Bedeutung dieses Auftretens des Genossen Thälmann in Paris vor der französischen Arbeiterschaft würdigte und im Namen der französischen Arbeiter antwortete. Wir bringen morgen die ausführliche Antwort.

Ernst Thälmanns Kampfruf:

Krieg dem imperialistischen Kriege! Nieder mit Versailles!

Kameraden!

Ich überbringe Euch — denen, die hier versammelt sind, und darüber hinaus der ganzen revolutionären Arbeiterschaft von Paris und Frankreich — die heißen, brüderlichen, revolutionären Kampfesgrüße des deutschen Proletariats und seiner revolutionären Avantgarde, der Kommunistischen Partei Deutschlands!

Genossen, diese wenigen Worte hier in Paris, in der Hauptstadt Frankreichs, dort, wo der Gendarm des Versailler Systems in Europa, der französische Imperialismus, seine Staatsmacht zentralisiert hat, haben den Zweck, flammende Anklage zu erheben im Namen von Millionen Arbeitern und Bauern Deutschlands gegen das fluchwürdige Versailler System, gegen den räuberischen Versailler Vertrag.

Wir erheben Anklage gegen die II. Internationale, gegen die Sozialdemokratie als die großen Mitschuldigen [illegible] bei der Annahme und bisherigen Durchführung des Versailler Schandvertrages! Die sozialdemokratischen Führer Hermann Müller und Vandervelde haben neben den Imperialisten der kapitalistischen Regierungen ihre Unterschriften unter das demütigende und entehrende Diktat von Versailles gesetzt.

Genossen, meine kurzen Ausführungen dienen der großen internationalen Aufgabe, hier, in der Stadt von Jean Jaurès, Zeugnis abzulegen für den proletarischen Internationalismus, für die unverbrüchliche Solidarität und die enge, brüderliche, kameradschaftliche Verbundenheit der deutschen und französischen Arbeiter in ihrem gemeinsamen Kampf gegen die kapitalistischen Ausbeuter im eigenen Lande, gegen die deutsche und französische Bourgeoisie, für die Arbeitermacht und den Sozialismus!

Genossen, ich bin hierher, nach Paris, gekommen, um hier, in der Stadt der Kommune von 1871, dieses leuchtenden Fanals der revolutionären Arbeiterbewegung, Anklage zu erheben gegen die kapitalistischen Regierungen unserer beiden Länder, die Regierung Papen-Schleicher in Deutschland und die Regierung Herriot in Frankreich. Gegen die nationalistische Kriegshetze, gegen die militaristische Aufrüstung, gegen die imperialistische Politik der Kriegsvorbereitung, wie sie die deutsche und die französische Bourgeoisie betreiben, haben wir Kommunisten in Deutschland und Frankreich uns im Zeichen des proletarischen Internationalismus unter dem Banner der Kommunistischen Internationale zusammengetan, um unsere internationale Aktion des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg, gegen Chauvinismus und Militarismus und gegen das Versailler System durchzuführen.

Vor wenigen Tagen wurde im Auftrage des Zentralkomitees der KPD. die gemeinsame Proklamation unserer beiden Parteien, der deutschen und französischen Kommunisten, im Ruhrgebiet, dem Lande der Poincaréschen Okkupation des Jahres 1923, der Oeffentlichkeit in Deutschland übergeben. Heute, hier in Paris, will ich gemeinschaftlich mit den verdienten Kämpfern und Kameraden Thorez und Marcel Cachin, gemeinschaftlich mit Euch, den revolutionären Arbeitern von Paris einen weiteren Schritt tun, um die Massen der Werktätigen in Deutschland und Frankreich für unsere internationale Aktion zu mobilisieren.

Gerade die Erinnerung an die Tage der Pariser Kommune muß jeden Proletarier im Geiste der Klassensolidarität und des Klassenkampfes gegen den Feind im eigenen Lande festigen. Damals, als die heldenhaften Kommunarden hier in den Straßen von Paris gegen die Versailler Truppen der Konterrevolution fochten, schloß die französische Bourgeoisie ihr Bündnis mit Bismarck und den preußischen Okkupationstruppen, um die revolutionäre Bewegung in Paris leichter im Blute ersticken zu können. Die herrschende Klasse in beiden Ländern schloß ein Kampfbündnis — wenige Wochen nach Beendigung des Krieges — gegen das aufständische Proletariat. Mit flammender Begeisterung hat damals Karl Marx die Pariser Kommune als das erste geschichtliche Beispiel der Diktatur des Proletariats gekennzeichnet. Damals waren es auch die Vorkämpfer der deutschen Arbeiterklasse, ein August Bebel und Wilhelm Liebknecht, die unter der deutschen Arbeiterschaft unerschrocken und kühn das Banner der proletarischen Solidarität mit der Pariser Kommune entrollten.

Heute gibt es zwischen der Bourgeoisie Deutschlands und Frankreichs heftige Gegensätze. Der deutsche Imperialismus fordert die Gleichberechtigung, kämpft um das Recht auf gleiche Rüstung, wie die Siegermächte des vergangenen Weltkrieges, erstrebt die verlorenen imperialistischen Vorrechte zurückzugewinnen. Der französische Imperialismus pocht auf die durch das Versailler System geschaffene Vorherrschaft in ganz Europa, pocht auf die Bedingungen des Versailler Diktats, um Deutschland zu Boden zu drücken und entsaltet seine riesigen militärischen Vorbereitungen, seine ungeheuerliche Aufrüstung, um mit militärischer Ueber-

Heute abend spricht Ernst Thälmann im Sportpalast

Wir läuten die Sturmglocken zum Kampf für die Lebensforderungen der Millionen Notleidenden

Aus dem Brief an die Vertretung der KPD beim EKKI

Lieber Freund! 13.11.32

Ich benutze diese Zeilen, um auf einige allgemeine politische Tatsachen hinzuweisen. Seit dem XII. Plenum des EKKI ist in der politischen Arbeit unserer Partei vieles verändert und verbessert worden. Die Antifaschistische Aktion war als erstes eine große Einheitsaktion aller Arbeitermassen gegen den blutigen Faschismus. Unsere Einheitsfrontaktion gegen Hunger, Lohnraub und Faschismus in Verbindung mit dem Kampf gegen imperialistische Kriegsgefahr war die zweite größere Massenkampagne seit Bekanntwerden der neuen Papenschen Notverordnung am 15. September. Unsere dritte Kampagne einer neuen, auf einer höheren Stufe sich entfaltenden Aktion versuchen wir, von heute an einzuleiten. Wir gehen aus von dem glänzenden Wahlerfolg am 6. November dieses Jahres. Wir sammeln und nutzen aus die Erfahrungen aus der letzten Streikwelle in Deutschland. Wir versuchen, die Lehren des Verkehrsarbeiterstreiks im größten Ausmaße zu verbinden mit anderen neuen Aufgaben in den Betrieben . . .

In der nächsten Polbürositzung werden wir uns mit den neuen aktuellen Aufgaben beschäftigen. Wir beginnen sofort mit einer Kampagne ähnlich wie nach dem 31. Juli: Kein Nationalsozialist darf im Reichstag Präsident werden. Wir verlangen von dem früheren Reichstagspräsidenten Göring die sofortige Einberufung des Reichstages, was ja bekanntlich in seinen Händen liegt. Wir zwingen die Nationalsozialisten zur Stellungnahme. Wir geben der SPD nicht die Möglichkeit zu lavieren, sondern sie muß ebenfalls Stellung nehmen. Ganz besonders das Zentrum wird durch den fortgesetzten Koalitionsschacher gezwungen, sich vor seinen eigenen Anhängern auch in dieser Frage mehr und mehr zu entlarven. Die Eröffnung des Reichstages, die voraussichtlich am 6. Dezember stattfindet, soll von uns mit einer großen, in ganz Deutschland durchzuführenden Massendemonstration beantwortet werden. Wir bereiten jetzt schon langsam die Partei und die Massen auf diese Demonstration vor. Die Losungen wie «Nieder mit der Papen-Schleicher-Regierung», «Nieder mit den Notverordnungen», «Nieder mit dem Hungerregime, für Arbeit, Brot und Freiheit» usw. sollen die zentralen Losungen dieser Demonstration werden. Die Regierungskreise haben bereits von dieser Kampagne erfahren, sie wollen evtl. mit der Militärdiktatur und den schärfsten Maßnahmen gegen die Kommunistische Partei antworten. Wir stellen die Frage der Reichsreform, der Einsetzung eines Oberhauses, der Verschlechterung des Wahlrechts, des Wahlrechtsraubes an den Jugendlichen bis zum 25. Lebensjahre großzügig und massenmäßig vor dem werktätigen Volk, vor der deutschen Arbeiterklasse, um als die einzigen Verteidiger der politischen Rechte stärker denn je in Erscheinung zu treten. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß ein neuer faschistischer Staatsstreich nach dem Muster des 20. Juli /24/, vielleicht auf höherer Grundlage, von der Papen-Regierung durchgesetzt wird. Es bestehen zwei Möglichkeiten: Wird mit der Regierung und Hindenburg und mit den wichtigsten Parteien keine Einigung herbeigeführt werden zwecks Bildung einer Konzentrationsregierung, dann kann entweder die Regierung versuchen, mit einem verschlechterten Wahlgesetz eine neue Reichstagswahl auszuschreiben, oder aber, wenn diese faschistische Reichsreform im Reichstag abgelehnt wird, dann ist nicht unwahrscheinlich, daß man ohne Reichstag mit einer neuen Nationalversammlung einen neuen faschistischen Staatsstreich gegen das deutsche werktätige Volk durchführt. Die Lehren des 20. Juli haben für uns ergeben und verpflichten uns, schon heute die Massen vorzubereiten auf die evtl. Auslösung des Generalstreiks bei einem solchen faschistischen Staatsstreich. Wir mobilisieren schon heute die Partei und die Massen für diese zentrale Aufgabe. Unsere Generallinie versuchen wir in drei Hauptlinien unter die Massen zu tragen:

1. Mobilisierung der Massen auf der Hauptlinie gegen die Anschläge der faschistischen Reaktion (Parteiverbot, Wahlrechtsraub und sonstige Fragen der faschistischen Verfassungsreform).
2. Kampf für die Verteidigung der Lebensrechte gegen Lohnraub, gegen Zerschlagung der Sozialversicherung, für die bescheidensten Forderungen der Millionen Erwerbslosen.
3. Auf dem Gebiet des Kampfes gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen, militaristische Aufrüstung und Versailler System.

Im Rahmen dieser 3 Hauptlinien der Massenmobilisierung führen wir weiter unsere Anti-Versailles-Kampagne auch zur Verstärkung des proletarischen Internationalismus in Deutschland durch. Wir beginnen mit der Kampagne anläßlich der 10jährigen Wiederkehr der Ruhrbesetzung durch die französische Armee. Die Fragen des proletarischen Internationalismus, [die] Auswertung der Erfahrungen des antimilitaristischen Kampfes, das Hineintragen unserer Proklamation der deutschen und französischen Partei in die Millionenmassen, 10 Jahre Ruhrkrieg, aktuelle Kriegsgefahr und einige Aufgaben, die mit der nationalen Frage in den Grenzgebieten in Verbindung stehen, werden hierbei aufgerollt. Unsere Betriebszellen sollen die unmittelbare Verbindung mit französischen und belgischen Betrieben schaffen, die Briefe in den verschiedenen Betriebszeitungen veröffentlichen. Die historischen Dokumente unserer Weltpartei und der Kommunistischen Partei Deutschlands vom Jahre 1919 bis heute sollen in den Millionenmassen popularisiert und bekanntgemacht werden. Wir werden ebenfalls einige Grenzkundgebungen in Gronau, Aachen, Karlsruhe, Hindenburg, Ostpreußen, Danzig, Memel, Schleswig-Holstein usw. machen. Vielleicht werden wir ein besonderes Anti-Versailles-Komitee gründen lassen, was in ständiger Verbindung mit dem auf dem Amsterdamer Kongreß gewählten Antikriegskomitee steht. Eine besondere Kampagne auf diesem Gebiet wird vom Kommunistischen Jugendverband durchgeführt werden. Das am Montag, Dienstag, Mittwoch (14.–16.11.) stattfindende Zentralkomitee der Jugend wird sich mit dieser Frage dann noch intensiver beschäftigen.

Neben den selbstverständlichen Anträgen, die wir im Reichstag und Landtag einreichen, um die außerparlamentarische Massenbasis zu verstärken, wollen wir eine besondere Aktion einleiten in der Linie «Rettung vor Hunger und Frost». Diese Kampagne, die beson-

24 Am 20. Juli 1932 wurde die sozialdemokratisch geführte preußische Regierung mittels eines Staatsstreiches beseitigt und der Reichskanzler Franz von Papen durch Notverordnung zum Reichskommissar für Preußen ernannt.

ders für die Erwerbslosen eine große Wirksamkeit haben wird, wird durch einen besonderen Urantrag im Reichstag oder im Preußischen Landtag eingeleitet. Wir haben festgestellt, daß 8 Millionen Tonnen Roggen geerntet sind. 5 Millionen Tonnen Roggen werden verzehrt. 3 Millionen Tonnen Roggen sind Überschuß. Sie werden verschleudert, wandern in den Futtertrog und verderben auf den Speichern. 45 Millionen Tonnen Kartoffeln sind geerntet, 20 Millionen Tonnen Kartoffeln werden verbraucht, 25 Millionen Tonnen Kartoffeln sind Überschuß. Sie sollen zu Kartoffelmehl, Sprit und Maische vermanscht werden, und der Rest [soll] verfaulen. 12 Millionen Tonnen Kohlen liegen auf den Halden. Die Kohlenberge beginnen bereits durch Selbstentzündung von innen heraus zu schwelen und zu brennen. Wir fordern die sofortige Auslieferung der gewaltigen Überschüsse an Brot, Kartoffeln und Kohlen an alle Unterstützungsempfänger in ganz Deutschland. Wir stellen spezifische, bescheidene Forderungen auf diesem Gebiete für die Erwerbslosen, Wohlfahrtsempfänger usw., usw. und verlangen, daß die Kontrolle der Durchführung der entsprechenden Mehrlieferungen oder Nachlieferungen als weitere Zusatzunterstützung usw., usw. durch die selbstgewählten Erwerbslosenausschüsse durchgeführt wird. Wir überlegen uns heute noch, wie wir am besten in den nächsten Tagen diese Kampagne der Öffentlichkeit unterbreiten werden. Diese Frage ist noch intern. Wir haben sie erst heute beraten und werden sie in der nächsten Sekretariats- und Polbürositzung zur Entscheidung stellen . . .

Die Bourgeoisie fühlt sehr stark, daß unsere Partei sich mehr und mehr in den Massen verankert. Sie verstärkt deswegen ihren aggressiven Kurs in der Linie aller Verbotsmaßnahmen gegen die Partei, RGO, [den] Jugendverband und der Verhaftung unserer wichtigsten Funktionäre. Genosse Meyer wurde in diesen Tagen ebenfalls verhaftet. Wir müssen die stärksten Vorsichtsmaßnahmen ergreifen für unsere besten Mitarbeiter und Funktionäre, um sie nicht legal der Polizeiwillkür auszuliefern.

Sonst ist im allgemeinen eine glänzende Stimmung. Die Arbeit ist hier sehr schwer. Genosse Schehr und andere Genossen sind krank. Wir sind alle miteinander überanstrengt, abgespannt, trotzdem gestattet uns die Situation momentan keine Ruhepause.
Mit revolutionärem Händedruck!
Euer Teddy

Aus der Rede
auf der Tagung des Zentralkomitees des KJVD
in Prieros bei Berlin am 15. November 1932

Durch unsere Antifaschistische Aktion, durch unsere Einheitsfrontaktion, durch unsere Offensive gegen Versailles in Verbindung mit dem Kampf gegen Notverordnungsdiktatur und Lohnraub erreichten wir eine Stimmenzahl von 6 Millionen Wählern. Ohne in Zahlenarithmetik zu verfallen, können wir heute bereits sagen, daß jede Stimme, die für uns abgegeben wurde, und daß vor allem auch die Hunderttausende von Stimmen der werktätigen Jugend für die KPD, eine viel überlegtere Sympathie- und Kampferklärung für den Kommunismus war, als wir es früher zu verzeichnen hatten . . .

Für den Kommunistischen Jugendverband ist von besonders großer Bedeutung die Aufgabe der Gewinnung der vom Nationalsozialismus abströmenden Massen der Jungwerktätigen. Wir können auch dann nur die SAJ-Jugend und die jungen Mitglieder der SPD-Massenorganisationen, vor allem der Jugendsektionen des ADGB, gewinnen, wenn wir als der einzige antifaschistische Faktor unter den Massen der jungen Werktätigen führend in Erscheinung treten. – Unsere Antifaschistische Aktion ist nicht eine Losung der Vergangenheit, sondern sie hat aktuelle Bedeutung im täglichen revolutionären Kampf . . .

Wir können diese Massenpolitik wiederum aber auch nur dann betreiben, wenn wir genau das Leben der werktätigen Jugend studieren, genau die Stimmungen der jugendlichen Anhängermassen der SAJ und der NSDAP kennen und dementsprechend die richtigen Losungen geben und die entsprechenden Probleme stellen.

Wir haben auf der letzten Reichsparteikonferenz und auf der Plenartagung des Zentralkomitees unserer Partei mit besonderer Schärfe die große gewaltige Bedeutung dieser revolutionären Jugendpolitik betont, um die Gesamtpartei auf die Unterstützung des Jugendverbandes einzustellen. Unser Kampf um die Gewinnung der werktätigen Jugend ist ein wichtiger Teil der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse. Partei und Jugendverband müssen gemeinsam dieses gewaltige Problem meistern. Die Kader unseres Jugendverbandes müssen sich über die Größe des Problems im vollen Umfange klar sein.

Statistische Erhebungen ergaben, daß nach dem Jahre 1910 etwa 10 bis 12 Millionen junger Menschen aufgewachsen sind, eine Generation, die eine Nachkriegsgeneration darstellt. Diese Generation hat weder den Krieg noch die Revolution mitgemacht oder aber hat diese Ereignisse im Kindesalter erlebt. Diese Jugendgeneration ist bereits ökonomisch entwurzelt, ehe sie in das Leben eintritt. Diese Jugend geht in ihrer Majorität von der Schulbank zur Stempelstelle oder von der Lehrstelle zum Stempelamt. Diese gärende radikalisierte Jugend sucht sozialistische Ziele, sucht revolutionäre Ideale, sie ist im höchsten Grade empfänglich für die gewaltige Idee unseres sozialistischen Freiheitskampfes. Wir dürfen diese Jugendgeneration nicht der Demagogie des Nationalsozialismus überlassen!

Wir müssen aber sehen, daß es dem Nationalsozialismus gelungen ist, einen gewissen Teil dieser Jugend aufzufangen. – Wir Kommunisten müssen es fertigbringen, diese Jugendmassen für uns, für den Kommunismus zu gewinnen und für den revolutionären Ausweg aus der Krise zu mobilisieren.

Wir müssen der gärenden und suchenden werktätigen Jugend sozialistische Ziele und Ideale geben, wir müssen ihr eine Zukunft weisen, die sie sich nur im Kampf für den revolutionären Ausweg erringen kann . . .

Wir Kommunisten wollen nicht, daß diese Jugendgeneration für das Finanzkapital in den Stacheldrahtverhauen und im Geschützfeuer verblutet. Nur für einen Kampf wollen wir diese Jugend gewinnen: Für die Befreiung der werktätigen Menschheit! . . .

Jugendgenossen, macht es euch zur Aufgabe: Vom einfachsten Mitglied bis herauf zum höchsten Funktionär muß jeder Jungkommunist seine Tätigkeit im Kommunistischen Jugendverband auffassen als revolutionären Soldatendienst, als disziplinierte, kameradschaftliche Hilfsbereitschaft, immer bestrebt, der Sache der Revolution zu dienen.

Die Jugend hat eine gewaltige Bedeutung für unsere revolutionäre Weltbewegung. Ich will heute an das erinnern, was Lenin im Jahre 1905 bereits in einem Brief an Bogdanow schrieb: «Wir brauchen junge Kräfte . . . In Rußland gibt es unzählig viele Menschen, man

muß nur werben, breiter und kühner, kühner und breiter, noch breiter und kühner unter der Jugend werben, *ohne sie zu fürchten.* Jetzt ist Krieg. Die Jugend wird den Ausgang des ganzen Kampfes entscheiden . . . Macht Schluß mit all den alten Gewohnheiten der Schwerfälligkeit, der Titelanbetung usw. Gründet *Hunderte* Zirkel aus jugendlichen ‹Wperjod›-Anhängern und spornt sie an, mit aller Kraft zu arbeiten.»

«Es gilt» – so schrieb Lenin weiter –, «mit ungeheurer Schnelligkeit alle Menschen, die revolutionäre Initiative haben, zusammenzufassen und einzusetzen. Habt keine Angst davor, daß sie nicht geschult sind, macht euch keine Sorgen wegen ihrer Unerfahrenheit und Unreife . . . Entweder überall *neue,* junge, frische, energische Kampforganisationen . . . aller Arten, aller Formen und unter allen Schichten – oder ihr werdet untergehen.» /25/

Ihr seht, mit welchem Schwung, mit welcher Leidenschaft Lenin die große Rolle und Bedeutung der Jugend in den Vordergrund stellt. Keine Ängstlichkeit, keine Scheu vor dem Heranziehen unerfahrener, junger Genossen! Davon hängt viel für unsere gesamte Arbeit ab! Auch unsere Parteiarbeit kann nur gefördert werden, wenn frisches, junges Blut in die Adern unserer Partei hineingepumpt wird!

Außer der kommunistischen gibt es keine Bewegung, in der der Jugend ein solcher Platz eingeräumt wird. Das zeigt insbesondere der Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion. – «Die Jugend wird den Ausgang des ganzen Kampfes entscheiden», sagte Lenin bereits im Jahre 1905. Hämmert das allen unseren Jungkommunisten ein! Geht mit Kühnheit und Energie an die Erfüllung eurer revolutionären Aufgaben heran! Schmiedet solche Kampfarmeen junger revolutionärer Kämpfer, daß der Freiheitskampf der proletarischen Klasse in Deutschland entschieden wird durch den heroischen Einsatz der Armeekorps der jungen Soldaten unserer revolutionären Freiheitsarmee . . .

Genossen, geht mit Mut und Tapferkeit an die Entfaltung einer breiten Massenarbeit, schafft eine wirkliche Massenorganisation, die revolutionär und kühn, zusammen mit der Partei siegreich vorwärts stürmt zur Machtergreifung der proletarischen Klasse!

Lenin sagte am 22. Januar 1917 in einem Vortrag, den er vor der Züricher Arbeiterjugend hielt, unter anderem: «Wir, die Alten, werden vielleicht die entscheidenden Kämpfe dieser kommenden Revolution nicht erleben. Aber ich glaube mit großer Zuversicht die Hoffnung aussprechen zu dürfen, daß die Jugendlichen, die so ausgezeichnet in der sozialistischen Bewegung der Schweiz und der ganzen Welt arbeiten, daß sie das Glück haben werden, nicht nur zu kämpfen, sondern auch zu siegen in der kommenden proletarischen Revolution.» /26/

Unser großer Lehrmeister Lenin sprach damals noch in bescheidener revolutionärer Zurückhaltung, trotzdem er bereits die gewaltige revolutionäre Lawine der gesellschaftlichen Umwälzung heranrollen sah. Heute stehen die Fragen nach dem siegreichen russischen Oktober schon ganz anders.

Heute können wir weiter gehen und sagen: Nicht nur die Jugend soll die proletarische Machtergreifung erleben, sondern wir Alten wollen gemeinsam mit euch Jungen die siegreiche Macht der Arbeiter-und-Bauern-Republik erleben!

Erich Honecker
Erinnerung

Am 14. und 15. November 1932 nahm ich in Prieros bei Berlin an der Tagung des Zentralkomitees des KJVD teil. Es war das letzte Mal, daß ich unseren unvergeßlichen Ernst Thälmann sah, das erste und letzte Mal, daß ich mit ihm persönlich sprechen konnte.

Zunächst gab Fritz Große, der neue Vorsitzende des KJVD, einen Bericht über Lage und Kampf der deutschen Arbeiterjugend. Dann sprachen Vertreter von fast allen Bezirken. Am zweiten Tag der Konferenz hatte auch ich Gelegenheit, über die Erfahrungen der KJVD-Bezirksorganisation an der Saar im Ringen um die antifaschistische Einheitsfront der Jugend zu berichten. Ich erwähnte auch unsere gute Zusammenarbeit mit den französischen Genossen und versicherte, daß wir den Faschisten an der Saar weiterhin den Weg verlegen würden.

Dann sprach Ernst Thälmann. Wir hatten ihn vor dem Haus herzlich empfangen, als er aus dem Beiwagen eines Motorrades stieg. Jetzt stand er vor uns. Er gab wertvolle Ratschläge zur Methodik unserer politischen Arbeit. Er mahnte, stets zu lernen, theoretisches Wissen zu erwerben und nach den besten jugendgemäßen Formen der politischen Führungstätigkeit zu suchen. Er riet uns, die Sprache der Jugend zu sprechen, revolutionäre Romantik zu pflegen, kameradschaftliche Beziehungen unter den Jugendlichen zu fördern sowie die jungen Bauern, Schüler und Studenten nicht zu vergessen. Angesichts der irrationalen, mystischen und von falschen Gefühlen bestimmten Nazipropaganda müsse der KJVD die richtige politische Generallinie der Kommunisten auch mit den psychologisch richtigen Methoden verfechten.

Den Schlußsatz Ernst Thälmanns habe ich nie vergessen, in der tiefsten Nacht des Faschismus nicht, auch nicht im Zuchthaus. Ich ahnte damals nicht, daß ich Thälmann nie wiedersehen würde. Und er konnte nicht ahnen, was die nächsten Monate im einzelnen bringen würden. Er sagte: «Nicht nur ihr Jungen, sondern auch wir Alten werden noch den Sieg des Sozialismus in Deutschland erleben!» Als Ernst Thälmann am 18. August 1944 im Konzentrationslager Buchenwald ermordet wurde, da wußte er, daß die Rote Armee den Hitlerfaschismus endgültig zerschlagen und damit eine neue Chance für den Sozialismus in Deutschland eröffnen würde.

Aus der Rede
auf dem Bezirksparteitag Wasserkante der KPD
in Hamburg am 4. Dezember 1932

Ein wichtiger Faktor für die Beurteilung des neu konstituierten Schleicher-Kabinetts ist die Tatsache, daß sich in den Händen Schleichers die Funktion des Reichskanzlers und [die] des Reichswehrministers vereinigen. Das spezifische Gewicht des Reichswehrflügels wurde innerhalb der die faschistische Regierungsgewalt ausübenden Regierungsmacht verstärkt. Diese Maßnahme stellt den Versuch dar, die militärischen und reaktionären Kräfte stärker in dem Regierungsapparat zur Geltung zu bringen. Die Vereinigung beider Funktionen, der Kanzlerschaft und des Reichswehrministeriums, soll

25 W. I. Lenin: Brief an A. A. Bogdanow und S. I. Gussew. In: Werke, Bd. 8, S. 134/135.

26 W. I. Lenin: Ein Vortrag über die Revolution von 1905. In: Ebenda, Bd. 23, S. 261/262.

im Interesse verschärfter Klassenangriffe der Bourgeoisie die faschistische Schlagkraft des Staates erhöhen. Klipp und klar hat bereits in verschiedenen Äußerungen Herr Schleicher in den letzten Wochen und Monaten ausgedrückt, man müsse erreichen, daß durch bestimmte Sicherungen die in den kommenden Monaten zu erwartenden Angriffe der Betriebsarbeiter und der Erwerbslosen zurückgeschlagen würden. Das «Hamburger Fremdenblatt» hat nicht unrecht, wenn es behauptet, die Konzentration der beiden genannten Funktionen in der Hand Schleichers sei eine Sicherungsmaßnahme gegen drohende Generalstreikaktionen im kommenden Winter. Das gleiche Blatt betont auch, daß mit Rücksicht auf den wachsenden deutsch-polnischen Gegensatz und die zunehmende Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen die Konzentration der militärischen und der politischen Macht in einer Hand von größter Bedeutung sei . . .

Wir können heute bereits sagen, daß auf Grund der Verschärfung der Klassen[gegensätze], durch die wachsenden Widersprüche im Lager der Bourgeoisie, vor allem infolge des stärker werdenden proletarischen Angriffs mit einer nur kurzfristigen Dauer des Schleicher-Kabinetts zu rechnen ist. Wir müssen das Schleicher-Kabinett als ein Übergangskabinett, als ein Platzhalterkabinett zur Vorbereitung einer Hitlerkoalition beziehungsweise Hitlerregierung ansehen. Das jetzige Diktaturkabinett unternimmt den Versuch einer stärkeren Heranziehung der auf dem Boden der kapitalistischen Diktatur stehenden bürgerlichen Massenparteien . . .

Es gilt unmittelbar, neue Streik- und Kampfaktionen einzuleiten! Wir müssen gegen Überrumpelungsmanöver und sensationelle, überraschende Angriffsmaßnahmen gewappnet sein. Die Entfaltung, die weitere Tätigkeit und der Ausbau sowie die Festigung der Schleicher-Diktatur hängen in erster Linie und fast ausschließlich ab von der Klassenkraft des Proletariats! Je stärker der Klassendruck von unten wird, um so stärker werden die Differenzen im Lager der bürgerlichen Massenparteien, wird der Zwiespalt zwischen Führung und Masse im Lager der Bourgeoisie, um so heftiger werden sich auch die Zerwürfnisse in den Spitzen der Bourgeoisie und wird sich die Steigerung der Widersprüche und Gegensätze im Lager unserer Klassengegner vollziehen.

Wir Kommunisten, an der Spitze der Kampfbataillone zur Rettung vor Hunger und Frost, an der Spitze im Kampfe gegen den Lohnraub, gegen Versailler Knechtschaft und imperialistische Kriegspolitik, wir Kommunisten sind ein Faktor von gewaltiger Kraft und Macht! Wir müssen unsere Sechsmillionen-Armee, die sich bei der letzten Wahl für den revolutionären Ausweg aus der Krise entschied, aktionsfähig und aktionsbereit machen. Darüber hinaus rufen wir das gesamte deutsche Proletariat und alle Werktätigen zum Millionenangriff auf.

Harry Naujoks
Erinnerung

Nach dem Regierungsantritt Schleichers fand in Hamburg (bei Sagebiel) der Bezirksparteitag der KPD statt. Am Ende der Konferenz, als die Delegierten aus dem Bezirk sich schon zum Aufbruch rüsteten, um ihre Züge noch zu erreichen, nahm Ernst Thälmann das Wort zur politischen Lage. Er begann mit einer gründlichen Analyse der Lage. Als der Aufbruch der auswärtigen Delegierten die Rede störte, unterbrach er seine Ausführungen und sagte ernst: «Genossen, ich weiß, daß ihr eure Züge haben wollt, um rechtzeitig nach Hause zu kommen. Aber wir wissen nicht, ob wir noch einmal in diesem Kreis zusammenkommen können. Vielleicht ist es das letzte Mal, daß ich zu euch sprechen kann!» Dieser kurze persönliche Hinweis hatte eine tiefe Wirkung. Auf einmal schien die Situation klar und mit den Händen greifbar. Keiner dachte mehr an die Abreise. Jeder spürte jetzt, worum es ging.

Aus dem Artikel vom 26. Januar 1933:
Die Naziprovokation vor dem Karl-Liebknecht-Haus und einige Lehren

Was sich am 22. Januar in Berlin abspielte, war mehr als das Fiasko einer großangelegten nationalsozialistischen Provokation, der die Regierung Schleicher-Bracht und ihr Polizeipräsident Melcher durch das volle Aufgebot ihres ganzen Polizeiapparates, durch den Einsatz von Panzerwagen, polizeilichen Dachschützen, berittener Schupo und durch die faktische Verhängung des Belagerungszustandes ihre volle Unterstützung zuteil werden ließ.

Das rasche politische Reagieren der Partei, die rasche und zündende Mobilisierung der Betriebsbelegschaften, die den Empörungssturm durch die Berliner Betriebe trug und sich mit der Welle des Massenprotestes auf den Stempelstellen vereinigte, war gleichsam eine Feuerprobe des roten Berlins für die Abwehr noch ernsterer faschistischer Provokationen, Staatsstreichpläne und sonstiger Anschläge gegen die Arbeiterklasse, ihre Partei und ihre Massenorganisationen, zu denen die Bourgeoisie rüstet.

Solche Aktionen in der Linie der weiteren ruckweisen Verschärfung der faschistischen Diktatur werden in diesen Tagen mit zynischer Offenheit von der großkapitalistischen Presse propagiert. Für solche Aktionen in der Linie eines neuen 20. Juli auf höherer Stufe hat der Reichswehrkanzler Schleicher in der Maske des «sozialen Generals» das Terrain vorbereitet. Der Einleitung solcher Aktionen sollte die schmutzige Naziprovokation vom 22. Januar dienen, der Aufmarsch der faschistischen Provokateure vor dem Hause, das den Namen Karl Liebknechts trägt und in dem die Partei der deutschen Arbeiterklasse, die stärkste Partei des roten Berlins, ihren Sitz hat.

So war der 22. Januar auch für die Einpeitscher und Handlanger der faschistischen Diktatur eine Probe. Und was war das Ergebnis?

Herr Schleicher, der Papen ablöste, um der faschistischen Diktatur eine breitere Basis in den Massen zu verschaffen, hat den Faschisten den Machtapparat der Polizei zur Unterstützung ihrer Provokation zur Verfügung gestellt, nachdem die Hitlerpartei durch die Vertagung des Reichstags am 20. Januar ihre Tolerierungspolitik für die Schleicher-Bracht-Regierung erneut in krasser und unzweideutiger Form fortsetzte. Er trat damit in Papens Fußstapfen, der sich von den Hitlergarden in den Sattel heben ließ und sie dafür mit der Aufhebung des papiernen Verbots der SA- und SS-Kolonnen bezahlte. Aber der Zeitabschnitt, der von jenen Wochen und Monaten vor dem 20. Juli 1932 bis zum 22. Januar 1933 verstrich, hat in der Formierung der Klassenkräfte einen ernsten Umschwung eingeleitet. Damals kam das Geschäft der Papen und Hitler auf der steigenden Welle des nationalsozialistischen Vormarsches zustande, während inzwischen das Tempo des revolutionären Aufschwungs die faschistische Entwicklung in den Massen überflügelte und sich gegenüber beginnen-

den Zersetzungserscheinungen im Lager des Nationalsozialismus entfaltet.

Auch der 22. Januar stand im Zeichen dieses Umschwungs der Klassenkräfte zugunsten der proletarischen Revolution. Mit Hilfe des gesamten Polizeiapparates vermochte der Hitlerfaschismus zwar seine Bürgerkriegsgarde in den Straßen Berlins marschieren zu lassen, gedeckt durch 15000 Polizeikarabiner, Gummiknüppel, durch Panzerautos und andere Werkzeuge des Bürgerkriegs, aber die Massen der nationalsozialistischen Wähler waren unter dem Druck des Proteststurms der Berliner klassenbewußten Arbeiter dem Ruf der Hitlerpartei nicht auf die Straße gefolgt. Es kann keine tiefere Schande für eine Massenpartei geben, die, wie die Hitlerpartei, auch in Berlin über viele Hunderttausende von Anhängern verfügt, als jenes Bild des vergangenen Sonntags, wo die SA- und SS-Kolonnen in ganz Berlin unter Verachtung oder aktivem Widerstand der Volksmassen hinter den breiten Rücken der Schupos ohne Massen einherziehen mußten.

Wem drängte sich nicht als krasses Gegenstück das Bild jener Aufmärsche des Roten Frontkämpferbundes ins Gedächtnis, die, umjubelt von der leidenschaftlichen Anteilnahme und stürmischen Begeisterung der Volksmassen, so oft durch die Straßen des roten Berlins marschierten, ehe der Sozialdemokrat Severing als Vorläufer des Herrn Bracht dieser antifaschistischen Massenorganisation die Legalität raubte und damit den wichtigsten Dienst für die heutigen Provokationen der faschistischen Terrorkolonnen leistete?

In kaltblütiger Entschlossenheit und revolutionärer Disziplin hat das rote Berlin unter Führung der Kommunistischen Partei die provokatorischen Pläne des Hitlerfaschismus und seiner kapitalistischen Auftraggeber durchkreuzt. Der kühne Elan der proletarischen Gegendemonstranten, der Sturm in den Betrieben und Arbeitsnachweisen, die überlegene Disziplin der Massen im Angesicht Tausender Polizeikarabiner, Panzerautomobile und polizeilicher Dachschützen mit Maschinengewehren – das alles ergab jenen Massenwiderstand, mit dem das Berliner Proletariat den Nazikolonnen mit eiserner Hand den Ring einer Isolierung von den Massen umlegte.

Wieder einmal, wie in den Maitagen von 1929 – damals gegenüber den provokatorischen Plänen, der Arbeiterschaft das Recht auf den 1. Mai als Weltkampftag des Proletariats zu rauben –, haben die Kommunisten an der Spitze der Massen die revolutionäre Ehre des roten Berlins gewahrt . . .

Wir Kommunisten rufen die sozialdemokratischen Arbeiter, die Gewerkschaftskollegen, die Proletarier im Reichsbanner und die Jungproletarier in der SAJ und Gewerkschaftsjugend zum gemeinsamen Kampf gegen die faschistische Reaktion. Die Kommunistische Partei verpflichtet alle ihre Mitglieder und alle ihre Anhänger angesichts der steigenden Terrorwelle des Hitlerfaschismus bei jedem Überfall der SA-Kolonnen auf sozialdemokratische oder parteilose Klassengenossen zu aktiver, entschlossener und lebendiger Solidarität.

Die Kommunistische Partei verpflichtet alle ihre Mitglieder und Anhänger, in jedem Betrieb, auf jeder Stempelstelle, in jeder Gewerkschaft oder sonstigen Massenorganisation, mögen es Sportler, Freidenker oder andere Formationen sein, vor allem unter der Jugend, in brüderlicher Kameradschaft das Kampfbündnis mit den sozialdemokratischen, den christlichen, den unorganisierten und allen übrigen Klassengenossen gegen den gemeinsamen Klassenfeind zu schließen. Sie ruft die christlichen Arbeitermassen zum Kampf, zum Bruch mit der großkapitalistischen Zentrumspolitik!

Die Kommunistische Partei wendet sich auch an die breiten Massen der nationalsozialistischen Anhängerschaft. Es ist ein gewaltiger Unterschied zwischen jenen SA- und SS-Kolonnen, die provokatorisch in die Arbeiterviertel einzubrechen versuchen oder Überfälle auf Arbeiterhäuser und Arbeiterlokale unternehmen, und zwischen der breiten Masse jener vom Elend der Krise gepeinigten Arbeiter, Angestellten, Mittelständler, Handwerker und Kleingewerbetreibenden oder gar der werktätigen Bauern auf dem Dorf, die dem Nationalsozialismus Gefolgschaft leisteten oder leisten, weil sie dem demagogischen Geschrei und den betrügerischen Versprechungen der Hitler, Goebbels und Strasser Glauben schenkten.

Dieser Unterschied trat demonstrativ am 22. Januar in Berlin in Erscheinung, als die Anhängermassen des Nationalsozialismus der Straße fernblieben, weil große Teile von ihnen die Provokation der Hitler und Goebbels nicht billigten.

Hier gilt es für die Kommunistische Partei und die revolutionäre Arbeiterschaft, mit allen falschen und schädlichen Hemmungen zu brechen und entsprechend den Beschlüssen der Partei in großzügigster Weise neben dem aktiven Massenkampf gegen den Mordterror zur ideologischen Offensive, zur Massenarbeit unter diesen Schichten überzugehen. Wir müssen diesen Massen in geduldiger Aufklärungsarbeit die wirkliche Rolle der Hitlerpartei im Dienste des Finanzkapitals, der Trustkönige, Großagrarier, der Offiziere und Fürsten aufzeigen. Wir müssen den Massen klarmachen, daß die Notverordnungen der Papen und Schleicher, daß die volksfeindliche Politik der Schleicher und Bracht, daß alle Anschläge der bürgerlichen Diktatur vollkommen gestützt sind auf die Hilfe der NSDAP, «auf deren breitem Rücken» die Papen und Schleicher, die Junker und Barone, die Industriekönige und Generale regieren . . .

Wir, die Kommunisten und klassenbewußten Arbeiter, müssen in Stadt und Land unter den Massen der Nationalsozialisten und ihrer Mitläufer Aufklärung schaffen und die Sturmtrommel des Massenkampfes, des Massenstreiks und Generalstreiks gegen die faschistische Diktatur rühren.

Plakat der KPD zur Reichstagswahl am 6. November 1932

KÄMPFENDE JUGEND
HER ZUR ANTIFASCHISTISCHEN
AKTION
GEGEN
FASCHISMUS HUNGER KRIEG
WÄHLT LISTE 3
KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

Für Arbeit und Brot

Agitationslokal des Hamburger KJVD in St. Pauli, 1932

Altonaer Jugendgruppe des KJVD, 1932

Tausch von Kartoffelschalen gegen Holz

Mieterstreik in der Ackerstraße in Berlin, Winter 1932/1933

Kinder eines Arbeitslosen

25 MILLIONEN ZENTNER KARTOFFELN

werden zu Sprit verarbeitet oder sollen verfaulen!

Millionen können sich keine Kartoffeln kaufen!

Oeffnet die Speicher! Heraus mit dem Ueberfluß! Jedem Erwerbslosen und sozial Hilfsbedürftigen

sofort 5 Zentner Kartoffeln!

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Ernst Schneller, Berlin. — Druck: Arbeiter-Illustrierte-Zeitung-Verlag G. m. b. H., Berlin

Die Bruderhand

allen christlichen Jungarbeitern:

im Kampfe gegen imperialistischen Krieg für Arbeit, Brot und Freiheit

Heraus am 1. August

Verantwortlich: Georg Leps, Berlin.
Druck: City-Druckerei A.-G. Berlin.

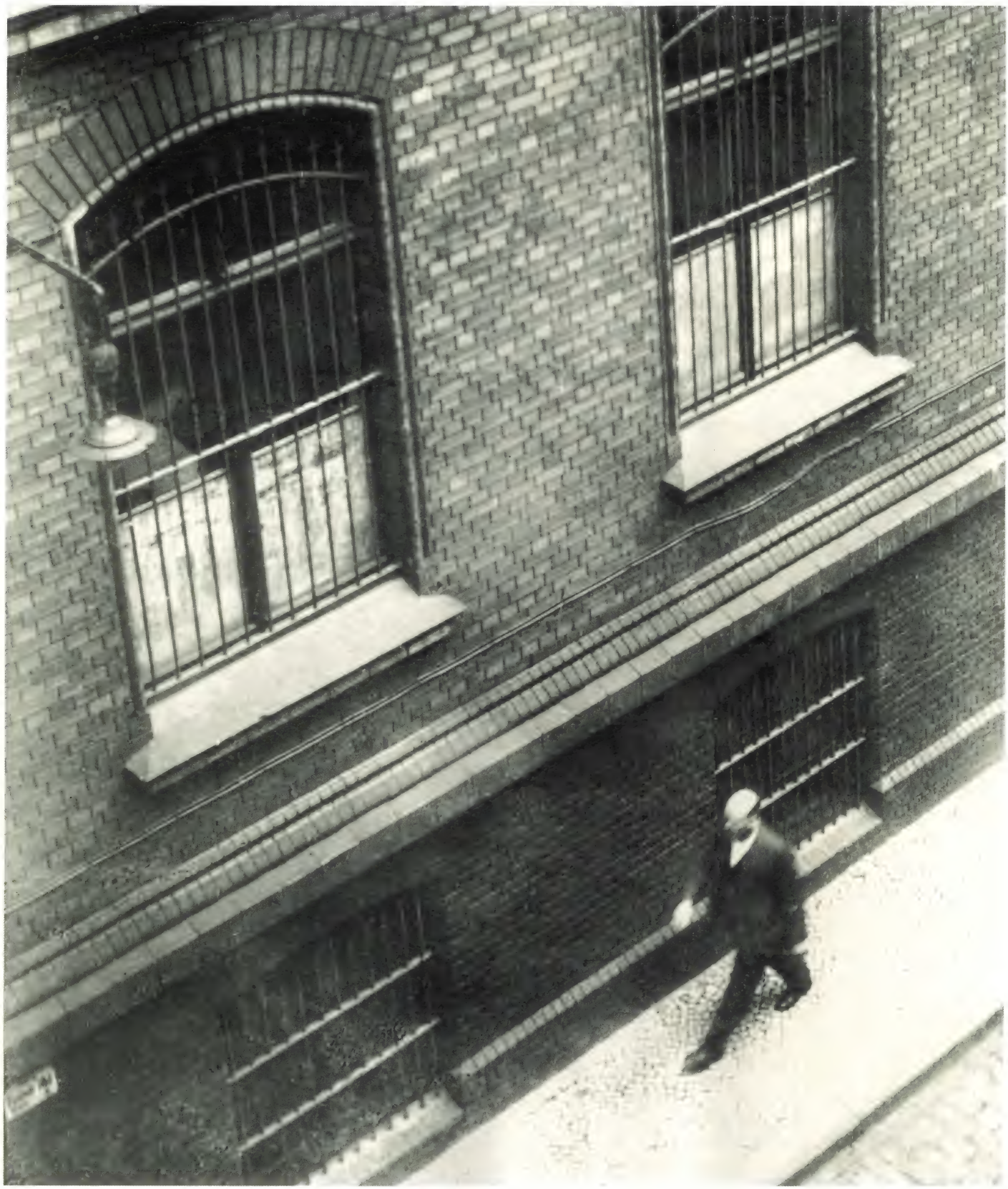
Gegen faschistische Provokationen

Polizei schützt den provokatorischen SA-Aufmarsch vor dem Karl-Liebknecht-Haus in Berlin, 22. Januar 1933

Ernst Thälmann auf der Tribüne vor dem Karl-Liebknecht-Haus am 25. Januar 1933

Berliner Arbeiter sammeln sich vor dem Karl-Liebknecht-Haus am 25. Januar 1933

Ernst Thälmann, John Schehr, Artur Golke, Walter Ulbricht (von rechts nach links) und andere Mitglieder des Zentralkomitees der KPD auf der Tribüne vor dem Karl-Liebknecht-Haus am 25. Januar 1933



Im faschistischen Kerker ungebrochen

1933–1944

Der Kampf, der vor uns liegt, ist der schwerste, den die Partei je zu bestehen hatte

Aus dem Referat
auf der illegalen Tagung des Zentralkomitees der KPD
im Lokal Sporthaus Ziegenhals bei Niederlehme
am 7. Februar 1933

Das Kabinett Hitler-Hugenberg-Papen ist die offene faschistische Diktatur. Was die Zusammensetzung der Regierung anbetrifft, so kann es in Deutschland eine weitere Steigerung in der Richtung des offenen Faschismus kaum mehr geben. Wohl aber gibt es in den Methoden dieser Regierung der offenen faschistischen Diktatur noch eine ganze Reihe von Steigerungsmöglichkeiten. Jeder Zweifel darüber, daß diese Regierung vor irgendwelchen balkanischen Methoden des äußersten Terrors zurückschrecken würde, wäre sehr gefährlich.

Es ist der Bourgeoisie Ernst damit, die Partei und die ganze Avantgarde der Arbeiterklasse zu zerschmettern. Sie wird deshalb kein Mittel unversucht lassen, um dieses Ziel zu erreichen. Also nicht nur Vernichtung der letzten spärlichen Rechte der Arbeiter, nicht nur Parteiverbot, nicht nur faschistische Klassenjustiz, sondern alle Formen des faschistischen Terrors; darüber hinaus: Masseninternierung von Kommunisten in Konzentrationslagern, Lynchjustiz und Meuchelmorde an unseren tapferen antifaschistischen Kämpfern, insbesondere an kommunistischen Führern – das alles gehört mit zu den Waffen, deren sich die offene faschistische Diktatur uns gegenüber bedienen wird.

Schon die ersten Taten der Hitlerregierung beweisen den ganzen tiefen Ernst der Situation. Es wäre ein Verbrechen, irgendwelche legalistischen Illusionen in unseren Reihen zu dulden. Wir müssen in der ganzen Arbeiterklasse darüber Klarheit schaffen, daß es wahrscheinlich keine andere Art der Ablösung dieser Regierung geben kann als ihren revolutionären Sturz.

Das bedeutet nicht, daß der Sturz der Hitlerregierung und der Sieg der proletarischen Revolution unbedingt ein und dasselbe sein muß. Wir stellen die Frage des Kampfes für den Sturz der Hitlerregierung, die Frage der Beseitigung der Hitler-Hugenberg-Regierung als unmittelbare Aufgabe. Wir stellen sie in jeder Stunde, wir stellen sie heute, wir stellen sie morgen, übermorgen, wir stellen sie in den nächsten Wochen und Monaten, ohne daß wir unter allen Umständen zu 100 Prozent sagen können, daß, wenn uns der Sturz der faschistischen Diktatur gelingt, dies schon mit dem Sieg der proletarischen Revolution direkt verbunden ist. Das müssen wir so scharf sagen, weil wir den heftigsten Feldzug ideologischer Art in den Massen gegen jede Theorie des «Abwirtschaftenlassens» der Hitlerregierung führen müssen. Diese Feststellungen schließen jedoch – ich betone das noch einmal – keineswegs aus, daß der Kampf zum Sturz der Hitlerregierung gleichzeitig in den Kampf um die volle Macht des Proletariats umschlagen kann . . .

Was ist die Bilanz unseres bisherigen Kampfes gegen die faschistische Diktatur? Wir waren nicht imstande, die Aufrichtung der faschistischen Diktatur bis zur heutigen offenen faschistischen Diktatur zu verhindern, obwohl wir den Kampf der Massen dafür organisiert haben. Das ist gewiß eine ernste negative Feststellung.

Aber umgekehrt können wir sagen, daß wir den faschistischen Kurs der Bourgeoisie empfindlich gestört haben. Wir haben sie dabei aufgehalten, stellenweise sogar zurückgeworfen, wie bei der Sprengung der Papen-Regierung. Zu dieser positiven Einschätzung unserer wachsenden Kampfkraft und damit der wachsenden Kampfkraft der Arbeiterklasse Deutschlands sind wir berechtigt, ohne unsere Schwächen zu übersehen. Eine solche positive Einschätzung muß der Ausgangspunkt für unsere höhere revolutionäre Aufgabenstellung sein . . .

Gegen die chauvinistische Kriegshetze und imperialistische Kriegspolitik des Faschismus müssen wir die Massenpropaganda für den proletarischen Internationalismus, für unsere Freiheitspolitik entfalten.

Wir müssen den Massen unser Programm zeigen als das Programm des einzigen Auswegs aus Elend, Not und Unterdrückung, als Programm der sozialen und nationalen Befreiung des deutschen Volkes. Wir müssen ihnen zeigen, daß wir die Partei sind, die durch die Befreiung der Arbeiterklasse die Einheit der Nation verwirklicht, indem sie das kapitalistische System bis zu dessen Vernichtung bekämpft.

Das Wichtigste aber ist, daß sich bei allen unseren Kampfmaßnahmen die Linie wie ein roter Faden hindurchzieht: Wir organisieren den aktiven Massenkampf, die Einheitsfront der Tat zur Befreiung des werktätigen Volkes aus faschistischer reaktionärer Knechtschaft . . .

Zusammengefaßt, Genossen:

Eiserner Kurs auf die Sicherung der Partei und ihre Fortführung trotz aller Anschläge des faschistischen Terrors!

Konzentration aller Kräfte auf die Entfaltung jeder Form des Mas-

senwiderstandes, der Massenaktionen und Massenkämpfe auf der Linie: Demonstrationen, Streiks, Massenstreiks, Generalstreik gegen die faschistische Diktatur!

Einheitsfrontpolitik zur Kampfmobilisierung in höheren Formen mit kühnerer Initiative!

Stärkster Kurs auf die Zerschlagung aller parlamentarischen und demokratischen Illusionen, auf die Erziehung der Massen zum außerparlamentarischen Massenkampf!

Höhere revolutionäre Aufgabenstellung, auch in Agitation und Propaganda, zwecks Vorbereitung der Massen und Heranführung der Massen an den Machtkampf, an den Kampf um die Arbeiter-und-Bauern-Republik!

Höchste Entfaltung der Masseninitiative, der eigenen Aktivität und Selbständigkeit der unteren Einheiten und Leitungen!

Revolutionäres Selbstbewußtsein, Siegeszuversicht, Angriffsfreude bei bolschewistischer Nüchternheit!

Das alles verwirklichen heißt: die faschistische Diktatur schlagen und zerschlagen! Vorwärts in diesem Kampf! Erfüllt eure revolutionäre Pflicht für den Sieg der deutschen Arbeiterklasse!

Hermann Dünow
Erinnerung

Als wir Genossen in der Militärpolitischen Abteilung den Auftrag zur Organisierung und Sicherung der Tagung erhielten, waren wir uns der Schwierigkeit und Gefährlichkeit dieser Aufgabe voll bewußt. Es mußte unbedingt dafür Sorge getragen werden, daß die Genossen den Tagungsort ungehindert wieder verlassen konnten oder aber ihre Rückfahrt, falls Polizei oder SA die Tagung auszuheben versuchen sollten, mit Waffengewalt erzwungen werden würde. Das wichtigste war also, die Tagung so zu organisieren, daß sie ordnungsgemäß durchgeführt und beendet werden konnte.

Auf der Suche nach einem geeigneten Ort erinnerten wir uns an ein Lokal, das Sporthaus Ziegenhals bei Zeuthen, dessen Besitzer Wilhelm Mörschel sich als zuverlässiges Mitglied der KPD erwiesen hatte. Außerdem wohnte in diesem Gebiet der Genosse Otto Franke, der als Vorsitzender der Revisionskommission der Gemeindeverwaltungen fungierte. Das waren besonders günstige Voraussetzungen für die Durchführung der ZK-Tagung. Zum 7. Februar, dem Tag, an dem die Zusammenkunft stattfinden sollte, setzte der Genosse Otto Franke eine Revision der Gemeindekassen seines Bezirkes an. Das hatte zur Folge, daß sich alle Bürgermeister der umliegenden Ortschaften bei ihm einfinden mußten. Als weitere Konsequenz daraus ergab sich, daß die Gendarmen, die in diesen Ortschaften Dienst taten, ihren Bürgermeister an dem betreffenden Tage nur in der Sitzung der Revisionskommission erreichen konnten und demzufolge dort erscheinen mußten, wenn ihnen irgend etwas Verdächtiges aufgefallen wäre. Dadurch aber hätte auch der Genosse Otto Franke davon Kenntnis erhalten und uns benachrichtigen können.

Die Mitglieder des Zentralkomitees und die übrigen Genossen, die an der Tagung teilnehmen sollten, wurden, soweit sie erreichbar und nicht bereits verhaftet waren, zu bestimmten Zeiten in einige Berliner Lokale bestellt. Diese Anlaufstellen waren nur zehn Minuten besetzt, und wer zu spät kam, fand keinen Anschluß mehr. Einzeln wurden die Eingeladenen nun in die Treptower Sternwarte dirigiert. Hier war ein Genosse Arthur Lange beschäftigt, der, von Beruf Schlosser, sich durch Selbststudium so beachtliche astronomische Kenntnisse erworben hatte, daß es unter anderem zu seinen Aufgaben gehörte, Führungen durch das astronomische Museum zu machen. Er geleitete also die inzwischen versammelte Gruppe durch die Ausstellung und schließlich hinauf aufs Dach der Sternwarte, wo das große Teleskop stand. Man konnte alles gut übersehen, und als wir uns davon überzeugt hatten, daß kein Fremder anwesend war, informierte ich die auf eine Erklärung wartenden Genossen, daß Ernst Thälmann vor dem ZK sprechen werde. Mit einem Reiseomnibus, dessen Fahrer ebenfalls ein Genosse war, fuhren wir dann, ausgestattet mit den Papieren eines Sportvereins, die bei nicht allzu gründlicher Überprüfung auch eine Täuschung der Polizei ermöglicht hätten, nach Ziegenhals. Die beiden Zufahrtsstraßen wurden durch bewaffnete Genossen, die sich als Spaziergänger getarnt hatten, gesichert. Eine Stunde später wiederholte sich dieser konspirative Vorgang unter den gleichen Vorsichtsmaßnahmen mit einer zweiten Gruppe. So brachten wir schließlich im Februar dreiunddreißig etwa vierzig Genossen zur ZK-Tagung nach Ziegenhals. Ernst Thälmann, Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck kamen mit einem PKW auf Umwegen in das Sporthaus.

Der kleine Raum reichte kaum aus. An der Stirnseite saßen Teddy, Wilhelm und Walter, der die Versammlung leitete. Thälmann sprach. Und er tat es so, wie wir ihn alle kannten, temperamentvoll und klar.

Appell an alle Kommunisten vom Februar 1933

Kommunistische Männer und Frauen, Jungkommunisten!

Täglich fordert der antifaschistische Freiheitskampf des deutschen Proletariats die unerhörtesten Opfer. Die Front des faschistischen Terrors hat sich, gestützt vom Monopolkapital und von den Großagrariern, gegen das Proletariat und alle Antifaschisten zum Generalangriff in Marsch gesetzt. Die Aufrichtung der offenen faschistischen Diktatur durch die Einsetzung der Hitler-Papen-Hugenberg-Regierung, der Regierung der Versklavung der Arbeiterklasse, der Regierung der Vorbereitung des Revanchekrieges des deutschen Imperialismus gegen Polen und Frankreich und der Provokationen gegen die Sowjetunion, bedeutet eine Kriegserklärung an alle Werktätigen! Der Klassenkampf erfährt täglich und erneut seine Zuspitzung. Der Faschismus hat sich die Ausrottung und Vernichtung des Marxismus zum Ziel gesetzt. Das bedeutet die Zermalmung und Niederschmetterung von 13 Millionen deutschen Arbeitern und Werktätigen, die sich zum Marxismus bekennen. Auf den Trümmern zerschmetterter Tarifverträge, einer in Fetzen gerissenen Sozialpolitik, auf den Trümmern der restlos zerschlagenen letzten demokratischen Rechte will die offene faschistische Diktatur ihre großagrarische und monopolkapitalistische Politik des Hungers und des Krieges durchführen. Eine ungeheure, verantwortungsvolle Aufgabe steht heute vor der Kommunistischen Partei, vor jedem einzelnen ihrer tapferen Kampfgenossen.

Jeder Kommunist muß sich heute seiner Pflicht und großen Verantwortung gegenüber seiner Klasse bewußt sein. In vertrauensvoller, bolschewistischer Verbundenheit unserer Parteimitgliedschaft zu ihrem Zentralkomitee, im Bewußtsein bolschewistischer Verantwortung vor den Massen der Arbeiter, der armen Bauern und der unterdrückten Jugend, fordert die Partei von jedem Kommunisten, seine ganze Kraft und Energie, ja, sein Leben in den Dienst unseres

sozialistischen Freiheitskampfes, in den Dienst der Antifaschistischen Aktion zu stellen.

Kommunisten, die ihr in glühender Liebe mit eurer Partei verbunden seid, die ihr die schwersten Opfer für unsere Bewegung brachtet: Zieht eine stahlharte Mauer der antifaschistischen Verteidigung um unsere vom Verbot bedrohte Partei! Jeder ein Werber, Wecker und Organisator der antifaschistischen Einheitsfront, jeder ein Werber und Trommler, jeder ein feuriger, opferbereiter Kämpfer für unsere Partei, jeder ein unermüdlicher Helfer, Agitator und Organisator für den antifaschistischen Massenselbstschutz! Jeder ein Führer der Ausgebeuteten und Unterdrückten im Kampfe für die Öffnung der Kohlenhalden und Lebensmittelspeicher, im Kampfe gegen die neuen Lohnabbauangriffe der Bourgeoisie . . .

Kommunisten! Jungkommunisten!

Unsere millionenstarke, stahlharte, vorwärtsstürmende Freiheitsarmee, die auf einem Sechstel des Erdballs bereits die stolze Fahne des Sozialismus aufpflanzte, unser kühnes, vorwärtsstürmendes Massenheer der Freiheit ist auch in Deutschland nicht zu besiegen, nicht niederzuschmettern, nicht zu verbieten. Wir kämpften in der Vergangenheit, wir stürmen mutig vorwärts in der Gegenwart, und wir werden und müssen die Sieger sein in der Zukunft. Kommunisten, Jungkommunisten! Der Klassenfeind holt aus zum Generalschlag gegen uns! Jetzt heißt es, nicht abwarten, nicht selbstzufrieden seiner Entwicklung zusehen, sondern als entschiedene und aktive Vorposten der antifaschistischen Kämpferscharen noch mutiger, noch entschlossener, noch opferbereiter für die Freiheit, für den Sozialismus gestritten!

Verteidigt an der Spitze der Massen jeden Rest sozialer Errungenschaften, jeden noch so kümmerlichen Rest demokratischer Freiheit, zerbrecht die von den SPD- und ADGB-Führern aufgeworfenen Hürden und Hindernisse der antifaschistischen Einheit, zerbrecht den Einfluß der Spalter und Saboteure, die die Verbrüderung der sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen und christlichen Klassengenossen mit ihren kommunistischen Brüdern zu hintertreiben und zu verraten suchen!

Faßt die Hände unserer Reichsbanner- und SPD-Kameraden, bildet mit euren und ihren Leibern einen stahlharten Schutzwall und eine Angriffsarmee gegen den Faschismus, für den sozialistischen Freiheitskampf!

Jeder Kommunist tue seine Pflicht, jeder Kommunist auf Kampfesposten, jeder Kommunist ein anfeuerndes Beispiel des antifaschistischen Einheitskampfes, jeder Kommunist ein auf Leben und Tod mit seiner Partei und seiner Führung verbundener Soldat des Kampfes für Deutschlands soziale und nationale Befreiung! Jeder Kommunist ein disziplinierter Kämpfer für die Arbeiter-und-Bauern-Republik, für den siegreichen Sozialismus!

Rot Front!

Euer Ernst Thälmann

Aus dem Brief an Rosa Thälmann

Meine liebe Rosa! Berlin, den 8. März 1933

Bin am 3.3. hier festgenommen worden. Gesundheitlich geht es mir gut, und sonst muß man eben durchhalten . . .

Ich soll «in dem dringenden Verdacht einer nach den §§ 81–86 StGB strafbaren Handlung» stehen. Es heißt dann weiter, «daß Sie bis auf weiteres im Interesse der öffentlichen Sicherheit in polizeiliche Haft zu nehmen sind».

Es wäre gut, wenn Du den Rechtsanwalt Hegewisch in Kenntnis setzt und mit ihm über das eingeleitete Verfahren sprichst . . .

Schicke mir bitte das «Fremdenblatt» zu. – Bis jetzt habe ich noch keine Zeitung bekommen.

Wie lange es dauert, weiß ich nicht. Jedenfalls werde ich von hier aus bald anderswo hinkommen.

Weitere revolutionäre Grüße an alle Freunde.

Mit revolutionärem Gruß an alle

Dein lieber Ernst

Wilhelm Pieck

Mit der Verhaftung des Genossen Ernst Thälmann wurde der Partei nicht nur der eigentliche Führer, sondern auch dem Polbüro die stärkste Kraft bei der Durchführung der von der Kommunistischen Internationale in Gemeinschaft mit der deutschen Partei beschlossenen Linie und ihrer konkreten Anwendung in Deutschland genommen. Die Autorität, die der Genosse Thälmann sowohl innerhalb der Parteiführung als auch in der gesamten Partei und in der deutschen Arbeiterklasse besaß, stützte sich darauf, daß er wie kaum ein anderer das Wesen der Massenpolitik begriffen hatte und neben seiner politischen Orientierung ein außerordentlich feines Fingerspitzengefühl für die Probleme hatte, die vor der Partei standen.

Telegramm der Delegierten des Weltkongresses der Jugend gegen Krieg und Faschismus in Paris an Ernst Thälmann vom September 1933

Dir, Genosse Thälmann, dem Führer der Antifaschistischen Aktion, des heldenhaft kämpfenden deutschen Proletariats, senden im Namen des Weltkongresses gegen Krieg und Faschismus in Paris die deutsche, [die] tschechische und [die] französische Delegation brüderliche Kampfesgrüße. Wir geloben, so wie Du, alle unsere Kräfte für die Schaffung [der] antifaschistischen Einheitsfront einzusetzen und den Kampf für Deine und die Freilassung aller Antifaschisten zu führen.

Setzt euch zur Wehr!

Demonstration für die antifaschistische Einheitsfront in Leipzig am 19. Februar 1933

GENERALSTREIK

gegen die faschistische Terrorherrschaft!

Hitler Reichskanzler, Papen Vizekanzler, Hugenberg Wirtschaftsdiktator, die Frick und Goebbels an der Spitze der Polizei, Stahlheimmann Selte Arbeitsminister

Dies neue **Kabinett der offenen faschistischen Diktatur** ist die brutalste und unverhüllte **Kriegserklärung an die deutsche Arbeiterklasse, an das werktätige Volk.** Die Betrugsmanöver des „sozialen Generals" sind zu Ende. Die Zuspitzung der Krise, der machtvolle revolutionäre Aufschwung der Massen zwingt die Bourgeoisie das nackte Gesicht ihrer Diktatur in äußerster Brutalität zu enthüllen. An die Stelle der „sozialen" Phrasen treten die **Bajonette der Reichswehr und die Revolver der mordenden SA- und SS-Kolonnen.** Schamloser Lohnraub und schrankenloser Terror der braunen Mordpest zertrümmern die letzten kärglichen Rechte der Arbeiterklasse. Hemmungsloser Kurs auf den **imperialistischen Krieg.** Das alles steht unmittelbar bevor. Die Partei der deutschen Arbeiterklasse, die Partei der Streiks gegen Lohnraub, der Verteidigung der Interessen aller Werktätigen, des Kampfes für die Freiheit der Arbeiterklasse und für den Sozialismus.

Die KPD will man verbieten!

Die Kampforganisation der proletarischen Jugend, der KJVD, die Massenorganisation die den Kampf gegen Lohnraub und Unternehmerwillkür führt, die RGO, soll verboten werden.

Diese faschistischen Anschläge sollen den Kurs auf die volle **Zerschlagung aller Arbeiter-Organisationen** einleiten.

Das blutige barbarische Terror-Regime des Faschismus wird in Deutschland aufgerichtet. **Massen, laßt nicht zu, daß die Todfeinde des deutschen Volkes,** die Todfeinde der Arbeiter und armen Bauern, der Werktätigen in Stadt und Land ihre Verbrechen durchführen. **Setzt euch zur Wehr** gegen die Anschläge und den Terror der faschistischen Konterrevolution, **verteidigt euch** gegen die soziale Reaktion der faschistischen Diktatur.

Heraus auf die Straße! Legt die Betriebe still!

Antwortet sofort auf den Anschlag der faschistischen Bluthunde mit dem Streik,

mit dem Massenstreik,

mit dem Generalstreik!

Arbeiter und Arbeiterinnen, Jungarbeiter, nehmt in allen Betrieben, in allen Gewerkschaften, in allen Arbeiterorganisationen auf allen Stempelstellen sofort Stellung: **Für den Generalstreik — gegen die faschistische Diktatur!**

Beschließt die Arbeitsniederlegung!
Beschließt Massendemonstrationen!
Wählt Einheitskomitees und Streikleitungen!
Organisiert den Kampf!

Die **Kommunistische Partei Deutschlands** wendet sich vor der gesamten proletarischen Oeffentlichkeit **mit dem Aufruf zugleich**

an den ADGB
an den Afa-Bund
an die SPD
und die christlichen Gewerkschaften

mit der Aufforderung, gemeinsam mit den Kommunisten den Generalstreik gegen die faschistische Diktatur der Hitler-Hugenberg-Papen, gegen die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen, für die Freiheit der Arbeiterklasse durchzuführen.

Die KPD appelliert an die Millionen der sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen, christlichen und Reichsbanner-Arbeiter in Stadt und Land wie an die unorganisierten Arbeitermassen:

Führt gemeinsam mit euren kommunistischen Genossen in allen Betrieben und Arbeiterwohnvierteln Massendemonstrationen, den Streik, den Massenstreik, den Generalstreik durch!

Helft den Kommunisten die übrigen Werktätigen, armen Bauern auf dem Lande, den Mittelstand, die Intellektuellen in den Städten zur Unterstützung des Kampfes für die Arbeiterklasse zu mobilisieren.

Schart euch um die bedrohte Kommunistische Partei, um den KJVD und die RGO!

Erkennt, daß jeder Schlag gegen das revolutionäre Proletariat ein Schlag gegen die ganze deutsche Arbeiterklasse ist.

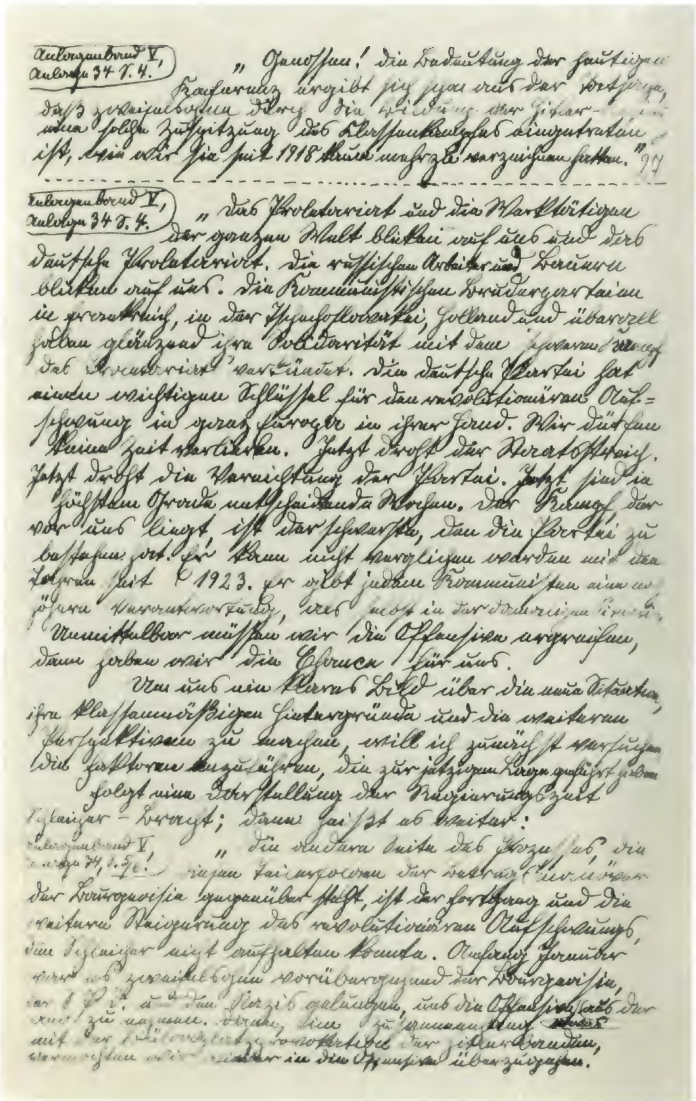
Es lebe die proletarische Einheitsfront gegen die faschistische Hitler-Diktatur!
Fort mit den Hitler, Papen, Hugenberg!
Es lebe der Generalstreik!
Es lebe der Kampf für die Freiheit der Arbeiterklasse!
Es lebe der Kampf für eine Arbeiter- und Bauernrepublik!

Berlin, den 30. Januar 1933

Kommunistische Partei Deutschlands

Verantwortlich: Schweller — Druck: Könia & Co., Berlin.

Ruf zur Einheitsfront



Erste Seite der Abschrift der Rede Ernst Thälmanns vom 7. Februar 1933, die er im Gefängnis nach der Anklageschrift anfertigte

Lokal Sporthaus Ziegenhals bei Niederlehme, Tagungsstätte der illegalen Beratung des Zentralkomitees der KPD am 7. Februar 1933

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Alarm für Liste 3

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Bezirk Sachsen) Verbreitungsgebiet Westsachsen

Bezugspreis einschließlich illustrierter Wochenbeilage „Der rote Stern" 2,— Mark monatlich einschließlich Bringerlohn. — Postbezug 2,— Mark. Selbstabholer 1,65 Mark. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Zurückzahlung des Bezugspreises. — Expedition: Cyermaks Garten 2, I. — Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Fernruf: Amt Leipzig 709 66.

Leipzig
Montag, den 27. Februar 1933

Anzeigenpreise: Die 10gespaltene Kolonelzeile —.40 M. Reklamezeile 2,25 M., Familienanzeigen und kleine Anzeigen nach besonderem Tarif. — Anzeigenvermittlung durch „Das Inserat". Allgemeine Inseraten-Expedition G. m. b. H., Berlin, Filiale Leipzig C 1, Brandenburger Str. 16a, I./II; Fernruf 29 368. — Anzeigenschluß 9 Uhr vormittags. — Für Rückgabe unverlangter Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr.

Einzelpreis 10 Pf. Verlag: Westsächsischer Buch- und Zeitungsverlag Leipzig C 1, Cyermaks Garten 2 Fernruf 709 66 — Postschließfach: Leipzig C 1. Schließfach 430 Postscheckkonto: Postscheckamt Leipzig 036 22 — Schriftleitung: Leipzig C 1, Cyermaks Garten 2 Fernruf 709 66 13. Jahrgang / Nr. 46

Ernst Thälmann

ruft zur antifaschistischen Einheitsfront

Offener Brief an die sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter Deutschlands
An die Kollegen der freien Gewerkschaften und die Reichsbannerkameraden

Klassengenossen! Genossinnen!

Die offene faschistische Diktatur ist über Deutschland aufgerichtet. Der Reichspräsident von Hindenburg, für den ihr auf Geheiß eurer Führer vor einem knappen Jahr mit dem Aufgebot aller eurer Kräfte den Wahlkampf führtet, weil man euch sagte, Hindenburgs Wahl sei ein Schutz vor dem Hitler-Faschismus, hat Adolf Hitler, Frick und Goering, Papen, Hugenberg und Seldte die Macht übergeben. Mit Terror und Verfolgung versucht die Bourgeoisie die Arbeiterklasse und ihre Organisationen niederzuwerfen. Faschistische Banditen verüben eine Kette von Meuchelmorden an sozialdemokratischen, parteilosen und kommunistischen Arbeitern.

Immer wieder hat die Kommunistische Partei ihre feste, unverbrüchliche Bereitschaft ausgesprochen, gemeinsam mit allen Arbeitern und jeder Organisation den Kampf gegen den Faschismus zu führen, die ihrerseits zum Kampf bereit sind

Wie am 20. Juli des vergangenen Jahres, so richtete am 30. Januar dieses Jahres anläßlich der Machtergreifung Hitlers die KPD erneut ihr Angebot zum gemeinsamen Kampf an die Sozialdemokratie, an den ADGB und Afa-Bund, an die christlichen Gewerkschaften. Eure Führer sind auf diese Einheitsfrontvorschläge nicht eingegangen.

Im Namen der hunderttausenden Mitglieder der Kommunistischen Partei, im Namen der mehr als 6 Millionen Arbeiter, Arbeiterinnen und Jungarbeiter, die bei der letzten Reichstagswahl ihr Vertrauen zur Kommunistischen Partei bekundeten,

reiche ich euch, den Mitgliedern und Funktionären der SPD, der freien Gewerkschaften und darüber hinaus den Millionenmassen parteiloser Arbeiter, die Bruderhand zum gemeinsamen Kampfbündnis gegen den Faschismus.

Die faschistischen Meuchelmörder, die mit Dolchen, Revolvern und Bomben gegen Arbeiter wüten, machen keinen Unterschied, ob ihr das Mitgliedsbuch der KPD, der SPD oder der christlichen Gewerkschaften in der Tasche tragt. So darf auch im Freiheitskampf aller Antifaschisten die Parteizugehörigkeit kein Hindernis sein, gemeinsam zu marschieren, gemeinsam zu kämpfen.

Am Wahlsonntag oder einige Tage darauf sollen die Garden der SA und SS in das rote Berlin, das kämpferische Herz der deutschen Arbeiterklasse, einmarschieren. Marsch auf Berlin — diese Drohung der faschistischen Terrorformationen ist eine Kriegserklärung nicht nur gegen die Männer und Frauen und die Jugend des roten Berlin, sondern gegen die ganze deutsche Arbeiterklasse, gegen das ganze werktätige Volk!

Im Namen der Kommunistischen Partei Deutschlands rufe ich euch Klassengenossen und -genossinnen, die ihr noch nicht in unserem Lager steht, die ihr aber wie wir den Faschismus haßt und die Freiheit liebt, zur gemeinsamen Abwehr auf.

Wenn wir, die Arbeiter, Arbeiterinnen und Arbeiterjugend, deren Hände alle Werte erschaffen, Schulter an Schulter zusammenstehen, wenn wir gemeinsam kämpfen, sind wir unüberwindlich. Wenn wir gemeinsam kämpfen, werden wir Millionen von armen Bauern auf dem Lande, Millionen von Angestellten, Beamten, Mittelständlern in den Städten mit uns reißen in die gemeinsame Front des antifaschistischen Freiheitskampfes!

Nehmt in euren Organisationen zu diesem Einheitsfrontangebot der Kommunistischen Partei Deutschlands Stellung! Beratet gemeinsam mit euren kommunistischen Klassengenossen die notwendigen Kampfmaßnahmen! Bildet gemeinsam mit uns Kommunisten den Selbstschutz, die Kampffront der Betriebe und Stempelstellen. Schafft gemeinsam mit uns breite Massenorgane der proletarischen Einheitsfront, in denen kameradschaftlich und brüderlich Kommunisten und Sozialdemokraten, christliche Arbeiter und Freidenker, Organisierte und Unorganisierte zusammenarbeiten und gemeinsam den Kampf organisieren!

Es lebe die kämpfende proletarische Einheitsfront! Es lebe der antifaschistische Freiheitskampf!
Es lebe der gemeinsame Kampf für Arbeitermacht und Sozialismus!

Ernst Thälmann, Vorsitzender der Kommunistischen Partei Deutschlands

Verhaftet

Polizei-Razzia in Berlin, 1933

Ernst Thälmann in seiner Zelle im Polizeigefängnis Berlin-Alexanderplatz, März 1933. Dieses Foto veröffentlichte die Nazipresse am 8. April 1933 unter dem Druck des starken internationalen Protestes gegen die Verhaftung Ernst Thälmanns und seine drohende Ermordung

Else Steinfurth-Daub und Hilda Maddalena (links) in Paris. Else Steinfurth stellte die Verbindung des Zentralkomitees der KPD zu Ernst Thälmann her

John Schehr. Unter seiner Leitung organisierte die KPD nach der Verhaftung Ernst Thälmanns den antifaschistischen Widerstandskampf in Deutschland

Abschrift

Aufgenommen von berlin am 28.2.33 um 1833 durch kloss

Polizei-Funkdienst

Funkstelle: Kontrollnummer: 2856/46

Befördert an ... am ... um ... durch ...

Funkspruch: ssd berlin nr.104/1 151 28.2.33 1533 -

an a l l e -

nachstehende mitglieder des zentralkommitees der kommunistischen partei deutschlands sind festzunehmen:

1) parteivorsitzender transportarbeiter ernst thälmann 16.4.86 hamburg geb.,berlin-charlottenburg bismarckstr.24 b.kowalski polizeil.gemeldt

2) redakteur franz dahlem 14.1.92 rohrbach geb.berlin greifswalderstr. 147 als mieter wohnhaft.

3) bergarbeiter paul langner 20.2.96 alberstedt geb.togostr.28 2 wohnh

4) parteisekr.hermann remmele 15.11.80 siegelhausen geb.berlin - schöneberg,luitpoldstr.47 wohnhaft

5) parteisekr.fritz becker 28.3.84 chemnitz geb.schöneberg heilbronner str. 15 wohnhaft.

6)näherin helene oferlach 19.7.94 greitz,berlin-weissensee metzstr.53 wohnhaft

7)parteisekr.frieda krüger 31.8.00 berln geb.berlin-schöneberg sedanstr.58 bei foss .-

8)dreher artur ~~göbke~~ golke 14.10.86 danzig geb.berlin chausseestr.57 wohnhaft

9)arbeiter oskar pötsch 24.4.06 schöneberg geb.berlin-schöneberg gustav müllerstr.23

10)former wilhelm hein 10.1.89 goldbeck geb.berlin chorinerstr.50

11)parteisekr.wilhelm pieck 3.1.76 guben geb.steglitz schadenrute 2

12)nieter wilhelm florian 16.3.94 köln-poll geb.berlin werneuchenerstr 17 als mieter.

verteiler: m.d.i.
krim.ant.

Der Polizeipräsident. Berlin, den [illegible] 1933.
Abteilung I.
I 2a 302

An
Herrn [illegible]

hier.

Sie stehen in dem dringenden Verdacht einer nach den §§ 81 bis 86 St.G.B. strafbaren Handlung.

Auf Grund des § 22 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4.2.33 -RGBl. S.35 in Verbindung mit § 1 der Verordnung vom 28.2.33 - ordne ich hiermit an, daß [illegible] bis auf weiteres im Jnteresse der öffentlichen Sicherheit in polizeiliche Haft zu nehmen sind.

Jm Auftrage:
gez. Dr. Mittelbach,
Staatsanwaltschaftsrat.

Ausgefertigt:
[illegible]
Pol.-Prakt.

Erkämpft die Freiheit Thälmanns!

Antifaschistische Protestdemonstration in Zürich, 1933

Ausstellung in Moskau zum 15. Jahrestag der Gründung der KPD

Demonstration in Paris gegen den faschistischen Terror in Deutschland am 24. September 1933

Preis 5 Pfg. Lesen und weitergeben!

Hamburger Volkszeitung.

Nr. 39 22. März 1933 16. Jahrgang.

Arbeiter, heraus zum Massenstreik!

Erkämpft die Freilassung des Führers der KPD und der deutschen Arbeiterklasse, Ernst Thälmanns und die Freilassung aller verhafteten Antifaschisten! — Verteidigt die Kommunistische Partei und alle Arbeiterfunktionäre gegen den faschistischen Blutterror!

Die Regierung des Bürgerkriegs gegen die Werktätigen will durch Blutterror, Verhaftungen und Zerschlagung der Arbeiterorganisationen die Profite der Millionäre, Großkapitalisten und Krautjunker sichern.

Der **Angriff gegen die Kommunistische Partei, die Verhaftung unseres Genossen Ernst Thälmann, des Führers der kämpfenden Einheitsfront der Arbeiter, des kühnen und zielbewußten Führers des antifaschistischen Freiheitskampfes ist ein Schlag gegen alle Werktätigen.**

Treue um Treue! So mutig und unerschrocken die KPD unter Führung ihres Zentralkommitees, mit dem Genossen **Ernst Thälmann** an der Spitze den Kampf des werktätigen Volkes um Brot, Arbeit und Freiheit führt, so **kühn und mutig muß jetzt jeder Arbeiter und jeder Werktätige mit der Waffe des Massenstreiks kämpfen für die Freilassung unseres Genossen Thälmann und aller verhafteten Antifaschisten.**

Jeder Arbeiter ein Organisator und Führer einer Flut politischer Proteststreiks und Massenstreiks!

Berlin, den 4. März 1933.

Die **Hitler** und **Goering** und ihre faschistischen Banden bereiten die **Ermordung der Führer der Kommunistischen Partei** vor. Aehnlich wie sie den Reichstag in Brand stecken ließen als Auftakt zu den Kommunistenverfolgungen, **so wollen sie jetzt heimtückisch unseren Führer Ernst Thälmann — selbstverständlich auf der Flucht — ermorden.**

Deshalb alle Kräfte eingesetzt zur sofortigen Durchführung des Massenstreiks für die Freilassung Ernst Thälmanns, des Führers der KPD und aller klassenbewußten Arbeiter.

Es lebe der Streik, Massenstreik und Generalstreik gegen die faschistische Diktatur!!

In kämpfender Einheitsfront vorwärts zur Massennotwehr gegen den faschistischen Terror!

Schart Euch fester um die Kommunistische Partei, die Partei der Arbeiterklasse, die Führerin des antifaschistischen Kampfes aller Werktätigen!

An die Stelle jedes verhafteten Arbeiterfunktionärs werden neue Kämpfer treten.

Vorwärts im revolutionären Massenkampf, zum Sturz der faschistischen Diktatur!

Es lebe der Kampf für die Arbeiter- und Bauern-Republik, für den Sozialismus!

Durch die Diktatur des Proletariats zum Sozialismus!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.

XV JAHRE KP
ORTSGRUPPEN BETRIEBSZELLEN MITGLIEDER DER KPD
1923 1925 1923
1927 1927 1927
1931 1931 1931
1932 1932 1932
1933 1933
N MASSENPARTEI DES DEUTSCHEN PROLETARIATS

« GŒRING,
l'incendiaire
c'est toi! »

Eine neue große Schule des Lebens für mich

Aus dem Brief an Johannes Thälmann

Mein lieber Vater! Berlin, den 1. Mai 1933

Am heutigen denkwürdigen, an historischen Erinnerungen so reichen Tage sende ich Dir, meiner Rosa, Irma und allen Bekannten und Freunden diese revolutionären Grüße. Es ist für einen Freiheitskämpfer keine Schmach und Unehre, wenn er mit so vielen Tausenden an diesem Tage seiner Freiheit beraubt ist. Wie die Sonne manchmal hart kämpfen muß, um den Wall von düsteren Wolken, der sie umringt, zu durchbrechen, und sich letzten Endes mit ihren Strahlen durchsetzt, so werden auch Recht und Wahrheit vorwärtsschreiten und bahnbrechend sein in aller Zukunft.

Jeder, der ehrlich seine Pflicht zu erfüllen trachtet, hat auch heute ein Recht auf Achtung. Das Bewußtsein, nichts Charakterloses und Verbrecherisches getan zu haben, und dazu Mut, Ausdauer und Hoffnung, . . . sind hier wichtige Voraussetzungen für mich, die manchmal ungeheuer langweiligen Stunden in der engsten Isoliertheit so gut, wie es möglich ist, zu verbringen.

Else Daub-Steinfurth
Erinnerung

Von der Partei erhielt ich den Auftrag, Genossin Rosa Thälmann, die in Berlin fremd war, zu helfen, eine Erlaubnis zum Besuch ihres Mannes zu erlangen. Ich traf mich mit Rosa Thälmann, besprach mit ihr, was sie tun müsse, um eine Besuchserlaubnis zu erhalten, und machte ihr klar, daß sie nicht nach Hamburg zurückfahren dürfe, ehe sie ihren Mann besucht habe.

Rosa Thälmann bemühte sich, eine Besuchserlaubnis zu bekommen, und konnte Ende April/Anfang Mai [1933] erstmals ihren Mann im Polizeipräsidium besuchen. Mit der Begründung: «Der Vater von Ernst Thälmann ist erkrankt» bekam sie wenig später die nächste Besuchserlaubnis.

Ich gab Rosa Thälmann die mir vom Politbüro übergebenen Informationen an Ernst Thälmann und besprach mit ihr, wie sie in ihre Gespräche Mitteilungen und Fragen der Partei an Ernst Thälmann einbauen könnte. Die mir übergebenen Informationen schrieb ich als Kassiber auf Seidenpapier, die über Rosa an Ernst Thälmann weitergeleitet wurden. In diesen ersten Kassibern, die im Auftrag der Partei an Ernst Thälmann abgingen, waren u. a. Fragen nach dem Gesundheitszustand und der Lage Ernst Thälmanns sowie knappe Mitteilungen über die politische Lage und den Kampf der Partei enthalten. Wir erkundeten, wie das Verfahren bei Besuchen im Polizeipräsidium bei der Abnahme von Paketen abläuft. Diese Erfahrungen waren uns sehr von Nutzen. Wir wußten, welche Beamten es weniger genau nahmen bei der Paketkontrolle usw. Entsprechend wurden die Kassiber untergebracht, und Rosa Thälmann wurde instruiert. So wurde ein Kassiber von einem Genossen Richard aus der Bülow-Straße in eine Zigarre gewickelt. Ernst Thälmann rauchte in der Regel nur Zigarren und immer dieselbe Marke. Als der Genosse, der das übernommen hatte, schwer erkrankte, mußten wir uns umstellen. Wir fanden so schnell keinen Ersatzmann. Kassiber in Zigaretten einzulegen, hatte ich schon versucht, und es gelang. Nun mußten wir es auch für Ernst Thälmann versuchen. Ich schrieb nachts kleine Kassiber auf chinesisches Seidenpapier, die, eng zusammengerollt, in einige Zigaretten einer Zigarettenpackung gesteckt wurden. Das war nicht so einfach, da es Beamte gab, die die Zigaretten bei der Kontrolle in der Mitte durchbrachen. Es mußte sehr sauber und exakt gearbeitet werden. Leider war es Rosa bei ihrem Besuch nicht gelungen, ihren Mann entsprechend zu instruieren, so daß auch die Zigaretten mit Kassiber aufgeraucht wurden. Darum stellte ich einen neuen Kassiber her, den ich in Stearin einhüllte. Ich erklärte Rosa, daß sie beim nächsten Besuch im Polizeipräsidium diesen Kassiber in den Mund nehmen und unbedingt versuchen solle, ihren Mann zu küssen und ihm dabei die in Stearin gehüllte Nachricht zu übermitteln. Sollte es mißlingen, Kassiber herunterschlucken! Das waren die Anweisungen. Das alles war mit großen Schwierigkeiten verbunden, da Rosa Thälmann nicht so leicht an ihren Mann herankam. Sie mußte, wenn es klappen sollte, einen Moment abpassen, in dem der Beamte sich umdrehte. So gelang es auch. Beim nächsten Besuch erfuhren wir, daß Ernst Thälmann die Nachricht erhalten hatte. Im Gespräch beantwortete er nur für Rosa Thälmann verständlich die Fragen und ließ erkennen, wie froh er über die Nachricht war.

Aus dem Brief an Irma Thälmann vom November 1934

Die unvergeßlichen Stunden Deiner Kinderzeit steigen erinnerungsreich vor mir auf. Das ist das Bild, das mir lebendig aus den Fernen der Heimat herüberschwebt! Ich denke an die glücklichen und auch an die bitteren Stunden, die ich gemeinsam mit Dir und Deiner tapferen Mutter verleben konnte. Ich denke an die seltenen, aber frisch in Erinnerung bleibenden Spaziergänge im Borsteler Moor und an der Alster, an die stillen, schilf- und binsenumstandenen Wasser, in denen versteckt die wilden Enten umherplätscherten . . . 1934 bist Du fünfzehn Jahre alt, eine nie wiederkehrende, eindrucksvolle Kinder- und Jugendzeit liegt hinter Dir! Novembertage sind starkbewegte und zuweilen stürmische Tage, sowohl in der Natur wie auch in der Geschichte! Wenn Du aus dem Wesen Deiner Heimat schöpfst und stets bleiben wirst, wie Du bist, eine freimütige, kraftvolle Natur, wie ich es selber bin – dann wird auch kein Novembersturm Dein kampfbewegtes Leben erschüttern können. Was die Jugenderziehung, in geistiger wie in sittlicher und körperlicher Hinsicht, an Dir erwirkt hat, vermag keine Macht der Welt wieder ganz zu beseitigen, die Einflüsse, die uns in der Kindheit ein bestimmtes Gepräge gaben, wirken lebenslänglich fort! Zwei Erziehungen empfängt jeder Mensch: Die eine erteilen ihm Eltern und Lebenserfahrungen, die zweite, wichtigere, er sich selbst. Selbsterlebtes und Selbstgesehenes ist immer noch die lehrreichste und die beste Schule des menschlichen Lebens. Gerade Du, die Du vor einem Übergang in Deinem Leben stehst, solltest nie vergessen, daß die schlummernde Kraft des Geistes oft erst dann zum Durchbruch kommt, wenn man die Schule mit dem Leben vertauscht. Das Kind soll nicht für die Schule, es soll fürs Leben lernen. Wildheit und Mutwille bei Kindern verraten sehr oft einen Reichtum an geistiger und körperlicher Kraft, die, gepflegt und entwickelt, die herrlichsten Früchte hervorbringen kann. Man kann nicht vom Saatkorn verlangen, daß es sofort eine ausgewachsene Pflanze oder gar ein fertiger

Baum ist . . . Das höchste Ziel des menschlichen Strebens ist ein sittlich guter Charakter. Er ist das edelste Besitztum des Menschen, jeder Mensch erhält durch ihn erst seinen wahren Wert. Goethe sagte einmal, «daß ein Charakter sich im Strom der Welt bildet». Das ist wahr! Wir leben in einer Zeit, in der nur der kämpfende Mensch Geltung hat.

Rosa sagt mir, daß Du Dir manches zu Herzen nimmst, daß es Dir nahegeht und Du darüber nachdenkst. Das ist gut, daß Du nicht alles herzlos und kalt entgegennimmst, sondern daß Du nachdenkst und Dich tapfer und mutig aufbäumst gegen jede Diffamierung Deines Vaters. Liebe Irma, Du brauchst Dich nicht zu schämen, einen Vater zu haben, der heute gezwungen wird, hinter Kerkermauern sitzen zu müssen. Ich bin Blut vom Blute der deutschen Arbeiterklasse und bin deshalb ihr Kind. Eigene Erfahrung, eigene Erlebnisse, der schwere Kampf, das harte Leben des werktätigen Volkes waren für mich der wichtigste Lehrmeister in der Politik, waren die Universität, aus der ich lebendiges Wissen schöpfte, die half, meine Kenntnisse zu vertiefen.

Aus dem Brief an Rosa Thälmann vom 13. Januar 1935

Es gibt ein Land, eine rühmliche Ausnahme in der ganzen Welt, wo es keine Zerfallserscheinungen (man kann von Wachstumsschwierigkeiten und Schwierigkeiten der Ernährung sprechen), keine Arbeitslosigkeit, keine Regierungskrisen gibt, das ist die sozialistische Sowjetunion. Bei dauernd steigender industrieller Entwicklung, beschleunigter Hebung des technischen Niveaus und der Mechanisierung der Landwirtschaft und bei fortgesetztem gigantischem Aufbau neuer Produktionsstätten reicht die industrielle Produktionskapazität nicht im entferntesten aus für die weitaus größeren Anforderungen und Bedürfnisse dieses Riesenreiches. Trotz stärkster Beschäftigung der Frauen und Mädchen in der Industrie und Landwirtschaft ist im ganzen Lande ein fühlbarer Mangel an Arbeitskräften zu verspüren. Wie erklärt sich dieses «Wunder»? Was hat sich in diesem Lande seit dem Jahre 1917 geändert? Die Antwort, des «Rätsels» Lösung, ist: Nur durch die Entthronung des Kapitalismus ist diese Entwicklung ermöglicht und erreicht worden. Die Arbeiter haben bewiesen, daß sie nicht nur fähig sind, den Kapitalismus zu beseitigen, sondern daß sie auch über die schöpferischen Fähigkeiten verfügen, sich seine Ergebnisse anzueignen, neue hervorragende Leistungen auf allen Gebieten der Wissenschaft zu vollbringen, mit ihrer Hilfe den Sozialismus aufzubauen, die großartigsten Möglichkeiten eines freien, glücklichen Lebens für alle Werktätigen zu erschließen, eine neue, sozialistische Kultur zu entwickeln und die klassenlose Gesellschaft zu errichten.

Als ich in der Vorkriegszeit zum erstenmal die Vereinigten Staaten von Amerika betreten und bewundern konnte, sah ich dort den technisch-industriellen Fortschritt gegenüber dem des industriellen Deutschlands. Als ich im Jahre 1921 zum erstenmal Sowjetrußland betrat, war ich erstaunt über den technischen Rückschritt dieses Landes gegenüber den Fortschritten des industriellen Deutschlands. Aber schon einige Jahre später änderte sich die industrielle Lage und mit ihr das Leben des Volkes, und die wachsenden Fortschritte waren schon zu erkennen. Das System selbst hatte sich nicht geändert, der Wesenszug des Sozialismus gab dem Lande ein immer stärker werdendes Gewicht . . . Heute im Jahre 1935 kann man von einem «Wunder» des 20. Jahrhunderts sprechen, wenn man die Entwicklung dieses Landes wahrheitsgetreu und ohne blinden Haß überprüft.

Dieses «Wunder», vollbracht in einem der ehemals rückständigsten Länder, war nur möglich durch den Sieg der Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern und der Intelligenz, mit den Wissenschaftlern, die sich willig und gern dieser Macht zur Verfügung stellten. Die bolschewistische Partei und ihre Weltanschauung haben machtvoll den Staat und das russische Volk erobert. Das gesamte Volk ist heute die Kraftquelle der Nation.

Die Partei entwickelte die schöpferische Initiative der Millionenmassen, ihren sozialistischen Arbeitsenthusiasmus, ihren Heroismus. Sie baute die schwerindustriellen Fundamente des Sozialismus. Sie leitete durch die sozialistische Industrialisierung der Landwirtschaft die tiefgehendste Agrarrevolution der Weltgeschichte ein. Sie organisierte auf einem Sechstel des Erdballs die sozialistische Kulturrevolution . . .

Der erste Fünfjahrplan hatte die Aufgabe, die Sowjetunion aus einem Agrarland in ein unabhängiges Industrieland mit moderner Technik zu verwandeln, die zersplitterte Landwirtschaft durch die sozialistische Industrialisierung auf das Gleis der Kollektiv- und Großwirtschaft zu überführen und die Wehrkraft des Landes gegen jede äußere imperialistische Bedrohung auf ein Höchstmaß zu heben. Das bedeutete zugleich die Schaffung der ökonomischen Basis für den Aufbau der vollständigen sozialistischen Gesellschaft. Diese große Aufgabe, die die kapitalistischen Wirtschaftler für Irrsinn erklärten, wurde nicht nur durchgeführt; sie wurde sogar in vier Jahren, drei Monaten erfüllt. Tausende neuer modernster Industriewerke wurden gebaut und in Betrieb genommen. Nach dem Gesichtspunkt der modernen Technik wurden Tausende alter Betriebe rekonstruiert. Aus einem Land der bäuerlichen Einzelwirtschaft ist es zu einem Land des kollektiven, mechanisierten landwirtschaftlichen Großbetriebes geworden. Es wurden mehr als 200000 Kollektiv- und über 5000 Staatswirtschaften, große Städte mit großer Bevölkerungszahl förmlich aus der Erde gestampft. Die riesigen Kapitalinvestierungen, die in allen Zweigen der Volkswirtschaft verwandt wurden und für die Zeit des ersten Fünfjahrplans mehr als 60 Milliarden Rubel betrugen, ermöglichten auch eine Erhöhung des Volkseinkommens von 29 Milliarden Rubel im Jahre 1929 auf 50 Milliarden im Jahre 1933, während bald ausnahmslos in allen kapitalistischen Ländern in dieser Periode das Volkseinkommen gewaltig gefallen ist. Aus einem rückständigen, analphabetischen, kulturlosen Land wird die Sowjetunion zu einem gebildeten, kulturell hochstehenden Land mit einem gewaltigen Netz von höheren, Mittel- und Elementarschulen, in denen in den Sprachen der Nationalitäten der UdSSR unterrichtet wird . . .

Eine weltbekannte Persönlichkeit, wie es Bernard Shaw ist, hat am Neujahrstage, nach den Aussichten der kulturellen Entwicklung im Jahre 1935 befragt, folgende Antwort erteilt: «Die Kultur hat hier überhaupt keine Zukunft mehr. Wir leben von der Reputation der Vorkriegszeit. Die Rettung der Zivilisation erwarten wir von Rußland.» Das ist nicht nur die zuversichtliche Einzelstimme einer geistig hochstehenden Persönlichkeit, sondern der lebendige Ausdruck einer Auffassung, die weitere Kreise der Welt erfaßt hat.

Nach dem Sieg des ersten Fünfjahrplans ging die Partei an die weiteren, in ihrem Ausmaße noch viel größeren Aufgaben des zweiten Fünfjahrplans, der die endgültige Liquidierung der Klassen und der kapitalistischen Elemente im Bewußtsein der Menschen zum grund-

legenden politischen Ziel hat. Nach dem Siegeszug des ersten Fünfjahrplans und dem zweiten Jahr des zweiten Plans, das auch den großen sozialistischen Sieg in der Landwirtschaft brachte, kann an der weiteren Vollendung des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion nicht mehr gezweifelt werden.

Rosa Thälmann
Erinnerung

Ernst Thälmann war immer eng mit unserem Volk verbunden. Die einfachen Menschen im Gefängnis, darunter auch langjährige Gefängnisbeamte, gaben mir häufig zu verstehen, daß sie Ernst als Menschen schätzen, der die Sprache des Volkes spricht, der mit dem Volk fühlt und lebt. Einer von ihnen, mit dem ich in ein längeres Gespräch kam, sagte: «Hochachtung vor Ihrem Mann! Der ist in seiner Zelle dauernd am Studieren und läßt keine Stunde ungenutzt verstreichen. Das macht er doch nicht für sich, das macht er doch sicher für die anderen.» Ähnliches brachte ein alter Jurist, der im Moabiter Gefängnis ein- und ausging, zum Ausdruck. Er äußerte einem Berufskollegen gegenüber unverhohlenes Erstaunen über die Gründlichkeit und Gewissenhaftigkeit, mit der Ernst Thälmann in der Gefängnisbücherei vorhandene klassische und geschichtliche Literatur durcharbeitete.

Aus dem Brief an Rosa Thälmann vom 10. Februar 1935

Gewiß ist diese strenge Isolierung, diese Einsamkeit, dieses Abgeschnittensein vom lebendigen Leben des Volkes, für einen politisch denkenden Menschen etwas Hartes und Schweres. Aber ich sage mir, es ist noch immer der Geist gewesen, der den Körper gesund hält und mit aufkommenden Gemütsstimmungen fertig wird . . . Gerade in den Stunden der äußersten Not (denke zurück an unsere Vergangenheit) pflegt der Mensch zu wachsen und sich seiner Stärke und seiner Fähigkeiten bewußt zu werden. Die Härte des Schicksals festigt sehr oft auch die innere Kraft des duldenden Menschen. Denn der Mensch wird verstehen lernen, daß nicht nur die Macht Furcht erzeugt hat, sondern in viel tieferem Sinne auch die Furcht Macht gebiert: Und da er die grausame Macht von eh und je gehaßt hat, wird er die Furcht ablegen, die sie immer neu gebiert. Solche Einsicht muß erlebt und erkämpft werden, bis die Menschheit Mut gelernt hat . . .

Du stellst einen Vergleich an mit der Zeit des Weltkrieges. Kann man einen solchen historischen Vergleich überhaupt geltend machen? Gewiß gibt es einzelne Berührungspunkte . . . Die Frage eines Weltkrieges kann morgen wieder stehen oder erneut gestellt werden. Auch heute stehen wir vor großen und schweren Entscheidungen über Deutschlands Zukunft. Eine freie Antwort darauf zu geben, verbietet mir der bekannte . . . Zwang.

Aus dem Brief an Rosa Thälmann

Meine liebe Rosa! [Berlin, den] 20. Mai 1935

Deinen letzten Brief vom 9.5. habe ich mit größtem Interesse durchgelesen. Eine Osterkarte von Irma, die sie unterwegs auf der Radtour geschrieben hat, und ebenfalls Deine Osterkarte sind mir nicht ausgeliefert worden. Auf meinen am 1.5. an den Herrn Senatspräsidenten Dr. Bruner gerichteten Brief habe ich eine hochanständige Antwort bekommen.

Ich will jetzt auf den Inhalt Deiner Briefe insgesamt zurückkommen: Wieder bildet dieses Blatt Papier die Brücke, die mich mit der in ihrer Wirklichkeit schon langsam schwindenden Außenwelt verbindet. Im allgemeinen bewundere ich Deinen unermeßlichen Mut, mit dem Du immer wieder versuchst, meinen Geist hier aufzufrischen. Das ist für einen Menschen, der nicht kalt und gefühllos ist, eine wirkliche Aufmunterung und Genugtuung. Deine Briefe machen mir mein Schicksal viel leichter. Du gibst mir damit mehr an Ruhe und Kraft, als Du ahnst. Du kannst es glücklicherweise nicht ermessen, welche trostlose Stumpfheit mich hier in der Zelle umgibt, welche Stimmung sich zeitweilig meiner bemächtigt, wenn mich die Mauern angähnen . . . Dazu der Umgang mit dem fast mechanisch eingestellten Stationsbeamten, mit dem ich täglich zu tun habe. Schon der ablösende Stationsbeamte, trotzdem er seine Pflicht genauso streng erfüllt wie der andere, bringt für mich den Stimmungswechsel, der mir täglich einige Stunden vergönnt ist. Von abends 6 bis morgens 7 Uhr ist sowieso Ruhe im Dorfe. Auch diese Kerkerwelt kennt Freud und Leid, nur sind diese anders geartet als in der Welt der Freiheit. Wir Gefangenen fühlen Freud und Leid, Schmerz und Gemeinheit. Freude bringen ein liebes, freundliches Wort eines Beamten, ein Spaziergang im Gefängnishofe bei Sonnenschein, eine gute Portion Pellkartoffeln mit Hering, das Lesen von Zeitungen und einzelner Bücher. Freude bringen der Besuch, eine frohe Nachricht, manches Weltereignis aus der Presse, insbesondere ein Brief oder eine Karte aus der lieben, teuren Heimat. Freude gibt die Zukunftshoffnung, geben der Glaube und das Vertrauen zu seiner Sache.

Das Geschick kann hart sein, kann selbst einen Menschen, der keinen geistigen Widerstand dagegen aufbringt, seelisch vernichten, kann andere Folgen haben, ihn zum Schwanken bringen und zur Verzweiflung treiben. Ich aber glaube an den Triumph der Wahrheit, und dieser Glaube hält mich aufrecht in den Prüfungen, die ich jetzt zu bestehen habe . . . So schwer es ist, diese Einsamkeit und diese Last zu ertragen, ich will und werde tapfer und mutig aushalten, denn ich weiß, daß unbeugsamer Wille und fester Glaube Berge versetzen.

Bericht des Kuriers Auge /1/

11. 7. 35

Freund Ernst ist wieder in besserer Stimmung und gesundheitlich, den Umständen entsprechend, wohlauf. Zur Zeit werden seine Zähne auskuriert, die noch von den Mißhandlungen zu Beginn des vergangenen Jahres her krank und schmerzhaft waren.

Der neue, zweite Rechtsanwalt sagte nach seinem ersten Besuch bei Ernst: «Ich habe während meiner ganzen Praxis noch keinen Menschen getroffen, der nach über 2 Jahren Haft geistig so frisch war.» Ernst hätte die Möglichkeit, sich im Rahmen der Gefängnisordnung manchmal etwas Bohnenkaffee oder Butter als Zukost kaufen zu können. Seine Frau darf ihm ab und zu ein paar Mark schicken. Er lehnt das kategorisch ab. Er kauft sich für dieses Geld das billigste

1 Als Kuriere, die die Verbindung der Führung der KPD über Rosa Thälmann sowie die Verteidiger Thälmanns zu ihm aufrechterhielten, arbeiteten anfangs Genossen unter den Decknamen Auge und Herbert, die namentlich nicht bekannt sind.

Fett. Er will auf keinen Fall seinen Mitgefangenen irgend etwas voraus haben. Rosa wird ihm zureden, daß er sich physisch gut instand halten und deshalb mit gutem Gewissen einmal etwas Butter und dergleichen kaufen soll.

Die Bewachung ist nach wie vor sehr scharf. Das mit seiner Überwachung besonders beauftragte Personal wechselt in gewissen Abständen, offenbar um ein «Anfreunden» zu verhindern. Bei Gängen aus der Zelle, zur Friseurstube, zum Sprechzimmer, zum Arzt usw. begleiten ihn 2 Mann. Sprechstunden mit seiner Frau sind regelmäßig alle 3 Wochen. Hierbei ist die äußerliche Überwachung zur Zeit etwas legerer.
Gruß A.

Aus dem Brief an Rosa Thälmann vom März 1936

So, wie Stahl und Eisen im glühenden Feuer des Hochofens geschmiedet, so hat uns einstmals das Feuer der jugendlichen Liebe fürs ganze Leben treu und fest zusammengeschweißt . . . Unser Glück und unser Schmerz, unsere Erschütterung und unser Wille sind der Stoff, aus dem wir unser Leben formen und aus dem die Kraft zur Aufgabe erwächst. Ein Leben ohne Hoffnung ist wie ein Vogel ohne Schwingen. Ein Leben ohne Liebe ist wie ein Himmel ohne Stern. Die Liebe zu Dir, zu Euch ist es, die vieles überragt und wieder gutmacht, was an Schmerz und Trübsal das jetzige Leben uns entgegenbringt. Darum ist Liebe soviel wie Freude, die dem Lebenden selbst durch alles Leiden, durch alle Trübnis, Mißgeschicke, Sorgen wie ein Sonnenstrahl leuchtet. Die Liebe ist soviel wie Güte, ist soviel wie ein Licht, das dem Menschen von innen leuchtet und ihm unversiegbare Wärme spendet. Liebe zu einem Menschen läutert sich auch durch Schmerz . . .

Unsere Jugend, die Kriegszeit, die ganze Zeit unseres heroischen Lebenskampfes, alles zieht an mir vorüber! Man erinnert sich an längst vergessene Einzelheiten und sucht die Zukunft zu erraten. . . Leise kehrt die Hoffnung ins Herz zurück, neue Hoffnung beginnt meinem Herzen zuzusprechen. Wer über solch einen Quell des Lebens verfügt, der ist bei allem Schmerz glücklich. Wer solch einen inneren Hort besitzt, der ist reich. Der Mensch ist voll von schlummernder Liebe. Glücklich ist der, in dem sie erwacht und der sie lebendig zu erhalten versteht. Er sucht und verspürt in sich Glück, um die Menschen zu beglücken, Licht, um anderen zu leuchten, einen dauernden Strom, eine lebendige Hoffnung!

Es bleibt immer eine schwere Aufgabe, aus der Ferne und in die Ferne Gedanken und Worte zu senden, die nur in nächster Nähe gedeihen . . .

Zu einer guten Ehe gehören Liebe und Vertrauen, gegenseitige Ergänzung, weitgehende gegenseitige Rücksichtnahme und vor allem unbedingte Treue. Treue ist das Köstlichste, das einem Menschen überhaupt werden kann, besonders in den schweren Stunden des Lebens, in denen sich ihr Wert in engem Zusammenhalt und Zusammenstehen erweisen soll. Unsere Gemeinschaft ist durch Erlebnisse und Lebenserfahrungen fest und unerschütterlich zusammengeschweißt.

Aus dem Brief von Irma Thälmann an Ernst Thälmann vom 7. Mai 1936

Wie glücklich können die Kinder von dem Herren sein, der bei unserer Unterredung zugegen war. Sie haben ihren Vater täglich. Sie können mit ihm verreisen und Spaziergänge machen, können am Geburtstag mit ihm zusammen im Kreise von Freunden und Bekannten sein. Und ich? Gibt es denn keine Menschen, die mit uns fühlen können? Wie lange will man Dir noch die Freiheit und mir meinen Vater rauben?

Aus dem Brief von Rosa Thälmann an Ernst Thälmann vom 14. Juni 1936

Du schreibst auf Deiner Karte, daß Du in Moabit Dein dreijähriges Jubiläum begangen hast. Ja, es waren drei schwere und harte Jahre, die an uns vorübergegangen sind. Aber von uns soll weniger die Rede sein. Aber was mußt Du in diesen drei Jahren gelitten haben? Aber glaube mir, wir fühlen und leiden mit Dir, denn man müßte ja kein Herz im Leibe haben, wenn alles so spurlos an einem vorüberziehen würde. Auch unsere Irma hat Tage, wo ich merke, wie sie über alles nachdenkt. Sie will es mich immer nicht merken lassen, aber dieser Tage sagte sie: «Weißt Du Mutti, Papa hat doch niemandem etwas Böses getan, warum läßt man ihn nach drei Jahren immer noch nicht raus?» Daran kann man merken, daß auch sie stark darüber nachdenkt.

Aus dem Brief von Irma Thälmann an Ernst Thälmann

Mein lieber Vater! *Hamburg, d. 5. 7. 1936*

Da ich Mittwoch nicht mit in der Milchwirtschaft war, nehme ich mir heute die Zeit, um Dir nach langer Zeit zu schreiben, zu erzählen, wie es mir geht . . .

Als ich meinen letzten Brief, der schon sehr lange zurückliegt, schrieb, herrschte noch stürmisches, regnerisches, kaltes Wetter. Heute, wie schon seit einigen Wochen, liegt über Hamburg ein heißes, drückendes Sommerwetter. Alle Menschen sehnen sich nach einem alles erfrischenden Regen. Es scheint aber, als wenn dieser erlösende Regen noch lange auf sich warten lassen will. Eine Folge dieser Hitzewelle ist, daß alle Menschen, die nur irgendwie Zeit haben, die Großstadt fluchtartig verlassen, um in schattigen Wäldern oder am und im Wasser Erholung zu suchen. Unter diesen Menschen bin auch ich. Ich schwimme, wandere und tue alle die Dinge, die zu meiner körperlichen Ertüchtigung notwendig sind. Meine übrige freie Zeit fülle ich aus mit Lernen und Lesen guter Lektüre. Bei dem augenblicklich herrschenden Wetter hat man allerdings wenig Lust, ein Buch in die Hand zu nehmen. Nur in den kühlen Abendstunden macht es [Vergnügen], mit einem schönen Buch auf unserem Balkon zu sitzen und zu lesen oder in den Abend hinein zu träumen.

Nun zu Dir. Ich hoffe, daß Du noch recht gesund bist und Dich den Umständen nach noch wohl fühlst. Ich hoffe, daß Dir die Erdbeeren, die ich am Montag gepflückt habe und Mama Dir mitbrachte, recht, recht gut geschmeckt haben. Ich bedaure, daß ich Dir nicht jeden Tag eine Portion irgendwelcher schönen Früchte bringen kann und darf. Aber es wird wohl noch einmal die Zeit kommen, wo auch all dies Schöne wieder für Dich da sein wird.

Aus dem Brief von Rosa Thälmann an Ernst Thälmann

Mein lieber Ernst! Hamburg, d. 11. 7. 1936

Deinen lieben Brief vom 11. 6. und die Karte vom 17. 6. haben wir mit großer Freude erhalten, was ich Dir auch schon in der letzten Sprechstunde erzählt habe. So wie ich auch aus Deinem Brief ersehe, hast Du ja allerhand Schwierigkeiten wegen des Paketes gehabt. Ich weiß gar nicht, warum mit einem Mal eine so große Verschärfung eingetreten ist. Ich glaube mit Recht schreiben zu können, daß ich doch noch niemals eine Veranlassung dazu gegeben habe und auch niemals etwas tun würde, was ich nicht verantworten kann. Denn darüber bin ich mir doch klar, daß die Pakete, die ich mitgebracht habe, auch nachgesehen werden, und ich nehme an, sogar recht gründlich. Na, da hat man ja auch nichts dagegen, denn Ordnung muß ja sein, sogar im Gefängnis. Aber leider wird es ja in nächster Zeit anders werden. Ich meine nicht mit der Ordnung, sondern mit den Lebensmittelpaketen. Ich darf nun ja leider keine mehr mitbringen von Hamburg, worüber ich noch gar nicht beruhigt bin. Es war für mich immer eine besondere Freude und ja auch die einzige Freude, wenn ich die Sachen einkaufen und einpacken konnte, um sie dann mit zu Dir zu nehmen, und ich glaube auch, Du hast Dich immer darüber gefreut. Aber in Zukunft muß ich die Sachen, die Du haben sollst, in Moabit bestellen. Dieses hat mir der Herr Beamte mitgeteilt, als ich von Dir fortging . . .

Aber alles nutzt ja nichts, wir müssen uns in diese harte Anordnung fügen und werden es auch stolz und mutig tragen. Und Dich, mein lieber Ernst, möchte ich noch dringend bitten, Dich nicht über solche Sachen so aufzuregen, denn da leidet ja nur Deine Gesundheit darunter. Ich kann es wohl verstehen, daß nach einer so langen Inhaftierung die Nerven leiden. Merke ich es doch an mir selbst. Aber ich gehe da ganz energisch gegen an und sage mir, man kann Dich doch nicht ewig festhalten.

Hast Du Irmas Brief erhalten? Sie hat jetzt Ferien und ist oft unterwegs. Ich bin jetzt auch sehr viel alleine. Gestern, am 10. 7., hatte unser lieber Vater Geburtstag. Er wäre nun 79 Jahre alt gewesen. Er ist nun bereits 7 Monate tot. Ich war auf dem Friedhof und habe an beide Gräber Blumen gebracht. Ja, mein lieber Ernst, wir haben die letzten 3 Jahre recht harte Schicksalsschläge durchgemacht. Deinen Vater sowie meinen Vater habe ich ohne Dich beerdigen müssen. Es war Dir leider nicht vergönnt, die beiden noch mal wiederzusehen. Nun will ich schließen.

In der Hoffnung, daß Du gesund bist, bleibe ich mit vielen herzlichen Grüßen und Küssen
Deine Dich liebende Rosa und Irma
Auch meine Geschwister lassen grüßen.

Aus dem Brief an Rosa Thälmann vom 25. Juli 1936

Zwar hatte ich diesmal das Glück, daß mir Dein Brief ausgehändigt wurde, während der meinige vom 5. 7. an Dich mit der Hauptbegründung, in ihm «eine Entstellung des tatsächlichen Sachverhaltes» gegeben zu haben, beanstandet und nicht befördert wurde. Ich will Dir deshalb ohne Kommentar den tatsächlichen Sachverhalt in vier Punkten unterbreiten, wie er mir jetzt endgültig bekannt wurde:

1. Die Sprechstunde mit Dir, die sonst immer alle 14 Tage stattfand, findet jetzt alle drei Wochen statt.
2. Die Sprecherlaubnis mit den Anwälten, die bisher unbeschränkt gegeben wurde, soll jetzt eventuell eingeschränkt werden.
3. Sämtliche Brief- und Kartenpost, soweit ich sie nicht schon zerrissen und vernichtet hatte, die mir von Anfang meiner Inhaftierung an stets frei in der Zelle zur Verfügung stand, wurde mir plötzlich abgenommen, mit Ausnahme der letzten Briefe und der Karte von Hans, die mir bis zur Beantwortung noch belassen wurden. Außerdem muß ich jetzt alle neu ausgehändigten Briefe und Postkarten, sowie ich sie beantwortet habe, wieder abgeben. Die Briefe müssen beim Oberdirektor abgegeben werden, wo sie hinterlegt werden. Ob ich sie bei meiner Entlassung zurückbekommen werde, ist noch unbestimmt und zweifelhaft.
4. Seit sechs Monaten habe ich alle vierzehn Tage Deine Lebensmittelpakete empfangen können, heute soll diese Abgabe wegfallen und nicht mehr gestattet werden.

Ich schließe hiermit diese Punkte ab, in der Gewißheit, daß Du auch ohne Kommentar alles verstehen und begreifen wirst. – Man wollte mir sogar diese Briefe abnehmen, die mit der Anklageschrift in Verbindung stehen. Auf meinen heftigen Protest hin wurden sie mir belassen.

Ich habe mir die Sache überlegt und bin zu dem Entschluß gekommen, Dich zu bitten, Deinen Bestellschein, wenn er, wie das letzte Mal, in bescheidenem Maße gehalten ist, weiter abzusenden. Auf keine einzige Vergünstigung, die einem belassen wird, soll man freiwillig verzichten. Außerdem ist es für mich eine gewisse Freude, weil ich auf Bestellideen, die Du hast, hier nicht immer komme. Selbstverständlich muß die Voraussetzung gegeben sein, daß noch Geld auf meinem Konto zur Verfügung steht, um die Bestellungen hier begleichen zu können.

Aus dem Brief an Irma Thälmann von Ende Oktober/Anfang November 1936

Wenn unser Name heute in Deutschland auch geächtet wird, so weiß ich doch, daß viele Menschen ihn mit Freude nennen und davon hören. Du bist das einzige Kind eines Mannes, der sein ganzes Leben der Arbeiterbewegung zur Verfügung gestellt hat. Du mußt Dein Leben so führen, daß Du als Mädchen, als meine Tochter, Dich dessen würdig zeigst. Bald werden die Aufgaben, die das Leben stellt, stärker an Dich herantreten, und im Kampf mit ihnen wirst Du die starken und schwachen Seiten Deines Charakters kennenlernen. Das höchste Gebot in diesem Kampf, das ist und bleibt die sittliche Haltung und Grundeinstellung. Ohne sie gibt es keinen Aufstieg und kein Vorwärtskommen zum Besseren. Das ist ehernes Gesetz. Bewahre Dir einen hohen Respekt vor den Weisungen Deiner Mutter. Alle Eindrücke, die Du empfängst – versuche Dich mit ihnen auseinanderzusetzen und reihe sie ein in Dein Fühlen und Denken. Auch in meiner Jugend haben oft kleinste Erlebnisse meinen Weg bestimmt. Und große Dinge haben sich damals für immer in mein Innerstes eingeprägt und mir meine Stellung zur Gesellschaft gezeigt. . .

Lies die Werke unserer großen Dichter Goethe, Schiller, Lessing und unseres Fritz Reuter. Und wenn Dich eine Idee erfaßt, so begeistere Dich an ihr. Aber diese Fähigkeit, sich für eine Sache zu begeistern, die muß der Mensch haben. Wo sollte er sonst die Kraft hernehmen, zu kämpfen und den anderen verstehen zu können? . . . Ich kann nicht bei Dir sein und Dich führen und lenken, aber im Geiste bin ich immer bei Dir und verfolge Deinen Weg.

Aus dem Schlußbericht des Kuriers Herbert von Ende August 1936

In gesundheitlicher Hinsicht hatte Ernst Thälmann bisher nur unter übermäßigem Blutdruck zu leiden, der sich des öfteren in heftigen Kopfschmerzen oder, wie Mitte Juni d. J., bei allzu starken Erregungen außer durch Kopf- und Herzschmerzen durch Blutungen aus Nase und After bemerkbar machte. Sonstige gesundheitliche wie körperliche Beschwerden sind nicht festgestellt bzw. bekannt geworden. Von seinen Freistunden (täglich zweimal eine halbe Stunde) sowie Badezeiten (wöchentlich ein- bis zweimal eine viertel Stunde) macht er ausgiebig Gebrauch sowie alle Anstrengungen, um eine Gewichtszunahme zu verhindern (scharfes, festes Laufen, abwechselnd auf Stein- und Landweg, gymnastische Bewegungen und Massage beim Baden, sehr viele Bewegungen in der Zelle).

Die Anstaltsverpflegung kann wohl, der Herkunft entsprechend, als zufriedenstellend angesehen werden. Es ist nichts bekannt, daß Ernst Thälmann irgendwie Beschwerde in dieser Hinsicht geführt bzw. Mahlzeiten abgelehnt hätte. Sein Standpunkt ist immer noch: «Was den anderen vorgesetzt wird, ist auch für mich gut genug.» Aus diesem Grunde lehnt er auch jede Sonderverpflegung ab, wie Mittagessen aus dem Restaurant, Bohnenkaffee usw., die ihm verschiedentlich angeboten wurde. Selbst die Bestellung von Bohnenkaffee seitens Rosa anläßlich seines Geburtstages wurde, ohne jeglichen Widerspruch duldend, abgelehnt. Lebensmittelpakete, die Rosa mitbrachte bzw. jetzt bestellt, wurden von Ernst Thälmann immer freudig begrüßt, aber nur dann nicht, wenn sie allzu umfangreich waren. Hierbei war wohl weniger der Nährwert dieser Lebensmittel die Ursache der Freude als der Gedanke, daß diese Sachen von Rosa selbst zubereitet oder gekauft waren, bzw. seit der Verschärfung Mitte Juni, daß Rosa als Hausfrau seine Zusatzkost, besonders Obst und Salate, abwechslungsreicher zu bestellen weiß als er selbst und überdies «dies auch ein Kontakt mit der Heimat» sei.

Raucherlaubnis ist bisher noch unbeschränkt. Tabakspfeife wird von Ernst Thälmann bevorzugt, deren er alle sechs bis acht Wochen einer neuen bedarf, die bisher von [Rechtsanwalt] Ludwig bzw. von uns besorgt wurde.

Schreiberlaubnis ist so geregelt, daß Ernst Thälmann alle zwei Wochen einen Brief und jede Woche eine Karte schreiben darf. Von Briefen an seine Familie wurde im Juli einer beanstandet bzw. nicht weiter befördert. (Ernst Thälmann hatte anscheinend sehr ausführlich über die «neuen Richtlinien» geschrieben.) Hier gab das manchmal bis 10 Tage Unterwegssein der Post wiederholt Anlaß zu Beschwerden. Im Briefwechsel mit sonstigen Verwandten und Bekannten (Schwager, alter Freund seines Vaters, Kluczynski /2/ u. a. m.) ergaben sich größere Schwierigkeiten. Post von Vorgenannten wurde ihm sehr selten ausgehändigt; Briefe an die Vorgenannten meist nicht zur Beförderung zugelassen. Die Länge der Briefe wurde nie beanstandet, trotzdem Ernst Thälmann sehr lange Briefe schreibt. Briefe, die Ernst Thälmann erhält, darf er nur 14 Tage behalten und muß sie dann vernichten oder abgeben.

Sprecherlaubnis: seit den «neuen Richtlinien» mit Rosa alle drei Wochen eine Stunde, vorher alle zwei Wochen; mit seinen Verteidigern bis jetzt noch unbeschränkt: Wandschneider alle vier bis sechs Wochen, Ludwig alle zwei bis drei Wochen, Zeitdauer nicht begrenzt. Sprechstunden mit Rosa werden von einem Anstaltsinspektor und Opitz, Gestapo, . . . überwacht. Sprechstunden mit Verteidiger ohne Überwachung. Alle Sprechstunden finden in einem besonderen Raum, nicht in der Zelle statt . . .

Die Beschäftigung von Ernst Thälmann im Kerker: An Tageszeitungen liest er laufend das «Berliner Tageblatt» und die «Berliner Börsen-Zeitung», aus denen er die wichtigsten Artikel und Notizen systematisch sammelt, um den politischen Ereignissen folgen zu können. Hierzu hat er sich auch aus den Wirtschaftsteilen obengenannter Zeitungen eine sehr umfangreiche Statistik angelegt, die fortlaufend aktualisiert wird. Aus übermittelten Äußerungen bzw. Unterhaltungen ist zu entnehmen, daß er über die Kampflage im Reich weniger informiert ist (möglich, daß Ernst Thälmann aus bestimmten Gründen weniger darüber äußert) als über die Ereignisse in anderen Ländern, besonders Frankreich, dessen Volksfronterfolge er sehr aufmerksam verfolgt, und anläßlich der Streiks befürchtete [er], «daß ein allzu starkes Vorprellen die Volksfrontpolitik, die er für richtig halte, gefährden könnte». Über den sozialistischen Aufbau in der SU, der ihn ganz besonders interessiert, bemüht sich Ernst Thälmann legale Materialien (Wirtschaftszeitschriften – Mitteilungsblätter der H[andels-] V[ertretung]) zu erhalten, da auch die Wirtschaftsmitteilungen in der BBZ immer spärlicher werden (über SU). Um seine Allgemeinbildung zu vervollkommnen, befaßt sich Ernst Thälmann mit Literatur- und Kulturgeschichte sowie deutscher Geschichte. Dies ist auch aus seinen Briefen ersichtlich, besonders aus Briefen an seine Tochter, worin er ihr Anleitung zur Selbsterziehung gibt und ihr z. B. in einem längeren Brief über Kunst und Literatur als Erziehungsmittel u. a. «Don Carlos» empfiehlt. Zum Schluß sei erwähnt, daß Ernst Thälmann mit seiner Tochter in einem wahren Wettstreit im deutschen Rechtschreiben steht und sich mit deutscher Sprachlehre befaßt . . .

Betrachtet man sein Verhalten /3/ gegenüber Ernst Thälmann und Rosa insgesamt, so läßt sich die Tendenz einer bestimmten Taktik erkennen, um erstens den Widerstand von Ernst Thälmann systematisch zu zermürben und zweitens noch mehr Material, und zwar aktuelles, zusammenzutragen, um Ernst Thälmann noch mehr zu belasten . . .

Bei der Sprechstunde am 11. 8., scheinbar auf den Rüffel von Ernst Thälmann aus der vorherigen Sprechstunde eingehend (Ernst Thälmann hatte ihm u. a. gedroht, «wenn er sein Benehmen nicht ändere, sich bei Hitler zu beschweren, der sein Verhalten wohl auch als eines Beamten unwürdig finden würde»), bemühte sich Opitz, eine politische Unterhaltung zustande zu bringen. Beginnend mit den Ereignissen in Spanien und Frankreich, leitete er über zum Januar 1933: «Wenn damals Ihre Partei SPD gewählt hätte, wären wir nicht an die Macht gekommen. Heute können Sie nichts mehr machen.» Anscheinend hatte Opitz eine längere Erörterung erwartet, um dann für Ernst Thälmann ungünstig berichten zu können. Ernst Thälmann antwortete ihm aber sehr kurz: «Wenn das seine persönliche Meinung wäre, habe er nicht viel Ahnung, da hätte genügt, wenn sich die Arbeiter im Betrieb einig gewesen wären.» Da dies nicht der Fall war, haben zumindest die anderen daraus gelernt, siehe Frankreich und Spanien.»

2 Kluczynski hießen die Wirtsleute Ernst Thälmanns, bei denen er bis März 1933 in Berlin gewohnt hatte.

3 Gemeint ist das Verhalten des Angehörigen der Gestapo Opitz.

Auch im Kerker mit der Partei verbunden

Rosa Thälmann

Irma Thälmann

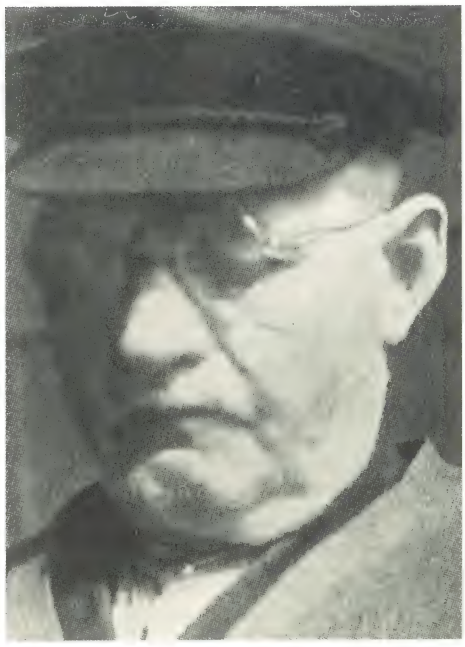
Johannes Thälmann, der Vater Ernst Thälmanns. Er starb am 31. Oktober 1933

Walter Ulbricht. Er war bis 1938 im Zentralkomitee der KPD für die Verbindung mit Ernst Thälmann verantwortlich

Schreiben des Untersuchungsrichters an Ernst Thälmann vom 16. Januar 1935

Schreiben der Gestapo an Adolf Hitler vom 23. April 1937

Umschlag eines Briefes aus der UdSSR an Ernst Thälmann



Der Untersuchungsrichter
des Volksgerichtshofs

Geschäftszeichen: 14a/8.J.151.28

Berlin NW 40, den 16. Januar 1935
Turmstraße 91
Fernspr.-Nr.: G 5 Hansa 6701

Herrn

Ernst T h ä l m a n n - 1330 -

z.Zt. Unters.Gef.Alt-Moabit 12a

Die Absendung von Seite III - XII Ihres Briefes vom 13.1.1935 an Ihre Frau wird nicht genehmigt. Die Ausführungen in diesem Teil des Briefes über die politische und wirtschaftliche Weltlage laufen auf eine Propaganda für den Kommunismus hinaus und können in diesem Sinne von anderen Personen verwertet werden.
Ich habe den Brief dem Herrn Oberreichsanwalt zu den Akten übersandt.

gez. Mittendorff
Landgerichtsrat,

Beglaubigt:
Justizsekretär.

Geheime Staatspolizei
Geheimes Staatspolizeiamt

B.-Nr. 531/36 g - II A -
Bitte in der Antwort vorstehende Geschäftszeichen und Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 23. April 1937.
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: R 2 Flora 0040

Einschreiben !

An
den Führer und Reichskanzler des Deutschen Reiches
z. Hd. des Herrn Hauptmann a.D. W i e d e m a n n
B e r l i n W 8
Reichskanzlei

Betr.: Schutzhaftsache Ernst T h ä l m a n n .

Bezug: Mein Bericht vom 14. 11. 1935 -g 3058/35- II 1 A/M, vom 12. 6. und 4. 8. 1936 -531/36 g - II 1 A -.

Nach dem Erlaß des Herrn Reichsministers der Justiz hat der Führer und Reichskanzler u. a. angeordnet, daß in der Behandlung, Unterbringung, Verpflegung und Überwachung des Schutzhaftgefangenen Thälmann keinerlei Änderungen eintreten sollen.

Bei der Überwachung der Briefe des Thälmann an seine Ehefrau hat sich ergeben, daß zwar die einzelnen Briefe nach den gegebenen Überwachungsrichtlinien nur in wenigen Fällen zu beanstanden waren, daß aber die Briefe in ihrer Gesamtheit ohne Zweifel die Absicht erkennen lassen, sie später zu veröffentlichen. In den Briefen versucht er in nicht ungeschickter Weise der Außenwelt sein ganzes Innen- und Empfindungsleben während seiner Gefängniszeit zu übermitteln. Er schreibt von seiner schicksalhaften Berufung, er beleuchtet seine charakterliche Einstellung, seine politische Standhaftigkeit und spricht von den seelischen Qualen seines Kerkerlebens. Die Gesamtheit der Briefe ist tatsächlich geeignet, besonders bei jungen Kommunisten und politischen Schwärmern das Bild eines reinen Märtyrers entstehen zu lassen. Vor den Augen des Überwachungsdienstes entstand daher nach und nach ein ausgezeichnetes neues kommunistisches Propagandawerk, das mit Bestimmtheit nach gewisser Zeit zur Bekämpfung des nationalsozialistischen Staates im Ausland verwendet werden sollte. Insbesondere würden diese Briefe dann ein außerordentlich gefährliches Propagandawerkzeug sein, wenn es irgendwann einmal zur Hinrichtung Thälmanns kommen sollte.

Nicht nur die im Auslande ständig wachsende Propaganda für die Befreiung Thälmanns, der der Welt täglich mehr als Märtyrer seiner Sache dargestellt wird, läßt den Plan der Veröffentlichung seiner Gefängnisbriefe als sehr wahrscheinlich erscheinen, sondern die Tatsache, daß D i m i t r o f f vor einiger Zeit eine Sammlung seiner Briefe und Aufzeichnungen aus der Moabiter Gefängniszelle als Kampfschrift für den Bolschewismus herausgegeben hat, beweist dies sogar. In der Buchbesprechung der Kominternbroschüre "Die Internationale" -S. 80- werden die Gefängnisbriefe Dimitroffs als ein ausgezeichnetes Werbemittel für den Kommunismus bezeichnet.

Ich habe daher, um diese Absichten mit den Thälmann-Briefen zu durchkreuzen, angeordnet, daß

1) sämtliche bisher aus dem Gefängnis an seine Ehefrau und Tochter geschriebenen Briefe durch die Staatspolizeistelle Hamburg sichergestellt werden und
2) daß alle künftigen Briefe Thälmanns seinen Angehörigen nicht unmittelbar durch die Post zugesandt werden, sondern an die jeweils zuständige Staatspolizeistelle, wo die Briefe von dem Empfänger unter Aufsicht durchgelesen werden können, so daß eine Vervielfältigung durch Abschrift oder Lichtbildaufnahme nicht möglich ist. Alle Briefe werden sodann nach hier zurückgesandt und bei den Personalakten gesammelt.

Ich bitte, sich mit meiner Anordnung einverstanden erklären zu wollen und die durch Thälmanns Rechtsanwälte zu erwartenden Einsprüche zurückzuweisen.

In Vertretung:

ЗАКРЫТОЕ ПИСЬМО
LETTRE FERMÉE
FERMITA LETERO

15 коп.

Германия Deutschland
Берлин, Berlin.
Тюрьма „Моабит" Der Kerker „Moabit"
Эрнсту Ernst
Тельману Thelmann

Адрес отправителя / Adresse de l'envoyeur / Adreso de la sendinto:
СССР Западная область.
ст. Афонасово М.Б.Б. нов. дор.
с. Афонасово. Михаилу Константин

Im Untersuchungsgefängnis

Ernst Thälmann im Hof des Untersuchungsgefängnisses Berlin-Moabit

Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit

Faschistische Zeitung, die Ernst Thälmann während seiner Haft im Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit lesen durfte. Am Rand Notizen Ernst Thälmanns

Morgenausgabe. Preis 10 Pfennig

Berliner Börsen-Zeitung

Nr. 47 / Mittwoch, 29. Januar 1936

Tageszeitung für nationale Politik / Wirtschaft / Kultur

mit Berliner Börsen-Courier

Hauptschriftleiter: Dr. Richard Jäger

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schicksal zu sehen glaubt, während es in der geschichtlichen Wirklichkeit stets in den Menschen liegt. Was der Bolschewismus für die Menschengeschichte bedeutet, ist aus dem Wirtschaftlichen nicht erschließbar; wir müssen fragen, wie er den Menschen wertet und wie er ihm gegenübertritt.

Im Zusammenhang der Geistesgeschichte gesehen ist der Bolschewismus ein Abschluß. Fassen wir die geistesgeschichtlichen Erscheinungen im Zuge der Diesseitswendung der europäischen Völker im Begriff des Materialismus zusammen, so ist der Bolschewismus der letzte Schritt auf dieser Bahn, er ist ein Endergebnis, ein letzter Auslauf. Die fortschreitende Entleerung des menschlichen Denkens von allem Uebermenschlichen und Ueberweltlichen hat sich im Bolschewismus vollendet. Mensch und Welt sind jetzt aller über sie hinausweisenden Beziehungen entkleidet, sie sind Materie, die nur noch nach ihrem Nutzwert behandelt wird. Nach ihrem Nutzwert — für wen? Der Bolschewismus fühlt, wie heikel diese Frage ist. Er verneint Staat und Gemeinschaft als geschichtlich gewordene und natürlich begründete Rangordnungen, aber er kann die Tatsachen nicht übersehen, die den Rangordnungen zugrunde liegen. Er sieht die Verschiedenheit der Menschen, sieht, daß die Stärke hier in den Händen, dort in den Köpfen liegt, daß die einen stark sind im Planen, Entwerfen und Leiten, die andern im Ausführen. Führung und Ausführung sind Aufgaben, in die sich die Menschen nach ihrer Begabung teilen, und diese Begabung ist rangsetzend. Führerbegabung erhöht den Wert des Menschen und berechtigt ihn zu höheren An-

und diese Begabung ist rangsetzend. Führerbegabung erhöht den Wert des Menschen und berechtigt ihn zu höheren Ansprüchen.

Der Bolschewismus kann sich dem Drucke dieser Tatsachen nicht entziehen, auch er muß die Rangordnung annehmen; dabei mag er die Wertmaßstäbe auswechseln, aber er muß werten, — es geht nicht anders. Doch indem er mit den Schöpfungstatsachen zunächst auszukommen trachtet, findet er sich nicht mit ihnen ab, gibt er sich nicht mit ihnen zufrieden. Der Bolschewismus ist im Gegenteil die Auflehnung gegen die Schöpfung, er ist die stärkste Auflehnung gegen die Schöpfung, die es je gegeben hat, und in dieser Auflehnung zu allem bereit. Es widerstreitet dem Geiste, dessen letztes Wort und letzte Tat er ist, daß es Dinge gibt, deren der Mensch nicht Herr werden kann. Er will ihrer Herr werden: er will die Schöpfung berichtigen. Der Mensch ist von der Schöpfung her unendlich verschieden, es gibt nicht zwei Menschen völlig gleicher Art, und der Mensch hat immer Regungen, die sich seiner bemächtigen und seine Leistung, sein Verhalten unberechenbar machen. Das ist der Hauptfehler der Schöpfung. Die Geschichte muß vorauszuberechnen sein, wenn man sie lenken und meistern will, und darum muß der Mensch in Leistung und Haltung berechenbar werden. Man muß den Normalmenschen, den Sowjetmenschen nach vorbedachtem Gewicht und Maß und mit den rationell festgelegten Stoffwechsel- und Gehirnfunktionen schaffen. Der Sowjetstaat muß Herr aller Dinge sein; darum ist die Menschenrechtung seine ihm unerläßliche Aufgabe. Der Bolschewismus ist nicht fertig, so lange der Mensch noch über irgendeine Freiheit verfügt, so lange noch Unberechenbares in ihm steckt.

Es bleibt ihm darum gar keine Wahl. Er muß alle natürlichen und hinderlichen Gemeinschaften zerstören, um der Bindungen willen, die von ihnen ausgehen, er und er allein muß den ganzen Menschen erfassen. Es darf nichts an den Menschen heran, es darf nichts in ihn hineinkommen, das nicht der Sowjetstaat geprüft und zugelassen hat. Vom Morgen bis zum Abend muß der Mensch überwacht werden, und noch im Schlaf muß er wissen, daß der

Rettet Ernst Thälmann

Georgi Dimitroff

Die revolutionäre Entwicklung und das kämpferische Leben des Genossen Thälmann zeigen uns auch, daß der wahre Revolutionär, der wahre proletarische Führer sich den Marxismus-Leninismus zutiefst aneignen muß, und zwar im Feuer des Klassenkampfes. Es genügt nicht, revolutionäres Temperament zu haben: Du mußt auch die Waffe der revolutionären Theorie beherrschen. Aber es genügt nicht, rein theoretische Kenntnisse zu haben: Du mußt in ununterbrochenem Kampf mit dem Klassenfeind, indem du die ständigen Schwierigkeiten und Gefahren überwindest, in dir revolutionäre Abhärtung und Ausdauer, bolschewistischen Willen, Festigkeit und Hartnäckigkeit zu erziehen verstehen. Es genügt nicht, zu wissen, was man für den Sieg des Kommunismus tun muß: Du mußt auch den Mut haben zu tun, was notwendig ist, mußt stets bereit sein, um den Preis jeglicher Opfer das zu tun, was den Interessen der Arbeiterklasse dient. Du mußt verstehen, dein Leben ganz den Interessen des Proletariats unterzuordnen . . .

Jetzt befindet sich Genosse Thälmann in den Klauen der schlimmsten Feinde der Arbeiterklasse. Todesgefahr droht Thälmann. Millionen Proletarier in der ganzen Welt und mit ihnen auch der beste Teil der Weltintelligenz erheben die Stimme zum Schutze Thälmanns und zusammen damit auch für die Rettung der Zehntausenden proletarischer Kämpfer, die in den Gefängnissen und Konzentrationslagern des faschistischen Deutschlands dahinsiechen.

Die mächtige Welle der internationalen proletarischen Solidarität, die stürmischen Proteste der Weltöffentlichkeit und die Einmischung der Sowjetunion retteten mich und meine Genossen vor dem Tode, befreiten uns aus dem faschistischen Gefängnis. Das Weltproletariat und mit ihm auch die Werktätigen der ganzen Welt müssen jetzt Genossen Thälmann retten.

Aufruf des Internationalen Befreiungskomitees für Thälmann und alle gefangenen Antifaschisten an die Gewerkschaftsmitglieder aller Länder und Richtungen

Gemeinsam mit der CGTU, dem französischen Nationalkomitee gegen Krieg und Faschismus und der Roten Hilfe wurde beschlossen:

Thälmann-Befreiungskomitees in den Großbetrieben! Thälmann-Kommissionen bei allen Einheitsfrontorganen! Proletarische Einheitsfrontdelegationen zu Thälmann! Keine Versammlung, kein Streik ohne Kampfbeschluß gegen den Hitlerfaschismus, ohne Kampfmaßnahmen für die Rettung Thälmanns und der anderen Antifaschisten! . . .

Der Name Thälmann bedeutet ein Programm des Kampfes gegen Ausbeutung, Knechtschaft, Terror, Krieg!

Die Sache Thälmanns ist nicht Sache einer Partei, Organisation eines Landes, sondern die Sache der Arbeiterklasse aller Länder!

Wir appellieren an alle Gewerkschafter. Verstärkt euren Protest. Setzt hinter eure Resolution den Druck der Massenaktion. Entfacht den edlen Wettbewerb für eine edle Sache mit den französischen Gewerkschaftskameraden. Denkt an das Wort des großen und durch unsere Kraft befreiten Kämpfers Dimitroff: Leben und Freiheit für Thälmann – das ist eine Ehrenfrage des Weltproletariats!

Die antifaschistischen Gewerkschafter der ganzen Welt müssen eine gewaltige Hilfsaktion für Thälmann und die deutschen Antifaschisten organisieren.

Alle Arbeiter, Landarbeiter, Arbeitslosen, alle Angestellten und Beamten vereinigen sich unter dem Kampfruf, den Henri Barbusse in die Welt sandte: «Wir müssen Thälmann wie eine Schlacht gewinnen!»

Paris, den 30. März 1934

Internationales Befreiungskomitee für Thälmann und alle gefangenen Antifaschisten

Resolution eines Meetings der Arbeiter des Worowskij-Werkes in Melitopol von 1934

Die faschistischen Knechte bereiten in Deutschland die grausame Hinrichtung des Führers der Kommunistischen Partei Deutschlands, E. Thälmanns, vor. Die anderthalbjährige Haft, die Folterungen und Verhöhnungen konnten den Willen und die Energie des Kommunisten Thälmann nicht brechen. Der Leipziger Prozeß entlarvte ein weiteres Mal die Schwäche und Fäulnis der Nationalsozialisten. Die antifaschistische Bewegung erstarkt in allen Ländern. Wir Arbeiter des Worowskij-Werkes schließen uns dem Protest des internationalen Proletariats an. Als Antwort auf die Ausschreitungen des weißen Terrors verstärken wir die moralische und materielle Hilfe für die Gefangenen des Kapitals. Wir proklamieren den Kampf um die Senkung der Selbstkosten, für die endgültige Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung sowie für die Erhöhung der Anzahl von Rationalisierungsvorschlägen. Wir organisieren Stoßbrigaden der Enthusiasten des zweiten Jahres des II. Fünfjahrplanes, die den Namen E. Thälmann tragen. Mit dem Eintritt in die MOPR antworten wir auf die Ausschreitungen des faschistischen Terrors in den kapitalistischen Ländern. Freiheit für Ernst Thälmann!

Aufruf des Thälmann-Verteidigungskomitees der Betriebe Bergmann, Borsig und AEG-Hennigsdorf von 1934

Bildet Thälmann-Komitees!

«Auf der Flucht erschossen!» So heult täglich die faschistische Pressemeute. Wir wissen, wie Karl Liebknecht im Januar 1919 auf der «Flucht erschossen» wurde; man fuhr mit ihm in den Tiergarten, er mußte unter Mißhandlungen aus dem Auto steigen, man ließ ihn ein Stück laufen und knallte ihn hinterrücks nieder.

So ermordete man auch die vier Kommunisten Jonny Schehr, Schwarz, Steinfurth und Schönhaar auf dem Wege nach Potsdam. Arbeiter! Gebietet den Henkern Einhalt und organisiert den Massenwiderstand!

Das Thälmann-Komitee ruft! Thälmann, der Führer der deutschen Arbeiterklasse, und Hunderte Revolutionäre sollen vor den Klassenrichter geschleppt werden. Das Urteil ist schon vor dem Prozeß fertig; sie sollen hingerichtet werden. Kämpft mit uns gegen Justizmord und Terror. Verhindert jeden weiteren Mord an unseren Kämpfern!

Kämpft für die Freilassung der 170000 Gefangenen in den deutschen Kerkerhöhlen! Unterstützt die Angehörigen der Hinterbliebenen! Gebt nichts für das betrügerische Winterhilfswerk der Ausbeuter, sondern gebt eure Groschen für den Kampffonds der Roten Hilfe! Unterstützt Protestaktionen! Kämpft mit der KPD für ein Sowjetdeutschland!
Thälmann-Verteidigungskomitee der Betriebe Bergmann, Borsig und AEG-Hennigsdorf
Rot Front!

Aus der Erklärung der drei Saardelegierten, die mit Ernst Thälmann am 19. Mai 1934 sprachen

Wir – Kurt Thomas, Mitglied der SP seit dem Jahre 1930 und des Bergarbeiterverbandes seit 1920, Mitglied des Vorstandes der SP und des Bergarbeiterverbandes Ottweiler, Bergarbeiter, beschäftigt in der Grube Diesen; Wilhelm Stauner, Bergarbeiter, Mitglied der KP seit 1. März 1934 und der Roten Hilfe, beschäftigt in der Kokerei Heinitz; Fritz Naumann, Bergarbeiter, parteilos, beschäftigt auf der Grube Kohlenwald – erklären folgendes: Wir wurden im Verlauf der Kampagne des Internationalen Befreiungskomitees für Ernst Thälmann und alle eingekerkerten Antifaschisten in Belegschaftsversammlungen der Gruben Diesen und Kohlenwald sowie der Kokerei Heinitz gewählt. Als Delegierte der saarländischen Bergarbeiter hatten wir den Auftrag, uns mit eigenen Augen zu überzeugen, in welchem Zustande sich der Führer des deutschen Proletariats, der nach Zeitungsberichten von SS gefoltert wird, befindet. Finanziert wurde die Delegation durch Sammlungen unter den Betriebsarbeitern der Hütten und Gruben der Saar . . .

Eine Frage, die wir vorschlugen, nämlich: «Hast du an deiner Behandlung im Gefängnis etwas auszusetzen?», wurde von den Beamten nicht zugelassen. Als wir auftragsgemäß verlangten, die Frage an Thälmann stellen zu dürfen: «Bist du mißhandelt oder gefoltert worden?» – wurden wir ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß das eine politische Frage sei, die gleichfalls nicht zugelassen werde. Wir wurden darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn wir andere Fragen als die uns diktierten stellen, wir uns als politische Gefangene zu betrachten hätten.

Endlich sahen wir Thälmann, und wir stellten unsere Fragen. Tiefbewegt konnten wir uns des Eindrucks nicht erwehren, daß ebenso, wie man uns die Fragen diktiert, man Thälmann die Antworten zuvor präpariert hatte. Doch der Verlauf der Unterredung zeigte, daß Thälmann selbst in dieser furchtbaren Lage sich nicht beugt und seine Antwort den furchtbaren Eindruck der Lage, in der er sich befindet, offenbarte. Auf unsere erste Frage nach dem Essen antwortete Thälmann: «Unmöglich könnte ich mit dem auskommen, was ich hier bekomme. Ein Mensch von meiner körperlichen Struktur brauchte fünfmal soviel, um leben zu können. Wenn ich nicht von dem Geld, das meine Frau mir ins Gefängnis schickt, Lebensmittel kaufen könnte, könnte ich unmöglich existieren.»

Auf die Frage, ob er Post erhalte, antwortete Thälmann: «Ich bekomme Post lediglich von meinen nächsten Verwandten. Ich weiß aber sicher, daß ich an meinem Geburtstag Tausende Briefe und Karten bekommen habe. Mir wurden aber nur drei ausgehändigt, und zwar von meiner Frau, von meinen Eltern und von einem Stukkateur aus Sachsen.»

Schreiben darf Thälmann, wie er sagte, alle vierzehn Tage einen Brief. Jetzt forderten uns die Beamten auf, Thälmann zu veranlassen, vor uns auf und ab zu gehen, damit wir sehen, daß er sich bewegen kann. Weder wir noch Thälmann reagierten auf diese Aufforderung. Uns sagte das Schweigen Thälmanns genug. Nunmehr stellten wir völlig überraschend die Frage: «Genosse Thälmann, wie geht es dir im allgemeinen?» Und jetzt erfuhren wir die ganze furchtbare Wahrheit. Mit großer Erbitterung erwiderte Thälmann: «Ich bin mißhandelt worden.» Sofort griffen die Gestapo-Beamten ein und riefen: «Raus!» Thälmann rief in steigender Erregung, mit der Faust auf die Barriere schlagend: «Ich wurde und werde mißhandelt!» Jetzt schoben uns die Gestapo-Beamten aus dem Besuchsraum heraus. Jetzt rief uns Thälmann, und es waren die letzten Worte, die wir von ihm hörten, zu: «Grüßt mir die Arbeiter an der Saar in meinem Sinne!»

Ernst Scholz
Erinnerung

Im Spätsommer 1934 wurde ich in die Gruppe genommen, die den Parteiauftrag erhielt, Genossen Ernst Thälmann aus dem Gefängnis in Moabit zu befreien. Die Vorbereitungsarbeiten wurden – ausgehend von der Bereitschaft zum Mitwirken des Wachmannes Moritz (dessen Namen ich damals nicht erfuhr) – minutiös und unter strengster Wahrung der Regeln der Konspiration in Angriff genommen und so vorangebracht, daß die Befreiung im Winter 1934/35 vollzogen werden sollte . . .

Der Plan zur Befreiung des Genossen Ernst Thälmann sah in den Grundzügen so aus: Genosse Ernst Thälmann sollte mit Hilfe des Wachmannes nachts aus seiner Zelle geführt und durch eine Tür für Diensthabende aus dem Gefängnis Moabit auf die Straße geführt werden. Mit dem PKW sollte er – als alte Frau getarnt – zunächst in eine Wohnung in Berlin gebracht werden; etwa 15 bis 20 Minuten Fahrtzeit waren dazu einkalkuliert. Die Überführung sollte bewaffnet erfolgen. Nach Ablauf von ein bis zwei Tagen sollte die Ankunft des Genossen Ernst Thälmann in Prag veröffentlicht werden. Es bestand die Absicht, die daraus entstehende Konstellation zu nutzen, um Genossen Ernst Thälmann – wieder als alte Frau getarnt – in der Nähe von Berlin unterzubringen, um ihn dann zu auszuwählenden Zeitpunkten über kurze Wegstrecken, abseits der Hauptstraßen, etappenweise sicher über die Grenze in die Tschechoslowakei zu bringen.

Im Detail sollte das so ablaufen: Die erste Wohnung in Berlin war die meiner Eltern in der Stresemann-Straße. Meine Eltern waren eingeweiht und einverstanden. Es gab in dieser Wohnung einen Raum, eine Art größeren Hängeboden, der so hergerichtet war, daß Genosse Ernst Thälmann dort sogar über längere Zeit hätte bleiben können, wenn es die Umstände erfordert hätten. Mein Vater, Paul Scholz, stellte uns das Fahrzeug. Es war ein kräftiger, recht schneller Wagen der Marke «Essex». Als nächstes Etappenziel außerhalb von Berlin war Groß Köris vorgesehen. Dort hatte eine Freundin meiner Mutter – Else Kastellan – damals ein Landhaus am Zemmin-See, in dem wir schon als Kinder häufig die Ferien verbracht hatten und das meine Eltern zu dieser Zeit versorgten. Im Haus am Zemmin-See gab es ein Zimmer mit Oberlicht, d. h. ohne Fenster in den Wänden. Dieses Zimmer sollte Genosse Ernst Thälmann bewohnen.

Das waren die beiden ersten Etappen, von denen aus die weiteren

– wie gesagt, abhängig von der Entwicklung der Lage – beschritten werden sollten. Ich möchte noch einmal unterstreichen, daß ein entscheidender Faktor für das Abdecken der Gesamtdurchführung des Planes darin bestehen sollte, daß in Massenmedien des Auslands und insbesondere der Tschechoslowakei Veröffentlichungen nicht nur über die Ankunft und den Aufenthalt des Genossen Ernst Thälmann in Prag vorgesehen waren, sondern auch Fotos veröffentlicht werden sollten. Gerade die Fotos sollten es glaubhaft machen, daß er tatsächlich außer Landes ist.

Wir waren zuversichtlich gewesen, ruhig und unserer Sache so sicher, daß es uns wie ein Schlag traf, als der Öltropfen /4/ – das verwünschte Ergebnis einer durchaus richtigen Überlegung und Handlung von Moritz – und die daraufhin rasch eingeleitete Reaktion der Nazis unseren Plan zunichte machten. Als erste Maßnahme verlegten sie Genossen Ernst Thälmann in einen anderen Trakt des Gefängnisses von Moabit. Damit war unser Plan zerschlagen. Wir brauchten viel Kraft, um uns wieder zu fassen.

Aus der Antwort auf Briefe eines Mithäftlings von Anfang 1944

Am 23. Mai 1933 wurde ich ins Untersuchungsgefängnis Berlin, Alt-Moabit, eingeliefert. Behandlung dort mittelmäßig, in letzter Haftzeit gut. Zweieinhalb Jahre in Untersuchungshaft, von vier Untersuchungsrichtern im Laufe dieser Zeit vernommen, manchmal täglich über zehn Stunden lang. Das gesamte wichtigste und mich belastende zentrale und sonstige Reichsmaterial der Partei und ihrer Gliederungen wurde mir zur Begutachtung und Rückäußerung vorgelegt. Alle Reden, Artikel und Aufsätze von mir wurden herangeschleppt und Sekretariats-, Polbüro- und Zentralkomiteesitzungen und sonstige Parteikonferenzen sowie wichtige Kundgebungen und Versammlungen, auf denen ich gesprochen hatte, zum Verhör gestellt. Und schließlich wurden die gesamte Politik der Partei, ihre Arbeit und Organisationstätigkeit und unzählige Dokumente und Schriften, die von ihr herausgegeben worden waren, wobei manchmal auch unterschobenes und von Spitzeln zusammengestelltes Material dabei war, einer eingehenden Behandlung unterzogen. Die Gliederungen /5/ der Partei einschließlich des Roten Frontkämpferbundes und ihre Politik und Arbeit wurden als gleichstehend mit der Partei hingestellt. Für den Kommunistischen Jugendverband sollte ich ebenfalls die gesamte Verantwortung zu tragen haben. Ein bißchen viel für eine einzelne Persönlichkeit. Trotzdem politisch dort gestanden wie ein Revolutionär. Als Führer der kommunistischen Bewegung alle Beschlüsse des ZK der Partei sowie der Kommunistischen Internationale verteidigt und für diese die volle Verantwortung übernommen, dabei alle Anfechtungen, Namen von Parteipersönlichkeiten und Parteifunktionären zu nennen bzw. anzugeben, nicht nur energisch abgewehrt, sondern auch pflichtgemäß und charakterfest gehandelt. Bei Anwendung verschiedenartiger Tricks und schmackhafter Lügenmanöver, die die Untersuchungsrichter gegen mich benutzten, gelang es ihnen in der Gesamtvernehmung nicht, mich in die Falle, zum Verräter an meinen Mitkämpfern und am Kommunismus zu werden, zu locken. Dabei kam es manchmal zu heftigen Auseinandersetzungen und zu unliebsamen Szenen, in deren Verlauf die Vernehmung vertagt werden mußte. Nachdem die Absichten der Untersuchungsrichter, mich zu belastenden Geständnissen zu bringen bzw. zu zwingen, keinen Erfolg haften, wandten sie sich an die Gestapo.

4 Wachmann Emil Moritz hatte kurz vor der geplanten Aktion das Schloß an Thälmanns Zellentür geölt und dadurch den Argwohn der Gestapo erregt.
5 Gemeint sind Massenorganisationen.

Moskauer Werktätige fordern die Freilassung Ernst Thälmanns bei der Demonstration zum 18. Jahrestag der Oktoberrevolution, 7. November 1935

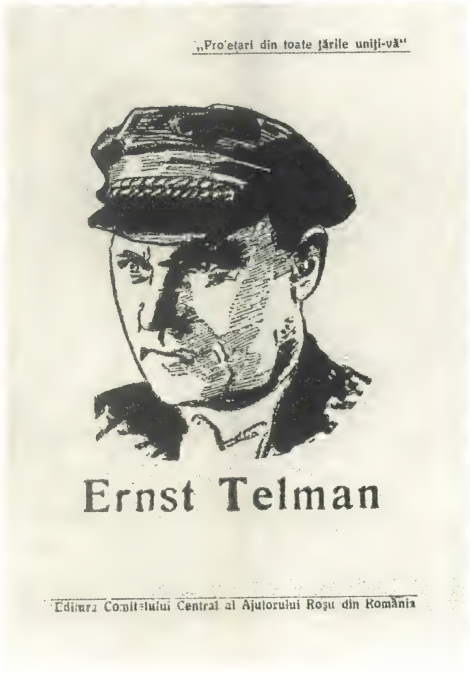
Umschlagseite einer Broschüre des Internationalen Befreiungskomitees für Thälmann und alle eingekerkerten Antifaschisten.
John Heartfield, Fotomontage

Umschlagseite einer Broschüre Georgi Dimitroffs, 1934

Unter den Losungen «Massenprotest erzwang Dimitroffs Freilassung!» und «Massenprotest wird Thälmann befreien!» demonstrieren Zehntausende im Londoner Hyde-Park, 1934

Illegale Broschüre der Roten Hilfe Rumäniens

Postkarte der RHD, herausgegeben zum Thälmann-Aufgebot vom 15. Juli bis 15. Oktober 1934



Internationale Solidarität

Antifaschistische Kundgebung in Odrau (Tschechoslowakei) am 1. Mai 1937

Eine sowjetische Bestarbeiterin wird mit einem Thälmann-Bild ausgezeichnet

Antifaschistische Sichtagitation in Amsterdam

Flugblatt der Roten Hilfe in Radzyń (Polen), 1934

Von sowjetischen Arbeitskollektiven für Ernst Thälmann ausgestellte Arbeitsbücher

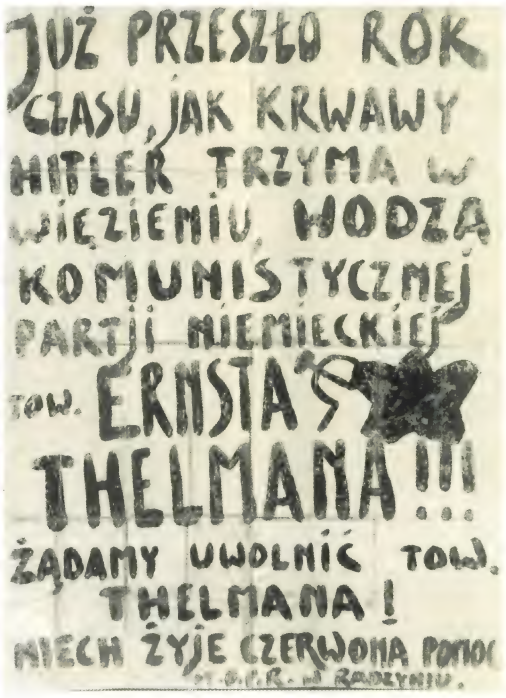
Protestschreiben amerikanischer Bürger an die deutsche Botschaft in Washington mit der Forderung nach Freilassung Ernst Thälmanns

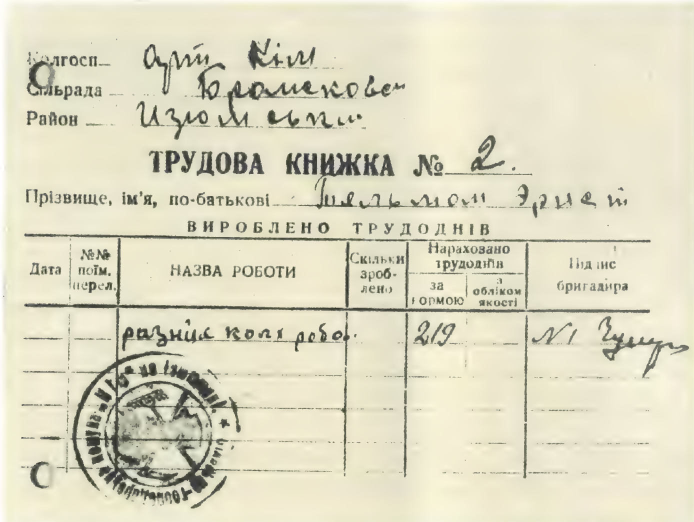
Losung auf einer Mauer in Valladolid (Spanien)

Postkarte der Roten Hilfe Kubas

Quittung der Roten Hilfe Schweiz, 1934

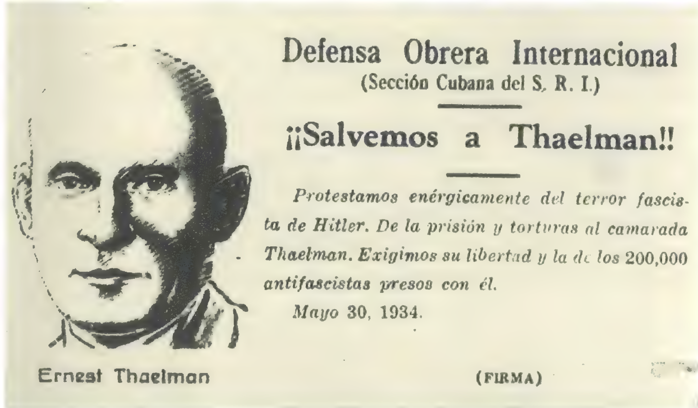
Anhänger und Streuzettel, 1934



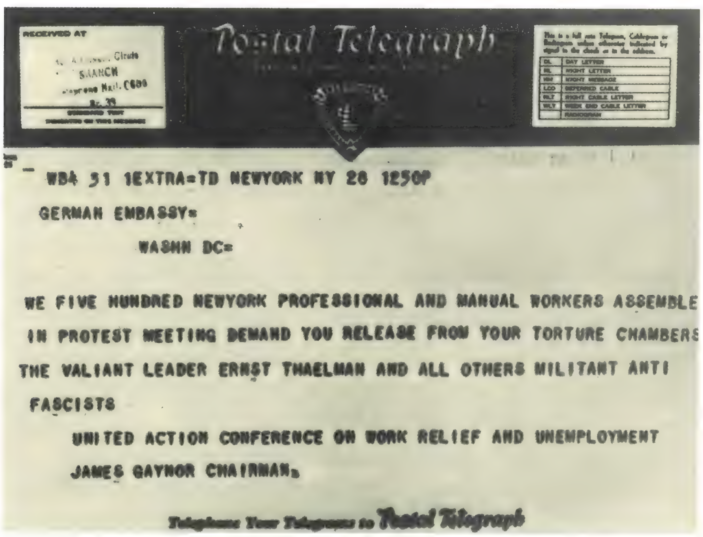

Колгосп Артіль Кім
Сільрада Бражковка
Район Ізюмський
ТРУДОВА КНИЖКА № 2.
Прізвище, ім'я, по-батькові Тельман Эрнест
ВИРОБЛЕНО ТРУДОДНІВ
Дата
№№ поім. перел.
НАЗВА РОБОТИ
Скільки зроблено
Нараховано трудоднів
за нормою
з обліком якості
Підпис бригадира
разные колх робо.
219
N1

Наименов. колх. „Шир-Канал"
Сел. совет М. Карангис
район Ленинакан ССР Армении
№ 872
Тельман
Эрнст.
3ая Бригада

THAELMANN
GID LA LIBERTAD DE THAELMANN


Defensa Obrera Internacional
(Sección Cubana del S. R. I.)
¡¡Salvemos a Thaelman!!
Protestamos enérgicamente del terror fascista de Hitler. De la prisión y torturas al camarada Thaelman. Exigimos su libertad y la de los 200,000 antifascistas presos con él.
Mayo 30, 1934.
Ernest Thaelman
(FIRMA)

Im Zeichen des
Thälmann-Aufgebots
gab ich der Roten Hilfe Schweiz
für die Opfer des Faschismus
Fr. 1.-


Postal Telegraph
WB4 31 1EXTRA=TD NEWYORK NY 28 1250P
GERMAN EMBASSY=
WASHN DC=
WE FIVE HUNDRED NEWYORK PROFESSIONAL AND MANUAL WORKERS ASSEMBLE IN PROTEST MEETING DEMAND YOU RELEASE FROM YOUR TORTURE CHAMBERS THE VALIANT LEADER ERNST THAELMAN AND ALL OTHERS MILITANT ANTI FASCISTS
UNITED ACTION CONFERENCE ON WORK RELIEF AND UNEMPLOYMENT
JAMES GAYNOR CHAIRMAN.
Telephone Your Telegrams to Postal Telegraph

3. Juni 1934
6. Internationaler Solidaritätstag
Rettet Thälmann!

KPD
Lebt

HILFE den OPFERN des FASCHISMUS

Verteidigung mit Offensive verbinden

Brief an den Untersuchungsrichter des Reichsgerichts

Ernst Thälmann Berlin, den 6.5.1934
Unters. Gef.
14a/8 151/28
An den Herrn Untersuchungsrichter des Reichsgerichts

Bei der über vier Stunden dauernden Vernehmung am 28.4. wurde mir am Schlusse von Herrn Untersuchungsrichter ganz überraschend folgendes mitgeteilt: daß die Oberreichsanwaltschaft der Meinung ist und [daß] sich auf Grund der bisherigen Ermittlungen ergeben habe, daß außer der strafbaren Handlung nach dem Paragraphen 86 auch noch die nach dem Paragraphen 85 des StGB /6/ mir zur Last gelegt wird, und ich solle mich dazu äußern. Es wurde mir nicht mitgeteilt, auf welche konkreten Grundlagen und bisherigen Ermittlungen hin diese Anschuldigung sich stützt.

Inzwischen habe ich mir das Strafgesetzbuch geben lassen und den Paragraphen 85 aufmerksam durchgesehen. Nach Überprüfung der gesetzlichen Bestimmung dieses Paragraphen fühle ich mich für verpflichtet, zum Protokoll der Vernehmung vom 28.4. noch folgendes hinzuzufügen:

Ich kann mit ruhigem und reinem Gewissen erklären, mich keiner strafbaren Handlung im Sinne des Paragraphen 85 schuldig gemacht zu haben. Ich bestreite ganz entschieden, zum gewaltsamen Sturz der Verfassung wie auch zum gewaltsamen Sturz der Hitlerregierung unmittelbar aufgefordert zu haben, ich habe mich auch nicht in diesem Sinne irgendwie betätigt, zu keinen Handlungen auf diesem Gebiete aufgefordert und sie vorbereitet, noch sie irgendwo gebilligt und unterstützt!

Juristisch gilt nur eine Frage: Wollte die Partei den gewaltsamen Umsturz im Februar? Ich behaupte: nein. Tatsächlich haben wir nicht die Umwälzung unmittelbar vorbereitet, es sind mir keine konkreten Maßnahmen bekannt.

Die Partei war nach dem 30. Januar nicht eingestellt darauf und glaubte damals auch nicht, durch einen gewaltsamen Umsturz ihr höchstes politisches Ziel erreichen zu können. Für einen Kampf um die politische Macht, für eine Volksrevolution waren sowohl objektiv wie auch subjektiv die Voraussetzungen nicht gegeben. Meine Auffassung war: Eine Revolution von oben kann man nicht machen, [eine] Revolution muß aus dem Volke kommen, und deswegen gibt es keinen automatischen Sprung zu den Entscheidungskämpfen um die politische Macht. Wir hatten im Februar keine revolutionäre Krise, die Machtfaktoren der Kräfteverhältnisse der Parteien veränderten sich mit Bildung der Hitlerregierung zugunsten des Nationalsozialismus, und der Stand der kommunistischen Bewegung und ihr Einfluß reichten nicht aus, die geschlossene Abwehr der Arbeiter und Werktätigen gegen den Nationalsozialismus herbeizuführen.

Die NSDAP, die nationalsozialistische Bewegung, die mit dem 30. Januar bereits im Vormarsch gegen die KPD war, sie war schon an sich im Tempo der KPD und der kommunistischen Bewegung stark voraus und tat alles, um ihre Positionen, ganz besonders in der deutschen Arbeiterschaft, zu erweitern.

Wo wir nicht einmal stark genug waren, in der Praxis den Generalstreik als Abwehr gegen den Nationalsozialismus zur Auslösung zu bringen, wäre ein weitergehendes Ziel erst recht nicht zu erreichen gewesen. Wir stellten uns vor, daß eventuell durch die geschlossene Abwehr der Arbeiter ein Rücktritt der Hitlerregierung zu erwirken wäre. Nur eine geschlossene Abwehrfront der Arbeiter hatte Aussicht, die nationalsozialistische Macht abzuschwächen.

Uns kam es unzweideutig, wie bei allen Aktionen, wie vorher in der Propaganda und im Kampfe gegen Papen, auf die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter und Anhänger an; es kann sich also keinesfalls um eine Parteiaktion zum gewaltsamen Sturz der Hitlerregierung handeln, sondern um die konsequente Fortsetzung unserer Politik der Gewinnung der Arbeitermassen. Ich betone: Für eine schon im voraus als völlig verloren anzusehende, aussichtslose Gesamtaktion einzutreten, wie sie in der Aufforderung zum unmittelbaren gewaltsamen Sturz der Hitlerregierung gelegen hätte, wäre eine leichtfertige Unverantwortlichkeit und wäre Wahnsinn gewesen. Da stand mir das Leben von Millionen im deutschen Volke höher als eine von den Arbeitern und Volksmassen abgetrennte, isoliert durchgeführte Kampfaktion der Kommunisten. Selbst in dieser Stunde der Hitlerherrschaft galt es, kaltes Blut zu bewahren und, soweit es in meinen Kräften stand und soweit mein Einfluß ausreichte, [es] zu keinem unnützen Blutbad in Deutschland kommen zu lassen. Das war damals meine Pflicht, und ich bin stolz darauf, so gehandelt zu haben.

Die unmittelbare Hauptaufgabe der Partei war die Errichtung der Einheitsfront der Arbeiter im Bündnis mit den Bauern und den übrigen Werktätigen, die Eroberung der Mehrheit der Arbeiter zur Abwehr des offensiv vordringenden Nationalsozialismus bei einer offensiven Frontstellung gegen die sozialdemokratischen Führer und die Gewerkschaftsbürokratie, wobei ich alle terroristischen Maßnahmen und jede individuelle Aktion als schädlich und äußerst verderblich und für unvereinbar mit dieser Massenpolitik gehalten habe. Also gegen alle Putschversuche und -absichten, für die geschlossene Abwehr der Arbeiter und Werktätigen!

Eine weitere Teilaufgabe war die Verteidigung der Partei gegenüber einem eventuellen Verbot. Diese Teilaufgabe wurde verbunden mit unserer Hauptarbeit: der Wahlkampagne zu den Reichstagswahlen. Die Partei war deswegen mit ganz besonders starker Initiative in ihrem Hauptaufgabengebiet eingestellt und mobilisiert auf diese Massenarbeit, auf den unmittelbaren Wahlkampf, um zu erreichen, daß trotz der Verfolgungen der Partei ein möglichst günstiges Resultat erzielt würde. Ich war der Auffassung, je größer der Wahlerfolg sein würde, um so besser waren die Aussichten für die Partei, nicht so schnell verboten zu werden.

Es wurde deshalb auch großer Wert darauf gelegt, einen möglichst reibungslosen Wahlkampf zu führen, um durch diese intensive Massenarbeit und Massenmobilisierung alle aufkommenden und verderblichen Einzelaktionen, die bei der Spannung der Lage leider in Erscheinung traten, auszumerzen und zu vermeiden. Im offiziellen Wahlaufruf des ZK der KPD, der in unseren Zeitungen im Februar veröffentlicht wurde, ist die Taktik und sind die Parolen der Partei ausführlicher aufgezeigt und genannt.

6 Paragraph 86 des Strafgesetzbuches betraf die Vorbereitung zum Hochverrat, Paragraph 85 die öffentliche Aufforderung zum Hochverrat.

Ich bitte dringend um die ernsthafte Nachprüfung dieser in der Voruntersuchung gegen mich erhobenen Anschuldigung, da ich mich nicht schuldig fühle, irgendwelche strafbaren Handlungen im Sinne des Paragraphen 85 begangen zu haben.
Ernst Thälmann

Aus den Gefängnisaufzeichnungen

Für Prozeß selbst habe ich gute Vorschläge und bin gut disponiert . . . Ich werde zwei besondere Erlebnisse in meinem Leben schildern. Einmal das Kriegserlebnis (hier gibt es viele Möglichkeiten der Schilderung im sozialistischen Sinne . . .) und dann meine erste Reise als Hamburger Erwerbsloser 1921 in die Sowjetunion. Ich war damals in der deutschen Wolgakolonie in Marx-Stadt, in der Colombia Lokomotivfabrik usw. zur Zeit des III. Weltkongresses.

Im Leipziger Prozeß /7/ bereits klar erwiesen, von gesamter Weltpresse anerkannt, daß KPD nicht Aufstand plante und erst recht nicht Reichstag ansteckte . . . Leipziger Prozeß werde ich stark ausnutzen.

Immer in Offensive, aus Verteidigung in Offensive gehen. Verteidigung mit Offensive verflechten. Offensive elastisch, beweglich, aber unzweideutig. Interessen der Arbeiterklasse habe ich immer über persönliche Interessen gestellt. Vor Gericht werde ich beweisen: Unser und mein Kampf hundertmal berechtigt . . . Nicht aufregen, mit Überlegenheit über den Richter, offiziell fühlen lassen: Ich stehe als Vertreter der Arbeiter da.

J. Schehr ist erschossen, weil er nicht im Prozeß als Zeuge auftreten sollte. Er wurde gefoltert, um zuzugeben, daß gefälschte Dokumente, die mich belasten, in seinem Archiv gefunden seien.

Kühnstes Auftreten, selbst auf Gefahr des Ausschlusses wird nur nützlich sein, auch vom Standpunkt der Sicherung, denn: je kühner, desto mehr Echo in der Welt, desto mehr Schutz.

Ich trete als Verteidiger der Sowjetunion auf . . . Auf die freche, lügnerische Behauptung, daß unsere Partei von russischen Staatsgeldern finanziert wurde, erinnere ich an die Treue und Opferbereitschaft der deutschen Arbeiter. Sage aber zugleich, daß russische Arbeiter die beste internationale Solidarität kennen.

Ich beantrage unbedingt, daß meine Reden usw., die als Broschüren erschienen sind und die jedenfalls (?) in der Staatsbibliothek liegen, mir zum Zwecke meiner Verteidigung ausgehändigt werden. Sollten sie mir das verweigern, stelle ich hierzu erneut den Antrag am ersten Prozeßtag. Lehnt man das ab, dann gebe ich eine Protesterklärung ab gegen die Beschränkung meiner Verteidigung. Diese Methode, solche Anträge zu stellen und Protesterklärungen abzugeben, werde ich während des ganzen Prozesses anwenden, da sie eine große öffentliche Bedeutung haben. Ich werde dabei einmal auf das Bild des großen französischen Malers Daumier hinweisen: Du kommst dir vor, wie der dort dargestellte Angeklagte: an jedem Arm eine Kette, eine Binde um den Mund und die Aufforderung des Vorsitzenden des Gerichts: Angeklagter, Sie haben das Wort zu Ihrer Verteidigung. Wir waren und wir sind die einzige Partei, die wirklich gegen Versailles kämpfte und kämpft. KPD und Komintern lehnten Versailles ab, ehe Hitlerpartei gegründet . . . Aber unser Kampf gegen Versailles erfolgte nicht im Interesse der Bourgeoisie, sondern des deutschen Proletariats, deutscher Werktätiger. Nationalismus lockert nicht die Ketten von Versailles, sondern führt höchstens zum imperialistischen Krieg . . . Die Kosten haben die Werktätigen zu tragen.

Außenpolitik der Hitlerregierung hat deutsches Volk nicht befreit, sondern nationale Unterdrückung gesteigert. Auch hier wird erst proletarische Diktatur, Rätediktatur, Wandel schaffen.

Wir Kommunisten lieben unser Volk und unser Land. Darum wollen wir es frei von kapitalistischer Lohnsklaverei, frei von faschistischer Diktatur, frei von Konzentrationslagern und Unterdrückung. Weil wir unser Volk und unser Land lieben, kämpfen wir für Rätedeutschland, wo die Arbeiter und Bauern endlich ein Vaterland haben werden.

Kommunismus ist die Lehre von der Befreiung der Arbeiterklasse. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist aber die Befreiung des ganzen Volkes! Dafür mein ganzes Leben gekämpft zu haben, darauf bin ich stolz.

Bolschewismus «zerstört» die Ketten, die die Arbeiter am Kampf um soziale und nationale Befreiung hindern und zerstört damit die Ketten der Klassengesellschaft selbst; aber bewahrt alle Errungenschaften der Menschheit und macht sie allen bisher Enterbten und Entrechteten zugänglich, wie die Sowjetunion durch wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg sinnfällig beweist.

Wir stellen die Frage mit unserem Programm: Frei wovon? Frei wofür? Freiheit für die Arbeiter, für die werktätigen Bauern, für alle Werktätigen in Stadt und Land; nicht für die Bourgeoisie, den Großgrundbesitz und ihren Anhang. Presse-, Koalitions- und Versammlungsfreiheit für die Arbeiter und alle Werktätigen des deutschen Volkes, «Freiheit» für den Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung; also frei von den Ketten des Kapitalismus und seiner Werkzeuge, frei von Lohnsklaverei, frei von innerer und äußerer Knechtung, frei von staatlicher Unterdrückung, frei für Sozialismus, für Beseitigung des Gegensatzes von Stadt und Land, von Kopf- und Handarbeit, für die Frau Freiheit statt besonderer Entrechtung, für Gleichberechtigung und wirkliche Gleichstellung, Freiheit – nicht unbeschränkt, nicht schrankenlose, zügellose Willkür – bestimmt durch die Aufgaben der proletarischen Klasse!

Wir sind der Auffassung, daß Revolution, wirkliche Umwälzung, notwendig ist – nicht eine Verschwörung einer kleinen Gruppe, wie uns unterstellt wird (auch und gerade durch das Untersuchungsgericht), sondern als großer gew[altiger] Kampf der Arbeiter und werktätigen Bauern sowie aller übrigen Werktätigen des deutschen Volkes. In dieser Auffassung – die sich durch alle Beschlüsse, Reden, Abhandlungen hindurchzieht – liegt begründet die Notwendigkeit der Voraussetzung der Revolution, die unabhängig ist von der Kommunistischen Partei, ohne damit ihre führende Rolle in der proletarischen Revolution einzuschränken. Die wichtigste Voraussetzung: tiefge-

7 Gemeint ist der Reichstagsbrandprozeß.

hendste Krise der bisher bestehenden Gesellschaftsordnung – der Wirtschaft und des Staates. Wir sprechen von revolutionärer Krise – ganz zweifellos ist die vollständige Erschütterung der Wirtschaft und des Staates mit entscheidend für eine revolutionäre Krise. Allerdings nicht allein: Denn immerhin gehören Zerklüftung im Lager der Bourgeoisie und ihrer festen Anhänger aller Art wie gewaltiger revolutionärer Aufschwung im Lager der Arbeiter, Bauern und Werktätigen maßgebend dazu.

Die drohende Gefahr neuer Kriege ist nicht gebannt. Einzige Partei, die gegen den Imperialismus und für den Frieden kämpft. Gegen mil[itaristische] Aufrüstungspolitik. Warum: verbunden mit unserer grundsätzlichen Einstellung gegen das kapitalistische System und die Kriegsgefahr überhaupt. Es ist ein wahnsinniger Gedanke, anzunehmen, daß gesteigerte Rüstungen eine Sicherheit bieten, um zukünftige imperialistische Kriege zu vermeiden. Die Kriegsgefahr liegt im Wesen des Kapitalismus begründet. Der Kampf um die Eroberung der Märkte, die Expansionsbestrebungen verschiedener kapitalistischer Mächte (Japan, Italien als Beispiel), die zur Neuaufteilung der Welt abermals führen, verschärfen sich. Die Kapitalisten auf der Suche nach Ausweg aus der Krise entfalten eine immer rücksichtslosere Konkurrenz untereinander. Einfuhrkontingente, Verbote, Kündigungen [von] Handelsverträgen, Devisenzwangswirtschaft, wirtschaftliche Zollmanöver, bewußte Inflationspolitik sind Kampfmittel der Imperialisten, um sich die Märkte gegenseitig strittig zu machen. Der verschärfte Kampf um die Märkte spitzt alle imperialistischen Konflikte zu.

Krieg miterlebt, ich bin kein Pazifist. Für die Wehrhaftigkeit, aber nicht im Interesse und zur Befestigung der kapitalistischen Herrschaft.

Das Problem des Friedens könne nicht endgültig gelöst werden, solange das kapitalistische Regime andauere. Unsere Antikriegspolitik gehört also in unsere Gesamtpolitik hinein; wir sind der Meinung, daß siegreiche Volksrevolution-Krieg wahrscheinlich unmöglich macht, sie hebt die dem Krieg zugrunde liegenden Konflikte auf.

Kampf gegen imperialistischen Krieg und in dieser Verbindung Verteidigung der Sowjetunion; Niederwerfung der Sowjetunion schon in Vorbereitung, was in Durchführung und Auswirkung für alle Welt größte Ausplünderung und Knechtschaft bedeuten würde. Ein solcher Krieg [wäre] reaktionärer als jeder andere imperialistische Krieg. Also Verteidigung der Sowjetunion [ist] ureigenste Verteidigung der Interessen der Arbeiter und Werktätigen Deutschlands, um so mehr, als gerade durch einen solchen Krieg Deutschland nicht von Versailles frei käme, die Auseinandersetzungen um Vorherrschaft in Europa sich verschärfen würden, dazu Vorherrschaft in Asien. Keine untergeordnete, sondern eine entscheidende Menschheitsfrage. «Fremde Macht»: Für uns besteht hier vollständige Übereinstimmung einer wirklichen Befreiung Deutschlands – die übrigens im Bunde mit der Sowjetunion ihre Sicherung hat – und den Interessen der Menschheitsentwicklung wie den Interessen der Arbeiter und Bauern der Sowjetunion, ihrer Errungenschaften und ihres Staates. Es geht hier nicht um staatsrechtliche Fragen, sondern um vollständig gleiche Richtung der Interessen. Die Sowjetunion bald allein gegen Versailles, allein für nationale Selbstbestimmung, mit dem Recht der vollständigen Autonomie und Lostrennung. – Für einen wirklichen Freiheitskampf das beste Beispiel. Jeder Volksgenosse in dem Riesenreich der Sowjetunion kann innerhalb der Sowjetunion nicht nur seine eigene Nationalitätensprache sprechen, sondern kann auch innerhalb der Sowjetunion mit den Behörden in seiner eigenen Sprache verkehren.

Die Sowjetunion ist das einzige Land, in dem die nationale Frage im sozialistischen Sinne gelöst ist. Die weit über hundert befreiten Völker der Sowjetunion sind in brüderlicher Zusammenarbeit am sozialistischen Aufbau vereinigt und können auf der Grundlage ihrer nationalen Kultur ihre selbständige kulturelle Entwicklung im sozialistischen Geiste durchführen. Die Sowjetverfassung ist das Musterbild der Lösung der nationalen Frage, des Zusammenschlusses und der Annäherung der Nationen auf der Basis des Vertrauens und des freiwilligen Übereinkommens.

Aus dem Brief an das Zentralkomitee der KPD und das EKKI von 1934

Liebe Freunde!

. . . Nun zu einigen kurz anzudeutenden Fragen für den VII. Weltkongreß. Zuerst muß in allen problematischen und speziellen Abhandlungen unsere Sprache volkstümlicher, viel arbeiterfreundlicher und in steigender nationaler (nicht nationalistischer) Form gehalten sein, ohne daß unser festes weltanschauliches Prinzip irgendwie verletzt wird. (Eine gewisse Abstraktheit in der Sprache muß unbedingt, unter allen Umständen fallen und der schwere und schüchterne Versuch unternommen werden, von uns aus sich nicht zu scheuen, vom werktätigen Volk, von Nation des kommenden Sozialismus der Tat, von nationalen Forderungen in den Resolutionen der verschiedenen Länder usw., usw. zu sprechen.) Wir müssen sagen, was das Volk ist: Arbeiter, Angestellte, Beamte, Bauern und der Mittelstand, aber ohne die Industrie-, Finanz- und Bankräuber und die Großadligen und Großgrundbesitzer . . .

Der Ruf der Arbeiterklasse nach Einheit und Geschlossenheit erfordert vom VII. Weltkongreß eine besondere Beachtung dieser besonderen Arbeit und Aufgaben. Neben der Verstärkung der praktischen Gewinnung und Mobilisierung der sozialdemokratischen Arbeiter für die revolutionären Aufgaben ist zu überlegen, ob nicht ein großzügig angelegtes Einheitsfrontmanöver vom Weltkongreß aus einzuleiten ist. Ich stelle diese Frage, ausgehend von zwei Tatsachen: einmal der öffentlichen Ablehnung der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale und dann im Zusammenhang mit der Lage in Deutschland und in Österreich. Wir müssen die freigewerkschaftlichen Mitglieder der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale für den Klassenkampf zu gewinnen suchen und dürfen sie nicht nur ihren örtlichen und bezirklichen Verhältnissen überlassen, wie wir auch den Arbeitern insbesondere in Deutschland und in Österreich von außen her einen solidarischen Rückhalt geben müssen . . .

Wie das geschieht, das müßt Ihr am besten zu beurteilen und zu entscheiden wissen. Aber geschehen muß in dieser Hauptfrage irgend etwas. Die ablehnende Antwort der Amsterdamer darf nicht stillschweigend hingenommen werden, weil sie den geschlossenen Kampf gegen den Faschismus behindert und hemmt. Ebenfalls die Vernichtung der Arbeiterorganisationen und der freien Gewerk-

schaften in Deutschland und in Österreich ist eine Angelegenheit der gesamten Arbeiterschaft der Welt und insbesondere von Europa. Deswegen die Problemstellung: Der Kampf gegen den Faschismus erfordert die geschlossene Kampfessolidarität und Einheit der Arbeiterklasse in jedem Lande und in der ganzen Welt. Die Amsterdamer Führer als die offenen Zerstörer der [sich] anbahnenden Kampfesbasis der Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus anprangern und sie anschuldigen, daß sie den Kampf gegen den Faschismus – und die notwendige Waffenbrüderschaft der Arbeiter untereinander – damit ablehnen und sich ihm hemmend entgegenstellen. Das gibt uns eine große neue Möglichkeit, auch in den Amsterdamer Gewerkschaftsorganisationen unter den dortigen Massen und auch in den Betrieben neue Erfolge zu erzielen. Man sollte sogar erwägen, ob es nicht stellenweise und in einzelnen Ländern möglich ist, hierbei die Frage der Einheit des gewerkschaftlich-politischen Kampfes aufzurollen. Selbstverständlich auch mit weitgehenden organisatorischen Konsequenzen!!! Ein unverbindlicher Vorschlag, der entsprechend der Lage im allgemeinen und den Verhältnissen im besonderen zu überprüfen ist. Natürlich eine unantastbare, prinzipielle Festigkeit der Parteien, die solche großangelegten Manöver inszenieren, ist unbedingte Voraussetzung . . .

Letzter Vorschlag für Weltkongreß ist die Fortsetzung und intensive Vertiefung der Kampagne für die Freilassung der politischen Gefangenen. Hier ganz besonders hervorheben und betonen die Pflicht und die solidarische Notwendigkeit für die mutige und lebendige Einsetzung insbesondere auch für unsere Klassenbrüder, die sozialdemokratischen Arbeiter und Funktionäre. Sie haben sich besonders in Österreich und ebenfalls hier in Deutschland als aufrichtige Klassenkämpfer (mit einigen Ausnahmen) gezeigt und sind in Reih und Glied mit uns gemeinsam Leidens- und Kampfgenossen. Diese besondere Betonung stärkt und erhöht unsere Autorität und das Vertrauen bei den sozialdemokratischen Arbeitern der ganzen Welt und erleichtert uns die Gewinnung der Arbeiter für die Einheitsfront /8/ und den revolutionären Einheitswillen im Kampf gegen Faschismus und Kriegsgefahr . . .

Viele revolutionäre Grüße aus dem Kerker in Moabit sendet Euch Euer momentan gebundener Kampfgenosse Teddi

Immer derselbe, tapfer und mutig, mit Volldampf vorwärts zu neuen revolutionären Siegen!

Ich drücke allen Freunden auf diesem Wege revolutionär und dankbar meine Hand!

Aus dem Beschluß der Politkommission des Politsekretariats des EKKI vom 8. Juni 1935

Die Kampagne für die Befreiung des Genossen Thälmann und aller verhafteten Antifaschisten ist aufs engste zu verbinden mit der Kampagne gegen den Hauptkriegstreiber, den Hitlerfaschismus, gegen die faschistische Terrorwelle, mit der Popularisierung des Heldenkampfes und der Erfolge der deutschen Arbeiter und Kommunisten und mit dem konkreten Kampf gegen Krieg und Faschismus in den einzelnen Ländern. Notwendig ist:

a) eine stärkere Mobilisierung der Gewerkschaftsmassen,
b) an neue Schichten von Intellektuellen heranzukommen,
c) neue und wirksamere Methoden zur Durchführung der Kampagne zu suchen,
d) eine solche Mobilisierung zu erreichen; daß bei Prozeßbeginn bereits eine breite Massenbewegung vorhanden ist,
e) besonders in England und Skandinavien die Bewegung breit zu entfalten und in [den] USA ein eigenes zentrales Thälmann-Komitee für ganz Amerika zu schaffen.

Aus dem Brief von Wilhelm Pieck an Ernst Thälmann von 1935

Lieber Freund Emil! /9/

Du wirst erstaunt sein, von mir aus Griechenland einen Brief zu erhalten, dabei weiß ich nicht einmal, ob Dich dieser Brief überhaupt erreichen wird. Ich hatte nur noch Deine Adresse aus St. Louis, von wo aus Du mir Anfang dieses Jahres geschrieben hattest. Du darfst mir nicht böse sein, daß ich so lange mit der Beantwortung Deines Briefes gezögert habe. Ich war während des ganzen Sommers hindurch auf Reisen, hatte eine Reihe sehr wichtiger Aufträge unserer Firma in den verschiedensten Teilen Europas zu erledigen und bin jetzt seit ungefähr 4 Wochen hier in Athen, wo ich eine große Kraftanlage zu leiten habe. Ich werde wahrscheinlich noch mindestens 6 Monate hierbleiben und hoffe, bis dahin von Dir eine Antwort zu erhalten. Meine Adresse gebe [ich] am Schluß des Briefes an . . .

Ich habe von verschiedenen Seiten gehört, daß die Kommunisten wieder sehr stark auftreten und überall agitieren. Man liest das ja auch in der Zeitung, wo immer wieder vor den Kommunisten gewarnt wird und ihnen die schwersten Strafen von der Regierung angedroht werden. Aber sie haben doch große Sympathien in der Bevölkerung, weil sie die einzigen sind, die immer wieder den Mut aufbringen weiterzukämpfen, obwohl sehr viele von ihnen verhaftet werden. In dem Betriebe, wo ich früher in Berlin war, kannte ich einige Kommunisten, die sehr geschickt ihre Agitation betrieben, ohne daß man es ihnen beweisen konnte – sie haben immer wieder kleine Flugblätter und sogar eine Zeitung den Arbeitern auf die Plätze gelegt. Natürlich ist die Polizei sehr dahinter her. Die Arbeiter freuen sich aber jedesmal, wenn den Kommunisten die Sache gelungen ist. Damals erzählte mir einer von den Kommunisten, daß sie die Absicht haben, ihre Zelle in der Organisation der Nationalsozialisten, die Organisation heißt «Arbeitsfront», aufzubauen, weil sie dann viel besser arbeiten könnten. Das ist ein toller Plan, aber ich glaube, die Kerls werden es schaffen. Interessant ist noch, daß früher sich in unserem Betriebe die Sozialdemokraten und Kommunisten immer mächtig gestritten haben. Jetzt scheint das ganz anders zu sein. Die Kommunisten wollen jetzt mit den Sozialdemokraten zusammengehen und auch die anderen Arbeiter dafür gewinnen, daß sie zusammen für die Verbesserung des Lohnes und für die alten Rechte kämpfen. Sie reden jetzt viel von Einheitsfront. Das scheint mir eine gute Sache zu sein, denn wenn sich die Arbeiter erst mal einig werden, dann wird es auch für uns besser sein. Ich weiß nicht, ob Du vor einigen Monaten in der Zeitung etwas über einen Kongreß gelesen hast, der in Moskau war . . .

Ich habe die Berichte mit großem Interesse gelesen. Du weißt ja, daß ich mich immer sehr stark für Politik interessierte. Dort hat ein Di-

8 In der Quelle: Einheitskraft.

9 Der Brief gelangte auf illegalem Wege in die Hände Ernst Thälmanns. Wilhelm Pieck informierte Thälmann verschlüsselt über die Situation in Deutschland, den VII. Kongreß der KI und die Brüsseler Konferenz der KPD. Außerdem gab er Hinweise zur Verteidigung Thälmanns in dem gegen ihn angestrebten Prozeß.

mitroff eine große Rede gehalten. Meines Wissens ist das derselbe Mann, der damals in Deutschland den großen Prozeß hatte. Die Rede war sehr geschickt und zeigte, daß die Kommunisten ernstlich darangehen, alle Leute für sich zu gewinnen, oder – wie sie sagen – in der Volksfront vereinigen wollen, um gegen den Krieg, gegen den Faschismus und natürlich auch gegen den Kapitalismus zu kämpfen. Mir hat besonders als altem Sozialdemokraten gefallen, daß die Kommunisten jetzt ein neues Verhältnis zu den Sozialdemokraten herstellen wollen. Sie begründen das damit, daß doch jetzt die Sozialdemokraten auch verboten sind und deshalb von ihren Anhängern genötigt werden, mit den Kommunisten zusammen gegen die Regierung in Deutschland zu kämpfen. Wenn den Kommunisten dieser Plan gelingt, dann ist es eine große Sache. Dimitroff hat in seiner Rede von dem Trojanischen Pferd gesprochen. Ich habe das damals nicht verstanden, was er damit meinte. Ich habe mich hinterher danach erkundigt, weil mich die Sache interessiert [hat], und habe [mir] dann von einem Studienfreund die Sache erklären lassen. Die Kommunisten wollen die Mitglieder in den Organisationen, die von den Nationalsozialisten geschaffen wurden, für den Kampf gewinnen, und sie wollen das so machen, daß sie selber in diesen Organisationen arbeiten und so mit den Massen in diesen Organisationen die Nationalsozialisten schlagen. Mir scheint das eine kluge Sache zu sein. Ich habe daraufhin noch einmal die alte Sage von dem Trojanischen Pferd durchgelesen, das ist natürlich nicht eine so einfache Sache. Aber die Kommunisten haben doch in den letzten Jahren sehr viel gelernt; sie fangen an, richtige Politik zu machen. Wir Sozialdemokraten haben natürlich auch viele Fehler gemacht, und es liegt auch bei uns, daß wir jetzt verstehen, worauf es ankommt.

Ich habe hier in Athen einige Verbindungen mit unseren Leuten, und sie erzählten mir von einer Konferenz, die sie in der letzten Zeit abgehalten haben. Natürlich bei den hiesigen Verhältnissen streng illegal. In den Unterhaltungen mit ihnen habe ich herausgehört, daß sie sich hauptsächlich mit dem Kongreß in Moskau beschäftigt haben. Sie waren sehr begeistert davon und erzählten mir, daß selten eine solche Einstimmigkeit bei ihnen vorhanden war, mit den Kommunisten zusammenzugehen. Unsere Leute hatten unter sich eine Zeitlang in der Führung einige Differenzen. Sie haben mir oft davon erzählt: Wenn ich sie recht verstanden habe, so handelte es sich in der Hauptsache darum, wie man mit den Kommunisten verkehren solle. Einige waren der Meinung, daß man sich mit ihnen wegen der Vergangenheit nicht verständigen kann, und übersehen dabei die Differenzierung, die sich bei ihnen bemerkbar machte. Diese Ignoranz verhinderte zu einem großen Teil eine Verständigung über ein gemeinsames Zusammengehen, und es mußten sehr ernste Maßnahmen getroffen werden, um diese Ignoranz zu überwinden. Einer unserer Freunde erzählte mir, daß von der obersten Leitung eingegriffen worden sei, um diese Meinungsverschiedenheiten zu beenden. Das soll ja auch gelungen sein, wie das die Einstimmigkeit auf der Konferenz beweist. Mein Freund hat mir noch einiges erzählt über Veränderungen, die daraufhin in der Führung vorgenommen wurden /10/; aber ich habe mir das nicht alles gemerkt und kann Dir darum darüber nichts Näheres mitteilen. Jedenfalls sind die Leute sehr stolz darauf, daß es jetzt mit ihrer Arbeit so gut vorwärtsgeht. Sie haben breite Möglichkeiten für die Einheitsfront und auch für die Volksfront, wie sie es nennen.

Ich habe übrigens hier vor kurzem einen sehr interessanten Prozeß miterlebt. Es handelt sich um einen unserer griechischen Freunde, der in der Leitung war und der vor längerer Zeit verhaftet wurde. Ich weiß nicht, was man ihm nicht alles vorgehalten hat. Unsere Freunde wußten darüber nichts Genaues. Soweit sie etwas davon wußten, handelt es sich um ziemlich alte Geschichten, Reisen. Der Hauptpunkt soll darin bestanden haben, daß er irgendwelche kühnen Ideen verfolgte und praktizieren wollte. Von der Regierung wurde zweifellos die Absicht verfolgt, durch einen ungeheuren Ballast von Material, Dokumenten, irgendwelchen Aussagen ihn in die direkte Verteidigungsstellung zu drängen. Aber vernünftigerweise hat er sich nicht darauf eingelassen. Er hat zwar eine Reihe von diesen Behauptungen kurz und bündig widerlegt, besonders was die kühnen Ideen anging, sonst aber ist er mutig mit Angriffen vorgegangen, indem er bei den Vorhaltungen sofort auf Tatsachen hinwies, die von der anderen Seite geschaffen waren, und das soll einen großen Eindruck gemacht haben. Er hat in knappen Zügen die Lage geschildert, wie sie damals in Griechenland war, hat dabei aufgezeigt, wie er nur im Interesse des griechischen Volkes handelte, um ihm seine Freiheit zu wahren, wie er für die Freiheit des Landes kämpfte und für dessen Wohlfahrt. Das war dem Gericht sehr unangenehm, weil das einen starken Eindruck nach außen hin machte, und man hat fortwährend versucht, ihn daran zu hindern. Aber er hat sich dadurch nicht beirren lassen, und vor allem ist er immer ruhig und überlegen geblieben. Es soll da eine sehr knifflige Frage gegeben haben. Ich weiß das nicht mehr so genau, weil in der Zeitung darüber sehr wenig geschrieben wurde und auch von unseren Leuten nur ein oder zwei es wagen konnten, im Gerichtssaal anwesend zu sein. Es handelt sich darum, daß damals gegen die Maßnahmen von Venizelos die Parole des Generalstreiks ausgegeben wurde und auch die Kommunisten dazu aufgefordert wurden. Daraus wurde versucht, unserem Freund zu unterstellen, daß er mit Gewalt vorgehen wollte, sogar mit einem bewaffneten Aufstand. Unser Freund hat in glänzender Weise diesen Unsinn widerlegt und nachgewiesen, daß die Parole des Generalstreiks damit gar nichts zu tun hatte, und er hat sich auf Generalstreiks in anderen Ländern bezogen, ohne daß jemals jemand auf den absurden Gedanken gekommen wäre, die Frage des Aufstandes damit zu verbinden. Unser Freund hatte den Antrag gestellt, über diese Frage bekannte Gewerkschaftsführer aus diesen Ländern gutachtlich zu hören; aber das wurde natürlich abgelehnt. Leider waren die Verteidiger, die unser Freund hatte, nicht auf der Höhe. Aber unser Freund hat sich auch wenig auf sie verlassen und hat glänzend verstanden, selbst seine Sache zu führen. Unsere Freunde erzählten mir noch, daß ihre Vertretung in Paris sehr gute Vorbereitungen für diese Sache getroffen hatte, viel Material besorgt und auch sonst viele Leute für die Angelegenheit interessiert hatte. Ich weiß nicht, ob Du selbst etwas in der amerikanischen Presse gelesen hast. Unsere Freunde erzählten mir, daß man auch dort sehr viel davon gesprochen hat. Unser Freund hatte noch beantragt, daß einige der Freunde, die mit ihm zusammengearbeitet hatten und die auch im Gefängnis sitzen, zu der Frage vernommen werden sollten, besonders was diese knifflige Frage angeht. Ob es zu der Vernehmung gekommen ist, wußten mir unsere Freunde nicht zu sagen . . .

Als man unserem Freunde vorhielt, daß er persönliche Beziehungen mit Freunden in anderen Ländern unterhalten habe, hat er sehr

10 In der Quelle: hat.

richtig darauf mit dem Hinweis reagiert, daß er das im Interesse der Arbeiter getan habe, während von Mitgliedern der Venizelos-Regierung Beziehungen mit fremden Staaten unterhalten wurden, die gegen das Land und gegen die Arbeiter gerichtet waren . . .

Hoffentlich geht es Dir gesundheitlich gut, ebenso auch Deiner Frau. Die lange Trennung wird ihr schwerlich gefallen, wenn sie auch nicht gerade Lust haben wird, Dich auf Deinen Reisen zu begleiten. Nun zum Schluß noch meine Adresse. Ich wohne bei sehr guten Leuten, der Mann ist auch Ingenieur und bekleidet einen sehr guten Staatsposten. Die Verständigung ist allerdings ziemlich schwer, weil er nur gebrochen deutsch spricht. Also meine Adresse: Georg Holzmann, bei Andreas Papadoponlos, Athen, Rue Acharnon 93. Also, alter lieber Freund, alles Gute für die weitere Zukunft.
Dein Georg

Aus der Rede Friedrich Roetters /11/ auf der Internationalen Juristenkonferenz in Paris am 1. Dezember 1935

Thälmann ist der einfache und tapfere Arbeiter geblieben, dem immer die Verbesserung des Schicksals seiner Arbeitskameraden am Herzen lag. Er erträgt sein grausames Geschick mit Mut und Würde. Er läßt sich nicht beugen, und ich glaube gern, daß seine politischen Gegner, wenn sie den Mut dazu hätten, ihm ihre Achtung für die männliche und mutige Art seines Verhaltens und für seine Treue sich selbst und seinen Ideen gegenüber bezeugen würden. Als ich ihn das letzte Mal gesehen habe, war er bei bester Gesundheit. Das war im Februar 1935. Gegen Ende des Monats März 1935 habe ich seinen letzten Brief erhalten. Dieser Brief ist noch in meinem Besitz. Alle anderen wurden konfisziert. Meine Pflicht als Anwalt, Menschen vor einer ungerechten Strafe zu retten und sie aus dem Gefängnis zu befreien, wohin sie zu Unrecht gebracht wurden, ist in seinem Falle noch dadurch geadelt worden, daß es sich um ein würdiges und wertvolles Mitglied der menschlichen Gesellschaft handelt. Er hat nie seine politischen Ansichten verheimlicht, sondern sie im Gegenteil immer offen bekannt. Nach den Gesetzen, die bis zu seiner Verhaftung in Kraft waren, war das sein verfassungsmäßiges Recht als Staatsbürger und Abgeordneter . . .

Lassen Sie nichts unversucht, die endliche Freilassung Thälmanns zu erreichen! Alle Monate, alle 14 Tage, jede Woche, jeden Tag richtet Kundgebungen an die Behörden des Dritten Reiches im In- und Ausland mit der Forderung: Gebt Ernst Thälmann frei! So werden Sie mit dazu helfen, daß Deutschland den ersten Schritt dazu tut, wieder in den Kreis der gemeinsamen Kultur, des Rechtes und der Gerechtigkeit zurückzukehren!

Aus den Gefängnisaufzeichnungen

Trotzdem ist auch so diese Anklageschrift ein historisches Dokument für die Zukunft und für alle Zeiten. Sie ist als politisches Testament, das ungewollt vom Feinde (hier ist die Anklagebehörde gemeint) hiermit der KPD ausgestellt wurde, ein sichtbares Wahrzeichen und eine volle Bestätigung für die unverbrüchliche antifaschistische Treue und die revolutionäre Entschlossenheit, mit der die Partei und ihre damalige Führung den schweren Kampf für den Sieg des Sozialismus in Deutschland geführt hat . . .

Der Prozeß selbst würde, wenn er abgehalten worden wäre, zu einem der bedeutendsten Sensationsprozesse geworden sein . . . Schade ist nur, daß es mir und damit dem werktätigen Volke nicht ermöglicht wurde, dieses geschichtlich große Schauspiel mitzuerleben, wo vor den Schranken der faschistischen deutschen Justiz und von der Tribüne des Volksgerichtshofes aus der revolutionäre Kampf der KPD und ihrer Führung für die nationale und soziale Befreiung des deutschen Volkes von den Fesseln der kapitalistischen und imperialistischen Unterdrückung gekennzeichnet worden wäre.

Aus dem Brief des EKKI an Ernst Thälmann

Teurer Genosse Ernst Thälmann! Moskau, 16. April [1936]

Zu Deinem 50. Geburtstage sendet die Exekutive der Kommunistischen Internationale Dir, dem eingekerkerten Führer des Befreiungskampfes des deutschen Proletariats, flammende Kampfesgrüße. Dieser Dein Ehrentag gibt uns erneut Anlaß, die engste, durch keine Kerkermauern lösbare Verbundenheit der Kommunistischen Internationale mit Dir und der heroisch kämpfenden deutschen Kommunistischen Partei wie auch allen antifaschistischen Kämpfern Deutschlands zum Ausdruck zu bringen.

In Deiner Person grüßt das internationale Proletariat den wahren und besten Vertreter des deutschen Volkes, das durch seine Arbeit und seine Energie die gewaltigen materiellen Werte und die hochstehende geistige Kultur Deutschlands geschaffen hat, jetzt aber von seinen schlimmsten Ausbeutern in Fesseln geschlagen und geknechtet ist . . .

Die Idee der proletarischen Aktionseinheit gegen den Faschismus hatte auch tatsächlich am Vorabend der Aufrichtung der Hitlerdiktatur, um die Zeit des provokatorischen Reichstagsbrandes, in den Reihen der deutschen Arbeiterbewegung bereits breites Terrain gewonnen. In der entscheidenden Stunde aber, da die deutsche Arbeiterklasse mehr denn je einer festen Führung bedurfte, wurde ihr durch Deine Verhaftung der beste, zuverlässigste Führer von seinem Posten weg entrissen.

Dieser Schlag des Klassenfeindes, der Dich in Deiner Rolle als unmittelbarer Führer ausschaltete, vermochte jedoch nicht, die stählerne Kraft Deines revolutionären Mutes zu brechen. An der Gefangenenfront, die nunmehr in Deutschland zu einem bedeutsamen Frontabschnitt der proletarischen Klassenkämpfe geworden ist, führst Du bereits drei Jahre lang den ununterbrochenen heroischen Kampf, der breite Massen sowohl in Deutschland wie in anderen Ländern aufs höchste begeistert. So wirkt Dein revolutionärer Feuergeist, sogar in der Kerkerzelle eingeschlossen, als lebendige Quelle der Kampfkraft des deutschen wie des internationalen Proletariats.

Tausende von Freiheitskämpfern haben die faschistischen Schergen in Deutschland zu Tode gequält oder meuchlings ermordet. Auch Dir, unserem teuren Freund, trachteten sie schon längst nach dem Leben; aber die faschistischen Machthaber wissen sehr wohl, wie tief und unzertrennlich Du mit Fleisch und Blut mit den breitesten Massen des werktätigen Volkes und dem internationalen Proletariat

11 Dr. Friedrich Roetter, 1933 als erster Offizialverteidiger Ernst Thälmanns eingesetzt, war deutschnational gesinnt, aber von der Unschuld und der Lauterkeit des Charakters seines Mandanten überzeugt. Nachdem er im März 1935 von den Nazis für kurze Zeit inhaftiert worden war, konnte er mit Hilfe der KPD ins Ausland gelangen.

verwachsen bist. Insbesondere wagten sie es nicht, Dich vor Gericht zu stellen und auf die Anklagebank zu setzen, denn sie wissen gut, daß, trotzdem sie Dir den Mund verschlossen haben, Deine kraftvolle Stimme lauter denn je erschallt. Sie fürchten Dich, Ernst Thälmann, weil sie die Klasse fürchten, deren Führer Du bist. Der herrschende Faschismus empfindet Unsicherheit vor dem immer mehr reifenden tiefen Haß der Millionenmassen des deutschen Volkes. Darum spielen die jetzigen faschistischen Machthaber Deutschlands bei all ihrer Wut und Gemeinheit eine so klägliche Rolle vor der Größe ihres erhabenen revolutionären Gefangenen. Die Hoffnungen der Faschisten, durch die Verhaftung des Führers der KPD und durch Bestialitäten in den Konzentrationslagern an den vielen Kommunisten und Sozialdemokraten und anderen Antifaschisten den Marxismus zu vernichten, sind zuschanden geworden. Neue und immer neue Kräfte und neue Helden des Freiheitskampfes treten in die Reihen der aktiven Kämpfer und füllen immerfort die an der Front gerissenen Lücken . . .

Du, der wahre Internationalist und Vorkämpfer der Völkerverbrüderung, Du bist sicherlich von Entrüstung erfüllt, wenn Du siehst, wie die faschistischen Machthaber Deutschlands sich anschicken, das deutsche Volk, das sie ihrem Terrorregime unterworfen haben, in einen verbrecherischen Krieg unmittelbar gegen die Nachbarvölker, wie auch gegen das Land des Sozialismus, die Sowjetunion, zu stürzen. Du selbst hast bereits im Jahre 1932 die deutsche und französische Arbeiterklasse vor dieser Gefahr gewarnt, als Du in Paris am 15. Jahrestag der Großen Oktoberrevolution eine flammende Rede hieltest, die Du in dem Ruf ausklingen ließest: «Proletarier Deutschlands und Frankreichs, vereinigt euch!» Du kannst dessen gewiß sein, daß die Kommunistische Internationale nicht rasten noch ruhen wird, bis die Proletarier aller Länder sich zum siegreichen Kampf gegen die faschistischen Kriegsanstifter vereinigen werden.

Du, der Du das große sozialistische Sowjetland als feste Hochburg des Befreiungskampfes des internationalen Proletariats und des Bollwerkes des Weltfriedens so heiß und innig liebst, Du hast Anlaß genug – und wirst noch mehr Anlaß haben –, Dich über die gewaltigen Siege des Sowjetproletariats zu freuen, die dieses unter der Führung des großen Stalin erreicht hat und noch erreichen wird . . .

Es wächst die kampfesmutige Millionenarmee, die für Frieden, Freiheit und Sozialismus kämpft. Der Faschismus muß niedergeschlagen werden. Die Faschisten sind nur vorübergehende Herrscher. Die große Sache, der Du Dein Leben geweiht hast, wird siegen und triumphieren.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
Georgi Dimitroff

Aus dem Brief des Zentralkomitees der KPD an Ernst Thälmann vom April 1936

Teurer Genosse Ernst Thälmann!

Zu Deinem fünfzigsten Geburtstag senden wir im Namen der Kommunistischen Partei Deutschlands Dir, dem Führer des deutschen Proletariats, dem unbeugsamen Kämpfer gegen Krieg und Faschismus, flammenden bolschewistischen Gruß.

Mit uns grüßen Dich Millionen deutsche Arbeiter und Werktätige, die Du durch das Beispiel Deines unerschrockenen Kampfes für die Interessen der notleidenden Massen in Stadt und Land, durch Deine Standhaftigkeit vor den faschistischen Kerkermeistern in ihrem Widerstand gegen ein System der brutalsten Gewalt, der Rechtlosigkeit und Menschenvernichtung beseelst. Mit uns grüßen Dich an diesem Tage die Millionenmassen des internationalen Proletariats, alle Verfechter des Friedens, die sich mit dem deutschen Volke in seinem Kampf gegen die faschistischen Schürer des Weltbrandes aufs engste verbunden fühlen und denen Deine Person das Symbol des nach Freiheit und Frieden dürstenden geknechteten deutschen Volkes geworden ist . . .

In Deinem Geiste kämpfen wir gegen die verbrecherischen Kriegsprovokationen des Hitlerfaschismus, die das deutsche Volk in die Katastrophe zu treiben drohen und die Gefahr eines Weltgemetzels heraufbeschwören. In Deinem Geiste kämpfen wir mit unserer ganzen Kraft für die Verwirklichung der proletarischen Einheitsfront und der antifaschistischen Volksfront, für ein demokratisches Deutschland.

Es ist unser Gelöbnis zu Deinem fünfzigsten Geburtstag, daß wir die Weisungen, die uns der große antifaschistische Kämpfer Georgi Dimitroff gegeben hat, verwirklichen und alle Kräfte einsetzen werden, um den Boden Deutschlands von der Schmach des Faschismus zu säubern, durch die Vereinigung aller Hitlergegner das Äußerste zu tun, um die Entfachung eines Weltbrandes durch die faschistischen Verbrecher zu verhindern.

Mit Millionen und aber Millionen in der ganzen Welt wissen wir uns eins in dem festen Willen, Dich den Händen Deiner Peiniger, der faschistischen Todfeinde des werktätigen Volkes, zu entreißen. Jede Stunde Deiner Haft, die Dich mit neuen Mißhandlungen, die Dein Leben bedroht, ist für uns eine brennende Mahnung, das Gewissen der arbeitenden Menschheit noch leidenschaftlicher zu wecken für den großen internationalen Kampf um Deine und aller antifaschistischen Gefangenen Befreiung.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands
Wilhelm Pieck

Aus dem Brief von 6112 Kollektivbauern und Arbeitern des Rayon Thälmann auf der Krim an Ernst Thälmann vom April 1936

Geliebter Freund und Genosse Ernst Thälmann!

Zu Deinem 50. Geburtstag senden wir Kollektivbauern, Arbeiter und Werktätige aus dem deutschen Rayon Thälmann auf der Krim Dir, Genossen Thälmann, dem geliebten Führer des deutschen Proletariats, heiße Grüße und Glückwünsche! Mit großer Freude teilen wir Dir mit, daß in unserem Rayon, der Deinen Namen trägt, Deutsche, Ukrainer, Tataren, Armenier, Juden, Tschechen und Esten in brüderlicher Verbundenheit zusammenarbeiten. Eine Familie verschiedener Nationalitäten führt hier ein fröhliches, kulturvolles Leben in Wohlstand . . .

Unser glückliches Leben haben wir im Kampf gegen die Feinde der Arbeiterklasse errungen, und schlecht wird es denen gehen, die uns das Erkämpfte streitig machen wollen. Wir wissen gut, wie jetzt in Deutschland die Arbeiterklasse unter der Führung der heldenhaften Kommunistischen Partei gegen den bestialischen Hitlerfaschismus kämpft.

Genosse Thälmann, wir sind tief betrübt, daß Du Deinen 50. Geburtstag hinter Kerkermauern verleben mußt, in die Dich die grausa-

men Feinde des deutschen Volkes geworfen haben, weil Du das Volk tapfer und unermüdlich zum Kampf für den Sozialismus geführt hast.

Aber die Proletarier aller Länder, alle wahrhaft menschlich Denkenden fordern wie aus einem Munde: «Freiheit für Thälmann! Rot Front, Ernst Thälmann!»

Bericht des Kuriers Herbert vom 4. Mai 1936

Gen. Thälmann unverändert in Schutzhaft, ebenso hat sich in seiner Behandlung und Bewachung nichts geändert. An seinem Geburtstag hatte Rosa fast 2 Stunden Sprechzeit und die Erlaubnis, 3 Nelken mitzubringen. Seit dem 15. 4. lief sehr umfangreiche Post für Gen. Thälmann ein (am 15. über 300), vorwiegend Telegramme aus allen größeren Städten der Welt. Von den Berliner Betrieben Siemens, AEG, BVG, Schultheiß, Kabelwerk Vogel, Hydra-Nord, Krankenkasse Rungestr., Karstadt, Bolle, Leiser und Aschinger liefen Gratulationen in Moabit ein. Gen. Thälmann hat nur die Gratulationen seiner Angehörigen und Verwandten erhalten, während die übrige Post, nachdem sie in ein eigens für diesen Zweck angelegtes Eingangsbuch eingetragen wurde, gebündelt in besonderem Umschlag zu der Gestapo ging. Am 16. wurde von einem Moabiter Blumengeschäft durch Boten ein großer Strauß roter Rosen im Geschäftszimmer für Gen. Thälmann abgegeben mit der Anfrage des Blumenhändlers, ob die Ausführung dieses Auftrages gestattet ist. Der Bote wurde nach 4 Stunden, nachdem die Gestapo die Angaben überprüft hatte, wieder freigelassen. Am 17. lag noch ein großer Blumenstrauß mit einer Begleitkarte: «Das rote Berlin grüßt seinen Führer» im Geschäftszimmer. Wie letzterer dorthin kam, ist bis jetzt noch nicht bekannt, ebenso, ob Gen. Thälmann die Blumen erhalten hat. Am 15., 16. und 17. 4. waren drei Kriminalkommissare der Gestapo zur Nachtwache vor Thälmanns Zellentür abkommandiert, um sich vor Geburtstagsüberraschungen zu sichern.

Heinrich Mann

Der gefangene Ernst Thälmann ist sehr stark – viel stärker als seine Peiniger, die ihn verschwinden lassen möchten und es nicht wagen. Thälmann ist ein wirklicher Arbeiter mit Fäusten und einem gesunden Verstand. Der Feind, der ihn gefangenhält, stellt von allem das Gegenteil dar.

Johannes R. Becher

Er selbst ist seiner Freiheit beraubt und doch kämpft er am besten von uns allen für die Freiheit seines Volkes. Er kämpft für diese Freiheit dadurch, daß er in sich die ganze Stärke und Größe seiner Klasse aufgenommen hat und zum Ausdruck bringt. So ist er unüberwindlich geworden. Den Mann sie müssen lassen stahn. Wer nach Deutschland schaut, sucht einen festen Punkt, an dem er sich aufrichten kann: Da begegnet sein Blick vor allem dem des Genossen Thälmann. Sein Blick lenkt uns und führt uns dorthin, wo der namenlose Genosse wacht, in das Reich der illegalen Arbeit. So kehrt jeder von uns in seinen Gedanken immer wieder aus Deutschland zurück, von dem Manne gestärkt, der selbst seiner Freiheit beraubt ist, ein Gefangener hält uns aufrecht. Sein Vorbild führt uns zusammen, es ist die große, begeisternde, sammelnde Kraft, der sich jeder freiwillig unterordnet und einreiht, spürt doch jeder darin sich selbst wachsen, und den Tag der Freiheit, von dem er träumt, rascher näher rücken. Thälmann: Abbild der Kraft seiner Klasse und ihr Vorbild. Falsche Helden benötigen einen firnishaften Glanz, um Leuchtkraft vorzutäuschen, mit geschäftigem Ellenbogen drücken sich heroische Falschspieler posenhaft in den Vordergrund – der proletarische Held wirkt einfach, offen, selbstverständlich, er zieht das Vertrauen der Menschen auf sich, er wird zu ihrer Sicherheit und zu ihrem Hoffnungspunkt, wie unser geliebter Genosse Ernst Thälmann.

Brief von Lion Feuchtwanger an Ernst Thälmann vom April 1938

Verehrter Ernst Thälmann!

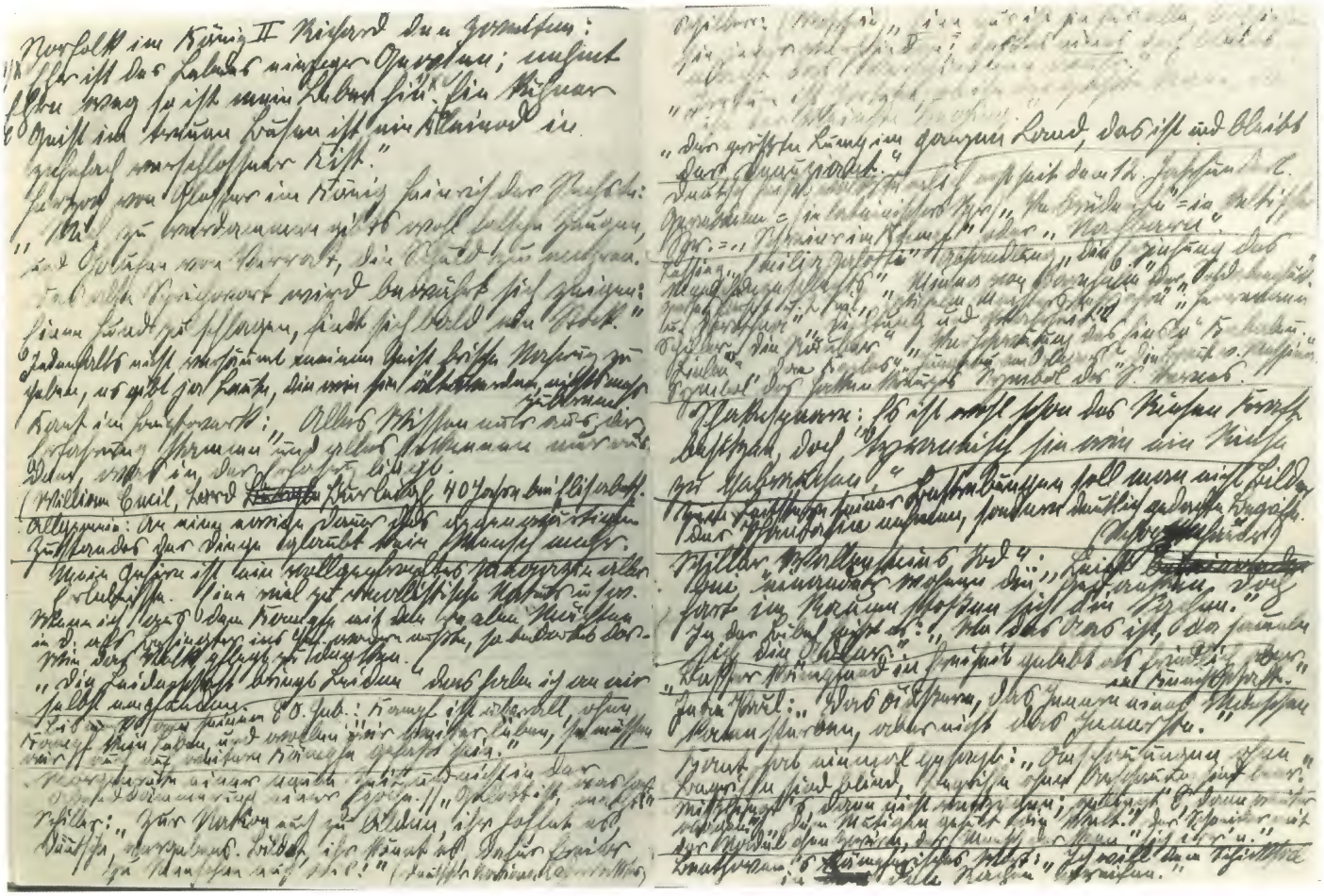
Bewegten Herzens sende ich Ihnen zu Ihrem zweiundfünfzigsten Geburtstag meine Grüße.

Viele Millionen denken heute an Sie, ergriffen, empört, hoffend, und Millionen Deutsche bedauern heißen Herzens, daß sie damals, da es noch Zeit war, nicht Sie gewählt haben. Jenseits der Empörung und des Mitgefühls aber ist die Zuversicht, daß Ihre Befreiung nur eine Frage der Zeit ist.

Ihr Lion Feuchtwanger

Gefängnisnotizen

Seiten aus den Notizheften, die von Ernst Thälmann im Gefängnis geführt wurden und von denen 34 überliefert sind



Ernst Thälmann im Hof des Untersuchungsgefängnisses Berlin-Moabit

Mit Thälmann verbunden

Ausweis Ernst Thälmanns als Mitglied des EKKI

Пролетарии всех стран, соединяйтесь!

Исполнительный Комитет Коммунистического Интернационала

МАНДАТ № 38.

Пред'явитель сего тов. Тельман Э.

является ЧЛЕНОМ ИСПОЛНИТЕЛЬНОГО КОМИТЕТА КОММУНИСТИЧЕСКОГО ИНТЕРНАЦИОНАЛА, избранным на VII Конгрессе Коминтерна.

Секретарь ИККИ

Выдан „ " 193 г.

VII. Kongreß der KI, 25. Juli – 20. August 1935. Im Präsidium (von links nach rechts) Klement Gottwald, Wilhelm Pieck, Raimond Guyot, Maurice Thorez, Earl Browder, Henri Barbusse und André Marty

Die vom VII. Kongreß gewählten Mitglieder des Sekretariats des EKKI (von links nach rechts, sitzend) André Marty, Georgi Dimitroff, Palmiro Togliatti, Wilhelm Florin und Wang Ming; (stehend) Meer Abramowitsch Moskwin, Otto Kuusinen, Dimitri Sacharowitsch Manuilski, Klement Gottwald und Wilhelm Pieck

Aus dem Protokoll der Brüsseler Parteikonferenz der KPD, 3.–15. Oktober 1935

St/Sa -51-

4. Parteikonferenz der KPD
3.X.1935

Genosse Pieck:

Genossen! Auch zu dieser Begrüssung habt Ihr durch Euren Beifall Eure Zustimmung gegeben. Das Wort hat die Genossin Lisbeth Schneider.

Genossin Lisbeth Schneider:

Genossen! Wir wollen unserem Ernst Thälmann von unserer vierten Parteikonferenz folgende Grüsse senden:

Teurer Genosse Thälmann!

Die vierte Parteikonferenz sendet Dir, dem Führer unserer Partei, im Namen aller Funktionäre, Parteimitglieder und antifaschistischen Kämpfer heisse brüderliche Grüsse. Wir gedenken Deiner mit revolutionärem Stolz und Liebe.

Deine bolschewistische Haltung vor dem faschistischen Klassenfeind, die Qual und Folterungen, denen Du durch die faschistischen Henkersknechte ausgesetzt bist, haben das Band zwischen Dir und uns noch enger geknüpft. Dein Name ist mit dem Heranwachsen der proletarischen Einheitsfront und der antifaschistischen Volksfront untrennbar verbunden. Durch das Vertrauen, das Du Dir an der Spitze unserer Partei und als Funktionär der Arbeiterbewegung im Kampf für die Interessen des werktätigen Volkes erworben hast, ist der Kampf für Deine Befreiung aus den Klauen der faschistischen Henker, die John Schehr, Fritz Schulze und August Lüttgens sowie viele andere gemeuchelt haben, zur Sache von Millionen Werktätiger und freiheitsliebender Menschen in der ganzen Welt geworden.

Unter Deiner Führung hat unsere Partei wichtige Etappen ihrer Bolschewisierung zurückgelegt. Unter Deiner Führung wurde die Partei erzogen zu unerschütterlicher Treue zur Kommunistischen Internationale, zur Kampfgemeinschaft mit der WKP/B, der Sozialistischen Sowjetunion und dem Genossen Stalin. Unter Deiner Führung wuchsen die heroischen Kader heran, die unter den Schlägen des Klassenfeindes die Partei umstellten auf ihre neuen Aufgaben unter der faschistischen Diktatur.

Der VII. Weltkongress hat unserer Partei die grosse Aufgabe der neuen taktischen Orientierung in ihrer revolutionären Massenarbeit gestellt. Deine Zähigkeit und Beharrlichkeit, Deine Fähigkeit die Massen zu verstehen und ihre Sprache zu sprechen, Dein unermüdliches Interesse für die Fragen aller Werktätigen Volksschichten sind uns Vorbild im Kampfe um die Schaffung der proletarischen Einheitsfront und der antifaschistischen Volksfront, deren Wege uns Genosse Dimitroff gewiesen hat.

Wir geloben Dir, alle Kraft darein zu setzen im Sinne des VII. Weltkongresses, dessen Ehrenpräsident Du als Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands gewesen bist, zu arbeiten und zu kämpfen. Die vierte Parteikonferenz grüsst Dich in bolschewistischer Verbundenheit, von dem Willen beseelt, mit den Waffen, die der VII. Weltkongress geschmiedet hat, zu kämpfen, die Massen in der proletarischen Einheitsfront und der antifaschistischen Volksfront zu sammeln gegen die faschistischen Volksfeinde und Dich und alle antifaschistischen Gefangenen den faschistischen Henkern zu entreissen.

Dich befreien, das heisst kämpfen unter den revolutionären Losungen des VII. Weltkongresses und der Kommunistischen Internationale.

In diesem Sinne senden wir Dir als dem Führer unserer Partei heisse revolutionäre Grüsse.

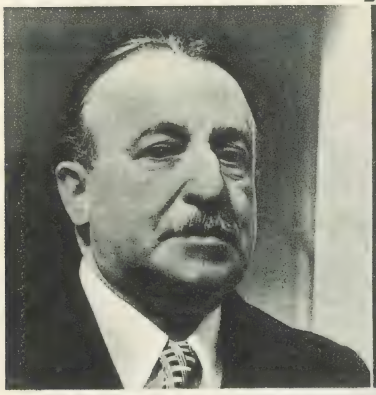
Vierte Parteikonferenz der KPD

(Die Delegierten erheben sich - minutenlanger Beifall!)

(Ein Delegierter ruft: Unserem Genossen Ernst Thälmann ein dreifaches Rot-Front)

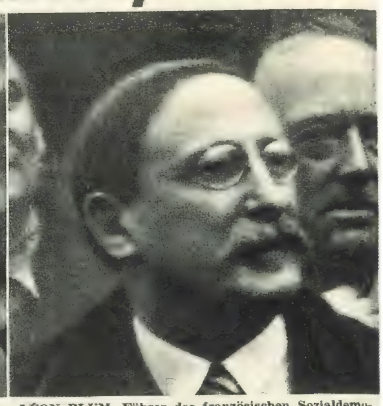
Stimmen international bekannter Persönlichkeiten für die Befreiung Ernst Thälmanns, veröffentlicht in der «AIZ» am 1. August 1935

Im Zeichen des Kampfes für Thälmann s
Kommunisten, Radikalsozialisten, Pazifiste



DE MORO-GIAFFERI, Abgeordneter der radikalsozialen Partei, berühmter pariser Anwalt: „Der Hitlerfaschismus ist die Barbarei. Alle Dimitroffs und Thälmanns kämpfen gegen sie. Wir haben Dimitroff befreit. Einzig und allein unsere Aktion wird Thälmann retten."

PIERRE COT, radikalsozialistischer Abgeordneter, (mehrfach Minister gewesen): „Weil Hitlerdeutschland die Kriegsgefahr ist, sind wir für alle, die in diesem Lande den Frieden vertreten, sind wir für Thälmann."



LÉON BLUM, Führer der französischen Sozialdemokratie, Abgeordneter: „Es besteht die Notwendigkeit alle Anstrengungen zu machen für die Befreiung der Häftlinge des Faschismus, für Thälmann, Mierendorf, Ossietzki!"

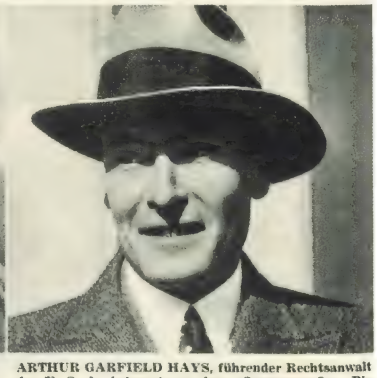
ROMAN ROLLAND, weltbekannter Dichter, Ehrenpräsident des Befreiungskomitees wie Gide: „Dem Mann in der Zelle von Moabit gelten die Gedanken der Friedensfreunde in der ganzen Welt. Seine Befreiung wird ein Sieg des Friedens über den Krieg, der Menschlichkeit über die Barbarei sein."

PROFESSOR LANGEVIN, Mitglied des „Institut de France", der höchsten wissenschaftlichen Institution Frankreichs, Ehrenpräsident des Befreiungskomitees: „Wir kämpfen und rufen auf zum Kampf für Thälmann, weil wir für Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit und gegen Hitlerbarberei sind."

HENRI BARBUSSE, Autor des ersten großen Kriegsbuches „Feuer", das ihn in der ganzen Welt bekannt machte: „Der Kampf für Thälmann ist der Kampf gemachte, Ehrenpräsident des Befreiungskomitees: „Der Kampf für Thälmann ist der Kampf gegen Faschismus und Krieg."

GEORGI DIMITROFF, der Held des Reichstagsbrandprozesses: „Kein Ausflugsauto, keine Reisegesellschaft, kein Austauschschüler oder Student aus Deutschland darf in ein anderes Land kommen, ohne daß sie von dort in der einen oder andern Form den starken Eindruck nach Hause nehmen: rings um Deutschland stehen Millionen hinter der Losung »Gebt Thälmann frei!«"

LORD MARLEY, Vizepräsident des britischen Oberhauses, Vorsitzender des Welthilfskomitees für die Opfer des Hitlerterrors: „Kampf für Thälmann ist Kampf für alle Opfer des Hitlerfaschismus und Kampf gegen den faschistischen blutigen Terror. Kampf für Thälmann ist Kampf für den Frieden!"

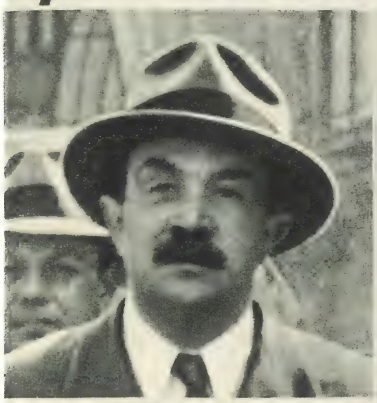


ARTHUR GARFIELD HAYS, führender Rechtsanwalt der U. S. A., bekannt aus dem »Gegenprozeß«: „Die einzige Möglichkeit, den Forderungen des Rechtsgefühls entsprechend dem Brauch in der ganzen Welt Genugtuung zu verschaffen, ist die Befreiung Thälmanns und aller andern, die auf Grund gleich unhaltbarer Vorwände gefangen gehalten werden!"

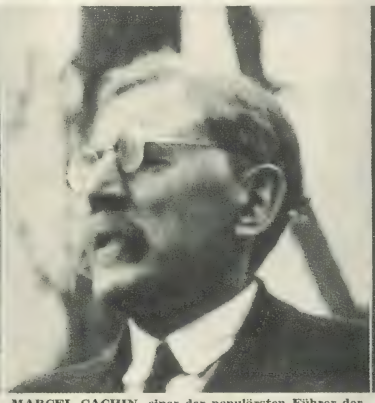
alle Kämpfer gegen den Krieg

488

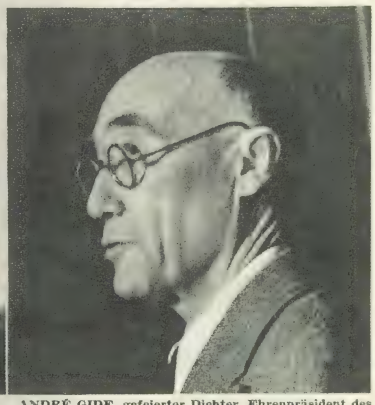
ammeln sich in allen Ländern Sozialisten, n, alle Großen der Kunst und Wissenschaft



GABRIEL CUDENET, Vorsitzender der „Radikalen Partei Camille Pelletan", Paris: „Für Thälmann, für alle Opfer des Faschismus muß die internationale Solidarität sich täglich machtvoller kundtun."



MARCEL CACHIN, einer der populärsten Führer der französischen Kommunisten: „Alle, die sich von dem Kampf für Thälmann ausschließen, werden zu unbewußten Verbündeten des Hitlerfaschismus."



ANDRÉ GIDE, gefeierter Dichter, Ehrenpräsident des »Internationalen Befreiungskomitees für Thälmann und alle eingekerkerten Antifaschisten«: Thälmann, das ist eine Fahne, die große, heilige Sache der Menschheit, die Idee!"

ANDRÉ MALRAUX, Träger des Goncourt-Preises, der höchsten literarischen Auszeichnung für 1934: „Zwei Jahre Kerker, zwei Jahre Kampf der Antifaschisten aller Länder haben Thälmann zum lebendigen Symbol der internationalen Solidarität gemacht." Malraux ist Vorsitzender des Thälmannskomitees.

CLARENCE DARROW, einer der Vorsitzenden des aus Amerikas besten Juristen bestehenden Ausschusses zur Untersuchung des Hitlerterrors: „Moral und Rechtsgefühl verlangen die Freilassung Thälmanns und der andern Gefangenen."

JEAN GUEHENNO, Herausgeber der Zeitschrift „Europe", bekannter bürgerlicher Schriftsteller: „Man muß Thälmann retten! Die sich seine Richter nennen, wissen sehr gut, daß sie nur seine Henker sind!"

KARIN MICHAELIS, neben Selma Lagerlöff berühmteste Dichterin Skandinaviens: „Wer ein Gewissen hat, muß für die Befreiung Ernst Thälmanns kämpfen. Die besten und größten Namen der Kunst, Wissenschaft und Literatur Dänemarks tun das bereits. Und ihre Kameraden allerwärts werden ihnen folgen."

MARTIN ANDERSEN NEXÖ, der „nordische Gorki", weltbekannter Romandichter: „Wir müssen uns unermüdlich um die Rettung Thälmanns und der andern Gefangenen bemühen, wir müssen uns an alle aufrechten Menschen wenden, in denen das Gefühl für Gerechtigkeit nicht gestorben ist. Die große Front, die für Dimitroff kämpfte, muß für Thälmann kämpfen!"

EGON ERWIN KISCH, Deutschlands größter Reporter: „Wo es sich darum handelt, dem erklärten Führer der revolutionären Arbeiterschaft Deutschlands zuerst die Ehre und dann den Kopf abzuschneiden, also »nur« um einen politischen Prozeß, werden sich auch hier die Humanisten, die Rechtsfreunde ... finden, um dem Nachrichter der Nazijustiz in die Arme zu fallen?"

und für Freiheit und Frieden!

Kämpft für Thälmann!
Kämpft für den Frieden!

Umschlagseite einer Broschüre des Internationalen Befreiungskomitees für Thälmann und alle eingekerkerten Antifaschisten, 1936

Von Ernst Thälmann angefertigte Abschrift des Beschlusses vom 1. November 1935 über die Aufhebung seiner Untersuchungshaft

Schreiben der Gestapo an Ernst Thälmann vom 1. November 1935

Sonderausgabe für die Befreiung Ernst Thälmanns

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Genosse! Leser! Wirb in deinem Freundes- und Bekanntenkreis ständige Leser für die „Rote Fahne"! Mache keine Aussagen, von wem Du diese Zeitung erhalten hast.

Reichsausgabe
Begründet von Karl Liebknecht u. Rosa Luxemburg

Genosse! Du sollst diese Zeitung nicht nur mit deinen Arbeitskollegen lesen, du sollst auch für sie schreiben. Gib deine Berichte an den dir bekannten Funktionär weiter!

1935 Preis 15 Pfg.

Thälmann kämpft für die Freiheit des Volkes!

Das Volk kämpft für die Freiheit Thälmanns!

Der Sohn des deutschen Volkes

Ernst Thälmann ist nicht in einem Baltenschloss zur Welt gekommen, wie Herr Rosenberg. Er stammt nicht aus Argentinien wie Herr Darré, der Deutschlands Bauern zur Verzweiflung bringt. Seine Heimat ist auch nicht Kairo in Ägypten, woher der Vizeführer Hess kam, um in Deutschland faulenzenderweise ein Riesengehalt zu verzehren. Wenn ausgerechnet die Herren Ausländer, die heute Deutschland im Namen des Kapitals regieren, von „Blut und Boden" reden — Ernst Thälmann hat das nicht nötig. Seine Herkunft, seine Erziehung und sein Lebensweg stempeln ihn zum Mann des Volkes und seinem Führer.

Das war eine bewegte Zeit, in die hinein Ernst Thälmann am 16. April 1886 geboren wurde. Sein Vater, ein Kleinhändler, gehört der jungen Arbeiterbewegung an, die trotz Verbots in Hamburg von Triumph zu Triumph schreitet und mitten im Sozialistengesetz den Arbeiterführer August Bebel in den Reichstag schickt, mögen die reichen Pfeffersäcke noch so sehr darüber schreien. Die eifrige Tätigkeit für die verbotene Partei bringt den Vater in Konflikt mit den Gesetzen. Seine Existenz, die Ernährung der Familie ist hart bedroht. Der junge Ernst muss schon als Schuljunge mit anpacken. Lange Zeit steht er mit den Eltern um 4 Uhr morgens auf und hilft im Geschäft, bis die Schule beginnt. So müde er dadurch oft beim Unterricht ist — Fleiss und Begabung setzen sich derart durch, dass die Lehrer raten, ihn auf die höhere Schule und das Lehrerseminar zu schicken. Nichts davon ist möglich, die Eltern können beim besten Willen das nötige Geld nicht ersparen. Gleich nach Beendigung der Schule muss er als Transportarbeiter seinen Verdienst für die Familie beisteuern.

Man nennt Hamburg das Tor Deutschlands. Im schäumenden Leben seines Welthafens, als Seemann, der andere Länder kennen lernt, im Laufe von Kursen, die er eifrig besucht, dringt Thälmann in die grossen sozialen Probleme ein, auf die er schon in seiner Jugend stiess. Die Nutzniessung des Landes durch eine lächerlich kleine Gruppe von Reichen, der unnatürliche Zustand, dass ein ganzes Volk für den Gewinn von Industriellen, Bankiers und Junkern schuften muss, will ihm nicht in den Kopf. Man muss das ändern! 1902 wird der 16jährige Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, 2 Jahre später Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Als er zum Militärdienst eingezogen wird, hat er es nicht leicht, da er sich mit ganzer Kraft den Monokelfritzen widersetzt und jene Eigenschaft entwickelt, die allemal das Kennzeichen uneigennütziger und wertvoller Menschen darstellt: die Solidarität. Sie lässt ihn für misshandelte Kameraden eintreten und macht ihn zum Feind des blinden gedankenlosen Gehorsams, den der Kapitalismus von seinem Kanonenfutter fordert.

Kriegsbeginn eingezogen worden. Es ist kein Wunder, dass die Militargewalten den Mann, der seine Meinung über die wirklichen Interessenten und Gewinnler des Krieges rund heraus sagte, in den vordersten Schützengraben der gefährlichsten Frontabschnitte schickten. Zweieinhalb Jahre wurde ihm jeder Urlaub abgeschlagen; statt dessen erlitt er für die Aufklärung der Kameraden militärische Strafen.

Wer ihn dadurch glaubte brechen zu können, täuschte sich. Aus dem Schützengraben heraus verstand er es, die Verbindung mit seinen Hamburger Arbeits- und Parteikameraden aufzunehmen, mit denen er 1917 den Beitritt zur eben gegründeten Unabhängigen Sozialdemokratie vollzieht. In die Heimat zurückgekehrt, spielte er eine ausserordentliche Rolle innerhalb der revolutionären Arbeiterschaft Hamburgs. Unter seiner Führung tritt 1920 die ganze Unabhängige Sozialdemokratische Partei Hamburgs zur Kommunistischen Partei Deutschlands über. Er, der von der Pike auf diente und alle die Zeit und Arbeit raubenden Ehrenämter vorbildlich ausfüllte, die Partei und Gewerkschaft zu vergeben haben, wächst in der KPD im Laufe der Jahre zum unbestrittenen Führer des revolutionären Flügels des deutschen Volkes. Wenn sich 1932 mehr als 6 Millionen deutscher Männer und Frauen zur Kommunistischen Partei bekannten, so kommt ihm ein Hauptverdienst daran zu.

Fast 50 Jahre ist Ernst Thälmann alt, 50 Jahre, von denen 34 in den bewussten Dienst für die Freiheit der Unterdrückten gestellt

Thälmann-Prozess - ein Prozess gegen Frieden und Freiheit!

Vor den Butterläden in Berlin und in andern Städten unseres Landes stehen Schlangen. Stundenlang und oft vergeblich warten die Frauen auf ein Viertelpfund Butter oder ein Halbespfund Margarine. Die Teuerung ist gestiegen und der Lohn gesunken. Die Bauern und Mittelständler sind um alle Versprechungen betrogen, die ihnen einst die Naziführer gaben.

Im Gefängnis in Moabit sitzt aber der Führer des deutschen werktätigen Volkes, fast drei Jahre gefangen gehalten von jener Regierung, die unser Volk in die heutige Teuerung und wachsende Not gestürzt hat. In einer engen Zelle, hinter vergitterten Fenstern und dicken Mauern ist unser Ernst Thälmann eingekerkert, der am 1. November 1932 den Nazi-Anhängern und SA-Leuten in einer Rede im Berliner Sportpalast zurief:

„Die Stunde wird kommen, wo Ihr erkennt, dass Ihr belogen und betrogen seid von Euren Führern!"

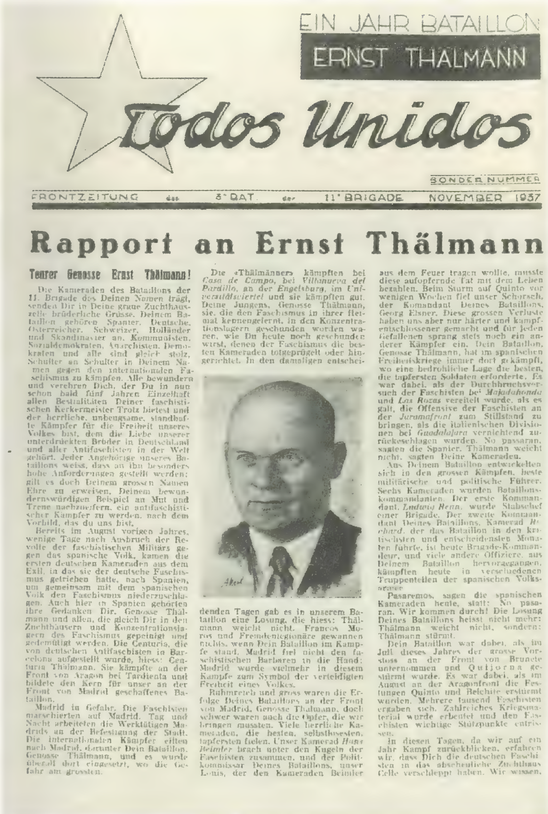
In den Schlangen vor den Butterläden flüstert eine Frau zur andern: „Thälmann hat es uns damals gesagt." Der Arbeiter, dem der Lohn gesenkt wird, denkt im Betrieb: „Thälmann wollte, dass wir gemeinsam kämpfen." Der Bauer, der sein Vieh abschlachten muss, erinnert sich: „Thälmann forderte im Bauern-Hilfsprogramm für uns billige Futtermittel." Millionen Menschen, die sich von der Hitlerregierung geknechtet und entrechtet fühlen, denken an Thälmann, dessen Name für sie eine Fahne der Freiheit ist. Weil das Volk Thälmann liebt, weil das Volk in Thälmann den Kämpfer gegen die kapitalistischen Volksausbeuter und die Kanonenkönige sieht, weil das Volk zu ihm als grossen Kämpfer für die Volksrechte und für den Frieden steht, — darum ist Thälmann eine Gefahr für das Hitlerregime! Darum sitzt Thälmann im Kerker. Darum wird gegen ihn ein Feldzug der Lüge und der Verleumdung von der Nazipresse geführt.

Wir sprechen aus, was heute schon grosse Massen des deutschen Volkes wissen, was aber die Millionenmassen im eigenen Lebensinteresse erkennen sollen:

Der Prozess gegen Ernst Thälmann ist ein Prozess gegen die Lebens- und Freiheitsrechte

Thälmann an die sozialdemokratischen Arbeiter

„Wir rufen die sozialdemokratischen Arbeiter auf, Schulter an Schulter mit uns zu kämpfen. Wir machen ihnen diesen Einheitsfrontvorschlag in ehrlicher und brüderlicher Absicht. Wir reichen ihnen aufrichtig und kameradschaft-



EIN JAHR BATAILLON ERNST THÄLMANN

Todos Unidos

SONDERNUMMER

FRONTZEITUNG des 8° BAT. der 11° BRIGADE NOVEMBER 1937

Rapport an Ernst Thälmann

Teurer Genosse Ernst Thälmann!

Die Kameraden des Bataillons der 11. Brigade das Deinen Namen trägt, senden Dir in Deine graue Zuchthauszelle brüderliche Grüsse. Deinem Bataillon gehören Spanier, Deutsche, Österreicher, Schweizer, Holländer und Skandinavier an. Kommunisten, Sozialdemokraten, Anarchisten, Demokraten und alle sind gleich stolz, Schulter an Schulter in Deinem Namen gegen den internationalen Faschismus zu kämpfen. Alle bewundern und verehren Dich, der Du in nun schon bald fünf Jahren Einzelhaft allen Bestialitäten Deiner faschistischen Kerkermeister Trotz bietest und der herrliche, unbeugsame, standhafte Kämpfer für die Freiheit unseres Volkes bist, dem die Liebe unserer unterdrückten Brüder in Deutschland und aller Antifaschisten in der Welt gehört. Jeder Angehörige unseres Bataillons weiss, dass an ihn besonders hohe Anforderungen gestellt werden: gilt es doch Deinem grossen Namen Ehre zu erweisen, Deinem bewundernswürdigen Beispiel an Mut und Treue nachzueifern, ein antifaschistischer Kämpfer zu werden, nach dem Vorbild, das du uns bist.

Bereits im August vorigen Jahres, wenige Tage nach Ausbruch der Revolte der faschistischen Militärs gegen das spanische Volk, kamen die ersten deutschen Kameraden aus dem Exil, in das sie der deutsche Faschismus getrieben hatte, nach Spanien, um gemeinsam mit dem spanischen Volk den Faschismus niederzuschlagen. Auch hier in Spanien gehörten ihre Gedanken Dir, Genosse Thälmann und allen, die gleich Dir in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern des Faschismus gepeinigt und gedemütigt werden. Die Centuria, die von deutschen Antifaschisten in Barcelona aufgestellt wurde, hiess: Centuria Thälmann. Sie kämpfte an der Front von Aragon bei Tardienta und bildete den Kern für unser an der Front von Madrid geschaffenes Bataillon.

Madrid in Gefahr. Die Faschisten marschierten auf Madrid. Tag und Nacht arbeiteten die Werktätigen Madrids an der Befestigung der Stadt. Die internationalen Kämpfer eilten nach Madrid, darunter Dein Bataillon, Genosse Thälmann, und es wurde überall dort eingesetzt, wo die Gefahr am grössten.

Die «Thälmänner» kämpften bei *Casa de Campo*, bei *Villanueva del Pardillo*, an der *Engelsburg*, im *Universitätsviertel* und sie kämpften gut. Deine Jungens, Genosse Thälmann, sie, die den Faschismus in ihrer Heimat kennengelernt, in den Konzentrationslagern geschunden worden waren, wie Du heute noch geschunden wirst, denen der Faschismus die besten Kameraden totgeprügelt oder hingerichtet. In den damaligen entscheidenden Tagen gab es in unserem Bataillon eine Losung, die hiess: Thälmann weicht nicht. Francos Moros und Fremdenlegionäre gewannen nichts, wenn Dein Bataillon im Kampfe stand. Madrid fiel nicht den faschistischen Barbaren in die Hand; Madrid wurde vielmehr in diesem Kampfe zum Symbol der verteidigten Freiheit eines Volkes.

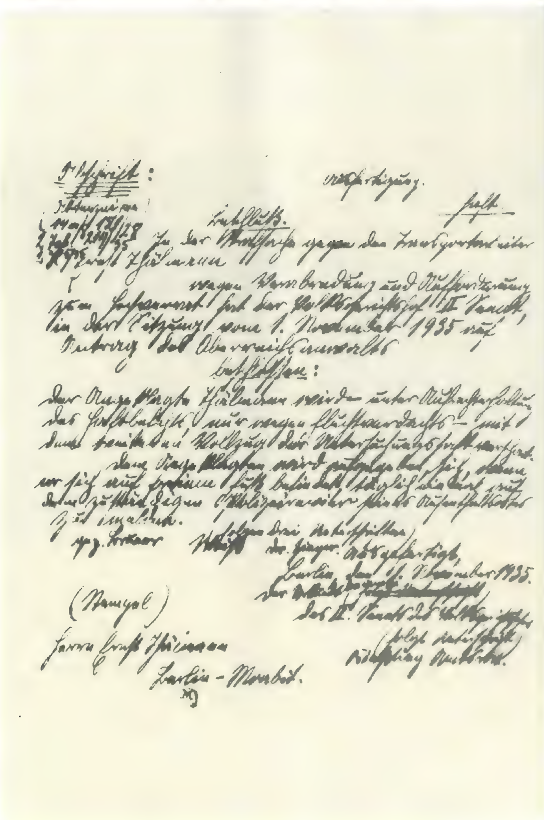
Ruhmreich und gross waren die Erfolge Deines Bataillons an der Front von Madrid, Genosse Thälmann, doch schwer waren auch die Opfer, die wir bringen mussten. Viele herrliche Kameraden, die besten, selbstlosesten, tapfersten fielen. Unser Kamerad *Hans Beimler* brach unter den Kugeln der Faschisten zusammen, und der Politkommissar Deines Bataillons, unser Louis, der den Kameraden Beimler aus dem Feuer tragen wollte, musste diese aufopfernde Tat mit dem Leben bezahlen. Beim Sturm auf Quinto vor wenigen Wochen fiel unser Schorsch, der Komandant Deines Bataillons, Georg Elsner. Diese grossen Verluste haben uns aber nur härter und kampfentschlossener gemacht und für jeden Gefallenen sprang stets noch ein anderer Kämpfer ein. Dein Bataillon, Genosse Thälmann, hat im spanischen Freiheitskriege immer dort gekämpft, wo eine bedrohliche Lage die besten, die tapfersten Soldaten erforderte. Es war dabei, als der Durchbruchsversuch der Faschisten bei *Majadahonda* und *Las Rozas* vereitelt wurde, als es galt, die Offensive der Faschisten an der *Juramafront* zum Stillstand zu bringen, als die italienischen Divisionen bei *Guadalajara* vernichtend zurückgeschlagen wurden. No passaran, sagten die Spanier. Thälmann weicht nicht, sagten Deine Kameraden.

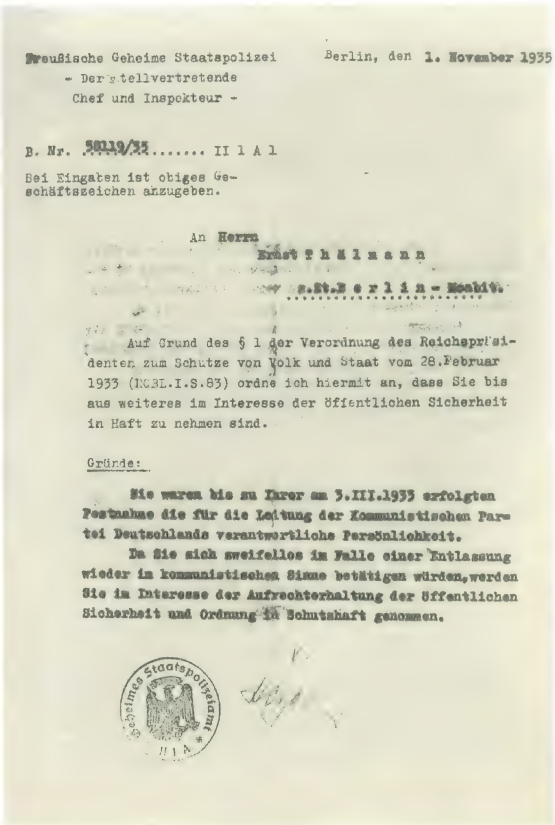
Aus Deinem Bataillon entwickelten sich in den grossen Kämpfen, beste militärische und politische Führer. Sechs Kameraden wurden Bataillonskommandanten. Der erste Kommandant, *Ludwig Renn*, wurde Stabschef einer Brigade. Der zweite Kommandant Deines Bataillons, Kamerad *Richard*, der das Bataillon in den kritischsten und entscheidendsten Monaten führte, ist heute Brigade-Kommandeur, und viele andere Offiziere, aus Deinem Bataillon hervorgegangen, kämpften heute in verschiedenen Truppenteilen der spanischen Volksarmee.

Pasaremos, sagen die spanischen Kameraden heute, statt: No pasaran. Wir kommen durch! Die Losung Deines Bataillons heisst nicht mehr: Thälmann weicht nicht, sondern: Thälmann stürmt.

Dein Bataillon war dabei, als im Juli dieses Jahres der grosse Vorstoss an der Front von Brunete unternommen und Quijorna gestürmt wurde. Es war dabei, als im August an der Aragonfront die Festungen Quinto und Belchite erstürmt wurden. Mehrere tausend Faschisten ergaben sich. Zahlreiches Kriegsmaterial wurde erbeutet und den Faschisten wichtige Stützpunkte entrissen.

In diesen Tagen, da wir auf ein Jahr Kampf zurückblicken, erfahren wir, dass Dich die deutschen Faschisten in das abscheuliche Zuchthaus Celle verschleppt haben. Wir wissen,





Preußische Geheime Staatspolizei
- Der stellvertretende
Chef und Inspekteur -

Berlin, den 1. November 1935

B. Nr. 58119/35....... II 1 A 1

Bei Eingaben ist obiges Geschäftszeichen anzugeben.

An Herrn
Ernst Thälmann
z.Zt. Berlin - Moabit.

Auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 (RGBL.I.S.83) ordne ich hiermit an, dass Sie bis aus weiteres im Interesse der öffentlichen Sicherheit in Haft zu nehmen sind.

Gründe:

Sie waren bis zu Ihrer am 3.III.1933 erfolgten Festnahme die für die Leitung der Kommunistischen Partei Deutschlands verantwortliche Persönlichkeit.

Da Sie sich zweifellos im Falle einer Entlassung wieder im kommunistischen Sinne betätigen würden, werden Sie im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Schutzhaft genommen.

Zum 50. Geburtstag

Therese und Wilhelm Florin (3. und 4. von links) zu Gast beim Thälmann-Bataillon der Roten Armee in Sluzk bei Minsk am 1. Mai 1936

Eintrittskarten für Veranstaltungen des EKKI und der KPdSU(B) in Moskau anläßlich des 50. Geburtstages von Ernst Thälmann

Пролетарии всех стран, соединяйтесь!

ВХОДНОЙ БИЛЕТ 0-22

На общее собрание работников ИККИ, посвященное 50-летию со дня рождения вождя коммунистической партии Германии

т. Эрнста ТЕЛЬМАНА

Собрание состоится в зале Комуниверситета нац. меньшинств Запада

Маросейка, Петроверигский пер., 10. Трамваи: 1, 3, 6, 21, 28, 48.

17 апреля 1936 г. в 8 часов вечера

Партком и Местком работников ИККИ

Тип. Международного Аграрного Института, ул. Коминтерна, 14. Зак. 1012.

Пролетарии всех стран, соединяйтесь!

ПРИГЛАСИТЕЛЬНЫЙ БИЛЕТ № 1226

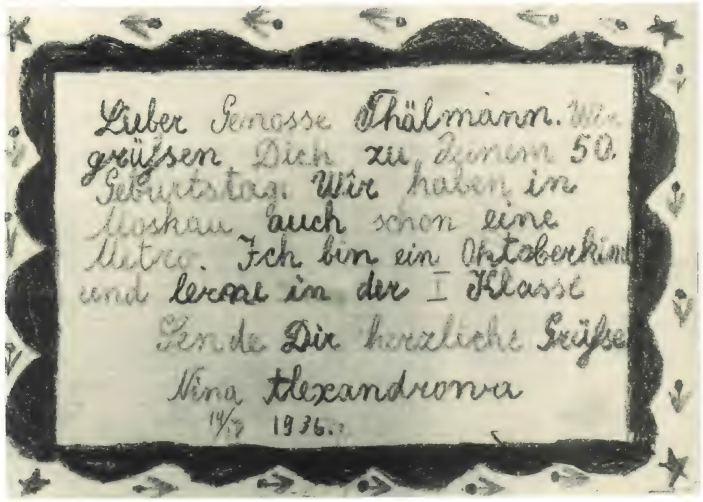
ТОВ. Фернберг-Пухаль

МК и МГК ВКП(б) ПРИГЛАШАЮТ ВАС НА ТОРЖЕСТВЕННОЕ СОБРАНИЕ, ПОСВЯЩЕННОЕ 50-ЛЕТИЮ СО ДНЯ РОЖДЕНИЯ тов. ЭРНСТА ТЕЛЬМАНА

СОБРАНИЕ СОСТОИТСЯ В ДОМЕ СОЮЗОВ 16 АПРЕЛЯ В 19 ЧАС.

Geburtstagsgrüße an Ernst Thälmann,
April 1936

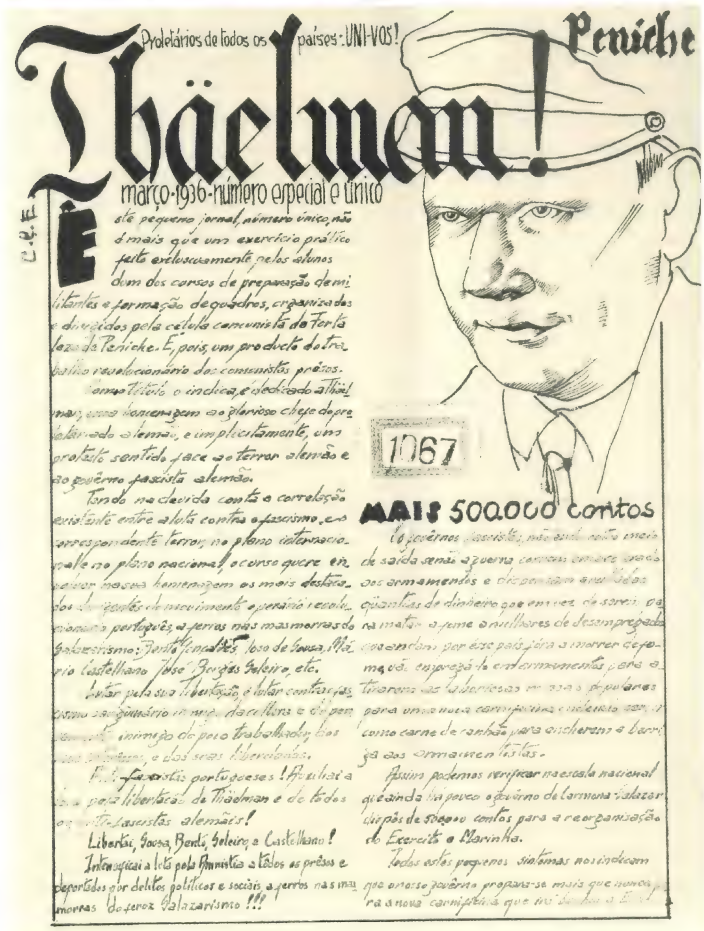
Gefängniszeitung portugiesischer
Kommunisten



Zürich d. 14. April 1936.

Lieber Genosse Thälmann,
wohl wissen wir nicht, ob dich die Grüsse der Millionen aus allen Ländern, denen du der Vorkämpfer für Freiheit, Menschenwürde und Frieden bist, erreichen werden,- aber was wir dir zu deinem Geburtstag geloben, das sei auch denen gesagt, die dir unsere Grüsse vorenthalten:
Jeder Tag deiner Gefangenschaft soll unsere Zahl vermehren, soll uns ernster und entschlossener machen. Die Sache, für die du kämpftest und heute leidest, geht vorwärts, sie ist nicht zu besiegen.
Wir grüssen dich in Dankbarkeit und Treue

einige Genossinnen in der Schweiz.



Der Sieg ist uns gewiß, so groß auch die Schwierigkeiten und Leiden des Weges sein mögen

Franz Dahlem

Erinnerung

Mehr als elf Jahre Einzelhaft – das war eine grausame, zermürbende Tortur, der Ernst Thälmann unterworfen wurde, was ihm Gewaltiges abverlangte, um es durchzustehen, ohne dem Leben selbst ein Ende zu bereiten. Doch auch diesen Triumph gönnte er seinen Peinigern nicht. Die Gründe für seine Unbeugsamkeit und die bis zum Schluß bewahrte geistige Spannkraft lagen vor allem in ihm selbst begründet, und es war nicht zuletzt die unerschütterliche Gewißheit um den Sieg unserer heiligen Sache, der Ideale des Kommunismus. Er wußte, daß das kostbarste Gut, die revolutionäre Partei des deutschen Proletariats, an deren Entstehung und Formung er in unserer Epoche so maßgeblichen Anteil besaß, nicht untergegangen war, sondern daß die Partei lebte, kämpfte und der Tag des Sieges kommen würde.

So besaß er in diesen langen Jahren des erzwungenen Einzelkampfes die ihn aufrecht haltende Gewißheit, Großes und Bleibendes in seinem Leben vollbracht zu haben. In einer solchen Lage bedeutet das viel, sehr viel, aber das Wissen, nicht allein zu stehen, sondern einer nach Millionen zählenden unbezwingbaren Armee – der kommunistischen Weltbewegung – anzugehören, die einem unverändert die Treue hält, ist ein vielleicht sogar noch stärkerer Kraftquell. Viele Kommunisten meiner Generation haben das selbst erfahren. Aus eigenem Erleben, wenn auch nicht in der gleichen Härte und vor allem mit einem glücklicheren Ausgang, kann ich das hier feststellen.

Vor allem in der Bestärkung dieser Gewißheit und dieses Wissens hat ihm die Partei in all diesen Jahren zu helfen versucht und geholfen, aber vor allem seine Rosa hat hierin mit der Kraft der liebenden Frau und Genossin Großes vollbracht. Auf diese Weise konnte Ernst Thälmann seine Standhaftigkeit, nicht nur aus dem Erinnern an Vergangenes, sondern zugleich aus dem Wissen um den aktuellen zähen Kampf der Partei und der gesamten revolutionären Weltbewegung schöpfend, stets erneuern. Diese lebendige Kenntnis gelangte zu Ernst Thälmann in die einsame Zelle trotz der dicken Kerkermauern, und auf dem gleichen Weg erfuhr die Partei seine Meinung, seine Anregungen und Hinweise zu wichtigen Fragen ihrer Politik.

Aus dem Memorandum über das Münchener Abkommen vom Oktober 1938

In Eile hier niedergeschrieben, übermittle ich Dir mein endgültiges Urteil über das Abkommen von München und seine weitere außenpolitische Entwicklung . . .

Das größte geschichtliche Drama und das fast Unglaubliche aber ist, daß es Hitler und Mussolini durch München zumindest bei ihren Völkern, aber darüber hinaus auch in beachtlichen Teilen der Völker Europas gelungen ist, als Friedensmacher und Friedensförderer neben Chamberlain und Daladier in Erscheinung zu treten und betrachtet zu werden, während die Sowjetunion und die Volksfront in Europa als die Kriegstreiber und Friedensstörer und den Krieg fördernde Faktoren hingestellt und angeprangert werden. Diese sofortige Propaganda der totalitären Staaten und anderer Kreise Europas hat zweifellos im Zusammenhang mit München Boden und stärkeren Anklang gefunden. In Deutschland ist diese Auffassung leider fast restlos vorhanden, aber auch in England und Frankreich, da durch das Zusammengehen mit Hitler und Mussolini in München keine genügende Abwehr gegen diese groteske Schamlosigkeit der Lüge vorhanden und zu verzeichnen gewesen ist, ausgeschlossen selbstverständlich die Freunde der Sowjetunion.

Zum Schluß noch einzelne bedeutende Merkmale, die mir im Rückblick auf München erwähnenswert erscheinen.

1. In der Weltöffentlichkeit wird es allgemein als ein schwerer Schlag gegen die Sowjetunion empfunden, daß man sie bedenkenlos bei den Münchener Verhandlungen völlig ausschalten und unbeachtet lassen konnte.

2. Diese Weltauffassung wurde noch verstärkt durch die Tatsache, daß der französisch-sowjetische Pakt entweder von Frankreich wenig oder gar nicht respektiert wurde oder aber an Wert und Bedeutung eingebüßt hat und herabgemindert wurde, während andererseits das freundschaftliche Verhältnis Hitlers zu Mussolini oder, besser angedeutet, das Bündnis zwischen Deutschland und Italien in der tschechischen Frage und Krise seine geschichtliche Mission vollauf erfolgreich bestanden hat.

3. Lord Halifax hat im englischen Oberhaus auf eine Anfrage hin u. a. erklärt, daß man dem Führer wie dem Duce nicht einfach zumuten konnte, von heute auf morgen mit einem Sowjetvertreter in einer Konferenz zu sitzen (3. Oktober).

Das trifft zwar den Kern der Sache, aber er hat darüber geschwiegen und wissentlich versäumt hinzuzufügen, daß Daladier trotz des gespannten Verhältnisses Frankreichs zu Deutschland und trotz des Bündnisses mit der Sowjetunion auch zum ersten Mal an den Verhandlungstisch mit Hitler gebracht wurde und ohne Vorbehalte ihm zugemutet wurde, das große Opfer (?) zu bringen, daß Frankreichs Bündnispartner, die Sowjetunion, bei den Verhandlungen nicht nur ausgeschaltet und umgangen wurde, sondern auch bei den entscheidenden Fragen unberücksichtigt blieb. Davon hat Daladier nichts geäußert. Aber um so selbstverständlicher war es, und es bedurfte keiner besonderen Erklärung, daß man Daladier außerdem noch zumutete, mit Mussolini sich plötzlich an einen Verhandlungstisch zu setzen, trotz überaus gespannter Beziehungen, die zwischen Frankreich und Italien bis dato bestanden.

4. Durch das Münchener Abkommen ist der geschichtliche Moment für Deutschland oder richtiger für Hitler gekommen, daß er noch aktiver als bisher sich bemühen wird, zu versuchen, die Sowjetunion aus dem Verhandlungsbereich der europäischen Angelegenheiten und der europäischen Politik auszustoßen. Diese unmittelbare Aufgabe hat sich Hitler jetzt gestellt. Bei der Konsequenz und Rücksichtslosigkeit, mit der Hitler solche Probleme anpackt, und bei der schwächlichen Haltung, die Frankreich und England bisher zeigten, ist es nicht ganz ausgeschlossen, daß dieses von ihm gesetzte Ziel zu einem gewissen Teil verwirklicht werden kann.

5. Der geschichtliche Wendepunkt in Europa, der durch das Abkommen in München erreicht wurde und mit seinen Folgen signalisiert wird, kann nur durch eine offensiv angelegte, realistische und bewegliche konsequente Außenpolitik der Sowjetunion begegnet, aufgehalten und eventuell in andere Bahnen gelenkt werden . . .

Die schwierigste und zugleich brennendste Frage im Bereich der Gesamtaufgabe des Kampfes gegen das Münchener Abkommen und seine Folgen ist gegenwärtig für die Sowjetunion und ihre Freunde die Propaganda und der Kampf für den Frieden.

Walter Trautzsch
Erinnerung

Im Sommer 1936 übertrug mir die Partei eine nicht alltägliche Aufgabe. Der Parteiauftrag lautete: Übernahme der Betreuung des eingekerkerten Führers der KPD, Ernst Thälmann. Es kam darauf an, daß Genosse Thälmann ständig die Nähe der Partei spürte, über die Politik der Partei informiert wurde und umgekehrt Einzelheiten über die Lage Ernst Thälmanns, über die Haftbedingungen, die Pläne und die Taktik der Faschisten zu erfahren.

Dieser Auftrag verlangte das Äußerste an Konspiration. Der Personenkreis, der davon wußte, mußte eng begrenzt bleiben. Mein Standort für diese Arbeit war Prag; ab Herbst 1936 wurde er nach Paris verlegt. Von hier aus bin ich in Abständen von 4 bis 6 Wochen zweieinhalb Jahre lang ins faschistische Deutschland gefahren, nach Berlin und Hamburg zu illegalen Treffs mit Genossin Rosa Thälmann . . .

In der Verbindung der Partei zu Ernst Thälmann fiel Genossin Rosa Thälmann die wichtigste Rolle zu, da der Hauptweg der politischen Informationen die mündliche Übermittlung sein mußte. Sie mußte es lernen, wichtige Hinweise und Nachrichten der Partei – trotz der Gestapo-Bewachung während der Sprechstunden – Ernst Thälmann auszurichten. Und da sich Ernst Thälmann auch nur verschleiert ausdrücken konnte, mußte sie die Fähigkeit entwickeln, den Kern seiner Bemerkungen zu verstehen, ihn zu behalten und nach jedem Besuch mir alles zu schildern. Ich traf mich mit Rosa nach fast jedem Besuch, manchmal auch vor und nach der Sprecherlaubnis. Rosa war reaktionsfähig und hatte ein gutes Gedächtnis; sicheres Auftreten war für sie charakteristisch. Politische Informationen und Mitteilungen der Partei nahm sie nicht passiv entgegen, etwa nur besorgt um eine genaue Wiedergabe, sondern reagierte auch mit Gegenfragen. Die Leidenschaft, mit der Ernst Thälmann im Kerker seine Überzeugung und den Inhalt seines Lebens verteidigte, blieb nicht ohne Einfluß auf ihr eigenes Verhalten. Sie hatte die Rolle, die ihr die Ereignisse in Deutschland zugewiesen hatten, verstanden.

Unsere Zusammenkünfte fanden fast ausnahmslos in der Umgebung von Hamburg statt, in Wedel, Blankenese, Ahrensburg, Bargteheide, vor allem entlang der Elbe und einmal auf dem Ohlsdorfer Friedhof. Ernst Thälmanns Tochter Irma war damals noch sehr jung. Doch für den Fall der Fälle mußten wir uns kennenlernen, mußte Irma eingeweiht und Vertraute ihrer Mutter werden. So vertrat Irma einmal ihre erkrankte Mutter beim Treff. Wie man Illegales mit Legalem verbindet, hatte sie schon bei ihrer Jugendweihe – sie war eine Demonstration für Thälmann – erlebt, als ungewöhnlich viele Blumengrüße von Bekannten und Unbekannten in die Tarpenbekstraße kamen. Es unterlag keinem Zweifel, daß sich Irma der Bedeutung ihrer Aufgabe voll bewußt war. Neben Materialien, die sie mitbrachte, erhielt ich Kenntnis von Schwierigkeiten, die ihr als Tochter Thälmanns in der Fortbildungsschule bereitet wurden. Als ich in Paris Walter Ulbricht darüber informierte, gab er auch in dieser Sache Ratschläge.

Sobald Rosa den Verlauf der Sprechstunde rekonstruiert hatte, sprachen wir jeden Punkt nochmals durch. Gefängnisbriefe brachte sie mit – solange Ernst Thälmanns Briefe ihr noch ausgehändigt wurden –; denn sie ahnte, daß die Gestapo sie ihr nicht für die Dauer überlassen würde. Ich las die Briefe mehrmals, um den Inhalt zu behalten.

Es gab solche, die ich auswendig lernte, längere, wo nur Stichworte helfen konnten. Es stellte sich heraus, daß auch ganz persönliche Briefe, genehmigt von der Zensur, der Gestapo mißfielen, da sie weder kleinlich noch klagend waren und die Standhaftigkeit Thälmanns widerspiegelten.

Mit seinen Notizen und Ausarbeitungen, die illegal aus dem Gefängnis kamen und direkt für die Partei bestimmt waren, wurde anders verfahren. Sie wurden wortgetreu, aber nicht in seiner Handschrift, transportiert. Es gab Dokumente, die sich bereits 48 Stunden nach dem Verlassen der Zelle in den Händen der Parteiführung in Paris oder Prag befanden.

Ich überbrachte Rosa Thälmann bei jedem Treff die Grüße des ZK der KPD und orientierte sie eingehend über die Politik der Partei.

Aus den Berichten des Kuriers Edwin (Walter Trautzsch)

Erster Treff mit Rosa.

Am 13. 8. [1936] nachmittags an verabredeter Stelle habe ich Herbert in Hamburg getroffen. Herbert teilte mir gleich mit, daß er Rosa in der Nähe in einem Café erwarte . . .

Mein erster Eindruck in den wenigen Minuten war der, daß Rosa eine Frau ist, die sich mit beiden Beinen auf der Erde befindet. Freies Auftreten, offenes Wesen, nicht ablehnendes, sondern zuneigendes Verhalten, woraus ich schließen konnte, daß sie vollkommen weiß, um was es geht, nämlich nicht um den Menschen, der jetzt vor ihr stand, sondern um die gemeinsame Sache.

Treff mit Rosa am 16. 12. 36.

Da mir zunächst keine andere Möglichkeit blieb, als den mit Rosa vereinbarten Ersatz-Treff zu benutzen, tat ich dies und war einige Minuten früher am Platz. Rosa war jedoch schon da, nun gab es verwunderte Fragen darüber, woran es gelegen habe, daß der letzte Treff nicht zustande gekommen war. Es stellte sich nun folgendes heraus. Rosa war wie immer zur Stelle gewesen, jedoch war sie diesmal nicht zur üblichen Zeit, sondern zwei Stunden früher gekommen. Das ist darauf zurückzuführen, daß wir damals einen neuen Ort besprochen hatten . . .

Rosa war der Meinung, ich hätte ruhig zu ihr in die Wohnung kommen und einen Zettel in den Kasten werfen sollen. Ich habe ihr klargemacht, daß ein solches überstürztes Handeln bestimmt unklug gewesen wäre und daß meine nächste Aufgabe war, über andere Wege zu versuchen, etwas zu erfahren, um dann besser vorbereitet die Verbindung mit ihr wiederherzustellen. Rosa sah ein, daß das sorgfältige Behandeln dieser Frage schon besser war als das unbedingte Draufgehen.

Aus der Unterhaltung mit Rosa über ihre Besuche geht klar hervor, daß sich wohl an der Gesamtlage nichts geändert hat, sie aber doch einige besondere Momente zeigt, die äußerst zu denken geben. Die Tatsache, daß man nun in der letzten Zeit dazu übergegangen ist, bei

den Besuchen jedesmal einen anderen Beamten beizugeben, scheint zur Methode zu werden. Auch diesmal ist ein neuer Beamter zugegen gewesen. Sein Name ist Kessner oder Kestner. Dieser Mann hat in ungeheuer provozierender Weise Fragen an Thälmann gestellt. «Ich schlage Ihnen vor, Sie machen eine Versammlung hier im Gefängnis und sprechen über den Nationalsozialismus. Sie sagen, daß Sie Ihre Weltanschauung abgelegt haben, daß der Marxismus eine Irrlehre sei, und fordern die anderen auf, das einzusehen und dem Kommunismus abzuschwören.»

Rosa sagt, Thälmann hat ihn bald mit seinen Blicken durchbohrt. Niemals werde ich das tun, hat Thälmann gesagt, und wenn Sie sonst etwas mit mir machen. Sie sehen doch, daß ich noch normal bin. Der Beamte hat durchblicken lassen, das sei ein Weg für ihn, um schnellstens in die Freiheit zu kommen.

Treff mit Rosa und Irma am 3. 2. 37.

Zu diesem Treff kamen beide etwas später. Die Ursache war, daß Rosa noch sehr krank war. Sie konnte nur ganz langsam laufen und fast gar nicht sprechen. Da Rosa in diesem Zustande unmöglich weiter laufen konnte und es außerdem stark regnete, sind wir gleich an Ort und Stelle in ein Lokal gegangen. Obwohl ich mich vorher etwas umgesehen hatte und festgestellt hatte, daß das Lokal fast leer war, trat dann aber doch ein starker Besuch ein, was für unsere Unterhaltung etwas ungemütlich war. Auf meinen Einwand, daß es doch besser gewesen wäre, sie wäre gar nicht gekommen, sagte Rosa, es geht schon. Die Tatsache, daß Rosa zu diesem Treff gekommen ist, zeigt deutlicher als alles andere, mit welchem Ernst und welcher Gewissenhaftigkeit Rosa ihre Aufgabe betrachtet.

Treff mit Rosa am 6. 5. 37.

Ich traf Rosa an bestimmter Stelle und Zeit. Diesmal hatte sie Irma wieder mitgebracht.

Rosa: Wir haben ja wieder ein Theater gehabt. Am Freitag, dem 30. 4., war die Gestapo wieder da und hat uns mitgeteilt, wir sollen auf die Wache kommen. Da bin ich mit Irma hingegangen. Dort waren zwei Mann am Schreibtisch, und der eine sagte: «So, hier ist ein Brief von Ihrem Mann an seine Tochter, Sie können ihn hier einsehen, im übrigen aber bleibt der Brief hier.»

Rosa darauf: Was ist denn das für eine Art und Weise, der Brief hat so für mich keinen Wert. Ich muß meine Briefe in aller Ruhe lesen, damit ich auch weiß, was er überhaupt schreibt; ich muß sie auch mehrmals lesen.

Beamter: Wenn Sie den Brief noch einmal lesen wollen, brauchen Sie nur auf die Wache zu kommen.

Während Irma den Brief las, sagte sie auf einmal zu Rosa, guck mal, Mama, dort an der Tür stehen drei Mann. An einem Ende des Zimmers, nicht gut sichtbar, standen drei Mann, die wahrscheinlich schon länger dort standen und uns beobachtet hatten. Als wir sie bemerkten, gingen sie hinaus. Ich habe sie gar nicht richtig gesehen.

Ich: Es ist gut, daß ihr es bemerkt habt. Das ist ungeheuer wichtig. Es beweist, daß die Gestapo sich jetzt viel stärker für den Fall interessiert. Sie hat jetzt nicht nur eine einmalige Aktion unternommen, indem sie den Brief beschlagnahmte, sondern beschreitet jetzt ganz neue Wege, um euer Leben und Bewegung zu kontrollieren. Diese drei Mann haben natürlich nicht aus Neugierde dort gestanden. Sie haben Auftrag gehabt, sich euer Aussehen einzuprägen. Diese drei Mann werden jetzt aufs neue in den Kreis der Maßnahmen gestellt, die die Gestapo in dieser Hinsicht durchzuführen gedenkt. Jetzt heißt es natürlich, um so wachsamer zu sein.

Rosa: Das haben wir auch gleich gedacht, ich bin jetzt auch viel mehr auf der Hut.

Ich: Und haben die Beamten noch etwas gesagt?

Rosa: Ja, der eine sagte noch, wenn ich es wünsche, dann könnte ich die Briefe auf unserer Wache einsehen. Dann haben Sie es nicht so weit.

Besuch am 30. 8. 37.

Ich traf Rosa pünktlich an verabredeter Stelle.

Edwin: Nun, wie geht es dir?

Rosa: Danke, gut.

Edwin: Wie waren denn die Besuche diesmal?

Rosa: Ich war am Dienstag in Berlin, aber ich habe ihn nicht getroffen. Man hat ihn von Berlin nach Hannover gebracht. Ich war ganz erschlagen, als ich das hörte. Ich will dir einmal der Reihe nach erzählen, wie es war. Wandschneider hat wie immer ein Schreiben nach Berlin gesandt, um die formelle Genehmigung für meinen Besuch zu erhalten. Es ist nun schon oft vorgekommen, daß diese Genehmigung erst dann eintraf, wenn ich schon in Berlin war. Ich warte also gar nicht ab, bis die Bestätigung eintrifft, denn sonst hätte ich ja schon oft den Besuch versäumen müssen. So war es auch diesmal; ohne die Besuchserlaubnis zu haben, bin ich weggefahren. Als ich nach Moabit komme, sagte der Beamte ganz erstaunt: «Ach, Sie sind es!»

Rosa: Wieso, Sie sind es, was soll denn das heißen?

Ohne Antwort übergab mir der Beamte ein Paket Wäsche von Thälmann, darunter auch ein Kopfkissen, das Thälmann nie abgegeben hat.

Rosa: Warum gibt er denn das Kopfkissen zurück?

Beamter: Ja, das ist nämlich so, diesmal ist es anders.

Rosa: Was heißt das, anders?

Beamter: Er ist nämlich nicht mehr hier . . .

Rosa: Nun blieb mir ja weiter nichts übrig, als nach der Prinz-Albrecht-Straße zu fahren. Ich habe mich dort gemeldet und wurde Oberregierungsrat Heller vorgeführt.

Oberregierungsrat Heller: Sie wünschen?

Rosa: Ich möchte wissen, wo Sie meinen Mann haben hinbringen lassen?

Oberregierungsrat Heller: Ihr Mann ist nach Hannover gekommen.

Rosa: Nach Hannover, warum haben Sie ihn dort hingebracht?

Oberregierungsrat Heller: Nun, wir sind der Meinung gewesen, daß es ihm gar nicht schadet, wenn er einmal Luftveränderung bekommt.

Rosa: Das glauben Sie ja selber nicht. Ob er hier sitzt oder dort, das ist ganz egal. Besser geht es ihm auf keinen Fall. Das ist nichts anderes als eine der vielen Maßnahmen, die Sie in der letzten Zeit gegen uns durchgeführt haben . . .

Das ist das, was ich mit Oberregierungsrat Heller besprochen habe. Es ist alles ganz geheim gegangen.

Dem Wandschneider hat man das erst mitgeteilt, als er um die Besuchserlaubnis nachgekommen ist. Das war also am Dienstag, nachdem ich schon weg war . . .

Edwin: Da scheint die Gestapo sehr großen Wert darauf zu legen, daß niemand erfährt, wo der gegenwärtige Aufenthalt von Thälmann ist. Hast du etwas erfahren, wie man ihn hingebracht hat?

Rosa: Nein, das weiß ich nicht, aber ich denke mir, daß sie ihn morgens zeitig fortgebracht haben. Es werden drei Autos gewesen sein. Das mit Thälmann in der Mitte, Thälmann neben dem Chauffeur und hinter ihm noch zwei Mann.

Edwin: Weshalb werden sie das ausgerechnet jetzt gemacht haben? Interessant ist hier wieder, daß auch Oberregierungsrat Heller es sich nicht hat verkneifen können . . ., die Bemerkung zu machen, ob die Briefe nicht fotografiert worden seien. Ich vermute deshalb, daß die Gestapo glaubt, daß sich in den letzten Jahren zweifellos gewisse Fäden gesponnen haben. Da die Gestapo aber keinen Anhaltspunkt hat und vollkommen im Finstern tappt, bringt sie ihn aus Sicherheitsgründen einfach an einen anderen Ort. Oder die Gestapo hat Anhaltspunkte und handelt entsprechend . . .

Rosa: Wie muß ihm bloß zumute gewesen sein an dem betreffenden Tag!

Edwin: An diesem Tag hat sich Thälmann in einer furchtbaren Gefahr befunden. Wir wollen hoffen, daß alles stimmt, was man dir in Berlin über den neuen Aufenthalt von Thälmann erzählt hat. Es ist ja ebenso möglich, daß alles Schwindel ist und die Gestapo versucht, Zeit zu gewinnen. Vielleicht ist die Gestapo nun auch dahinter gekommen, daß die Anwesenheit von Thälmann in Moabit, wo so viele unserer besten Genossen sitzen, für diese eine große moralische Stärke darstellt.

Besuch am 17. 2. 38.

Ich traf Rosa pünktlich zur festgesetzten Zeit an verabredeter Stelle. Rosa sah ganz gut aus, und ich fragte sie nach ihrer Gesundheit.

Rosa: Ach, es geht ganz gut, ich bin aber immer noch etwas schwach.

Edwin: Was sagt denn der Arzt?

Rosa: Der sagt eben immer dasselbe, ich müsse Ruhe haben, die Nerven seien sehr mitgenommen.

Edwin: Aber momentan fühlst du dich ganz gut?

Rosa: Ja, es geht schon.

Edwin: Wie geht es Thälmann? Hast du ihn allein gesprochen?

Rosa: Ja, beinahe zwei Stunden. Erst $1^1/_2$ Stunden, und dann habe ich dem Beamten gesagt, er soll noch etwas zugeben, so sind bald zwei Stunden daraus geworden . . .

Edwin: Hat dir Irma alles gesagt, was ich ihr aufgegeben habe für den Besuch?

Rosa: Ja, ich habe Thälmann das auch gesagt.

Edwin: Was hast du ihm denn gesagt?

Rosa: Ich habe ihm gesagt das von dem Kampf, der um ihn, Niemöller und Rossaint geführt wird. Dann das von Dimitroff und daß er einen Vorstoß unternehmen und seine Entlassung beantragen soll . . .

Edwin: Ich habe dir ein Buch mitgebracht, das ich hier gekauft habe. Beim nächsten Besuch nimmst du ihm das mit und sagst ihm, er solle das unbedingt lesen (Es handelt sich um einen Roman von Romain Rolland, «Johann Christophs Jugend». Dieses Buch habe ich zufällig in einer großen Buchhandlung entdeckt.). Wenn man dich fragen sollte, wo du das her hast, dann sagst du, du hast es vor längerer Zeit in Berlin gekauft.

Besuch am 27. 10. 38.

Wir trafen uns zur festgesetzten Zeit an bestimmter Stelle.

Edwin: Nun, wie geht es?

Rosa: Danke, ganz gut . . . Thälmann hat mir eine Denkschrift über das Münchener Abkommen mitgegeben. Mir war natürlich klar, daß euch das sehr interessieren müßte. Ich habe nun mehrmals mit Irma darüber gesprochen, was ich wohl mache, ob ich euch schreibe oder nicht. Schließlich habe ich dann geschrieben.

Edwin: Das ist vollkommen richtig. Du hättest sofort schreiben können . . . Wie hat dir denn Thälmann das gegeben, das interessiert mich jetzt ganz besonders.

Rosa: Der Besuch war diesmal hinausgeschoben wegen Kriegsgefahr. Sollte noch viel später sein. Besuch war wie sonst mit Staatsanwalt und Vogt am Tisch und Thälmann mir gegenüber. Ernst stieß mich mit dem Bein an, und ich merkte, daß er mir etwas geben wollte. Er gab mir seine Hand unter dem Tisch. In dem Moment fragte mich Vogt, ob ich die Plumppfeife bekommen hätte. Ich sagte ja, öffnete meine Handtasche und zeigte die Pfeife dem Staatsanwalt und Vogt. Bei dieser Gelegenheit habe ich die Denkschrift in die Tasche getan. Es hat selbstverständlich niemand etwas gemerkt.

Edwin: Das wird sich Thälmann wohl lange überlegt haben, ehe er das gemacht hat. Denn schließlich genügte doch nur eine geringe Aufmerksamkeit der beiden anderen, um das zu bemerken.

Besuch am 22. und 23. 12. 38.

Da mein Zug mit $7^1/_2$ Stunden Verspätung eintraf, obwohl ich mich infolge der Meldungen über die Verspätungen vorgesehen hatte und meine Abfahrt bereits einen halben Tag früher als gewöhnlich festgesetzt hatte, fand ich Rosa nicht mehr vor. Es war nun wichtig, sofort einen Weg zu finden, um an sie heranzukommen, da sie ja bereits 14 Tage vorher eine Karte geschrieben hatte und demzufolge schon mehrmals vergeblich gewartet haben mußte.

Ich entschloß mich, A. aufzusuchen, um über sie Verbindung zu bekommen. Leider war sie nicht aufzufinden. Hier scheint ein Irrtum vorzuliegen. Da Adreßbücher nicht zu haben waren, gab ich meine Bemühungen in dieser Richtung auf und entschied, unter irgendeinem Vorwand bei Rosa selbst vorzudringen. Es war inzwischen schon spät geworden, und gegen $^1/_2$ 7 Uhr bin ich nach mehrmaliger vorheriger Sicherung in das Haus gegangen. Ich hatte kaum geläutet, als auch schon geöffnet wurde und Irma erschien . . .

Rosa: Wo warst du denn die ganze Zeit und heute?

Ich: Heute ging es nicht anders, ich habe $7^1/_2$ Stunden Verspätung gehabt.

Rosa: Ach so, das glaube ich, das habe ich in der Zeitung gelesen. Habt ihr meine Karte bekommen?

Ich: Ja, das ist in Ordnung . . . Was ist los?

Rosa: Nun, ich habe wieder etwas bekommen. Hier ist es. Was machen wir denn damit? Das beste ist, du setzt dich gleich her und arbeitest.

Ich: Das ist ausgeschlossen! Ich muß sofort hier wieder heraus. Du weißt ja nicht, wer im nächsten Moment zur Tür hereinkommt . . .

Um 9 Uhr abends habe ich dann Rosa wieder getroffen. Ein Lokal in der Nähe gemeinsam aufzusuchen kam nicht in Frage. Ebensowenig in der inneren Stadt. Trotz des starken Schneetreibens entschieden wir uns, durch die Straßen zu laufen und dabei die für die Reise notwendigen Fragen zu besprechen.

Ich: Betreffs des Vorschlages kannst du sagen, daß wir das jetzt erst in die Hände bekommen haben. Worauf es morgen aber ankommt, das ist, daß du versuchen mußt, Ernst auf irgendeine Weise einige politische Punkte mitzuteilen. Er muß wissen, daß wir sein Schreiben erhalten haben. Er muß auch wissen, wie wir darüber denken. Das mußt du versuchen, ihm in der Form von ein paar kurzen Sätzen zu sagen. Du mußt dir das gut merken. Wenn du ihm das nahebringen kannst, dann ist er über die Stellung der Partei vollkommen informiert.

Ich habe Rosa diese Punkte mehrmals in den verschiedensten Formen unterbreitet.

Ich: Als erstes sagst du: Brief erhalten, mit der Linie einverstanden.

2. mußt du ihm sagen, München war Verrat und Tschechoslowakei ist geopfert worden, um Hitler aus der Klemme zu helfen.

3. Dimitroff sagt, damit sich das nicht wiederholt, muß der Kampf um die Änderung der Politik in den demokratischen Ländern geführt werden.

4. das deutsche Volk hat aus München die Lehre gezogen, Hitler ist der Krieg.

5. unsere Politik war richtig und geht weiter.

6. nach München sehen wir ein Ausrichten und Neukonstituieren der Partei.

Auf diese 6 Punkte kommt es an. Wenn du das übermitteln kannst, dann wird er genau wissen, was die Partei denkt, und das ist es, was er braucht . . .

Nachdem wir vereinbart hatten, uns am nächsten Tag zu treffen, auch im Fall von Verspätung, haben wir uns getrennt. Ich hatte die Absicht, noch etwas zu schreiben, doch erwies sich das als schlecht und ungünstig. Am nächsten Tag versuchte ich es mehrmals an verschiedenen Stellen, was jedoch immer unpassend war. So wartete ich auf Rosa, die schließlich mit vier Stunden Verspätung von der Reise zu Thälmann zurückkam . . .

Ich: Nun, ist alles gut gegangen?

Rosa: Ja, ich habe alles abgeben können.

Ich: Wie hat dir Ernst das vorletzte Papier gegeben?

Rosa: Wieder so wie das vorige Mal. Aber da hat er einen Schreck bekommen. Er hat nämlich geglaubt, die hätten etwas gemerkt. Als ich es in der Hand hatte, fragte mich der Staatsanwalt etwas, und in diesem Moment glaubte er, der Staatsanwalt hätte etwas gesehen.

Ich: Es ist auch allerhand, was er hier riskiert. Natürlich muß er am besten wissen, wie weit man gehen kann. Hast du sagen können, was wir besprochen haben?

Rosa: Ja, ich habe alles gesagt, es herrscht auch Einverständnis.

Aus dem Memorandum zum sowjetisch-deutschen Nichtangriffsvertrag vom 7. November 1940

An der Überheblichkeit, Unentschlossenheit und Unehrlichkeit der englischen Regierung scheiterte das Zusammengehen der Sowjetunion mit England und Frankreich, und damit war für die Sowjetunion eine neue Lage gegeben . . . Bei dieser kurz vor Ausbruch des Krieges keineswegs günstigen außenpolitischen Lage, in der sich die Sowjetunion durch Englands Haltung befand, wurde dann die Basis für den Abschluß des sowjetrussischen-deutschen Nichtangriffspaktes gefunden. In erster Linie trifft also die englische Regierung die Schuld, wenn die Sowjetregierung sich so entschied und entscheiden mußte . . .

Während der verflossenen Kriegszeit gelang es der Sowjetregierung, ihre außenpolitischen Positionen zum Nutzen der Sowjetunion wesentlich zu verbessern und zu festigen. Die Einhaltung ihrer außenpolitischen Grundlinie wurde erleichtert, die Neutralität wurde aufrechterhalten und, was nicht ohne Bedeutung ist, sie hat verhindert, daß die Sowjetunion als bedeutende Großmacht in eine isolierte Stellung hineinmanövriert und getrieben wurde, wie es zum Beispiel mit den USA heute der Fall ist.

Irma Thälmann
Erinnerung

Die Besuche bei Vater in Moabit und auch in Hannover waren immer sehr aufregend; nicht nur für Mutter und mich, sondern besonders für meinen Vater. Die Gestapobeamten Heller, Suffenplan und Opitz, die unseren Unterhaltungen beiwohnten – es waren neben dem Gefängnisdirektor stets noch Gestapobeamte anwesend –, machten ständig provokatorische Bemerkungen und forderten Vater zu politischer Stellungnahme heraus.

Als die Faschisten in Österreich eingefallen waren, sprachen sie von der «herrlichen Befreiung» der Österreicher, die «heim ins Reich» kehrten. Vater antwortete ihnen: «Ihr werdet sie noch mehr knechten, so, wie ihr das ganze deutsche Volk knechtet. Jedes demokratische Recht und Gefühl tretet ihr mit Füßen, ihr macht Raubzüge für den deutschen Kapitalismus, ihr wollt die Balkanvölker, die Tschechoslowakei und Österreich vor euren Kriegskarren spannen.»

Suffenplan erwiderte darauf: «Kommt ja gar nicht in Frage. Wir wollen keinen Krieg. Unser Führer ist für den Frieden und den Sozialismus.» Vater lachte spöttisch: «Sozialismus ist Frieden – nicht Krieg. Der Sozialismus läßt nicht zu, daß man gegen den Willen der Völker in andere Länder einfällt, daß man die um die Freiheit ihrer Nation kämpfenden Menschen ins Konzentrationslager sperrt, daß man Massen von Menschen hinrichtet. Ist das Freiheit? Ist das Sozialismus?» Vater wies an unzähligen Beispielen die Kriegsvorbereitungen der deutschen Faschisten nach.

Beim nächsten Besuch ging es sofort wieder los. Vater empfing die Gestapoleute schon ironisch: «Na, was habe ich gesagt? Jetzt seid ihr auch schon in die Tschechoslowakei eingefallen!» Die Diskussionen waren meistens sehr heftig, und ich hatte ständig Furcht um Vater.

Wenn wir nach einem Besuch längere Zeit keine Nachricht von ihm bekamen, wachten Mutter und ich oft nachts auf und unterhielten uns leise über diese ständigen Auseinandersetzungen. Wir hatten große Sorge um Vaters Leben.

Nach dem Einmarsch der faschistischen Armee in Polen waren die Gefängnisbeamten sehr begeistert. Vater erklärte ihnen: «Polen ist nur das Trittbrett zum Einfall in die Sowjetunion!» Auf ihre Bemerkungen, daß Vater offenbar eine ganz andere Auffassung hätte als die Russen selber, sagte er ihnen: «Ich kenne eure Pläne, aber das Sowjetvolk läßt sich nicht täuschen!»

Bei meinem ersten Besuch nach dem faschistischen Überfall auf die Sowjetunion sagte der Gestapomann Heller: «Wir führen einen

Blitzkrieg gegen die Russen. In wenigen Tagen sind wir in Moskau. Da werden auch Sie endlich an die berechtigte Vorherrschaft unseres arischen Volkes glauben. Mit Stalin ist es aus!»

Vater entgegnete: «Stalin bricht Hitler das Genick!»

Die Gestapoleute lachten darüber. Vater aber fuhr fort: «Die faschistischen Armeen werden in der Sowjetunion ihr Ende finden. Die sowjetischen Menschen haben ihr Land im Jahre 1917 befreit, sie haben es reich gemacht. Kein Kind in der Sowjetunion, keine Frau, kein Bauer und kein Arbeiter würde leben wollen, wenn in ihrem Lande Kapitalisten und Gutsherren – und die Hitlerfaschisten sich breitmachten. Das ganze sowjetische Volk wird kämpfen, bis das Sowjetland frei ist.» Vater sagte ihnen weiter: «Euer Blitzkrieg endet in der Sowjetunion mit eurer völligen Vernichtung. Ihr wäret nicht so überheblich, wenn ihr die sowjetischen Arbeiter kennen würdet, wenn ihr wüßtet, wie ein Volk lebt, das vom Kapitalismus und seinen Lakaien befreit ist. Das Sowjetvolk, jeder Mensch in der Sowjetunion hat viel zu verlieren; denn das ganze Land gehört dem Volke. Die Menschen sind frei und reich, der Wille des Volkes herrscht.

Was hat dagegen das deutsche Volk? Zuchthäuser und Konzentrationslager. Ein paar Kriegsgewinnler beherrschen unser Volk.»

Ein Wort gab immer das andere. Ich zitterte bei dieser Auseinandersetzung, aber ich war glücklich, wenn wieder so eine schlagfertige Antwort meines Vaters kam. Das begeisterte und beschwingte mich. Ich war sehr stolz auf ihn und habe diese Hitlerlakaien unsagbar verachtet . . .

Das Gefängnis in Bautzen mit dem Direktor, Regierungsrat Plischke, war weit schlimmer als das in Hannover. Plischkes erstes Wort war: «Wo waren Sie so lange, Sie sollten bereits vor vier Tagen hier eintreffen. Die Gestapo sucht Sie überall, wo haben Sie sich aufgehalten?»

Ich erklärte: «Ich war nur bei meinen Verwandten und habe für Vater etwas zu essen geholt!» Nun begann die Kofferkontrolle. Nichts blieb ununtersucht. Der Beamte riß die Wäsche auseinander und behandelte die so liebevoll geschenkten Lebensmittel so, daß in mir die Wut hochstieg.

Endlich war ich bei Vater. Wir standen uns zuerst eine Sekunde stumm gegenüber, dann freuten wir uns von ganzem Herzen, daß wir noch lebten und uns sahen.

In der Zwischenzeit hatte Vater in Hannover viel durchgemacht. Bei einem Fliegerangriff war das Gefängnis bombardiert worden. Vater erzählte, daß in seiner Zelle über 60 Grad Hitze geherrscht hatten. Seine Sorge um die Gefangenen war sehr groß. Er sagte: «Die Frauen schrien nach ihren Kindern. Ich war hilflos und unglücklich. Ich vergesse diese Nacht nie. Unschuldige Frauen und Kinder sterben in diesem Krieg, in einem Krieg, der für die Interessen des internationalen Kapitals geführt wird. Irma, dieser Krieg ist eine Barbarei, alle Menschen müßten den Krieg hassen!»

Jeden Tag hatten im Gefängnishof die Beamten Luftschutz- und Feuerwehrübungen gemacht – doch als es darauf ankam, sich einzusetzen, da haben sie sich selbst in Sicherheit gebracht, und die Gefangenen blieben wie die wilden Tiere eingesperrt und rüttelten an den Gitterstäben, die heiß wie Feuer waren. Kein Wasser zum Trinken gab es, keine Hilfe. «Ich fragte den Oberregierungsrat Suffenplan», so erzählte mein Vater weiter, «‹sagen Sie mir, ob Sie dies alles mit Ihrem Gewissen vereinbaren können. Warum schließen Sie nicht auf?› ‹Ich habe keine Anweisung dazu›, war die Antwort.»

Vater sagte zu mir: «Irma, diese Menschen haben kein Verantwortungsbewußtsein, sie brauchen auch nicht mehr zu denken, sie lassen sich auf Befehl selber morden.»

Der diensthabende Beamte wollte Vater unterbrechen, aber Vater war in einer solchen Stimmung, daß ihn nichts davon abhielt, auch dem anwesenden Beamten seine Meinung zu sagen.

«Und dieser Eroberungskrieg wird mit der Vernichtung des faschistischen Systems enden!» Das waren seine Worte.

Aus der Antwort auf Briefe eines Mithäftlings von Anfang 1944

Mein Leben und Wirken kannte und kennt nur eines: Für das schaffende deutsche Volk meinen Geist und mein Wissen, meine Erfahrungen und meine Tatkraft, ja mein Ganzes, die Persönlichkeit zum Besten der deutschen Zukunft für den siegreichen sozialistischen Freiheitskampf im neuen Völkerfrühling der deutschen Nation einzusetzen! . . .

Wird man mich so ohne weiteres aus der Kerkerverbannung wieder in die große, unruhige Welt zurückkehren lassen? Nein! Freiwillig ganz bestimmt nicht. Es besteht sogar die Wahrscheinlichkeit, so grausam und so hart es ist, es hier auszusprechen, daß bei einem für Deutschland gefahrvollen Vordringen der Sowjetarmeen und im Zusammenhang mit der damit verbundenen Verschlechterung der Gesamtkriegslage das nationalsozialistische Regime alles tun wird, um die Persönlichkeit Thälmann schachmatt zu setzen. Das Hitlerregime wird in einer solchen Situation nicht davor zurückschrecken, Thälmann vorzeitig beiseite bzw. fortzuschaffen oder aber für immer zu erledigen. Nur eine geschichtlich notwendige Selbsthilfe kann hier eine andere Lösung und Entscheidung bringen, die sich dann zugunsten der revolutionären Bewegung vollzieht . . .

Die Geschichte unseres Lebens ist hart, deshalb fordert sie ganze Charaktermenschen. Du, ich und alle Mitkämpfer für unsere großen Ideale, sie alle müssen glaubensstark, glaubensfest, glaubenskämpferisch und glaubenszukunftssicher sein. Denn Soldat der Revolution sein heißt: Unverbrüchliche Treue zum Glauben halten, eine Treue, die sich im Leben und Sterben bewährt, heißt unbedingte Verläßlichkeit, Zuversicht, Kampfesmut und Tatkraft in allen Situationen zeigen. Die Flamme, die uns umgibt, die unsere Herzen durchglüht, die unseren Geist erhellt, wird uns wie ein Leuchtfeuer auf den Kampfgefilden unseres Lebens begleiten!

Aus dem Protokoll über das Verhör des Kriegsgefangenen Gefreiten Walter Lesser, 1934–1942 Gefängnisaufseher in Bautzen, vom 22. März 1944

Als ich in die Zelle trat, habe ich am Gesicht sofort gesehen, daß am Tisch wirklich Ernst Thälmann sitzt. Trotzdem fragte ich ihn, ob er Ernst Thälmann, der Führer der KPD, sei. Er antwortete lächelnd: «Ja, dieser Ernst Thälmann bin ich.» Darauf sagte ich zu ihm, daß ich aus Brest in Frankreich, wo sich mein Truppenteil befindet, auf Urlaub gekommen bin, daß ich bis zur Einberufung in diesem Gefängnis gearbeitet habe und, nachdem ich Kenntnis von seiner Anwesenheit im Gefängnis erhielt, beschlossen hätte, ihn zu fragen, was er

über den Krieg gegen Rußland und von der Lage Deutschlands denke. Thälmann erwiderte in einem Ton, der keinen Widerspruch zuließ, daß der Krieg mit Rußland ein Riesenfehler Hitlers sei. «Deutschland», sagte Thälmann, «kann Rußland niemals besiegen, weil das russische Volk nach einer mehr als zwanzigjährigen Erziehung unter der Leitung der Bolschewiki sich niemals unterwerfen wird.» Und Rußland sei im ganzen stärker als Deutschland. An einer Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland sei in erster Linie das deutsche Volk interessiert. Das Gespräch dauerte ungefähr vier bis fünf Minuten und ging nicht über andere Fragen. Ich konnte nicht länger in der Zelle bleiben, denn der Aufseher Schleute konnte jede Minute zurückkommen, und dann hätte es große Unannehmlichkeiten gegeben.

Aus dem Protokoll der Anhörung des polnischen Bürgers Zbigniew Fuks nach 1947

Vernehmer: Sie gehörten also im Sommer 1944 zu dem Arbeitskommando Krematorium?

Fuks: Ja.

Vernehmer: Erinnern Sie sich an ein besonderes Vorkommnis, das sich im August ereignete?

Fuks: Am 17. August 1944 wurde der deutsche Kommunist Thälmann im Krematorium von der SS erschossen.

Vernehmer: Wie kommt es, daß Sie sich so genau an dieses Datum erinnern?

Fuks: Ich hab am 14. August Namenstag . . ., und genau drei Tage nachher passierte es.

Vernehmer: Was passierte? Vielleicht berichten Sie uns das im Zusammenhang.

Fuks: An dem Abend wurden wir, im Gegenteil zu sonst, schon sehr früh eingeschlossen in unserer Unterkunft, die am Krematorium war. Wir merkten . . .

Vernehmer: Wer ist das «wir»?

Fuks: Wir vier Leichenträger . . . Der Kapo Müller und der Heizer schliefen im Nebenraum.

Vernehmer: Also was merkten Sie?

Fuks: Daß irgend etwas im Krematorium vor sich ging . . . Nach einer ganzen Weile hörte ich kurz hintereinander drei Schüsse . . . Nach dem Hall nahm ich an, daß sie nebenan im Krematorium abgegeben waren . . . Unmittelbar danach fiel ein vierter Schuß; dann blieb alles still . . .

Vernehmer: Was geschah nun weiter, Herr Fuks?

Fuks: In dieser Nacht nichts mehr. Am folgenden Tag bekamen wir vom Kapo Müller den Befehl, einen der vier Öfen, der, wie man sehen konnte, in der Nacht benutzt worden war, zu säubern und auch den Fußboden des ganzen Raums zu fegen und zu wischen. Wir fragten ihn, was denn in der Nacht geschehen sei. Er sagte darauf, daß in der Nacht der Kommunistenführer Thälmann gebracht worden sei, den die SS erschossen habe und seine Leiche anschließend sofort verbrannt hätte . . . Wir sollten aber die Schnau . . ., den Mund halten darüber, sonst ginge es uns schlecht! Beim Rausnehmen der Asche fand ich eine verbrannte Metallhülle . . . Ich glaube, es war von einer Taschenuhr . . . Der Kapo nahm mir es sofort weg . . . Wir bemerkten auch an der Wand, wo das Fenster war, daß an zwei Stellen der Putz abgesplittert war, was, ich glaube, Einschußstellen waren.

Robert Siewert
Erinnerung

Als die «Thüringer Gauzeitung» nach dem Fliegerangriff auf die Deutschen Ausrüstungswerke und die Gustloff-Werke, die räumlich unmittelbar dem KZ Buchenwald angeschlossen waren, die Nachricht veröffentlichte, daß Ernst Thälmann und Rudi Breitscheid Opfer des Fliegerangriffs geworden seien, löste diese Nachricht im Lager eine gewaltige Diskussion aus. Es gab damals kaum einen im Lager, der diesen Schwindel glaubte. Es gab nur eine Meinung: Ernst Thälmann ist von den SS-Banditen ermordet worden!

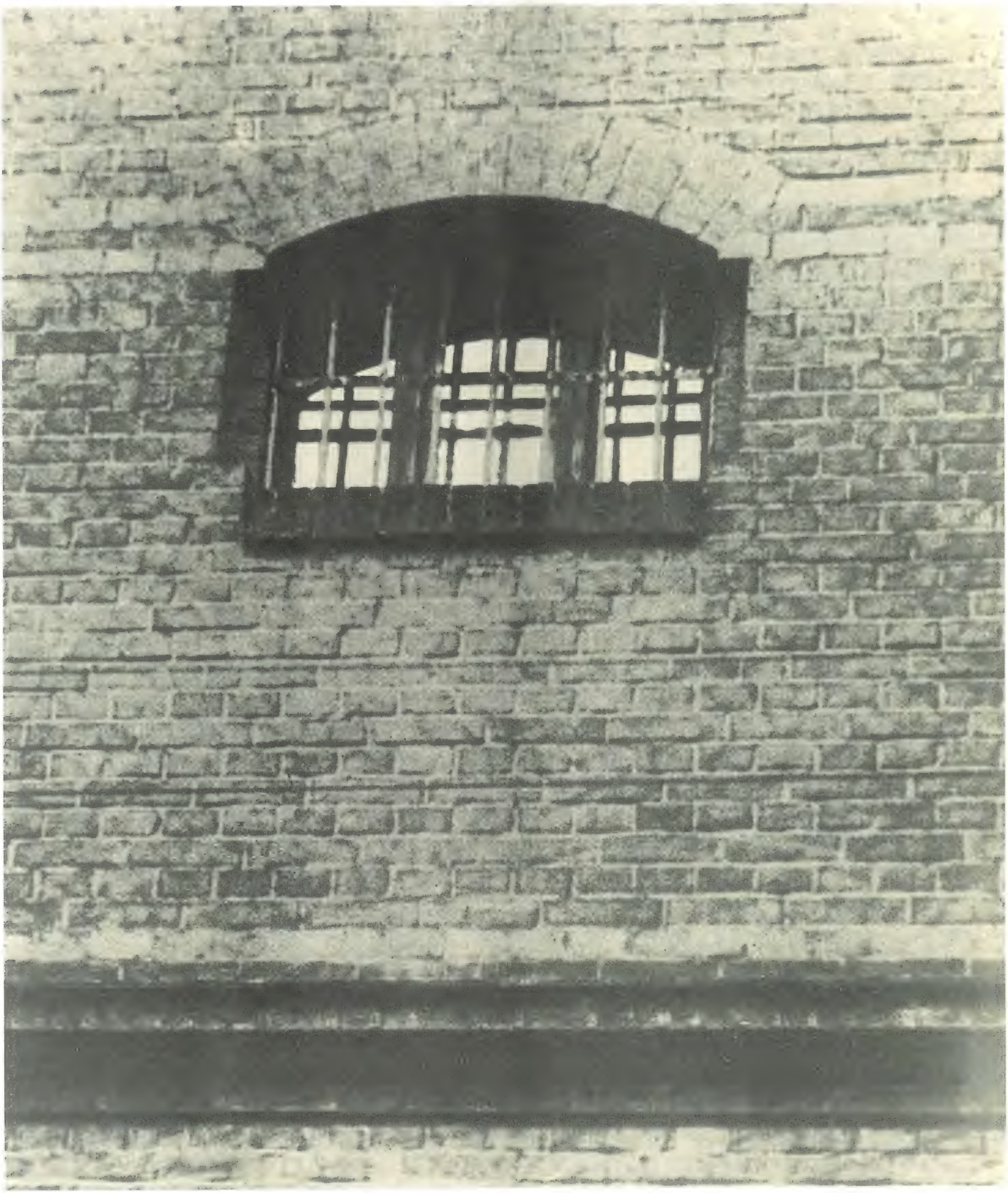
Diese Ansicht stützte sich auf unsere Erfahrungen mit der SS und auf die Tatsache, daß Ernst Thälmann bisher von keinem Häftling im Lager gesehen worden war. Wäre Ernst Thälmann vor seiner Ermordung als Häftling in Buchenwald gewesen, so hätten wir mit ihm ebenso Verbindung aufnehmen können wie mit Rudi Breitscheid. Trotz aller Versuche der SS, bestimmte Häftlinge zu isolieren, haben wir immer Mittel und Wege gefunden, an sie heranzukommen . . . Die Meldung war der Anlaß, daß die Kameraden der Effektenkammer beschlossen, des ermordeten Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands in einer Trauerfeier zu gedenken. Die Kellerräume der Desinfektion wurden von den Kameraden der Effektenkammer und der Desinfektion in vorbildlicher Weise ausgestaltet. Der Raum war mit rotem und schwarzem Stoff geschmückt, aus der Gärtnerei des Lagers hatten wir Blumen und Lorbeerbäume herangeschafft. Im Vordergrund des Raumes war ein großes, mit rotem und schwarzem Stoff eingefaßtes Thälmann-Bild angebracht. Rechts und links vom Bild waren Pylonen aufgestellt, und der in den blechernen Schalen liegende Hartspiritus wurde bei der Eröffnung der Feier angezündet. Es war die einzige Beleuchtung, die jedoch dem Raum ein besonders feierliches Gepräge gab.

Jede illegale Gruppe hatte die Teilnehmer auszuwählen, damit kein Unberufener von der Durchführung der Feier Kenntnis erhielt.

Die Feier wurde von dem Kameraden Willi Bleicher eröffnet. Ein Geiger spielte den russischen Trauermarsch, und die anwesenden Kameraden summten die Melodie leise mit.

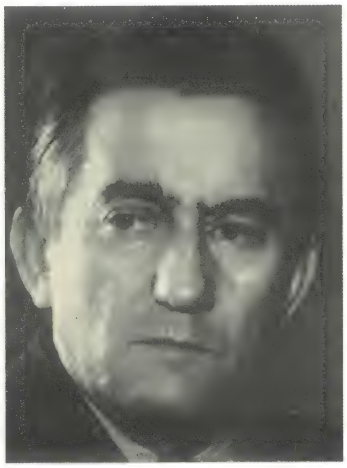
Karl Schnog wirkte bei der künstlerischen Ausgestaltung mit. Ich hielt die Gedächtnisrede, schilderte das Leben von Ernst Thälmann, seinen heldenmütigen Kampf gegen die faschistische Terrorherrschaft, umriß die Situation, in der wir uns befanden, und sprach über die Aufgaben, die uns bevorstanden. Im Mittelpunkt meiner Rede stand Lenins bekannte Stellungnahme bei der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes im Oktober 1917.

Nach der Rede wurde die Warschawianka gesungen. Mit geballter Faust verharrten wir minutenlang in tiefem Schweigen. Geschützt wurde diese Veranstaltung durch den Lagerschutz. Diesen Kameraden ist es zu danken, daß die Thälmann-Feier ohne Störung durchgeführt werden konnte.



Für den Kameraden Thälmann

Antifaschisten fordern vor dem deutschen Konsulat in Chicago die Freilassung Ernst Thälmanns, April 1941



Franz Dahlem. Er war ab 1938 im Zentralkomitee der KPD für die Verbindung mit Ernst Thälmann verantwortlich

Walter Trautzsch, einer der Thälmann-Kuriere

Grüße algerischer Kommunisten

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

Düsseldorf, den 28. April 1939.
Prinz-Georg-Str. 98
Fernsprecher: Nr. 36391

B.-Nr. II A 3 / 798/39.

An
die Geheime Staatspolizei,
Geheimes Staatspolizeiamt,

Berlin SW 11

Betrifft: Glückwünsche für Ernst Thälmann.
Vorgang: RS-Erlass vom 20.3.1939 - Nue - 57429 -II A 4 - Zimmer 326-
M - 531/36 g
Anlage: 1 Umschlag, enthaltend 253 Karten.

Als Anlage überreiche ich 253 Glückwunschkarten, die anlässlich des Geburtstages Ernst Thälmanns an verschiedenen Stellen im Stapobereich Düsseldorf erfasst wurden.

Bei dem Bahnpostamt 15 in Oberhausen wurden 243 Karten erfasst, die in Holland zur Post gegeben wurden. Vermutlich sind diese Karten von ein und derselben Stelle abgesandt wo[illegible]n.

Dem "Roheisenverband GmbH. in Essen", den "Vereinigten Stahlwerken AG. in Düsseldorf" und der "Deu[illegible] in Duisburg wurden ebenfalls je eine Karte mit dem Bildnis Thälmanns zugesandt. Den Karten lag ein weisser Zettel mit dem handschriftlichen Vermek "Es lebe die KPD! Es lebe Sowjetdeutschland. Rotfront!" bei. In Duisburg wurden von der Postüberwachung 7 Karten abgegeben, die von der Bahnpost im Zuge Emmerich-Frankfurt/M. erfasst worden waren.

Im Auftrage:

Mostaganem le 9 mai 1939

Parti communiste d'Algérie
Séction de Mostaganem
Cellule n°3 Maurice Thorez

A notre camarade ERNEST THAELMANN
STRAFANSTALT HANNOVER
ALLEMAGNE

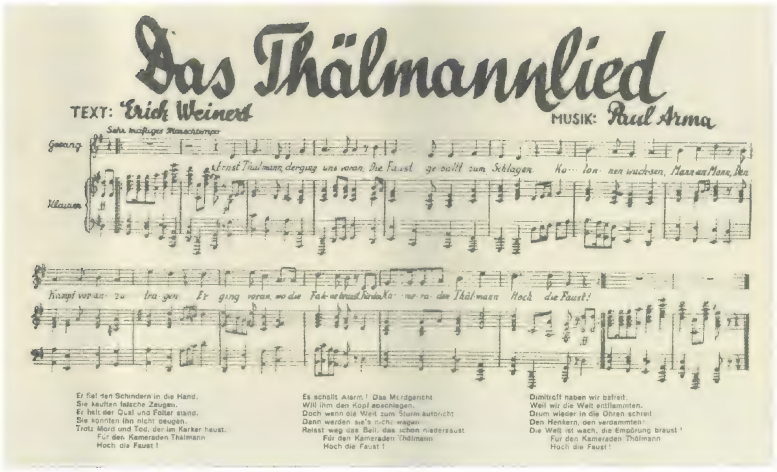
Camarade ERNEST THAELMANN

Les membres de la cellule n°3 Maurice Thorez Demandent, à l'occasion du 53 ième anniversaire de leur grand camarade ERNEST THAELMANN, le glorieux chef du prolétariat d'Allemagne, victime de la repression fasciste, la libération pure et simple de ce grand lutteur, et l'assurentde leur appui moral, et de leur entier dévouement.

Lui adressent leur salut Révolutionnaire

Pour le bureau de la cellule

Berichte der Gestapo vom 30. August 1937 und 25. April 1938



Das Thälmannlied

TEXT: Erich Weinert

MUSIK: Paul Arma

Sehr kraftiger Marschtempo

Gesang

Klavier

Ernst Thalmann, dergung uns voran, Die Faust ge ballt zum Schlagen ko lon nen wuchsen, Mann an Mann, Ihn

hinauf voran zu tra gen Er ging voran, wo die Fak-ne trug Kolonne um Kolonne dem Thälmann Hoch die Faust!

Er fiel den Schindern in die Hand.
Sie hauten falsche Zeugen.
Er hatt der Qual und Folter stand.
Sie konnten ihn nicht beugen.
Trotz Mord und Tod, der im Kerker haust.
Für den Kameraden Thälmann
Hoch die Faust!

Es schallt Alarm! Das Mordgesicht
Will ihm den Kopf abschlagen.
Doch wenn die Welt zum Sturm aufbricht
Dann werden sie's nicht wagen.
Reisst weg das Beil, das schon niedersaust
Für den Kameraden Thälmann
Hoch die Faust!

Dimitroff haben wir befreit.
Weil wir die Welt entflammten.
Dann wieder in die Ohren schrei
Den Henkern, den verdammten:
Die Welt ist wach, die Empörung braust!
Für den Kameraden Thälmann
Hoch die Faust!

II A 4 Berlin, 30. Aug. 1937

1.) Im April 1936 ging ein an Ernst T h ä l m a n n gerichteter Brief ein, auf dem als Absender vermerkt waren:
"E. Weinert u.Paul Arma, 10, rue N.D. de Lorette Paris 9e France."
In dem Brief befandensich eine Visitenkarte "Paul Arma,Compositeur und drei vier Thälmann-Lieder, Text von Erich Weinert, Musik von Paul Arma. Ein Thälmann-Lied in deutscher Sprache heißt: "Ernst Thälmann, der ging xxx uns voran, die Faust geballt zum Schlagen". Die drei anderen Lieder haben einen Text in französischer Sprache.

2.) Hauptvorgang ist zu den Pers.Akten Paul A r m a genommen.

3.) Gleiches Hinweisblatt ist gefertigt für Pers.Akten Erich W e i n e r t und Ernst T h ä l m a n n .

4.) ~~II F 1~~ zur Auswertung

5.) II F 2 zu den Pers.Akten des Ernst [illegible]

I.A.

Geheime Staatspolizei -
Geheimes Staatspolizeiamt.
B.-Nr. 531/36 g - II A 1 -

Berlin, den 25. April 1938.

1.) Miss Isabel B r o w n , 86 Highbury New Park, London N. 5 wohnhaft hat für den Schutzhäftling " M a n n " ein Paket, enthaltend 1 Stück Butter, 2 Büchsen Sardinen, 1 Wurst. Bei der Absenderin B r o w n handelt es sich um eine bekannte Kommunistin, die dem Exekutivkomitee der kommunistischen Partei Englands angehört und sich schon wiederholt äusserst aktiv in Wort und Schrift für die politischen Gefangenen im Reiche eingesetzt hat. Eine Aushändigung des Paketes kommt daher nicht in Frage. Der Inhalt des Päckchens wird aus staatspolizeilichen Gründen eingezogen und der NSV zur Ausgabe an bedürftige Volksgenossen gegen Quittung übergeben.

2.) Wvl. bei II A 1.

Im Auftrage :

Bl.-

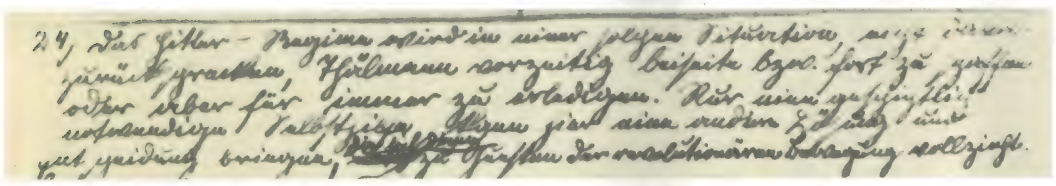
Die faschistischen Armeen werden in der Sowjetunion ihr Ende finden

Hitlerdeutschland überfällt die Sowjetunion am 22. Juni 1941

Traditionelle Militärparade in Moskau zum Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution am 7. November 1941. Die Parade wurde vom Obersten Befehlshaber Jossif Wissarionowitsch Stalin abgenommen

Im Zuchthaus Bautzen

Zuchthaus Bautzen



Aus der Antwort Ernst Thälmanns auf Briefe eines Mithäftlings. Thälmanns letztes schriftliches Selbstzeugnis, Anfang 1944

Alfred Kowalke. Er nahm im Auftrag der Führung der KPD zwischen 1941 und 1943 über Rosa Thälmann die Verbindung zu Ernst Thälmann auf

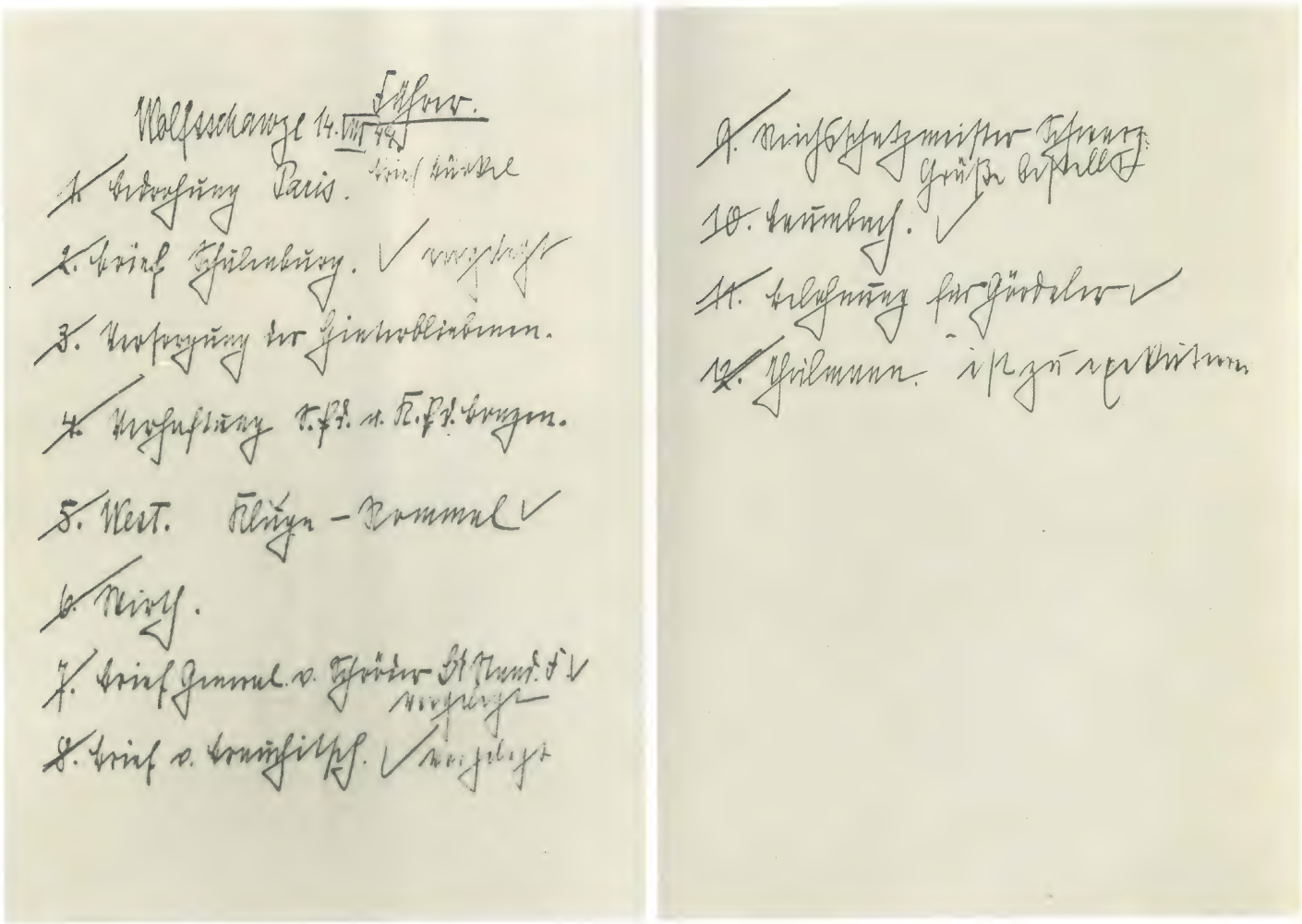
Rosa (links) und Irma Thälmann (rechts) mit Hilde Benthin, 1942

Im Konzentrationslager Ravensbrück. In dieses Lager wurden Rosa und Irma Thälmann im April 1944 eingeliefert

. . . ist zu exekutieren

Letztes Foto von Ernst Thälmann, aufgenommen von seiner Tochter Irma im Gefängnis Hannover, 1943

Notizen des Reichsführers der SS, Heinrich Himmler, über eine Besprechung mit Adolf Hitler am 14. August 1944. Himmler vermerkte unter 12. «Thälmann ist zu exekutieren»



Die KPD aber lebt

Brief Georgi Dimitroffs an Wilhelm Pieck vom 17. September 1944

An den Genossen Pieck
– Vorsitzender des ZK KP Deutschlands

Mit dem Gefühle unbegrenzter Entrüstung und Erschütterung wegen der meuchelmörderischen Tode unseres unvergesslichen, heldenhaften Thälmann, bitte ich mein tiefstempfundenes Beileid dem ZK und allen deutschen Genossen auszudrücken.

Nach den unzähligen Opfern, hat unsere deutsche Bruderpartei im entscheidensten Moment ihrer Geschichte jetzt auch ihren erprobten, geliebten Führer Ernst Thälmann verloren, in einem Momente, wo er der Partei und dem deutschen Volke am notwendigsten wäre.

Der bestialische Mord an Thälmann wird, selbstverständlich, in keinem Falle die unvermeidliche Vernichtung der Hitler-Bande verhindern können. Doch der Verlust Ernst Thälmanns ist ein überaus harter Schlag für die Partei und alle Antifaschisten Deutschlands und verpflichtet sie mit noch grösseren Anstrengungen und Selbstopferung für die Erfüllung ihrer historischen Aufgaben im Sinne der Lenin-Stalins-Lehre arbeiten und zu kämpfen.

Der grosse deutsche kommunistische Führer ist gefallen. Die Kommunistische Partei Deutschlands aber soll und wird leben und ihre Befreiungsmission, trotz alledem, zum siegreichen Ende führen.

Kopf hoch, meine deutschen Genossen.
Mut, mut und noch einmal Mut!
Mit Volldampf voran – zur endgültigen Vernichtung des barbarischen Hitlerismus und den vollen Sieg der grossen Sache für die unser Thälmann gelebt, gekämpft, gelitten und gestorben ist.

Moskau,
17 September 1944

G. Dimitroff

Das Krematorium des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald, in dessen Hof Ernst Thälmann am 18. August 1944 ermordet wurde, ist heute Gedenkstätte

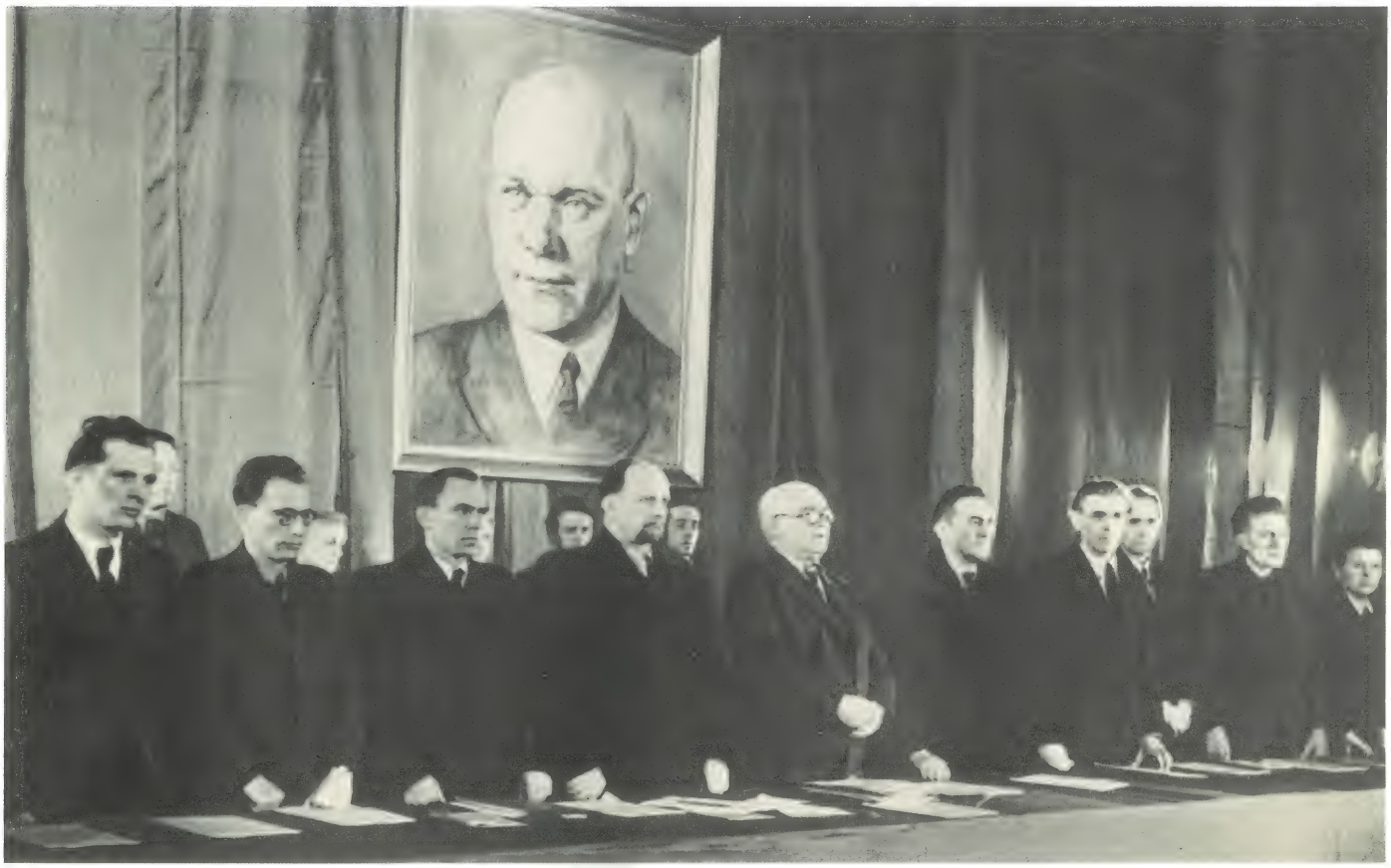
Sein Vermächtnis lebt in der Deutschen Demokratischen Republik

Ernst Thälmann war uns gegenwärtig,
als sich 1945 die Kommunistische Partei Deutschlands
aus der Illegalität erheben konnte
kraft des Sieges der ruhmreichen Sowjetarmee.
Erich Honecker

Angehörige der Roten Armee hissen auf der Ruine des Reichstagsgebäudes in Berlin am 30. April 1945 die Fahne des Sieges und der Befreiung

Auch während der langen Gefängnishaft hat Ernst Thälmann den Glauben an die Arbeiterklasse nicht verloren. Alle seine Äußerungen, die wir aus dem Gefängnis von ihm erhielten, ließen den unerschütterlichen Glauben an den Sieg des Gedankens der Einheitsfront erkennen, so, wie er sich nach der Zerschlagung der Hitlermacht in den gemeinsamen Kundgebungen der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitermassen offenbart, wie er seinen Ausdruck auch in der Einheitsfront der vier antifaschistisch-demokratischen Parteien und vor allem in der jetzt erfolgten Vereinigung der Kommunistischen und Sozialdemokratischen Partei in der Sozialistischen Einheitspartei seine höchste Verwirklichung findet.

Wilhelm Pieck



1. Reichskonferenz der KPD in Berlin, 2./3. März 1946. Im Präsidium (1. Reihe, von links nach rechts) Erich Honecker, Walter Fisch, Anton Ackermann, Walter Ulbricht, Wilhelm Pieck, Franz Dahlem, Max Reimann und Bernard Koenen

Plakat der SED, 1946

Das Wesentliche einer proletarischen Revolution
ist ja nicht alleine die Machtübernahme,
sondern die weitere Entwicklung zum Sozialismus!
Ernst Thälmann

Ministerpräsident Otto Grotewohl erläutert der Provisorischen Volkskammer der DDR das Regierungsprogramm, 12. Oktober 1949

Demonstration in Berlin, 11. Juli 1952

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ging aus dem mehr als hundertjährigen Kampf der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung gegen feudale Reaktion und kapitalistische Ausbeutung, gegen Imperialismus und Militarismus, Faschismus und imperialistischen Krieg hervor. Sie verkörpert die revolutionären Traditionen des Bundes der Kommunisten und der revolutionären deutschen Sozialdemokratie. Sie setzt das Werk der Kommunistischen Partei Deutschlands fort und erfüllt das Vermächtnis der antifaschistischen Widerstandskämpfer. Sie ist die Erbin alles Progressiven in der Geschichte des deutschen Volkes.
Programm der SED

Der Präsident der DDR, Wilhelm Pieck, und der Vorsitzende der FDJ, Erich Honecker, während des ersten Deutschlandtreffens der Jugend in Berlin, Mai 1950

Die Fabriken, die heute von den Kapitalisten abgebrochen, geschlossen und versteigert werden – wir werden sie in Betrieb setzen, aber ohne Kapitalisten, ohne Generaldirektoren, ohne Dividendenschlucker und Aktionäre, ohne die faschistische Meute!

Die Bergwerke, die großen Güter, die Werften, die Dampferlinien – heute alles Privateigentum einer kleinen Clique kapitalistischer Schmarotzer – werden wir in den Besitz der Allgemeinheit des werktätigen Volkes unter der Hegemonie des Proletariats überführen! Wir werden die Kapitalisten entschädigungslos enteignen!

Im VEB Schwermaschinenbaukombinat «Ernst Thälmann» Magdeburg, 1971

Wir werden die Großgrundbesitzer, die heute stets über ihr elendes Los klagen, obwohl sie Millionen und aber Millionen an Subventionen aus den Groschen der Steuerzahler beziehen, entschädigungslos von diesem ihrem «Elend» befreien, indem wir ihre Güter teils unter die Masse der landarmen Bauern aufteilen, teils in sozialistische Güter des proletarischen Staates verwandeln! So werden wir die vom Kapitalismus verwüstete Produktion wieder in Gang setzen und damit Millionen von Erwerbslosen Arbeit und Brot verschaffen!
Ernst Thälmann

Die Waffen werden sich in den Händen des Proletariats befinden.
Ernst Thälmann

Schüler der Offiziershochschule der NVA «Ernst Thälmann» bei der Ehrenparade anläßlich des 34. Jahrestages der Gründung der DDR in Berlin, 7. Oktober 1983

Nur gemeinsam können wir erfolgreich den Kampf gegen die Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges durchführen und durch den Sieg der Arbeiterklasse die Geißel des imperialistischen Krieges von den Massen nehmen!
Ernst Thälmann

Friedenskundgebung der Werktätigen des KEAW Berlin-Treptow am 1. September 1983, auf der Erich Honecker sprach

Für uns besteht . . . vollständige Übereinstimmung einer wirklichen Befreiung Deutschlands – die übrigens im Bunde mit der Sowjetunion ihre Sicherung hat – und den Interessen der Menschheitsentwicklung wie den Interessen der Arbeiter und Bauern der Sowjetunion, ihrer Errungenschaften und ihres Staates. Es geht hier nicht um staatsrechtliche Fragen, sondern um vollständig gleiche Richtung der Interessen.
Ernst Thälmann

Unterzeichnung des «Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der DDR und der UdSSR» am 7. Oktober 1975 in Moskau. Für die DDR unterzeichnete der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED, Erich Honecker, für die UdSSR der Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, Leonid Breshnew

Gespräch zwischen dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, und dem Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, Michail Gorbatschow, am 5. Mai 1985 in Moskau

Als ein großes Glück für die deutsche Arbeiterklasse und für das Volk der DDR hatte sich erwiesen, daß seit der Bildung des Thälmannschen Zentralkomitees der KPD stets eine einheitliche und kontinuierliche Führung der Partei gewahrt werden konnte . . . In der stabilen, kampferprobten, kollektiven Führung der SED sah ich das Unterpfand dafür, daß unser Zentralkomitee, unsere gesamte Partei den wachsenden Anforderungen bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft gerecht werden konnte.
Erich Honecker

Das Präsidium des X. Parteitages der SED. Am Rednerpult der Generalsekretär des Zentralkomitees der SED, Erich Honecker, 16. April 1981

Erst wenn wir den Sozialismus in Deutschland haben, . . .
erst dann werden die Notleidenden und Unterdrückten
ein Vaterland haben, ein Vaterland, das uns gehört,
erst dann werden sie eine sozialistische Heimat haben.
Ernst Thälmann

In Thälmannschem Geist schreiten wir vorwärts,
um das Programm unserer Partei,
der geeinten Partei der Arbeiterklasse,
zu verwirklichen.
Erich Honecker

MARXISMUS - LENINISMUS
RICHTSCHNUR UNSERES HANDELNS

Biographische Chronik

1886

16. April Ernst Thälmann wird als Sohn eines Speditionskutschers geboren.

1892 bis 1900

Besuch der Volksschule in Hamburg mit Abschluß der Selekta, einer Sonderklasse für begabte Schüler.

1900 bis 1902

Arbeit im Geschäft der Eltern.

1902 bis 1907

Tätigkeit als Hafen- und Transportarbeiter.

1903

15. Mai Eintritt in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

1904

1. Februar Eintritt in den freigewerkschaftlichen Transportarbeiter-Verband.

1906

September Die Politische Polizei in Hamburg legt die erste Akte über Ernst Thälmann an.

1907

Oktober bis Dezember Kohlentrimmer auf dem Frachter «Amerika».

1907 bis 1915

Tätigkeit vorwiegend als Transportarbeiter und Kutscher.

1908

Wahl zum Bezirksführer, d. h. zum Leiter einer Grundorganisation der Sozialdemokratischen Partei in Hamburg.

1909

16. August Wahl zum zweiten Leiter der Sektion Kutscher des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes in Hamburg.

1911

24. August Im «Hamburger Echo» erscheint Ernst Thälmanns erster Beitrag in der Parteipresse.

1911, 1912 und 1914 Beisitzer in der Ortsverwaltung Hamburg des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

1912

9. bis 14. Juni Delegierter des 8. Verbandstages des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes in Breslau.

1912 bis 1914 Ernst Thälmann vertritt den Transportarbeiter-Verband im Hamburger Gewerkschaftskartell.

1914

5. Februar Wahl zum Vorsitzenden der Branche Kutscher des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes in Hamburg.

7. bis 13. Juni Delegierter des 9. Verbandstages des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes in Köln.

1. August Beginn des ersten Weltkrieges. In Hamburg nimmt Ernst Thälmann gegen den imperialistischen Krieg und die chauvinistische Politik der rechten Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften Stellung.

1915

13. Januar Eheschließung mit der Arbeiterin Rosa Koch.

14. Januar bis 9. November 1918 Militärdienst, vorwiegend an der Westfront, Agitation gegen Militarismus und imperialistischen Krieg.

1916

19. September Ernst Thälmann wird verwundet und liegt bis Ende Oktober in einem Lazarett in Köln.

8. bis 22. Dezember Ernst Thälmann verbüßt wegen seiner antimilitaristischen Haltung strengen Arrest.

29. Dezember bis 17. Januar 1917 Erster Urlaub von der Front.

1917

6. bis 8. April Gründungsparteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, als deren Mitglied sich Ernst Thälmann versteht, in Gotha.

16. bis 26. Juli Urlaub von der Front.
7. November Große Sozialistische Oktoberrevolution.

1918

14. Januar bis 16. Februar und 29. Juni bis 20. Juli Genesungsurlaub in Hamburg.
3. November Beginn der deutschen Novemberrevolution.
9. November Ernst Thälmann verläßt seine militärische Einheit und trifft am 11. November in Hamburg ein.
Mitte November Offizieller Eintritt in die USPD.
November bis Mai 1919 Ernst Thälmann tritt auf Versammlungen der USPD und der Gewerkschaften in Hamburg für die Weiterführung der Novemberrevolution ein, wendet sich gegen die konterrevolutionäre Politik der rechtssozialdemokratischen Führer, kritisiert aber auch die widerspruchsvolle Haltung der rechten Führer der USPD.
Gelegenheits- und Notstandsarbeiter in Hamburg.
30. Dezember bis 1. Januar 1919 Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands in Berlin.

1919

2. bis 6. März Gründungskongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau.
Ernst Thälmann ist Delegierter auf dem außerordentlichen Parteitag der USPD in Berlin.
16. März Wahl in die Hamburger Bürgerschaft, der Ernst Thälmann bis 1933 angehört. Er setzt sich im Stadtparlament für die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Werktätigen ein und prangert gleichzeitig das kapitalistische System an.
11. Mai Wahl zum Vorsitzenden der Ortsgruppe Hamburg der USPD.
21. Mai Ernst Thälmann wird Arbeitsvermittler im Hamburgischen Arbeitsamt.
22. bis 27. Juni Delegierter des 10. Verbandstages des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes in Stuttgart.
31. Oktober Eine Mitgliederversammlung der Hamburger USPD unter Ernst Thälmanns Leitung spricht sich für den Anschluß an die KI und die Vereinigung mit der KPD aus.
6. November Geburt der Tochter Irma.
30. November bis 6. Dezember Außerordentlicher Parteitag der USPD in Leipzig.
Ernst Thälmann stimmt mit anderen linken Delegierten für den sofortigen Anschluß an die KI.

1920

März Ernst Thälmann ist führend an den Aktionen zur Abwehr des Kapp-Putsches in Hamburg beteiligt.
Sommer Mitorganisator der Solidaritätsbewegung für Sowjetrußland in Hamburg.
August/ September Ernst Thälmann tritt in Funktionärberatungen und Versammlungen der USPD in und um Hamburg für die Zustimmung zu den Beschlüssen des II. Kongresses der KI und für die Vereinigung mit der KPD ein.
12. bis 17. Oktober Außerordentlicher Parteitag der USPD in Halle.
Ernst Thälmann stimmt mit der linken Mehrheit der Delegierten für den Anschluß an die KI und die Vereinigung mit der KPD, er wird in den Beirat der USPD (Linke) gewählt.
4. bis 7. Dezember Vereinigungsparteitag der KPD mit der USPD (Linke) in Berlin. Ernst Thälmann wird in den Zentralausschuß der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands gewählt.
Dezember Ernst Thälmann wird Vorsitzender der Ortsgruppe Hamburg und Mitglied der Bezirksleitung Wasserkante der VKPD.

1921

8. Januar Offener Brief der VKPD an die anderen Arbeiterparteien und an die Gewerkschaften. In seinem Sinne setzt sich Ernst Thälmann in Hamburg für die Tagesinteressen der Arbeiter und für die Aktionseinheit der Hamburger Arbeiterorganisationen ein.
28. Februar Ernst Thälmann wird Vorsitzender der kommunistischen Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft.
März Ernst Thälmann ist einer der Organisatoren von Streiks und Demonstrationen in Hamburg zur Unterstützung der in Mitteldeutschland kämpfenden Arbeiter. Er wird aus dem Arbeitsamt entlassen.
22. Juni bis 12. Juli Ernst Thälmann hält sich zur Teilnahme am III. Kongreß der KI in Moskau zum ersten Mal in Sowjetrußland auf. Er spricht auf dem Kongreß in der Diskussion und nimmt an Beratungen der deutschen Delegation mit Wladimir Iljitsch Lenin teil. In Moskau und anderen Städten trifft er mit sowjetischen Werktätigen zusammen.
Sommer Unter maßgeblichem Einfluß Thälmanns leisten die Hamburger Werktätigen wirksame Hilfe für das von einer schweren Dürrekatastrophe betroffene Sowjetrußland.
22. bis 26. August 7. Parteitag der KPD in Jena. Ernst Thälmann spricht sich für die Durchführung der Beschlüsse des III. Kongresses der KI aus.

1922

17. Juni Sprengstoffanschlag von Rechtsextremisten auf Ernst Thälmanns Wohnung in der Siemssenstraße 4 in Hamburg-Eppendorf.
4. Juli Gemeinsame Demonstration und Kundgebungen der Arbeiterparteien und der freien Gewerkschaften Hamburgs anläßlich der Ermordung des Reichsaußenministers Walther Rathenau ge-

gen die Umtriebe der Reaktion. Zu den Rednern der Kundgebung auf der Hamburger Moorweide gehört Ernst Thälmann.

3. bis 8. September Delegierter des 11. Verbandstages des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes in Berlin.

1923

28. Januar bis 1. Februar 8. Parteitag der KPD in Leipzig. Ernst Thälmann tritt für den entschiedenen Massenkampf um eine Arbeiterregierung ein.

Februar bis April Streik der Belegschaft der Abwrackwerft Kubatz, dem Arbeitsplatz Ernst Thälmanns, gegen Übergriffe der Direktion und Entlassung von Arbeitern. Ernst Thälmann gehört der Streikleitung an.

9. März In der Betriebsrätevollversammlung in Hamburg fordert Ernst Thälmann die Arbeiter zum einheitlichen Kampf gegen die Ruhrbesetzung auf.

1. Mai Ernst Thälmann, der zu einer Beratung des Exekutivkomitees der KI in Moskau weilt, steht während der Maidemonstration auf der Ehrentribüne und nimmt an einer Freundschaftskundgebung mit Moskauer Werktätigen teil, denen er Grüße der deutschen Arbeiter überbringt.

16./17. Mai Tagung des Zentralausschusses der KPD. Ernst Thälmann wird in die Zentrale gewählt.

Ende Mai bis Ende August Ernst Thälmann ist als Packer und Expedient der «Hamburger Volkszeitung» tätig. Er wird Berufsrevolutionär.

31. August bis 3. Oktober Verantwortlicher politischer Redakteur der «Hamburger Volkszeitung».

18. September Ernst Thälmann spricht auf einem Meeting in Moskau anläßlich der ersten Landwirtschafts- und Handwerksausstellung der UdSSR.

21. September bis Anfang Oktober Als Mitglied der KPD-Delegation nimmt Ernst Thälmann an der Beratung des EKKI mit Vertretern europäischer kommunistischer Parteien in Moskau zur Unterstützung des revolutionären Kampfes in Deutschland teil.

23. bis 25. Oktober Hamburger Aufstand, dessen politische Führung in den Händen Ernst Thälmanns liegt.

3. November Illegale Tagung des Zentralausschusses der KPD in einem Vorort Berlins. Bildung des Direktoriums, einer aus sechs Mitgliedern bestehenden operativen Parteiführung, der Ernst Thälmann angehört.

22. November Erlaß eines Haftbefehls gegen Ernst Thälmann.

1924

8. bis 21. Januar Beratung des EKKI mit Vertretern der KPD – darunter Ernst Thälmann – in Moskau über die Lage in der deutschen Partei.

21. Januar Wladimir Iljitsch Lenin gestorben. Ernst Thälmann nimmt mit Wilhelm Pieck, Clara Zetkin und anderen deutschen Kommunisten an den Trauerfeierlichkeiten in Moskau teil.

19. Februar Tagung des Zentralausschusses der KPD. Ernst Thälmann wird stellvertretender Vorsitzender der KPD.

7. bis 10. April 9. Parteitag der KPD in Offenbach und Frankfurt am Main. Ernst Thälmann referiert über die Aufgaben der Partei.

4. Mai Wahl in den Reichstag, dem Ernst Thälmann bis 1933 angehört. In der kommunistischen Reichstagsfraktion übernimmt er den Vorsitz.

4. Juni Ernst Thälmann hält in der Debatte über die Aufhebung der gegen kommunistische Abgeordnete verhängten Untersuchungshaft seine erste größere Rede im Reichstag.

17. Juni bis 8. Juli V. Kongreß der KI in Moskau. Ernst Thälmann spricht über die Aufgabe, die KPD zu einer Massenpartei Leninschen Typs zu entwickeln. Er wird in das EKKI und dessen Präsidium gewählt.

8. bis 21. Juli III. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau. Ernst Thälmann begrüßt den Kongreß im Namen des Präsidiums des EKKI.

30., 31. Juli und 4. August Ernst Thälmann spricht in Hamburg auf Kundgebungen und in Versammlungen der KPD zum zehnten Jahrestag des Ausbruchs des ersten Weltkrieges.

28. August Reichstagsrede gegen den Dawes-Plan.

1925

10./11. Januar Tagung des Zentralausschusses der KPD. Ernst Thälmann fordert die Parteimitglieder auf, gründlich die Schriften Lenins zu studieren.

1. Februar 1. Reichskonferenz des Roten Frontkämpferbundes, der Wehr- und Schutzorganisation der Arbeiterklasse, in Berlin. Ernst Thälmann wird zum ersten Bundesvorsitzenden gewählt.

3. März Die Zentrale der KPD nominiert Ernst Thälmann als Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl.

13. März bis 25. April Ernst Thälmann spricht auf Kundgebungen der KPD zur Reichspräsidentenwahl in Altona, Berlin, Breslau, Essen, Halle, Hamburg, Königsberg, Magdeburg, Stettin und anderen Städten.

18. März Die «Rote Fahne» publiziert Ernst Thälmanns Artikel «Denkt an das Beispiel der Kommune!».

29. März und 26. April Erster und zweiter Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. Ernst Thälmann erhält 1 871 815 bzw. 1 931 151 Stimmen.

März/April Ernst Thälmann wird von sowjetischen Werktätigen zum Ehrenmitglied des Moskauer Stadtsowjets und des Moskauer Metallarbeiterverbandes ernannt.

25. April Die «Rote Fahne» veröffentlicht Ernst Thälmanns Artikel «Tiefer hinein in die Massen!».

21./22. Mai 1. Reichstreffen des RFB in Berlin.

22./23. Mai 2. Reichskonferenz des RFB in Berlin. Ernst Thälmann orientiert auf die organisatorische und politische Stärkung des Bundes.

12. Juli In einem Sonderheft der «Internationale» er-

scheint Ernst Thälmanns Artikel «Partei und Rote Frontkämpferbewegung».

12. bis 17. Juli 10. Parteitag der KPD in Berlin. Ernst Thälmann eröffnet den Parteitag und hält das Referat zur Gewerkschaftspolitik der Partei.

12. bis 20. August Beratung einer Kommission des EKKI mit einer Delegation der KPD – ihr gehört auch Ernst Thälmann an – in Moskau über die Lage in der KPD; Verabschiedung des «Offenen Briefes des EKKI an alle Organisationen und Mitglieder der KPD».

1. September Tagung des Zentralkomitees der KPD. Neuwahl der leitenden Gremien.
Ernst Thälmann übernimmt die Führung der Partei.

2. September Ernst Thälmann erläutert in der Sitzung der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der KPD die Politik des Offenen Briefes des EKKI.

4. September In der «Neuen Zeitung» (Jena) erscheint Ernst Thälmanns Artikel «Die Bedeutung der Arbeiterdelegationen».

23. Oktober Die «Rote Fahne» veröffentlicht Ernst Thälmanns Artikel «Die Lehren des Hamburger Aufstandes».

31. Oktober/ 1. November 1. Parteikonferenz der KPD in Berlin. Ernst Thälmann hält das Hauptreferat «Zur Lage in der KPD».

7. November Die «Rote Fahne» publiziert Ernst Thälmanns Artikel «Der 7. November – eine neue Epoche der Weltgeschichte».

24. November Reichstagsrede gegen die Locarno-Verträge.

2. Dezember bis 20. Juni 1926 Geführt von Ernst Thälmann organisiert die KPD eine machtvolle Volksbewegung für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten.

20. Dezember Die «Rote Fahne» veröffentlicht Ernst Thälmanns Artikel «Der Moskauer Aufstand im Jahre 1905».

1926

22./23. Januar Vertreter des Zentralkomitees der KPD und des Parteivorstandes der SPD verhandeln unter Vorsitz von Vertretern des Bundesvorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die KPD-Delegation erreicht, daß Schritte zur Herbeiführung eines Volksentscheids für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten vereinbart werden.

29./30. Januar Konferenz der Bezirkssekretäre und Redakteure der KPD in Berlin. Ernst Thälmann referiert über die politische Lage und die Aufgaben der Partei in der Fürstenenteignungskampagne.

17. Februar bis 15. März VI. Tagung des Erweiterten EKKI in Moskau. Ernst Thälmann spricht in der Diskussion über die Notwendigkeit, der Weltbourgeoisie die einheitliche revolutionäre Klassenfront des internationalen Proletariats entgegenzustellen.

20./21. März 3. Reichskonferenz des RFB in Halle. Ernst Thälmann referiert über die politische Lage und die Aufgaben des RFB.

23./24. Mai 2. Reichstreffen des RFB in Berlin.

20. Juni 14 455 184 Wähler (36,4 Prozent aller Wahlberechtigten) stimmen beim Volksentscheid für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten.

1. bis 4. Oktober Streik von 18 000 Hamburger Hafenarbeitern. Ernst Thälmann leitet die Hamburger KPD-Organisation während des Streiks an.

8. Oktober Die «Hamburger Volkszeitung» publiziert Ernst Thälmanns Artikel «Die Lehren des Hamburger Streiks».

November Das Zentralkomitee der KPD bezieht ein Haus am Bülow-Platz in Berlin, das Karl-Liebknecht-Haus.

22. November bis 16. Dezember VII. Tagung des Erweiterten EKKI in Moskau. Ernst Thälmann unterstützt in der Diskussion den Standpunkt, daß der Aufbau des Sozialismus in einem Lande, in der Sowjetunion, möglich und notwendig ist.

27. November Ernennung zum Ehrensoldaten der Roten Armee.

1927

2. bis 7. März 11. Parteitag der KPD in Essen. Ernst Thälmann hält das Hauptreferat «Die politische Lage und die Aufgaben der Partei».

11. bis 13. März 4. Reichskonferenz des RFB in Düsseldorf. Ernst Thälmann hält das Referat «Die politische Lage und die Aufgaben des RFB».

5. April Ernst Thälmann und Wilhelm Pieck sprechen auf einer Massenkundgebung der KPD im Berliner Sportpalast gegen die imperialistische Intervention in China.

16. bis 18. April 2. Reichsjugendtag des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands in Hamburg. Ernst Thälmann spricht über die Kriegsgefahr und fordert zum Kampf gegen die Vorbereitung eines imperialistischen Krieges auf.

15. Mai Rede auf einer internationalen Kundgebung an der deutsch-tschechoslowakischen Grenze im Riesengebirge.

18. bis 30. Mai VIII. Tagung des EKKI in Moskau. Ernst Thälmann erstattet den Bericht über die Arbeit der Tagungskommission zur Frage des Krieges und der Kriegsgefahr.

5./6. Juni 3. Reichstreffen des RFB in Berlin.

21. August Ernst Thälmann spricht auf der Protestkundgebung in Kassel gegen die beabsichtigte Hinrichtung der von einem USA-Gericht zum Tode verurteilten Gewerkschaftsfunktionäre Nicola Sacco und Bartolomeo Vanzetti.

8./9. September Tagung des Zentralkomitees der KPD. Ernst Thälmann referiert über die innen- und außenpolitische Lage und die Aufgaben im Kampf gegen die Bürgerblockregierung.

26. Oktober Ernst Thälmann leitet eine Delegation der KPD,

die mit den Ortsleitungen der SPD und des ADGB in Hamburg über den Vorschlag der KPD verhandelt, einen sozialdemokratischen Senat zu unterstützen. Die Verhandlungen scheitern an der ablehnenden Haltung der rechten sozialdemokratischen Führer.

4. November Die «Internationale Presse-Korrespondenz» veröffentlicht Ernst Thälmanns Artikel «10 Jahre Sowjetmacht und die internationale Arbeiterklasse».

26./27. November Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark der KPD in Berlin. Ernst Thälmann hält das Referat «Der Weg der russischen Opposition».

1928

20. Januar Reichstagsrede gegen die reaktionären Vorstöße der Monopolbourgeoisie.

21./22. Januar Gründungskongreß des Roten Frontkämpferbundes Österreichs in Wien. Ernst Thälmann hält eine Begrüßungsansprache.

9. bis 25. Februar IX. Tagung des EKKI in Moskau. Ernst Thälmann fordert in der Gewerkschaftskommission der Tagung, die Arbeit der Kommunisten in den Betrieben zu verstärken.

23. März 5. Reichskonferenz des RFB in Hamburg. Ernst Thälmann bezeichnet den Kampf gegen den imperialistischen Krieg und den Faschismus sowie die Verteidigung der Sowjetunion als Hauptaufgaben des Bundes.

7./8. April 3. Reichsjugendtag des KJVD in Chemnitz. Ernst Thälmann wird zum Ehrenpionier ernannt.

27. Mai 4. Reichstreffen des RFB in Berlin.

17. Juli bis 1. September VI. Kongreß der KI in Moskau. Ernst Thälmann erstattet als einer der beiden Vorsitzenden der Politischen Kommission des Kongresses deren Bericht. Er würdigt den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion als die entscheidende Triebkraft des revolutionären Weltprozesses und warnt vor der wachsenden Gefahr imperialistischer Kriege und des Faschismus.

5. bis 13. September Ernst Thälmann weilt mit einer Gruppe Delegierter des VI. Kongresses der KI in Leningrad und hat dort zahlreiche Begegnungen mit sowjetischen Arbeitern und mit Matrosen der Roten Flotte.

Oktober Der Bundes-Vorstand des Deutschen Verkehrsbundes übermittelt Ernst Thälmann eine Ehrenurkunde für 25jährige Mitgliedschaft in der Gewerkschaft.

3./4. November 2. Parteikonferenz der KPD in Berlin. Ernst Thälmann referiert über die Weltlage, die Kriegsgefahr, die Strategie und Taktik der KI und die Aufgaben der Partei.

9. November Die «Rote Fahne» veröffentlicht Ernst Thälmanns Artikel «9. November 1918 – die Geburtsstunde der deutschen Revolution».

November In einer vom Zentralkomitee der KPD herausgegebenen Bildzeitung erscheint Ernst Thälmanns Artikel «10 Jahre KPD».

1929

14. März Tagung des Zentralkomitees der KPD. Ernst Thälmann referiert über die innenpolitische Lage.

16./17. März Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark der KPD in Berlin. In der Diskussion wertet Ernst Thälmann die Tagung des Zentralkomitees der KPD aus.

30./31. März 4. Reichsjugendtag des KJVD in Düsseldorf. Ernst Thälmann spricht über die Aufgaben der Jugend im Kampf gegen Faschismus, imperialistische Kriegsgefahr und für die Verteidigung der Sowjetunion, gegen die Ausbeutung und Unterdrückung der Jungarbeiter.

1. Mai Auf Anweisung des Polizeipräsidenten Karl Zörgiebel (SPD) überfällt die Polizei in Berlin von der KPD organisierte Maidemonstrationen und ermordet 33 Arbeiter.

8. Mai Ernst Thälmann und Wilhelm Pieck sprechen auf dem Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde an den Gräbern der am 1. Mai von der Polizei ermordeten Arbeiter. Sie decken die Hintergründe der blutigen Polizeiprovokation auf.

9. bis 15. Juni 12. Parteitag der KPD in Berlin-Wedding. Ernst Thälmann hält das Hauptreferat «Die politische Lage und die Aufgaben der Partei».

3. bis 19. Juli X. Tagung des EKKI in Moskau. Ernst Thälmann hält das Referat «Die Wirtschaftskämpfe, unsere Taktik und die Aufgaben der kommunistischen Parteien».

24./25. Oktober Tagung des Zentralkomitees der KPD. Ernst Thälmann referiert über den Kampf gegen den Young-Plan.

November/ Dezember Ernst Thälmann spricht in öffentlichen Betriebsversammlungen in Berlin über die Aufgaben der Arbeiter im Kampf gegen den Young-Plan, die Unternehmeroffensive und die zunehmende Arbeitslosigkeit.

22. Dezember Ernst Thälmann hält das Hauptreferat auf der Konferenz der drei sächsischen Parteibezirke (Ostsachsen, Westsachsen, Erzgebirge-Vogtland) in Dresden zur Bildung der Bezirksorganisation Sachsen der KPD.

1930

11. Februar Reichstagsrede gegen den Young-Plan.

18. bis 28. Februar Tagung des Erweiterten Präsidiums des EKKI in Moskau. Ernst Thälmann setzt sich in seinem Bericht vor dem Präsidium und in seiner Rede vor der Deutschen Kommission für die verstärkte Arbeit der Kommunisten in den reformistischen Gewerkschaften ein.

20./21. März Tagung des Zentralkomitees der KPD. Ernst Thäl-

mann referiert über die Tagung des Erweiterten Präsidiums des EKKI und die Aufgaben der KPD.

18. bis 21. April 5. Reichsjugendtag des KJVD in Leipzig. Ernst Thälmann ruft die Jugend auf, im Kampf gegen die verschärfte Ausbeutung und die wachsende faschistische Gefahr fest zusammenzustehen.

10., 18. und 25. Mai Auf den Bezirksparteitagen der KPD Ruhrgebiet in Essen, Wasserkante in Hamburg und Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark in Berlin legt Ernst Thälmann die Schlußfolgerungen dar, die sich für die Parteiarbeit aus der Bildung des ersten Präsidialkabinetts unter Reichskanzler Heinrich Brüning ergeben. Er orientiert darauf, den Kampf um die sozialen und demokratischen Rechte der Massen mit dem Kampf gegen Faschismus und Krieg zu verbinden.

4. Juni Resolution des Polbüros des Zentralkomitees der KPD über den Kampf gegen den Faschismus.

7. bis 9. Juni Reichstreffen der revolutionären Arbeitersportler in Erfurt. Ernst Thälmann fordert auf einer Großkundgebung, die Einheitsfront mit den proletarischen Sportlern in allen Sportorganisationen herzustellen.

16./17. Juli Tagung des Zentralkomitees der KPD. Ernst Thälmann hält das Referat «Die Krise des Kapitalismus in Deutschland, die Erfahrungen und die neuen Methoden unserer revolutionären Massenarbeit».

24. August In der «Roten Fahne» wird die Programmerklärung der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes veröffentlicht. Während der Kampagne der KPD zur Reichstagswahl am 14. September 1930 erläutert Ernst Thälmann die Programmerklärung in Berlin, Breslau, Erfurt, Halle, Hamburg, Leipzig, Mannheim, Wuppertal-Barmen und anderen Städten.

17. September Ernst Thälmann analysiert in seiner Rede vor den Berliner Parteifunktionären das Ergebnis der Reichstagswahl.

7. November Die «Rote Fahne» publiziert Ernst Thälmanns Artikel «Entfaltet das rote Banner des Weltoktobers!».

1931

15. bis 17. Januar Tagung des Zentralkomitees der KPD. Ernst Thälmann hält das Referat über die Lage und die Aufgaben der Partei.

15. Februar In der «Kommunistischen Internationale» erscheint Ernst Thälmanns Artikel «Die KPD im Vormarsch».

21. März Ernst Thälmann spricht auf der Trauerfeier für den von den Nazis ermordeten kommunistischen Bürgerschaftsabgeordneten Ernst Henning auf dem Ohlsdorfer Friedhof in Hamburg.

25. März In seinem Brief an die Eifelbauern erläutert Ernst Thälmann die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes der Arbeiter und Bauern für die Verbesserung ihrer sozialen Lage und die Verteidigung ihrer demokratischen Rechte.

26. März bis 11. April XI. Tagung des EKKI in Moskau. Ernst Thälmann hält das Korreferat über die Lage in Deutschland und die Aufgaben der KPD und spricht in der Diskussion über die Aufgaben der kommunistischen Parteien im Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr.

8. April Nach 27jähriger Mitgliedschaft wird Ernst Thälmann von den opportunistischen Führern aus der Gewerkschaft ausgeschlossen.

16. Mai Ernst Thälmann verkündet in Oldenburg das Bauernhilfsprogramm der KPD.

29. Mai Der Arbeitsbeschaffungsplan der KPD wird in der «Roten Fahne» veröffentlicht.

11. Juni Ernst Thälmann spricht im Berliner Sportpalast zur Notverordnungspolitik der Brüning-Regierung und ruft die Arbeiter zum gemeinsamen Kampf gegen die Faschisierungspolitik auf.

23. August Rede Ernst Thälmanns auf der Funktionärkonferenz der Hamburger Parteiorganisation der KPD während des Wahlkampfes zur Hamburger Bürgerschaft. Er orientiert auf die Herstellung der proletarischen Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern.

29. November Die «Rote Fahne» publiziert Ernst Thälmanns Artikel «Schmiedet die rote Einheitsfront! Kämpft mit uns für eure Forderungen!».

November/Dezember In der «Internationale» wird Ernst Thälmanns Artikel «Einige Fehler in unserer theoretischen und praktischen Arbeit und der Weg zu ihrer Überwindung» veröffentlicht.

1932

12. Januar Das Zentralkomitee der KPD nominiert Ernst Thälmann als Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl.

Januar Die «Internationale» veröffentlicht Ernst Thälmanns Aufsatz «Das Zentrum, die führende Partei der deutschen Bourgeoisie».

20. bis 23. Februar Tagung des Zentralkomitees der KPD. Ernst Thälmann hält das Referat «Der revolutionäre Ausweg und die KPD».

Februar In der «Internationale» erscheint Ernst Thälmanns Artikel «Einige Bemerkungen zur Arbeit des Jugendverbandes».

26. Februar bis 9. April Ernst Thälmann spricht auf Kundgebungen der KPD zur Reichspräsidentenwahl in Berlin, Chemnitz, Dortmund, Frankfurt am Main, Halle, Hamburg, Köln, Leipzig, München, Stuttgart und anderen Städten.

13. März und 10. April Erster und zweiter Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. Ernst Thälmann erhält 4 983 341 bzw. 3 706 759 Stimmen.

25. bis 27. März Bezirksparteitag Sachsen der KPD in Leipzig. In seiner Diskussionsrede analysiert Ernst Thälmann die Lehren des ersten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl. Er betont die Notwendigkeit, die Rechte der Massen zu verteidigen und den politischen Kampf gegen die Nazipartei zu verstärken.

13. April Ernst Thälmann spricht auf einer Kundgebung im Berliner Sportpalast zur preußischen Landtagswahl, die am 24. April stattfindet.

25. April Appell des Zentralkomitees der KPD und des Reichskomitees der Revolutionären Gewerkschaftsopposition an alle sozialdemokratisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zur Einheitsfront.

1. Mai Rede Ernst Thälmanns auf der Kundgebung der KPD im Berliner Lustgarten.

19. Mai Ernst Thälmann spricht auf der Präsidiumstagung des EKKI in Moskau über die Aufgaben der KPD im Kampf gegen Faschismus und Krieg.

24. Mai Tagung des Zentralkomitees der KPD. Ernst Thälmann unterbreitet den Vorschlag zu einer antifaschistischen Aktion, in der sich alle Antifaschisten zum Kampf gegen die drohende faschistische Diktatur vereinigen sollen.

26. Mai Die «Rote Fahne» publiziert den Aufruf des Zentralkomitees der KPD zur Antifaschistischen Aktion.

Juni Die «Internationale» veröffentlicht Ernst Thälmanns Artikel «Zu unserer Strategie und Taktik im Kampf gegen den Faschismus».

8. Juli Aussprache Ernst Thälmanns mit 20 sozialdemokratischen Funktionären unter Teilnahme von John Schehr und Wilhelm Pieck.

10. Juli Reichseinheitskongreß der Antifaschistischen Aktion in Berlin. Ernst Thälmann hält das Referat «Wir sind die Antifaschisten der Tat».

Juli/August Großveranstaltungen der Antifaschistischen Aktion und Kundgebungen der KPD zur Reichstagswahl am 31. Juli mit Ernst Thälmann in Berlin, Darmstadt, Dresden, Essen, Hamburg, Harburg-Wilhelmsburg, Hindenburg, Lüneburg und anderen Städten. Ernst Thälmann mahnt, die Aktionseinheit zu schaffen.

20. Juli Nach Bekanntwerden des Staatsstreiches Franz von Papens in Preußen schlägt die KPD den Leitungen der SPD und der Gewerkschaften vor, gemeinsam den Generalstreik zur Zerschlagung des Putsches auszulösen. Die rechten sozialdemokratischen Führer gehen auf das Angebot nicht ein.

Juli In einer von der KPD herausgegebenen Bildzeitung erscheint Ernst Thälmanns Artikel «Antifaschistische Aktion gegen Kriegsverbrecher».

3. August Konferenz der Bezirkssekretäre der KPD in Berlin. Ernst Thälmann orientiert auf die stärkere Einbeziehung der Betriebsarbeiter in die Antifaschistische Aktion und die Organisierung von Streiks gegen die Wirtschaftspolitik der Papen-Regierung.

August In der «Internationale» wird Ernst Thälmanns Artikel «Die neue Etappe der Bolschewisierung der KPD» veröffentlicht.

27. August bis 15. September XII. Tagung des EKKI in Moskau. Ernst Thälmann eröffnet die Tagung und referiert über «Die Lehren der wirtschaftlichen Streikkämpfe und des Kampfes der Erwerbslosen».

15. Oktober Tagung des Zentralkomitees der KPD. Sie verändert die Zusammensetzung des Sekretariats. Mitglieder sind: Ernst Thälmann, John Schehr und Walter Ulbricht; Kandidaten: Wilhelm Pieck und Wilhelm Florin.

15. bis 18. Oktober 3. Parteikonferenz der KPD in Berlin. Ernst Thälmann hält das Referat «Bericht vom XII. Plenum des EKKI und die Aufgaben der KPD».

25. Oktober bis 5. November Ernst Thälmann spricht auf Kundgebungen der KPD zur Reichstagswahl am 6. November in Essen, Dortmund, Düsseldorf, München, Berlin, Hamburg und Altona.

31. Oktober Ernst Thälmann legt in einer Massenversammlung der Französischen Kommunistischen Partei in Paris Zeugnis ab für die Solidarität der deutschen und der französischen Arbeiter im Kampf gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Kriegshetze.

1. November Auf einer Massenkundgebung der KPD im Berliner Sportpalast erläutert Ernst Thälmann die Bedeutung des Kampfbündnisses zwischen den deutschen und den französischen Werktätigen.

14./15. November Tagung des Zentralkomitees des KJVD in Prieros bei Berlin. In seiner Rede legt Ernst Thälmann die Hauptaufgaben des Jugendverbandes dar.

19./20. November Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark der KPD in Berlin. Ernst Thälmann fordert in seiner Diskussionsrede, die antifaschistische Einheitsfrontbewegung durch eine Kampagne zur «Rettung vor Hunger und Frost» zu verstärken.

4. Dezember Bezirksparteitag Wasserkante der KPD in Hamburg. In seiner Rede ruft Ernst Thälmann zum Massenkampf gegen das am Vortage gebildete Kabinett Schleicher auf.

1933

7./8. Januar Bezirksparteitag Ruhrgebiet der KPD in Essen. Ernst Thälmann fordert, verstärkt gegen die wachsende Kriegsgefahr zu kämpfen.

11. Januar Die «Rote Fahne» veröffentlicht zum zehnten Jahrestag der Ruhrbesetzung Ernst Thälmanns Artikel «Vorwärts, rote Freiheitsarmee, zur verschärften antiimperialistischen Massenoffensive!».

25. Januar Als Antwort auf den provokatorischen Naziaufmarsch auf dem Bülow-Platz in Berlin am 22. Januar demonstrieren 130000 Berliner Arbeiter vor dem Karl-Liebknecht-Haus an Ernst Thälmann und anderen Mitgliedern des Zentralkomitees der KPD vorbei.

26. Januar Die «Rote Fahne» publiziert Ernst Thälmanns Artikel «Die Nazi-Provokation vor dem Karl-Liebknecht-Haus und einige Lehren».

30. Januar Bildung der Hitlerregierung. Den von Ernst Thälmann initiierten Vorschlag der KPD an die SPD, gemeinsam zum Generalstreik für den Sturz der faschistischen Diktatur aufzurufen, lehnen die rechten sozialdemokratischen Führer ab.

7. Februar Illegale Tagung des Zentralkomitees der KPD im Lokal Sporthaus Ziegenhals bei Niederlehme, südöstlich von Berlin. Ernst Thälmann spricht über die Aufgaben der Partei im Kampf gegen die faschistische Diktatur.

10. Februar Ernst Thälmann trifft in einer Wohnung in Berlin-Schöneberg mit Georgi Dimitroff, dem Leiter des Westeuropäischen Büros der KI, zusammen.

23. Februar Auf der letzten legalen Kundgebung der KPD im Berliner Sportpalast wird der Offene Brief Ernst Thälmanns an die sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter, an die Gewerkschaftsmitglieder und Reichsbannerkameraden verteilt, in dem er die Bedeutung der Einheitsfront vor allem für den Kampf gegen Faschismus und Krieg erläutert und zum gemeinsamen Handeln gegen die Hitlerdiktatur aufruft.

Februar In einem Appell an alle Kommunisten fordert Ernst Thälmann die Parteimitglieder auf, alle Hitlergegner im antifaschistischen Kampf zusammenzuschließen.

3. März Ernst Thälmann wird verhaftet und in das Berliner Polizeipräsidium eingeliefert. Unter Leitung John Schehrs wird die Arbeit der Parteiführung fortgesetzt.

4. März Aufruf des Zentralkomitees der KPD an die deutsche Arbeiterklasse, für die Befreiung Ernst Thälmanns zu kämpfen.

1. April Das Präsidium des EKKI orientiert in einer Resolution über die Lage in Deutschland auf den internationalen Kampf um die Befreiung Ernst Thälmanns.

Ende April/ Anfang Mai Rosa Thälmann besucht Ernst Thälmann das erste Mal im Gefängnis.

23. Mai Ernst Thälmann wird in das Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit übergeführt.

Juni Die KPD beschließt ein Thälmann-Aufgebot zur Verbesserung der massenpolitischen Arbeit.

21. September bis 23. Dezember Reichstagsbrandprozeß in Leipzig.

31. Oktober Tod Johannes Thälmanns, des Vaters von Ernst Thälmann.

4. November Beisetzung Johannes Thälmanns. Die faschistischen Justizbehörden verweigern Ernst Thälmann die Teilnahme.

1934

Die KPD bereitet in Zusammenarbeit mit dem Gefängnisaufseher Emil Moritz die Flucht Ernst Thälmanns aus dem Gefängnis vor. Die Aktion mißlingt, auch spätere Versuche sind erfolglos.

5. Januar Gründung eines Internationalen Befreiungskomitees in Paris für Dimitroff, Thälmann und alle eingekerkerten Antifaschisten in Deutschland.

9. bis 23. Januar Ernst Thälmann wird im Gestapo-Hauptquartier in Berlin wiederholt vernommen und gefoltert.

19. Mai Einer Arbeiterdelegation aus dem Saargebiet gelingt es, mit Ernst Thälmann zu sprechen.

2. Halbjahr Das Zentralkomitee der KPD informiert Ernst Thälmann durch Kurier und über Rosa Thälmann von den Vorbereitungen des VII. Kongresses der KI. Ernst Thälmann antwortet in einem Brief, der auf gleichem Wege der Parteiführung und dem EKKI übermittelt wird. Er legt seine Gedanken über Fragen der Einheitsfront, des wirksamen Kampfes gegen den Faschismus und über andere wichtige Probleme dar.

1935

15. März Aushändigung der Anklageschrift an Ernst Thälmann.

25. Juli bis 20. August VII. Kongreß der KI in Moskau. Ernst Thälmann wird zum Ehrenvorsitzenden des Kongresses und erneut in das EKKI gewählt.

21. August Das Sekretariat des EKKI verabschiedet einen «Beschluß zur Kampagne für die Befreiung des Genossen Ernst Thälmann».

3. bis 15. Oktober Parteikonferenz der KPD bei Moskau (Brüsseler Konferenz). Sie richtet eine Grußadresse an Ernst Thälmann und wählt ihn erneut zum Vorsitzenden der Partei. Wilhelm Pieck wird beauftragt, diese Funktion für die Zeit der Haft Ernst Thälmanns wahrzunehmen. Im Auftrage der Parteiführung informiert Wilhelm Pieck Ernst Thälmann in einem Brief über die Beschlüsse des VII. Kongresses der KI und der Brüsseler Konferenz der KPD. Er gibt ihm Ratschläge für den gegen ihn geplanten Prozeß, auf den sich der Vorsitzende der KPD sorgfältig vorbereitet.

1. November Die faschistischen Behörden teilen Ernst Thälmann die Aufhebung seiner Untersuchungshaft mit und verhängen am selben Tage die sogenannte Schutzhaft über ihn. Die Niederlage im Reichstagsbrandprozeß, die starke internationale Protestbewegung und die unbeugsame Haltung

Ernst Thälmanns veranlassen die Faschisten, auf einen Prozeß gegen den Vorsitzenden der KPD zu verzichten.

1936

16. April 50. Geburtstag Ernst Thälmanns. Das Zentralkomitee der KPD, das EKKI und viele Antifaschisten aus aller Welt senden ihm Glückwunschschreiben. Die Solidaritätsbewegung für Ernst Thälmanns Befreiung erreicht einen Höhepunkt.

1937

13. August Ernst Thälmann wird in die Strafanstalt Hannover übergeführt.

1938

Oktober Ernst Thälmann verfaßt eine ausführliche Stellungnahme zum Münchener Abkommen, das über Rosa Thälmann und den Kurier Edwin (Walter Trautzsch) zur Parteiführung gelangt.

1939

30. Januar bis 1. Februar Parteikonferenz der KPD in Draveil, südlich von Paris (Berner Konferenz).

23. August Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages in Moskau.

1. September Der faschistische deutsche Imperialismus entfesselt den zweiten Weltkrieg.

1940

7. November Nachdem sich Ernst Thälmann mehrmals prinzipiell zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag geäußert hat, faßt er seine Meinung in einem Dokument zusammen, das der Parteiführung übermittelt wird.

1941

22. Juni Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion.

1943

11. August Ernst Thälmann wird in das Zuchthaus Bautzen übergeführt.

1944

Januar bis März Ernst Thälmanns letztes schriftliches Selbstzeugnis: «Antwort auf Briefe eines Mithäftlings».

April Rosa und Irma Thälmann werden von der Gestapo verhaftet und im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück eingekerkert. Sie werden 1945 von der Sowjetarmee befreit.

18. August Ernst Thälmann wird auf Befehl Hitlers im Konzentrationslager Buchenwald ermordet.

Anhang

Redaktionelle Bemerkungen

Der vorliegende Band faßt in chronologisch gegliederten Hauptabschnitten, die in sich weitgehend thematisch geordnet sind, Bilder, Dokumente und Texte über Leben und Wirken Ernst Thälmanns zusammen. Die für die entsprechenden Unterabschnitte gewählten Überschriften basieren überwiegend auf Zitaten aus Arbeiten Thälmanns. Seine Reden und Schriften sind dem schriftlichen Nachlaß, zeitgenössischen Veröffentlichungen und stenographischen Protokollen entnommen. Sie werden jeweils nach dem Text der angegebenen Originalquelle wiedergegeben. Offensichtliche Druck- und Schreibfehler wurden stillschweigend korrigiert. Ergänzungen der Redaktion sind in eckige Klammern gesetzt, Textkorrekturen durch Anmerkungen kenntlich gemacht. Worte, die Thälmann in seinen Gefängnisaufzeichnungen abkürzte, wurden – soweit sie eindeutig bestimmt werden konnten – ohne besonderen Hinweis ausgeschrieben. Kürzungen innerhalb der ausgewählten Textstellen sind durch drei Punkte gekennzeichnet. Texthervorhebungen – außer bei Zitaten der Klassiker – wurden nicht übernommen. Die Texte über Thälmann, an ihn gerichtete Briefe sowie Dokumente der Befreiungsbewegung sind kursiv gedruckt.

Die Quellen werden in der Reihenfolge angegeben, in der die Texte auf den jeweiligen Seiten erscheinen.

Quellenverzeichnis der Texte

19–23 Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv (IML, ZPA), NL 3/1.
23 Rudolf Lindau: «Ji möt no ünnen gohn!» In: Deutschlands unsterblicher Sohn. Erinnerungen an Ernst Thälmann, Berlin 1963, S. 35–37.
23 Hamburger Echo, 11. März 1913.
23 Ebenda, 30. September 1913.
23 Ebenda, 15. Juli 1914.
36 Deutscher Transportarbeiter-Verband (Deutscher Verkehrsbund). Protokoll über die Verhandlungen des 11. Verbandstages. Abgehalten zu Berlin im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24/25, vom 3. bis 8. September 1922, Berlin 1922, S. 224.
36 Hamburger Volkszeitung, 5. August 1924.
36 Rudolf Lindau: «Ji möt no ünnen gohn!» In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 38–40.
36 Thälmanns Frau und Tochter erzählen. In: Tägliche Rundschau (Berlin), 1. Mai 1951.
36/37 IML, ZPA, NL 3/1.
37 Ebenda, NL 3/9.
37 Ebenda, NL 3/2.
37 Friedrich Dettmann: Er war zu jedem Opfer für den Sozialismus bereit. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 45.
44 Die Rote Fahne (Berlin), 7. November 1925.
44/45 IML, ZPA, NL 3/2.
45 Ebenda, NL 3/1.
45 Rudolf Lindau: «Ji möt no ünnen gohn!» In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 41/42.
45/46 Die Rote Fahne (Berlin), 9. November 1928.
46 10 Jahre KPD. Trotz alledem (Hrsg. vom ZK der KPD, Berlin); [Bildzeitung, November 1928].
46 Die Rote Fahne (Berlin), 7. November 1925.
46 Hamburger Volks-Zeitung, 7. April 1919.
53 Hamburger Echo, 27. Oktober 1919.
53 IML, ZPA, EA 1400/6.
53 Wilhelm Koenen: Im Reichstag als Sprecher des Volkes. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 333.
53 Hamburger Volks-Zeitung, 19. März 1920.
53 Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg im Jahre 1920, Hamburg o. J., S. 496.
53/54 Hamburger Volks-Zeitung, 7. Mai 1920.
54 Ebenda, 3. Juni 1920.
54 Friedrich Dettmann: Er war zu jedem Opfer für den Sozialismus bereit. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 46.
54 Hamburger Volks-Zeitung, 4. November 1919.
54/55 IML, ZPA, EA 1474/1.
55 Freiheit (Berlin), 12. September 1920.
55 Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages in Halle vom 12. bis 17. Oktober 1920, Berlin o. J., S. 50–52.
55 Ebenda, S. 255.
65 Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg im Jahre 1921, Hamburg o. J., S. 588.
65 Ebenda, S. 1587/1588.
65/66 Ebenda, S. 406/407.
66 IML, ZPA, NL 3/69.
66/67 Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg 1921, S. 584/585, 587.
72 IML, ZPA, NL 3/11.
72 Protokoll des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale (Moskau, 22. Juni bis 12. Juli 1921), Hamburg 1921, S. 634–637.
72 Gustav Gundelach: Mit Ernst Thälmann zusammen in Hamburg. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 58.
72/73 Bericht über die Verhandlungen des 2. [7.] Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Jena vom 22.–26. August 1921, Berlin 1922, S. 250–252.
73 IML, ZPA, I 1/2/4.
73 Die Rote Fahne (Berlin), 23. April 1926.
78 Zusammengestellt von der Redaktion.
78/79 Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg im Jahre 1922, Hamburg o. J., S. 831, 834/835.
79 Deutscher Transportarbeiter-Verband. Protokoll über die Verhandlungen des 11. Verbandstages, S. 114/115, 107.
79 Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg 1922, S. 1398.
79/80 Hamburger Volkszeitung, 17. Januar 1923.
80 Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Leipzig vom 28. Januar bis 1. Februar 1923, Berlin 1923, S. 358/359.
80/81 Hamburger Volkszeitung, 12. März 1923.
81 Verhandlungen des Reichstags. II. Wahlperiode 1924, Bd. 381. Stenographische Berichte (von der 1. Sitzung am 27. Mai 1924 bis zur 29. Sitzung am 30. August 1924), Berlin 1924, S. 1030/1031.
86 Smytschka (Moskau), 19. September 1923 (Übersetzung aus dem Russ.).
86/87 Gudok (Moskau), 3. Oktober 1923 (Übersetzung aus dem Russ.).
87/88 Hamburger Volkszeitung, 22. Oktober 1924.
88 Louise Dünninghaus: «So leicht siegt sich das nicht!» In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 63/64.
88 IML, ZPA, EA 1050.
88/89 Die Rote Fahne (Berlin), 23. Oktober 1925.
96 Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (Berlin) (BzG), 1970, H. 6, S. 950/951.
96 Alexander Abusch: Der Deckname. Memoiren, Berlin 1981, S. 131/132.
96/97 Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Frankfurt a. M. vom 7. bis 10. April 1924, Berlin 1924, S. 257, 263–265, 268, 270/271.
97/98 IML, ZPA, EA 1397.
98 Protokoll. Fünfter Kongreß der Kommunistischen Internationale, Bd. II, (Hamburg) o. J., S. 590/591.
98 Protokoll über den 3. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale, abgehalten in Moskau vom 8. bis 21. Juli 1924, Berlin o. J., S. 21/22.
102/103 Verhandlungen des Reichstags. II. Wahlperiode 1924, Bd. 381, S. 91–94.
103 Ebenda, S. 1025/1026, 1033, 1035.
103/104 Wilhelm Koenen: Im Reichstag als Sprecher des Volkes. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 334, 338/339.
104 Verhandlungen des Reichstags. III. Wahlperiode 1924, Bd. 384. Stenographische Berichte (von der 1. Sitzung am 5. Januar 1925 bis zur 36. Sitzung am 17. März 1925), Berlin 1925, S. 18.
108 Die Rote Fahne (Berlin), 4. März 1925.
108 Hamburger Volkszeitung, 18. März 1925.
108/109 Die Rote Fahne (Berlin), 29. März 1925.
109 Fritz Selbmann: Ein unermüdlicher Lehrer und Erzieher. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 119/120.
109 Neue Zeitung (Jena), 24. April 1925.
109 Die Rote Fahne (Berlin), 25. April 1925.
112/113 Die Internationale (Berlin), 1925, Sonderheft zum Reichsparteitag, S. 53–56.
113 IML, ZPA, I 4/2/16.

113 Hans Jendretzky: Die Massenarbeit mußte auch im Roten Frontkämpferbund im Mittelpunkt des Kampfes stehen. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 248/249.
118 Die Fahne der Revolution, Nr. 14, Februar 1924.
118 Protokoll über den 3. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale, S. 21.
118 Irma Thälmann: Erinnerungen an meinen Vater, Der Kinderbuchverlag, Berlin 1974, S. 16/17.
118 IML, ZPA, I 2/1/24.
118/119 Die Rote Fahne (Berlin), 22. Januar 1925.
119 IML, ZPA, NL 3/5.
119/120 Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Berlin vom 12. bis 17. Juli 1925, Berlin 1926, S. 519, 531, 538–541, 543.
120/121 Eshegodnik germanskoj istorii, Moskau 1973, S. 348/349 (Übersetzung aus dem Russ.).
121/122 Die Rote Fahne (Berlin), 1. September 1925.
129 IML, ZPA, I 3/1–2/17.
129/130 Neue Zeitung (Jena), 4. September 1925.
130 IML, ZPA, I 2/1/32.
130/131 Paul Tastesen: Wie ich Ernst Thälmann sah. In: Weg und Ziel. Mitteilungsblatt der KPD Wasserkante (Hamburg), 16. April 1946.
131 IML, ZPA, I 1/2/4.
131/132 Die Rote Fahne (Berlin), 7. November 1925.
132/133 Verhandlungen des Reichstags, III. Wahlperiode 1924, Bd. 388. Stenographische Berichte (von der 121. Sitzung am 20. November 1925 bis zur 161. Sitzung am 15. Februar 1926), Berlin 1926, S. 4512–4515, 4517, 4522.
136 Die Rote Fahne (Berlin), 4. Dezember 1925.
137 IML, ZPA, I 2/2/7.
137/138 Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale. Moskau, 17. Februar bis 15. März 1926, Hamburg/Berlin (1926), S. 193, 197–199.
138 Die Rote Fahne (Berlin), 28. Mai 1926.
138/139 Ebenda, 20. Juni 1926.
144 Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale. Moskau, 22. November – 16. Dezember 1926, Hamburg/Berlin 1927, S. 229/230, 234/235.
145 Ebenda, S. 282/283.
145 IML, ZPA, EA 0886.
145 Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale. Moskau, 22. November – 16. Dezember 1926, S. 742/743.
148/149 Hamburger Volkszeitung, 8. Oktober 1926.
149/150 Anna Schultz: Thälmann, der Hafenarbeiterstreik und die Frauen. In: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung (Basel) (Rundschau), 1934, Nr. 39, S. 1556, 1573.
150 Leningradskaja prawda, 4. Januar 1927 (Übersetzung aus dem Russ.).
154 Die Rote Fahne (Berlin), 3. September 1925.
154/155 Emil Kortmann: Thälmanns Herz schlug immer für die Jugend. In: Junge Welt (Berlin), 16./17. April 1966.
155 Hans Mahle: «Jung, dat hest du good mookt». In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 198/199.
155 Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Essen vom 2. bis 7. März 1927, Berlin 1927, S. 335/336.
155/156 Die Rote Fahne (Berlin), 14. April 1927.
160–163 Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands, S. 45/46, 50–57, 63/64.
163/164 IML, ZPA, I 2/1/54.
164 Komsomolskaja prawda (Moskau), 6. November 1927 (Übersetzung aus dem Russ.).
164 IML, ZPA, I 2/1/59.
172 Die Rote Fahne (Berlin), 13. April 1927.
172/173 Dem Kämpfer für Frieden und Freiheit. Ernst Thälmann, Moskau 1936, S. 63.
173 Die Rote Fahne (Berlin), 8. Juni 1927.
173 Komsomolskaja prawda (Moskau), 6. November 1927 (Übersetzung aus dem Russ.).
174 Die Rote Fahne (Berlin), 18. November 1928.
180 Protokoll. Sechster Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Moskau, 17. Juli–1. September 1928. Erster Bd.: Die internationale Lage und die Aufgaben der Komintern. Der Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr, Hamburg/Berlin 1928, S. 16–18.
180 Wilhelm Pieck: Ernst Thälmann, der proletarische Führer. In: Dem Kämpfer für Frieden und Freiheit, S. 18.
180–182 Protokoll. Sechster Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Erster Bd., S. 300–302, 306–310, 316/317.
182/183 IML, ZPA, NL 3/90.
183 Wetschernaja Moskwa, 8. August 1928 (Übersetzung aus dem Russ.).
183 Harry Pollitt: Rettet Thälmann vor dem faschistischen Henker! In: Rundschau, 1934, Nr. 25, S. 933.
188 Die Rote Fahne (Berlin), 19. April 1928.
188 Arbeiter zu uns! 5 Jahre RFB (Berlin); [Bildzeitung, 1929].
188 Die Rote Fahne (Berlin), 20. Mai 1928.
189 Ebenda, 4. November 1928.
189 Hamburger Volkszeitung, 10. Mai 1929.
189/190 Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 436. Anlagen zu den Stenographischen Berichten, Nr. 1001 bis 1190, Berlin 1930, Nr. 1017.
198 Irma Thälmann: Erinnerungen an meinen Vater, S. 21/22.
198 Fiete Dettmann: Wie ich Rosa Thälmann kenne. In: Weg und Ziel. Mitteilungsblatt der KPD Wasserkante (Hamburg), 16. April 1946.
198 Ernst Thälmann: Briefe aus dem Gefängnis an seine Angehörigen, Berlin 1965, S. 167–170.
203 IML, ZPA, I 2/1/71.
203/204 Protokoll über die Verhandlungen des 12. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Berlin-Wedding 9. bis 16. Juni 1929, Berlin o. J., S. 79/80, 98–101.
208 IML, ZPA, I 2/707/57.
208 Die Rote Fahne (Berlin), 23. April 1930.
208/209 Ernst Thälmann und der Kampf der revolutionären Arbeiter Leipzigs, Leipzig 1975, Bl. 24.
209 Erich Honecker: Aus meinem Leben, Berlin 1982, S. 31/32.
209/210 Die Rote Fahne (Berlin), 29. Mai 1930.
210/211 Hermann Grosse: Als Berichterstatter der «Roten Fahne» mit Ernst Thälmann auf Tour. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 181–184.
211 Die Internationale (Berlin), 1932, H. 2, S. 87/88.
216 Die Rote Fahne (Berlin), 23. Oktober 1929.
216 Ebenda, 23. November 1930.
216/217 IML, ZPA, I 2/5/20.
217 Max Opitz: Ein großer Sohn seines Volkes. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 388/389.
217 Die Rote Fahne (Berlin), 17. Dezember 1929.
218 Willi Bredel: Ernst Thälmann. Beitrag zu einem politischen Lebensbild, Berlin 1961, S. 79/80.
218 Alexander Abusch: Er hat die Genossen meiner Generation politisch erzogen. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 80–82.
219 Die Internationale (Berlin), 1931, H. 11/12, S. 507–509.
219 Hermann Matern: Ernst Thälmann – hervorragender Verfechter der Einheitsfront gegen Faschismus und imperialistischen Krieg. In: Im Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. I, Berlin 1963, S. 451.
226 Die Rote Fahne (Berlin), 29. Juli 1930.
226–230 Hamburger Volkszeitung, 13. und 14. August 1930.
230/231 IML, ZPA, EA 1400/6.
231 Karl Wloch: «Aus Angst vor Fehlern nichts zu sagen und nichts zu tun, ist einer der größten Fehler». In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 154/155.
231 Die Rote Fahne (Berlin), 13. September 1930.
231/232 Ebenda, 12. September 1930.
232/233 Ebenda, 20. September 1930.
233 Max Reitersleben: So kannte ich Ernst Thälmann. In: Tribüne der Demokratie (Bremen), 10. März 1954.
242 Die Rote Fahne (Berlin), 7. Januar 1931.
242–244 Volksrevolution über Deutschland. Rede des Genossen Ernst Thälmann auf dem Plenum des ZK der KPD. 15.–17. Januar 1931, o. O. 1931, S. 31–34, 41/42, 49–51.
244/245 Die Kommunistische Internationale (Berlin), 1931, H. 5/6, S. 199–201.
245 Die Rote Fahne (Berlin), 1. Mai 1931.
252 Ebenda, 3. Februar 1931.
252 Ebenda, 22. März 1931.
256 IML, ZPA, NL 3/94.
256/257 Entweder Hunger, Faschismus, Krieg oder Brot, Freiheit, Frieden (Hrsg. vom Zentralkomitee der KPD, Berlin); [Bildzeitung zum 1. August 1931].
262 Neue Deutsche Bauern-Zeitung (Berlin), 1931, Nr. 4.
262/263 Arbeiter-Zeitung (Bremen), 14. November 1931.
263/264 Katastrophe oder Sozialismus? Ernst Thälmanns Kampfruf gegen die Notverordnung, o. O. u. J., S. 25/26, 28/29.
264/265 Ernst Thälmann: Rotes Hamburg für Sowjetdeutschland, (Hamburg) o. J., S. 15–18.
265 Die Rote Fahne (Berlin), 29. November 1931.
274 Ebenda, 11. März 1932.
274/275 Ludwig Einicke: Jeder von uns sollte die Politik der Partei verstehen. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 326–328.
275 Carl von Ossietzky: Gang eins. In: Die Weltbühne (Berlin), 1932, Nr. 9, S. 311, 315.
275 Roter Sturm über Preußen, Berlin o. J., S. 6–8.
276 Die Rote Fahne (Berlin), 3. Mai 1932.
282 IML, ZPA, I 2/1/85.
282/283 Die Internationale (Berlin), 1932, H. 6, S. 287/288, 290/291.
283–285 Wie schaffen wir die Rote Einheitsfront? Thälmanns Antwort auf 21 Fragen von SPD-Arbeitern, Berlin 1932, S. 3, 5–8.
285 Fritz Selbmann: Ein unermüdlicher Lehrer und Erzieher. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 123.
285 Karl Friedemann: Vor 50 Jahren: Ernst Thälmann sprach vor 80000. In: Jahrbuch 1982 zur Geschichte Dresdens. Informationsdienst Nr. 18, Dresden 1981, S. 35/36.
285/286 Otto Schreiber: Thälmanns kürzeste Versammlungsrede. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 377–380.
286/287 Neue Zeitung (Breslau), 18. Juli 1932.
296/297 Die Internationale (Berlin), 1932, H. 7/8, S. 318/319, 321/322.
297 Herbert Warnke: Er wußte, was die Arbeiter dachten und fühlten. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 210–212.

297/298 W. W. Kowanow: Priswanije, Moskau 1974, S. 71–73 (Übersetzung aus dem Russ.).
298 Im Kampf gegen die faschistische Diktatur. Rede und Schlußwort des Genossen Ernst Thälmann auf der Parteikonferenz der KPD. Die politische Resolution der Parteikonferenz, Oktober 1932, Berlin o. J., S. 21–24.
298/299 Ebenda, S. 34/35, 37/38.
299 Mitteilungen der Kommunistischen Partei Deutschlands (Berlin), Oktober 1932, S. 5/6.
304 IML, ZPA, NL 3/9.
304 Ernst Thälmann/Maurice Thorez: Paris – Berlin. Unser Kampf gegen den imperialistischen Krieg, gegen Versailles. Für die soziale und nationale Befreiung, (Berlin) o. J., S. 9.
304 Zit. in: Gerhard Leo: Als Ernst Thälmann vor Pariser Arbeitern sprach. In: Neues Deutschland (B), 30./31. Oktober 1982.
304 Zit. in: Ebenda.
304/305 Ernst Thälmann/Maurice Thorez: Paris – Berlin, S. 17/18, 24–26.
305 J. Lenski: Verkörperung des proletarischen Internationalismus. In: Dem Kämpfer für Frieden und Freiheit, S. 100.
308/309 IML, ZPA, I 2/3/204.
309/310 Ernst Thälmann: Arbeitende Jugend im Kampf gegen Faschismus und imperialistischen Krieg, Berlin o. J., S. 3, 5/6, 11, 13, 27/28.
310 Erich Honecker: Aus meinem Leben, S. 57/58.
310/311 Hamburger Volkszeitung, 5. Dezember 1932.
311 IML, ZPA, EA 1400/6.
311/312 Die Rote Fahne (Berlin), 26. Januar 1933.
319/320 IML, ZPA, NL 3/42.
320 Kampf um Deutschland, Berlin 1968, S. 14–16.
320/321 IML, ZPA, St 10/105, Bd. 8.
321 Ernst Thälmann: Briefe aus dem Gefängnis, S. 19/20.
321 Bericht von Wilhelm Pieck. In: Die Brüsseler Konferenz der KPD (3.–15. Oktober 1935), Berlin 1975, S. 134.
321 Rundschau, 1933, Nr. 36, S. 1400.
330 Ernst Thälmann: Briefe aus dem Gefängnis, S. 31/32.
330 IML, ZPA, EA 1400/1.
330/331 Ernst Thälmann: Briefe aus dem Gefängnis, S. 64–66.
331/332 Ebenda, S. 77–81.
332 Rosa Thälmann: Auch im Kerker mit dem Volke verbunden. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 469.
332 Ernst Thälmann: Briefe aus dem Gefängnis, S. 86.
332 Ebenda, S. 100/101.
332/333 IML, ZPA, NL 3/26.
333 Ernst Thälmann: Briefe aus dem Gefängnis, S. 142/143.
333 IML, ZPA, NL 3/23.
333 Ebenda.
333 Ebenda.
334 Ebenda.
334 Ernst Thälmann: Briefe aus dem Gefängnis, S. 155–157.
334 Ebenda, S. 157/158.
335 IML, ZPA, NL 3/26.
340 Georgi Dimitroff: Retten wir Genossen Thälmann! In: Ausgewählte Schriften, Bd. 2, Berlin 1958, S. 486/487.
340 Rundschau, 1934, Nr. 25, S. 933/934.
340 Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas, Bd. 26/2, Berlin 1983, S. 141/142.
340/341 Rundschau, 1934, Nr. 24, S. 902.
341 Ebenda, Nr. 31, S. 1191.
341/342 IML, ZPA, EA 1400/1.
342 Ebenda, NL 3/18.
346/347 Ebenda, NL 3/24.
347/348 Ebenda, NL 3/11, 3/13, 3/9.
348/349 Ebenda, NL 3/11.
349 Ebenda, I 6/3/374.
349–351 Ebenda, NL 3/31.
351 Das Gewissen der Welt wacht über Thälmanns Leben, Straßbourg (1936), S. 9/10.
351 IML, ZPA, NL 3/17.
351/352 Rundschau, 1936, Nr. 17, S. 673/674.
352 Ebenda, S. 677/678.
352/353 Dem Kämpfer für Frieden und Freiheit, S. 136–138.
353 IML, ZPA, NL 3/26.
353 Heinrich Mann: Held Thälmann. In: Dem Kämpfer für Frieden und Freiheit, S. 5.
353 Johannes R. Becher: Abbild der Kraft seiner Klasse. In: Ebenda, S. 54/55.
353 Rundschau, 1938, Nr. 21, S. 671.
364 Franz Dahlem: Am Vorabend des zweiten Weltkrieges. 1938 bis August 1939. Erinnerungen, Bd. 1, Berlin 1980, S. 419.
364/365 IML, ZPA, NL 3/20.
365 Berichte des Thälmann-Kuriers Walter Trautzsch. In: BzG, 1965, H. 5, S. 852–854.
365–368 IML, ZPA, NL 3/27, 3/28.
368 Ebenda, NL 3/16.
368/369 Irma Thälmann: Erinnerungen an meinen Vater, S. 99–101, 110–112.
369 IML, ZPA, NL 3/18.
369/370 Ebenda, NL 3/34.
370 Friedrich Karl Kaul: «. . . ist zu exekutieren». Ein Steckbrief der deutschen Klassenjustiz, Verlag Neues Leben, Berlin 1981, S. 31–33.
370 Trauerfeier für Ernst Thälmann. Aus einem Bericht des ehemaligen deutschen Häftlings Robert Siewert aus dem Jahr 1954. In: Buchenwald. Mahnung und Verpflichtung. Dokumente und Berichte, Berlin 1983, S. 476/477.
383 Erich Honecker: Wir tragen das Banner der Revolution voran. In: Reden und Aufsätze, Bd. 2, Berlin 1983, S. 324.
384 Wilhelm Pieck: Ein großer Sohn unseres deutschen Volkes. In: Deutsche Volkszeitung (Berlin), 17. April 1946.
386 IML, ZPA, NL 3/9.
387 IX. Parteitag der SED, Berlin, 18. bis 22. Mai 1976. Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1976, S. 5.
388/389 Roter Sturm über Preußen, S. 7/8.
390 Ebenda, S. 8.
391 Ernst Thälmann/Maurice Thorez: Paris – Berlin, S. 9.
392 IML, ZPA, NL 3/9.
393 Erich Honecker: Aus meinem Leben, S. 242.
394 Ernst Thälmann: «Wir läuten die Sturmglocken!» In: Die Rote Fahne (Berlin), 21. November 1932 (Extraausgabe).
394 Erich Honecker: Die Ideale und Träume der Arbeiterjugend verwirklicht. In: Reden und Aufsätze, Bd. 6, Berlin 1980, S. 432/433.

Schutzumschlag
Rückseite: Ernst Thälmann: Gefängnisaufzeichnungen. IML, ZPA, NL 3/9.
Hintere Klappe: Erich Honecker: Bewegende Manifestation unserer Kampfgemeinschaft. (Rede am 5. Mai 1985 in Moskau bei der Grundsteinlegung für das Thälmann-Denkmal.) In: Neues Deutschland (B), 6. Mai 1985.

Verzeichnis der Abkürzungen

ADB	Allgemeiner Deutscher Beamtenbund
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AEG	Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft
AfA-Bund	Allgemeiner freier Angestelltenbund
AIZ	Arbeiter-Illustrierte Zeitung
BBZ	Berliner Börsen-Zeitung
BKP	Bulgarische Kommunistische Partei
BVG	Berliner Verkehrsgesellschaft
CGTU	Confédération Générale du Travail Unitaire (Allgemeine Konföderation der Einheitsgewerkschaften)
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
Exekutive	Exekutivkomitee
FDJ	Freie Deutsche Jugend
Gestapo	Geheime Staatspolizei
IAH	Internationale Arbeiterhilfe
IB	Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit
IfA	Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur
IML	Institut für Marxismus-Leninismus
Jungdo	Jungdeutscher Orden
KEAW	Kombinat VEB Elektro-Apparate-Werke Berlin-Treptow «Friedrich Ebert»
KI	Kommunistische Internationale
KJD	Kommunistische Jugend Deutschlands
KJI	Kommunistische Jugendinternationale
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
Komintern	Kommunistische Internationale
KPČ	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPdSU(B)	Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)
KPF	Kommunistische Partei Frankreichs
KPR(B)	Kommunistische Partei Rußlands (Bolschewiki)
KPSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
MOPR	Meshdunarodnaja organisazija pomoschtschi borzam rewoljuzij (Internationale Rote Hilfe)
Nazi(s)	Nationalsozialist(en)
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NVA	Nationale Volksarmee
Orgbüro	Organisationsbüro
Polbüro	Politisches Büro
Politbüro	Politisches Büro
Politkommission	Politische Kommission
Politsekretariat	Politisches Sekretariat
RF	Rote Frontkämpfer
RFB	Roter Frontkämpferbund
RFMB	Roter Frauen- und Mädchenbund
RGI	Rote Gewerkschaftsinternationale
RGO	Revolutionäre Gewerkschaftsopposition
RH	Rote Hilfe
RHD	Rote Hilfe Deutschlands
RKP(B)	Kommunistische Partei Rußlands (Bolschewiki)

SA Sturmabteilung
SAJ Sozialistische Arbeiterjugend
SAP Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
Schupo Schutzpolizei
SDAPR Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands
SED Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Sipo Sicherheitspolizei
SP Sozialdemokratische Partei
SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS Schutzstaffel
StGB Strafgesetzbuch
USPD Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VEB Volkseigener Betrieb
VKPD Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands
WZIK Wsesojusny Zentralny Ispolnitelny Komitet (Zentral-Exekutivkomitee der UdSSR)
ZA Zentralausschuß
ZK Zentralkomitee
ZPA Zentrales Parteiarchiv

Nachweis der Abbildungen

Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst, Zentralbild (ADN-ZB): S. 64, 99, 167, 238, 316, 328, 372, 383, 386;
Armeemuseum der DDR, Dresden: S. 361;
Günter Beyer, Weimar: S. 105;
Bezirksleitung Erfurt der SED: S. 225;
Bundesarchiv Koblenz: S. 116, 337 (3);
Deutsche Fotothek Dresden: S. 57, 93;
Deutsche Staatsbibliothek, Berlin: S. 152, 220;
Dietz Verlag Berlin, Bildarchiv: S. 41, 47, 115, 134 (2), 192, 300, 344;
Dietz Verlag Berlin/Renate und Horst Ewald: S. 381;
Therese Florin, Berlin: S. 362;
Irma Gabel-Thälmann, Berlin: S. 377;
Gedenkstätte Ernst Thälmann, Hamburg: S. 31, 58, 187, 195 (2), 200, 254, 272;
Gedenk- und Bildungsstätte Schöneiche-Fichtenau: S. 225;
Georgi-Dimitroff-Museum, Leipzig: S. 326, 339;
Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPČ, Zentrales Parteiarchiv, Prag: S. 356;
Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Zentrales Parteiarchiv, Moskau: S. 52, 76, 101, 280, 342, 344, 345 (3);
Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bibliothek, Berlin: S. 50, 59 (2), 60 (3), 62, 63, 69 (3), 70, 77 (2), 83, 85, 91, 94, 105, 111, 123 (4), 140, 147, 153, 157, 159, 166, 170 (6), 175, 176 (4), 196, 205 (2), 206, 207, 213, 214, 220, 222 (3), 223, 225 (3), 234 (2), 235, 239, 241, 247, 248, 253 (3), 260, 266 (2), 267, 268 (2), 269, 270 (2), 278 (3), 288, 291 (2), 292, 293, 294, 303 (2), 306, 315 (2), 325, 327, 328, 343 (4), 344, 358, 359, 360, 361, 363, 371;
Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv, Berlin: S. 2, 18, 25, 29, 31 (2), 33 (2), 38, 39, 40 (2), 41, 42, 43, 48, 49, 56, 59 (2), 61 (2), 69, 70, 71, 74 (2), 75, 76 (2), 77, 82 (3), 83, 84, 85 (2), 91 (2), 92, 95 (3), 100, 101 (2), 105, 110, 114 (2), 115, 116 (3), 117, 123, 124 (2), 125, 126, 128, 134 (9), 135 (3), 142 (3), 143, 146 (2), 147 (2), 151, 152 (2), 158, 159 (2), 165 (2), 169, 170, 171 (2), 175 (2), 177 (2), 178 (2), 179, 185 (3), 186, 187, 191 (9), 193, 194, 196, 197 (2), 199, 200 (2), 201, 202, 212, 214 (3); 215, 223, 224 (2), 225, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239 (3), 240, 246, 248, 250, 251, 255, 258, 260, 261, 267, 269, 270, 276, 277, 279 (3), 289, 290, 291, 293 (2), 300 (4), 302, 303, 306, 314, 315 (2), 317 (3), 318, 323, 324 (2), 326, 327 (2), 329, 336 (5), 337, 338, 339 (3), 343 (2), 345 (3), 354, 355, 356 (2), 357 (2), 361 (2), 362 (2), 363 (3), 372 (4), 373 (3), 374, 376 (4), 378, 379 (2), 380 (2), 382, 384, 386;
Gisela Jähn, Berlin: S. 344;
Märkisches Museum, Berlin: S. 41;
Militärverlag der DDR, Berlin: S. 196;
Museum für Deutsche Geschichte, Berlin: S. 56, 100, 214, 257, 260, 271, 278, 314;
Museum für Geschichte der Stadt Leipzig: S. 322;
Museum für Hamburgische Geschichte: S. 27, 30, 31, 35;
Helga Nachtigall, Berlin: S. 327;
Nationale Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück: S. 377;
Nationalmuseum «Georgi Dimitroff» beim ZK der BKP, Sofia: S. 329;
Neues Deutschland, Bildarchiv: S. 197;
Presseagentur NOWOSTI: S. 259, 375;
Presseagentur TASS: S. 146;
Sammlung Martin, Basel: S. 345 (3);
Sowjetskoje Foto, Moskau: S. 258 (2);
Staatsarchiv Hamburg: S. 24, 26, 28, 29, 32, 33, 59, 69, 238, 266;
Ernst Thormann, Berlin: S. 206, 212 (2), 235, 267;
Universitätsbibliothek, Berlin: S. 117, 158, 215, 222, 253, 287, 302, 315, 316;
Zentrales Haus der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft, Berlin: S. 387;
Zentrales Revolutionsmuseum, Moskau: S. 184.

Schutzumschlag: IML, ZPA, Berlin.

Reproduktionsaufnahmen
Dietz Verlag Berlin/Renate und Horst Ewald (209);
Thea Henkel, Berlin (1);
IML, Berlin (52);
Joachim Thurn, Berlin (1).

Farbaufnahmen
ADN-ZB/Franke: S. 392 (unten);
ADN-ZB/Link: S. 390, 392 (oben);
ADN-ZB/Lochmann: S. 391;
ADN-ZB/Reiche: S. 393;
ADN-ZB/Siebahn: S. 388;
ADN-ZB/Zimmermann: S. 395;
Armeemuseum der DDR, Dresden: S. 67;
IML, Bibliothek, Berlin – Aufnahmen: Dietz Verlag Berlin/Renate und Horst Ewald: S. 127, 281, 307;
IML, ZPA, Berlin – Aufnahmen: Dietz Verlag Berlin/Renate und Horst Ewald: S. 34, 107, 140, 141, 221, 249;
Museum für Deutsche Geschichte, Berlin – Aufnahmen: Rosita Boemke und Gundula Weisshuhn: S. 51, 68 (rechts), 90, 106, 117 (2: unten), 147 (2), 273, 301, 313;
Museum für Deutsche Geschichte, Berlin – Aufnahme: Dietz Verlag Berlin/Renate und Horst Ewald: S. 385;
Staatsarchiv Hamburg: S. 68 (links), 171;
Siegfried Thienel, Dresden: S. 389.

Für S. 117 (oben), 168, 295 stellten Exponate zur Verfügung: IML, ZPA, Berlin; Museum für Deutsche Geschichte, Berlin; Ernst Schacht, Berlin; Bärbel Schindler, Berlin – Aufnahmen: Dietz Verlag Berlin/Renate und Horst Ewald.

Kommunismus ist die Lehre
von der Befreiung der Arbeiterklasse.
Die Befreiung der Arbeiterklasse
ist aber die Befreiung
des ganzen Volkes!
Dafür mein ganzes Leben gekämpft
zu haben, darauf bin ich stolz.

Ernst Thälmann